PEDRO BAÑOS

SO BEHERRSCHT MAN DIE WELT



DIE GEHEIMEN GEOSTRATEGIEN DER WELTPOLITIK

HEYNE

PEDRO BANOS

SO BEHERRSCHT MAN DIE WELT

DIE GEHEIMEN GEOSTRATEGIEN DER WELTPOLITIK

Aus dem Spanischen von Luis Ruby

WILHELM HEYNE VERLAG
MÜNCHEN

Die Originalausgabe erschien 2017 unter dem Titel *Asi se domina el mundo* bei *Ariel*, einem Verlag von Editorial Planeta S. A., Barcelona, Spanien.



Deutsche Erstausgabe 2019

Redaktion: Henning Thies
Bildredaktion: Tanja Zielezniak
Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie
Werbeagentur, Zürich
Satz: Satzwerk Huber, Germering
Druck und Bindung: GGP Media, Pößneck
Printed in Germany
ISBN: 978-3-453-20711-0

www.heyne.de

Dieses Buch ist allen Menschen gewidmet,
die sich täglich für eine gerechtere,
freiere und sicherere Welt einsetzen.

Inhalt

Vorbemerkung des Autors

Das vorliegende Buch fasst meine Arbeiten und Forschungen aus mehr als einem Vierteljahrhundert zusammen: von zahlreichen in diversen Presseorganen veröffentlichten Artikeln bis hin zu Kapiteln und Vorworten aus verschiedenen Büchern, an denen ich mitgewirkt habe. Ebenso sind die umfangreichen persönlichen Notizen eingeflossen, die ich in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren erstellt habe - Material für Hunderte von Unterrichtsstunden und Vorträge in militärischen Einrichtungen, an Universitäten, Forschungszentren und Stiftungen, in denen es um Fragen der Geopolitik, der Strategie, Aufklärung, Verteidigung und Sicherheit, um Terrorismus und internationale Beziehungen ging. Ausgesprochen nützlich waren mir dabei die langjährigen Erfahrungen als Dozent für Strategie und Internationale Beziehungen bei der Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Spanischen Armee sowie als Leiter der Abteilung für Geopolitische Analyse im spanischen Verteidigungsministerium.

All das wurde abgerundet durch extensive Beschäftigung mit der einschlägigen Sekundärliteratur. Allerdings gebe ich Zitate nicht immer wörtlich wieder. Vielmehr habe ich den Wortlaut, wo mir dies angezeigt erschien, zugunsten einer flüssigeren Lektüre abgewandelt, ohne natürlich den Inhalt zu verfälschen. Dieses Buch ist für einen breiten Leserkreis gedacht, für Kenner der Materie und intensiv Interessierte ebenso wie für alle, die

nur aus Neugier oder zu ihrer Zerstreuung einen Blick hineinwerfen. Sooft ich Ideen oder Konzepte Dritter aufgreife, nenne ich den jeweiligen Autor nach Möglichkeit direkt. Sonst ergeben sich die Quellen stets aus den Anmerkungen und den bibliografischen Angaben.

Der Leser wird bemerken, dass sich einige der im Hauptteil vorgestellten Strategien überlappen und einige historische Beispiele in mehr als einem Zusammenhang vorkommen. Wenn ich also auf einige Länder häufiger eingehe als auf andere, dann deshalb, weil diese über größere Macht verfügen und ihren weltweiten Einfluss durch die genannten Strategien besonders gut geltend machen können. Meine Kritik richtet sich nicht gegen bestimmte Länder, Ideologien oder Religionen. Speziell aufs Korn nehmen möchte ich allein diejenigen, die offensichtlich Benachteiligte und Unwissende ausnutzen und deren Schwäche sogar noch fördern, um sie besser unter Kontrolle halten zu können.

Meine Quellen und Beispiele sind teils allgemeinerer Natur, teils stammen sie aus hochspezialisierter Fachliteratur. Alles Relevante für an Nach- und Weiterarbeit interessierte Leser ist in meinen Anmerkungen enthalten. Trotz aller Bemühungen um eine genaue Überprüfung von Informationen und Quellen sind Unklarheiten oder Unstimmigkeiten im vorliegenden Buch möglich. Für entsprechende Hinweise wäre ich dankbar. Verwenden Sie dafür bitte die E-Mail-Adresse <director@geoestratego.com>.

Pedro Banos

Einführung: Geopolitik und Geostrategie

Seit unvordenklichen Zeiten versuchen die Mächtigen, die Welt nach ihrem Willen zu gestalten und ihr, soweit der Einfluss reicht, ihren Stempel aufzudrücken. Im Lauf der Geschichte hat die Macht ihre Besitzer häufig gewechselt, doch die Herrschaftsambitionen als solche sind zeitlos. Neben dem Versuch, sämtliche menschlichen Gruppen zu unterwerfen, deren sie habhaft werden konnten, trachten die Mächtigen auch stets danach, potenziellen Rivalen den Aufstieg zu verwehren - militärisch wie ökonomisch, auch im Bereich der Religion.

Bis zum 16. Jahrhundert blieb die imperiale Macht geografisch noch recht begrenzt, doch in der heutigen globalisierten Welt breitet sich die Herrschaft bis in die entlegensten Winkel des Planeten aus. Restriktionen werden immer brüchiger, und inzwischen hat sogar der Kampf um die Vorherrschaft im Weltall begonnen. Die Großmächte versuchen bereits, Claims auf dem Mond abzustecken.

Auch wenn mächtige Nationen heute in der Lage sind, ihren Machtanspruch viel umfassender durchzusetzen, sind die Methoden, die sie verwenden, im Wesentlichen noch die altbekannten. Im vorliegenden Buch werden zweiundzwanzig grundlegende geopolitische Strategien vorgestellt. Einige sind seit Jahrhunderten unverändert, andere haben sich gewandelt und modernisiert.

Sie beeinflussen zahlreiche internationale Pläne, Entscheidungen und Vereinbarungen. Diese universalen Regeln werden von den Ländern angewandt, um sich selbst zu schützen und ihre Interessen aktiv zu verfolgen. Die Stärkeren nutzen sie, um den Schwächeren ihren Willen aufzuzwingen, die Schwachen, um dem Einfluss der anderen zu entgehen.

Es ist wichtig, dass wir uns dieser geopolitischen Strategien bewusst sind, mit deren Hilfe die Mächtigen die Welt beherrschen. Wir halten uns für frei und glauben, autonom über unser Leben entscheiden zu können - über unseren Geschmack, darüber, wie wir uns kleiden und verhalten, was wir essen oder wie wir unsere Freizeit verbringen. Tatsächlich aber werden wir in unseren Handlungen, Entscheidungen und Einstellungen fortwährend beeinflusst. Immer subtiler setzen diejenigen, die uns die Wahl abnehmen wollen, bestimmte Lebensformen, gesellschaftliche Entwürfe und Ideologien durch, und wir unterliegen ihren Ratschlüssen.

Das gilt auch auf geopolitischer Ebene - Länder werden manipuliert und zu bestimmten Entscheidungen veranlasst, in bestimmte Allianzen gedrängt. Die Bevölkerungen werden dazu meistens nicht befragt. Individuelles Wissen über solche Vorgänge kann uns jedoch in die Lage versetzen, wachsam zu sein und uns zu engagieren.

Heutzutage ist viel von »alternativen Fakten« (die man besser als »alternative Lügen« bezeichnen sollte) oder vom »Postfaktischen« die Rede - auch und vor allem, wenn es um Desinformation im globalen Maßstab geht. Doch Kategorien wie »wahr« oder »falsch« greifen hier zu kurz; Täuschungen sind viel zu verbreitet und viel zu komplex, als dass sich alles moralisch klar und eindeutig einsortieren ließe. Jede geopolitische Entscheidung - das Schmieden von Allianzen, Kriegserklärungen, das Verhängen von Wirtschaftssanktionen und anderes mehr - beruht auf

komplexen, oft verdeckten Motiven. Selbst Konzepte wie »Menschenrechte« sind nicht eindeutig und in ihrer Umsetzung selbstverständlich; man kann die Einhaltung fordern, aber letztlich handeln Länder immer aus Eigeninteresse (auch wenn sie die Menschenrechte missachten).

Nur wenn wir diesen geopolitischen Realitäten ins Auge sehen, werden wir in der Lage sein, unsere politischen Führer mit den richtigen Fragen kritisch zu begleiten, und darauf verzichten, uns blind führen zu lassen. Nur wenn wir uns selbst besser informieren und kritisch engagieren, können wir unseren eigenen Beitrag dazu leisten, eine Welt zu gestalten, in der die Sicherheit der Menschen Priorität hat, nicht die - wie auch immer definierte - nationale Sicherheit. Um zu verstehen, wie »Geopolitik« in der heutigen Welt funktioniert, dürfen wir uns nicht allein auf traditionelle Definitionen verlassen.[1] Wir müssen den Begriff im globalen Kontext der Gegenwart neu untersuchen.

1. TEIL

So ist die Welt

Wie auf dem Pausenhof

An jeder Schule der Welt gibt es Jungen und Mädchen, die ihren kleinen Kameradenkreis im Griff haben. Sie sind es, die in einer Klasse oder einem kompletten Jahrgang dominieren. Sie sind an der ganzen Schule bekannt, respektiert und gefürchtet. Das schulische Machtgefüge wird besonders auf den Pausenhöfen spürbar, wenn sich die Schüler in ihren Mußezeiten frei von der Anspannung im Klassenzimmer so zeigen, wie sie sind. Hier lässt sich nun deutlich beobachten, wer von ihnen über die Fähigkeit verfügt, andere zu beeinflussen - ein Vermögen, das ihm aus einem oder auch mehreren Gründen zuwächst: körperliche Stärke, angeborene Führungsqualitäten, sportliche Geschicklichkeit, die Herkunft aus einer einflussreichen Familie, Witz und eine scharfe Zunge, ein gutes Verhältnis zu den Lehrern ... oder auch nur Boshaftigkeit, gepaart mit Schläue.

Solche Kinder, die auf die anderen einen besonderen Einfluss ausüben, können für die Gemeinschaft förderlich sein, sie können ihre Kameraden sogar zu edlen Taten mitreißen. Häufig jedoch stiften sie eher zu Schabernack an und organisieren hinter dem Rücken der Lehrer Umtriebe, die den schulischen Normen

zuwiderlaufen. Noch unheilvoller ist es, wenn sie sich psychologischen oder körperlichen Angriffen auf ihre sensibleren, weniger begabten oder von Natur aus beliebteren Mitschüler widmen.

Solche Rädelsführer umgeben sich in der Regel mit einer Clique von Kameraden, die in ihrer Nähe Schutz und Anerkennung suchen, die Stärke, die sie nicht oder jedenfalls nicht in so hohem Maß besitzen wie die Anführer, denen sie sich unterordnen. Sie sind es, die über die Scherze der Mächtigen lachen, die sie anfeuern, wenn sie die Schwachen zur Zielscheibe von Spott und Streichen machen, und ihren Beweisen von Macht und körperlicher Geschicklichkeit applaudieren. Kurz, sie gehören zum Kreis derer, die lieber einen Teil ihrer Persönlichkeit abgeben, um sich im Hofstaat einen Platz als Günstlinge und ein gewisses Maß an Status und Anerkennung zu sichern.

Damit der Anführer und sein Gefolge so auftreten können, müssen sie natürlich andere Schüler als minderwertig behandeln, wofür ihnen auch niemals die Rechtfertigungen ausgehen. Manche ignorieren sie einfach, weil sie gesellschaftlich nicht mit ihnen auf einer Stufe stehen, oder auch nur, weil sie in den örtlich beliebten Sportarten weniger als ihre Kameraden zu bieten haben. Andere, noch Bemitleidenswertere werden zur Zielscheibe höhnischer Bemerkungen, die der Clique ein Gefühl von Überlegenheit verschaffen. Zeichnen sich diese Pechvögel durch gute schulische Leistungen aus, so richtet sich der Zorn der mächtigen Gruppe auf sie. Schließlich gilt es zu verhindern, dass sie als Konkurrenten auftreten und die eigene Überlegenheit infrage stellen. Bei einigen der Mobbing-Opfer, denen es an mentaler Stärke oder familiärem Rückhalt fehlt, hinterlässt dies unter Umständen erhebliche, ja irreparable Schäden. Manche bemühen sich deshalb, in die Gruppe der Mitläufer aufgenommen zu werden, um nicht mehr als tägliche Blitzableiter

herhalten zu müssen. Leider sind solche Konvertiten im Umgang mit anderen nicht selten besonders rücksichtslos.

Man wird jedoch auch Kinder finden, die sich den Einflüsterungen der Anführer oder dem Gruppendruck mehr oder weniger erfolgreich widersetzen. Mancher, der selbst über, eine gewisse Stärke verfügt, hat keine Lust, sich mit Anhängern zu umgeben oder andere zu beeinflussen. Ihm genügt es, sein eigenes Leben zu führen und sich Respekt zu verschaffen. Von unangemessenen Handlungen gegenüber seinen Mitschülern hält er sich fern. Auch wenn er gelegentlich ein Interesse daran haben mag, sich vorübergehend mit einem der Rädelsführer zu verbünden, genießt er im Allgemeinen seine Unabhängigkeit. Und schließlich gibt es noch diejenigen, die sich aus der Klassengemeinschaft ganz zurückziehen und sich an überhaupt nichts beteiligen, weder im Guten noch im Schlechten; stattdessen wahren sie Haltung oder lassen sich, sobald ihnen jemand zu nahe tritt, zu einer Überreaktion hinreißen.

Dieselben Abläufe spielen sich wohl in jeder Gemeinschaft ab, deren Mitglieder viele Stunden zusammen verbringen müssen, ob in einer Kaserne, im Gefängnis oder am Arbeitsplatz. Ähnlich verhält es sich auch in den internationalen Beziehungen, wo es ebenfalls Mächte gibt, die die weltweiten Entscheidungen in unterschiedlichem Maß beeinflussen können.

Das Spiel der Einflüsse

Auf der internationalen Bühne gibt es im Grunde zwei Arten von Ländern: dominante und beherrschte. Die Herrschaft der Dominanten ist regional oder global, und die beherrschten Länder stehen mehr oder weniger direkt unter ihrer Kontrolle, die in unterschiedlicher Form ausgeübt werden kann: militärisch,

ökonomisch, kulturell oder technologisch. Sie nehmen dies mehr oder weniger bereitwillig hin, teils sogar resigniert und tatenlos. Manchmal ordnen sie sich den Mächtigeren aber auch unter, um ihrerseits von Schwächeren respektiert oder gar gefürchtet zu werden.

Länder, die sich aus irgendeinem Grund nicht zu den Mächtigen zählen - der Besitz von Atomwaffen ist hier eine klare Scheidelinie -, stellen sich nach Möglichkeit unter den Schutz einer übergeordneten Macht, die ihnen wenigstens theoretisch Sicherheit und Unversehrtheit garantiert. Atommächte sind dazu in der Lage, aber auch die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (UNSC), wenn es etwa um internationale Sanktionen geht. China zum Beispiel übernahm diese Funktion für den Sudan und dessen Präsidenten Umar al-Baschir, der sich auf seinem Posten halten konnte, obwohl der Internationale Strafgerichtshof nach den Gewaltakten in Darfur im März 2009 einen internationalen Haftbefehl gegen ihn erließ - wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Präsident al-Baschir weiß, dass er unantastbar ist, solange er sich im Windschatten Chinas aufhält. Beijing bietet diese »Dienstleistung« auch anderen Ländern an, sooft sich in laufenden Verhandlungen ein Win-win-Ansatz aufdrängt, ein scheinbar transparentes Geschäft, bei dem beide Seiten gewinnen sollen. Die guten Beziehungen zum Sudan beispielsweise gewährleisten Beijing den Zugang zu Rohöl und fruchtbarem Ackerland. China hat dabei den Vorteil, keine Kolonialmacht gewesen zu sein, sodass es nicht auf dieselben Vorbehalte stößt wie andere rivalisierende Mächte, besonders in Afrika.

Syrien ist ein anderes gutes Beispiel für einen schwachen Staat, der bei einem stärkeren Dritten Beistand sucht, nachdem er angegriffen wurde. Der syrische Präsident Baschar al-Assad musste die Hilfe Russlands annehmen - das selbstverständlich seine

eigenen Interessen verfolgte um nicht von der Macht verdrängt zu werden, als seine Armee unter dem Ansturm von Rebellen, die auf die Unterstützung der USA und einiger ihrer regionalen und globalen Verbündeten zählen konnten, ins Wanken geriet.

Andererseits verbündet sich ein Land, das regional oder global zu wenig Einfluss zu haben glaubt, häufig mit anderen Ländern, um an geopolitischem Gewicht zu gewinnen. Manche lassen sich dabei von einem Gedanken Otto von Bismarcks leiten, des preußischen Ministerpräsidenten (1862-1873) und Reichskanzlers des Deutschen Reiches (1871-1890): Ein Volk, das sich vollständig isoliere, weil es meine, dass seine eigenen Kräfte zur Verteidigung des Vaterlands und seiner Interessen ausreichten, werde auf Dauer unweigerlich vom Gewicht der übrigen Nationen erdrückt. Dabei kann die Unterordnung so weit gehen, dass sich selbst einigermaßen einflussreiche Regionalmächte von den aktuellen Supermächten mitziehen lassen und an kriegerischen Abenteuern teilnehmen, die ihren Interessen völlig fremd sind.

Dann entsenden Regierungen ihre Truppen an entlegene Orte, an denen es für sie nichts zu verteidigen gibt, wenngleich mancher Theoretiker im Nachhinein nur zu gerne bereit ist, dem jeweils Regierenden nach dem Mund zu reden und Rechtfertigungskonzepte vorzubringen, etwa die »präventive Verteidigung« oder globale Risiken, die man nicht alleine meistern könne, das Eintreten für die Menschenrechte (als würden diese nur dort verletzt) oder die Förderung demokratischer Werte. Nicht selten erreichen solche Staaten nur eines: Sie handeln sich neue Feinde ein, auf die sie gut hätten verzichten können. Das wiederum trägt ihnen diverse Probleme ein, zum Beispiel Attentate im eigenen Land - ein häufiges Ereignis, wenn auf dem entfernten Kriegsschauplatz eine Gruppe bekämpft oder

ernsthaft gestört wurde, zu deren Taktiken Terroranschläge zählen. Aber auch gesellschaftlicher Gegenwind im eigenen Land kann die Folge sein, wenn die Bürger der unnötigen Expedition ihre Unterstützung versagen. Bisweilen führt solcher Widerstand sogar zur Absetzung der Regierung, die den Militäreinsatz zu verantworten hat.

Nur sehr wenige Staaten lassen sich in keine der genannten Gruppen einordnen. Die einen, weil sie nicht über die Mittel verfügen, andere zu beherrschen, sich selbst jedoch auf keinen Fall unter fremde Herrschaft begeben wollen. Damit geraten sie in die internationale Isolation und werden als »Rebellen« betrachtet. In der Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten vom 9. Februar 2015 wurde dieser Ausdruck durch den der »Verantwortungslosigkeit« ersetzt - eine Kategorie, in die derzeit Länder wie Nordkorea fallen. Doch wie Kinder, die versuchen, sich von den an ihrer Schule dominanten Gruppen fernzuhalten, gehen auch Staaten, die sich Machtspielen zu entziehen suchen und sich bemühen, an den eigenen politischen und gesellschaftlichen Systemen festzuhalten, ein unzweifelhaftes Risiko ein: Ihnen bleibt nur, auf eigene Faust ihr Überleben zu sichern.

Gewisse Länder - wie Saudi-Arabien, die Türkei, Ägypten und der Iran - bilden eine zweite kleine Gruppe: die der Regionalmächte, die ihr Wachstum und ihren Einfluss steigern wollen, aber auf weitere globale Macht verzichten, um nicht die Supermächte gegen sich aufzubringen, zu denen sie in einer ambivalenten Beziehung stehen. Auch sie geben sich allerdings nicht mit einem Status als geopolitische Vasallen zufrieden.

Eine ähnliche Unterscheidung trifft der Politologe Zbigniew Brzezinski in *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft-*, für ihn gibt es »geostrategische Akteure« und »geopolitische Dreh- und Angelpunkte«. Zu den Ersteren zählen die

Staaten, die fähig und willens sind, Macht oder Einfluss jenseits der eigenen Grenzen auszuüben und die gegenwärtige geopolitische Situation in ihrem Sinn zu verändern. Diese »strategischen« Akteure sind stets bedeutende und mächtige Länder, wobei nicht alle, die die genannten Voraussetzungen erfüllen, tatsächlich in diese Kategorie fallen: Dies hängt immer auch von der Bereitschaft ihrer Regierenden ab, sich auf das Spiel der Macht einzulassen. Auf der anderen Seite stehen die »geopolitischen Dreh- und Angelpunkte«, Staaten wie die Ukraine, Aserbaidschan, Südkorea, die Türkei und der Iran. Sie verdanken ihre Bedeutung einer geografischen Lage, durch die sie den Zugang anderer Länder zu gewissen Ressourcen und Orten mitbestimmen können.

Rivalität, Ehrgeiz und Gewalt

Konflikte sind Teil der menschlichen Natur und der gesellschaftlichen Wirklichkeit, als unvermeidliche Folge divergierender Interessen, Wahrnehmungen und Kulturen. Bewaffnete Konflikte sind jedem internationalen System immanent. Schon der griechische Historiker Thukydides berichtet in seinem Buch über den Peloponnesischen Krieg (431-404 v. Chr.), der wahre Kriegsgrund habe darin gelegen, dass der Machtzuwachs der Athener den Spartanern Anlass zur Furcht gegeben und diese in den Krieg gezwungen habe. Diese Einsicht lässt sich auf beliebige andere Momente der Geschichte anwenden, in der Vergangenheit und Gegenwart wie wahrscheinlich auch in der Zukunft: Wer Macht besitzt, auf welchem Gebiet auch immer, will mit allen Mitteln verhindern, dass ein anderer aufsteigt und seine Vorherrschaft bedroht. Der Schluss liegt nahe, dass der Kampf zwischen menschlichen Gruppen trotz aller Vermeidungsversuche

auf ewig anhalten wird. Die Art der Auseinandersetzung mag sich ändern; sie mag mehr oder weniger grausam und brutal ausfallen, man wird zu direkten oder subtileren Methoden greifen, doch dem Konflikt an sich wird nichts ein Ende setzen können. Das ist zweifellos eine pessimistische Sichtweise, aber die empirische Realität lässt sie im heutigen Kontext und auf absehbare Zeit als völlig angemessen erscheinen.

1929 beauftragte der Völkerbund Moritz Bonn und Andre Siegfried mit der Ausarbeitung eines Berichts, der den Titel tragen sollte: *Wirtschaftliche Tendenzen, die den Weltfrieden berühren.* Die beiden Wissenschaftler kamen zu dem Schluss, ein Großteil der Geschichte lasse sich nur aus dem Wunsch gesättigter Staaten heraus erklären, ihre privilegierte Position, ihre Macht und ihren Reichtum zu wahren, während die nicht saturierten Staaten danach strebten, Reichtümer anzuhäufen, um ihre Macht zu steigern, oder Macht zu erlangen, um ihren Reichtum zu mehren. Kurz gesagt, wer nichts hat, will haben; wer hat, strebt nach mehr; und wer viel hat, der wünscht nur noch, dass es ihm keiner wegnimmt. Das gilt für den Einzelnen wie für Staaten, haben wir es doch hier mit nichts anderem zu tun als der unvergänglichen Praxis von Egoismus und Habgier. Die Geschichte beweist, dass sogar diejenigen, die aus einer benachteiligten Position heraus versichern, das Ziel der Gleichheit aller Menschen niemals aufgeben zu wollen, diese Sicht rasch vergessen, sobald sie es durch Glück oder Anstrengung in eine privilegierte Position geschafft haben. Dann legen sie dieselben Laster an den Tag, die sie früher so eifrig kritisiert haben.

Nach Aussage der Generäle Peng Guangqian und Yao Youzhi - Mitglieder der chinesischen Akademie für Militärische Wissenschaften - liest man schon in der kriegerischen Abhandlung *Wuzi* (5.-4. Jahrhundert v. Chr.), in der Zeit der Streitenden Reiche (475-221 v. Chr.) habe es fünf Gründe gegeben, in den

Krieg zu ziehen: den Kampf um Ruhm, den Kampf um materielle Vorteile, aufgestaute Animositäten, innere Unordnung und Hungersnot. Alexandre de Marenches, von 1970 bis 1981 Leiter des französischen Geheimdienstes, vertrat mit Nachdruck die These, in internationalen Konflikten gehe es heutzutage vor allem um die Beherrschung von Rohstoffquellen und die psychologische Kontrolle der Bürger durch Medien, Kirchen, Bildungswesen und Desinformation. Diese Äußerung stammt aus dem Jahr 1986, also lange vor dem Boom des Internets und der sozialen Netzwerke, die einen exponentiellen Anstieg der psychologischen Massenmanipulation zur Folge hatten. Gekämpft wird seit jeher um Macht, Status und Herrschaft, um die Kontrolle über Menschen und Ressourcen, und dazu werden eben die jeweils verfügbaren Mittel eingesetzt. Habgier verwandelt sich dabei nach und nach in reinen Machtwillen. Ist überdies Gewalt das wirksamste Mittel, um aus einem Konflikt siegreich hervorzugehen, so zögern die Betroffenen nicht, sie auch einzusetzen.

Gewalt und Krieg - Hammer oder Amboss?

Bismarck zweifelte nicht, dass Gewalt, ausgeübte oder auch nur angedrohte, entscheidenden Einfluss auf die Beziehungen der Menschen hat. Er sagte einmal, Dankbarkeit und Vertrauen von Verbündeten brächten im Notfall »keinen einzigen Mann ins Feld«.[2] Dies bewirke nur die Furcht vor preußischer Stärke, sofern man sie vorsichtig und geschickt einsetze. Fast vier Jahrhunderte zuvor war Niccolö Machiavelli noch weiter gegangen, als er postulierte, es sei besser, gefürchtet als geliebt zu werden. Wird man jedoch nur gefürchtet, so mag das kurzfristig funktionieren, gleichzeitig aber entsteht ein Hass, der irgendwann zum Ausbruch kommt, mit unvorhersehbaren Folgen. Richtet

man hingegen sein Handeln nur darauf aus, geliebt zu werden, so könnten manche das als Ausdruck von Schwäche verstehen und die Milde des Ranghöheren ausnutzen oder gar versuchen, ihn zu stürzen.

Auch wenn man gelegentlich hört, bestimmte menschliche Gruppen würden in ihren Handlungen und Reaktionen durch Liebe motiviert, andere durch Furcht und wieder andere durch Überzeugung, geht es in Wirklichkeit meist um eine Kombination dieser drei Faktoren, und nicht immer mit demselben Resultat. So ist es auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen am wichtigsten zu wissen, wie man erreichen kann, dass sich die übrigen Akteure den eigenen Interessen unterordnen. Dabei muss man sich vollauf bewusst machen, dass ein Vorgehen, das in einem Fall von Erfolg gekrönt war, nicht notwendigerweise auch in anderen erfolgreich sein muss. Die Moral von der Geschichte ist, dass es zwar nur im äußersten Fall zu Gewaltanwendung kommen sollte, diese in Außenbeziehungen jedoch stets ein wesentliches Element bleibt. Es liegt ja auf der Hand, dass sich nur mit denen ein Dialog führen lässt, die bereit sind zuzuhören, zu verstehen und zu argumentieren. Umgangsformen und Höflichkeit werden gegen Gewalt und Brutalität nichts ausrichten, und mancher reagiert, so bedauerlich das ist, nur auf Gewaltanwendung.

Solange es Gruppen gibt, die entschlossen sind, anderen ihren Willen aufzuzwingen, wird Krieg unter Staaten als gewaltsames Mittel zu diesem Zweck eine Rolle spielen. Selbst die Friedfertigsten müssen sich irgendwann entscheiden, ob sie sich wehren und kämpfen oder ob sie von vornherein kapitulieren wollen. Der überaus pessimistische Kant schrieb in *Zum ewigen Frieden:* »Der Krieg selbst aber bedarf keines besondern Beweggrundes, sondern scheint auf die menschliche Natur gepfropft zu sein.«

Das ist keine große Neuigkeit, sah doch schon Platon in *Der Staat* ein Naturgesetz darin, dass sich aufgrund anhaltender Expansionsbestrebungen der Krieg zwischen den Städten ewig fortsetzen müsse. Genauso lange aber wissen wir schon, dass Krieg zu absoluter Entmenschlichung führen kann. Erasmus von Rotterdam bezeichnet ihn als »eine so fürchterliche Rohheit, dass er den Bestien, aber nicht den Menschen ansteht«. Krieg führt in eine Spirale der Gewalt, lässt die niederen Instinkte an die Oberfläche treten und verstärkt sie noch. Hat ein Krieg erst einmal angefangen, bedarf es keiner Begründungen mehr, keiner Ziele oder Legitimierungen. Von diesem Moment an herrscht nur noch eine Obsession: der Sieg. Die Mittel dafür gelten wenig, selbst solche, die man für undenkbar halten sollte.

Wladimir Putin sagte am 9. Mai 2007 in seiner Rede zum 62. Jahrestag des sowjetischen Sieges im Zweiten Weltkrieg:

Wir haben die Verantwortung, uns daran zu erinnern, dass die Gründe von Kriegen vor allem in Irrtümern und Fehleinschätzungen aus Friedenszeiten liegen und dass diese Gründe in einer Ideologie der Gegnerschaft und des Extremismus wurzeln. Es ist heute von größter Wichtigkeit, sich das in Erinnerung zu rufen. Denn diese Bedrohungen werden nicht weniger, sie wandeln sich nur und ändern ihre Erscheinung. Wie das Dritte Reich zeigen die neuen Bedrohungen dieselbe Verachtung für das menschliche Leben und denselben Ehrgeiz, sich auf der ganzen Welt durchzusetzen.

Ganz gleich, ob Putin hier auf die Vereinigten Staaten oder den Dschihadismus anspielt, unbestreitbar ist, dass seine Worte den unvergänglichen Drang des Menschen erfassen, sich über andere zu erheben. Für den französischen General und Geopolitologen Pierre M. Gallois sind es nicht immer die Starken, die einen Krieg beginnen. Und für den britischen Militärhistoriker

J. F. C. Fuller ist das »Begehren der >Habenichtse<, sich die Reichtümer der >Habenden< anzueignen, nichts Unlogisches, sondern ein wesentlicher Teil der Gesetze des Tierlebens«.

Die sogenannte »westliche Welt« - im engeren Sinne Europa, die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Neuseeland; doch sollte man auch die Staaten Lateinamerikas, Israel und Südafrika dazuzählen - umfasst circa 985 Millionen Menschen. Aktuell leben auf dem Planeten jedoch weitere 6,6 Milliarden Menschen mit unterschiedlichen Weltsichten und Kulturen, die sich in gewisser Weise als Verlierer im Zeichen von Wirtschaftswachstum und Globalisierung sehen, die im Westen und durch den Westen entfesselt wurden. Die Mehrheit der Erdbewohner könnte also durchaus den Wunsch verspüren, ebenfalls zu den Privilegierten zu gehören.

Ist eine wirkungsvolle Eindämmung von Gewalt möglich?

Im Hinblick auf die weltweite Gewalt schrieb der US-amerikanische Politiker Henry Kissinger - Nationaler Sicherheitsberater (1969-1975) und US-Außenminister (1973-1977) -, die Supermächte verhielten sich manchmal wie zwei schwerbewaffnete Blinde, die sich durch ein Zimmer zu tasten versuchten - in der beidseitigen Überzeugung, dass ihnen vom anderen tödliche Gefahr drohe, dem sie ein hervorragendes Sehvermögen unterstellten. Wenn genug Zeit vergehe, könnten die beiden einander enormen Schaden zufügen, vom gemeinsam bewohnten Zimmer ganz zu schweigen - dem Planeten Erde. Das ist bereits geschehen, und es kann sich wiederholen und die gesamte Menschheit ins Elend stürzen, wenn man an das gewaltige Zerstörungspotenzial denkt, über das die Supermächte gegenwärtig

verfügen, nicht nur durch Kernwaffen. Deshalb wäre die Lösung ein fortlaufender Dialog zwischen den Großmächten, was angesichts des ewigen Strebens nach absoluter Macht jedoch nichts als eine Utopie ist.

Das Hauptproblem fasst der Journalist und politische Analytiker Robert D. Kaplan in *Warrior Politics. Why Leadership Demands a Pagan Ethos* treffend in der Aussage zusammen: »Die Welt befindet sich weiterhin in einem Naturzustand ohne Hobbesschen Leviathan, der Unrecht bestrafen würde.« Er meint damit, dass es zwar eine internationale Rechtsprechung gibt, die dieses Ziel zu verfolgen scheint, dass die Mächtigen jedoch immer neue Wege finden, sich ihr zu entziehen. Auf die übrigen Akteure wenden sie das Völkerrecht allerdings konsequent an.

Wir werden uns im nächsten Kapitel noch mit einer der Maximen der Geopolitik beschäftigen, der zufolge mittlere und kleine Mächte die zwischenstaatlichen Beziehungen auf internationales Recht gründen - oder das gerne täten -, auf eine Rechtsprechung, die wirklich gerecht ist und für alle Länder, unabhängig von ihrer Größe und Stärke, gleichermaßen gilt. Die Mächtigen hingegen gründen die internationalen Beziehungen vorrangig auf ihre Macht, ihr geopolitisches Gewicht und ihre Fähigkeit, Einfluss zu nehmen.

Die andere große Frage, die sich immer wieder stellt, ist die nach der Legitimität von Gewalt, inszeniert als Kampf zwischen Gut und Böse. Das Problem dabei ist, dass die beteiligten Gegner grundsätzlich glauben, sie hätten Moral, Recht und Vernunft auf ihrer Seite. Der Irrtum liegt stets beim Anderen, der sich illegitim und unangemessen verhalte.

Wer allerdings politisch-militärische Bündnisse zwischen Ländern als einen möglichen Weg zu größerer Sicherheit für alle sieht, sollte genauer nachdenken. Schließt sich nämlich eine Gruppe von Staaten zusammen, um gegen andere Nationen

besser abgesichert zu sein, so ist es wahrscheinlich, dass auch jene sich verbünden, um sich ihrerseits zur Wehr zu setzen. Daraus wiederum könnte ein Krieg größeren Umfangs entstehen und zu noch größeren Zerstörungen führen. Verstärkte neue Bündnisse bedeuten nicht zwangsläufig eine größere Stabilität als die alten, noch machen sie per se die Welt weniger gewalttätig.

Überleben im geopolitischen Dschungel

Nirgends geht es so heuchlerisch und gnadenlos zu wie in der internationalen Politik, wo jede Erwägung und jeder Schritt allein auf die Interessen des jeweiligen Landes abzielen. Diese aber sind stets vergänglich und wandelbar; was die übrigen Staaten anstreben, zählt dabei wenig oder gar nicht. Auch die nationale Politik ist erbarmungslos und von einem mörderischen Miteinander bestimmt. Auf den politischen Gegner wird keine Rücksicht genommen, da jegliche Maßnahme, die man gegen ihn ergreift, als legitim gilt, solange sie nur dazu dient, ihn zu schwächen und von der Macht zu vertreiben, verfolgt man doch ein einziges Ziel: dessen Platz einzunehmen. Trotzdem ist davon auszugehen, dass die politischen Gruppierungen - sosehr sie gegeneinander opponieren mögen - eine gemeinsame Absicht und ein gemeinsames Interesse haben: das Wohl der Bürger und der eigenen Nation, auch wenn es ein jeder, seiner ideologischen Ausrichtung entsprechend, unterschiedlich versteht.

In der internationalen Sphäre hingegen gibt es - jedenfalls auf Dauer - keine gemeinsamen Ziele, die helfen könnten, die niedersten Instinkte zu zähmen. Gemeinsame Interessen sind derart kurzfristig, dass sie alsbald verfallen und durch andere ersetzt werden, und so fließen Bündnisse, Freundschaften und

Feindschaften in einem paradoxen und überraschenden Tempo ineinander. Man lebt in einem Zustand fortwährender Rivalität, in dem alle Seiten die Ellbogen einsetzen, um sich Platz zu verschaffen und die eigenen Interessen durchzusetzen.

Nicht einmal Gefahren oder Bedrohungen, die für alle gelten, etwa die Folgen des Klimawandels, wirken sich mäßigend aus: In diesem besonderen Umfeld blicken die Länder allein auf ihr Eigeninteresse. Je mächtiger ein Staat ist, desto weniger schert er sich um die Bedürfnisse der übrigen Nationen. Einvernehmliche Entscheidungen, die der gesamten Menschheit zugutekämen, wären wohl erst im Falle einer äußeren Bedrohung zu erwarten. Vielleicht, wenn es zu einer Invasion von Außerirdischen käme?

In einer Welt, die weithin von Gewalttaten beherrscht wird, gilt für den britischen Militärhistoriker Michael Howard ein wichtiger Grundsatz: »Um den Frieden zu wahren, muss man an jene denken, für die die geltende Ordnung keinen >Frieden< darstellt; und ob sie bereit sind, Gewalt einzusetzen, um die Ordnung, die uns akzeptabel erscheint, zu verändern.« Es gilt also, die Absichten und Fähigkeiten des gegenwärtigen wie des potenziellen Feindes zu erkennen und nicht zu glauben, nur weil man selbst es für falsch hielte, einen Krieg zu beginnen, müssten auch andere das so sehen.

In der komplexen Welt internationaler Beziehungen bleibt den weniger mächtigen Nationen nur zu analysieren, ob das, was die Großmächte tun, ihnen nützen oder schaden könnte, und nach dem größtmöglichen Nutzen oder dem geringstmöglichen Schaden für ihr Land zu streben. Sie können neutral bleiben, solange ihnen diese isolierte Position nicht zum Nachteil gereicht, oder sich je nach den Umständen einen passenden Bündnispartner suchen.

In der Geopolitik ist nichts als gut oder schlecht anzusehen, sondern nur als vorübergehend vorteilhaft oder nachteilig. Gleichwohl gibt es eine ganze Reihe zeitlos gültiger Prinzipien.

2. TEIL

Geopolitische Prinzipien

Der Staat ist ein lebender Organismus

Für die Begründer der klassischen Auffassung von Geopolitik, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte, ist der Staat ein lebender Organismus und bedarf als solcher der Nahrung, um überleben und wachsen zu können. Der deutsche Geograf Friedrich Ratzel zieht diese Analogie in seinem Aufsatz »Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten«. Dort führt der Begründer der Anthropogeografie sieben Gesetze auf, denen er universelle Gültigkeit zuspricht:

1) Der Raum der Staaten wächst mit der Kultur.
2) Das Wachstum der Staaten folgt anderen Wachstumserscheinungen der Völker, die ihm notwendig vorausgehen, nämlich auf den Gebieten des Handels und Verkehrs sowie der Ideen.
3) Das Wachstum der Staaten schreitet durch die Angliederung kleinerer Teile zur Verschmelzung fort, mit der zugleich die Verbindung des Volkes mit dem Boden immer enger wird.

4) Die Grenze ist als peripherisches Organ des Staates sowohl der Träger seines Wachstums wie auch seiner Befestigung und macht alle Wandlungen des Organismus des Staates mit.
5) Der Staat strebt im Wachsen nach Umfassung der politisch wertvollen Stellen.
6) Die ersten Anregungen zum räumlichen Wachstum der Staaten werden von außen hereingetragen [nämlich durch die angrenzende Gegenwart einer ihnen unterlegenen Zivilisation] .
7) Die allgemeine Richtung auf räumliche An- und Abgleichung pflanzt das Größenwachstum von Staat zu Staat fort und steigert es ununterbrochen.

Hinter diesen Postulaten steht der Gedanke, dass nicht alle Völker gleich sind. Es wird immer Völker geben, die kulturell, militärisch oder ökonomisch weiter entwickelt sind - oder sich das so zurechtlegen - und daraus ein Recht ableiten, sich diejenigen einzuverleiben, die sie als minderwertig ansehen. Für Ratzel stehen die Staaten in ständigem Wettbewerb darum, ihren Lebensraum zu beherrschen und auszuweiten. Anfang des 20. Jahrhunderts war dieser Aspekt für das Deutsche Reich von ganz besonderer Bedeutung. Die Industrie entwickelte sich zwar rasant, aber Deutschland fehlten die nahezu unbegrenzten Ressourcen, über die Frankreich und Großbritannien dank ihrer großen Kolonien und Russland dank seiner überreichen Bodenschätze verfügten.

In ähnlicher Weise vertrat der schwedische Geograf und Politiker Rudolf Kjeilen, der 1899 den Begriff »Geopolitik« prägte, die These, dass der Staat eine Lebensform sei. Als eigenständiger Organismus werde er geboren, kämpfe ums Überleben, entwickle sich und übe Einfluss aus, bevor er schließlich in einen

Zustand der Dekadenz eintrete und bei seinem Tod einem neuen Gesellschaftssystem weiche. Als Lebewesen sei er zudem für sein eigenes Schicksal verantwortlich.

Die Prinzipien der Geopolitik und des Lebensraums, den jeder Staat benötige, um sein Überleben zu garantieren, wurden von Karl Haushofer (1869-1946) aufgegriffen, der als Professor in München und Gründer der Zeitschrift *Geopolitik* erheblichen Einfluss auf die Entwicklung des Denkens und der politischen Ambitionen Deutschlands ausübte, als das Land auf den Zweiten Weltkrieg zusteuerte. Aus Sicht dieses Armeeoffiziers und Geografen ließ sich die deutsche Expansion dadurch rechtfertigen, dass allein sie die Notwendigkeiten eines wachsenden Staates befriedigen konnte. Dabei stand ihm das Beispiel Japans vor Augen, eines Landes, in das er als militärischer Berater entsandt worden war.

Das Konzept des Lebensraums übte starken Einfluss auf Hitlers Geopolitik aus. Haushofer hatte Hitler während dessen Festungshaft in Landsberg Ratzels Arbeit zur Lektüre überlassen, und er selbst bewertete die Situation des Deutschen Reichs im Licht der Militärgeografie und des beschränken Zugriffs auf Ressourcen und Rohstoffe als extrem unvorteilhaft. Letztlich lieferten Ratzel und Haushofer mit ihrem Gedankengut Hitler eine quasiwissenschaftliche Rechtfertigung für die Ideen, die er in *Mein* Kamp formulierte und die später bei seinen expansionistischen Plänen eine Rolle spielten. Durch die Operation »Barbarossa«, den Einmarsch in die Sowjetunion, hoffte Hitler den für Deutschland benötigten »Lebensraum« zu erlangen.

1990 schrieb dann Pierre Gallois, der Kampf um Raum - zunächst als Quell materieller Versorgung, dann zur Absicherung und schließlich zu Herrschaftszwecken - repräsentiere in dieser Abfolge die Geschichte der Menschheit. Mit der Feststellung, dass menschliche Gruppen schon immer expansionistische

Ziele verfolgten, tritt Gallois gedanklich in die Fußstapfen Ratzels und Kjellens. Historisch variabel war laut Gallois jedoch die existenzielle Dynamik, die sich an den jeweiligen Bedürfnissen und Fähigkeiten orientierte.

Das gilt noch heute. Als lebender Organismus muss der Staat auf seine elementaren existenziellen Bedürfnisse achten: das Überleben, den Statuserhalt und die Weiterentwicklung. Um seinen »physiologischen« Prioritäten gerecht zu werden, muss der Staat an zwei unterschiedlichen, wenngleich verbundenen Fronten handeln: Er muss die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen, vor allem die Ernährung sichern, und er muss die Grundbedürfnisse der Industrie sichern, also den Zugriff auf Rohstoffe und Energieressourcen.

Die Wirtschaft hat das Sagen

Von Lenin stammt der Ausspruch: »Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik« ([1921], Werke, Band 32). Das gilt noch heute und wird auch seine Gültigkeit behalten, denn ökonomische Aspekte sind seit jeher der Hauptmotor in den Beziehungen zwischen Menschen und zwischen Staaten. In Verbindung mit dem berühmten Satz des preußischen Strategen Carl von Clausewitz, »Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln«, gelangt man sogar zu dem Schluss, dass Krieg auch eine Fortsetzung der Ökonomie sei. So entstand zum Beispiel die Kriegsmarine wesentlich aus dem Wunsch heraus, Handelsflotten zu schützen. Auch die internationale Politik kennt hinter der idealistischen Fassade, die den Bürgern präsentiert wird, nicht die geringsten Skrupel, sich auf Geschäfte mit Diktatoren, Tyrannen, absolutistischen Herrschern, Kleinkönigen oder sonstigen Machthabern einzulassen, denen alles Demokratische fehlt.

Der Einfluss des Geldes auf die Geopolitik

Nach Darstellung des deutschen Historikers Walter Görlitz war einer der großen Sponsoren, die Hitlers Aufstieg an die Macht ermöglichten, der niederländische Erdölmagnat Henri Deterding, Vorstandsvorsitzender von Royal Dutch Shell und erbitterter Gegner des bolschewistischen Regimes in Russland, seit sich dieses Shells reiche Ölquellen in Baku (Aserbaidschan) angeeignet hatte. Görlitz erzählt weiter, während des spanischen Bürgerkriegs 1936-1939 habe das US-Unternehmen Texaco dem putschenden General Franco so viel Erdöl geliefert, wie er benötigte, finanziert durch einen Kredit in Höhe von bis zu

6 Millionen Dollar. Dafür erhielt Texaco von Franco nicht nur die vereinbarte Summe, sondern auch das jahrelange Verkaufsmonopol von Erdöl an den spanischen Staat. Der damalige Präsident von Texaco, der Ölmagnat Torkild »Cap« Rieber, rechtfertigte dieses Vorgehen mit dem Argument, man müsse die Putschisten mit Öl versorgen, um zu verhindern, dass russisches Erdöl den spanischen Markt übernehme, wozu es im Fall eines republikanischen Sieges gekommen wäre.

Sogar mitten im Krieg werden ökonomische Vorkehrungen für Friedenszeiten getroffen. Der belgische Diplomat Jacques de Launay berichtet, wie sich am 10. August 1944 zahlreiche Vertreter der deutschen Industrie (zuvorderst Krupp, Röchling, Rheinmetall und Volkswagen) in Straßburg versammelten, um Maßnahmen zu diskutieren, die nach der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg ihre Interessen wahren könnten. Bei einer zweiten Zusammenkunft rief der Vertreter des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion die Industriellen dazu auf, für die Zeit nach dem Krieg heimlich und ohne Verdacht zu erregen, aber unverzüglich Handelsbüros im Ausland aufzubauen.

Die Wirtschaft hat derartige Bedeutung und Einfluss auf die Stabilität und Sicherheit eines Landes, dass zum Beispiel, wie Richard A. Clarke - 2001 Nationaler Koordinator für Sicherheit, Infrastrukturschutz und Antiterrorpolitik in der US-Regierung - schildert, Präsident George W. Bushs Sorge nach den Attentaten vom 11. September zunächst den durch die Angriffe verursachten materiellen Schäden galt. Seine ersten Anweisungen galten der Aufgabe, die Wirtschaft am Laufen zu halten: Geschäfte, Banken, Börse, Flugverkehr usw. Obwohl die Infrastruktur der Wall Street erheblich beeinträchtigt war, ordnete der Chef des Weißen Hauses an, dass die Börse baldmöglichst wieder öffnen solle.

Der bereits zitierte de Marenches und der amerikanische Journalist David A. Andelman erklären in einem gemeinsam verfassten Buch die Nähe der italienischen Politik zu Libyen mit dem Umstand, dass Muammar al-Gaddafi in Italien bedeutende Investitionen hielt. Tatsächlich war er einer der wichtigsten Anteilseigner von Fiat. Dasselbe ließe sich heute über die enge ökonomische Beziehung mancher europäischer Länder, die demokratische Werte und Prinzipien hochhalten, zur ägyptischen Regierung des Generals Abd al-Fatah as-Sisi sagen, der 2013 durch einen Putsch an die Macht kam. Deutschland zum Beispiel hat vier U-Boote des Typs 209/1400 an Ägypten verkauft, Frankreich zwölf Rafale-Kampfflugzeuge, mit Option auf weitere zwölf.

Ein anderes auffälliges Beispiel ist die Produktion von Opium in Afghanistan. Dort wird traditionell der Schlafmohn angebaut, aus dem Opium gewonnen wird, aber die Taliban merzten in ihren Jahren an der Regierung den Anbau so gut wie vollständig aus - mit dem Argument, dass Opium gegen die Vorschriften des Islam verstoße. Seit der Invasion von 2001 wächst merkwürdigerweise die Produktion von Jahr zu Jahr und erreicht mittlerweile Rekordzahlen. Das ist umso mehr ein Skandal, wenn man bedenkt, dass die Gewinne aus dem Verkauf den Aufständischen zufließen. Manchen Quellen zufolge ergab eine eingehende Untersuchung der US-Army, welche anderen Pflanzen den Mohnanbau ersetzen könnten, dass Baumwolle am rentabelsten wäre, deren Produktion in einigen besonders geeigneten Gegenden äußerst ertragreich ausfiele. Als die US-amerikanische Baumwollindustrie von diesem Projekt Wind bekam, setzte sie sofort alle Hebel dagegen in Bewegung: Ausgesprochen billige, hochwertige Baumwolle, wie Afghanistan sie auf den Markt bringen könnte, hätte für die US-Produzenten einen heftigen, möglicherweise ruinösen Wettbewerb bedeutet.

Das Erschließen von Märkten und die Kontrolle über neue Technologien gewinnt immer mehr an Bedeutung gegenüber der bloßen Beherrschung eines Territoriums. Das legt den Gedanken nahe, dass die Ökonomie in gewisser Weise das Militär als Instrument von Staaten ersetzt hat, die auf dem internationalen Parkett nach Macht und Status streben.

Dasselbe ließe sich über nationalistische Politik sagen, die ebenfalls in engem Zusammenhang mit ökonomischen Fragen steht. Vor diesem Hintergrund definiert der französische Geopolitiker Francois Thual Separatismus als Prozess, durch den sich die wohlhabenden Regionen eines Landes von den ärmeren Regionen zu lösen suchen, wofür sie unterschiedliche Begründungen ins Feld führen. Unterm Strich handelt es sich dabei um eine Form von kollektivem Egoismus, der auf den Ausschluss mittelloser Regionen abzielt.

Die drei Obsessionen:
Natürliche Ressourcen, Energie und Technologie

Bei der verzweifelten Jagd nach Gewinnen, die von der schrankenlosen Umsetzung von Kapitalismus und Wirtschaftsliberalismus angetrieben wird, hat die Globalisierung einige Grundsätze etabliert, denen sich keine Nation entziehen kann. Nach dem Verschwinden des kommunistischen Blocks unter Führung der Sowjetunion, dessen Produktionsprozess nach marxistisch-leninistischen Prinzipien durch staatliche Vorgaben geprägt war, orientieren sich heutzutage fast alle Länder in Wirtschaftsfragen an den merkantilistischen Prinzipien des Freihandels. Selbst offiziell weiterhin sozialistisch-kommunistische Staaten wie China oder Vietnam stehen diesen Postulaten näher als den ökonomischen Richtlinien sowjetischen Zuschnitts aus früheren Zeiten.

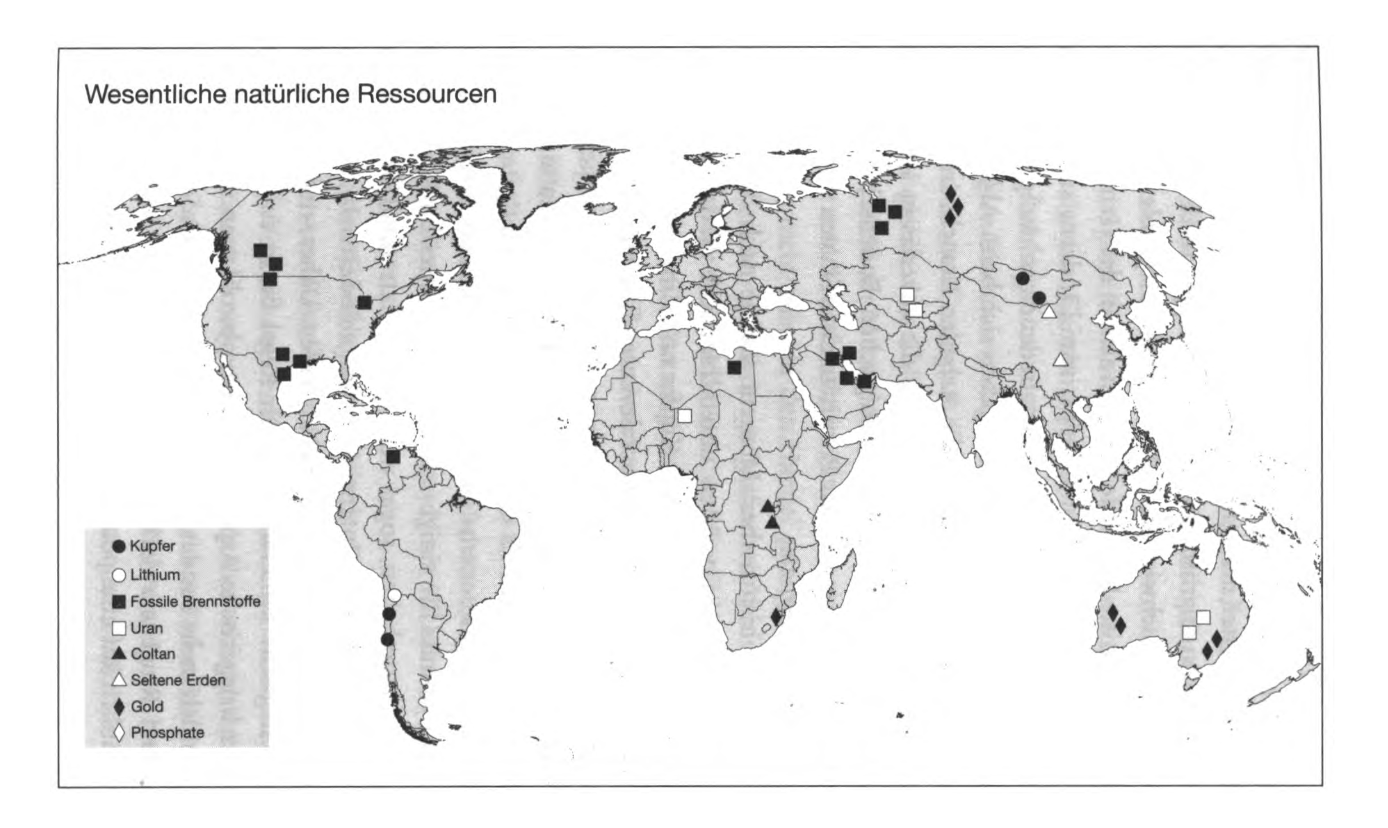
In der Welt der Gegenwart, die von einem handels- und finanzkapitalistischen Liberalismus beherrscht wird, geht es der Wirtschaft ausschließlich um Gewinne. Um die gewünschten Resultate zu erzielen, müssen Unternehmen wie Staaten auf Teufel komm raus verkaufen, je mehr, desto besser. Deshalb besteht neben der Notwendigkeit, zahlungskräftige und stabile Märkte zu erschließen, sie zu halten und zu erweitern - auf denen man dann in mitleidlosem Kampf mit einer wachsenden Konkurrenz seine Präsenz festigen und schützen muss -, auch Bedarf an einer Reihe unabdingbarer Elemente zur Aufrechterhaltung und möglichenfalls Steigerung einer effizienten und rentablen industriellen Produktion, die »verkäufliche« Güter generiert: natürliche Ressourcen (Mineralien, Holz etc.), Energie (in erster Linie fossile Brennstoffe und Elektrizität) und Technologie. Und hier beginnt auch schon der Kampf, da es sich um knappe Güter handelt, die Neid und Habgier wecken.

Natürliche Ressourcen können in sehr unterschiedlicher Form auftreten. Das breite Spektrum umfasst unter anderem Holz und strategische Bodenschätze - von denen, die für die Industrie von kritischer Bedeutung sind, bis zu denjenigen, die zur Energieerzeugung oder für Hightechprodukte eingesetzt werden, wie Kupfer, Nickel, Uran, Diamanten, Gold, Bauxit oder Coltan.

Bevor in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Mechanisierung und der Gebrauch von Maschinen einsetzten, stammte Energie im Arbeitsprozess überwiegend von Menschen und einigen Nutztieren. Das machte bei Feldzügen die Gefangennahme von Feinden und deren Versklavung zu einem Ziel, das von ebenso großer Wichtigkeit war wie die Gewinnung natürlicher Ressourcen. Im Gefolge der Industriellen Revolution wurde das Ringen um die in großen Mengen erforderlichen Rohstoffe (Kautschuk, Bodenschätze usw.) und Energie (Kohle für Dampfmaschinen) zu einer neuen Konstanten.

Die beschleunigte industrielle Entwicklung auf der ganzen Welt, selbst in Ländern wie China und Indien, deren Entwicklung bis vor wenigen Jahren noch weit hinterherhinkte, verschlingt immer größere natürliche Ressourcen, vor allem fossile Brennstoffe und Mineralien. Nach Ansicht Thuals weiteten die Vereinigten Staaten unter der Reagan-Administration ihre Präsenz in Afrika deswegen so stark aus, weil sie die Reichtümer des Kontinents unter ihre Kontrolle bringen wollten, von Minen und industrierelevanten Energiequellen bis hin zu landwirtschaftlichen Ressourcen. Dem französischen Geopolitiker zufolge zählen die Interessen der Großmächte zu den wichtigsten Faktoren im Hintergrund der zeitgenössischen Konflikte in Afrika, die ihrer Zielsetzung nach auf einen ökonomisch motivierten Krieg um den Zugriff auf Rohstoffe hinauslaufen.

Überdies geht er darauf ein, dass sich die Ukraine in jüngster Zeit als Schauplatz der Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten auf der einen und Russland auf der anderen Seite etabliert hat. Die Gründe dafür liegen in dem Versuch, Moskau den Zugang zum Schwarzen Meer zu verwehren - daher der Streit um die Krim - und auf ukrainischem Boden bedeutende natürliche Ressourcen aller Art zu sichern, die für die westliche Wirtschaft zu einem entscheidenden Vorrat werden könnten. Thual und Labeviere scheuen sich auch nicht zu bekräftigen, dass in der Arktis die Verteilung reicher Vorkommen von Erdöl und Mineralien auf dem Spiel steht. In Grönland verfolgten die USA das Ziel, die zukünftige Ausbeutung natürlicher Reichtümer sowie von Industrie und Handel für nordamerikanische Firmen zu sichern. Der derzeit größte Arbeitgeber in Grönland ist das US-Unternehmen Alcoa, einer der großen weltweiten Produzenten von Rohaluminium, der in Schlüsselsektoren der Rüstungsindustrie, der Luft- und Raumfahrt, der Automobil- und der Baubranche überaus aktiv ist.


Wesentliche natürliche Ressourcen
Kupfer
Lithium
Fossile Brennstoffe
Uran
Coltan
Seltene Erden
Gold
Phosphate

Speziell im Fall von Bodenschätzen haben wir es mit einer vielschichtigen Problematik zu tun, aus der Spannungen entstehen: Ein Gutteil der betreffenden Ressourcen ist überaus knapp; selbst wenn es großzügige Vorkommen gibt, ist der Abbau kostenintensiv (schwieriges Gelände, Transportprobleme, Umweltfragen etc.); die Rohstoffe befinden sich in der Hand eines Landes oder einer kleinen Gruppe von Ländern; sie liegen in hochgradig instabilen Gegenden, in denen es häufig zu Gewaltausbrüchen kommt; oder es ergeben sich beim Abbau erhebliche Gesundheitsrisiken für die Arbeiter. Brauchbare Vorkommen in die Hand zu bekommen, die zuverlässig signifikante Mengen der betreffenden strategischen Bodenschätze liefern können, ist daher eine der Prioritäten von Staaten und multinationalen Konzernen.

In jedem historischen Moment und je nach den aktuellen Notwendigkeiten werden unterschiedliche Bodenschätze als strategisch betrachtet. Vom Kupfer und Zinn über die zur Zeit der Industriellen Revolution relevanten Eisen und Kohle bis hin zu Uran, Kupfer, Kobalt, Mangan, Chromit, Seltenen Erden, Germanium, Beryllium, Bauxit, Lithium und Platinmetallen, die heute allesamt als essenziell gelten. Die wichtigsten Mächte legen »Kriegsreserven« an, die es ihnen erlauben, den Produktionsrhythmus für einige- normalerweise zwei bis fünf - Jahre aufrechtzuerhalten, sogar wenn sie im Extremfall durch einen Konflikt von hoher Intensität daran gehindert sein sollten, sich die nötigen Bodenschätze zu beschaffen. Daher wird der Begriff »strategische Mineralien« in der Regel direkt auf militärische oder kriegerische Aspekte bezogen, obwohl man ihn heute eigentlich mehr aus der Perspektive eines anhaltenden ökonomischen Ringens zwischen Nationen betrachten müsste als im Hinblick auf eine potenzielle militärische Auseinandersetzung zwischen Staaten.

Solange es sich am Ende lohnt, sind Nationen und Unternehmen zu den größten Opfern bereit und bewegen sich dafür auch gerne scharf an den Grenzen des Völkerrechts, wenn sie nicht gleich darüber hinausgehen. Auch anderes bleibt hier oft zweifelhaft. Genaue Angaben zur Produktion und kommerziellen Nutzung der wichtigsten Bodenschätze zu finden, ist eine titanische Aufgabe, da sie einer Geheimniskrämerei unterliegen, die eingehende Untersuchungen unmöglich macht. Offizielle Dokumente der Vereinigten Staaten wie das *Minerals Yearbook*, das jährlich vom United States Geological Survey (USGS) herausgegeben wird, gestehen ein, dass Coltan - eine Mischung aus Columbit und Tantalit, die in der Mikroelektronik, der Telekommunikation und der Luft- und Raumfahrt zum Einsatz kommt - und andere Bodenschätze nicht offen in den Handel gelangen. Die Bedeutung der Mineralien und ihrer geografischen Verortung veranschaulicht eine der durch WikiLeaks veröffentlichten Depeschen aus US-amerikanischen Botschaften. In dem auf 2009 datierten Dokument werden die kritischen Ressourcen aufgelistet, auf die die Vereinigten Staaten angewiesen sind, dazu deren Fundorte im Ausland: Bauxit in Guinea; Kobalt im Kongo; Chromit in Südafrika, Kasachstan und Indien; Mangan in Gabun, Brasilien und der Ukraine; Germanium, Graphit und Seltene Erden in China; Zinn in Indonesien; Eisen in Brasilien; Uran, Nickel und Palladium in Russland.

Eine besondere Erwähnung verdient der Fall Afghanistan. Diversen Studien und Berichten zufolge ist der afghanische Boden eine gewaltige Vorratskammer für Mineralien, von denen einige derzeit als strategisch eingestuft werden. Zu den wichtigsten davon zählen: Gold, Kupfer, Eisen, Kobalt, Seltene Erden, Lithium, Chrom, Blei, Zink, Beryllium, Fluorit, Niob und Uran. Ihnen ließen sich noch weitere hinzufügen, die seit der Antike für ihre Qualität bekannt sind, etwa Edelsteine und Halbedelsteine.

US-Präsident Donald Trump erklärte daher Ende Juli und Anfang August 2017, wohl auf Betreiben des millionenschweren DynCorp-Chefs Stephen Feinberg sowie des Vorstandsvorsitzenden von American Elements, Michael Silvers, einem auf die Gewinnung Seltener Erden spezialisierten Unternehmen: »Der Abbau von Mineralien könnte ein Grund für die Vereinigten Staaten sein, sich weiter in Afghanistan zu engagieren.« - »Die Vereinigten Staaten tun nicht genug für die Nutzung von Afghanistans Reichtum an Bodenschätzen.« - »China scheffelt in Afghanistan Geld mit seltenen Mineralien, während die Vereinigten Staaten im Krieg ihren Kopf hinhalten.«

Die Geopolitik in Energiefragen könnte man als Kampf um die Kontrolle von Energiequellen (Reserven, Extraktion-Produktion, Transport, Umwandlung, Lagerung und Distribution) definieren, der sich in einem gegebenen geografischen Rahmen bis hin zu planetarischen Dimensionen abspielt. Wie der Politologe und Diplomat John G. Stoessinger erläutert, wurde der Erste Golfkrieg eindeutig durch die Bedeutung des Erdöls bestimmt. Wäre es Saddam Hussein gelungen, die Ölfelder von Saudi-Arabien zu erobern, so hätte er fast die Hälfte der weltweit bekannten Rohölreserven kontrolliert - was die Vereinigten Staaten und die ganze westliche Welt unter Druck gesetzt hätte. Die Verteidigung des saudischen Staatsgebiets wurde dadurch zu einem klaren strategischen Imperativ. Man muss sich in diesem Zusammenhang die fundamentale Bedeutung von Transportwegen für Energie und Ressourcen vor Augen führen, insbesondere der Seewege, über die mehr als 80 Prozent des weltweiten Handels abgewickelt werden. Von daher ist es nicht überzogen zu behaupten, dass derjenige, der die Meere beherrscht (zurzeit die Vereinigten Staaten), auch die Kontrolle über die weltweiten Märkte hat und damit eine Vorrangstellung in der Welt. Eben daraus erklärt sich die Relevanz so unter-

schiedlicher Orte wie des Horns von Afrika, des Suez- und des Panamakanals oder der Straße von Hormus und der Straße von Malakka.

Gegenwärtig stehen noch immer vor allem fossile Brennstoffe (Erdöl und Erdgas) im Zentrum der Aufmerksamkeit, sowohl im Hinblick auf individuelle Reisen und Heizung wie auf den erheblichen Verbrauch zu industriellen Zwecken. In einer nicht sehr fernen Zukunft jedoch wird der Star unter den Energieformen wohl die Elektrizität sein, sodass man die Prognose wagen darf, dass, wer den Produktionsprozess, die Lagerung und den Transport elektrischer Energie beherrscht, künftig auch die Welt beherrschen kann.

Im Hinblick auf die technologische Entwicklung dreht sich das aktuelle ökonomische Ringen um Innovationen in Wissenschaft und Technik. Wer nicht in diese grundlegenden Aspekte investiert, muss sich bewusst sein, dass er in Zukunft zum technologischen Sklaven weiter entwickelter Länder zu werden droht.

Die Erschließung von Ressourcen im Weltraum

Um zu verstehen, wo einige der wesentlichen Auseinandersetzungen um natürliche Ressourcen stattfinden werden, lohnt es sich, das gegenwärtige Interesse von Großmächten wie China, den USA, Russland und Indien an der Erschließung anderer Planeten zu analysieren. Die neue Ära der Kolonisation zielt nicht nur darauf ab, eine zukünftige menschliche Besiedelung zu ermöglichen, sondern auch, Zugriff zu strategischen Ressourcen zu erhalten, die auf der Erde knapp sind. Planeten, Satelliten und Asteroiden könnten zu unerschöpflichen Quellen für strategische Bodenschätze, Energie und sogar Wasser werden. In diesem durch die Grenzen des Kosmos abgesteckten Ring spielt sich ein harter Kampf um die Herrschaft im Weltraum ab, und

die Teilnehmer sind überzeugt: Wer hier die Oberhand behält, der wird die nächste Supermacht.

Einen Fuß auf fremde Planeten zu setzen, bedeutet zudem unzweifelhaft internationales Prestige. Es gilt als Beweis für das technologische Potenzial und die Fähigkeit eines Staates oder einer internationalen Organisation, geopolitisch Einfluss zu nehmen. Für manche Länder wird diese Option zu einer Frage des Überlebens. So benötigt China, wenn es den Rhythmus seiner Entwicklung aufrechterhalten und seinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt garantieren will, gewaltige Mengen an natürlichen Ressourcen und Energie sowie an Nahrungsmitteln und Wasser, um die Bedürfnisse seiner riesigen Bevölkerung abdecken zu können.

In einem Wettlauf mit den anderen Großmächten, angetrieben von seinen strukturellen Mängeln, sucht Beijing nach Alternativen außerhalb unseres Planeten, zuallererst auf dem Mond. Weniger als 400000 Kilometer - drei Tagesreisen - von der Erde entfernt, ist der Boden des Erdtrabanten reich an Aluminium, Titan, Neon, Eisen, Silicium, Magnesium, Kohlenstoff und Stickstoff. Es ist nicht ausgeschlossen, dass man aus den vorhandenen Elementen sogar Wasser herstellen könnte. Aber vielleicht liegt der größte Wert, der von dort zu erwarten ist, in den gewaltigen Mengen von Helium-3, das sich direkt an der Oberfläche mühelos gewinnen ließe. Dieses nicht radioaktive, auf der Erde äußerst seltene Isotop gilt als wesentliche Quelle zur zukünftigen Energiegewinnung durch Kernfusion. Manchen Schätzungen zufolge hätte man auf dem Mond direkten Zugriff auf etwa fünf Tonnen Helium-3. Das mag nach einer geringen Menge klingen, aber es ließe sich daraus fünfzigtausend Mal so viel elektrische Energie gewinnen, wie jährlich auf der ganzen Welt verbraucht wird.

Doch die wahre Eroberung des Weltraums beginnt mit der Ankunft des Menschen auf dem Mars. Auf der Oberfläche des

beeindruckenden Roten Planeten sind bereits Vorkommen von mindestens 3 Millionen Kubikmeter Eis von hohem Reinheitsgrad bestätigt, dazu gibt es in seinem Inneren möglicherweise flüssiges Wasser. Durch seine erdähnlichen Eigenschaften erscheint der Mars als idealer Ort für eine dauerhafte Besudelung durch den Menschen, eine mögliche Lösung für den wachsenden Bevölkerungsdruck. Im Fall einer Katastrophe auf der Erde - ob durch natürliche Faktoren oder menschliche Einwirkung - könnte der Planet als Zufluchtsort und Basis für die unvermeidliche Kolonisierung des Weltraums dienen.

Wirtschaft und Wettbewerb

Jede kriegerische Auseinandersetzung in der Geschichte hatte eine ökonomische Komponente, die für das Entstehen und die Entwicklung des Konflikts mehr oder weniger ausschlaggebend war. Dieser ökonomische Hintergrund kann selbst Gegenstand des Konflikts sein - als dessen Hauptziel oder als sekundäres Ziel - oder aber eine Form der Aktion darstellen. Der französische Soziologe Gaston Bouthoul erklärt, Deutschland habe 1914 einen Krieg beginnen müssen, weil der ökonomische Wettstreit des Landes gegen andere Industrie- und Export-Großmächte zu kostspielig geworden sei. Im Essay *Mörderische Identitäten* (2000) des französisch-libanesischen Schriftstellers und Journalisten Amin Maalouf sowie bei den chinesischen Offizieren Qiao Liang und Wang Xiangsui ist nachzulesen, wie China im Namen der Handelsfreiheit in den Opiumkrieg (1839-1842) verwickelt wurde. Das Kaiserreich hatte sich geweigert, den lukrativen Drogenhandel zu dulden, an dem Großbritannien lag, was in den größten staatlich organisierten Handel mit Rauschgift mündete, den die Geschichte kennt.

Eine der besten Darstellungen der Beziehung zwischen Kriegsführung und Wirtschaft findet sich bei J.F.C. Fuller, der unter anderem erklärt, dass der Amerikanische Bürgerkrieg (1861-1865) zu einem Großteil ökonomisch motiviert war und dass die anglo-germanische Rivalität als Hauptursache der beiden Weltkriege zu sehen sei. Mahatma Gandhi wiederum kam im Vorfeld des Ersten Indisch-Pakistanischen Krieges (1947/48) zu dem Schluss, dass ein bewaffneter Konflikt mit dem Nachbarland weniger kostspielig ausfallen würde als die ökonomische Belastung, die das Flüchtlingsproblem binnen eines einzigen Jahres mit sich gebracht hätte. (Die Zahl der bengalischen Flüchtlinge ging an die 10 Millionen und verursachte tägliche Kosten in Höhe von circa 2,5 Millionen Dollar.)

Die ökonomischen Ursachen der Panischen Kriege

Nach dem Ersten Punischen Krieg (264-241 v. Chr.) zwischen Rom und Karthago lagen beide Städte wirtschaftlich am Boden. Doch der afrikanische Stadtstaat litt besonders unter den substanziellen Verlusten, die der Krieg durch Unterbrechung des Seehandels verursacht hatte. Zudem hatte Karthago nach der Niederlage sehr unvorteilhafte Friedensbedingungen hinnehmen müssen, darunter die Verpflichtung zu Kompensationen an die Römer in Höhe von 3200 Silbertalenten und den Verzicht auf das reiche Sizilien. Daraus ergab sich der Zweite Punische Krieg (218-201 v. Chr.). Karthago hatte unter dem Druck seiner prekären wirtschaftlichen Lage und des Verlusts von Sizilien beschlossen, unter Führung von Hamilkar Barkas eine Expedition auf die Iberische Halbinsel zu entsenden, um dort neues fruchtbares Land zu gewinnen, was binnen weniger Jahre in eine neue Auseinandersetzung mit Rom führte.

Auch der Dritte Punische Krieg (149-146 v. Chr.) wurde eindeutig durch ökonomische Interessen verursacht. Nach dem

vorangegangenen Krieg hatte das besiegte Karthago sämtliche Gebiete außerhalb Afrikas eingebüßt und war gezwungen, ein halbes Jahrhundert lang jährliche Reparationszahlungen in Höhe von 200 Silbertalenten zu leisten. Außerdem untersagten die Römer Karthago den Unterhalt von Kriegsschiffen und jegliche Kriegserklärung an Dritte ohne römische Erlaubnis. Hinzu kam, dass die Karthager die Unabhängigkeit des Königreichs Numidien akzeptieren mussten, das in der Folge mit ausdrücklicher Billigung der Römer und unter Ausnutzung von Karthagos Schwäche nach Herzenslust expandierte.

Die Karthago auferlegten Restriktionen zeitigten jedoch eine Wirkung, mit der die Römer nicht gerechnet hatten. Da die Karthager daran gehindert waren, ihren Reichtum - den sie als gute Kaufleute weiterhin anhäuften - kriegerischen Zielen zu widmen, investierten sie ihn darin, ihre Stadt zu einem mächtigen und gut entwickelten Handelszentrum zu machen. Als der römische Zensor Marcus Porcius Cato, bekannt als Cato der Ältere, Mitte des 2. Jahrhunderts v. Chr. Karthago besuchte, staunte er über den Anblick einer reichen, prosperierenden Stadt mit blühenden Handelsbeziehungen, wo er nur Not und Elend erwartet hatte. Beeindruckt schloss Cato, wenn sich diese Entwicklung fortsetzte, sei es nur eine Frage der Zeit, bis die Karthager auf neuerliche Revanche gegen Rom sinnen würden. Fortan versuchte er unablässig, den römischen Senat von der Notwendigkeit eines Präventivkriegs gegen Karthago zu überzeugen, bevor sich die Stadt erneut zu einem zu mächtigen Feind entwickeln könnte. Um die Dringlichkeit zu unterstreichen, beendete Cato fortan jede seiner Reden im römischen Senat mit Sätzen wie »Ceterum censeo Carthaginem esse delendam« (Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss).

Hinter dem Streben nach Macht und persönlichen Motiven gab es einen weiteren Grund, der die Entscheidung, in den Krieg

zu ziehen, maßgeblich beeinflusste: die wirtschaftliche Rivalität zwischen den beiden Städten. Karthago lieferte den römischen Kaufleuten bei Produkten wie Feigen und Wein einen scharfen Wettbewerb, und diese traten daher offen für eine kriegerische Auseinandersetzung ein. Überdies erforderte das Bevölkerungswachstum Roms die Erschließung neuen Ackerlandes, wie es die Karthager besaßen. Am Ende fanden die Römer dann die perfekte Ausrede, um Karthago anzugreifen und aus dem Mittelmeerraum zu vertreiben: Die Karthager hätten begonnen, Kriegsschiffe zu bauen, was ihnen laut Friedensvertrag untersagt war.[3]

Die Napoleonischen Kriege aus ökonomischer Perspektive

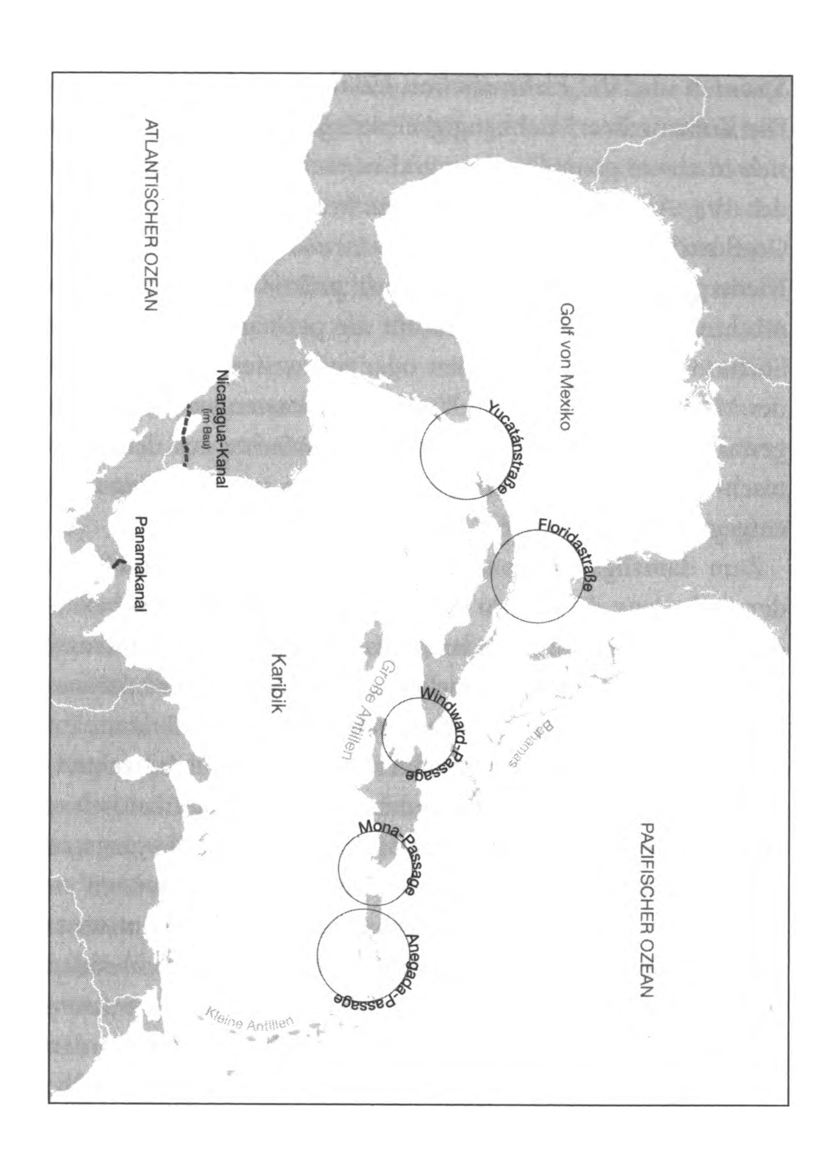
Dass England mit den Ländern auf dem europäischen Kontinent im Streit um ökonomische Interessen liegt, hat, wie Fuller erläutert, eine lange Tradition, etwa in der Zeit Napoleons: »England musste seine industriellen Erzeugnisse exportieren, um seinen Wohlstand und seine Macht zu erhalten. Frankreich dagegen war gezwungen, seine junge Industrie zu schützen, um zu Wohlstand zu kommen und seinen Machtanspruch zu behaupten. [Deshalb] errichtete Napoleon die Kontinentalsperre, durch die alle kontinentalen Häfen für Englands Schifffahrt gesperrt wurden. Damit sollte Englands Handel unterbunden und sein Kredit untergraben werden.« London wiederum konnte nicht zulassen, dass ein vereintes Europa Englands Status als beherrschende Seemacht gefährdete. So reagierten die Engländer damit, dass sie neutralen Staaten den Handel mit Frankreich und dessen Verbündeten untersagten. Auf diese Weise nahm zwischen den beiden Nationen ein Wirtschaftskrieg seinen Lauf, der am Ende auf den Schlachtfeldern entschieden wurde.

Spanien und die Kubanischen Unabhängigkeitskriege

Die Kubanischen Unabhängigkeitskriege (1868-1898) spielten sich in einem geopolitischen und wirtschaftlichen Kontext ab, der die Auseinandersetzung zwischen einer aufstrebenden Großmacht (den USA) und einer zweiten, unverkennbar im Niedergang befindlichen (Spanien) praktisch unvermeidlich machte. Ein typischer Konflikt für die permanente historische Suche nach einem regionalen oder weltweiten Gleichgewicht der Mächte. Die Macht der Vereinigten Staaten war dermaßen gewachsen, dass sich die europäischen Mächte aus dem Spanisch-Amerikanischen Krieg heraushielten, um nicht den USA entgegentreten zu müssen.

Zum damaligen Zeitpunkt bemühten sich die Industrieländer - oder jene, die sich im Prozess der Industrialisierung befanden - unter dem Einfluss der Industriellen Revolution intensiv um Rohstoffe und Energiequellen, die sie für ihre Produktionskette brauchten, sowie um die Erschließung von Märkten, auf denen sie ihre Produkte verkaufen konnten. Parallel dazu entwickelte sich ein bedeutender Handel von der US-amerikanischen Westküste in Richtung China und Japan, was die Philippinen zu einer wichtigen Plattform werden ließ. Die USA mussten sicherstellen, dass die Rohstoffe aus dem Süden des Kontinents wie auch die aus ihrem eigenen Territorium der wachsenden Industrie im Norden ungehindert zuflossen. Allerdings mussten die Waren, die aus den Südstaaten in die Fabriken im Norden der USA gebracht wurden, die Floridastraße durchqueren, während diejenigen, die aus Mittel- und Südamerika stammten, schon durch die Yucatänstraße gebracht werden mussten.

Als zusätzliches Sicherheitsrisiko für seine Handelsinteressen sah Washington die Seewege der Windward-Passage, der Mona-Passage und in geringerem Maße der Anegada-Passage, die allesamt von Kuba und Puerto Rico aus beherrscht wurden.



Die Befürchtung, Spanien könne durch seine Fähigkeit, diese für die US-amerikanische Seefahrt unumgänglichen Durchgangsorte zu blockieren, strategischen Druck auf die Vereinigten Staaten ausüben, wurde durch die Planungen des Panama-

kanals verstärkt, der just über die genannten Meerengen zugänglich sein sollte.

Als Spanien und die USA ihren Konflikt austrugen, war das Schicksal Kubas und Puerto Ricos allerdings schon lange entschieden. Denn vor dem Hintergrund des auf weitere Kolonialisierung gerichteten imperialistischen Wettlaufs, in den sich die europäischen Mächte begeben hatten, hatte der sechste Präsident der Vereinigten Staaten, John Quincy Adams, die Monroe-Doktrin weiterentwickelt. Dieses 1823 von seinem Amtsvorgänger James Monroe entworfene Leitbild ließ sich in der Parole »Amerika den Amerikanern« zusammenfassen, und die Monroe-Doktrin richtete sich unmissverständlich gegen Interventionen europäischer Länder auf dem amerikanischen Kontinent, widrigenfalls eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten drohte. Bereits die bloße Präsenz europäischer Mächte auf dem Kontinent konnte nun, obwohl sie schon Jahrhunderte andauerte, als Kolonialismus im Sinne der Monroe-Doktrin gelten.

Da Spaniens Besitztümer für den neuen expansionistischen Kurs der Vereinigten Staaten von höchstem geostrategischem Interesse waren, versuchte Washington bei mehreren Gelegenheiten, Madrid zum Verkauf Kubas zu bewegen, und drohte sogar, die Insel gewaltsam zu annektieren, wenn auf diesen Wunsch nicht eingegangen würde.

Die Situation wurde immer angespannter, als sich die Forderungen des Marinestrategen Alfred Mahan durchsetzten, die Vereinigten Staaten müssten auf beiden Seiten des US-amerikanischen Territoriums, im Pazifik und im Atlantik, eine starke Seemacht aufbauen. Die jeweiligen Flotten sollten über eine transozeanische Arterie miteinander in Verbindung stehen - den künftigen Panamakanal, eine Idee, mit der auch schon die Spanier geliebäugelt hatten - und dadurch in die Lage versetzt werden, den Warenverkehr zwischen den Meeren zu schützen.

Kap Hoorn nicht mehr umschiffen zu müssen, würde eine enorme Ersparnis an Zeit und Geld bedeuten. Doch dafür benötigte Washington die vollständige Kontrolle über Mittelamerika und die umliegenden Gewässer. In diesem Zusammenhang stellte die spanische Präsenz auf Kuba für die Vorhaben des Weißen Hauses eine Bedrohung erster Güte dar.

Überdies übten auch bedeutende US-amerikanische Investoren Druck auf die Regierung aus, die Herrschaft über die Insel zu übernehmen, da sie dann in die florierende kubanische Zuckerproduktion einsteigen könnten, die nahezu vollständig den nordamerikanischen Markt bediente.

Der Weg der Nationen in den Ersten Weltkrieg

Infolge der 1873 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise setzte sich ein neues ökonomisches Modell durch, das vom freien Warenaustausch der Vorjahre Abstand nahm, um zu einem Protektionismus mit hohen Schutzzöllen zurückzukehren. Zwischen den wichtigsten Industrienationen, die sich als unfähig erwiesen, den Konflikt auf diplomatischem Wege zu lösen, führte das zu einem offenen Wirtschaftskrieg. Zur ökonomischen Instabilität gesellte sich das Aufkommen neuer Mächte wie Deutschland, Japan und die Vereinigten Staaten, die allesamt Raum zur Entwicklung suchten.

In Europa betrachtete das zur wichtigsten Handelsmacht aufgestiegene Großbritannien mit zunehmender Sorge die dynamische Entwicklung des Deutschen Reichs, das England binnen Kurzem auf Gebieten wie der Stahl- oder der chemischen Industrie überflügelt hatte. Zudem verfügte es über eine große Bevölkerung, die sämtlichen Branchen brauchbare Arbeitskräfte zur Verfügung stellte. London war sich darüber im Klaren, dass es Berlin an größeren Kolonien fehlte, aus denen das Deutsche Reich billige Rohstoffe beziehen könnte. In Anbetracht seines

Wirtschaftswachstums war es daher nur eine Frage der Zeit, wann sich das Deutsche Reich an die Eroberung neuer Territorien machen würde, die schließlich auch einen privilegierten Marktzugang bedeuteten. Der britische Verdacht bestätigte sich, als Deutschland erstmals begann, eine mächtige Flotte aufzubauen. Angesichts dieser Bedrohung seiner Überlegenheit auf den Weltmeeren begann England, eine kriegerische Lösung in Betracht zu ziehen. Bald fehlte nur noch ein Vorwand, um zur Tat überzugehen.

Fuller vertritt die Ansicht, die Ursachen des Ersten Weltkriegs seien im Wesentlichen industrieller und wirtschaftlicher Natur gewesen. Das Hauptziel Großbritanniens habe darin bestanden, Deutschland als ökonomischen Rivalen zu zerstören. Die schnelle Expansion des deutschen Überseehandels und das Wachstum seiner Handelsmarine gegen Ende des 19. Jahrhunderts stellten für den britischen Handel eine Bedrohung dar. Zudem hatte Bismarck das Potenzial seiner Kriegsflotte ausgebaut, um den Überseehandel zu beschützen und die Überlegenheit der französischen Marine auszugleichen. Für Großbritannien und Frankreich wurde die Situation zu einem wirtschaftlichen Überlebenskampf, und so setzten sich beide das Ziel, ihren Wettbewerber aus dem Weg zu räumen.

Aus Sicht Lenins hatte der Krieg von 1914 auf eine Neuordnung der Welt abgezielt, eine veränderte Aufteilung von Kolonien, Einflusszonen und Finanzkapital. Im Ergebnis geriet mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Abhängigkeit von den großen Industrienationen. Der französische Historiker Pierre Renouvin, ein Experte für internationale Beziehungen, vertritt wiederum die Ansicht, dass der entscheidende Impuls für die Vereinigten Staaten, 1917 in den europäischen Konflikt einzutreten, von der Verteidigung ihres Prestiges und ihrer Wirtschaftsinteressen ausgegangen sei.

Ökonomische Hintergründe des Zweiten Weltkriegs

Vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs repräsentierten die Vereinigten Staaten und Großbritannien die weltweite Macht des Geldes. Laut Fuller wurde dieser hegemoniale Kontext durch Hitlers Ansinnen infrage gestellt, Deutschland von kapitalistischen Krediten unabhängig zu machen. Hitler »beschloss daher: 1) ausländische zinstragende Darlehen abzulehnen und die deutsche Währung auf den Arbeitsertrag statt auf Gold zu stellen; 2) Einfuhren durch den direkten Güteraustausch zu beschaffen und Ausfuhren zu subventionieren; 3) Schluss zu machen mit dem, was man Freiheit der Währungen< nannte, das heißt mit der Erlaubnis zu Währungsspekulationen und Vermögensverschiebungen von Land zu Land je nach der politischen Lage.

Da die Existenz des Zinskapitalismus von der Auflegung zinstragender Anleihen abhing, wären andere Nationen, wenn man Hitler seinen Erfolg gegönnt hätte, bestimmt seinem Beispiel gefolgt, und es hätte eine Zeit kommen können, in der alle an Gold armen Länder Güter gegen Güter tauschten und das Kapital seine Macht verloren hätte.«[4] Man darf nicht vergessen, dass die Vereinigten Staaten damals über 70 Prozent der weltweiten Goldreserven verfügten. Deshalb wurde es zum Ziel des Zinskapitalismus, Hitlers Finanzsystem zu zerschlagen, und es kam zum Wirtschaftskrieg.[5] Hinzu kam, dass die florierende deutsche Industrie Absatzmärkte für ihre Produkte brauchte, während im September 1937 eine erneute rasante Depression - nachdem man sich gerade von der Großen Depression der Jahre nach 1929 erholt hatte - Millionen Menschen in den USA arbeitslos machte. In Deutschland hingegen - wo 193017,5 Millionen Menschen von staatlicher Unterstützung gelebt hatten und 15 Millionen Hunger litten - war durch die Maßnahmen der Nationalsozialisten die Arbeitslosigkeit besiegt worden.[6]

In der anschließenden kriegerischen Auseinandersetzung sah sich auch Deutschland gezwungen, Taktik und Strategie seiner Armee von ökonomischen Interessen leiten zu lassen. Der britische Militärhistoriker Basil Liddell Hart schreibt in *Jetzt dürfen sie reden. Hitlers Generale berichten,* während des Zweiten Weltkriegs hätten die Spitzen der deutschen Wirtschaft erheblichen Druck auf Hitler ausgeübt, sich das Erdöl im Kaukasus und den ukrainischen Weizen zu sichern, die beide für den weiteren Kriegsverlauf unabdingbar waren. Das galt auch für die Manganvorkommen und das Eisenerz aus dem norwegischen Narvik, auf das die deutsche Stahlindustrie angewiesen war.

Walter Görlitz schildert in *Geldgeber der Macht,* wie sich Deutschland seit Anfang 1937, mitten im Spanischen Bürgerkrieg, die Rechte an einer Reihe von spanischen Minen sicherte, in denen Eisen, Kupfer, Blei, Wolfram, Zinn, Nickel und andere wichtige Bodenschätze abgebaut wurden. Wolfram zum Beispiel wurde für die Verstärkung der Panzerung von Militärfahrzeugen benötigt. Nach der Stilllegung der Bergwerke in Korea und China Anfang der 1940er-Jahre, die bis dahin die weltweiten Hauptzulieferer gewesen waren, deckten die Deutschen ihren Bedarf nun in den Provinzen Galizien und Leon - nicht nur als Gegenleistung der spanischen Regierung unter General Franco für die deutsche Hilfe im eben abgeschlossenen Bürgerkrieg, sondern auch aufgrund der geografischen Nähe. So wurde die Iberische Halbinsel zum wesentlichen Lieferanten des strategischen Minerals. Dem Deutschen Reich war das so wichtig, dass Hermann Göring schon 1937 Fachleute entsandte, die analysieren sollten, wie die aus Mangel an Arbeitern stillstehenden Minen wieder in Betrieb gehen könnten. Anschließend sollte unverzüglich mit der Lieferung der zigtausend Tonnen Mineralien nach Deutschland begonnen werden, die in den Lagerhallen des Hafens von Bilbao bereitlagen.

Wirtschaftliche Destabilisierung im Mittleren Osten

Obwohl bei Kriegen im Nahen und Mittleren Osten stets andere Faktoren ethnischer, religiöser oder politischer Natur vorgeschoben werden, haben sie seit jeher auch einen tiefgreifenden ökonomischen Hintergrund. Wie der US-Diplomat William C. Bullitt berichtete, der nach Botschafterposten in Moskau und Paris 1941 bis 1943 als persönlicher Gesandter Präsident Roosevelts und in Zusammenarbeit mit Winston Churchill im Nahen Osten tätig war, musste der Iran vom Ende der 1940er- bis weit in die 1950er-Jahre hinein als Schlachtfeld zwischen der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und Großbritannien herhalten, weil diese Länder sich die iranischen Ölquellen sichern und den Persischen Golf kontrollieren wollten. In diesen Jahren beschränkte sich die Zielsetzung Washingtons gegenüber Saudi-Arabien auf den Erwerb von dessen Erdölreserven. Das einzige politische Interesse der USA an dem arabischen Land war die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit, soweit diese erforderlich waren, um die Ausbeutung der Ölfelder zu gewährleisten.

Im Iran unterstützten Großbritannien und die Vereinigten Staaten 1953 einen Putsch gegen den - demokratisch gewählten - Premierminister Mohammad Mossadegh, weil dieser das Erdöl verstaatlichen wollte, wodurch die Briten die Kontrolle über die persischen Ölfelder verloren hätten. Als Mossadegh das Parlament über die Verstaatlichung der von London beherrschten Anglo-Iranian Oil Company abstimmen ließ, die dem iranischen Staat nur einen äußerst geringen Anteil überließ, entfaltete das daraufhin von den Briten durchgesetzte weltweite Embargo für iranisches Erdöl eine furchtbare Wirkung. Da niemand mehr wagte, Ölgeschäfte mit dem Iran abzuschließen, gingen dem Land binnen kurzer Zeit die Ressourcen aus, und die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich rapide. Das

schuf geeignete Bedingungen für den Putsch, den die CIA unter dem Codenamen »Operation Ajax« betrieb. Um den Zusammenbruch der Regierung zu beschleunigen, bedienten sich der britische Auslandsgeheimdienst MI6 und die CIA der Terrororganisation Fedajin-e Islam, die auf den Straßen für Unrühe sorgen sollte.

Ein Jahrzehnt später war der Irak an der Reihe. 1963 förderte die Kennedy-Administration einen Putsch gegen die Regierung von General Abdul al-Karim Qasim, der fünf Jahre zuvor der Herrschaft Faisals II. ein Ende gesetzt hatte. Die CIA, bestrebt, den westlichen Einfluss auf das Land zurückzugewinnen und US-amerikanische und britische Ölfirmen zu begünstigen, arbeitete unter dem Vorwand, die Kommunisten zurückzudrängen, mit der neuen Regierung der Baath-Partei zusammen. Dabei kam es zur Ermordung etlicher Mitglieder der gebildeten irakischen Gesellschaft; in manchen Fällen unter Einsatz von Listen suspekter Personen, die der US-Nachrichtendienst zur Verfügung gestellt hatte.

De Marenches erwähnt als hervorragendes Beispiel für die Heuchelei, die in diesem Teil der Welt Geopolitik und Wirtschaftsinteressen verbindet, den Ersten Golfkrieg zwischen Iran und Irak (1980-1988). Viele Staaten - einschließlich der Erdöl produzierenden Länder - seien daran interessiert gewesen, dass die militärischen Kräfte beider Länder im Gleichgewicht blieben. Weder Bagdad noch Teheran sollten ihre Rohölproduktion steigern, denn das hätte unter Umständen bedeutet, dass die Preise in den Keller gegangen wären, wodurch eine weltweite Finanzkrise ausgelöst worden wäre.

De Marenches geht auch auf die Interessen der Waffenindustrie ein, in deren Dienst mehrere ausländische Mächte Kriegsmaterial an beide Gegner lieferten. Frankreich zum Beispiel verkaufte auf der einen Seite Kampfflugzeuge, Hightechwaffen und

Munition an die Iraker, auf der anderen versorgte es den Iran mit notwendigen Ersatzteilen - Letzteres allerdings unter Geheimhaltung, in Zusammenarbeit mit Israel und über komplizierte Kanäle. Zu diesem Zweck wurden sogar Briefkastenfirmen in Spanien und Portugal gegründet, die nicht nur Ersatzteile zur Verfügung stellten, sondern auch Flugzeuge und Schiffe instand setzten. Das Endziel war, dass sich beide Mächte - Iran und Irak - aneinander abarbeiten sollten, statt anderen in der Region Kopfzerbrechen zu bereiten. Dabei spielten auch Befürchtungen eine Rolle, Teheran könnte das Gleichgewicht der Kräfte im Mittleren Osten durchbrechen und die Kontrolle über Bagdad an sich reißen, wodurch ein schiitisches Reich entstanden wäre, das von Pakistan bis ans Mittelmeer reichte. Diese Situation hätte für den Nordatlantikpakt ausgesprochen gefährlich werden können, vor allem für die Türkei.[7]

Über denselben Krieg referiert Richard Clarke in *Against All Enemies* eine Spekulation, die nicht von der Hand zu weisen ist: Als Saddam Hussein 1980 beschloss, in den Iran einzumarschieren, und damit eine Auseinandersetzung begann, die acht Jahre dauern sollte, sollen die Vereinigten Staaten dem irakischen Regierungschef grünes Licht für die Invasion gegeben haben, weil sie hofften, die Iraker könnten die direkt an den Irak grenzende Ölprovinz Chuzestan einnehmen und den USA dadurch Zugang zum iranischen Rohöl verschaffen. Wahrscheinlich setzte Washington darauf, dass das neue Regime in Teheran ohne seine Haupteinnahmequelle rasch in sich zusammenbrechen würde.

Ökonomische Interessen beim Angriff auf Libyen im Jahr 2011

Aus einem Artikel, in dem der Journalist und ehemalige Marinesoldat Brad Hoff 2016 geleakte E-Mails von Hillary Clinton aus ihrer Amtszeit als US-Außenministerin auswertet, geht hervor, dass Frankreich am 17. März 2011 dem UN-Sicherheitsrat zwar die Verabschiedung der Resolution 1973 vorschlug, um durch eine Flugverbotszone den Schutz der Zivilbevölkerung in Libyen zu gewährleisten - in Anwendung der durch die UNO vertretenen Doktrin der »Schutzverantwortung«. Die wahre Motivation des damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy habe jedoch darin gelegen, das libysche Erdöl zu sichern, den französischen Einfluss in der Region zu festigen, sein eigenes Prestige bei der französischen Wählerschaft zu steigern, das militärische Potenzial seines Landes vorzuführen und den Einfluss Gaddafis auf die frankophonen afrikanischen Länder einzudämmen.[8]

Am 19. März 2011 verkündete Sarkozy mit Bezug auf die Intervention in Libyen feierlich: »Wir greifen ein, um die Zivilbevölkerung vor dem mörderischen Wahnsinn eines Regimes zu beschützen, das jegliche Legitimität verloren hat, indem es sein eigenes Volk ermordet. Wir intervenieren, um dem libyschen Volk die Möglichkeit zu geben, selbst über sein Schicksal zu entscheiden.« Wenige Monate später veröffentlichte die französische Tageszeitung *Liberation* die Information, der Nationale Übergangsrat Libyens habe eine Vereinbarung mit der Pariser Regierung unterzeichnet, aufgrund derer französische Unternehmen als Gegenleistung für die Unterstützung 35 Prozent der Fördermenge an Rohöl erhalten sollten. Der Zeitung zufolge erhielt Amr Mussa - Generalsekretär der Arabischen Liga - eine Kopie dieser Vereinbarung, die nur siebzehn Tage nach der Verabschiedung der Resolution durch den UN-Sicherheitsrat verfasst wurde.[9]

Aber der gewichtigste unter den verborgenen Gründen, das Land anzugreifen und Gaddafi zu stürzen, könnte im Finanzbereich liegen, konkret in der signifikanten Bedrohung, die Libyens Gold- und Silberreserven - nach Schätzungen etwa jeweils 143 Tonnen der beiden Edelmetalle in einem Wert von ungefähr 7 Milliarden US-Dollar - für den CFA-Franc darstellten, der in weiten Teilen Afrikas als Leitwährung dient.[10] Offenbar hatte der libysche Staatschef die Absicht gehabt, eine panafrikanische Währung zu begründen, die auf dem libyschen Golddinar basieren und eine Alternative zum CFA-Franc bilden sollte. Die erwähnten Edelmetallreserven hätten diese neue Währung gestützt. Zur besseren Einordnung sei gesagt, dass Paris, sobald sich ein Staat der CFA-Franc-Zone französischen Forderungen widersetzt, dessen Devisenreserven einfriert und in solchen als »rebellisch« betrachteten Ländern die Banken schließt. Dies geschah beispielsweise in der Elfenbeinküste unter Laurent Gbagbo, Präsident des Landes zwischen 2000 und 2011. Das Thema ist alles andere trivial, wenn man bedenkt, dass nach Aussage von Ex-Präsident Jacques Chirac die französische Regierung in ihren ehemaligen Kolonien jährlich Steuereinnahmen in Höhe von 440 Milliarden Euro verbucht. Frankreich hängt von den aus Afrika stammenden Zahlungen ab, wenn es nicht in die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit sinken will.[11]

Zugleich geben manche Quellen an, dass Gaddafi geplant habe, sein Erdöl in einer anderen Währung als US-Dollar zu verkaufen. Das wiederum kann Washington nicht zulassen, da sein wirtschaftliches Überleben in hohem Maß von der gewaltigen Menge internationaler Transaktionen abhängt, die in Dollar abgewickelt werden. Ein Staatschef, der für den Gebrauch einer alternativen Währung eintritt, macht sich damit unweigerlich zur Zielscheibe.

Chinas Entschlossenheit, dem Dollar den Todesstoß zu versetzen

China, der weltweit größte Importeur von Erdöl, lanciert zurzeit ein neues Vertragsformat für Öltransaktionen, die künftig in Yuan abgewickelt werden sollen. Sogenannte Petro-Yuan-Futures werden an den Börsen von Shanghai und Hongkong in Gold konvertierbar sein. Wenn sich dieses Format durchsetzt, würde es zur neuen Leitreferenz am asiatischen Erdölmarkt, und die Rohölexporteure könnten die vom Dollar dominierten Referenzgrößen umgehen.

Dieses neuartige Szenario, das Beijing seit Jahren vorbereitet, würde einigen der wichtigsten Exportländer wie Russland, Iran und Venezuela eine Möglichkeit verschaffen, US-amerikanischen Sanktionen auszuweichen. Die chinesische Initiative wird durch die kürzlich erfolgte Aufnahme des Yuan in den Internationalen Währungskorb ergänzt, also den Kreis der Währungen, mit denen die international als Zahlungsmittel verwendeten Sonderziehungsrechte (SZR) hinterlegt sind. Für die Vorherrschaft des Dollars bei internationalen Finanztransaktionen bedeutet dies einen schweren Schlag.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der aktuellen ökonomischen Auseinandersetzungen zwischen China und den Vereinigten Staaten zu sehen. Es bleibt abzuwarten, wie das Weiße Haus auf die unzweifelhaften finanztechnischen Bedrohungen reagieren wird, die im Erfolgsfall von anderen Ländern und Märkten nachgeahmt werden könnten, was Washington, wie bereits angedeutet, in gravierende Schwierigkeiten bringen würde.

Der Zorn auf Nordkorea

Robert D. Kaplan legt in seinem Buch *The Revenge ofGeography* (2012) dar, dass im Fall Nordkoreas eine starke ökonomische Komponente mit dem nordkoreanischen Ringen zusammentrifft, sein politisches Regime und seine Regierungsform aufrechtzuerhalten. Von der koreanischen Halbinsel aus lässt sich die gesamte Schifffahrt im chinesischen Nordosten kontrollieren, und sie schließt zudem an den Golf von Bohai an, wo sich Chinas größte Erdölreserven auf hoher See befinden. Ein aus der Vereinigung der beiden Koreas resultierender Staat könnte somit zu einer bedeutenden Wirtschaffsmacht werden, zumal sich beide Länder in Bereichen auszeichnen, in denen der jeweils andere Landesteil Mängel aufweist (Technologie und Entwicklung in Südkorea; natürliche Ressourcen und disziplinierte Arbeitskräfte in Nordkorea). Außerdem hätte das vereinigte Korea etwa 75 Millionen Einwohner; Japan zählt derzeit 127 Millionen. Daher dürfte Tokio einer Wiedervereinigung Koreas nicht gerade wohlwollend gegenüberstehen, hätte doch das neue Korea hinreichende historische Gründe, um Japan zu misstrauen, und das Potenzial, sich zu einem starken Konkurrenten zu entwickeln. Vor allem wenn man bedenkt, dass ein vereinigtes Korea vollständig unter den Einfluss Chinas geraten könnte, das bereits heute Südkoreas Haupthandelspartner ist. Diese Situation würde die Auseinandersetzung zwischen Beijing und Tokio verschärfen und dazu führen, dass Japan noch mehr in seine Wiederbewaffnung investiert.

Man sollte auch die Möglichkeit nicht unterschätzen, dass die Absichten der USA gegenüber Nordkorea von Washingtons Interesse geprägt sind, das Regime in Pjöngjang durch eine freundlicher gesinnte Regierung zu ersetzen, die US-amerikanischen Unternehmen Beteiligungen an Nordkoreas vielversprechender Bergbauindustrie gestattet. Unterschiedlichen wenig verbreiteten

Studien zufolge birgt das Territorium von Nordkorea immense Reserven an bisher fast unberührten Mineralien, deren Wert auf über zehn Billionen US-Dollar geschätzt wird. Neben den umfangreichen und bekannten Kohlevorkommen könnten sich unter den vorhandenen Mineralien folgende befinden: Gold, Magnesit, Kupfer, Molybdän, Silber, Wolfram, Vanadium, Titan, Zink, Seltene Erden, Eisen und Graphit. Allein bei den Seltenen Erden wird vermutet, dass Nordkorea über zwei Drittel der weltweiten Reserven verfügen könnte, sechsmal mehr als China. Die Magnesit-Reserven könnten die zweitgrößten der Welt sein, die Vorkommen an Wolfram die sechstgrößten des Planeten. Ein derartiger Schatz wird den Augen nordamerikanischer Strategen kaum entgangen sein.

Wirtschaft als Kriegswaffe

Auch wenn es vielleicht nicht auffallt, wir leben in einem dauerhaften Kriegszustand. Nur wird Krieg heutzutage über (öffentliche und private) Geheimdienste ausgetragen, über Diplomatie und Medien (zu Manipulationszwecken), sodass virtuelle Räume das neue Szenario für Konfrontationen sind. In diesem veränderten quasi-kriegerischen Panorama zählen die wirtschaftlichen Verhältnisse irgendwann mehr als militärische Aktionen, obwohl Letztere immer als Rückhalt für andere Maßnahmen dienen werden. Diese Auffassung vertreten die Autoren Pascal Lorot und Francois Thual in *La geopolitique* (2002), wenn sie in der aktuellen Geopolitik einen relativen Bedeutungsrückgang des militärisch-strategischen Faktors zugunsten ökonomischer Faktoren konstatieren und das Streben nach ökonomischer Macht als zentrales strategisches Ziel der Regierungen westlicher und entwickelter Staaten bezeichnen. Obwohl territoriale Streitigkeiten, nationalistische Auseinandersetzungen, religiöse Konflikte und die Abgrenzung von Einflussgebieten weiterhin

die Hauptursachen für Kriege seien, würden sich deren traditionelle Formen immer mehr mit ökonomischen Faktoren wie der Aneignung von Ressourcen, der Übernahme von Märkten, der Kontrolle über Kapitalströme und dem Einsatz von Wirtschaftssanktionen verbinden.

Neben den genannten Mitteln, die in unseren Tagen der Kriegsführung dienen - und die manche als »postmodern« bezeichnen -, werden mit erdrückender Effizienz wirtschaftliche und finanztechnische Instrumente eingesetzt, wenn es darum geht, den Feind zu schwächen und letzten Endes zu besiegen: die Vergabe von Krediten,[12] die Durchsetzung von Sanktionen, Berichte von Ratingagenturen, Investitionen von Staatsfonds und Risikokapital, die Beherrschung von Märkten, die Kontrolle über Börsenplätze, Schuldenmanagement und andere Werkzeuge des sich ständig weiterentwickelnden Bankverkehrs.

Wenn die Wirtschaft eine Form politischen Handelns wird, verlagert sich der Krieg auf die Ebene der Ökonomie. Mit anderen Worten, er wird zu einer Konfrontation, in der ökonomische Instrumente dazu dienen, vorrangig ökonomische Ziele zu erreichen. Grundsätzlich ist ein Wirtschaftskrieg nicht gewalttätig; er selbst verläuft unblutig, doch manche oder auch viele seiner Wirkungen und Folgen - und sogar seine Implementierung - können mit Blutvergießen verbunden sein.

In den 1990er-Jahren war Russland vollständig auf amerikanische Unterstützung und Kredite angewiesen, was - so Michel Eltchaninoff in seinem Buch *In Putins Kopf* (2016) -Wladimir Putin zweifellos dazu antrieb, im Eiltempo ein auf die Expansion des Rubels gegründetes Imperium aufzubauen, das mit den wirtschaftlichen Großmächten mithalten sollte.

Für die Strategen Liang und Xiangsui besteht nicht der geringste Zweifel, dass sich in den Konflikten der Zukunft die finanziellen Feindseligkeiten ausweiten werden, sodass ein Land

unterworfen werden könnte, ohne dass auch nur ein Tropfen Blut vergossen wird. Um ihre These zu untermauern, fuhren die beiden chinesischen Visionäre die Bedingung an, die sich Südkorea Ende der 1990er-Jahre von den Vereinigten Staaten diktieren ließ, um vom Internationalen Währungsfonds ein Darlehen in Höhe von 55 Milliarden Dollar zugesprochen zu bekommen: die komplette Öffnung seines Binnenmarkts. Diese Bedingung bot US-amerikanischem Kapital die Gelegenheit, koreanische Unternehmen zu lächerlich niedrigen Preisen zu erwerben, was letztlich einer ökonomischen Invasion gleichkam.

Liang und Xiangsui vertreten mit Nachdruck die These, dass der Finanzkrieg zu einer »hyperstrategischen« Waffe geworden sei, die es erlaube, im Verborgenen und mit schrecklicher Zerstörungsgewalt zu handeln. Als eine der Formen, die derartige Auseinandersetzungen annehmen können, nennen die beiden Autoren den »Finanzkrieg durch Stiftungen«. Aktuell kann sich die Finanzkraft der von multinationalen Unternehmen und superreichen Investoren gegründeten Stiftungen mit den finanziellen Mitteln ganzer Staaten messen - beispielsweise zwang der Finanzmagnat George Soros 1992 die Bank of England, das britische Pfund abzuwerten. Der Einfluss solcher Stiftungen geht so weit, dass sie die Medien beherrschen, politische Organisationen finanzieren, sich gegen etablierte Mächte stellen und unter Umständen sogar einen radikalen Umschwung der gesellschaftlichen Ordnung und den Fall legitimer Regierungen herbeiführen.

In vielen Fällen findet man hinter dem Anschein von Sanktionen eine ganz andere Realität, die der Öffentlichkeit zumeist verborgen bleibt, vor allem wenn bedeutende wirtschaftliche und geopolitische Interessen im Spiel sind, die einen Anreiz bieten, parallel zu dem offen oder verdeckt geführten Krieg weitere Geschäfte zu machen. Nach Einschätzung Richard A. Clarkes

wurde seit Beginn des Ersten Golfkriegs 1980, als Washington schon Wirtschaftssanktionen verhängt und iranische Vermögenswerte in Trusts auf US-amerikanischem Territorium eingefroren hatte, aus dem Iran weiterhin Erdöl in die Vereinigten Staaten exportiert. Dessen Wert belief sich 1987 auf bis zu 1,6 Milliarden Dollar.

Ähnliche Abläufe findet man sogar in Situationen höchster Anspannung zwischen Ländern. Amin Maalouf zufolge bezog Israel in den 1960er-Jahren dank einer Geheimabsprache mit dem Schah von Persien jahrelang iranisches Erdöl über den Golf von Akaba. Auch im Nahen Osten bestehen, obwohl Israel und Syrien seit dem Jom-Kippur-Krieg 1973 keinen dauerhaften Friedensvertrag unterzeichnet haben - es herrscht nur ein Waffenstillstand, der seit 1974 durch UN-Truppen (Blauhelme) überwacht wird -, zwischen beiden Ländern rege und fruchtbare Handelsbeziehungen. Interessanterweise stellt die Tatsache, dass die syrische Regierung weiterhin die Souveränität über die von Israel besetzten Golanhöhen beansprucht, kein Hindernis dafür dar, dass ein Großteil dessen, was die Israelis auf diesem Landstrich produzieren, nach Syrien exportiert wird. Ebenso verkauft Venezuela trotz der angespannten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten bedeutende Mengen Erdöl an seinen nördlichen Nachbarn, nicht zuletzt, weil sich die zur Weiterverarbeitung des schweren venezolanischen Rohöls geeigneten Raffinerien auf US-amerikanischem Territorium befinden.

Die Neoglobalisierung

Der primär in der angelsächsischen Welt - in Großbritannien und den USA - konzipierte und vorangetriebene Globalisierungsprozess durchläuft zurzeit eine tiefgreifende Transfor-

mation, deren Endergebnis sich noch nicht Vorhersagen lässt. Mittlerweile strebt das offiziell noch kommunistische China danach, sich in die Führungsmacht des Kapitalismus zu verwandeln. Das asiatische Land ist gegenwärtig die zweitgrößte weltweite Wirtschaftsmacht nach den Vereinigten Staaten, aber an der Kaufkraft gemessen bereits auf Rang eins, und es hat sich zum Ziel gesetzt, in Sachen Globalisierung und Freihandel eine weltweite Führungsrolle zu übernehmen. So erklärte es der chinesische Staatspräsident Xi Jinping am 18. Januar 2017 vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos und trat mit großem Nachdruck dafür ein, die Liberalisierung von Handel und Investitionen voranzutreiben. Zugleich sprach er sich strikt gegen jede Art von Protektionismus aus, eine eindeutige Anspielung auf die Drohungen des kurz zuvor ins Weiße Haus gewählten Donald Trump, der wiederholt bekundet hatte, hohe Zölle auf chinesische Produkte erheben zu wollen, um Schaden von der Erwirtschaft abzuwenden. Xi Jinping ging so weit vorherzusagen, dass es in einem Handelskrieg keine Gewinner geben werde. Um seine ehrgeizigen Ziele zu erreichen, die eindeutig auf eine Beherrschung der Weltwirtschaft abzielen, setzt Beijing auf Innovation als Hauptmotor seines aktuellen »Sprungs nach vorn« sowie auf ein Geflecht von Abkommen für freien und offenen Handel.

Tatsächlich geht es dem asiatischen Riesen darum, eine »Neoglobalisierung« zu schaffen, in der er nicht nur eine Führungsrolle einnimmt, sondern die des eindeutigen Herrschers. China hätte dann die Fähigkeit, die Märkte der ganzen Welt mit verschiedensten Produkten zu überschwemmen - von denen aus Manufakturen bis zu Hightechware -, aber zu wesentlich niedrigeren Preisen, als sie die sozioökonomisch weiter entwickelten Länder zu bieten haben. Dieser beispiellose Wettbewerb würde dem Land riesige Gewinne eintragen, die wiederum eine

Entwicklung auf anderen Gebieten fördern könnten - vom konventionellen Militär bis zum Cyberspace und der Raumfahrt. Die Länder, die bisher die erste Geige im weltweiten Orchester gespielt haben, erfüllt diese Aussicht mit großer Sorge.

Um die so ehrgeizig geplante ökonomische Entwicklung anzuschieben, schmiedet China Pläne für eine weltweite Infrastruktur physischer und virtueller Natur. Sie soll den wirtschaftlichen Zugriff auf ein Territorium erlauben, das nahezu 60 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und 75 Prozent der Bevölkerung des Planeten umfasst. Dazu zählen etwa die neue Seidenstraße - der direkte Bahnverkehr von China nach Europa - und die maritime Seidenstraße des 21. Jahrhunderts, die China mit Afrika, Südamerika und dem Atlantischen Ozean verbinden soll.

Das paradoxe Schauspiel eines offiziell kommunistischen Landes, das sich zur Speerspitze eines zügellosen Kapitalismus entwickelt, ist in Wirklichkeit ein perfektes Beispiel für den Einfluss der Wirtschaft auf Innen- und Geopolitik. Es bleibt abzuwarten, wie die Vereinigten Staaten auf Chinas »Usurpation« ihrer Globalisierungsbemühungen reagieren wird. Man sollte nicht davon ausgehen, dass Washington tatenlos zusehen wird, während Beijing versucht, durch seine »Neoglobalisierung« über die Wirtschaft die Welt zu herrschen. Zweifellos steht ein Kampf bevor, der mit ökonomischen Mitteln, aber auf Leben und Tod geführt werden wird. Man kann nur hoffen, dass sich daraus kein offener konventioneller Krieg entwickelt, was durchaus nicht auszuschließen ist, insbesondere wenn er sich als Stellvertreterkrieg oder auf dem Territorium Dritter führen lässt (in gewisser Weise eignet sich Nordkorea für dieses Szenario, in dem die Vereinigten Staaten und China ihre Auseinandersetzung indirekt austragen könnten).

Wer beherrscht die Weltwirtschaft?

Nach einem Bericht, der am 24. Mai 2016 auf der Website Investopedia veröffentlicht wurde,[13] sind die fünf reichsten Familien der Welt:

1) Die Familie Rothschild, die seit ihren Ursprüngen im 18. Jahrhundert in einigen der wichtigsten europäischen Städte ansässig ist (Frankfurt, London, Neapel, Paris und Wien). Die Mitglieder dieser weitverzweigten Dynastie, die für ihre Diskretion bekannt ist, sammeln weiterhin ein gewaltiges Vermögen an, das von manchen Finanzanalysten auf bis zu zwei Billionen US-Dollar geschätzt wird.
2) Das Haus Saud in Saudi-Arabien, dessen Vermögen ca. 1,4 Billionen US-Dollar betragen soll.
3) Die US-amerikanische Familie Walton, die über ca. 152 Milliarden US-Dollar verfügt und deren Supermarktkette Walmart mit über 2,2 Millionen Angestellten der größte nichtstaatliche Arbeitgeber der Welt ist.
4) Die US-amerikanische Familie Koch, deren ca. 89 Milliarden US-Dollar auf zahlreiche Geschäftsfelder verteilt sind.
5) Die US-amerikanische Familie Mars, Eigentümerin des größten Unternehmens für Süßwaren. Ihr Vermögen beziffert sich auf ca. 80 Milliarden US-Dollar.

Es ist leicht zu erkennen, dass das Vermögen der Rothschilds jenes der anderen Familien bei Weitem übersteigt. Auch wenn die Zahlen immer ungenau bleiben werden, ist die wirtschaftliche Macht eines solchen Vermögens offensichtlich riesig. Selbiges gilt für die Möglichkeit, in alle Richtungen Einfluss auszuüben, was zusammen mit der traditionellen Öffentlichkeitsscheu

der Familie zu zahlreichen Spekulationen über ihre wahre Fähigkeit geführt hat, Entscheidungen von weltweiter Bedeutung mitzuprägen.

Die Dominanz multinationaler Großkonzerne in der weltweiten Agrarproduktion

Der Weltmarkt für Getreide und Hülsenfrüchte wird von vier großen Konzernen praktisch vollständig dominiert: ADM (USA), Bunge (ursprünglich Brasilien, nun mit Sitz in den USA), Cargill (USA) und Dreyfus (französischen Ursprungs, nun mit Sitz in Holland). Diese vier unter dem Kürzel ABCD bekannten Unternehmen können direkt oder über Tochterunternehmen die weltweiten Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Mais, Weizen und Soja bestimmen.

Um im Ernährungsbereich zu bleiben, beherrschen einige wenige Unternehmen die äußerst wichtigen und einflussreichen Märkte für Saatgut, Pestizide und Insektizide, Chemieprodukte und gentechnisch veränderte Lebensmittel. Zu nennen sind die drei US-Unternehmen Monsanto, Dupont und Dow, der deutsche Bayer-Konzern, der Schweizer Konzern Syngenta und das chinesische Unternehmen ChemChina.

Die Bedeutung von Wirtschaftsinformationen

Unzweifelhaft ist die Wirtschaft ein Kernbereich für die Stabilität eines Staates. Was auch immer investiert wird, um ökonomische Sicherheit zu gewährleisten, ist daher keine verlorene Mühe. Wer fundierte und genaue Kenntnisse über die wahren Notwendigkeiten eines Landes erlangen will, über die Zielrichtung seiner

Interessen, die Herausforderungen, denen seine Wirtschaft sich zu stellen hat, die potenziellen zukünftigen Bedrohungen und die wichtigsten Akteure, die das Land wirtschaftlich schädigen können, auch darüber, welche vorbeugenden oder defensiven Schritte in diesem Zusammenhang zu unternehmen sind, der braucht eines unbedingt: fundierte Wirtschaftsinformationen.

Die extreme Bedeutung ökonomischer Fragen für die nachhaltige Entwicklung eines Staates, ja für dessen Überleben stellt Francois Fillon, der damalige Premierminister unter Präsident Sarkozy, in einem 2011 ausgearbeiteten Dokument dar, das sich ohne Weiteres auch auf andere Länder als Frankreich anwenden lässt. Unter dem Titel »Staatliches Handeln im Bereich der Competitive Intelligence« definiert Fillon Competitive Intelligence als ein Handeln, das darin besteht, »strategische Wirtschaftsinformationen zu sammeln und zu analysieren, als wertvoll zu erkennen, zu verbreiten und zu schützen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Staates zu stärken«.[14] Weiter wird dargelegt: »Frankreichs Politik im Bereich der Competitive Intelligence ist Teil seiner globalen Wirtschaftspolitik. Sie trägt zum Wachstum und zur Unterstützung der Wirtschaft auf französischem Staatsgebiet bei und dient dazu, die Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit französischer Unternehmen zu gewährleisten.« Schließlich heißt es, die Ziele staatlichen Handelns in Sachen Competitive Intelligence bestünden darin,

1) ein strategisches Monitoring sicherzustellen, das öffentlichen Akteuren bei ihren ökonomischen Entscheidungen hilft;
2) die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Fähigkeit wichtiger Forschungseinrichtungen zum Technologietransfer zum Nutzen französischer und europäischer Unternehmen zu erhalten;

3) die ökonomische Sicherheit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu garantieren.

Das Dokument endet mit Anweisungen an Ministerien und Präfekturen zu der Rolle, die der jeweiligen Institution im Rahmen der Competitive Intelligence zukommt. Das vielleicht Auffälligste ist jedoch die spezifische und höchst relevante Aufgabe, die dem diplomatischen Apparat zugewiesen wird. Dazu heißt es unmissverständlich: »Insbesondere ist die Unterstützung bei Großverträgen eine Priorität diplomatischer Stellen, die gehalten sind, frühzeitig auf entstehenden Bedarf und öffentliche Ausschreibungen aufmerksam zu machen, das politische Umfeld, die Entscheidungswege und die Wettbewerbssituation zu erkunden und die begleitende Unterstützung für französische Angebote zu gewährleisten.«

Fillons Ausführungen sind nicht verwunderlich, wenn man weiß, dass Frankreich nicht nur auf dem Gebiet der Competitive Intelligence eine Pionierrolle spielt, sondern auch bei der ausgefeilten Koordination zwischen öffentlichen Stellen und Privatunternehmen, wenn es darum geht, im Ausland wirtschaftliche Vorteile zu erzielen (Kaufverträge, Übernahme öffentlicher Aufträge etc.).[15] Die französische Initiative kündet von einem klaren Bewusstsein, dass sich allein schon durch dieses Zusammenwirken ein Vorteil gegenüber anderen Ländern erreichen lässt. Sie bringt dem Staat und damit den Bürgern einen eindeutigen Nutzen.

Die prägende Last der Geschichte

Im Jahr 1992 erklärte der US-amerikanische Politologe Francis Fukuyama das Ende der Geschichte für gekommen. Die Berliner Mauer, Symbol der Trennung zwischen konträren Weltanschauungen, war gefallen, die Auflösung der Sowjetunion bereits eine Tatsache. Der Kalte Krieg war vorbei, und es schien, als würde sich nun die Demokratie über den Planeten ausbreiten, so wie sie jetzt Osteuropa erreicht hatte. Ökonomisch wie politisch stand der Liberalismus als einzige Option da, die sich gegen andere Ideologien durchgesetzt hatte. Kurzum, die soziokulturelle Entwicklung der Menschheit schien an ihren Endpunkt gelangt zu sein. Die Globalisierung würde erlauben, ein internationales Modell globaler Sicherheit zu installieren. Doch Fukuyamas Hoffnungsgesängen zum Trotz sollte es anders kommen. Mit den Attentaten vom 11. September 2001 begann eine neue Ära, die das weltweite Panorama und die Sicht auf gesellschaftliche Fragen verändern sollte. Neue - oder besser gesagt, erneuerte und revitalisierte - Ideologien traten in Widerstreit und widersprechen bis heute der Tendenz, die Fukuyama als siegreich angesehen hatte: den Wertvorstellungen der westlichen Welt. Von einem Ende der Geschichte kann daher keine Rede sein, vielmehr setzt sie sich fort und ist präsenter denn je.

Wie die frühen Vertreter der Evolutionstheorie dachte auch Marx, der Mensch schreite von einer Entwicklungsstufe zur nächsten fort und lasse dabei seine primitiven Merkmale hinter sich, um zur Zivilisation und zu einem Zustand voller Rationalität vorzustoßen. Der Kampf zwischen Klassen und Weltanschauungen würde aufhören zu existieren. Dies war seiner Ansicht nach das Ziel, dem die Völker entgegenstreben sollten. So kamen nach dem Fall der Sowjetunion verschiedene Denker, darunter auch Fukuyama, zu dem Schluss, dass die letzte Etappe

menschlichen Fortschritts erreicht sei. Sie rechneten nicht mit der Möglichkeit einer Auseinandersetzung zwischen neuen Formen des Gesellschafts- und Weltverständnisses.

Andere begriffen jedoch, dass der Zusammenbruch eines Systems, das den Planeten während des Kalten Krieges in zwei weltanschauliche Richtungen geteilt hatte, eine Neuausrichtung erfordern und damit eine andere Wirklichkeit schaffen würde. Zu ihnen zählte der US-amerikanische Politologe Samuel P. Huntington, dessen 1996 veröffentlichte Theorie über den Zusammenstoß der Zivilisationen und die Neugestaltung der Weltordnung darauf hinauslief, dass die westlichen und nichtwestlichen Gesellschaften in einem anhaltenden Spannungsverhältnis stünden und dass Gewalt sich als einziger Kommunikationskanal zwischen ihnen etablieren würde.

Auch ohne Huntingtons pessimistische These zu übernehmen, muss man erkennen, dass der Konflikt zwischen unterschiedlichen weltanschaulichen Strömungen heute eine gewichtige Rolle spielt. Gleichwohl ist diese Rivalität in vielen Fällen nicht auf ideologische Konzepte zurückzuführen, sondern auf klassische historische Prozesse des Kampfes um Raum und Ressourcen. Um das Spiel der aktuellen internationalen Beziehungen und seine Beziehung zur Geschichte zu verstehen, gilt es, die Funktionsweise und die Mechanismen der Beziehung zwischen den verschiedenen Akteuren zu analysieren.

Im 21. Jahrhundert zerbrechen sich die Menschen den Kopf über die Tagesaktualität, haben jedoch eine schiefe Sicht auf das allgemeine Geschehen. Wir stecken tief in der Informationsgesellschaft, aber es fehlt an Interesse, zu ergründen, was in Wahrheit vor sich geht. Die Informationspillen, die wir verabreicht bekommen, geben nur isolierte Ereignisse wieder und erklären nicht wirklich, welche vergleichbaren Vorgänge und welche Vorgeschichte hinter Auseinandersetzungen, Konflikten und

Kriegen stehen. Die Beschäftigung mit der Geschichte erscheint deshalb als ideales Instrument, um die Ursachen von Ereignissen zu erforschen. Sie erfasst Situationen aus der Vergangenheit, die uns helfen können, Verhaltensregeln, Muster und über Jahrhunderte entstandene Tendenzen zu erkennen. Sie erlaubt es, im Rückblick die tieferen Ursachen zu betrachten und zu analysieren, die zur aktuellen Situation geführt haben. Um es mit einem Ausspruch zu sagen, der Mark Twain zugeschrieben wird: »Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich.«

Auf Griechisch bedeutet loropia »Erforschung«, also ein Nachforschen, was geschehen ist, und eine Information der Menschen, was man von der Zukunft erwarten dürfe. Denn die Geschichte ist, wie Cicero in *De oratore* (Vom Redner) schrieb, eine *magistra vitae*, eine Lehrmeisterin des Lebens, die Lektionen vermittelt und anleitet. »Nicht zu wissen, was vor unserer Geburt geschehen ist, heißt für immer Kind zu bleiben.« Doch die Geschichte ist keine experimentelle und noch viel weniger eine praktische Wissenschaft, von der nach einer Abfolge mathematischer Operationen oder statistischer Erhebungen positive, messbare und unabweisbare Schlussfolgerungen zu erwarten wären. Vielmehr handelt es sich um eine Geisteswissenschaft, die den Menschen in einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort studiert und dabei ihr Augenmerk auf Fakten und Handlungen legt. Überdies bewertet sie die Auswirkungen auf die Gegenwart, sowohl auf materieller Ebene wie im Denken, Glauben etc. Dadurch bietet sie eine Handhabe, die Gegenwart auf Grundlage der Analyse vergangener Taten zu gestalten. Vielleicht ist sie deshalb so umstritten und empfänglich für Manipulation.

Die Vergangenheit neu erfinden

Während des Zweiten Weltkriegs, aber auch schon in den Jahren zuvor, zerstörten oder beschlagnahmten die Nazis Tausende von Kunstwerken und Büchern, die nicht zu ihrer Ideologie passten. In den letzten Jahrzehnten haben diverse islamistische Gruppierungen viele Jahrhunderte alte archäologische Überreste zerstört, so die Buddha-Statuen von Bamiyan in Afghanistan oder die Stadt Palmyra in Syrien. Solche Handlungen gründen nicht etwa auf dem Wunsch nach Gewalt und Zerstörung, sondern auf dem Bestreben, Zeugnisse einer Vergangenheit vom Antlitz der Erde zu tilgen, in denen die Menschen ein von ihren Nachfahren missbilligtes Leben führten. Die Geschichte dem Vergessen anheimzugeben, sie zu modifizieren oder neu zu schreiben, ist seit unvordenklichen Zeiten eine bevorzugte Waffe, durch die mächtige Gruppen eine Gesellschaft auf eine andere Bahn lenken wollen und die Bevölkerung zu kontrollieren und zu manipulieren suchen.

Diktatoren, autoritäre Anführer, unterdrückerische Regierungen oder radikale Nationalisten trachten seit jeher systematisch danach, durch Umerziehung und Geschichtsklitterung eine parallele Wirklichkeit zu installieren. Sogar heutige politische Führer, die theoretisch weniger despotisch und autoritär sein sollten, neigen dazu, sich die historischen Fakten zurechtzubiegen. Somit ist die Beschäftigung mit der Geschichte keine triviale Angelegenheit. Die wahren Ereignisse zu kennen - oder wenigstens die Version, die ihnen am nächsten kommt -, hilft uns zu begreifen, wer wir sind und wohin wir gehen. Und was noch wichtiger ist: Sie stärkt uns bei der Suche nach Wahrheit, der objektiven, immer schwer greifbaren Wahrheit.

Geschichte und Geopolitik

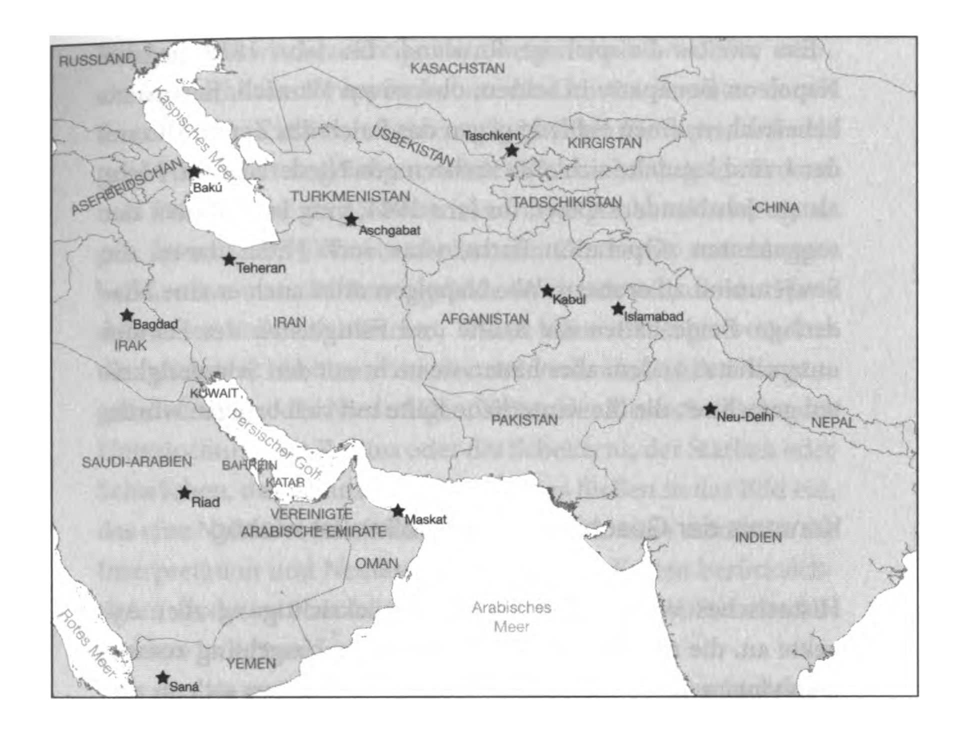
Geschichtliche Ereignisse haben ohne Zweifel Einfluss auf die Geopolitik. Die angespannten Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei etwa sind kaum zu verstehen, wenn man nichts von dem von den Türken am armenischen Volk begangenen Genozid weiß. (Von 1915 bis 1923 wurden zwischen anderthalb und zwei Millionen armenischer Zivilisten durch die jungtürkische Regierung des Osmanischen Reichs deportiert oder getötet.)[16] Auch die guten Beziehungen zwischen den USA und Großbritannien oder die Bande, die gewisse afrikanische Länder mit europäischen Staaten verknüpfen, lassen sich nicht verstehen, ohne die Verbindungen zwischen den Hauptstädten und ihren Kolonien im Zeitalter des Imperialismus zu kennen.

Die politische Landkarte der jetzigen Welt ist eine andere als die von vor fünfzig Jahren. Wahrscheinlich wird sie bald selbst nicht mehr aktuell sein. Aber der geografische Raum hat sich nicht wesentlich verändert und wird das auch künftig nicht tun. Folgendes ist geschehen: In den gegebenen geografischen Räumen sind Staaten geboren, gewachsen und wieder verschwunden. Manchmal haben unterschiedliche Nationalitäten versucht, sich um eine einzige staatliche Einheit herum zu gruppieren. Andere Male konnte ein multinationaler Staat dem Druck der zentrifugalen Kräfte seiner unterschiedlichen ethnischen Gruppen nicht widerstehen und zerbrach, sodass nur noch eine Erinnerung an seine historische Größe und Wirklichkeit blieb, während mehrere neue Nationen entstanden sind. Geschichte ist wichtig für die Geopolitik, weil sie die Entwicklung von Staaten ebenso zeigt wie die Interessen und Konflikte, die erhalten geblieben sind, und jene, die sich aufgelöst haben. Die Geschichte bietet Lektionen, um aus vergangenen Fehlern lernen zu können, obwohl sich diese Fehler häufig wiederholen.

Geschichte wiederholt sich an denselben Schauplätzen

Im Lauf der Jahrhunderte haben sich an denselben Schauplätzen und unter ähnlichen Bedingungen immer wieder die gleichen Ereignisse abgespielt. Manche Anthropologen und Kulturwissenschaftler sehen das als Folge des kriegerischen Charakters von Völkern und vertreten einen kulturellen oder geografischen Determinismus. In Wirklichkeit aber verdankt sich die Tatsache, dass im Lauf der Geschichte gewisse Orte im Zentrum von Konfrontationen stehen, vor allem dem Umstand, dass es sich um Konfliktzonen handelt, in denen Interessen aufeinanderprallen.

Wenn wir die Weltkarte historisch betrachten, zeigen sich bestimmte Räume, die als wiederkehrender Schauplatz von Konfrontationen unter permanenter Spannung standen. In manchen Fällen spiegelt sich in diesen Auseinandersetzungen eine Verschiebung zwischen dem physischen Raum und dem von Grenzziehungen umrissenen virtuellen Raum wider. Schließlich wurden die Grenzen zwischen einigen Staaten entlang natürlicher Linien des Territoriums gezogen, ohne dabei die ethnischen, kulturellen oder religiösen Unterschiede zwischen den ansässigen Völkern zu berücksichtigen, so etwa in einem Großteil von Afrika. In anderen Fällen befinden sich die notwendigen Ressourcen für das Überleben, für Wohlstand und Reichtum in Räumen, die als »Niemandsland« gelten, woraus Kämpfe um die Frage entstehen, wer diese Gebiete kontrollieren und bewirtschaften darf. Auch demografischer Druck kann die Expansion in neue Territorien als notwendig erscheinen lassen. Und bei vielen anderen Gelegenheiten kommen Konflikte auf, weil die betreffende Umgebung ein Durchgangsgebiet ist - ein »Scharnierland«, das für die Beherrschung von und den Zugang zu Ressourcen oder anderen geopolitischen Räumen eine Schlüsselstellung einnimmt.



Ein Beispiel für einen solchen Ort ist Afghanistan. Mitte des 19. Jahrhunderts versuchten die Briten, diese Bergregion zu kontrollieren, um den Vormarsch des Zarenreichs auf ihre indischen Kolonien zu bremsen. Doch die Kampagne erwies sich als nutzlos, da sich die Afghanen einer Invasion widersetzten und die Engländer aus dem Land jagten. Die Briten sollten die Ersten, aber nicht die Letzten sein, die diesen Fehler begingen. Ein Jahrhundert später waren es die Sowjets, die sich die Kontrolle über das Land zu sichern suchten, um im Kalten Krieg ihre internationale Einflusssphäre auszudehnen. Auch sie scheiterten. Nach den Attentaten vom 11. September 2001 endete die von US-amerikanischen Truppen angeführte Operation »Enduring Freedom« mit einer neuerlichen Niederlage. Afghanistan hat sich bis auf Weiteres als »unbezwingbar« herausgestellt.

Ein zweites Beispiel ist Russland. Im Jahr 1812 begann Napoleon Bonaparte in seinem obsessiven Wunsch, Europa zu beherrschen, einen Feldzug gegen das Reich des Zaren Alexander I. und handelte sich eine verheerende Niederlage ein. Mehr als ein Jahrhundert später, im Jahr 1941, ging im Rahmen der sogenannten »Operation Barbarossa« auch Hitler daran, die Sowjetunion zu erobern. Wie Napoleon erlitt auch er eine Niederlage. Beide hatten die Kräfte und Fähigkeiten des Feindes unterschätzt, zudem aber hatten sie nicht mit den Schwierigkeiten gerechnet, die die winterliche Kälte mit sich bringen würde.

Kenntnis der Geschichte eines Volkes ist wichtig

Historisches Wissen setzt bei der Berücksichtigung aller Aspekte an, die mit den Menschen und ihrer Umgebung Zusammenhängen. Kultur, Religion und Sprache erweisen sich als unabdingbare Schlüssel zum Verständnis der Realität und Entwicklung eines Volkes. Doch wird die gesellschaftliche Prägung der Menschen ihrerseits durch den geografischen Raum bestimmt, den sie bewohnen. Kulturen, Traditionen und Glaubensinhalte, die heute aufgrund der Globalisierung weitere Verbreitung denn je finden, werden durch ihre ursprüngliche Umgebung geprägt. Der geografische Raum wirkt sich intensiv auf eine bestimmte Lebensweise aus. Diese wiederum beeinflusst die Entwicklung von Nationen, zwischen denen Spannungen und Auseinandersetzungen entstehen, sodass sich ein komplexes internationales Panorama ergibt, das ohne Beschäftigung mit der Vergangenheit kaum zu entschlüsseln ist.

Gleichzeitig besteht einer der häufigsten Fehler im Umgang mit anderen Völkern, Kulturen oder Zivilisationen darin, die Bedeutung zu ignorieren, die von deren Bewohnern und

Führern historischen Ereignissen beigemessen wird. Für manche menschliche Gruppen haben die Umstände, unter denen ihre Vorfahren lebten, einen entscheidenden Einfluss auf die eigene Weitsicht - angefangen mit der Wahrnehmung von Freund und Feind -, auf ihr Verhalten und ihre Glaubensüberzeugungen. In manchen Fällen ist die Last der Geschichte ausschlaggebend, wenn man die Beweggründe verstehen will, die das Handeln eines Volkes bestimmen. Dieses kann sich sogar von dem der nächsten Nachbarn massiv unterscheiden. Alles Vergangene, ob Siege oder Niederlagen, Zeiten der Herrschaft oder der Unterjochung, des Ruhms oder des Scheiterns, der Stärken oder Schwächen, des Elends oder des Glanzes fließen in das Bild ein, das eine Nation von sich hat. In diesem Sinn muss man auch die Interpretation und Neufassung historischer Fakten berücksichtigen, zu der es öfter kommt, als man erwarten sollte - insbesondere in Zeiten nationalistischer Aufbrüche.

Es ist also von grundlegender Bedeutung, die Geschichte eines Volkes zu kennen, wenn man mit ihm in Interaktion tritt, und zwar ohne dessen subjektive Sichtweise zu übergehen. Andernfalls ist es manchmal nahezu unmöglich, aktuelle Ereignisse aus ihrem Kontext heraus zu begreifen. Man kann nicht verstehen, was derzeit in der Ukraine vor sich geht, wenn man die Geschichte des russischen Volkes nicht kennt. Ebenso muss man wissen, dass 1389 auf dem Amselfeld - Kosovo Polje - eine entscheidende Schlacht geschlagen wurde, in der das Osmanische Reich das serbische Heer besiegte, wenn man die heutige Bedeutung dieser Enklave für Serbien verstehen will.

Die wenig bekannte Geschichte des nordkoreanischen Volkes

Das Bild, das westliche Medien üblicherweise von Nordkorea vermitteln, zeigt wenig mehr als eine uniforme Masse in blindem Gehorsam gegenüber einem Führer, der die Menschen einer Gehirnwäsche unterzogen und sie sich damit gefügig gemacht hat. Selbstverständlich setzt ein politisches Regime, wie es in Nordkorea an der Macht ist, von Kindheit an und über alle soziale Schichten Denklinien durch, aber eine vereinfachende Sicht auf die nordkoreanische Gesellschaft einzig unter diesem Gesichtspunkt wird der Wirklichkeit nicht gerecht. Die Koreaner, die in jeder Hinsicht (ethnisch, sprachlich, historisch, kulturell und religiös) als homogenstes Volk der Welt gelten, haben eine ausgeprägte, über Jahrhunderte geformte Persönlichkeit mit spezifischen, aber weithin unbekannten Eigenheiten.

Um die Mentalität, die Einstellungen und Verhaltensweisen dieses asiatischen Volks über die aktuelle politische Lage hinaus zu verstehen, muss man sich mit seiner neueren Geschichte beschäftigen. Nur so wird man die Aversion und die Ressentiments der Nordkoreaner gegenüber den Vereinigten Staaten und deren Verbündeten, insbesondere Japan, begreifen, und davon ausgehend ihre Voreingenommenheit gegenüber der kapitalistischen westlichen Welt, die für sie unmittelbar durch Südkorea repräsentiert wird. All dies erscheint den Nordkoreanern als Bedrohung, die nur auf den geeigneten Moment wartet, um sie erneut anzugreifen.

Im 19. Jahrhundert war Korea ein »Einsiedlerstaat«, der keinerlei Wert darauf legte, diplomatische Verbindungen und Handelsbeziehungen zu westlichen Ländern aufzunehmen. Stattdessen hielt sich Korea an ein Bündnis mit China, das ebenfalls darum rang, sich von westlichen Einmischungsversuchen freizumachen. Im Ersten Japanisch-Chinesischen Krieg (1894/95)

ging es vor allem um die Beherrschung Koreas, und Tokio ging daraus siegreich hervor. 1897 rief König Gojong das Kaiserreich Groß-Korea aus, womit das Land zum ersten Mal seit 1636 aufhörte, ein Anhängsel Chinas zu sein.

Das inzwischen zur Industriemacht aufgestiegene. Japan annektierte das Kaiserreich Korea 1910, um es ökonomisch auszubeuten. Die japanische Regierung betrieb auf der koreanischen Halbinsel eine aktive Siedlungspolitik mit japanischen Bauern und Fischern, denen kostenlos oder zu einem symbolischen Preis Land überlassen wurde. Während die Koreaner hungerten, bemächtigte sich Japan eines Großteils der Reisernte, um seine eigene Bevölkerung zu ernähren. Die Japaner betrachteten die Koreaner als ethnisch minderwertig und scheuten sich nicht, im Land die schlimmsten Grausamkeiten zu begehen. Unter den Verbrechen, die am koreanischen Volk verübt wurden, sticht besonders der Einsatz der euphemistisch als »Trostfrauen« bezeichneten Zwangsprostituierten hervor, die während des Pazifikkriegs (1931-1945) japanischen Soldaten sexuell zu Willen sein mussten. Schätzungen zufolge wurden etwa 200000 Koreanerinnen missbraucht, von denen rund 150000 den Krieg nicht überlebten.

Zudem betrieb die japanische Besatzungsmacht eine ausgeprägte Assimilationspolitik. Das führte zur Auflehnung einiger koreanischer Intellektueller, die ihre Kultur und ihre Werte bewahren wollten, was in den Jahren ab 1919 Tausende von ihnen das Leben kostete. Obwohl die Bewegung scheiterte, hinterließ sie bei den Koreanern starke patriotische und antikoloniale Gefühle. Das Land befreite sich erst vom Joch der Fremdherrschaft, als Japan im Zweiten Weltkrieg niedergerungen wurde, fiel aber sofort den Siegermächten in die Hände.

1948 kamen die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten überein, die koreanische Halbinsel auf dem 38. Breitengrad zu

teilen, sodass der Norden von sowjetischen Truppen besetzt blieb, der Südteil von den USA. Als im Norden eine kommunistische Regierung eingesetzt wurde, verschärften sich die Spannungen auf beiden Seiten der Grenze. In der Absicht, die Halbinsel wieder zu vereinigen, marschierten die von Stalin unterstützten Nordkoreaner im Juni 1950 in Südkorea ein. Als Anlass diente dem nordkoreanischen Ministerpräsidenten Kim Il-sung die brutale Unterdrückung kommunistischer Sympathisanten, die in Südkorea lebten, durch das in Seoul regierende Militärregime. Washington beschloss mit Billigung der Vereinten Nationen, die nordkoreanische Offensive zurückzuschlagen, angetrieben von Befürchtungen, dass sich der Kommunismus über die gesamte Halbinsel ausbreiten könnte.

Zwar schienen anfangs US-amerikanische Bombenangriffe auf Militärbasen und andere strategische Ziele ausreichend, um der nordkoreanischen Offensive Einhalt zu gebieten, aber dann bewirkte der Kriegseintritt Chinas auf der Seite Pjöngjangs, dass sich die Waagschale zugunsten der Angreifer neigte. Beijing, das nicht zulassen konnte, dass US-amerikanische Truppen an seine Grenzen vorrückten, schickte eine Welle von Soldaten nach der anderen in den Kampf, und aufseiten der Nordamerikaner häuften sich die Verluste - trotz der mangelhaften Ausrüstung des Gegners. Da beschloss der US-amerikanische Oberbefehlshaber Douglas MacArthur, einen rücksichtslosen Luftkrieg zu führen - die Operation »Strangle« -, um den Norden so bald wie möglich niederzuwerfen. Von diesem Moment an wurde Nordkorea einem mitleidlosen, systematischen Bombardement unterzogen, das sogar kleine Dörfer vernichtete.

Obwohl die Angaben je nach Quelle variieren, sind die Zahlen schreckenerregend. In den drei Kriegsjahren wurden Bomben mit einem Gesamtgewicht von circa 650 000 Tonnen auf Nordkorea abgeworfen, darunter mehr als 35000 Tonnen Napalm,

wobei über 600000 Behausungen, 5000 Schulen und um die 1000 Krankenhäuser zerstört wurden. Als städtische Ziele rar wurden, begann man, Staudämme zu bombardieren, was die Überschwemmung von Ackerland und die Vernichtung der Ernte zur Folge hatte. Zum Vergleich: Die USA warfen eine größere Bombenlast auf Nordkorea ab als im gesamten Pazifikraum während des Zweiten Weltkriegs, und es wurden dabei mehr Städte zerstört als in Deutschland oder Japan.

Dreißig Jahre nach Ende des Konflikts bekannte der US-Luftwaffengeneral Curtis E. LeMay, während des Koreakriegs Oberbefehlshaber des Strategie Air Command, gegenüber dem Office of Air Force History der US-Army ohne Scham, dass damals etwa ein Fünftel der nordkoreanischen Bevölkerung ausgelöscht worden sei. Zur besseren Einordnung der Dimensionen dieses Massakers sei nur gesagt, dass während des Zweiten Weltkriegs trotz der intensiven Bombenangriffe der deutschen Luftwaffe die Zahl der Todesopfer in der britischen Bevölkerung circa 2 Prozent betrug. Und die 3 Millionen nordkoreanischer Toter hätten noch bei Weitem übertroffen werden können: General Douglas MacArthur hatte vorgeschlagen, zwischen dreißig und fünfzig Atombomben über Nordkorea abzuwerfen, da der Krieg seiner Einschätzung nach dadurch in zehn Tagen beendet werden könnte, wie er kurz nach Kriegsende in einem Interview äußerte.

Kim Il-sung wurde von seinem Volk als Held angesehen, der sich den allmächtigen Vereinigten Staaten entgegengestellt und sie daran gehindert hatte, das Land zu erobern. Dieses Bild von einem heroischen Widerstand, vor dem sich das nordkoreanische Volk verneigt, wurde später von seinem Sohn Kim Jong-il übernommen und anschließend von seinem Enkel Kim Jong-un, dem gegenwärtigen »Obersten Führer«.

Die westliche Welt mag Nordkorea noch so sehr als ein Land sehen, dessen Bevölkerung um jeden Preis von der Tyrannei

einer kommunistischen Erbdiktatur befreit werden muss - seit Jahren wird es von den USA auf der Liste »rebellischer« Staaten geführt oder zur »Achse des Bösen« gezählt ein Land mit einem exzentrischen, bösartigen und ungehobelten Machthaber. Die Nordkoreaner sehen sich selbst völlig anders: als ein Volk, das entschlossen ist, weiterhin der Einmischung von außen zu widerstehen.

Die nordkoreanische Bevölkerung hat die vernichtenden Luftangriffe nicht vergessen, weshalb sie die großen, ja obsessiven Anstrengungen der Regierung in Pjöngjang rückhaltlos unterstützt, eine starke Luftverteidigung aktiver und passiver Art (unterirdische Bunker und Schutzräume) sowie ein Arsenal an Kernwaffen aufzubauen, das jeglichen potenziellen Angreifer abschrecken soll. Die Geschichte liefert also hinreichende Gründe dafür, dass die Bürger Nordkoreas jede Aktion seitens der USA oder Japans zurückweisen, ohne dass dafür politischer Druck aufgebaut werden müsste. Es handelt sich um ein verinnerlichtes Nationalgefühl, das auch durch einen Regimewechsel nicht ausgemerzt werden dürfte.

Es gibt keine ewigen Verbündeten nur bleibende Interessen

In den internationalen Beziehungen versuchen alle Seiten, die eigenen Interessen zu befriedigen, wie es ihnen die Umstände und die zur Verfügung stehenden Mittel nahelegen. Ihre Vorgehensweise ist nur in Abhängigkeit davon, wie sie diese Ziele verfolgen, gut oder schlecht zu nennen - je nach Schaden und Leid, die Menschen, anderen Lebewesen und der Umwelt insgesamt daraus entstehen. Immer wird die Meinung der beteiligten Individuen oder Staaten, ob sich andere angemessen oder inkorrekt verhalten, davon abhängen, inwieweit deren Handeln die eigenen Interessen betrifft. Die Prinzipien der Realpolitik bringen es mit sich, dass in den zwischenstaatlichen Beziehungen nationale Interessen den Vorrang haben, sodass immer der eigene Nutzen und nicht moralische oder ethische Erwägungen die Grundlage bilden.

Da Interessen sich jedoch ändern können, sind internationale Beziehungen in ständigem Wandel begriffen. Innerhalb dieses Spiels beschließt gelegentlich eine Nation, sich mit einer anderen zu verbünden, um bestimmte, mehr oder weniger vorübergehende Ziele zu erreichen, sei es auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Sicherheit oder der Kriegsführung. Aber immer in einem Kontext, in dem ein heutiger Freund und Verbündeter sich schon morgen in den schlimmsten Gegner verwandeln kann, zumal wenn man bedenkt, wie schnell sich die Dinge heutzutage entwickeln. Der perfekte Verbündete ist einer, der etwas einbringt, was man alleine nicht erreichen kann, und dem man seinerseits etwas zu bieten hat, woran er interessiert ist. Zwischen Souveränen gibt es kein Bündnis, das nicht beiden Seiten zum Vorteil gereicht. Das große Geheimnis bei Verhandlungen

besteht deshalb darin, einen Weg zu finden, wie der wechselseitige Vorteil zum Tragen kommt.

Interessen führen zu seltsamen Bündnissen

Interessen und Notwendigkeiten zwingen gelegentlich dazu, seltsame Bündnisse einzugehen, sogar solche, die den Werten entgegenstehen, die man angeblich vertritt. Beispiele bietet die Geschichte in reicher Zahl.

Im 16. Jahrhundert kam es in der Auseinandersetzung zwischen dem christlichen Europa und dem damals sehr mächtigen Osmanischen Reich zu einer Reihe zumindest überraschender Bündnisse, in denen sich wechselnde Interessen auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Sicherheit und der Geopolitik niederschlugen. So griff das katholische Venedig, das große Mengen Getreide aus dem Osmanischen Reich bezog, bei wiederholten Gelegenheiten auf Hilfe aus Konstantinopel zurück, um benachbarte, rivalisierende Stadtstaaten unter Druck zu setzen. Und da Venedigs Hauptsorge die Verteidigung seiner Seehandelsrouten war und das Osmanische Reich sein wichtigster Handelspartner, gab es zwischen beiden viel mehr Grund zur Kooperation als zur kriegerischen Auseinandersetzung. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts unternahmen Frankreich unter König Franz I. und das Osmanische Reich unter der Führung von Sultan Süleyman dem Prächtigen gemeinsame Seeoperationen gegen Kaiser Karl V. Gleichzeitig verbündeten sich die Habsburger mit der schiitischen Dynastie der Safawiden in Persien. Im Krimkrieg (1853-1856) wiederum sahen Frankreich und Großbritannien die Möglichkeit, dass Russland das Osmanische Reich besiegen und damit das Kräftegleichgewicht der europäischen Mächte stören könnte, und zögerten daher nicht, sich zugunsten der

Osmanen gegen die Russen zu positionieren. Ende des 19. Jahrhunderts schließlich benutzte Großbritannien das Osmanische Reich dazu, den russischen Vormarsch auf den Bosporus und die Dardanellen zu bremsen.

Bündnisse sind immer flüchtig

Alle Bündnisse, sogar diejenigen, die anfangs besonders solide und unverbrüchlich erschienen, haben sich mit der Zeit als flüchtig und wandelbar herausgestellt, sobald sich die Umstände veränderten, von denen sie ausgingen. Während der beiden Weltkriege wurde im 20. Jahrhundert eine Vielzahl von Bündnissen und Geheimabsprachen unterzeichnet und gebrochen. Als Beispiel mag das Königreich Rumänien dienen, das als vormaliger Verbündeter des deutschen Kaiserreichs im Sommer 1916 in den Krieg gegen Deutschland und Österreich eintrat. Und obwohl Japan im Ersten Weltkrieg zusammen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien gegen die Deutschen gekämpft hatte, wechselte es wenige Jahre später die Seiten und kämpfte im Zweiten Weltkrieg als Verbündeter Deutschlands gegen die USA.

Obwohl die Vereinigten Staaten den Irakern im Ersten Golfkrieg (1980-1988) Informationen verschafften, irakische Erdöllieferungen in kuwaitischen Tankern eskortierten und ihre eigenen Waffenlieferungen an den Iran einstellten, nannte das Weiße Haus Saddam Hussein nur zwei Jahre nach Kriegsende, ohne mit der Wimper zu zucken, seinen schlimmsten und ältesten Feind. Ebenso wenig darf vergessen werden, dass 1983 der damalige US-Präsident Ronald Reagan einen Sonderbeauftragten nach Bagdad entsandt hatte, um diplomatische Beziehungen zu Saddam Hussein aufzunehmen und ihm Hilfe gegen den Iran

anzubieten. Dieser Emissär war Donald Rumsfeld, sieben Jahre zuvor Verteidigungsminister des Landes. Zwanzig Jahre später sollte ausgerechnet Rumsfeld, nun wieder an der Spitze des Verteidigungsministeriums, für den Einmarsch in den Irak und Saddams Sturz verantwortlich zeichnen.

Seit der Antike hat sich erwiesen, dass Bündnispartner, deren Verbindung tatsächlich wirkungsvoll und von einer gewissen Dauer sein soll, der Wahrnehmung einer gemeinsamen Bedrohung bedürfen, die alle Beteiligten in ihrer Existenz gefährdet. Sobald für ein Mitglied des Bündnisses andere Gefahren in den Vordergrund rücken oder die ursprünglich geteilten als unwesentlich erscheinen, da sie die Stabilität seiner Gesellschaft nicht tangieren, beginnt sich das Bündnis aufzulösen. Selbst wenn daran festgehalten wird, handeln die verschiedenen Teile doch nicht mehr richtig koordiniert, und so kommt es zwar zu bilateralen oder multilateralen Aktionen, doch diese schließen nicht mehr sämtliche Mitglieder ein. Zusammenschlüsse verschiedener Nationen sind schwer zu arrangieren und zu stärken, solange es keine Gemeinschaft von Interessen und Ideen in einem homogenen geopolitischen Rahmen gibt. Sonst reißt die Verbindung ab, sobald keine Gewalt mehr im Spiel ist oder der ursprüngliche Anlass des Bündnisses entfällt. Möglicherweise haben die Mitgliedsstaaten der EU ja nicht genug gemeinsame Interessen, um eine gesamteuropäische Militärpolitik zu betreiben.

Obwohl Griechenland zur Europäischen Union wie auch zur NATO gehört, stellte sich das griechische Volk 1999 während des Kosovokriegs kategorisch auf die Seite Russlands und der Serben und damit gegen Europa. Dass dies so war, ist von erheblicher Bedeutung, denn sollte Griechenland freiwillig oder von Brüssel gezwungen die Eurozone verlassen oder gar aus der EU austreten, könnte sich Russland die Unterstützung im Volk zunutze



machen, um das Land in seinen Einflussbereich zu ziehen. Geopolitisch wäre das äußerst gewinnträchtig. Der Kreml könnte seine Anwesenheit im Mittelmeer verstärken und einen besseren Zugriff auf die Ausfahrt des Schwarzen Meeres bekommen, in dem seine Flotte in Sewastopol vor Anker liegt. In diesem Fall wäre nicht auszuschließen, dass Moskau an Schlüsselstellen, etwa auf dem Peloponnes, einen Marinestützpunkt errichtet. In der Tat verfügt mit China bereits eine andere Großmacht im Hafen von Piräus über eine beherrschende wirtschaftliche Position.

In der internationalen Sphäre sind Wortbrüche an der Tagesordnung und Geheimabsprachen die Norm, sogar wenn öffentlich verhandelt wird - dann eben in Form undurchsichtiger Anhänge. Im Oktober 1898 unterzeichneten England und das Deutsche Reich eine Vereinbarung zur Aufteilung der portugiesischen Besitztümer in Afrika. Portugal, das sich in einer finanziellen Notlage befand, hatte beiden Mächten den Kauf oder die

Verpfändung seiner afrikanischen Kolonien angeboten. Doch kaum ein Jahr nach Unterzeichnung dieser Vereinbarung schloss England ein geheimes Abkommen mit Portugal ab, den Vertrag von Windsor. Darin wurden ältere Verträge erneuert, in denen das mächtige England und Portugal einander die Integrität ihrer Besitzungen garantierten und sich für den Kriegsfall gegenseitige Hilfe zusicherten - ein perfektes Beispiel für den Sinn des englischen Sprichworts: »In love and in politics, everything is fair.« (In der Liebe und in der Politik ist alles erlaubt.) So kam es, dass Portugal im Ersten Weltkrieg aufseiten der Alliierten stand und sich in Afrika an den Kampfhandlungen beteiligte.

Im Bereich der internationalen Beziehungen sollte nichts überraschen. In dieser von Winkelzügen geprägten Welt, in der permanentes Misstrauen herrscht, kommt es bisweilen zu paradoxen Situationen, etwa wenn Stalin 1944 den Befehl zu einem Attentat auf Hitler rückgängig machte, weil er fürchtete, die westlichen Alliierten könnten versuchen, mit seinem Nachfolger einen Separatfrieden zu schließen. Oder wenn in den 1950er-Jahren die Franzosen den Einmarsch der Vereinigten Staaten in Indochina forderten, als Antwort auf den Eintritt Frankreichs in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Damals lag Washington daran, die Franzosen mit ihrem militärischen Potenzial in die NATO einzubinden. Im Gegenzug verlangte die Regierung General de Gaulles Unterstützung bei der Eindämmung des Kommunismus in Asien, zum Vorteil seiner Kolonien.[17]

In anderen Fällen führt der unbeherrschte Wunsch, gewisse Ziele zu erreichen, zu überstürzten Entscheidungen, die sich im Nachhinein als nicht wiedergutzumachende Fehler erweisen. Schon im 18. Jahrhundert hatte der preußische König Friedrich II. (Friedrich der Große) im 9. Kapitel von *Geschichte meiner Zeit* geschrieben: »Von allen Nachbarn Preußens ist das russische Reich der gefährlichste, ebenso sehr vermöge seiner Macht

als seiner örtlichen Lage. Die, welche nach mir dies Land regieren werden, haben Ursache, mit diesen Barbaren Freundschaft zu pflegen.«[18] Dennoch ließ sich am Ende des 19. Jahrhunderts Kaiser Wilhelm II. von seinen Ratgebern dazu überreden, den Rückversicherungsvertrag mit Russland auslaufen zu lassen, nachdem er dem russischen Botschafter versichert hatte, dass das Abkommen verlängert würde. Dies führte dazu, dass sich Moskau, wie von Bismarck vorausgesehen, Frankreich zuwandte.

Wechselnde Bündnisse zwischen Spanien, Frankreich und England

Im Lauf des 18. und bis ins 19. Jahrhundert hinein kam es bei den Bündnissen zwischen den europäischen Mächten zu erheblichen Umwälzungen, je nach Interessenlage der verschiedenen Länder zum jeweiligen Zeitpunkt. Zwischen 1733 und 1789 wurden zwischen den in Spanien und Frankreich herrschenden Monarchien drei Abkommen geschlossen, die sich gegen Großbritannien und dessen Vorherrschaft auf See richteten.

Die Französische Revolution von 1789 beendete diese Bündnisbeziehung schlagartig. Ludwig XVI. wurde guillotiniert, und der spanische Zweig der Bourbonen sah sich genötigt, in einen Krieg mit dem Nachbarland einzutreten. 1793 hatte sich die Lage derart verändert, dass sich Großbritannien und Spanien gegen Frankreich zusammenschlossen. Die Flotten der neuen spanisch-britischen Koalition stellten sich der französischen Marine und fügten ihr eine schwere Niederlage zu, die den Gegner erheblich schwächte.

Im Kontext der erbitterten Auseinandersetzung zwischen London und Paris sah sich Spanien zwei Optionen gegenüber. Ein Bündnis mit Frankreich hätte einerseits die Sicherheit der Pyrenäengrenze garantiert und andererseits ein Gegengewicht zur englischen Seemacht geschaffen und damit Spaniens

Interessen in Übersee geschützt. Die zweite Option war, sich mit den Engländern zusammenzuschließen und gemeinsam gegen die Franzosen Front zu machen. Schließlich entschloss sich Madrid 1796, eine Allianz mit Paris einzugehen und Großbritannien den Krieg zu erklären.

Als Napoleon Bonaparte 1805 erwog, in Großbritannien einzumarschieren, war ihm völlig klar, dass sich Frankreich für dieses Abenteuer auf die spanische Marine stützen musste. Anders wäre die mächtige britische Flotte nicht zu besiegen. Also zwang er Madrid mehr oder minder dazu, ihm Schiffe zur Verfügung zu stellen. So kam es zu einer der bekanntesten Seeschlachten aller Zeiten, der Schlacht von Trafalgar. Sie wurde am 21. Oktober 1805 in unmittelbarer Nähe des gleichnamigen Kaps an der Küste von Cadiz geschlagen, und die britische Seestreitmacht unter Führung von Admiral Horatio Nelson siegte über die spanisch-französische Flotte unter Admiral Pierre Villeneuve.

Nach dem Einmarsch der napoleonischen Truppen in Spanien im Jahr 1808 verschoben sich die Bündnisse ein weiteres Mal. Großbritannien stellte sich auf die Seite der Spanier, um zusammen mit ihnen die Iberische Halbinsel von den Franzosen zu befreien und dem von Bonaparte geschaffenen Imperium den Gnadenstoß zu geben, was letztlich erst 1815 bei Waterloo geschah.

Danach brauchte Frankreich Jahrzehnte, um einen Teil seiner Geltung auf dem europäischen Kontinent zurückzugewinnen, während sich Spanien diskret in die zweite Reihe zurückzog, aus der es nicht mehr hervortreten sollte. Großbritannien erwies sich als unbestrittener Sieger dieser wechselhaften und bewegten Jahre und nutzte die Gelegenheit, sich in Europa als vermittelnde Instanz zu etablieren. London wurde zum beherrschenden Zentrum des Seehandels und der weltweiten Finanzen, bis am Ende des 19. Jahrhunderts die Vereinigten Staaten ihren kraftvollen Auftritt hatten.

Die Sowjetunion zwischen Nazideutschland und den Vereinigten Staaten

Im Frühjahr 1939 versuchte Stalin, die Handelsbeziehungen mit Deutschland zu verbessern und durch geheime Vereinbarung mit Hitler Polen aufzuteilen, sollte dieser aufgrund von Grenzfragen einen Krieg gegen das Land beginnen. Die Bemühungen machten sich im August desselben Jahres mit der Unterzeichnung eines neuen Wirtschaftsabkommens zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich bezahlt - einem Freundschafts- und Nichtangriffspakt, der zehn Jahre lang gelten sollte. Der Hitler-Stalin-Pakt war für beide Seiten gewinnbringend: Das Dritte Reich verpflichtete sich zur Lieferung von Maschinen, die Sowjetunion sollte Getreide, Erdöl und Mineralien liefern. Die Annäherung Hitlers an die Sowjetunion weckte jedoch den Argwohn der Vereinigten Staaten, die darin eine direkte Bedrohung ihrer Interessen sahen. Im Frühjahr 1941 beschlossen die USA, das Hilfsangebot der Deutschen zu überbieten. Sie sagten der Sowjetunion nach Verabschiedung des sogenannten Leih- und Pachtgesetzes *(Lend-Lease)* Hilfslieferungen zu. Diese bestanden in bedeutenden Mengen amerikanischen Kriegsmaterials wie Flugzeuge, Panzerfahrzeuge, Munition und Nahrungsmittel in einem Wert von 14 Millionen Dollar. Stalin nahm die unerwartete »Großzügigkeit« Washingtons gerne an, womit er gegen den Pakt mit Deutschland verstieß.

Während des Zweiten Weltkriegs arbeiteten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eng zusammen. Um mit Deutschland und Japan fertigzuwerden, benötigte Washington das menschliche Potenzial, über das die Russen verfügten, während es diesen an materiellen Mitteln fehlte - womit die mächtige US-amerikanische Industrie in gewaltigen Mengen aushelfen konnte.

Vor diesem Hintergrund verlieh das Weiße Haus Dutzende von Schiffen an die Sowjetunion, die sich ihrerseits bereitfand,

Japan den Krieg zu erklären, was am 8. August 1945 erfolgte. Beide Mächte hatten schon am Anfang des Jahres zu diesem Zweck ein Geheimabkommen unterzeichnet. Die von Washington geforderte Kriegserklärung führte zum Bruch des Neutralitätspakts, den Tokio und Moskau vier Jahre zuvor geschlossen hatten und der bis zu diesem Augenblick beiden die Gewissheit gegeben hatte, den Rücken frei zu haben, um gegen andere Gegner vorgehen zu können (die Sowjetunion gegen Deutschland, Japan gegen die Vereinigten Staaten).

Als Gegenleistung für den Bruch mit Japan forderte der Kreml von den USA die Lieferung einer bedeutenden Menge Kriegsmaterials - darunter Schiffe und Flugzeuge -, um eine mächtige moderne Armee aufbauen zu können. Die Abmachung konkretisierte sich in einem umfangreichen Programm unter den Codenamen *Milepost* und *Hula*. Die Vereinigten Staaten sollten den Sowjets 180 Schiffe liefern - am Ende blieb es bei 149 -, davon 30 Fregatten der Klasse Tacoma. Zudem bildete die amerikanische Armee mehr als 12000 sowjetische Soldaten aus, darunter 750 Offiziere.

Doch es vergingen nur wenige Monate, bis die Armeeangehörigen beider Länder von Verbündeten und Ausbildungsgenossen zu erklärten Feinden wurden: Ihre jeweiligen Nationen traten in eine Phase ideologischer und geopolitischer Auseinandersetzungen ein, die den Ablauf der folgenden Jahrzehnte bestimmen sollten. Der Kalte Krieg hatte begonnen.

Ein aktueller Fall: die Philippinen

In seiner Auseinandersetzung mit Washington über die Kontrolle der Gewässer und Inseln im Südchinesischen Meer steht Beijing zurzeit nahe davor, einen der wichtigsten Verbündeten der USA in der Pazifikregion auf seine Seite zu ziehen: die Philippinen.

Seit dem Ende der spanischen Kolonialherrschaft im Jahr 1898 besteht eine enge Bündnispartnerschaft zwischen den Philippinen und den Vereinigten Staaten - ein strategisches Schlüsselelement in der US-Eindämmungsstrategie gegenüber China. Doch seit Rodrigo Duterte am 30. Juni 2016 zum Präsidenten gewählt wurde, hat die Situation eine unerwartete Wendung genommen, die das Weiße Haus in ernsthafte Schwierigkeiten bringen könnte.

Duterte bekämpft Kriminalität und Drogenhandel mit Methoden, die eindeutig gegen die Menschenrechte verstoßen, und wurde dafür in westlichen Ländern stark kritisiert. Seine Beziehung zum Präsidenten der Vereinigten Staaten, Barack Obama, verschlechterte sich dabei so sehr, dass Duterte schließlich einen radikalen außenpolitischen Kurswechsel vornahm, indem er die Reihen Washingtons verließ und sich Beijing annäherte.

Die geopolitische Bedeutung seines Landes ist jedoch derart groß, dass es nicht verwunderlich wäre, wenn Präsident Trump versuchen würde, die Entwicklung in die alten Bahnen zurückzulenken und Präsident Duterte wieder unter nordamerikanischen Einfluss zu bringen. Entscheidend wird dabei sein, welche Vorteile die Vereinigten Staaten der philippinischen Regierung gegenüber der offensichtlichen geografischen und wirtschaftlichen Nähe Chinas mit seiner enormen ökonomischen Anziehungskraft zu bieten hat.

Die komplizierte Bündnispartnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Japan

Unter Umständen ist Nordkorea nicht mehr als ein Nebelvorhang, den die Vereinigten Staaten aufgezogen haben, um ihr schwerwiegendes Dilemma im Chinesischen Meer zu verbergen.

Eine komplizierte Gemengelage, die mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 begann und Washingtons Zukunft auf dem asiatischen Kontinent in zweifelhaftem Licht erscheinen lässt. Die Mehrheit der Experten für diese Weltgegend geht davon aus, dass Japan, solange es als Nation existiert, nicht darauf verzichten wird, die US-amerikanischen Eliten wegen ihres damaligen unmenschlichen Verhaltens moralisch zu erpressen.

Tokio könnte die USA jederzeit wegen erwiesener Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor den Internationalen Gerichtshof bringen, was den Vereinigten Staaten in Asien und dem Rest der Welt unermesslichen Schaden zufugen würde. Japan übt seinen Zwang auf vielerlei Arten aus, bisher in überaus diskreter, aber wirkungsvoller Weise. Daher das Bedürfnis der US-Regierung, im Chinesischen Meer einen permanenten Nebelvorhang aufrechtzuerhalten - ihr Haupt-»Alliierter« in der Region ist zugleich auch ein Strick um ihren Hals. Alles, was die USA im Chinesischen Meer tun oder lassen wollen, muss mit der japanischen Regierung abgestimmt und »verhandelt« werden, in einem unerbittlichen Ringen.

Mehr noch, der tiefgreifende Hass des koreanischen Volkes auf die japanische Armee aufgrund der erwähnten rücksichtslosen Besatzungszeit auf der Halbinsel von 1910 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs verhindert jeglichen treuen, dauerhaften Bund zwischen Südkorea und den Vereinigten Staaten, solange Japan als deren Verbündeter gilt. Und diese Schwachpunkte sind in Beijing und Taipeh wohlbekannt. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Washington ist Japan im Chinesischen Meer auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, und Nordkorea fungiert in diesem bedauerlichen Szenario als Deckmantel.

Vertrau nur deinen eigenen Kräften

Bündnisse sind für weniger starke Länder stets ein Risiko, da sie durch mächtigere Partner leicht zu Handlungen genötigt werden können, die ihnen nichts oder wenig einbringen. Gewiss ist es nicht immer möglich, sich dem Einfluss der Großen zu entziehen, aber die Führer schwächerer Staaten müssen ausreichend Mut und Würde an den Tag legen, um nicht in allem nachzugeben, was von ihnen verlangt wird, wenn sie wirklich ihren Bürgern dienen und nicht nur an die eigenen Interessen denken wollen. Dabei dürfen sie nie vergessen, dass dieselben, die ihnen Ruhm und Glanz versprochen haben, sie unverzüglich fallen lassen werden, wenn sie ihnen nicht mehr nützlich erscheinen. Daraus lässt sich eine Lehre ziehen, die Machiavelli in *Der Fürst* wie folgt formulierte: »Nur die Verteidigung ist gut, sicher und dauerhaft, welche von dir selbst und von deiner eigenen Tapferkeit abhängt.«

3. TEIL

Geostrategische Regeln

Nach der einleitenden Analyse menschlicher Verhaltensweisen und globaler Kontexte -»So ist die Welt« - und nach prinzipiellen Überlegungen zur Geopolitik - wie und warum wird im internationalen Kontext politisch gehandelt? - ist nun zu untersuchen, wie sich friedliche oder auch kriegerische Politik auf internationaler Ebene durchsetzen lässt - wie also Territorien, Bevölkerungen und Märkte mehr oder weniger direkt zu beeinflussen, zu beherrschen und zu kontrollieren sind. Oder wie man umgekehrt versuchen kann, von Mächtigeren so wenig wie möglich beeinflusst oder beherrscht zu werden. Die historisch bewährten Geostrategien, die zu diesem Zweck noch heute eingesetzt werden, werden nun im Einzelnen vorgestellt.

1. Abschreckung

In Abwandlung des bekannten Spruchs, dass Angriff die beste Verteidigung sei, könnte man sagen, dass die beste Verteidigung die Drohung mit einem Angriff ist. Folgt man dem chinesischen Strategen Sun Tsu (»Wahrhaft siegt, wer nicht kämpft«) und dem taoistischen Philosophen Lao-Tse (»Wer den Feind zu besiegen weiß, der kämpft nicht mit ihm«), so bedeutet dieses Prinzip, dass eine angemessen umgesetzte Abschreckung die lohnendste aller Strategien ist.

Jede Abschreckungsstrategie beruht darauf, andere durch Drohungen oder Strafen zu veranlassen, den eigenen Wünschen zu entsprechen - wobei die Druckmittel physischer oder emotionaler Art sein können (Beleidigung, Demütigung, gesellschaftliche Ächtung usw.) und Angst einjagen sollen. Ob Menschen erst nach vorheriger Abwägung sämtlicher Vor- und Nachteile ihres Verhaltens entscheiden, sich an die Gesetze zu halten oder nicht, ist nur schwer zu entscheiden. Schließlich weiß man es nur von denen, die das Gesetz übertreten haben. Die Väter der modernen Abschreckungstheorie, Thomas Hobbes, Cesare Beccaria und Jeremy Bentham, waren im 17. und 18. Jahrhundert der Ansicht, der Staat müsse systematisch Verbrechen verhindern, indem er dafür sorge, dass die Strafe für Übertretungen größer sei als der potenzielle Nutzen der Tat.

Auch Staaten greifen zu Einschüchterungsstrategien. Sie versuchen, ihre Interessen zu wahren, doch in einem anarchischen System ohne Zentralgewalt erzeugt internationale Politik unvermeidlich Konflikte. Abschreckung ist deshalb ein wichtiges Mittel, um das Verhalten anderer Länder zu beeinflussen. Abschreckung ist nichts anderes als eine Form von Machtausübung.

In der Geopolitik beruht Abschreckung auf der Drohung, Gewalt auszuüben - und zwar in einem Umfang, der kaum trag-

bar wäre. Dann unterbleiben Angriffe, aus Furcht vor Repressalien. In Friedenszeiten besteht die erste Aufgabe der Streitkräfte eines Landes darin, auf all jene abschreckend zu wirken, die ihr Land in irgendeiner Weise attackieren wollen. Darum lässt sich das Konzept der Abschreckung auch auf jegliche Beziehung zwischen politischen Lagern im Lauf der Geschichte anwenden.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs teilte sich die Welt in zwei Blöcke. Zwei Großmächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, rangen um weltweite Hegemonie. Es handelte sich um einen Wettlauf ideologischer, strategischer und waffentechnischer Natur, der unvermeidlich durch Konfrontation und eine fundamentale Abschreckung geprägt war: die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen. Während des Kalten Krieges hielten beide Hegemonialmächte ein »Gleichgewicht des Schreckens« aufrecht, das direkt auf der Strategie der Abschreckung beruhte. Die Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki hatten den Beweis erbracht, was eine Atombombe anzurichten vermochte, und beide Supermächte wollten Angriffe dieser Größenordnung auf ihr Territorium vermeiden.

Also erwogen sie nicht nur die Möglichkeit, den Feind zu bekämpfen, sondern auch die Frage, wie sie sich im Fall eines Nuklearschlags verteidigen sollten, während sie im Wettlauf um die Vorherrschaft an Terrain gewannen. Die Theorie der gegenseitigen Abschreckung (MAD-Doktrin) galt wegen der unaufhaltsamen Entwicklung des Kernwaffenarsenals fast uneingeschränkt: Demnach konnte keine der beiden Seiten von einem direkten Krieg profitieren, und so zogen die Supermächte es vor, ihre Differenzen stellvertretend über Dritte auszutragen - außerhalb ihres jeweiligen Staatsgebiets. Der Konflikt köchelte auf niedrigem Niveau dahin, weil es eine selbstzerstörerische Eskalation zu vermeiden galt.

Den Höhepunkt des Kalten Krieges, der ob der Möglichkeit eines nuklearen Holocausts die Welt in Atem hielt, bildete die sogenannte Kubakrise. Anfang der 1960er-Jahre hatten Washington und Havanna ihre diplomatischen Beziehungen abgebrochen, nachdem sich der kubanische Staatschef Fidel Castro der Sowjetunion angenähert und sein Land auf die Seite des kommunistischen Blocks geführt hatte. Im Oktober 1962 entdeckte der US-amerikanische Geheimdienst an der kubanischen Küste ballistische Atomraketen, deren Reichweite Angriffe auf US-amerikanisches Territorium zugelassen hätte. Dies bedeutete für Moskau einen strategischen Fortschritt und kann als Beispiel für die Einkreisungsstrategie von Umschließung und Gegenumschließung dienen, auf die wir noch näher eingehen werden: Die USA unterhielten nämlich in der Türkei und in verbündeten europäischen Ländern Militärbasen und hatten somit Atomraketen nahe der Sowjetunion stationiert.

1962 erwog man im Weißen Haus, auf Kuba einzumarschieren oder eine Blockade der Insel durchzusetzen, und entschied sich schließlich für Letzteres. In der Woche vom 22. bis zum 28. Oktober erreichte die Anspannung ihren Höhepunkt, als sich mehrere sowjetische Kriegsschiffe der Insel näherten. Daraufhin zog Washington eine imaginäre rote Linie: Sollte die UdSSR diese Linie überschreiten, würde unmittelbar ein nuklearer Angriff folgen. Es kam zu weiteren Vorfällen, die einen Krieg hätten auslösen können: etwa die Aufbringung eines sowjetischen U-Boots durch die Vereinigten Staaten, der Abschuss eines US-amerikanischen Aufklärungsflugzeugs durch die Kubaner und der Verlust eines weiteren im sowjetischen Luftraum. Aber der drohende nukleare Holocaust bremste die Risikofreude der beiden Supermächte: Die sowjetischen Schiffe drehten bei, ohne die rote Linie überschritten zu haben, die UdSSR baute ihr Raketenarsenal auf Kuba ab, und die Vereinigten Staaten taten

das Gleiche in der Türkei, während zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml eine direkte Telefonverbindung eingerichtet wurde.

Obwohl Atomwaffen weiterhin eine der weltweit größten Bedrohungen für Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert sind, gibt es inzwischen andere Abschreckungsstrategien, sogar jenseits der bloßen Militärmacht, etwa wirtschaftliche Maßnahmen, die das Potenzial haben, ein Land erheblich zu schädigen. Beispielsweise kann mit der Blockade wichtiger Seewege gedroht werden, wie es der Iran als Anrainer der Straße von Hormus tut, durch die 40 Prozent der weltweiten Erdöllieferungen transportiert werden. Weitere Beispiele sind die Preisgestaltung bei Rohöl durch die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), Wechselkursmanipulationen oder die Verstaatlichung großer ausländischer Unternehmen. Die nukleare Bedrohung ist somit nicht der einzige Bereich, in dem Abschreckung betrieben wird, obwohl sie die Menschheit am stärksten gefährdet. Auch militärische Szenarien insgesamt spielen nicht mehr die Hauptrolle, da immer häufiger ökonomische, politische und soziale Formen der Einschüchterung zum Tragen kommen.

Auf den Tisch hauen

In der spanischsprachigen Welt wurde der Ausdruck »quitate tu pa’ ponerme yo« - etwa: Platz da, jetzt komme ich - durch eine kubanische Revue berühmt, die 1933 auf die Bühne kam. Darin traten etliche Präsidenten des Landes auf, die einander in kurzem Abstand im Amt gefolgt waren. Satirisch aufs Korn genommen wurde das ewige, pausenlose und unersättliche Ringen tun die politische Macht - sie zu erlangen und sie zu behalten. Der Titel der Revue ist bestens geeignet, den unvergänglichen Kampf

um die Herrschaft auf den Punkt zu bringen. So wie es immer Menschen gegeben hat, die auf die eine oder andere Weise - unabhängig davon, welche Ideologie gerade en vogue ist - die Zügel der Gesellschaft in der Hand halten, so wird es auch immer Menschen oder Gruppen geben, die danach trachten, die jeweils Mächtigen zu stürzen. Das lässt sich überall beobachten: in persönlichen Beziehungen, in der Innenpolitik, selbst auf internationaler Bühne.

In der Innenpolitik eines Landes bringen Machtspiele immer neue Sieger hervor, doch das Volk zählt stets zu den Verlierern. Es wir manipuliert, betrogen und ausgenommen. Man treibt es sogar dazu, im Namen oktroyierter Ideen oder der betrügerisch geschürten Hoffnung auf eine angeblich bessere Zukunft die schlimmsten Gewalttaten zu begehen. Auf keinen Fall dürfen die Bürger erfahren, was beim maßlosen Kampf um die Macht an der Spitze tatsächlich abläuft. Politiker werden schließlich dafür bezahlt, dass sie sich um das Gemeinwohl kümmern. Würden die Intrigen und Kungeleien allzu offenbar, dann würde sich das Volk wahrscheinlich eine andere Regierungsform suchen.

In *Die Auflösung der Weltordnungen* schreibt Amin Maalouf, wenn ein Mächtiger seinen Griff lockere, würden seine Gegner es ihm nicht danken. Stattdessen reagieren diese spontan damit, dass sie ihn unter Druck setzen und angreifen. Deshalb müsse, wer eine Vormachtstellung innehabe, von Zeit zu Zeit durch einen ordentlichen Knalleffekt seine Macht beweisen, damit alle, die gerne seinen Posten hätten, entmutigt würden. »Auf den Tisch hauen« nennt das der Volksmund.

Prinzipien der Abschreckung

Damit ein rivalisierender Staat tatsächlich eingeschüchtert werden kann und zu der Überzeugung gelangt, dass eine offene Kriegserklärung sofortigen und untragbaren Schaden nach sich zöge, weshalb der missliebige Status quo vorzuziehen sei, muss sich die Strategie der Abschreckung auf drei Prinzipien stützen:

1) das Vorhandensein geeigneter und glaubhafter Kräfte und Mittel, seien es eigene oder die von Verbündeten;
2) den politischen Willen, diese gewaltsamen Mittel auch einzusetzen, wenn es notwendig sein sollte;
3) die Übermittlung der Information an den (vielleicht auch nur potenziellen) Gegner, dass man über derartige Mittel verfüge und die Regierenden in der Lage wären, sie zugunsten der nationalen Sicherheit einzusetzen.

Es hilft nichts, über mächtige Fähigkeiten zu verfügen, die ein möglicher Feind nicht kennt - mit einer einzigen Ausnahme: einer absichtsvollen Täuschungsstrategie mit dem Ziel, einen Feind zum Angriff zu verleiten, der fälschlicherweise auf seine eigene Überlegenheit vertraut. Stößt dieser dann zu seiner Überraschung auf überlegene Gegenkräfte, wird er entscheidend besiegt werden.

Diese Strategie wendet zum Beispiel Nordkorea an, um seine Souveränität und sein politisches und gesellschaftliches System zu bewahren. Da man im Land davon ausgeht, dass seitens der ideologischen Gegner jederzeit ein Angriff oder gar eine Invasion drohe, wird lautstark verkündet, über welche militärischen Mittel man verfüge, Kernwaffen eingeschlossen. Die Botschaft muss die Feinde Nordkoreas auf jeden Fall erreichen. Es sucht damit zu vermeiden, was anderen Ländern wie dem Irak oder

Libyen widerfahren ist - aus der Überzeugung heraus, dass diese Länder nicht etwa besetzt wurden, weil sie über Massenvernichtungswaffen verfügten (diese Rechtfertigung war 2003 vorgebracht worden, um den von Saddam Hussein beherrschten Irak anzugreifen), sondern weil sie im Gegenteil keine derartigen Waffen besaßen. Diese nordkoreanische Haltung sollte niemanden überraschen, wurden doch die nuklearen Angriffe auf Hiroshima und Nagasaki gerade dadurch ermöglicht, dass es den Japanern an Abschreckungspotenzial fehlte.

Zweifellos spielt die Wahrnehmung in Fragen der Abschreckung eine grundlegende Rolle, denn ebenso wichtig wie die reale Macht, über die ein Land verfügt, ist das Bild, das sich dessen Feinde davon machen. Am Ende zählt wie in anderen Lebensbereichen nicht das, was man ist und was man hat, sondern das, was man darstellt.

2. Einkreisung

Die Geopolitik gleicht einem Schachbrett. Im 6. Jahrhundert fragte sich der persische Großkönig Chosrau II.: »Wenn ein Herrscher das Schachspiel nicht versteht, wie kann er dann ein Reich regieren?« In der Tat ist jeder Zug strategisch durchdacht, um den Feind immer weiter unter Druck zu setzen, bis zum Schachmatt. Innerhalb dieses Spiels, in dem allein der Sieg zählt, werden Bauern geopfert, wird der Gegner getäuscht und in Hinterhalte gelockt. Man beschützt das, was einem wesentlich ist, durch Rochaden oder tauscht eine Spielfigur für eine andere ein. Jedes Manöver dient dazu, den Sieg davonzutragen, den Widersacher zu vernichten, seinen Willen zu brechen. In diesem Kampf auf einem festgelegten Spielfeld hat rohe Kraft - die Anzahl von Figuren auf dem Brett - natürlich ihre Bedeutung, doch ohne Schläue - die planvolle Bewegung der Figuren - wird Kraft nicht weit tragen.

Die historischen Beispiele für die Anwendung dieser Strategie sind Legion. Anfang des 20. Jahrhunderts war es zum Beispiel Ziel der englischen Kolonialpolitik, die Macht der Saudis durch Umschließung ihres Territoriums mit Kleinstaaten, den Emiraten, zu begrenzen. In derselben Zeit versuchte Frankreich, den aufstrebenden syrischen Nationalismus einzuhegen, indem es Syrien durch Abspaltung des Libanons von Großsyrien seines Zugangs zum Meer beraubte und überdies das Landesinnere teilte.

Der Kalte Krieg bietet insgesamt reiches Anschauungsmaterial für strategische Spielzüge, mit denen man danach trachtete, dem Feind die Luft abzudrücken und sein Einflussgebiet zu beschränken, während man zugleich bemüht war, die eigene Sphäre durch Hinzufügung weiterer Staaten zum jeweiligen Block zu erweitern. Die Figuren auf dem Spielfeld konnten

Länder sein - ob in Lateinamerika, Afrika oder im Mittleren Osten - oder auch Menschen: arme Bauern, deren Existenz als wertlos und verzichtbar betrachtet wurde. Lorot und Thual vertreten in *La geopolitique* die Ansicht, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten hätten ihre Anstrengungen darauf gerichtet, die Sowjetunion sowie deren Verbündete und China durch eine Reihe von Abkommen einzuschließen.

Ein anderes Beispiel für dieses dem Schach vergleichbare Spiel wurde bereits angesprochen, die Kubakrise: Die USA hatten Raketen in der Türkei stationiert, und die Sowjetunion versuchte, auf Kuba nachzuziehen, jeweils mit dem Ziel, die Gegenseite unter Druck zu setzen und ein höheres Maß an Kontrolle oder Macht zu gewinnen. Noch heute stützen sich die Vereinigten Staaten auf eine Reihe von Alliierten, um Russland in bestimmten Regionen außen vor zu halten.

Weiter ließe sich der Fall Israels anführen, eines Staates, der durch die angrenzenden arabischen Länder eingekreist wird und permanent nach Möglichkeiten sucht, die Umschließung zu durchbrechen. Einer dieser Versuche ist die Zusammenarbeit mit Äthiopien bei der Errichtung von Staudämmen am Blauen Nil, woraus sich ein Werkzeug ergeben soll, mit dem Ägypten unter Druck gesetzt werden könnte: Im Zweifelsfall hätte man die Kontrolle über das Wasser, das ins Land fließt und für die Ernährung der Bevölkerung unabdingbar ist.

In einem anderen geografischen Kontext dient Aserbaidschan Washington dazu, Russland und den Iran im Auge zu behalten, wie Thual in *Geopolitique des Caucases* darlegt. Ebenso haben die Vereinigten Staaten für eine Einhegung Armeniens von Süden aus gesorgt, womit das Land zum Vorteil der Türkei und Aserbaidschans von seinem benachbarten Verbündeten, dem Iran, abgetrennt wurde. Aus diesem Grund sind die Armenier von einem Komplott gegen ihr Land überzeugt, das zum Ziel

habe, eine territoriale Kontinuität zwischen den Teilen der weiträumigen türkischsprachigen Welt herzustellen, vom Mittelmeer bis nach China.

Auf der anderen Seite legen die chinesischen Offiziere Liang und Xiangsui dar, dass ihre Landsleute sich wegen der Umschließung Sorgen machen, der sich das Land durch ein verstärktes System von Bündnissen und die Militärpräsenz der Vereinigten Staaten ausgesetzt sieht. Daher versuche Beijing, den Kreis zu durchbrechen, etwa in Pakistan - einem Feind Indiens, das ja mit den Vereinigten Staaten verbündet ist und bei der Umfassung Chinas mitwirkt - oder auch im Südchinesischen Meer.

Wer vermeiden will, einer listenreichen geopolitischen Umschließung zu unterliegen, ist laut Michael Howard gut beraten, sich ein verbündetes Territorium außerhalb seiner Grenzen zu erschließen oder Kontrolle über die Meere zu gewinnen, die seine Küsten berühren. So lasse sich die Massierung überlegener Kräfte verhindern, die zum Angriff übergehen oder ein Embargo durchsetzen könnten. Ohne Zweifel sind das seit jeher Russlands Obsessionen.

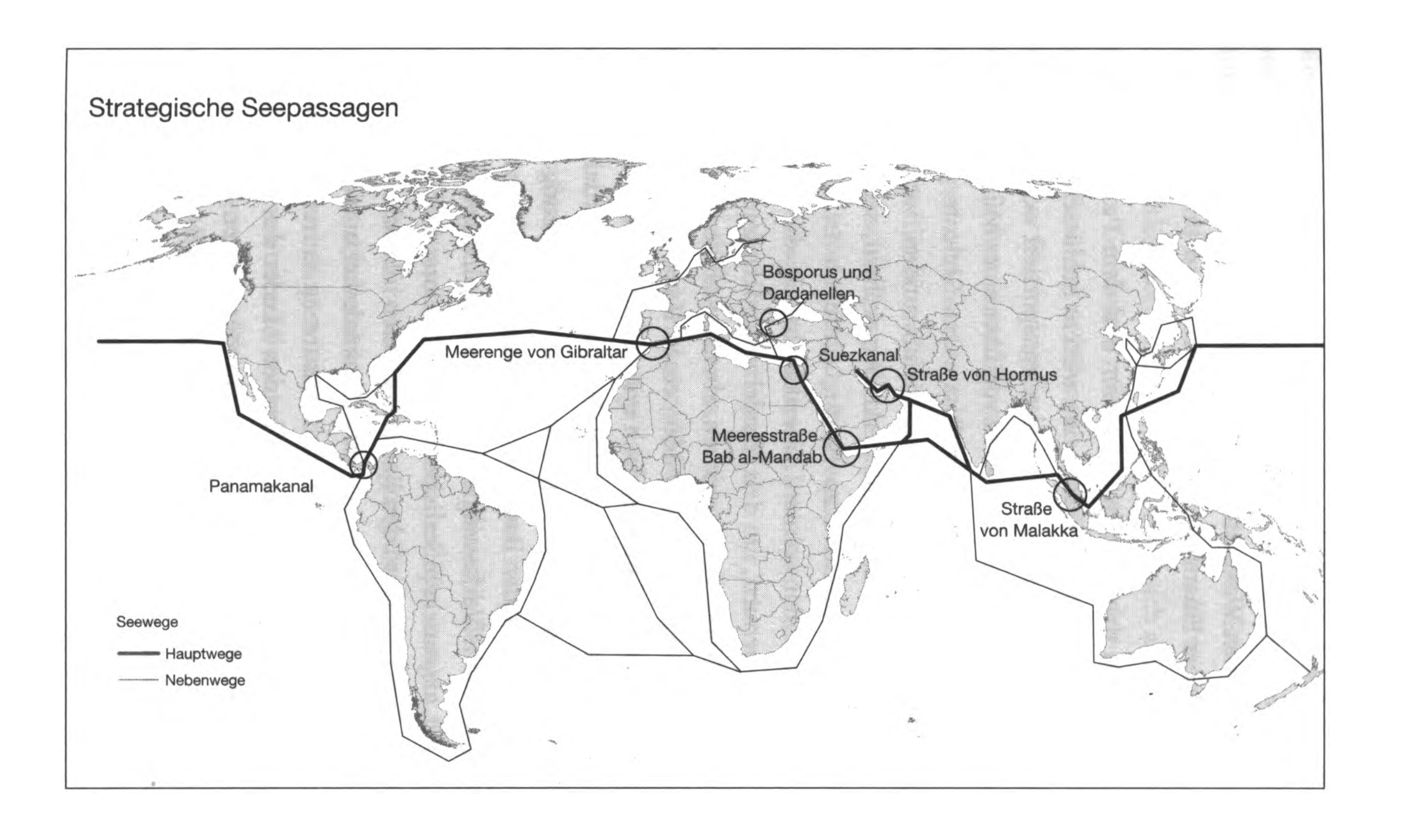
Meerengen als Werkzeug der Einkreisung

Heute wie für einen Großteil der Geschichte gilt, dass, wer die Meere beherrscht, auch die Welt beherrschen kann. Wer das Spiel von Umklammerung und Gegenumklammerung auf See betreiben will, für den sind die unumgänglichen Durchfahrtsorte entscheidend, über die historisch der Handel und damit die Wirtschaftsbeziehungen verlaufen. In der aktuellen geopolitischen Lage konzentriert sich ein Großteil der kommerziellen Seeschifffahrt auf die Straßen von Malakka und Hormus

einerseits und den Suez- und Panamakanal andererseits. Vier Durchgangsorte - je zwei natürliche Meerengen und zwei künstlich angelegte Kanäle -, durch die 63 Prozent der weltweiten Erdöllieferungen erfolgen.

Der Suezkanal, der seit 1869 das Mittelmeer mit dem Roten Meer verbindet, bedeutete für die Seefahrt einen großen Fortschritt, da man seither nicht mehr gezwungen ist, Afrika zu umschiffen, um von Asien nach Europa zu gelangen. Geschichtliche Zeugnisse verzeichnen für das 13. vorchristliche Jahrhundert den ersten Bau einer Verbindung zwischen beiden Meeren, wobei die Pläne für den gegenwärtigen Kanal auf die Zeit Napoleon Bonapartes zurückgehen. Der große Korse hatte erwogen, an der Landenge von Suez einen Kanal bauen zu lassen, der die Franzosen gegenüber Großbritannien in Vorteil bringen würde: Wenn Frankreich den Kanal (und dessen Zölle) kontrollierte, müssten die Briten an Frankreich zahlen oder Afrika über das Kap der Guten Hoffnung umfahren. Ein klares Beispiel dafür, wie die Beherrschung von Suez eine Macht gegenüber einer anderen strategisch stärken kann. Am Ende wurde der Kanal von Ägypten und Frankreich gemeinsam gebaut, doch die angesammelte Schuldenlast nötigte die Ägypter 1875 dazu, ihre Anteile an Großbritannien zu verkaufen. Obwohl 1888 eine internationale Konvention unterzeichnet wurde, der zufolge der Kanal von allen Nationen durchfahren werden durfte, kam es im Lauf des 20. Jahrhunderts zu zahlreichen Konflikten über Rechte und Nutzung.

1956 standen Frankreich, Israel - nach seiner Staatsgründung im Jahr 1948 - und Großbritannien in der sogenannten Suezkrise Ägypten gegenüber. Im Anschluss an die Weigerung der Franzosen und Briten, den Assuan-Staudamm zu finanzieren, war der Kanal durch Ägypten verstaatlicht worden. Als Repressalie versenkte Ägypten vierzig Schiffe im Kanal, um die


Strategische Seepassagen
Bosporus und Dardanellen
Meerenge von Gibraltar
Suezkanal
Straße von Hormus
Meeresstraße Bab al-Mandab
Panamakanal
Straße von Malakka
Seewege
Hauptwege
Nebenwege

Durchfahrt zu blockieren. Am Ende vermittelte die UNO mit maßgeblichen diplomatischen Bemühungen der Vereinigten Staaten einen Waffenstillstand. Kairo führte den Staudamm mit sowjetischer Finanzierung aus, und der Kanal wurde 1957 wieder geöffnet.

Zwischen dem Karibischen Meer und dem Pazifik befindet sich mit dem Panamakanal eine weitere Schlüsselstelle, durch die jährlich 235 Millionen Tonnen transportiert werden und die seit der Eröffnung im Jahr 1914 von über einer Million Schiffen durchquert wurde. Vor dem Bau waren Seeleute gezwungen, den amerikanischen Kontinent zu umrunden, wenn sie zwischen Atlantik und Pazifik verkehren wollten, sei es über die Magellanstraße oder Kap Hoorn, die beide in Chile liegen. Schon die Ureinwohner Amerikas hatten die panamaische Landenge benutzt, um den Handel zu fördern und beim Transport von Waren Zeit zu sparen, ebenso wie die Spanier, als sie nach Amerika kamen. Die Idee, einen Kanal zu bauen, gab es seit dem 15. Jahrhundert, doch erst zu Anfang des 20. Jahrhunderts führte die Unabhängigkeit Panamas - das bis dahin zu Kolumbien gehört hatte - dazu, dass mit Unterstützung der Vereinigten Staaten der Baubeginn verkündet werden konnte. Die panamaische Verfassung definiert den Kanal, den das Land verwaltet, als »unveräußerliches Erbe der Nation«. Seit 2014 planen China und Russland den Bau eines neuen interozeanischen Kanals in Nicaragua, um mit dem Panamakanal in ökonomischer wie geopolitischer Hinsicht in Konkurrenz zu treten: Nach seiner Fertigstellung werden die beiden Länder das Risiko hinter sich gelassen haben, dass die Vereinigten Staaten jederzeit entscheiden könnten, den Panamakanal zu blockieren oder sie an der Durchfahrt zu hindern.

Die wichtigsten natürlichen Durchfahrtswege im internationalen Handel sind die Straßen von Hormus und Malakka.

Durch die Meerenge von Hormus verläuft ein Fünftel der weltweiten Erdöltransporte, etwa 13 Millionen Barrel pro Tag, ein entscheidendes Element für die Distribution von Rohöl aus dem Persischen Golf nach Ost und West. Die Straße von Hormus wird mehrheitlich vom Iran kontrolliert, der sich allerdings die Rechte an den Gewässern mit dem Oman und den Vereinigten Arabischen Emiraten zu teilen hat. In den letzten Jahren hat Teheran mit einer Blockade gedroht, und die Lage wird durch den Konflikt im Jemen zusätzlich verschärft, wo die Beziehungen zwischen Iran und Saudi-Arabien weiter angespannt bleiben. Man erkennt hier eine klassische Situation von Umschließung und Gegenumschließung: Wenn Saudi-Arabien und seine Verbündeten im Jemen iranische Interessen beeinträchtigen, wird Teheran damit reagieren, dass es die Interessen dieser Länder in der Meerenge von Hormus torpediert.

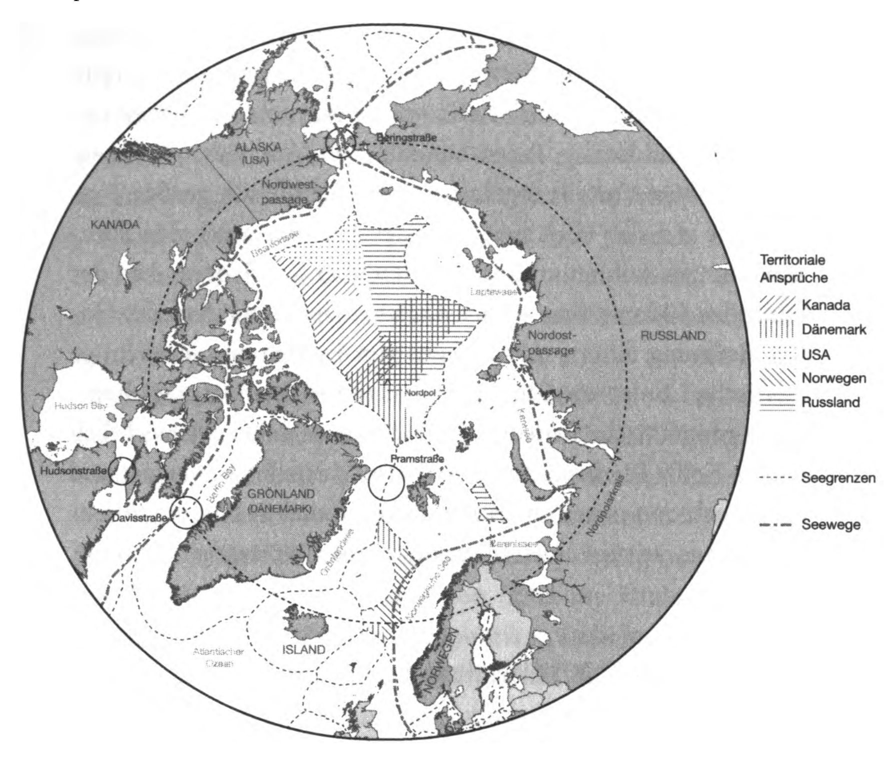
Die Malakkastraße wiederum verbindet den Indischen Ozean mit dem Pazifik und wird von 50 Prozent der weltweiten Seeschifffahrt durchquert. Verträge wie das Freihandelsabkommen des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN, nach der englischen Bezeichnung *Association ofSoutheast Asian Nations')* liberalisieren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern in der Region, sodass Malakka für diese Länder ein Ort gemeinsamer Interessen ist, trotz politischer Spannungen. Es ist nicht verwunderlich, dass jede Bewegung Chinas in der Region von anderen asiatischen Ländern wie Japan und den Philippinen mit Misstrauen beäugt wird, und das gilt auch für Washington, das sich in den letzten Jahren außenpolitisch der Asien-Pazifik-Region zugewandt hat. Die politische und ökonomische Interessenlage in den Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten manifestiert sich also auf der geografischen Ebene im beiderseitigen Wunsch, die Meerenge zu kontrollieren, sowie in den Spannungen und Vorfällen im Südchinesischen Meer.

Die Strategie der Umschließung und Gegenumschließung dient dazu, die Kontrolle zu übernehmen oder an strategischen Orten Druck auf den Gegner auszuüben, um ihn zu schwächen und sich selbst in eine stabile Machtposition zu bringen. Wenn verschiedene Mächte an dem Spiel teilnehmen, die engagiert ihre Interessen verteidigen, wie in diesem Fall, dann werden die Schlüsselstellen zu Hotspots - Pulverfässern, wo nur durch das Gleichgewicht der Kräfte und erhebliche diplomatische Anstrengungen ein bewaffneter Konflikt vermieden werden kann.

Einkreisungsstrategien lassen sich auf jeder Ebene anwenden. Die Annexion der Krim durch Russland trug den Russen seitens der EU ein Embargo und Wirtschaftssanktionen ein, während gleichzeitig die NATO einen gewaltigen und als Herausforderung aufzufassenden Truppenaufmarsch nahe den russischen Grenzen begann. Das brachte wiederum Moskau dazu, an Orten wie Syrien ein Gegenmanöver zu eröffnen. Und wenn man weiter Druck auf Russland ausübt, ist es sehr wahrscheinlich, dass Moskau an anderen Orten mit Gegendruck reagiert, etwa in Transnistrien, Bergkarabach, Zentralasien, Ägypten oder Libyen.

Die Bedeutung der Arktis

Eine andere Region, die infolge der mit dem Klimawandel verbundenen Erderwärmung immer größere strategische Bedeutung bekommt, ist die Arktis. Wer die Meeresstraßen und die enormen Ressourcen kontrolliert, die dort festgestellt wurden oder vermutet werden, der dürfte der weltweiten Vorherrschaft einen gewaltigen Schritt näher kommen. Aus diesem Grund unternehmen die Anrainerländer, ganz besonders die Vereinigten Staaten, Kanada und Russland, große diplomatische und militärische Anstrengungen, um vor Ort eine Vormachtstellung zu erreichen. Zum Beispiel treibt Moskau die Errichtung von Militärbasen und den Bau hochpotenter Eisbrecher mit Atomantrieb



voran, deren modernstes Modell *50 Let Pobedy* aus der Arktika-Klasse über 75 000 PS verfügt.

Durch den Weg über die Arktis lassen sich Flaschenhälse vermeiden, zum einen der Panamakanal, zum anderen der Suezkanal und die Straße von Malakka (schon Anfang des 20. Jahrhunderts fürchteten die Russen eine Marineblockade dieser beiden Engpässe, vor allem Suez, durch Deutschland und die Türkei). Die »Abkürzung« bedeutet eine erhebliche Kostenreduktion, da man sich die teuren Durchfahrtsgebühren spart. Die Fahrt durch den Panamakanal kostet zum Beispiel durchschnittlich 150000 Dollar pro Schiff, dazu 35 000 Dollar für jeden Tag, den man vor

Anker liegend auf Freigabe wartet. Zudem bringt der Weg über die Arktis anstelle von Panama oder Suez eine enorme Zeitersparnis mit sich, da die Entfernung fast auf die Hälfte schrumpft. Der Weg von Europa nach Asien würde sich von den derzeit üblichen einunddreißig Tagen auf nur drei Wochen reduzieren. Noch größere Vorteile ergeben sich für Schiffe mit großer Tonnage, die von den USA aus weder den Panama- noch den Suezkanal nutzen können und stattdessen über Kap Hoorn - an der Südspitze Südamerikas - oder das südafrikanische Kap der Guten Hoffnung fahren müssen, um von Europa aus so wichtige asiatische Länder wie China, Japan und Südkorea zu erreichen.

Die geopolitische Bedeutung der Arktis ist daher offensichtlich enorm. Sollte Russland dort eine Vormachtstellung erlangen und auch noch den neuen interozeanischen Kanal in Nicaragua nutzen können, so zöge es daraus unbestreitbare strategische Vorteile.

Russland sieht sich eingekreist

Der Kreml steht unter dem Eindruck einer zunehmenden geostrategischen Umklammerung seitens der USA und anderer Länder des Atlantischen Bündnisses und tut alles, um diese Umklammerung zu durchbrechen.

Wie der spanische Geopolitiker Jorge Verstrynge bemerkt hat, nutzen die Vereinigten Staaten Russlands Schwäche seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 nach Kräften aus, indem sie einen immer engeren Kreis um die russischen Grenzen ziehen, durch Einrichtung eigener Militärbasen und solcher der NATO. Gleichzeitig versuchen sie, in die inneren Angelegenheiten Russlands und in das Einflussgebiet der ehemaligen UdSSR einzugreifen, um Russland letztlich so weit wie möglich ins Zentrum des eurasischen Kontinents zurückzu-

drängen. In ihrem Bestreben, ihr Imperium endgültig auf den gesamten Planeten auszudehnen - so Verstrynge legen die Vereinigten Staaten es auch darauf an, Russland und China aus Afrika und Lateinamerika zu vertreiben, also praktisch aus der gesamten Welt, wenn man vom Westen einmal absieht (der ja bereits weitgehend von Washington beherrscht wird).

Thual stimmt mit Verstrynges These vom Versuch, Russland nach dem Untergang der Sowjetunion einzukreisen, überein. Damit werde ein doppeltes Ziel verfolgt: zu verhindern, dass das Land wieder zu einer Supermacht wird, und es auf den Status einer Regionalmacht festzulegen. Zu diesem Zweck sei im vormaligen imperial-sowjetischen Raum eine »NATOisierung« betrieben und seien im Kaukasus und in Zentralasien identitäre Konflikte gefördert worden. Gegenwärtig ließe sich dies um die Situation in der Ukraine ergänzen, die eindeutig dazu benutzt wurde, Moskau im geopolitischen Spiel ins Hintertreffen zu bringen. Der französische Geopolitiker stellt mit Nachdruck fest, für Moskau gebe es keinerlei Zweifel, dass versucht werde, das Land durch Förderung separatistischer Tendenzen und die Durchsetzung eines *Cordon sanitaire*[19] zwischen Russland und den ehemals vom Zarenreich bzw. dem sowjetischen Kommunismus beherrschten Territorien kleinzuhalten.

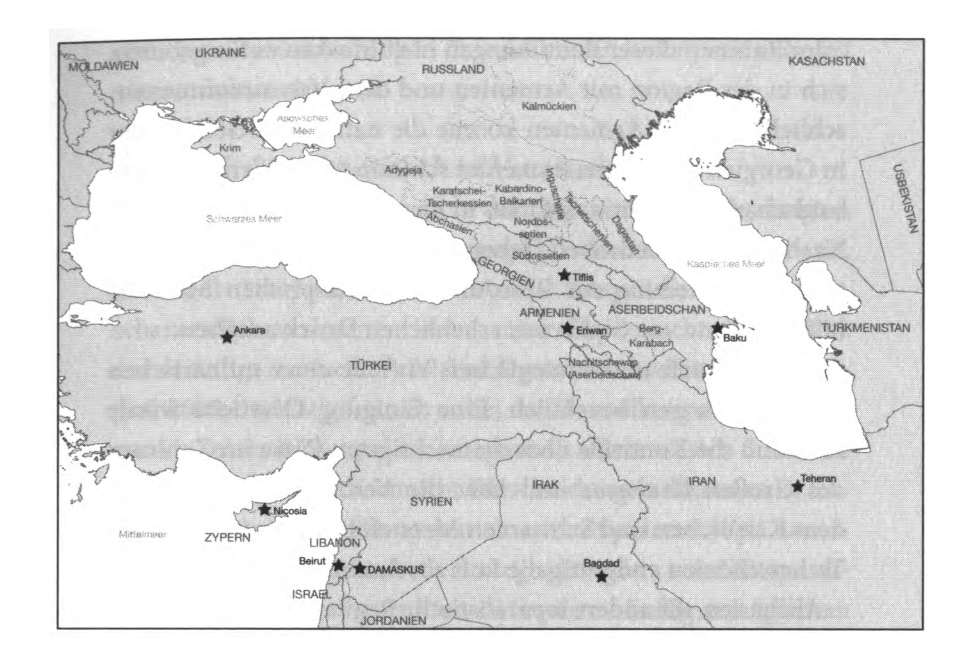
Russland versucht, die Umklammerung in Georgien zu durchbrechen

In den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts erlebte die Russische Föderation einen unbestreitbaren Wirtschaftsaufschwung aufgrund der hohen Preise, zu denen sie ihre gewaltigen Energieressourcen verkaufen konnte. Die USA warteten unruhig auf einen Vorwand, um den Ölpreis in den Keller zu schicken. Das würde die russische Wirtschaft treffen und so die expansionistischen Tendenzen des Kremls dämpfen.

Zu einem Zeitpunkt, da Russland sich durch die Vereinigten Staaten, die NATO und Japan immer mehr eingeengt fühlte, half sein Geld dem Land nur wenig, um diese strategische Umklammerung zu durchbrechen. Nach der Niederlage Serbiens im Kosovokonflikt (1999) verlagerte Russland seine Aktivitäten auf eine Region, die für das Land überlebenswichtig ist: den Kaukasus. Die Unterstützung der Separatisten in Südossetien und die militärische Auseinandersetzung mit Georgien im August 2008 dienten somit wohlerwogenen geopolitischen Interessen.

Seit das russische Kaiserreich Anfang des 19. Jahrhunderts nach und nach die georgischen Königreiche erobert hatte, träumen georgische Nationalisten davon, die Russen aus ihrem Territorium zu vertreiben. Ihr Unmut schlug sich wiederholt in der Unterdrückung von Minderheiten nieder: Armeniern, Abchasiern, Adschariern und vor allem Osseten, da sich die Angehörigen dieser ethnischen Gruppe mehrheitlich als russisch betrachten. Vor diesem Hintergrund benutzten die westlichen Mächte während des gesamten 20. Jahrhunderts den georgischen Nationalismus und dessen Ablehnung alles Russischen, um die Position des Kremls in der Region zu untergraben. Sämtliche Versuche der Russen und Georgier, sich gegenseitig zu schwächen, wurden auf dem Rücken der Minderheiten ausgetragen.

2008 war Georgien zu einem zentralen Schauplatz der US-Geopolitik im Kaukasus geworden. Die amerikanische Unterstützung war rückhaltlos, und so stand die ehemalige Sowjetrepublik auch auf der Kandidatenliste für die Aufnahme in die NATO, ebenso wie die Ukraine und sogar Aserbaidschan. Für Moskau ging das erheblich zu weit - aus russischer Sicht hatte das Atlantische Bündnis seine früheren defensiven Funktionen hinter sich gelassen, um eine knallharte geostrategische Offensive zu starten (was sich bis in die Gegenwart hinein fortsetzen



sollte, sogar mit erneuerter Kraft). Angesichts der Unterstützung durch ihre alten Verbündeten - Nordamerika, Deutschland, die Ukraine und die Türkei - hielt sich die Regierung in Tiflis für stark genug, um in Südossetien einzugreifen, wo schon lange Bestrebungen herrschten, sich mit Nordossetien zu vereinen und Teil der Russischen Föderation zu werden.

Für Russland war klar, dass es zu reagieren hatte. Ein Einlenken kam jetzt nicht mehr infrage. Auf der einen Seite fühlte sich das Land strategisch so unter Druck, dass kein anderer Ausweg mehr blieb. Einen Schritt zurück zu machen, hätte seiner Glaubwürdigkeit und seiner Stellung als Großmacht nach dem Scheitern des kommunistischen Systems ein Ende gesetzt. Für die Russen galt es zu beweisen, dass im geopolitischen Spiel weiter mit ihnen zu rechnen war, und dafür mussten sie ihre alten Positionen und Einflussgebiete auf der Welt zurückgewinnen, so wie es auch jetzt in Syrien geschieht.

Im Rahmen dieser Bemühungen hielt Moskau es für geboten, sich in der Region mit Armenien und dem Iran zusammenzuschließen. Denn Armenien konnte die nationalen Gefühle der in Georgien ansässigen Armenier schüren und außerdem Aserbaidschan mit Militäraktionen in dessen Autonomer Republik Nachitschewan bedrohen. Teheran wiederum, das sich eine vorteilhafte Aufteilung der Ressourcen am Kaspischen Meer erhoffte, konnte von Süden aus erheblichen Druck ausüben.

Die unmittelbaren strategischen Vorteile einer militärischen Operation waren beachtlich. Eine Einigung Ossetiens würde Russland die Kontrolle über die wichtigsten Pässe im Zentrum des Großen Kaukasus und über die Verbindungen zwischen dem Kaspischen und Schwarzen Meer einbringen und zugleich Tschetschenien endgültig die Luft abschnüren.

Abchasien, die andere separatistische Region in Georgien, hatte für Russland eine noch größere geopolitische Bedeutung als Südossetien. Als Zugang zum Schwarzen Meer stellte es für die Russen eine Alternative zum auf der Halbinsel Krim gelegenen Hafen Sewastopol dar. Man darf nicht vergessen, dass Russland den Zugang zu eisfreien Gewässern seit jeher als strategische Priorität einstuft. Während der sowjetischen Zeit war hierfür Sewastopol die ideale Lösung. 1997 jedoch hatte die mittlerweile unabhängige Ukraine für 70 Millionen Euro im Jahr die Stadt an die Russische Föderation verpachtet und bereits seinen Willen bekundet, 2017 von einem dann auslaufenden Vertrag zurückzutreten, in dem der Verbleib der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol geregelt worden war - eine schlechte Nachricht ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, da die russische Marine nach etlichen Jahren untätigen Dahinrostens zögerlich begonnen hatte, die Weltmeere wieder zu befahren.

Mit der späteren Anerkennung Südossetiens und Abchasiens als unabhängige Staaten bewies Moskau der Welt - nunmehr

ohne jede Zurückhaltung dass das russische Imperium bereit war zurückzuschlagen.

Russland versucht es auch in Venezuela

2008 sah Russland (wie auch in der Gegenwart) die Vereinigten Staaten als seinen wichtigsten geopolitischen Konkurrenten an, zudem als Hauptbedrohung für seine Ansprüche auf den zwischenzeitlich verlorenen Status einer Supermacht. Das stellte der damalige russische Präsident Dmitri Medwedew am 31. August 2008 eindeutig fest, als er bei der Darstellung der fünf Eckpunkte seiner Außenpolitik kategorisch ablehnte, sich durch die nordamerikanische Vormacht Entscheidungen diktieren zu lassen. Um seine Vorstellung von einer multipolaren Welt umzusetzen, plante der Kreml ein strategisches Netz von Stützpunkten und anderer Infrastruktur, die es ihm künftig ermöglichen würden, sein Potenzial zu entfalten. Dafür sollten der Jemen, Kirgistan, Tadschikistan, Libyen und Syrien umworben werden. Eine der bedeutendsten Anstrengungen, um eine Gegenumschließung aufzubauen, unternahm Russland in Lateinamerika, wo es danach trachtete, seine Verbindungen zu Ländern wie Nicaragua oder Kuba zu stärken. Sein herausragender Partner in der Region blieb allerdings Venezuela.

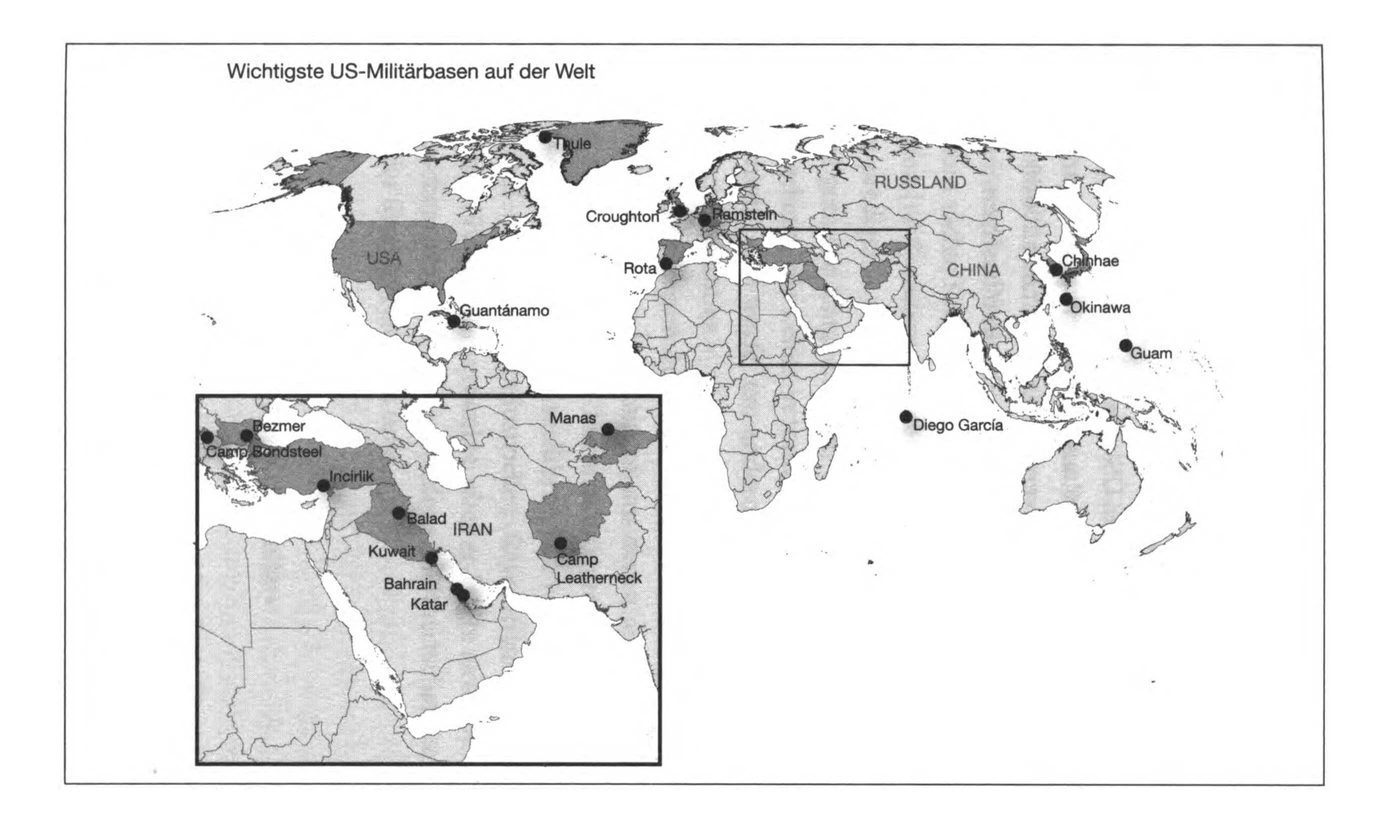
Der erklärte Antiamerikanismus der Regierung in Caracas sowie ihre Bemühungen, die - gegen US-amerikanische Dominanz gerichtete - Bolivarianische Allianz südamerikanischer und karibischer Staaten (ALBA) auf die ganze Region auszudehnen, waren entscheidend für den zwischen 2005 und 2007 erfolgten Verkauf russischer Waffen im Wert von 3,4 Milliarden Euro an die Regierung des Präsidenten Hugo Chavez. Später kam ein Darlehen Russlands in Höhe von weiteren 800 Millionen Euro hinzu. Obwohl Artikel 13 der venezolanischen Verfassung die Einrichtung ausländischer Militärbasen auf dem Staatsgebiet

untersagt, eröffnete sich damals sogar die Möglichkeit einer dauerhaften Präsenz russischer Truppen. Eine Kooperation mit Caracas hätte es Moskau ermöglicht, den Panamakanal zu bedrohen. Hätte sich Venezuela dazu entschieden, die Blockadepläne der Japaner und Deutschen aus dem Zweiten Weltkrieg Wiederaufleben zu lassen, so hätten die von Chavez erworbenen neuen russischen Flugzeuge den Verkehr zwischen den beiden größten Ozeanen der Welt unterbrechen können, indem sie die Schleusen oder die durchfahrenden Schiffe attackierten.

Angesichts dieser russisch-venezolanischen Dreistigkeit reaktivierten die Vereinigten Staaten ihre 1950 stillgelegte Vierte Flotte mit dem Ziel, ihre Interessen in der Karibik sowie in Mittel- und Südamerika zu verteidigen und selbstverständlich den Panamakanal zu beschützen. Zugleich wurde ein riesiger Stützpunkt auf der kolumbianischen Halbinsel Guajira geplant, dem einzigen Abschnitt der Grenze zwischen Kolumbien und Venezuela, an dem ein konventioneller Militäreinsatz mit Panzerfahrzeugen möglich ist. Darüber hinaus bot der panamaische Präsident Martin Torrijos (2004-2009) Washington trotz der 1999 vollzogenen Entmilitarisierung an, einen neuen Hafen im Land zur Verfügung zu stellen, sofern er im Gegenzug militärische und nachrichtendienstliche Unterstützung erhielte. Ganz offensichtlich war die Nähe russischen Militärs für die US-amerikanische Regierung ein Grund zur Beunruhigung.

Ein Prankenhieb als Antwort

Wie die Geschichte immer wieder gezeigt hat, wird sich ein Land, das sich umklammert fühlt, letztlich radikalisieren und eine aggressivere Haltung einnehmen. Dies könnte schließlich auch bei Russland der Fall sein, wenn es wachsendem Druck


Wichtigste US-Militärbasen auf der Welt
Thule
USA
Guantánamo
Croughton
Ramstein
Rota
RUSSLAND
CHINA
Chinhae
Okinawa
Guam
Diego García
Bezmer
Camp Bondsteel
Incirlik
Balad
IRAN
Kuwait
Bahrain
Katar
Manas
Camp Leatherneck

ausgesetzt ist, oder sogar bei Nordkorea oder dem Iran. Ein Blick auf die Weltkarte genügt, um anhand der Militärbasen der Vereinigten Staaten, der NATO und anderer Verbündeter Washingtons zu erkennen, wer hier wen eingeschlossen hat. In diesem Zusammenhang sei nur erwähnt, dass die Vereinigten Staaten nach Angaben des US-amerikanischen Strategieanalysten Fareed Zakaria über 766 auswärtige Stützpunkte verfügen, die sich auf vierzig Länder verteilen und mit circa 200 000 Soldaten 275 000 Hektar ausländisches Territorium besetzen.

3. Der Tritt gegen die Leiter

Diese Strategie hat ihren Ursprung auf dem Gebiet der Wirtschaft. Mitte des 19. Jahrhunderts schrieb der deutsche Wirtschaftstheoretiker Friedrich List in seinem Traktat *Das nationale System der politischen Ökonomie:* »Eine Nation, die durch Schutzmaßregeln und Schifffahrtsbeschränkungen ihre Manufakturkraft und ihre Schifffahrt so weit zur Ausbildung gebracht hat, dass keine andere Nation freie Konkurrenz mit ihr zu halten vermag, kann nichts Klügeres tun, als diese Leiter ihrer Größe wegzuwerfen [und] andern Nationen die Vorteile der Handelsfreiheit zu predigen.« Allgemeiner hatte er bereits formuliert: »Es ist eine gemeine Klugheitsregel, dass man, auf den Gipfel der Größe gelangt, die Leiter, vermittelst welcher man ihn erklommen, hinter sich werfe, um andern die Mittel zu benehmen, uns nachzuklimmen.«

List hielt England dessen Aufstieg zur Supermacht zugute und schrieb ihn teilweise den Kolonien zu, aus denen die Rohstoffe kamen, die das Königreich zu Manufakturwaren verarbeitete und dann mittels seiner Flotte ausführte. List wusste, dass die Welt England und dessen industriellen Revolutionen einen Großteil ihres Fortschritts verdankte, aber er fragte sich auch, ob es wünschenswert wäre, dass Londons Weltherrschaft auf dem Ruin der übrigen Nationen fuße.

Die Anwendung des »Tritts gegen die Leiter«

Der südkoreanische Ökonom Ha-Joon Chang hat Lists Theorie ökonomisch vertieft. Seine These, die bei Globalisierungsverlierern überaus populär ist - gilt doch die Globalisierung als Projekt der am weitesten entwickelten Länder, zuvorderst der

Vereinigten Staaten gründet auf der Beobachtung, dass weniger entwickelte Staaten großem Druck ausgesetzt sind, eine bestimmte Wirtschaftspolitik zu betreiben, die nicht immer zu ihrem Vorteil ist. Vielmehr profitieren davon eher jene, die die globale Wirtschaft und die weltweiten Finanzen in der Hand haben. Parallel dazu werden die betroffenen Länder gehindert, Maßnahmen umzusetzen, die den gegenwärtigen Verfechtern des freien Handels früher dazu dienten, ihre jetzige privilegierte Position erst zu erreichen. Mit anderen Worten: Diese Länder »treten gegen die Leiter«, auf der sie den ökonomischen Gipfel erklommen haben, damit andere Länder nicht zu ihnen aufschließen können.

Chang stellt fest, dass die Länder, die heute am enthusiastischsten für den Freihandel eintreten, den sie als Quelle allgemeinen Wohlstands betrachten oder zumindest darstellen, ihre eigenen Postulate in den ersten Etappen ihrer Entwicklung keineswegs erfüllten. Im Gegenteil, sie schützten zunächst die eigene Industrie, indem sie auswärtige Produkte allerlei Zöllen und Gebühren unterwarfen, während sie die nationale Produktion durch Exportzuschüsse, vorteilhafte staatliche Kredite und andere Fördermaßnahmen unterstützten.

In der Tat besiegte Großbritannien im 18. Jahrhundert durch eine solche Politik das interventionistische Frankreich und etablierte sich als weltweit führende Wirtschaftsmacht und Manufaktur des Planeten. In dieser neuen Ordnung begann sich am Ende des 18. Jahrhunderts die Politik des Laissez-faire und des Freihandels durchzusetzen, worauf bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs eine Ära des Wohlstands folgte. Doch darf man nicht vergessen, dass England bereits im 14. Jahrhundert eine Politik der Förderung seiner Wollmanufakturen betrieb, deren konkrete Auswirkungen auf die industrielle Entwicklung zwar schwer zu beziffern sind, sich jedoch als unbedingt notwendig

erwiesen. Ein herausragender Schritt dazu waren die Reformen von 1721 unter Robert Walpole, dem Premierminister Georgs I., der gezielt das verarbeitende Gewerbe förderte, um dessen Waren exportieren und ausländische Rohstoffe importieren zu können, wie sie aus den Kolonien kamen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien waren somit im 18. und 19. Jahrhundert die beiden Länder mit den stärksten protektionistischen Tendenzen, deren Zölle über 50 Prozent betragen konnten. Eine ähnliche Politik wurde unter anderem in Deutschland, Frankreich, Japan und Holland betrieben.

Das später etablierte Freihandelssystem brach im Ersten Weltkrieg zusammen, als die Länder, um ihre Wirtschaft zu schützen, Handelsschranken errichteten. Erst nach Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945 wurden die Gespräche über eine Liberalisierung des Handels wieder aufgenommen, hauptsächlich auf Drängen der Vereinigten Staaten - nach einer protektionistischen Phase und unter Beibehaltung versteckter protektionistischer Maßnahmen, darunter freiwillige Exportbeschränkungen, Quoten für Stoffe und Kleidung und Agrarsubventionen. Zur Vermeidung von Dumping - dem Export von Produkten unterhalb des Preises, den die Unternehmen auf den Märkten im eigenen Land verlangten - wurden Steuern eingesetzt. Der neuerliche »Tritt gegen die Leiter« erfolgte nach der Krise der 1980er-Jahre, die hauptsächlich die abhängigsten Staaten und Entwicklungsländer betroffen hatte, mit dem Washingtoner Konsens.

Der »Washington Consensus« - ein Begriff, der 1989 von dem britischen Ökonomen John Williamson geprägt wurde - listete zehn Empfehlungsbereiche auf, die auf der Prämisse basierten, um Wohlstand zu schaffen, sei es notwendig, Zollschranken abzubauen und sich dem Weltmarkt zu öffnen. Die zehn Punkte hatten vor allem die Länder Lateinamerikas im Blick, die zu der Zeit in einer tiefen Schuldenkrise steckten und von der

Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und dem US-amerikanischen Finanzministerium kontrolliert wurden. Als das Programm auf die lateinamerikanischen Länder angewandt wurde, freilich bei zu hohen Zinssätzen und kurzer Laufzeit, wurde übersehen, dass die gesellschaftlichen Auswirkungen negativ ausfallen würden.

Das Scheitern der Initiative begann sich während der mexikanischen Krise des Jahres 1994 abzuzeichnen, die durch das Fehlen von Devisenreserven im Land ausgelöst wurde und weltweite Verwerfungen zur Folge hatte. Der Washingtoner Konsens wurde dafür kritisiert, dass er neoliberalen Ideen zu einem Zeitpunkt Vorschub leistete, in dem die Staaten, die sich für den Freihandel starkmachten, bereits eine überlegene Position erreicht hatten. Die Finanzkrise von 2008 zeigte vollends, dass der Washingtoner Konsens tot war.

Während des G20-Gipfels in Südkorea - also auf einem Forum der reichsten Länder der Welt sowie der EU - wurde 2010 der Seouler Konsens zur Entwicklungspolitik unterzeichnet, der dazu dienen sollte, Ungleichheit zu reduzieren und die globale Armut durch nachhaltiges und ausgewogen verteiltes Wachstum zu bekämpfen.

Nun konnten sich die Volkswirtschaften von Schwellenländern auf die Strategie des »Tritts gegen die Leiter« beziehen, etwa China oder Brasilien, die damit ihren hohen Schadstoffausstoß rechtfertigen, um sich bei den Absprachen zur Eindämmung des Klimawandels in eine günstige Position zu bringen. Sie vertreten die Notwendigkeiten ihrer eigenen Entwicklung und führen ins Feld, die Staaten, die jetzt eine Reduktion von Emissionen wünschten, hätten zuvor ohne jede Einschränkung ihr eigenes Wirtschaftswachstum betrieben.

Der englische Protektionismus

Am 9. Oktober 1651 beschloss England sein erstes Schifffahrtsgesetz, die sogenannten *Navigation Acts*. In Anwendung merkantilistischer Prinzipien verfolgte England mit diesen Regelungen das Ziel, alle Gewinne des Handels innerhalb des Reichs für sich zu behalten. Zu diesem Zweck wurde bestimmt, dass nur englische Schiffe mit den britischen Kolonien Handel treiben dürften. Gleichzeitig wurde verhindert, dass die Kolonien eine eigene Industrie aufbauen und so mit jener des Machtzentrums rivalisieren konnten.

Diese gesetzgeberische Maßnahme war aus der schwierigen Situation geboren, in die der englische Handel nach dem Achtzigjährigen Krieg zwischen Spanien und den Niederlanden (1568-1648) und der Aufhebung des spanischen Handelsembargos gegen die Niederlande im Jahr 1647 geraten war, wodurch die Niederlande bedeutende Vorteile auf dem Weltmarkt erlangten. Mit ihren Navigationsgesetzen stellte sich die englische Regierung der holländischen Vorherrschaft auf See entgegen, und die Niederlande antworteten darauf mit einer Kriegserklärung an London. Dabei betrafen die Gesetze auch andere mächtige Länder wie Frankreich und Spanien. Hollands Niederlage in diesem Krieg besiegelte das Ende seiner Vormachtstellung.

Das anschließende Handelsmonopol Englands erwies sich als außerordentlich gewinnbringend. Die Zolleinnahmen des Königreichs vervielfachten sich, und die englischen Kaufleute wurden reich, da sie zu niedrigen Preisen einkaufen und zu einem höheren Preis wieder verkaufen konnten. Ihre Gewinne flössen anschließend in die Industrialisierung des Landes, das außerdem auf die Kolonien als unfreie Märkte zählen durfte. Der Staat stand für die kommerzielle und industrielle Kontinuität dieses Prozesses ein, nunmehr als Hüter der inneren Ordnung und Verteidiger britischer Interessen im Ausland. Binnen eines

Jahrhunderts verdoppelte Großbritannien seine Flottengröße und entwickelte sich zur weltweit führenden Seemacht.

Nachfolgende Schifffahrtsgesetze erweiterten über fast zwei Jahrhunderte die Grundlagen des englischen Außenhandels. Ihre wirtschaftlichen Auswirkungen lösten nicht nur die Englisch-Niederländischen Kriege aus, sie trugen später auch ursächlich dazu bei, dass die nordamerikanischen Kolonien sich ihre Unabhängigkeit erkämpften. Abgeschafft wurden diese Gesetze erst 1849 - zu einem Zeitpunkt, als es für die Interessen Großbritanniens einträglicher war, den britischen Freihandel auf dem ganzen Planeten durchzusetzen.

Der Widerwille, den der Freihandelsgedanke damals in England noch auslöste, während sich Großbritannien als weltweite Wirtschaftsmacht konsolidierte, war so groß, dass noch Ende des 18. Jahrhunderts, mitten in den Napoleonischen Kriegen gegen Frankreich und Spanien, ein Teil der englischen Intellektuellen dafür plädierte, die beiden Länder auf dem Meer zu bekämpfen und so den eigenen Handel zu fördern, statt einen Frieden zu schließen, der freien Handel zwischen Paris und Madrid bedeuten könnte. Nachdem sich England jedoch im letzten Viertel des Jahrhunderts als weltweiter Lieferant von Industrieprodukten positioniert hatte - dank der Mechanisierung zu Preisen, die konkurrenzlos waren -, wurden seine Regierenden zu glühenden Anhängern des Freihandels, im Wissen, dass ihnen niemand das Wasser würde reichen können.

Ulysses S. Grant, der 18. Präsident der Vereinigten Staaten (1869-1877), begriff sofort, wie sehr die Briten von ihrem Schachzug profitiert hatten, und hatte keine Zweifel, dass dergleichen auch seinem Land zugutekommen könnte (was viele Jahre später geschah, nachdem es sich als wirtschaftliche Macht etabliert hatte). Grant war ein Visionär, der die Globalisierung als fundamental ökonomischen Prozess vorwegnahm - als

Hebel, der die Vereinigten Staaten in der ganzen Welt voranbringen würde. Er täuschte sich lediglich im zeitlichen Ablauf: Die USA sollten nicht zwei Jahrhunderte benötigen, wie er es vorhergesagt hatte, sondern nur eines.

Die Türsteher

Die G8 lassen sich mit dem Türsteher vergleichen, von dem der spanische Journalist und Satiriker Jaime Campmany (1925-2005) sagte: »Wenn er dich nicht reinlässt, ist der Türsteher einer Disco dein schlimmster Feind; wenn du schon drin bist, wird er zu deinem besten Verbündeten.« Die Gruppe der G8 geht auf die Gruppe G6 zurück, die 1973 durch die damals größten sechs Wirtschaftsmächte ins Leben gerufen wurde: die Vereinigten Staaten, Japan, Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien. Später kamen Kanada (G7, 1997) und Russland hinzu (G8, 2002). Diese acht Länder sind, wie es heißt, die wichtigsten Industrienationen, aber wenn es nach der wirtschaftlichen Entwicklung geht, sollten auch China und Indien mit von der Partie sein. Doch in diesem handverlesenen Club werden Übereinkünfte getroffen; man nähert seine Positionen bei vielen Entscheidungen an, die weltweite wirtschaftliche und politische Konsequenzen haben - daher der Wunsch, weiter unter sich zu bleiben. Die Zusammensetzung der G8 hat einige Ähnlichkeit mit der Gruppe der ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen: China, die USA, Frankreich, Großbritannien und Russland. Alle diese »Türsteher« mit Vetorecht in internationalen Fragen von Frieden und Sicherheit haben nicht viel Interesse daran, neue Mitglieder aufzunehmen.

Die »Türsteherstrategie« gehört auch zu den Voraussetzungen des 1968 unterzeichneten Atomwaffensperrvertrags, der den Zugang zu Entwicklung und Besitz von Kernwaffen für sämtliche Länder auf der Welt beschränkt, ausgenommen die USA,

Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion/Russland und China - die einzigen Staaten, die bis dato Atomtests durchgeführt hatten. 190 andere souveräne Staaten unterzeichneten den Atomwaffensperrvertrag und verpflichteten sich dazu, keine Atomtests durchzuführen. Nur Indien, Pakistan und Israel zählen nicht zu den Unterzeichnern (ebenso wenig der Südsudan, den es noch nicht lange gibt und der sich in einer Krisensituation befindet). Sie verfügen über Kernwaffen. Auch Israel soll Gerüchten zufolge mithilfe eines Technologietransfers durch die Vereinigten Staaten in diese Position gelangt sein. (Damit hätten die USA jedoch gegen eine der Säulen des Sperrvertrags verstoßen.) Nordkorea wiederum kündigte den Vertrag im Jahr 2003 und führt seither immer wieder Atomtests durch. Der Iran erhielt seit den 1950er-Jahren militärtechnologische Unterstützung aus den USA, die jedoch nach der iranischen Revolution von 1979 eingestellt wurde. Ende der 1980er-Jahre halfen China und Pakistan Ajatollah Chomeini, Kerntechnologie zu zivilen Zwecken zu entwickeln. Sie stellten ihre Hilfe allerdings aufgrund der von den Vereinigten Staaten verhängten Sanktionen ein, zumal der Verdacht aufgekommen war, das Programm werde zur Entwicklung von Kernwaffen genutzt.

In dieser Frage ist der »Türsteher« weiter auf seinem Posten und, wie sich feststellen lässt, durchaus aktiv. Laut Atomwaffensperrvertrag ist es untersagt, Kernwaffentechnologie zu verbreiten; die Nichtnuklearstaaten verpflichten sich, keine solche zu entwickeln, und die Nuklearstaaten, ihr Arsenal nach Treu und Glauben zu verkleinern. Ein Status quo, zu dem sich die große Mehrheit der souveränen Staaten legal verpflichtet hat, während der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bereitsteht, Maßnahmen zu ergreifen, um kein neues Mitglied eintreten zu lassen. Der Club der Fünf (samt geduldeten Gästen) sollte daher von Dauer sein.

Atomwaffen zählen wohl zu den am meisten von Heuchelei bestimmten Themen auf der ohnehin schon heuchlerischen und zynischen internationalen Bühne. Es ist doch paradox, in der jüngsten Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten zu lesen: »Keine Bedrohung stellt eine so schwerwiegende Gefahr für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand dar wie der potenzielle Gebrauch von Atomwaffen und radioaktivem Material durch verantwortungslose Staaten oder Terroristen«, wenn die USA das einzige Land sind, das jemals Kernwaffen gegen Zivilisten eingesetzt hat, und zwar zweimal. Aber das scheint kein Hindernis dafür zu sein, andere Länder, die sich mit vollem Recht Atomwaffen zu verschaffen suchen, als »unverantwortlich« oder als »Schurkenstaaten« zu bezeichnen.

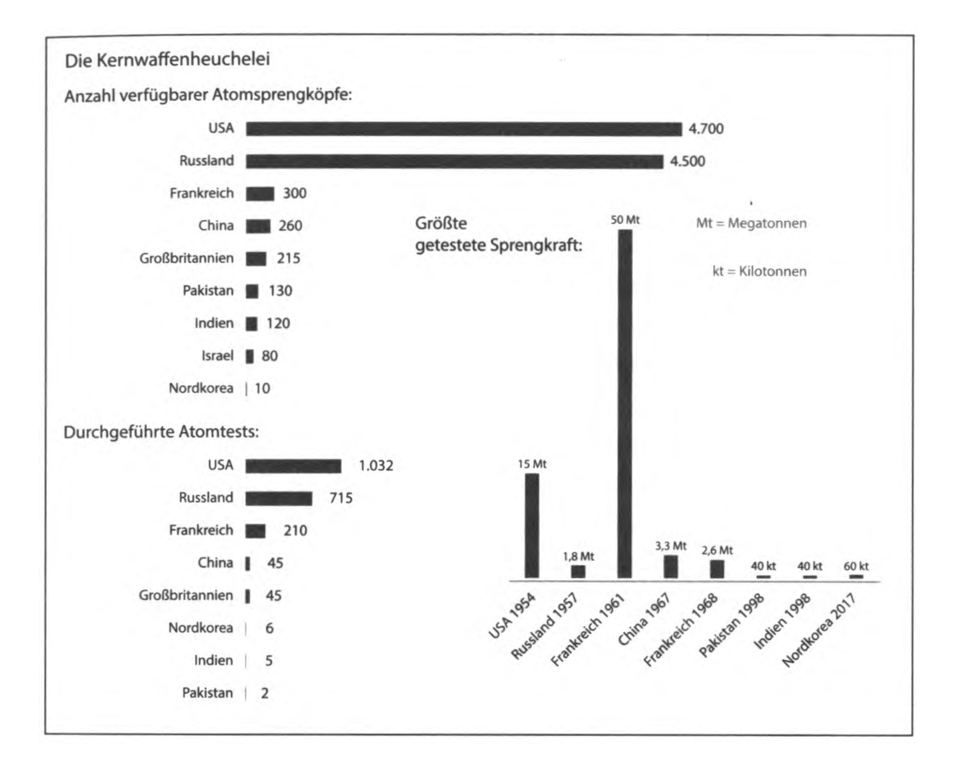
Im Übrigen wurde das Versprechen, das Präsident Barack Obama im Wahlkampf 2008 gegeben hatte, eine atomwaffenfreie Welt anzustreben - einer der wichtigsten Gründe derer, die ihm den Friedensnobelpreis verliehen, als er noch kaum im Oval Office saß -, in der Praxis im Keim erstickt. Die Vereinigten Staaten und Russland hatten 2010 einen dritten Vertrag über den Abbau des Arsenals an Strategischen Waffen unterschrieben (START III), der die Anzahl von strategischen Atomsprengköpfen auf ein Maximum von 1550 für jeden der beiden Unterzeichnerstaaten beschränkte, doch weitere Verhandlungen wurden im Dezember 2014 durch die Ereignisse in der Ukraine unterbrochen.

Zwar ist die Zahl operativer Atomsprengköpfe auf der Welt substanziell reduziert worden, vom 1986 erreichten Rekordwert von 64500 auf die 10315 gegenwärtig geschätzten.[20] Dafür haben Washington und Moskau als Riesen des Atomwaffenclubs vor einiger Zeit mit der umstrittenen, viele Millionen teuren Modernisierung ihrer Arsenale begonnen. Tatsächlich hat Russland während seines Wirtschaftsaufschwungs nahezu ein Drittel seines wachsenden Verteidigungsbudgets der Modernisierung seines

nuklearen Arsenals gewidmet. Ein weiteres Thema, das nicht angegangen wird, betrifft die Explosivkraft der Sprengköpfe, da nur über deren Zahl verhandelt wird, nicht aber über ihr reales Zerstörungspotenzial. Zudem wären die taktischen Kernwaffen zu bedenken, kleinere Atombomben von geringer Durchschlagskraft, die gegen punktuelle Ziele eingesetzt werden können und ein noch größeres Risiko darstellen, wenn sie unautorisiert oder versehentlich zum Einsatz kommen. Von diesen Waffen, über die keine präzisen Zahlen vorliegen und die in den Programmen zum Abbau strategischer Waffen nicht enthalten sind, sollen die USA etwa 500 und Russland bis zu 2000 besitzen.

Was die augenscheinliche Herausforderung betrifft, die Nordkorea und Iran in Sachen Atomwaffen darstellen - und das ließe sich auch auf andere Massenvernichtungswaffen ausdehnen -, sollte man zumindest so aufrichtig und realistisch sein, sie angemessen einzuordnen. Nordkorea verfügt lediglich über zehn Atomsprengköpfe[21] - gegenüber 4700 im Fall der Vereinigten Staaten und 4500 im Falle Russlands; es hat bis September 2017 sechs Atomversuche durchgeführt - die Vereinigten Staaten 1032, Russland 715; in puncto Sprengkraft liegen die heftigsten je registrierten Explosionen bei Atomtests, die durch die Sowjetunion (50 Megatonnen, 1961) und die Vereinigten Staaten durchgeführt wurden (15 Megatonnen, 1954), sehr weit von den circa 60 Kilotonnen entfernt, die Nordkorea am 3. September 2017 erreicht haben soll (es sei daran erinnert, dass die über Hiroshima abgeworfene Bombe circa 16 Kilotonnen Sprengkraft hatte).[22]

Ähnlich liegen die Dinge im Fall der Flugzeugträger mit Atomantrieb: Von den derzeit zwölf weltweit in Betrieb befindlichen gehören elf den Vereinigten Staaten und der zwölfte Frankreich. Ebenso gibt es auf dem Planeten nur fünf Länder, die über Atom-U-Boote verfügen: die USA, Großbritannien, Frankreich, China und Russland.



Erneut sind das nicht zufällig die ständigen Mitglieder im Weltsicherheitsrat. Offensichtlich hat keiner dieser »Türsteher« großes Interesse daran, dass ein anderes Land der auserlesenen Gruppe beitritt. Allerdings planen Brasilien (mit französischer Hilfe) und Südkorea (in Kooperation mit den Vereinigten Staaten), Atom-U-Boote zu bauen.

Da klingt es wenig glaubhaft, wenn die Vereinigten Staaten - die zusammen mit Russland 85 Prozent der weltweiten Atomwaffen besitzen - andere Länder für den Bau einer einzigen Atomwaffe moralisch, politisch und strategisch verurteilen, während sie selbst ein Arsenal aus Tausenden von Raketen mit Nuklearsprengköpfen aufrechterhalten und noch immer neue herstellen und erproben.

4. Mach deinen Nachbarn arm und schwach

In einem ständigen Vergleichsspiel, in dem ein Staat nur dann vorherrschend sein kann, wenn ihm sein Nachbarland unterlegen ist, ergibt sich fast zwangsläufig das strategische Ziel, seine Nachbarn und/oder Feinde zu schwächen und in Armut zu stürzen. Im Lauf der Geschichte haben Staaten zu einer Vielzahl von Mitteln gegriffen, um ihren Status auf diese Weise zu sichern.

Ein klares Beispiel ist die Anwendung der Monroe-Doktrin. Sie fand erstmals Ende der 1840er-Jahre weitere Beachtung und wurde von 1850 an in die Praxis umgesetzt. Am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts schlug sie sich in Maßnahmen wie der Übernahme des Panamakanals und in den Kubanischen Unabhängigkeitskriegen nieder. Das Ziel war die Ausweitung des US-amerikanischen Einflusses auf dem Kontinent. Zugleich wurde versucht, die nicht verbündeten und ohnehin schon im Abstieg begriffenen europäischen Reiche zu schwächen, die als wahrer Gegner der Vereinigten Staaten galten.

Großbritannien wiederum trat unter anderem deshalb in den Ersten Weltkrieg ein, weil Deutschland eine ansehnliche Flotte aufgebaut hatte, die für die britische Vormacht auf den Weltmeeren eine Gefahr darstellte. Das konnte London nicht erlauben, da es direkte Auswirkungen auf seine Vormachtstellung im Seehandel gehabt hätte.

So sah es auch der deutsche Reichskanzler Bernhard von Bülow, nach dessen Meinung England vor dem Ersten Weltkrieg zwei Gründe zur Beunruhigung hatte, von denen einer die Industrie betraf und der andere die Kolonien, sodass sich die Briten genötigt sahen, Deutschland als Konkurrenten und Rivalen zu betrachten.

Der Widerstand, den Spanien vor seinem EU-Beitritt vonseiten Frankreichs erfuhr, zielte darauf ab, die französische Vormachtstellung in Europa im Bereich der Agrarprodukte zu sichern. Den Franzosen bereitete es Sorgen, dass ihnen Spanien nach Eintritt in den gemeinsamen Markt mit konkurrenzfähigeren, von Zollschranken befreiten Produkten das Wasser abgraben könnte. Auch wenn der Widerstand seinen Zweck verfehlte, sieht man hier fraglos eine Nachbarschaftsbeziehung am Werk, in der Frankreich ökonomisch führend bleiben wollte.

Gegenwärtig sind es die Vereinigten Staaten, die in Mexiko einen lästigen Nachbarn sehen. Washington liegt an einer gewissen Stabilität im Nachbarland, aber es soll nicht so sehr prosperieren, dass es sich zu einem starken Wettbewerber entwickeln könnte. Mit seinen 125 Millionen Einwohnern (zu denen noch weitere 35 Millionen Mexikaner oder US-Amerikaner mexikanischen Ursprungs zu zählen sind, die in den Vereinigten Staaten leben) und einem demografischen Wachstum, das 50 Prozent über dem der USA liegt, hat Mexiko das Potenzial, in wenigen Jahren zu einer der zehn weltweit größten Wirtschaftsmächte aufzusteigen, wenn das Land den Übergang von der Manufakturphase zur hochtechnisierten industriellen Produktion bewältigt. Hinzu kommen noch seine umfangreichen Erdölreserven und die blühende Tourismusbranche. Zu allem Überfluss sind die Löhne in Mexiko - je nach Branche - bis zu zehnmal niedriger als in den USA, was zu einem gnadenlosen Wettbewerb führt. Hier könnte der Grund dafür liegen, dass Präsident Trump Veränderungen in den Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern forcieren will.

Bei alledem darf man den stets einer Ausschlusslogik folgenden Nationalismus nicht vergessen, der, wie der spanische Autor Pedro Herranz in *Casus belli* (1953) schreibt, »die Möglichkeiten der eigenen Nation überhöht und den Hass auf

benachbarte Länder fördert, wenn diese als Konkurrent um Rohstoffe oder Absatzmärkte auftreten«.

Der Peloponnesische Krieg

Der Peloponnesische Krieg (431-404 v. Chr.) ist die klassische, in späteren Jahrhunderten häufig wiederholte Geschichte einer - in diesem Fall regionalen - Hegemonialmacht, nämlich Sparta, die ihre Stellung durch den kraftvollen Aufstieg eines Rivalen bedroht sah, der seinerseits die Vorherrschaft in der Region beanspruchte: Athen.

Die Entwicklung des Konflikts, die der athenische Feldherr und Schriftsteller Thukydides in seiner *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* schildert, ist seither aus sehr unterschiedlichen Perspektiven analysiert worden: militärisch - die Strategien, Schlachten, Waffen, Generäle, Kämpfer usw. - wie auch unter innenpolitischen Aspekten in den am Konflikt beteiligten Städten und unter dem Gesichtspunkt der regionalen Beziehungen.

Der wohl am wenigsten beleuchtete Aspekt ist der ökonomische Faktor, obwohl dieser als Schlüssel zur Entstehung und Entwicklung der Auseinandersetzung gelten kann und die wirtschaftlichen Folgen des Krieges erheblich waren. Denn die regionale geopolitische Rivalität, die sich im späteren Verlauf der Geschichte noch so oft abspielen sollte und in der auch zwei entgegengesetzte Regierungssysteme aufeinanderprallten - die athenische Demokratie und die Oligarchie der Spartaner -, wurde durch eine ökonomische Konkurrenzsituation befeuert.

Im Jahr 445 v. Chr. hatten Sparta und Athen einen »dreißigjährigen Frieden« geschlossen, in dem die Athener akzeptierten, dass ihr Rivale weiterhin die Vormacht auf dem Peloponnes ausüben würde. Im Gegenzug sollten sie ihre Seemacht weiter

ausbauen dürfen. Doch im Laufe der Jahre merkte man in Sparta, dass Athen in zunehmendem Maß die Märkte am Mittelmeer beherrschte, wodurch die Stadt immer reicher und mächtiger wurde.

Außerdem konnte sich Athen auf den Attischen Seeburid stützen, den der athenische Staatsmann Aristides 477 v. Chr. geschaffen hatte, um den Invasionen der Perser entgegenzutreten. Das verlieh der Stadt eine enorme Durchschlagskraft, denn die Mitglieder des Seebunds waren formal dazu verpflichtet, Truppen, Schiffe und Geldmittel zur Verfügung zu stellen, sooft Athen einen Feldzug initiierte, um die Koalition gegen die Angriffe der Perser zu verteidigen. Der Aufbau dieses Bündnisses trug erheblich zum Erfolg der Athener bei, die beträchtliche finanzielle Mittel aus der gemeinsamen Kasse nutzen konnten, um ihre eigene gesellschaftliche und politische Entwicklung voranzutreiben.

Um die Situation Athens, das Sparta 431 v. Chr. den Krieg erklärte, richtig zu verstehen, muss man ein wenig in der Zeit zurückgehen. Während der ersten Jahre des Attischen Seebunds hatten zwar manche Mitglieder Athens wachsende Macht und seine privilegierte Position im Bündnis misstrauisch beäugt, aber es hatte doch allgemeines Einvernehmen geherrscht, da alle Beteiligten - die einen mehr, die anderen weniger - von den durch die Athener geförderten Handelsbeziehungen profitierten.

Doch im Laufe der Zeit ließ der Zusammenhalt innerhalb des Bündnisses nach, da Athen seine beherrschende Position dazu nutzte, den anderen Mitgliedern höhere Beiträge aufzuerlegen - unter dem Vorwand, man müsse eine angemessene Streitmacht aufrechterhalten. 453 v. Chr. begannen einige Mitglieder der Koalition, die Tributzahlungen auszusetzen, die Athen von ihnen verlangte, worauf die Athener mit Strafen reagierten.

Der 449 v. Chr. geschlossene Kailiasfrieden, durch den der lang anhaltende Krieg zwischen dem Attischen Seebund und dem Perserreich beendet wurde, ließ eine Mehrheit der Bündnismitglieder den weiteren Nutzen des Seebunds infrage stellen; der Gründungsanlass war ja nun verschwunden. Weil den Athenern jedoch daran lag, das Bündnis zu erhalten, das ihnen so viel Macht verlieh, gingen sie dazu über, ihre früheren Bundesgenossen zu Untertanen eines neuen Reiches zu machen. Auf diese Weise brachte es Athen schließlich auf mehr als 250 tributpflichtige Städte und eine unumstrittene Vormachtposition im Seehandel der Region.

Die Entwicklung zwang Athen zur Ausdehnung seines Handels, um mit höheren Gewinnen all die Sozialausgaben beibehalten zu können, die die Bevölkerung Athens bei Laune hielten.[23] Schließlich stammten die Ruderer der gewaltigen Flotte, auf der Athens Stärke beruhte, hauptsächlich aus der Unterschicht. Deshalb richteten sich die Bestrebungen der Athener darauf, die wichtigsten Gold- und Silberminen in den angrenzenden Territorien unter ihre Kontrolle zu bringen.

Zunächst betrachtete Sparta den wachsenden Handel des Attischen Seebunds mit Athen an der Spitze nicht als Gefährdung seiner Vormachtstellung. Als jedoch einige Mitglieder des von den Spartanern angeführten Peloponnesischen Bundes ihre Wirtschaft bedroht sahen, begannen sie, den Handel der seefahrenden Städte zu behindern. Das brachte wiederum Athen dazu, eine Blockade gegen die Städte einzurichten, die als Hauptkonkurrenten auftraten.

Einer der großen wirtschaftlichen Rivalen des Attischen Seebunds - und wegen seiner mächtigen Flotte auch ein ernst zu nehmender militärischer Gegner - war das zum Peloponnesischen Bund gehörende Korinth. Korinth war eine reiche Stadt, die aufgrund ihrer privilegierten Lage einige der wichtigsten

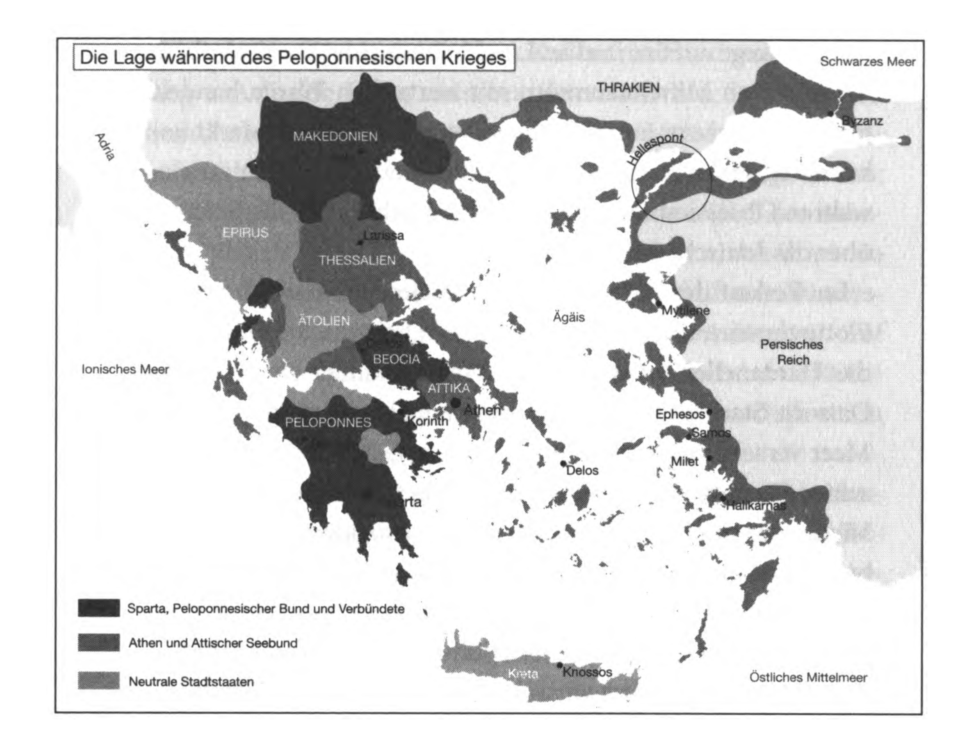
Handelswege auf See und an Land beherrschte. Da Korinth, das im gesamten Mittelmeerraum mit wertvollen Waren handelte, mit den Athenern um den lukrativen sizilianischen Markt konkurrierte, entwickelte sich der Wettbewerb für Athen zu einer wahren Obsession. Nicht zuletzt stand dabei auch die Kontrolle über das Ionische Meer auf dem Spiel.

Im Verlauf des Krieges wurde ein Großteil der athenischen Flotte zerstört, und die einst von Athen beherrschte Gegend um die Dardanellen (damals Hellespont genannt) ging verloren. Dass die Stadt sich nun nicht mehr mit Gütern vom Schwarzen Meer versorgen konnte - insbesondere Getreide als Grundlage seiner Ernährung -, wirkte sich letztlich entscheidend auf die Niederlage der Athener aus, da es den Spartanern mithilfe weiterer Maßnahmen gelang, den Gegner auszuhungern und damit zur Kapitulation zu zwingen.

Das nunmehr militärisch und politisch unterlegene Athen sah sich außerstande, seine wirtschaftliche Blüte aus der Vorkriegszeit zurückzugewinnen und den Wohlstand neu aufzubauen. Auch der gesamte Peloponnes war durch den enormen ökonomischen Aufwand, den die Kämpfe gefordert hatten, ausgelaugt, sodass in ganz Griechenland nun Armut herrschte.

Unter den anderen wirtschaftlichen Folgen ist hervorzuheben, dass ein Großteil der Städte des Peloponnesischen Bundes Kredite aufgenommen hatte, vor allem bei den Persern - ein überraschendes Moment, wenn man bedenkt, dass diese doch die gemeinsamen Feinde aller Griechen waren. So hatte die Wirtschaft den Persern, wenn man so will, einen unerwarteten Sieg über ihre historischen Gegner beschert.

Eine weitere Nebenwirkung des Krieges war das Aufkommen von Piraterie auf den vormals durch die athenische Flotte kontrollierten Meeren, was den ohnehin erheblich geschwächten Handel noch weiter behinderte. Auch die große Zahl von



Die Lage während des Peloponnesischen Krieges

Gefallenen schlug sich auf die Wirtschaft in der Region negativ nieder, die aufgrund des Mangels an Feldarbeitern und Kaufleuten in eine Rezession sank.

Das Bismarck'sche Bündnissystem

1871 besiegte Deutschland Frankreich im Deutsch-Französischen Krieg und konsolidierte damit die Einigung des Deutschen Reichs unter Kaiser Wilhelm I. Im Friedensvertrag von Frankfurt wurden Deutschland die reichen französischen Provinzen Elsass und Lothringen zugesprochen und Frankreich hohe Reparationszahlungen auferlegt (so wie es dann Deutschland nach seiner

Niederlage im Ersten Weltkrieg erleben sollte, was starke revanchistische Gefühle auslöste und letztlich in den nächsten Weltkrieg führte). Der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck nutzte die Lage, um das Nachbarland über eine ausgeklügelte Bündnispolitik zu schwächen, die auch nach seiner Entlassung 1890 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs noch einigermaßen funktionierte. Diese zielte darauf ab, Frankreich international zu isolieren und seine Wiederbewaffnung zu vermeiden. Gleichzeitig sollten sorgsam gewählte militärische Schritte Deutschlands Großmachtstellung auf dem Kontinent sichern. Bismarck unternahm zwischen 1873 und 1877 große politische Anstrengungen, um diplomatische Fronten aufzubauen und dafür zu sorgen, dass in Frankreich die republikanische Regierung gestützt wurde, gegen die Interessen der Monarchisten. Sein Ziel war es, den französischen Präsidenten Patrice de Mac-Mahon und dessen monarchistische Verbündete zu entmachten.

Zu diesem Zweck förderte er die Schaffung eines *Cordon sanitaire* aus liberalen und antiklerikalen Regierungen in Frankreichs Nachbarländern (Spanien, Belgien und Italien), um die französischen Republikaner gegen Mac-Mahons Monarchisten zu stärken. Tatsächlich erreichte er, dass Frankreich 1877 Republik wurde, allerdings nicht ohne hohe Kosten. Bismarck unterstützte im Rahmen seiner relativ pragmatischen Eindämmungspolitik republikanische Regierungen und ließ sie je nach Interessenlage wieder fallen, was in den anderen europäischen Ländern, die eine Durchsetzung des deutschen Großmachtstrebens fürchteten, erheblichen Argwohn auslöste.

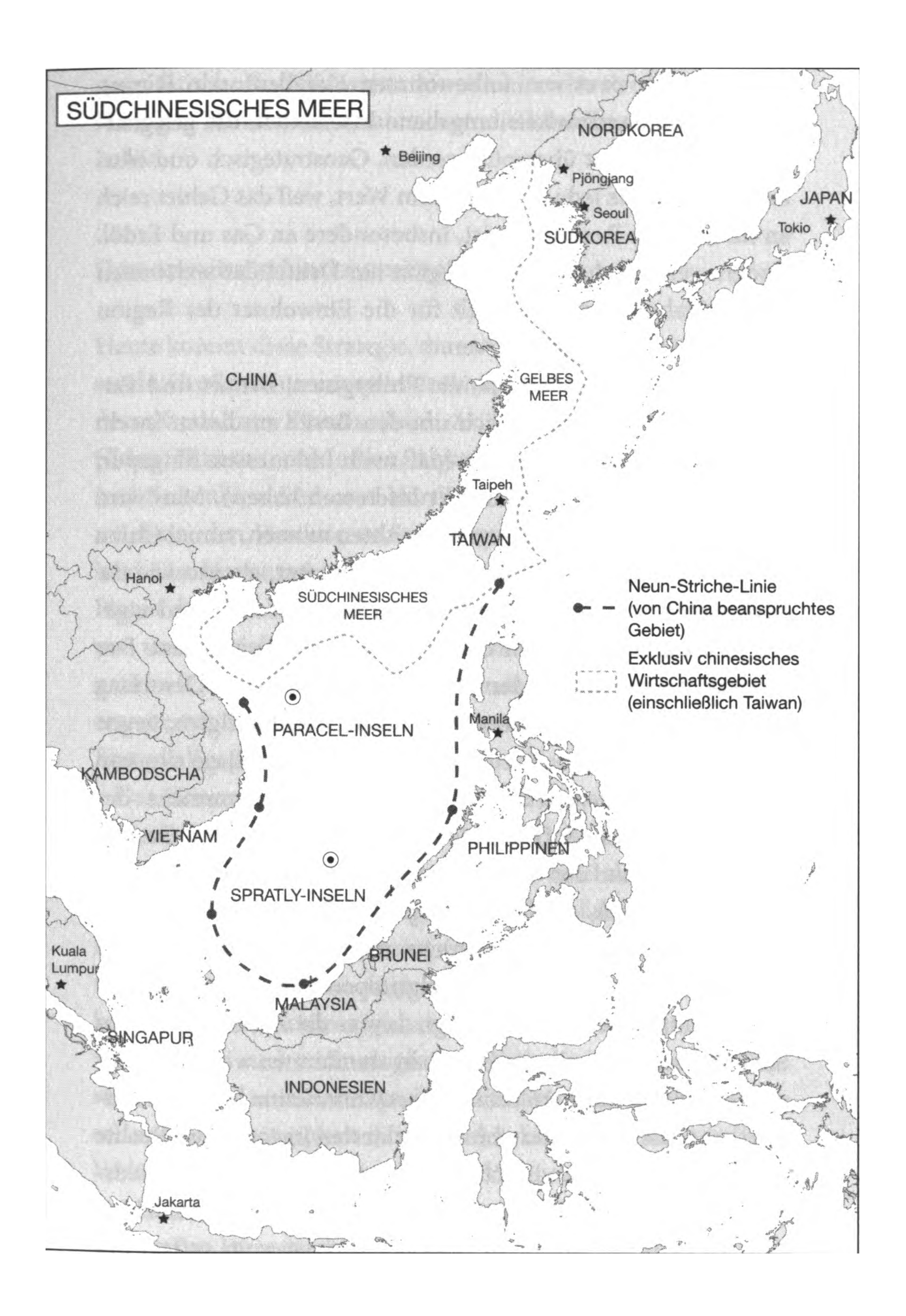
1873 wurde das Dreikaiserabkommen geschlossen, in dem sich das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Russland für den Fall von Angriffen durch andere Staaten zu gegenseitiger Verteidigung verpflichteten, ebenso wie zu militärischer Unterstützung bei einem deutschen Angriff auf ein anderes Land.

Österreich-Ungarn und Russland übernahmen lediglich die Pflicht zur wechselseitigen Verteidigung gegen Angriffe von außen. Das Bündnis endete mit der Balkankrise im Jahr 1878, wurde jedoch, nachdem diese Krise auf dem Berliner Kongress beigelegt worden war, 1881 mit dem Dreikaiserbund fortgesetzt (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn und Russland). Durch den sogenannten Dreibund von 1882 (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn und Italien) wurde auch Italien eingebunden. Diese Bündniskonstellation zwischen Deutschland, Österreich, Russland und Italien sollte bis 1887 Bestand haben, als zusätzlich Großbritannien ins Spiel kam, dem daran lag, die russische Expansion gegenüber dem Osmanischen Reich einzuhegen. Dies erfolgte über das Mittelmeerabkommen. 1890 wurde Bismarck von Kaiser Wilhelm II. entlassen. Dieser wandte sich zunehmend von dessen Bündnissystem ab und schuf mit einer expansionistischen Politik den Nährboden für den Ersten Weltkrieg.

In China zieht was auf

Die Volksrepublik China ist der Staat mit den meisten direkten Nachbarn: Es hat gemeinsame Landgrenzen mit vierzehn verschiedenen Staaten (Nordkorea, Russland, Mongolei, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Afghanistan, Pakistan, Indien, Nepal, Bhutan, Myanmar, Laos und Vietnam) und Seegrenzen mit Japan, Südkorea, den Philippinen und Vietnam.

Die jüngsten Auseinandersetzungen im Südchinesischen Meer, in denen sich Beijing und die übrigen Anrainerstaaten gegenüberstehen, haben auch die Aufmerksamkeit der USA auf sich gezogen. Diese haben ein Interesse daran, Chinas Aufstieg zur globalen Macht aufzuhalten. Im Südchinesischen Meer


SÜDCHINESISCHES MEER
NORDKOREA
Beijing
Pjöngjang
JAPAN
Seoul
Tokio
SÜDKOREA
CHINA
GELBES
MEER
Taipeh
TAIWAN
Hanoi
SÜDCHINESISCHES
MEER
Neun-Striche-Linie
(von China beanspruchtes
Gebiet)
Exklusiv chinesisches
Wirtschaftsgebiet
(einschließlich Taiwan)
PARACEL-INSELN
Manila
KAMBODSCHA
VIETNAM
PHILIPPINEN
SPRATLY-INSELN
BRUNEI
Kuala
Lumpur
MALAYSIA
SINGAPUR
INDONESIEN
Jakarta

befinden sich zwei von unbewohnten Koralleninseln (Cays), Atollen und Sandbänken umgebene Inselketten, die gelegentlich durch die Flut überspült werden. Geostrategisch und ökonomisch sind sie jedoch von hohem Wert, weil das Gebiet reich an natürlichen Ressourcen ist, insbesondere an Gas und Erdöl. Zudem verläuft durch diese Region ein Drittel der weltweiten Seeschifffahrt, und sie enthält für die Einwohner der Region überaus wichtige Fischreserven.

China, Vietnam, Malaysia, die Philippinen, Brunei und Taiwan sind die Länder, die sich um den Besitz an diesen Inseln streiten (wobei in geringerem Maß auch Indonesien, Singapur, Thailand und Kambodscha dort Interessen haben). Man wird die Entwicklung aufmerksam beobachten müssen, zumal China seine Militärpräsenz in der Region erhöht hat, ebenso wie die Vereinigten Staaten. Japan wiederum hat sich aufgrund eigener Interessen negativ zur chinesischen Position geäußert. Der Streit wurde bereits vor den Ständigen Schiedshof in Den Haag gebracht, wo die Philippinen 2013 China beschuldigten, gegen internationales Seerecht zu verstoßen, auf Grundlage des von 163 Staaten unterzeichneten Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS). Zudem wurde das Gericht gebeten, sich zu der von China vertretenen »Neun-Striche-Linie« zu äußern, einer U-förmigen Linie, mit der die chinesische Regierung ihre Ansprüche im Südchinesischen Meer absteckt, darunter auch die Inselgruppen Paracel und Spratly. Beijing hatte bereits angekündigt, dass es die Zuständigkeit des Schiedsgerichts für diesen Fall nicht anerkennen werde, und als das Gericht im Juli 2016 befand, dass China keine legale Grundlage habe, die durch diese Linie markierten historischen Rechte einzufordern, lehnte die chinesische Regierung den Schiedsspruch ab. Obwohl der Spruch bindende Wirkung hat, fehlen dem Gericht die Mittel zu dessen Durchsetzung, sodass der

geopolitische Konflikt weiter vor sich hin schwelt und seine Auflösung in Händen der Staaten liegt, die Interessen in der Region haben.

Das erweiterte Nachbarschaftskonzept

Heute kommt diese Strategie, die seit Urzeiten durch konkurrierende Großmächte angewandt wird, zwischen regionalen Widersachern zum Einsatz: Saudi-Arabien und Iran; Indien und China; Pakistan und Indien; Algerien und Marokko; Venezuela und Kolumbien; Süd- und Nordkorea. Und auch bei den Supermächten: den Vereinigten Staaten gegenüber China und Russland. Der Hauptunterschied ist, dass in der Gegenwart der ganze Planet die Nachbarschaft ist und die Nachbarn die 195 souveränen und offiziell anerkannten Staaten, aus denen sich die internationale Gemeinschaft zusammensetzt.[24] In diesem Kontext erweiterter Nachbarschaft herrscht auf der Welt inzwischen ein Kampf aller gegen alle.

Das Konzept der »Nachbarschaft« hat sich in letzter Zeit, getrieben von der Globalisierung, in erheblichem Maß weiterentwickelt. Dieser Prozess, der im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts begann und sich seit Ende der 1980er-Jahre durch immer mehr internationale Beziehungen und die rasante Entwicklung von Informationstechnologie und Kommunikationsmöglichkeiten enorm beschleunigt hat, ist grundlegend ökonomischer Natur, wobei auch technologische, politische, soziale und kulturelle Faktoren eine Rolle spielen. Er hat zu einer starken wechselseitigen Abhängigkeit zwischen den Ländern geführt und die Welt zu jenem berühmten »Global Village« werden lassen, von dem der kanadische Philosoph Marshall McLuhan schon Ende der 1960er-Jahre sprach.

In der globalisierten Welt wird jedes Land, mag es auch physisch noch so weit von einem anderen entfernt sein, zum virtuellen Nachbarn und damit auch zu einem potenziellen Konkurrenten, mit dem sich ökonomische und/oder geopolitische Interessenkonflikte ergeben können. Das führt dazu, dass es nicht mehr ausreicht, die gewohnten geografischen Nachbarn im Blick zu behalten. Galt früher das Augenmerk örtlichen Rivalen, die um die Führungsposition in der Nachbarschaft rangen, so muss der Fokus nun erweitert werden, sei es auch nur sehr punktuell. Wenn ein Land zum Beispiel auf bestimmte Hightechprodukte spezialisiert ist, so ist sein Hauptrivale womöglich Tausende von Kilometern entfernt, was jedoch nichts daran ändert, dass ein heftiger Wettbewerb stattfindet und die Konkurrenten versuchen, einander Steine in den Weg zu legen und sich gegenseitig zu schwächen.

Wenn der Nachbar ein starker und unangenehmer Konkurrent ist

Nachbarn müssen nicht immer erbitterte Feinde im klassischen Sinne sein, Eindringlinge oder historische Rivalen, mit denen man eine Vielzahl kriegerischer Auseinandersetzungen hinter sich hat. Vielleicht sind sie auch schlicht Konkurrenten im Kampf um ökonomische, religiöse, ideologische oder geopolitische Dominanz.

Möglicherweise bestehen zwischen ihnen sogar diplomatische und kommerzielle Beziehungen, seien sie auch noch so sehr von Heuchelei und Labilität geprägt. Vielleicht gehören die fraglichen Staaten gar gemeinsamen politischen und militärischen Bündnissen an. Kurzum, Nachbarn, auf die diese Strategie angewandt wird, betrachtet man als »befreundete« Konkurrenz.

Griechenland und die Türkei sind beide Mitglieder der NATO und der UNO, was sie jedoch nicht daran hindert, einander mit größtem Argwohn zu begegnen und in ihrem Verhältnis zueinander immer wieder erhebliche Spannungen aufkommen zu lassen.

Anfang Juni 2017 trat Saudi-Arabien in eine Phase der Feindseligkeit gegenüber dem benachbarten Katar ein, mit dem es einst so viel gemeinsam hatte. An sich könnte das ähnliche Profil beider Länder als sunnitisch-muslimische Staaten, denen ihre Erdölvorkommen Wohlstand bescheren, ausreichen, um freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Aber Doha beging anscheinend den unverzeihlichen Fehler, sich nicht bereitwillig den Wünschen der starken Regionalmacht unterzuordnen, die Riad sein will. In der Folge wurde Katar beschuldigt, extremistische Gruppen zu unterstützen, die in der Region für Chaos sorgten (etwa Al-Qaida und den sogenannten Islamischen Staat). Doch abgesehen von den Wirtschaftsinteressen, die in diese Krise hineinspielten, stand hinter der Entscheidung der Saudis auch das Ringen um die geistige Führungsrolle in der sunnitisch-muslimischen Welt. Während Saudi-Arabien an der Spitze der rigoristischen wahhabitischen Strömung steht, die in einen Gutteil der Welt mit gigantischen Summen von Petrodollars ihre weitere Ausbreitung betreibt, ist Katar einer anderen, nicht minder radikalen Bewegung verbunden: der Muslimbruderschaft.[25]

Überdies nutzt Saudi-Arabien das Kräfteungleichgewicht, um seinen Nachbarstaat herauszufordern, wohl wissend, dass es mit etwa 30 Millionen Einwohnern und einer Armee von nahezu einer halben Million Mann mehr als ausreichende Mittel besitzt, um Katar mit seinen lediglich 2 Millionen Menschen und 11000 Soldaten an die Wand zu drücken.

Diese Rivalität zwischen Nachbarn, in der sich Religion, Wirtschaft und Geopolitik mischen und die von außen durch fremde

Interessen angeheizt wird, besitzt das Potenzial, noch größere Instabilität in eine Region zu bringen, die heute außerstande scheint, dauerhaften Frieden zu erlangen.

Trau keinem, auch nicht deinem Nachbarn

Im Lauf der Jahrhunderte haben zahlreiche Länder versucht, eine Überlegenheit über ihre Nachbarn herzustellen, um diese als potenzielle Bedrohung auszuschalten, ob militärischer oder ökonomischer Natur. Zeitweise haben sie auch das Ziel verfolgt, die Nachbarstaaten als wichtige Märkte für ihre Produkte zu gewinnen. Dann war ihnen daran gelegen, dass diese Nachbarn eine gewisse Stabilität behielten. Gilt ein Nachbarland jedoch als Bedrohung, so werden in erster Linie Methoden zur inneren Destabilisierung eingesetzt, wofür subversive Gruppen geschaffen oder unterstützt werden. Verschärfen sich die Spannungen, so mündet die Situation in der Regel in einen bewaffneten Konflikt von variabler Intensität.

Heutzutage befinden sich die Staaten in einem globalen Wettstreit, der alle zu Nachbarn macht. Es gibt verschiedene Instrumente, um seine Nachbarn zu schwächen: ökonomische, politische, diplomatische und militärische. Doch alle gehorchen demselben Interesse: Macht und Vorherrschaft über die anderen zu erlangen, weshalb das Schädigen der Nachbarn eine Möglichkeit ist, den Status quo zu erhalten.

Aus all diesen Gründen darf man sich auf den vorgeblichen guten Willen seiner Nachbarn niemals verlassen. Im Grunde nehmen sie, um ihre eigene Position zu verbessern und (wenigstens regional) die Kontrolle zu besitzen, stets gerne hin, wenn ihr Nachbarland politisch gespalten ist, wenn separatistische Bestrebungen aufkommen, soziale Konflikte um sich

greifen, Unruhen ausbrechen oder ein Staat sogar auseinanderbricht. Selbstverständlich nur so lange, wie sich das nicht negativ auf die eigene Wirtschaft auswirkt, die eigene Sicherheit oder Stabilität. Es darf kein Markt verloren gehen - durch fehlende Zahlungsfähigkeit -, und es dürfen sich durch das nahe Beispiel keine sozialen Spannungen auf dem eigenen Staatsgebiet herausbilden. Eine Masseneinwanderung aus dem gescheiterten Staat ist ebenfalls unerwünscht. Die Geschichte zeigt, dass sich Nachbarn schon immer als Gegner gegenüberstanden, denen man nicht trauen sollte ... je näher sie einem sind, desto weniger.

5. Vortäuschen und verbergen

Seit Anbeginn der Zeit dienen Spione den Staaten als verlängerter Arm, der in feindlichen oder auch verbündeten Ländern im Verborgenen agiert, um im Interesse der Staaten, deren Befehl er untersteht, gewinnbringende Informationen zu beschaffen. Während des Zweiten Weltkriegs traten zum Beispiel einige der wichtigsten sowjetischen Agenten in europäischen Ländern als kapitalistische Unternehmer auf. So konnten sie verschleiern, dass sie eigentlich für die Kommunisten sensible Informationen sammelten. Sie hielten sich dabei lediglich an Lenins Prämisse, Kommunisten müssten, wenn sie ihre ideologischen Ziele erreichen wollten, bereit sein, zu allen erdenklichen Listen und illegalen Machenschaften zu greifen.

Hier besteht kein allzu großer Unterschied zu dem, was in der muslimischen Welt unter der Bezeichnung *taqiyya* (Verheimlichung) kursiert und speziell bei den Schiiten als *kitman* (Verstellung) ein häufiges Verhalten von Salafisten-Dschihadisten ist, um im Vorfeld eines terroristischen Attentats nicht entdeckt zu werden.

Auch Staaten versuchen, im Schatten der Täuschung zu wachsen und sich erst zu erkennen zu geben, wenn sie bereit sind, den Sprung in die internationale Sphäre zu wagen. Es empfiehlt sich bisweilen, als arm und schwach zu erscheinen, um nicht Feindschaft und Neid aufkommen zu lassen, und seine Ressourcen zu verbergen, um zu vermeiden, dass andere sie sich anzueignen suchen. In der Geopolitik wird Betrug zur höchsten Kunst.

Die Meisterschaft des Sun Tsu

Der chinesische General und Militärstratege Sun Tsu (6.-5. Jahrhundert v. Chr.) gibt in seiner einflussreichen Abhandlung *Die Kunst des Krieges* zahlreiche Empfehlungen zu der Frage, wie und wann zu täuschen und zu verbergen sei, und lässt sich eingehend darüber aus, dass sich die Kriegsführung auf Betrug gründet: »Selbst wenn du fähig bist, erscheine unfähig. Selbst wenn du tätig bist, erscheine untätig. Wenn du in der Nähe angreifen willst, so täusche vor, dass du dich auf einen weiten Weg machst; wenn du in der Ferne angreifen willst, mach die anderen glauben, dass du nur eine kurze Strecke zurücklegen willst. Verführe den Gegner mit der Aussicht auf seinen Vorteil, schütze Unordnung vor und nimm ihn gefangen. [...] Gib Unterwürfigkeit vor, um die Arroganz des Gegners anzustacheln.«

Mao Zedong hat bei mehreren Gelegenheiten erwähnt, bei seinem Sieg über Chiang Kai-shek und die Kuomintang im Jahr 1949 habe er Sun Tsus Denken viel zu verdanken. Außerdem hatte dessen Abhandlung entscheidenden Einfluss auf Maos eigene Schriften über den Guerillakrieg, die ihrerseits ein wesentlicher Anstoß für kommunistische Aufstände auf der ganzen Welt sein sollten.

China heute

Derzeit ist es China, das »vortäuscht und verbirgt«. Deng Xiaoping war schon in der Ära von Mao Zedong einer der wichtigsten kommunistischen Führer, Verfechter des »Großen Sprungs nach vorn«, der Politik also, die zur Erneuerung der chinesischen Wirtschaft angetreten war. Während der von Mao gegenüber dem Reformflügel betriebenen Kulturrevolution aus

Beijing verbannt, kehrte Deng 1978 - nach dem Tod des Großen Steuermanns - in die Politik zurück. Er führte Wirtschaftsreformen kapitalistischer Machart durch, hielt aber den kommunistischen Diskurs aufrecht, wodurch China in weniger als vierzig Jahren zur führenden Regionalmacht aufstieg, die weltweit großen Einfluss hat. Doch wenn man an das China von vor zwanzig oder auch nur vor zehn Jahren denkt, würde niemand dieses Land für eine würdige Konkurrenz der Vereinigten Staaten halten. Wenigstens für keine so bedeutende, dass Washington seine außenpolitische Aufmerksamkeit von Europa und dem Mittleren Osten ab- und der Asia-Pazifik-Region zuwendet, wie es die Regierung Obama in ihren Anfangsjahren getan hat.

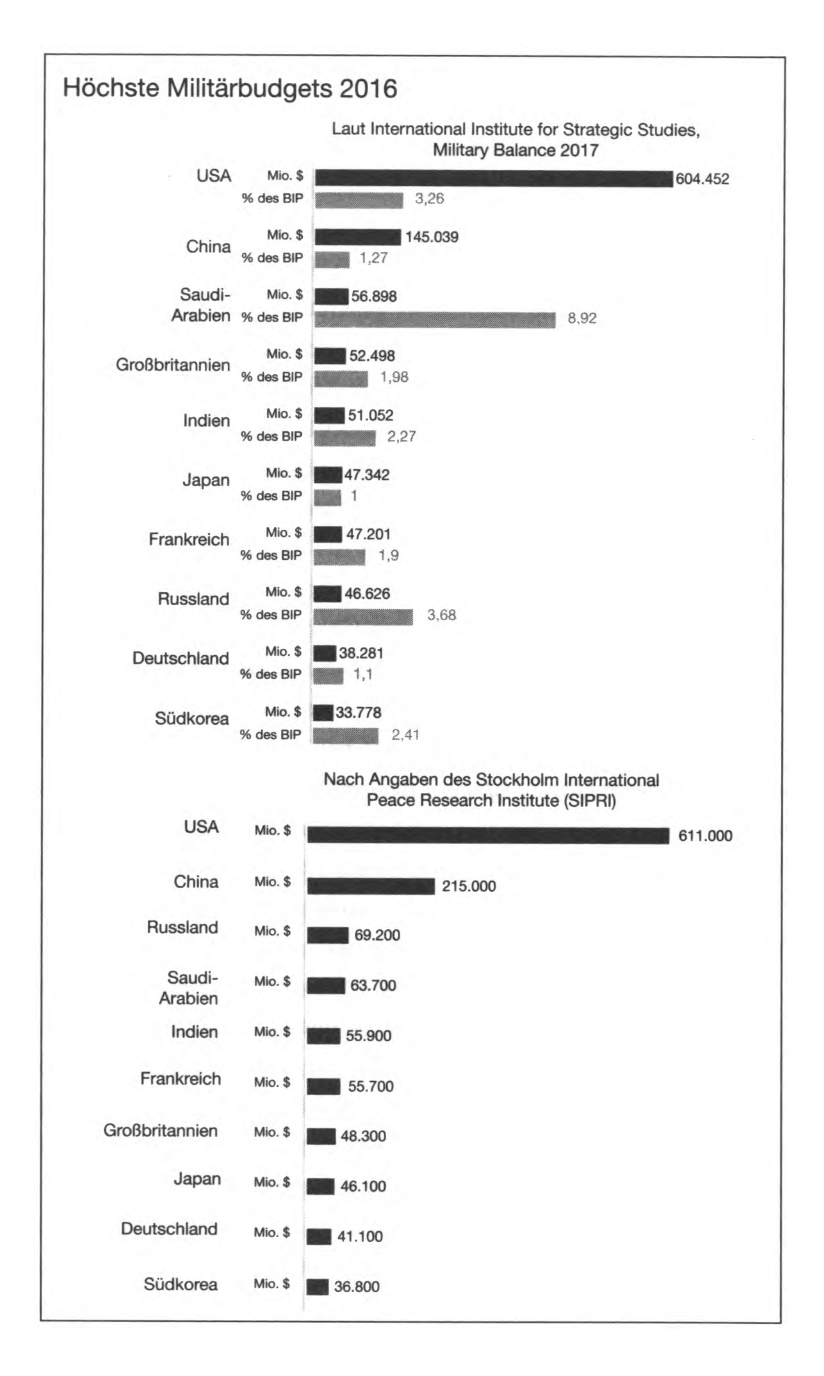
Tatsächlich tritt China bei den weltweiten Gipfeltreffen zum Klimawandel noch immer auf, als wäre es ein Entwicklungsland. In diesem Sinn haben sich die chinesischen Staatspräsidenten der letzten Jahre, Hu Jintao (2003-2013) und sein Nachfolger Xi Jinping, geäußert, wenn sie in internationalen Foren daran erinnerten, dass China im Begriff sei, sich zu entwickeln, und entsprechend handeln müsse. Aber ist China denn wirklich noch ein Entwicklungsland? Deng Xiaoping sagte: »Verbirg deine Stärke, warte auf deinen Moment.« Und das tut China seit den 1980er-Jahren. Bereits 1974 hatte Deng bei einer Rede vor den Vereinten Nationen China als »sozialistisches Land« bezeichnet, das »gleichzeitig ein Entwicklungsland« sei. Seither ist die chinesische Wirtschaft um den Faktor 64 gewachsen, bei konstanten jährlichen Wachstumsraten von 7 bis 10 Prozent. Wie erwähnt, ist China inzwischen die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt; gemessen an der Kaufkraftparität hat es die Nummer eins, die USA, bereits überholt, und man erwartet, dass der Abstand in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird.

Was seine Militärausgaben betrifft, steht China weltweit auf Rang zwei hinter den Vereinigten Staaten und ist mit einem Budget, das nach offiziellen Angaben 2 Prozent des BIP beträgt, eindeutig die Nummer eins in Asien.[26] Zudem hat sich diese Tendenz in den letzten Jahren nach Studien des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) verschärft. Zu bedenken sind auch die von China geschaffenen Organisationen und Foren zur Süd-Süd-Kooperation, etwa die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit[27], die BRICS-Bank[28], die China Development Bank und die Asiatische Infrastruktur-Investmentbank, die zu Konkurrenten der seinerzeit durch die USA und andere westliche Länder gegründeten internationalen Organisationen werden könnten, etwa des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

Trotz alledem trifft es zu, dass sich China noch in erheblichem Maß entwickelt. Dafür sprechen die über eine Milliarde Menschen, die in ländlichen Regionen oder Vororten der großen Städte ein Leben in Armut führen. China hat es zu seiner Priorität und Verantwortung als Großmacht erklärt, sich auf die häuslichen Angelegenheiten zu konzentrieren und Wohlstand und Wirtschaftswachstum im Inneren des Landes zu fördern.

Manchen chinesischen Strategen zufolge war die relative Abschwächung von Chinas Wirtschaft in den letzten Jahren genau so geplant, um eine ausgewogenere Wohlstandsverteilung in der Bevölkerung zu erreichen, nachdem das Aufkommen etlicher Millionen Millionäre begonnen hatte, für eine gewisse Polarisierung zu sorgen. Kurz gesagt, geht es wohl darum, dass sich eine Mittelschicht konsolidiert, die den Staat stabilisiert, und dass der Eindruck von Ungerechtigkeit vermieden wird, aus dem soziale Unruhen entstehen könnten.

Ebenso ist denkbar, dass China schlichtweg eine Strategie betreibt, die es als Supermacht auftreten lässt, ohne jedoch die



Höchste Militärbudgets 2016
Laut International Institute for Strategic Studies, Military Balance 2017
USA
Mio. $
604.452
% des BIP
3,26
China
Mio. $
145.039
% des BIP
1,27
Saudi-Arabien
Mio. $
56.898
% des BIP
8,92
Großbritannien
Mio. $
52.498
% des BIP
1,98
Indien
Mio. $
51.052
% des BIP
2,27
Japan
Mio. $
47.342
% des BIP
1
Frankreich
Mio. $
47.201
% des BIP
1,9
Russland
Mio. $
46.626
% des BIP
3,68
Deutschland
Mio. $
38.281
% des BIP
1,1
Südkorea
Mio. $
33.778
% des BIP
2,41
Nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)
USA
Mio. $
611.000
China
Mio. $
215.000
Russland
Mio. $
69.200
Saudi-Arabien
Mio. $
63.700
Indien
Mio. $
55.900
Frankreich
Mio. $
55.700
Großbritannien
Mio. $
48.300
Japan
Mio. $
46.100
Deutschland
Mio. $
41.100
Südkorea
Mio. $
36.800

Pflichten auf sich zu nehmen, die damit einhergehen. Eine der großen geopolitischen Ungewissheiten der Gegenwart ist die Frage, ob Chinas Erwachen friedlich oder aggressiv ausfallen wird. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Xi Jinping im März 2014 China mit einem erwachenden Löwen verglichen hat, wenn auch einem »friedlichen, umgänglichen und zivilisierten«.[29] Die Unsicherheit nährt sich aus dem Misstrauen, das China erzeugt, indem es seine wahren Absichten hinter dem Rauch der Entwicklung verbirgt. Und hat schon mal jemand einen friedlichen Löwen gesehen?

Auf jeden Fall ist China ein großartiges Beispiel für die genannte Strategie, was nicht besonders überraschen wird, wenn man die reiche und lange Geschichte des Landes und seine Tradition von Schläue und Geduld bedenkt.

Was sich hinter der vorgeblichen Wahrheit verbirgt

Auf internationaler Bühne wurde vielfach versucht, wahre Absichten hinter humanitären oder umweltschützerischen Gründen zu verbergen oder künstliche Feindschaften heraufzubeschwören. Man erinnere sich nur an die Invasion im Irak im Jahr 2003 - unter dem Vorwand angeblicher Massenvernichtungswaffen. Wie bei einem Veto, bei Einschränkungen der Produktion gewisser Materialien oder bei einem präventiven Embargo geht es in Wirklichkeit darum, das Wirtschaftswachstum anderer zu bremsen oder das eigene zu sichern (etwa mit Zöllen auf Produkte, deren Import die nationale Wirtschaft beeinträchtigen könnte). Ganz zu schweigen von dem durch George W. Bush erklärten »Krieg gegen den Terror«, der einen vermeintlichen gemeinsamen Feind aller herbeiredete: den internationalen oder globalen Terrorismus - ein falsches oder zu-

mindest schillerndes Konzept, das seit 2001 ohne Lösung geblieben ist.

Klar ist: Sooft eine Großmacht oder ein Staat, der dazu werden will, die Bühne betritt, müssen wir uns fragen, was die wahren Motive hinter seinen Handlungen sind. So wird es auch in Zukunft sein, ob in der Wirtschaft, im militärischen, ökologischen oder humanitären Bereich, und die Gründe, die man uns dafür serviert - und an denen durchaus etwas dran sein mag -, werden vorwiegend als Ausreden herhalten, gemäß einer politischen, ökonomischen und geopolitischen Agenda der beteiligten Staaten, die für gewöhnlich nichts Ehrenwertes an sich hat.

6. Die Achillesferse des Rivalen

Alle Völker, Nationen, Staaten oder Reiche haben Schwächen und innere Machtkämpfe, die ein Gegner - ein geschickter Stratege, der seinen Konkurrenten schwächen oder ganz vom Spielfeld fegen will - zu nutzen weiß. Nationalisten, Separatisten oder subversive Bewegungen, die aus dem Hintergrund gefördert und angeleitet werden, suchen stets nach dieser Achillesferse des Rivalen, die ihn zu Fall bringt oder gar zu seiner Vernichtung führt.

Die chinesischen Stabsoffiziere Liang und Xiangsui legen den Nutzen dar, den man daraus zieht, die Schwachpunkte eines Feindes ausfindig zu machen und sie dann einzusetzen, um die Macht des Stärkeren ins Wanken zu bringen. Das lässt sich ihnen zufolge durch Guerillataktiken erreichen - vor allem in den Städten -, durch Terror, durch einen Heiligen Krieg, durch fortgesetzten Krieg und durch Krieg über die Netzwerke. Bei all diesen Formen des Kampfes richten sich die Angriffe auf empfindliche Stellen, die sich dazu eignen, beim Gegner gewaltige psychologische Erschütterungen auszulösen. Zu einem Zeitpunkt, da einige westliche Länder in einer Auseinandersetzung mit dem dschihadistischen Terrorismus gefangen sind, lohnt sich die Erinnerung an einen Hinweis des Experten für Militärstrategie, Pierre Servent: Im Visier der nur schemenhaft erkennbaren terroristischen Gruppen stehen Zivilisten und die öffentliche Meinung, heutzutage die größte Schwachstelle demokratischer Gesellschaften.

Das Ausnutzen von Spaniens Schwäche durch die USA

Eine Achillesferse hat jede Supermacht, und so gewaltig, ja unbesiegbar sie auch scheinen mag, kann doch jederzeit ein kluger Kopf auftreten, der diesen Schwachpunkt findet. Ein klares

Beispiel dafür ist der Kubanische Unabhängigkeitskrieg von 1898. Auf der Berliner Westafrika-Konferenz von 1884/85 hatten sich die europäischen Großmächte die Gegenden Afrikas aufgeteilt, die sie zu Kolonien machen wollten, wie es später auch in Asien geschah. Die Vereinigten Staaten, an keinem der beiden Verhandlungstreffen beteiligt, begannen ihre expansionistische Karriere, indem sie sich auf das konzentrierten, was ihnen am nächsten lag: die Karibik. Zunächst hatten einige US-Präsidenten versucht, Kuba aufgrund seines strategischen, landwirtschaftlichen und ökonomischen Werts käuflich zu erwerben, aber Spanien hatte das Geschäft stets abgelehnt. Seit der Revolution von 1868 war auf Kuba ein Nationalgefühl aufgekommen, das durch das Entstehen eines Bürgertums auf der Insel und die vom Mutterland vertretenen politischen und kommerziellen Beschränkungen begünstigt wurde. Verschiedene Aufstände folgten aufeinander, der Zehnjährigen Krieg (1868-1878), der Guerra Chiquita (1879-1880) und der Krieg von 1895, begleitet von Medienkampagnen Washingtons, das die kubanischen Revolutionäre als Befreiungskämpfer darstellte, sowie Madrids, das die nordamerikanische Regierung als Dieb abstempelte, dem es einzig darum gehe, die Insel zu annektieren.

Unter dem Vorwand, die Interessen US-amerikanischer Bürger auf der Insel zu schützen, was als legitimer Grund für eine Intervention galt, schickte das Weiße Haus im Januar 1898 den Panzerkreuzer *Maine* nach Kuba. Als das Schiff im Februar desselben Jahres nach einer Explosion sank, war der Anlass für den Spanisch-Amerikanischen Krieg gefunden. Er endete mit einem Sieg der USA und besiegelte den Abstieg des spanischen Kolonialreichs. Spanien verlor Kuba, Puerto Rico und die Philippinen - ein Ereignis, das auf der Iberischen Halbinsel als »Desaster von 1898« bekannt ist.

Washington wusste das kubanische Nationalgefühl zu nutzen, um die Kolonialmacht der Insel zu schwächen und nebenbei seinen eigentlichen Zweck zu erreichen: seinen Einfluss dort geltend zu machen.

Deutschland schickt Lenin nach Russland

Um seinen Gegner zu schwächen, kann man politische, gesellschaftliche und religiöse Zwistigkeiten im Inneren des verfeindeten Landes fördern und ausschlachten - so verfuhr zum Beispiel das Deutsche Reich während des Ersten Weltkriegs mit Russland. Die Regierung Kaiser Wilhelms II. versuchte generell, ihre Gegner innenpolitisch zu destabilisieren, und unterstützte daher Unabhängigkeitsbewegungen in Irland, Indien, Ägypten und Marokko. Gegenüber Russland lag der Fall jedoch anders, und das deutsche Vorgehen sollte sich für den deutschen (Teil-) Sieg gegen Russland als grundlegend erweisen.

Im Jahr 1917 hatten die Deutschen ihre Truppen auf zwei Fronten verteilt, im Westen und im Osten. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten aufseiten der Briten musste das Deutsche Reich Kräfte von der Ostfront abziehen, die an der Grenze zu Frankreich benötigt wurden. In Russland wiederum hing die Regierung von Zar Nikolaus II. an einem seidenen Faden, insbesondere nach dem Blutsonntag im Jahr 1905. Obwohl die Bürgerlichen in der Duma den Zar 1917 zur Abdankung nötigten, setzte Russland den Krieg gegen das Deutsche Reich fort. Lenin, seit über zehn Jahren im Schweizer Exil, war im Kampf der Bolschewiken gegen Bourgeoisie und Zaristen eine Schlüsselfigur, und der Kaiser ging davon aus, dass eine Regierung unter Führung des Revolutionärs eher zur Kapitulation bereit wäre. Also sicherte Deutschland Lenin freies Geleit zu, damit er

auf russisches Territorium gelangen konnte. Die bloße Anwesenheit des Agitators in St. Petersburg brachte der sozialistischen Bewegung neuen Schwung, und es gelang ihr, den Krieg zu beenden und allmählich die Kontrolle über das Land zu gewinnen, was allerdings zu einem blutigen Bürgerkrieg führte.

Obwohl dieser Winkelzug den Deutschen nicht dazu verhalf, den ganzen Krieg zu gewinnen, zeigt er doch gut, wie die Achillesfersen-Strategie funktioniert. Tatsächlich war damit nur umgesetzt worden, was bereits der preußische Stratege Carl von Clausewitz vertreten hatte: »Das russische Reich ist kein Land, das man förmlich erobern, d. h. besetzt halten kann [...] Ein solches Land kann nur bezwungen werden durch eigene Schwäche und durch die Wirrungen des inneren Zwiespalts.«

Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg

Während des Zweiten Weltkriegs gelangte Washington zu der Überzeugung, dass die USA aus eigenem Interesse in den Krieg gegen Deutschland eintreten müssten. Denn wenn es Hitler gelänge, die europäischen Länder zu besiegen und ein geeintes Europa zu schaffen, in dem er auch über Russlands Ressourcen und Humankapital verfügen konnte - eine mächtige Kombination aus Technologie und praktisch unbegrenzten Rohstoffen -, wäre es nur eine Frage der Zeit, bis das Deutsche Reich seine Augen auch auf die Vereinigten Staaten richtete. Und zwar nicht nur als unzweifelhafter ökonomischer Konkurrent, zu dem es sich entwickelt hätte, sondern auch als militärischer Gegner. Angeblich schmiedete Hitler bereits Pläne, um nach dem Sieg in Europa und mit den Energieressourcen Afrikas und Asiens unter seiner Kontrolle den Sprung über den Atlantik zu wagen, um den

amerikanischen Kontinent zu erobern, angefangen mit Südamerika. So weit konnte es das Weiße Haus nicht kommen lassen. Dennoch schritten die Vereinigten Staaten erst ein, als Europa durch seine inneren Auseinandersetzungen ausreichend geschwächt war. Auf diese Weise stellten die USA sicher, dass die europäischen Länder für ihre Interessen keine Bedrohung mehr darstellten. Im Gegenteil, ihnen würde nichts anderes übrig bleiben, als sich dem hilfreichen Amerika zu unterwerfen. So hatte wieder einmal die Vormacht die Karten zu ihren Gunsten neu gemischt - durch Ausnutzung der Schwäche des Gegners.

Die empfindlichen Stellen der Geopolitik

Selbst die Mächtigsten haben eine empfindliche Stelle, einen neuralgischen Punkt, der so grundlegend und lebenswichtig ist, dass Störungen an dieser Stelle zu vollkommener Destabilisierung führen können. Für den US-Strategen Zbigniew Brzezinski hing zum Beispiel die globale Vorherrschaft der Vereinigten Staaten direkt davon ab, wie lange und wie effektiv sie ihre Vormachtstellung gegenüber Europa und Asien halten können. Brzezinski ging davon aus, dass Eurasien als größter Kontinent des Planeten dessen geopolitische Achse ist. Die Macht, die diesen weiträumigen Erdteil beherrscht, kontrolliert damit zwei der drei fortgeschrittensten und ökonomisch produktivsten Weltregionen. Eurasien ist somit das wahre Gravitationszentrum, um das die Supermächte pausenlos ringen.

Wie Individuen und Familie hat auch jede Gesellschaft ihren Schwachpunkt, den Gegner ausnutzen können, um sie zu Fall zu bringen. Die beste Verteidigung besteht darin, die eigene Achillesferse selbst zu identifizieren. Wer seine eigenen Schwachstellen kennt, kann sie verbergen und vor dem Zugriff anderer schützen.

7. Teile und herrsche

Die Strategie, bestehende Machtstrukturen zu zerstören und den Zusammenschluss kleiner Einheiten zu größeren zu verhindern, damit keine andere Macht aufkommen und der etablierten entgegentreten kann, geht mindestens auf die Zeit des Römischen Reiches zurück. Julius Cäsar resümierte sie in der Maxime »Divide et impera« - »Teile und herrsche«. Viel ist über dieses Prinzip geschrieben worden, und fast alle Autoren kommen zu dem Schluss, dass es funktioniert.

Während des Ersten Weltkriegs erkannte England, dass ein Aufstand in Arabien zur Niederlage des Osmanischen Reichs beitragen würde, das mit dem Deutschen Reich verbündet war. Auf diese Weise neigte sich das Kriegsglück den Engländern auch in ihrem Kampf gegen die Deutschen zu.

Im Zweiten Weltkrieg tat Churchill alles Menschenmögliche, um Stalin dazu zu bringen, seinen Pakt mit Hitler zu brechen und auf der Seite der Alliierten in den Krieg gegen Deutschland einzutreten. Im selben Krieg waren die Großmächte nicht daran interessiert, in der arabisch-muslimischen Welt eine starke Führung zuzulassen, weshalb sie innerarabische Rivalitäten förderten. In Indien behielt das britische Empire die regionalen Grenzen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen bei, um Reibungen und territoriale Zwistigkeiten zwischen ihnen aufrechtzuerhalten, damit sie nicht gemeinsam nach Unabhängigkeit strebten. Als das Land nach dem Weltkrieg dann doch die Unabhängigkeit erlangte, hielten die Reibungen an, und Britisch-Indien zerfiel schließlich in sechs Staaten: Indien, Pakistan, Nepal, Bangladesch, Bhutan und Sri Lanka (Ceylon).

1973 verhängten die arabischen Mitgliedsländer der OPEC in der Folge des Jom-Kippur-Kriegs (6.-25. Oktober) ein Exportembargo gegen die Vereinigten Staaten und Holland. Gleich-

zeitig verstaatlichten viele dieser Länder ihren Energiesektor. In sieben Jahren stieg der Erdölpreis von drei Dollar auf circa 35 Dollar pro Barrel. Von diesem Moment an begannen Washington und seine wichtigsten Bündnispartner, die Zerstrittenheit der Mitglieder der OPEC anzustacheln, um neue Abmachungen zwischen ihnen zu verhindern, die den Ölpreis noch weiter in die Höhe treiben könnten. Schließlich waren die Vereinigten Staaten der weltweit größte Verbraucher von Öl (ein Viertel der Gesamtmenge).

Während des Kalten Krieges sahen die Architekten der US-amerikanischen Außenpolitik multiethnische Gesellschaften als ein potenzielles Instrument zur Destabilisierung von Ländern, die ihren Interessen entgegenstanden. Zugleich aber wiesen auch befreundete Staaten diesen Schwachpunkt auf, den gegnerische Mächte dazu nutzen konnten, um an Orten, die für die USA von Interesse waren, Instabilität zu generieren. Die Frage der ethnischen Zusammensetzung einer Bevölkerung war also auf jeden Fall zu berücksichtigen.

Den Schriften des britischen Generals und Strategen J. F. C. Fuller ist zu entnehmen, dass Großbritannien zu allen Zeiten die Beherrschung Europas durch eine einzige Macht hintertrieben hat. Doch statt seine Gegner vernichtend zu schlagen, versuchte man lieber, deren Macht so weit zu verringern, dass stets ein Kräftegleichgewicht gewahrt blieb.

Die Spaltung der arabischen Welt

Am 15. Juni 1915 nutzten die Briten die Unzufriedenheit der Araber unter türkischer Herrschaft und unterzeichneten ein Geheimabkommen mit dem Scherifen Hussein Ibn Ali, dem Emir des Hedschas und religiösen Oberhaupt von Mekka und

Medina. Darin sagten sie ihm die Schaffung eines arabischen Staates zu, der von Syrien bis ans Rote Meer und an den Persischen Golf reichen sollte und von Damaskus bis Mekka. Im Gegenzug sollte Hussein dabei mitwirken, das Osmanische Reich zu besiegen. Im Vertrauen auf die Zusagen erklärte er den Osmanen im Juni 1916 den Krieg und ließ sich fünf Monate später zum König von Arabien ausrufen.

Der zwölfte der vierzehn Punkte, die US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 umriss - und die als Grundlage für die Friedensverhandlungen zwischen der Entente und den Zentralmächten dienen sollten -, besagte, wie den übrigen unter Herrschaft des Osmanischen Reichs stehenden Völkern solle auch den Arabern »eine unzweifelhafte Sicherheit der Existenz und unbeeinträchtigte Gelegenheit für autonome Entwicklung zugesichert werden«.

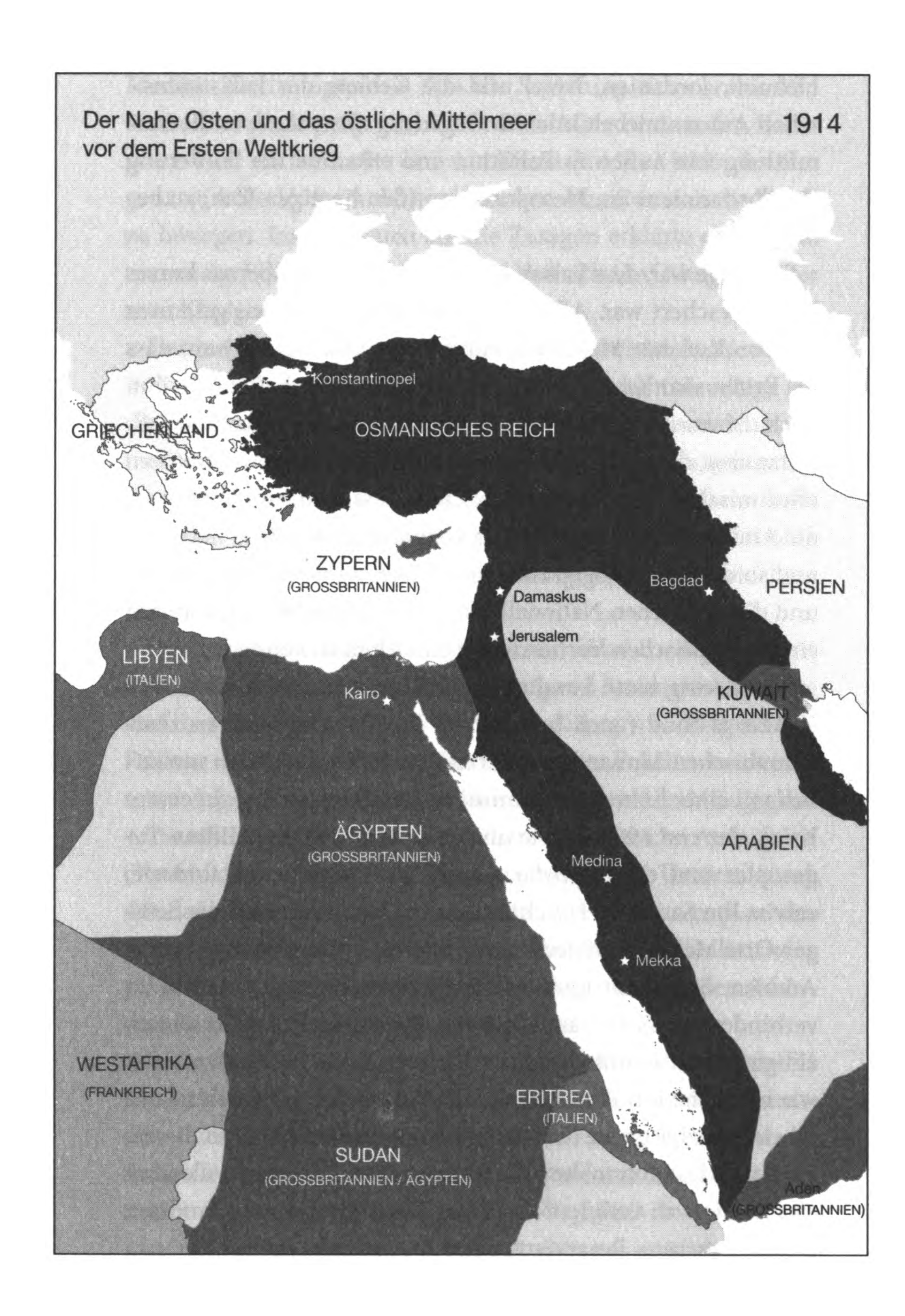
Doch als Hussein Ibn Alis Sohn, Emir Faisal I. - den der syrische Nationalkongress 1920 zum König von Syrien proklamierte und den die Briten 1921 als irakischen König vorschlugen - im Februar 1919 beim Hohen Rat der Pariser Friedenskonferenz seine Argumente zugunsten einer arabischen Unabhängigkeit vorbrachte, fand die Rede eine überaus skeptische Aufnahme. Obwohl der haschimitische Fürst glaubte, auf die Unterstützung der Entente-Staaten zählen zu dürfen, deren Zielen er ja an der Spitze der Arabischen Revolte gegen das Osmanische Reich loyal gedient hatte, kollidierten seine Forderungen mit den Ambitionen, die Frankreich in Syrien verfolgte.

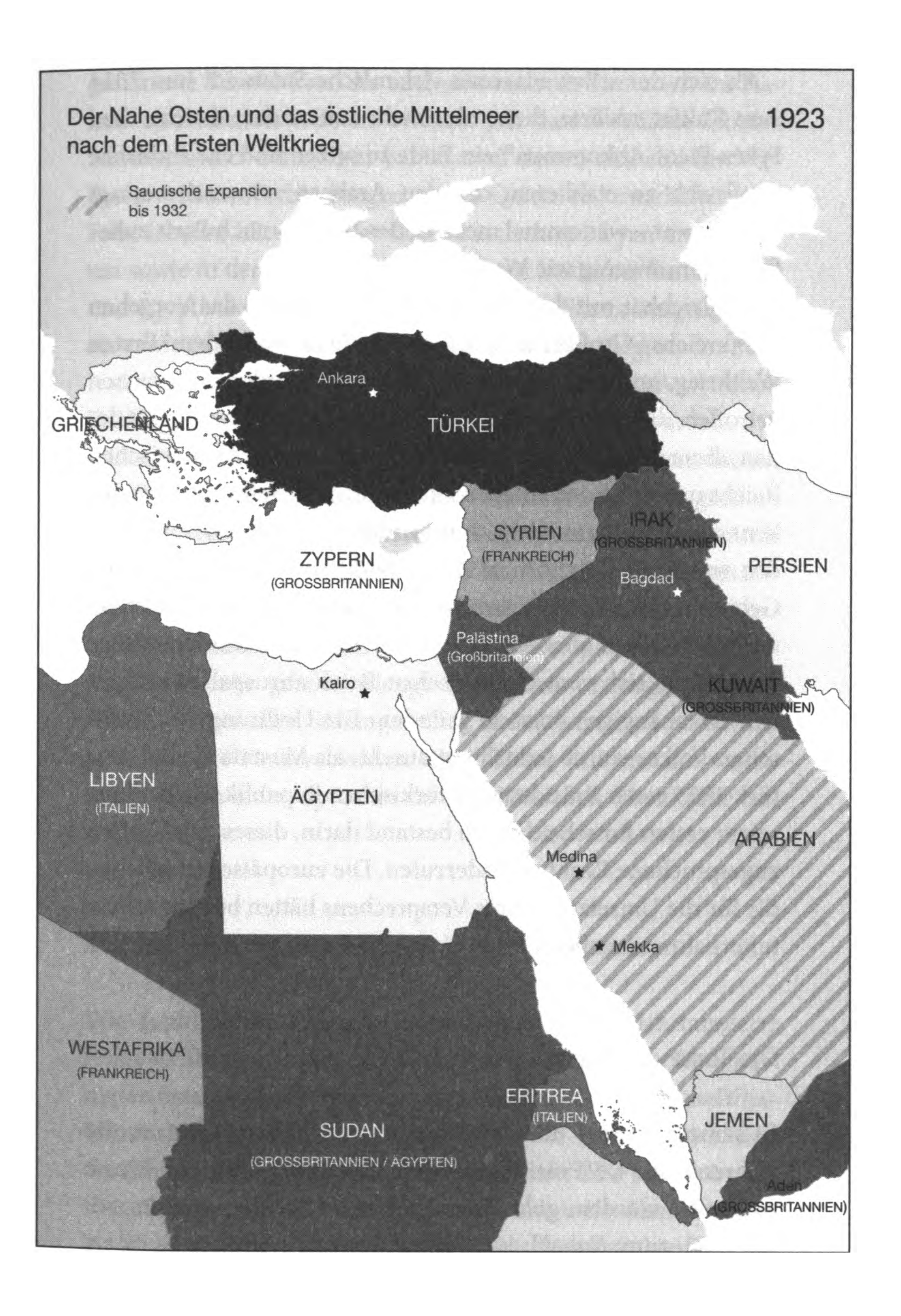
Bedenkt man, welch weitreichende territoriale Zusagen Sir Henry McMahon - damals britischer Hochkommissar in Kairo - dem Scherifen Hussein gemacht hatte, so war die Position, die dessen Sohn Faisal vertrat, mehr als moderat: Er forderte die unmittelbare und vollständige Unabhängigkeit der arabischen Länder und des Hedschas von Großsyrien - heute Syrien,

Libanon, Jordanien, Israel und die Gebiete der Palästinensischen Autonomiebehörde. Im Gegenzug akzeptierte er die Vermittlung von außen in Palästina und erkannte die Forderung Großbritanniens an, Mesopotamien (den heutigen Irak) zu beherrschen.

Die Folge war, dass Faisals syrischem Reich ein überaus kurzes Leben beschert war. Allerdings hatte Hussein seinen gesamten Briefwechsel mit McMahon aufbewahrt und begriff nun, dass die Briten sämtliche Versprechungen gebrochen hatten, die ihm gemacht worden waren. Durch die Korrespondenz hatte Großbritannien, das damals für den Kampf gegen die Osmanen einen muslimischen Verbündeten brauchte, Hussein davon überzeugt, die Arabische Revolte gegen das Osmanische Reich zu initiieren und so die Unabhängigkeit seines Volkes zu erreichen. Hussein und die arabischen Nationalisten hatten geglaubt, sich dadurch einer europäischen Vorherrschaft entziehen zu können.

Gleichzeitig hatte London ein Abkommen mit der von Abd al-Aziz al-Saud (auch bekannt als Ibn Saud) geführten zentralarabischen Monarchie unterzeichnet, den die Briten monatlich mit einer hohen Geldsumme unterstützen sollten. In einem Krieg, der erst 1932 endete und nahezu eine halbe Million Todesopfer und die doppelte Anzahl an Vertriebenen forderte, entriss Ibn Saud den Haschimiten die Herrschaft über die heiligen Orte Mekka und Medina und begründete das heutige Saudi-Arabien. Später intrigierten die Engländer gegen ihn, um zu verhindern, dass die Saudis die gesamte arabische Halbinsel vereinigten, und schnitten den Indischen Ozean politisch so weit wie möglich vom Persischen Golf ab. Letztlich lässt sich all das als eine einzige große Farce betrachten, die nur dem Ziel diente, Paris und London mehr oder weniger direkt die Kontrolle über eine Region zu verschaffen, in der die weltweit bedeutendsten und rentabelsten Reserven fossiler Brennstoffe lagen.


Der Nahe Osten und das östliche Mittelmeer
vor dem Ersten Weltkrieg
1914
Konstantinopel
GRIECHENLAND
OSMANISCHES REICH
ZYPERN
(GROSSBRITANNIEN)
Bagdad
PERSIEN
Damaskus
Jerusalem
LIBYEN
(ITALIEN)
Kairo
KUWAIT
(GROSSBRITANNIEN)
ÄGYPTEN
(GROSSBRITANNIEN)
ARABIEN
Medina
Mekka
WESTAFRIKA
(FRANKREICH)
ERITREA
(ITALIEN)
SUDAN
(GROSSBRITANNIEN / ÄGYPTEN)
Aden
(GROSSBRITANNIEN)


Der Nahe Osten und das östliche Mittelmeer
nach dem Ersten Weltkrieg
1923
Saudische Expansion
bis 1932
Ankara
GRIECHENLAND
TÜRKEI
SYRIEN
(FRANKREICH)
IRAK
(GROSSBRITANNIEN)
PERSIEN
Bagdad
ZYPERN
(GROSSBRITANNIEN)
Palästina
(Großbritannien)
Kairo
KUWAIT
(GROSSBRITANNIEN)
LIBYEN
(ITALIEN)
ÄGYPTEN
ARABIEN
Medina
Mekka
WESTAFRIKA
(FRANKREICH)
ERITREA
(ITALIEN)
JEMEN
SUDAN
(GROSSBRITANNIEN / ÄGYPTEN)
Aden
(GROSSBRITANNIEN)

Als sich der selbst ernannte »Islamische Staat« im Juni 2014 zum Kalifat erklärte, diente das nicht zuletzt der Absicht, dem Sykes-Picot-Abkommen[30] ein Ende zu setzen und das arabische Großreich zu etablieren, das den Arabern seinerzeit versagt worden war - was einmal mehr weder London noch Paris zuließen, ebenso wenig wie Washington.

Vergleichbar mit der Täuschung der Araber ist das Vorgehen Frankreichs, Großbritanniens und Italiens nach dem Ersten Weltkrieg, im April 1920 in San Remo. Es wurden Absprachen getroffen, die später in verschiedene Klauseln eingingen, mit denen diese Länder nicht nur die Überreste des Osmanischen Reichs unter sich aufteilten, sondern auch die Teilung Ostanatoliens zwischen Armeniern und Kurden vereinbarten. Den Kurden wurde ein Territorium an der Südgrenze des armenischen Gebiets um die Stadt Diyarbakir als Staatsgebiet in Aussicht gestellt. Vor allem aber sicherte dieser Pakt den Kurden völlige Freiheit zu, sich vom Osmanischen Reich abzuspalten und einen unabhängigen Staat zu gründen. Die Hoffnung des kurdischen Volkes wurde jedoch enttäuscht, als Mustafa Kemal Atatürk 1923 erster Präsident der türkischen Republik wurde. Eine seiner ersten Entscheidungen bestand darin, dieses den Kurden zugesprochene Recht zu widerrufen. Die europäischen Mächte, die für die Umsetzung ihres Versprechens hätten bürgen sollen, unternahmen nichts.

Die Teilung Libyens

In seinem Artikel über die E-Mails von Hillary Clinton, die während des US-Präsidentschaftswahlkampfs 2016 der Presse zugespielt wurden, geht Brad Hoff auch auf die Gründe ein, die 2011 zum Angriff auf Libyen führten.[31] Hoff sieht es als

gesicherte Tatsache an, die auch aus anderen Szenarien im Nahen und Mittleren Osten bekannt sei, dass westliche Länder Aufständische unterstützt haben, von denen manche im Verdacht stehen, Verbindungen zu Al-Qaida zu unterhalten. Im Falle Libyens hätten an der Grenze zwischen Libyen und Ägypten sowie in den Vorstädten von Bengasi britische, französische und ägyptische Spezialeinheiten libysche Milizen ausgebildet - als verdeckte Aktionen, nur einen Monat nach Beginn der Proteste im Februar 2011. Die Volksaufstände des »Arabischen Frühlings« seien somit aus dem Ausland gefördert worden.

Die ausländischen Spezialeinheiten, heißt es weiter, hätten den Rebellen Waffen und Vorräte verschafft, darunter größere Mengen von AK-47-Gewehren und Munition. Das stimmt mit einer Meldung überein, die 2011 in der französischen Tageszeitung *Liberation* erschien; demnach hatte der französische Auslandsgeheimdienst DGSE Gaddafis Gegner per Fallschirmabwurf mit einer großen Menge an Waffen versorgt, darunter Maschinengewehre, Sturmgewehre, Granatwerfer und nicht zuletzt MILAN-Panzerabwehrraketen. Diese Information wurde später durch einen Sprecher der französischen Streitkräfte bestätigt.[32]

Zur Anwendung des Prinzips in der Gegenwart

Wie funktioniert Teilen und Herrschen im 21. Jahrhundert? Francois Thual schreibt, die Großmächte - allen voran die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich - sowie multinationale Konzerne (also die Großmächte der Wirtschaft) hätten die Zersplitterung der Welt dazu eingesetzt, ihre Macht besser abzusichern, um ihre Gewinne und die Kontrolle über die Rohstoffe zu maximieren, welche die Weltwirtschaft benötigt. In

seinem Buch *Laplanete emiettee* legt er weiter dar, die »Parzellierung der Welt« sei das Ergebnis von »Manipulationen bei der Entstehung von Staaten, in ihrer Mehrzahl das Werk der reichen und mächtigen Länder, die auf diese Weise versuchen, ihre strategischen und ökonomischen Interessen zu wahren«. Dem französischen Strategen zufolge ist der Gedanke nicht abwegig, dass im Namen einer nationalen oder religiösen Identität binnen einer Generation bis zu dreißig neue Staaten entstehen könnten. Die gegenwärtige Situation in Ländern wie Irak, Syrien oder Libyen könnte ein Hinweis darauf sein, dass Thuals These nicht weit von der Realität entfernt ist. Ähnliches könnte selbst in manchen europäischen Ländern bevorstehen, in denen zentrifugale, separatistische Kräfte immer mehr an Kraft gewinnen.

Robert D. Kaplan vertritt die Auffassung, je einiger Europa sei, desto größer würden die Spannungen mit Washington. Das Einzige, was Europa zurzeit zu einem dauerhaft ernst zu nehmenden Konkurrenten der USA machen könnte, sei die Umsetzung einer einheitlichen Außenpolitik sowie einer starken gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit einer gesamteuropäischen Armee und einem europäischen Geheimdienst, letztlich also das, was Churchill einst herbeiwünschte: die Vereinigten Staaten von Europa.

Es sei daran erinnert, dass diese Vorstellung ihrer Verwirklichung am nächsten kam, als eine Europäische Verfassung im Raum stand. Letzten Endes standen ihr die Bedenken einiger einflussreicher Länder wie Frankreich im Weg, die fürchteten, ihre privilegierte Position einzubüßen. Nimmt man den bevorstehenden Brexit und die Spannungen in der Flüchtlingsfrage hinzu, so ist klar zu erkennen, dass ein solches Projekt bis auf Weiteres reine Utopie ist.

Kaplans Ausführungen zufolge werden die Vereinigten Staaten niemals erlauben, dass es zu einer wahren europäischen

Einigung kommt, so wie sie auch nicht zulassen können, dass sich die EU mit Russland einig wird, da das für die USA erhebliche geopolitische und ökonomische Nachteile bedeuten würde. Dennoch bleibt abzuwarten, wie sich die Dinge in Zukunft entwickeln, denn Europa war schon immer ein Verbündeter Amerikas, und ein schwaches Europa liegt nicht in Washingtons Interesse, das sich dann neuen Herausforderungen stellen müsste. In einer globalisierten Welt, in der man den Gefahren für den Frieden und die internationale Sicherheit gemeinsam - das heißt multilateral - entgegentreten muss, wissen die Vereinigten Staaten, dass sie ihre Bündnispartner auf ihrer Seite halten müssen.

Andererseits ist Europa bewusst, dass jeder einzelne Mitgliedsstaat für sich genommen nicht genug Gewicht in der internationalen Gemeinschaft hätte. Wollen sie ihren Interessen Geltung verschaffen, was ja allen Strategien zugrunde liegt, so werden sie einheitlich auftreten müssen. Und zwar immer mehr. Wenigstens der Theorie nach sollte das so sein, obwohl nun wieder beharrliche Stimmen laut werden, die ein Europa der »zwei Geschwindigkeiten« vertreten. Wenn dieser Gedanke umgesetzt wird, ist das ein weiteres Hindernis auf dem Weg zu einer effektiven europäischen Einigung.

Uneinigkeit macht das zunicht', was Einigkeit hat aufgericht'

Wer nicht mit allen Feinden gleichzeitig fertigwird, muss einen nach dem anderen erledigen. Und dafür gibt es kein besseres Mittel, als sie zu entzweien. Ein universelles Prinzip, das sich auf jeden Lebensbereich anwenden lässt und das in der Geopolitik natürlich von höchstem Nutzen ist.

Gelegentlich wird jedoch durch Unvermögen die gegenteilige Wirkung erzielt: dass man alle Feinde gemeinsam gegen sich aufbringt, anstatt sie zu spalten. Schon der griechische Historiker Xenophon (5.-4. Jahrhundert v. Chr.) warnte in der *Kyropädie* (Die Erziehung des Perserkönigs Kyros): »Wenn aber ein Herrscher über alle seine Untergebenen erbittert ist, so halte ich dies für einen großen Fehler; denn notwendig muss man, wenn man viele schreckt, sich viele Feinde machen: und wenn man allen insgesamt zürnt, muss man sie alle untereinander zum Einverständnis bringen.« Dieses Schicksal könnte der aktuellen US-Regierung blühen.

Das Gleichgewicht der Kräfte

Stets haben die führenden Mächte versucht, in ihren Interessensphären ein Gleichgewicht der Kräfte durchzusetzen und zu erhalten. Denn so konnte und kann der Aufstieg gefährlicher Konkurrenten weitgehend unterbunden werden. Für Großbritannien zum Beispiel hatte in beiden Weltkriegen, wie auch davor und danach, das Bestreben oberste Priorität, das Machtgleichgewicht in Europa aufrechtzuerhalten. Kein Land durfte stark genug werden, um den Kontinent zu beherrschen. Darum war London immer bereit, die mutmaßlich schwächere Seite gegen Staaten mit hegemonialen Ansprüchen zu verteidigen.

Im Mittleren Osten unserer Tage hat die Regierung Obama den Iran zur regional führenden Macht werden lassen, die direkten Einfluss im Irak, in Syrien, im Libanon und im Jemen ausübt, möglicherweise auch in Bahrain. In Ländern mit sunnitischer Mehrheit- vom Persischen Golf bis in die Türkei - sowie in Israel hat dies verständlicherweise Sorgen ausgelöst. Die Trump-Administration versucht inzwischen, das Gleichgewicht

der Kräfte in der Region zu erneuern, was auf friedliche Weise freilich nur schwer zu erreichen sein wird.

Betrachtet man das übliche Verhalten von Großmächten, so wäre es vielleicht nicht verwunderlich, wenn Trump in Wirklichkeit das von Obama begonnene Spiel fortsetzte. Washington könnte sich, nachdem es im Mittleren Osten den Iran und die Schiiten gestärkt hat, nun wieder gegen sie wenden, um zu gewährleisten, dass es in der Region anhaltende Auseinandersetzungen gibt. Auf diese Weise bliebe die arabische und muslimische Welt gespalten und unfähig, das Erdöl der Region und die unumgänglichen Durchfahrtswege zu kontrollieren - eine der geostrategischen Prämissen der westlichen Mächte, die diesen Teil der Welt seit über einem Jahrhundert nach ihrem Belieben gestalten (Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten).

Merkwürdig ist Thual zufolge weiterhin Deutschlands strategischer Umgang mit seiner geopolitischen Lage. Berlin bemüht sich, seinen Einfluss in Osteuropa auszuweiten und ein mögliches Erstarken Russlands zu verhindern. Zu diesem Zweck richtet es seinen Blick auf das Baltikum, Mitteleuropa und den Balkan und verfolgt eine klar gegen Serbien gerichtete Politik, das es von den Küsten der Adria fernzuhalten sucht. Parallel versucht Deutschland weiterhin, gute Beziehungen zur Türkei zu unterhalten, um sich einen leichteren Zugang zu dem geopolitischen Knotenpunkt zu sichern, den das Schwarze Meer darstellt.

Zwei grundlegende Rezepte für das Erreichen eines Gleichgewichts der Kräfte nennt Fareed Zakaria, zwar auf die Lage in Europa bezogen, aber universell anwendbar: Das eine ist die langjährige Strategie Großbritanniens, sich immer wieder als Gegengewicht zu aufsteigenden Mächten zu engagieren. Das andere ist die Strategie Bismarcks, der es vorzog, sich allen

Großmächten gleichzeitig zuzuwenden, um bessere Beziehungen zu ihnen aufzubauen, als sie sie untereinander pflegten. So sollte das Deutsche Reich zur zentralen Achse des europäischen Staatensystems werden.

Laut Henry Kissinger kann eine machtstrategische Balance von zwei verschiedenen Seiten her in Gefahr geraten: Entweder steigert ein bedeutendes Land seine Kraft so weit, dass es zur Hegemonialmacht wird (Russland wäre ein mögliches Beispiel); oder ein bis dahin recht unbedeutender Staat will in die Reihen der Großmächte aufsteigen (gegenwärtig zum Beispiel China oder Indien) und nötigt die bisherigen Großmächte zu kompensatorischen Anpassungen - bis ein neues Gleichgewicht entsteht oder ein weiträumiger Konflikt ausbricht (vielleicht zwischen China und Indien?). So spielt sich derzeit regional und weltweit ein neues Kräftegleichgewicht ein, mit einer um ihr Vorrecht kämpfenden Hegemonialmacht (den Vereinigten Staaten), einem geschwächten Europa, das Zeichen des Verfalls an den Tag legt, und einigen Ländern, die bereit sind, eine Führungsrolle zu übernehmen und an die Spitze der Macht aufzusteigen - China, Indien und Russland.

Im Prinzip sollten die gemeinsamen, eng miteinander verzahnten Interessen genügen, um eine eruptive Lösung der Spannungen zu verhindern. Aber die Geschichte lehrt uns, dass es wahrscheinlicher und eher eine Frage der Zeit ist, bis das Schreckgespenst eines großen Krieges erscheint.

8. Indirekte Herrschaft

Beim Ausdruck »indirekte Herrschaft« kommen uns all die strategischen Winkelzüge der Mächtigen in den Sinn - die Versuche der Großmächte, ihre Interessen durchzusetzen, ohne dass es nach einer gewaltsamen Intervention aussieht. Vieles ist darüber geschrieben worden, wie indirekte Herrschaft auf weniger entwickelte Länder ausgeübt wird, nämlich über die Kultur oder die Wirtschaft. Man nennt es heute meistens »Neokolonialismus«. So sah der sowjetische Außenminister Molotow nach dem Zweiten Weltkrieg im Marshallplan, der US-amerikanischen Initiative zum Wiederaufbau Europas, auch nur einen Vorwand, um die angloamerikanische Vorherrschaft auf dem Kontinent zu sichern. Tatsächlich erwies sich dieser Plan jedoch als entscheidend für den europäischen Wiederaufbau. Seither verfügen die USA mit Europa über einen treuen Bündnispartner.

Indirekte Herrschaft durch subtile, ja unmerkliche Einflüsse spielt in der internationalen Sphäre eine große Rolle. Wenn direkte Maßnahmen keine Wirkung zeigen, geht man zu dieser Art von Strategie über. Wie Brzezinski ausführt, gründet das globale Ordnungssystem der USA in hohem Maß auf der indirekten Einflussnahme auf abhängige ausländische Eliten.

Die US-Regierung ist traditionell ein großer und geschickter indirekter Herrscher. Um seinen energiewirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen Geltung zu verschaffen, greift Washington nicht nur zu den klassischen imperialistischen Maßnahmen, es setzt auch ein differenziertes Instrumentarium ein, das von ökonomischen Anreizen über die Militärpräsenz und Sicherheitspolitik bis zu den zahlreichen Mantras der Globalisierung reicht: Landschaftsschutz und Biodiversität, nachhaltige Entwicklung, Demokratie, transparentes Regieren und Förderung der Menschenrechte.

Wie Lorot und Thual erläutern, werden Konflikte geringer Intensität durch die Großmächte instrumentalisiert, die ihre Macht über schwächere Länder auszuweiten suchen. Dabei verbinden sich identitäre Konflikte mit anderen Elementen ökonomischer und politischer Herrschaft. Der US-amerikanische Geostratege und Sicherheitsexperte George Friedman schreibt in *Die nächsten hundert Jahre*, dass sich das arabische Öl nur deshalb in Händen des saudischen Königshauses und anderer Monarchien am Golf befinde, weil das Weiße Haus es so wolle: »Schwache« und wenig populäre Institutionen hängen dafür umso mehr von nordamerikanischer Hilfe ab.

Amin Maalouf erklärt in *Mörderische Identitäten*-. »In den Augen [vieler] ist die Globalisierung heute ein Synonym für Amerikanisierung«, sodass »der Fortschritt suspekt wird, sobald man in ihm das trojanische Pferd einer kulturellen Fremdherrschaft erblickt.« Ein Gedanke, der zum Begriff »McDonaldisierung« passt, mit dem der Soziologe George Ritzer die aktuelle Gesellschaft beschreibt. Er will damit nicht das Unternehmen McDonalds kritisieren, sondern der Name der nordamerikanischen Fast-Food-Kette steht bei ihm für das gesellschaftliche Streben nach Dingen, die unmittelbar und in konstanter Form jederzeit verfügbar sind.

Auch China verwendet die Strategien indirekter Herrschaft. Bei Liang und Xiangsui ist zu lesen: »Die strategische Kultur Chinas bevorzugt den Einsatz einer Strategie indirekter Herrschaft, etwa beim Versuch, den Feind kampflos zu besiegen.« Indirekte Herrschaft muss so klug umgesetzt werden, dass sie weder Verdacht erregt noch Empfindlichkeiten berührt. De Marenches zufolge besteht ein kluges Vorgehen darin, eigene Gedanken dem anderen so unterzuschieben, dass er sie für seine eigenen hält und glaubt, er habe den Schlüssel zu einer Entscheidung im gewünschten Sinne selbst gefunden.

Nach Angaben der US-amerikanischen Regierung hat sich der Wirtschaftszweig Kunst und Kultur seit 1999 positiv entwickelt. Die Wachstumsrate liegt seit 2012 bei jährlich 3 Prozent. Das bedeutet einen jährlichen Beitrag zur US-amerikanischen Wirtschaftsleistung von mehr als 700 Milliarden Dollar, nahezu 4,5 Prozent des BIP. Zudem handelt es sich um die zweitwichtigste Exportbranche der Vereinigten Staaten. Der Sektor umfasst unterschiedliche Aktivitäten, darunter Theater, Mediendienste, Architektur, Werbung und die schönen Künste, unter denen das Kino mit großem Abstand den bedeutendsten Zweig darstellt.
Der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle zufolge nehmen US-amerikanische Filmproduktionen fast 70 Prozent des Weltmarkts ein, die übrigen 30 Prozent verteilen sich auf die EU (26,2 Prozent) und die restliche Welt (3,8 Prozent).

Eine Industrie, die den Weltmarkt beherrscht und Jahr für Jahr Milliarden in die Produktion ihrer Filme steckt, exportiert nicht nur Geschichten. Hinter der Fiktion mit ihrer unbestreitbaren Anziehungskraft verstecken sich Werte - amerikanische Vorstellungen von Gerechtigkeit, Bildung, Staatsführung und Konsum. Kurzum, der American Way of Life und seine manichäische Weitsicht von Gut und Böse. In Filmen aus der Zeit des Kalten Krieges waren die »Bösen« die Sowjets, die Kommunisten. Jetzt sind die Bösen die Terroristen.

Hinter US-amerikanischen Filmproduktionen steht auch das Pentagon. 1927 half das United States Army Air Corps, in dem Stummfilm *Flügel aus Stahl (Wings,* Regie: W. A. Wellman, mit Gary Cooper in einer Nebenrolle) Luftkämpfe aus dem Ersten Weltkrieg zu rekonstruieren. So begann die Zusammenarbeit zwischen der Kinoindustrie und dem Militär. Als die Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg eintraten, wurde diese

Kooperation zur Propaganda gegenüber den eigenen Bürgern eingesetzt, um Freiwillige anzuwerben und die öffentliche Meinung für den Krieg günstig zu stimmen.

Die Zusammenarbeit endete nicht mit dem Krieg. 1949 erarbeitete das Pentagon ein Handbuch für das Zusammenwirken zwischen der Unterhaltungsindustrie und der Armee. Das Dokument sah vor, dass Produktionen, die gewissen Anforderungen genügten, Zugang zu US-Militärbasen erhalten und Berater und Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen sollten (gepanzerte Fahrzeuge, Hubschrauber, U-Boote, Flugzeugträger oder andere Fahrzeuge und Waffen sowie echte Soldaten als Statisten). Für die Produktionsfirmen bedeutet dies eine enorme Ersparnis. Nur sind eben Voraussetzungen zu erfüllen, etwa dass das Drehbuch ein positives Bild von den Streitkräften zeichnet, damit die Programme zur Rekrutierung und Personalbindung gestützt werden, und dass es mit der Politik der US-amerikanischen Regierung konform geht. Selbstverständlich sind die Produktionsfirmen frei, diese Bedingungen anzunehmen oder nicht. Trotzdem handelt es sich um eine versteckte Subvention mit öffentlichen Mitteln, die eine bestimmte Ideologie vertritt.

Anfang Juli 2017 veröffentlichten Tom Secker und Matthew Alford auf der Website »Insurge Intelligence« einen Artikel,[33] in dem sie zu dem Schluss gelangen, dass das Militär und die US-amerikanischen Nachrichtendienste CIA und NSA auf über 800 erfolgreiche Filme und etwa 1000 Fernsehsendungen Einfluss genommen haben. Auf der Grundlage des *Freedom of Information Act* untersuchten Secker und Alford Dokumente des Pentagons und der CIA im Umfang von mehr als 4000 Seiten. Daraus ging hervor, wie die US-Regierung Handlungsstränge beeinflusste und verhinderte, dass allzu kritische Filme über die Welt des Militärs oder der Geheimdienste gedreht wurden. Dieser Einfluss betrifft auch die populärsten Filme der letzten Jahre.

Um Imageschäden zu vermeiden, verweigert das Pentagon grundsätzlich seine Unterstützung oder versucht, in den Plot einzugreifen, sooft ein Film Themen wie den Selbstmord von Armeeangehörigen, den Vietnamkrieg oder die Iran-Contra-Affäre berührt.

Hollywood dient somit als Propagandainstrument im Bereich der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten. Ziel ist es, in einer Gesellschaft, die Militäreinsätzen im Ausland ohnehin aufgeschlossen gegenübersteht, eine Mentalität zu fördern, in der Krieg positiv besetzt ist.

Indirekte Herrschaft durch Angst

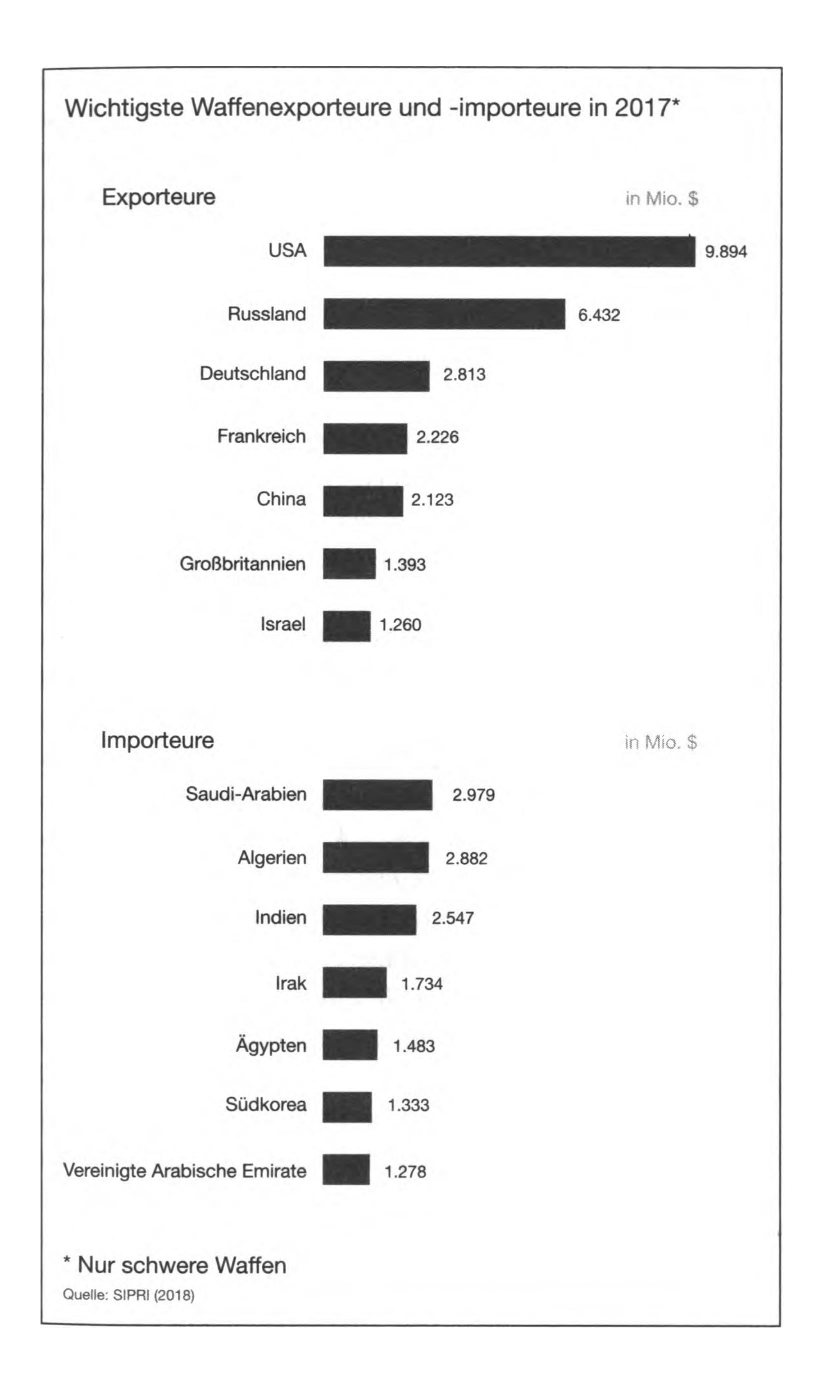
Ein weiterer Ansatzpunkt für indirekte Herrschaft ist Angst, die Furcht, die man den Menschen einflößt, weil über ihnen angeblich eine Bedrohung schwebt. Selbst wenn das zutreffen sollte, wird die Bedrohung doch so übertrieben, dass sich die Bürger freiwillig den Wünschen der Strippenzieher beugen. Die Vollendung wird erreicht, wenn die Bürger selbst es sind, die sich nicht nur bereitwillig den Normen und Maßnahmen unterwerfen, die ihnen auferlegt werden, sondern, nachdem sie von der drohenden Gefahr überzeugt wurden, gehorsam und beharrlich die Anwendung besagter Maßnahmen fordern.

Der Sozialpsychologe Philip Zimbardo ist überzeugt, dass Angst die beste psychologische Waffe ist, über die der Staat verfügt, um seine Bürger zu manipulieren. Das geht so weit, dass sie bereit sind, ihre Freiheiten und Grundrechte zu opfern, sobald ihnen eine allmächtige Regierung dafür Sicherheit verspricht. Nach Darstellung Zimbardos rief die Regierung Bush nach den Angriffen vom 11. September den Krieg gegen den Terrorismus aus, weil dieser die Hauptbedrohung der nationalen Sicherheit

und des Vaterlands sei, weshalb man ihm mit allen erforderlichen Mitteln entgegentreten müsse. Derselbe ideologische Bezugsrahmen wurde laut Zimbardo von fast jedem Land verwendet, das die Unterstützung von Volk und Militär für aggressive und repressive Kampagnen brauchte - etwa als in den 1960er- und 1970er-Jahren Diktaturen in Brasilien, Griechenland und anderswo Folter und politische Morde rechtfertigen wollten.

Angst wird auch gefördert, um Gesellschaften zu schaffen, die kriegerische Anstrengungen enthusiastisch aufnehmen und deren Fortsetzung und Intensivierung befürworten, was zweifellos dem in der Wirtschaft mancher Länder so maßgeblichen militärisch-industriellen Komplex zugutekommt. Rein zufällig handelt es sich dabei in der Regel um dieselben Staaten, die den weltweiten Frieden sichern sollten - die ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Der Hinweis möge genügen, dass nach Angaben der auf Verteidigungsfragen spezialisierten Zeitschrift *Janes* die Hauptexporteure von Rüstungsgütern im Jahr 2014 die Vereinigten Staaten (23,7 Milliarden Dollar), Russland (10 Milliarden), Frankreich (5 Milliarden) und Großbritannien (4,2 Milliarden) waren. Dem sind noch die sogenannten Grauverkäufe hinzuzurechnen - die über »alternative« legale Kanäle verlaufen - sowie die Weitergabe sogenannter Dual-Use-Technologie, die sowohl zivil als auch militärisch einsetzbar ist. Ebenso verantworteten die Vereinigten Staaten nach Angaben des SIPRI zwischen 2013 und 2017 ganze 34 Prozent der weltweiten Waffenexporte, gegenüber Russland mit 22 Prozent, Frankreich mit 6,7 Prozent, Deutschland mit 5.8 Prozent, China mit 5,7 Prozent und Großbritannien mit 4.8 Prozent.[34]

Seit dem Zweiten Weltkrieg sahen es die Großmächte als geboten an, die »Front« so weit wie möglich von ihrer eigenen Bevölkerung entfernt zu halten. Solange die Bürger Grausamkeit


Wichtigste Waffenexporteure und -importeure in 2017*
Exporteure
in Mio. $
USA
9.894
Russland
6.432
Deutschland
2.813
Frankreich
2.226
China
2.123
Großbritannien
1.393
Israel
1.260
Importeure
in Mio. $
Saudi-Arabien
2.979
Algerien
2.882
Indien
2.547
Irak
1.734
Ägypten
1.483
Südkorea
1.333
Vereinigte Arabische Emirate
1.278
* Nur schwere Waffen
Quelle: SIPRI (2018)

und Schrecken des Krieges nicht am eigenen Leib erleben müssen, setzen sie der massiven Aufrüstung meistens keinen Widerstand entgegen. Man hat sie ja überzeugt, dass diese Waffen nur zu ihrem eigenen Schutz gegen entfernte Feinde eingesetzt werden sollen.

Die Macht großer Lobbyorganisationen

Ein gutes Beispiel dafür, wie große globale Lobbygruppen weltweit Einfluss auf die öffentliche Meinung und auf politische Ereignisse nehmen, kam am 15. August 2016 ans Licht, als die Plattform DC Leaks 2576 interne Dokumente der Open Society Foundations (OSF) des Finanzmagnaten und Spekulanten George Soros enthüllte.[35] Soros, der 1992 bekanntlich ein Vermögen damit verdiente, dass er den Bankrott der Bank of England provozierte, steht heute hinter einem weltweiten Netz von Nichtregierungsorganisationen, die in rund vierzig Ländern angesiedelt sind. Gefördert werden so unterschiedliche Organisationen wie die Demokratische Partei in den USA (zum Beispiel auch Hillary Clintons Wahlkampf im Jahre 2016), Gruppen, die sich für die Palästinenser einsetzen, oder die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung »Black Lives Matter«. Das massive Datenleak belegt unter anderem auch das OSF-Engagement in der Ukraine vor, während und nach dem umstrittenen pro-westlichen Regierungswechsel im Jahre 2014.

Obwohl die Authentizität der enthüllten Dokumente nicht infrage steht, wurden die Absichten und Hintergründe von DC Leaks durchaus kritisch kommentiert. Wie man auf der - inzwischen vom Netz genommenen - DC-Leaks-Website lesen konnte, sahen die Betreiber in dem ungarischstämmigen US-Amerikaner George Soros den Hintermann und Antreiber

nahezu aller Revolutionen und Putschversuche, die in den letzten fünfundzwanzig Jahren auf der Welt stattgefunden haben.

Neben dem Ziel, die mutmaßlichen Manöver aufzudecken, mit denen Soros weltweit Einfluss auf Fragen von Gesellschaft und Politik nimmt, war auf der Startseite der DC-Leaks-Website zu lesen, man wolle einen freien Zugang zur Open Society Foundation und den mit ihr verbundenen Organisationen schaffen, um deren Arbeitspläne, Strategien, Prioritäten sowie andere von Soros' Aktivitäten offenzulegen, damit mehr über eines der einflussreichsten unter den weltweit aktiven Netzwerken bekannt werde.

Der vielleicht kontroverseste Aspekt der ganzen Aktion ist allerdings die Frage, wer hinter den DC Leaks steckte. Die Betreiber behaupteten, es handle sich um US-amerikanische »Hacktivisten«. Doch die US-Geheimdienste und einige auf Cybersicherheit spezialisierte Unternehmen vertreten nachdrücklich die These, hinter der im Juni 2016 gelaunchten Website stecke der russische Militärgeheimdienst GRU.

Auch wenn man von DC Leaks absieht, bleibt Soros für viele eine umstrittene Figur. Zu nennen ist etwa die ungarische Regierung unter Viktor Orban, die mit Soros einen Privatkrieg um die von dem Magnaten finanzierte Central European University (CEU) in Budapest führte, die schließlich im Dezember 2018 ihren Abzug aus Budapest bekanntgab. Viele politisch eher rechts Stehende misstrauen seinem antinationalistischen, kosmopolitischen Standpunkt und verurteilen, dass er sein immenses Vermögen dafür einsetze, auf der ganzen Welt progressive und liberal gesinnte Bewegungen und Institutionen zu fördern.

Auf der Soros entgegengesetzten Seite des politischen Spektrums steht der US-Milliardär Robert Mercer. Er und seine Familie unterstützten 2015/16 den Präsidentschaftswahlkampf

Donald Trumps mit Großspenden in Höhe von rund 36 Millionen Dollar. Hinzu kommen wahrscheinlich noch zahlreiche Spenden für entsprechend ausgerichtete gemeinnützige politische Organisationen, die ihre Spenderlisten nicht veröffentlichen müssen, sich aber trotzdem politisch engagieren dürfen.

Außerdem war Mercer Großinvestor in der umstrittenen Datenanalysefirma Cambridge Analytica, die, wie sich 2017 herausstellte, unerlaubt Zugang zu den Daten von Millionen Facebook-Nutzern erhalten hatte, um diese im Wahlkampf vor dem britischen Referendum gezielt zugunsten der Brexit-Befürworter ansprechen zu können. Da stellt sich durchaus die Frage, wie diese Einflussnahme einer von einem US-Milliardär kontrollierten Datenanalysefirma zu bewerten ist. Immerhin ging es bei dem Referendum um eine Schicksalsfrage der Nation und einen wichtigen Wendepunkt in der EU-Politik des Landes - mit Auswirkungen auf ganz Europa und darüber hinaus auf die ganze Welt.

Wahlkampfmanipulationen

Als Ende Dezember 2016 weltweit in Presse und Nachrichtensendungen die mutmaßliche Einflussnahme russischer Geheimdienste auf das Ergebnis der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen diskutiert wurde, berichtete der Journalist Shane Dixon Kavanaugh von einer Untersuchung des Politikanalysten Dov Levin vom Institute for Politics and Strategy der Carnegie Mellon University (Pittsburgh, Pennsylvania), die sich mit Versuchen der Vereinigten Staaten befasst, Wahlprozesse in anderen Ländern zu beeinflussen.

Levin, der eine Vielzahl von Quellen konsultiert hatte (deklassifizierte Dokumente der US-amerikanischen Geheimdienste,

Memoiren ehemaliger CIA-Agenten, Berichte des Kongresses über Geheimdienstaktivitäten, diplomatische Archive aus der Zeit des Kalten Krieges und akademische Studien), kam zu dem Schluss, dass das Weiße Haus zwischen 1946 und 2000 auf 81 Wahlen in 45 Ländern Einfluss genommen habe. Von Wahlkampagnen auf den Philippinen in den 1950er-Jahren bis zu den Wahlen in Nicaragua 1990, als die CIA Informationen durchsickern ließ, die den Sandinisten schadeten. Dabei sind Putsche oder versuchte Regimewechsel, falls sich ein Washington nicht genehmer Kandidat durchsetzte, noch gar nicht berücksichtigt.

Das Weiße Haus ergriff je nach den Umständen sehr unterschiedliche Maßnahmen, darunter die Verteilung von Propagandamaterial, die Unterstützung bevorzugter Parteien und Kandidaten, die Zusage von Wirtschaftshilfen oder die Drohung, sie denen zu streichen, die sie bereits erhielten.

Wenngleich ein Großteil der genannten Eingriffe in ausländische Wahlprozesse im Kontext des Kalten Krieges stattfand und darauf abzielte, den Einfluss der Sowjetunion über linke Parteien zu beschränken, zeigt Levin, dass das Weiße Haus nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1991 weiterhin Einfluss auf Wahlen nahm, 1996 sogar in Russland selbst. Übrigens kam auch Moskau bei Levins Nachforschungen nicht ungeschoren davon: Den Russen konnte er in 36 Fällen zwischen 1946 und 2000 den Versuch nachweisen, Wahlen in anderen Ländern zu beeinflussen.

Der jüngste bekannt gewordene Fall stammt von Anfang Mai 2017, als kurz vor dem zweiten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen über die sozialen Netzwerke Zehntausende von persönlichen und beruflichen E-Mails des liberalen Kandidaten Emmanuel Macron durchsickerten, die dem Anschein nach erst Wochen zuvor gestohlen worden waren. Das

Datenleck hatte offenbar zum Ziel, Macron zu schaden und seine Widersacherin, die rechtsextreme Marine Le Pen, voranzubringen. Manche Kommentatoren stellten Macron als einen von der französischen Linken mit Unterstützung der Freimaurer und sogar des Zionismus geschaffenen Kandidaten dar, der die mehrheitliche Unterstützung der europäischen Presse und der EU-Institutionen genoss.

Andere bezeichnen die Operation, die unter der Bezeichnung »MacronLeaks« bekannt wurde, als Manöver des Kremls, während wiederum andere eine Operation unter falscher Flagge darin vermuten - eine verdeckte Aktion mit der Absicht, sie einem Dritten in die Schuhe zu schieben -, just um Le Pen und nebenbei auch Moskau zu diskreditieren, das diese offen unterstützte.[36] Anders als bei den Vorfällen während der Kampagne zu den US-Wahlen 2016, als offenbar sämtliche geleakten E-Mails der Kandidatin Clinton echt waren, mischten sich in diesem Fall den Ermittlern zufolge echte und gefälschte Nachrichten.

Indirekte Herrschaft durch expansive Demokratieförderung

Eine der umstrittensten US-amerikanischen Organisationen ist das National Endowment for Democracy (NED). 1983 unter Präsident Reagan gegründet, betreibt diese Stiftung seither auf der ganzen Welt Demokratieförderung. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges finanzierten die Vereinigten Staaten über diverse Organisationen Initiativen zur Förderung der Menschenrechte und des politischen Pluralismus in der UdSSR. Von der sowjetischen Führung wurde das als klarer Versuch betrachtet, die etablierte Ordnung in den kommunistischen Ländern zu unterwandern, die damals unter sowjetischer Ägide standen.

Während ihrer ersten Jahre konzentrierte das NED seine Bemühungen auf die Länder Osteuropas, insbesondere Polen. Zu den herausragenden Aktivitäten der Stiftung zählen das Sponsoring des Relief Center for Estonian Prisoners of Conscience (1986) und die Finanzierung der American-Latvian Association (1988) sowie der Americans for Human Rights in the Ukraine (1979/1988). Als George H. W. Bush 1989 die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten antrat, begann das NED, auch andere Institutionen zu finanzieren, etwa die Alliance for the Self-Determination of Armenia, das Center for Democracy in the U.S.S.R. - zur Unterstützung der krimtatarischen Bewegung - und die Lithuanian Catholic Religious Aid.

Jenseits der damals prägenden Rivalität zwischen Washington und Moskau nimmt das NED seit jeher Anteil am politischen Schicksal des amerikanischen Kontinents. So finanzierte die Stiftung 1984 einen panamaischen Präsidentschaftskandidaten, der Anhänger von General Noriega und Favorit der CIA war. Sechs Jahre später, 1990, sponsorte sie nahezu im Alleingang die Wahlkampagne des haitianischen Präsidentschaftsanwärters Marc Bazin, eines Vertreters der Rechten.

Ebenso überwies sie Anfang der 1990er-Jahre über mehrere Jahre hinweg erhebliche Summen an die Cuban American National Foundation, die gegen Fidel Castro opponierte. Die Regierung von Venezuela wiederum klagt seit der ersten Amtszeit von Hugo Chavez über Einmischungen des NED in die Politik des Landes durch Finanzierung antichavistischer Gruppen.

In zahlreichen Ländern auf der Welt erfüllt das NED über diverse ökonomisch von ihr abhängige Organisationen ihre Aufgabe, darunter das Freedom House, das National Democratic Institute for International Affairs und das International Republican Institute.

Kritiker des NED führen ins Feld, dass es sich zwar um eine private Organisation handle, dass ein Großteil ihrer Mittel aber de facto vom US-Kongress stamme, sodass das NED nichts als ein weiteres Werkzeug in Washingtons Hand sei, um seine geopolitischen Ziele zu erreichen, in Vertretung der nationalen Interessen der USA. Die schärfsten Kritiker behaupten sogar, die Stiftung sei seit ihrer Gründung - zusammen mit den Organisationen, die sie mit Mitteln ausstattet - dazu eingesetzt worden, in Ländern mit einer unliebsamen politischen Ausrichtung Uneinigkeit und Zwietracht zu säen. Dazu unterstütze sie Medien, politische Parteien, Gewerkschaften und eine Vielzahl ziviler Organisationen, die gegen die jeweilige Regierung opponieren. Eigentlich, heißt es, tue das NED dasselbe, was auch schon der CLA vorgeworfen wurde, wenn auch auf etwas transparentere Weise.

9. Beuge das Gesetz, um deinen Feind zu beugen

Im 19. Jahrhundert erklärte der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck, jede Regierung nehme lediglich ihre Interessen zum Maßstab ihrer Handlungen, selbst wenn sie diese dann durch rechtliche Erwägungen verbräme. Viele Jahre später, 1975, verwendeten zwei australische Professoren, John Carlson und Neville Yeomans, den Begriff *lawfare*, um den Übergang vom Krieg der Waffen zum Krieg der Worte zu bezeichnen. Der Ausdruck erlangte 2001 durch einen Essay von Charles J. Dunlap eine gewisse Bekanntheit.[37]

Dunlap definiert in seinem Aufsatz *lawfare* als die Anwendung von Gesetzen als Kriegswaffe. Als hoher Offizier beim Judge Advocate Generals Corps der US Air Force beschäftigte er sich konkret mit der Manipulation des Völkerrechts durch die Taliban in Afghanistan. Doch das von ihm aufgegriffene Konzept des Rechtskriegs warf Licht auf eine Methode, die seit vielen Jahrhunderten in Konflikten ge- und missbraucht wird, angefangen bei der Debatte, welche Kriege aus religiöser, moralischer und juristischer Sicht als gerecht gelten und daher als wert, geführt zu werden.

Schutzverantwortung - Evolution und Anwendung eines Rechtsprinzips

2011 intervenierte die NATO in Libyen mit einem Mandat der Vereinten Nationen, die aufgrund eines angeblich bevorstehenden Angriffs auf die Zivilbevölkerung von Bengasi das Prinzip der Schutzverantwortung geltend gemacht hatten. Tatsächlich wurde mit diesem Mandat, dessen alleiniges Ziel es war,

Zivilisten zu beschützen, im Endeffekt durch Parteinahme für die libyschen Rebellen ein Regierungswechsel provoziert. Gewiss war Gaddafis Regime verbrecherisch und verletzte die Menschenrechte seiner Bürger, aber ebenso gewiss gab es da auch die Interessen der Ölindustrie. Vor dem Krieg produzierte das nordafrikanische Land fast 1,6 Millionen Barrel pro Tag, 2 Prozent der weltweiten Fördermenge und - nach Nigeria und Angola - die dritthöchste in Afrika. Die europäischen Mineralölgesellschaften waren in Libyen stark engagiert.

Warum interveniert man in bestimmten Konflikten und in anderen nicht? Warum betreibt Frankreich Missionen in einigen Ländern von Afrika, die zu seiner Einflusssphäre gehören, und drängt auf einen Einsatz der EU? Was legitimiert eine Intervention? Wir sprechen hier nicht von dem bereits erwähnten, nach den Attentaten vom 11. September durch George W. Bush ausgerufenen »War on terror«, der noch um einiges zwiespältiger ist. Es geht vielmehr darum, dass ein von der internationalen Gemeinschaft angenommenes und in nationale oder internationale Gesetzgebung überführtes Prinzip instrumentalisiert wird, um geopolitische und geoökonomische Ziele zu erreichen. Diese Strategie der *lawfare* ermöglicht es Staaten, rechtliche Regelungen nach Belieben zu verbiegen und zu verdrehen, um ihre Aktionen zu legitimieren.

Hauptsächlich seit dem 17. Jahrhundert entstanden einvernehmliche nichttheologische Prinzipien, denen zufolge völkerrechtlich die Verteidigung der eigenen Grenzen, der Selbsterhalt und die Notwendigkeit (Krieg als *ultima ratio* der Konfliktlösung, nach Ausschöpfung aller friedlichen Mittel) als gerechte Ursachen von Kriegen gelten. Im 21. Jahrhundert ist nun ein neuer Grund auf den Plan getreten: die Schutzverantwortung.

Auf den ersten Blick könnte man denken, dass es da nichts einzuwenden gebe. Ist es nicht naheliegend, Menschen zu

helfen, die leiden, verfolgt werden oder denen gar die Vernichtung durch ihre eigene Regierung droht? Die Wurzel des Problems liegt darin, dass das aufgerufene Prinzip nicht eindeutig definiert ist und deshalb frei interpretiert werden kann. Und genau das geschieht, wenn die Konzepte der Souveränität, der Nichteinmischung und der Menschenrechte dazu dienen, eine militärische Intervention in einem anderen Land zu vertreten. In diesem Sinne war Henry Kissinger der Ansicht, Konzepte wie Demokratie, Menschenrechte und internationales Recht, die von kriegführenden Parteien regelmäßig ins Feld geführt würden, seien für gegensätzliche Interpretationen einfach zu offen.

Die Suche nach Rechtfertigung und Legitimierung von bewaffneten Konflikten ist alles andere als neu. Wenn Streit und Krieg so alt sind wie die Menschheit, so ist es auch der Versuch, Gründe dafür zu finden und sie zu rechtfertigen. Cicero vertrat die Meinung, die Legitimität von Krieg sei eine Frage der Moral, und legte so den Grundstein für spätere Betrachtungen zur Frage des gerechten Krieges. Die Theorie dazu wurde in der Spätantike, im Mittelalter und in der frühen Neuzeit durch christliche Denker wie Augustinus, Thomas von Aquin, Francisco de Vitoria, Francisco Suárez und den Vertreter des Naturrechts, Hugo Grotius, weitergeführt, die alle versuchten, Kriterien zu konkretisieren, nach denen es rechtmäßig wäre, einen Krieg zu erklären und durchzuführen *(ius ad bellum,* »Recht zum Krieg«), und ihm zugleich Grenzen zu ziehen (ius *in bello,* »Recht im Krieg«). Die rechtliche Formalisierung des Gebrauchs von Gewalt fand im 19. und 20. Jahrhundert ihre endgültige Form im Völkerrecht und im Modell der Vereinten Nationen.

Die Kriegsführung verändert sich mit der Entstehung von Staaten, weil an diese ein weiteres Konzept anschließt, das der

Souveränität. Aus diesem grundlegenden Prinzip ergeben sich zwei weitere: Unabhängigkeit der Staaten und Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten. Der Theorie des gerechten Kriegs nach lassen sich diese Prinzipien traditionell nur außer Kraft setzen, wenn es um eine Intervention aus humanitären Gründen geht. Eine solche kann mit der Pflicht begründet werden, die Bevölkerung anderer Staaten vor Übergriffen ihrer eigenen Regierung zu schützen.

Historisch betrachtet, dienten derartige Interventionen meist der Verteidigung von Landsleuten im Ausland - ein Anlass, der von dem letztgenannten nicht unterschieden wurde. Im 19. Jahrhundert galt als eine der Bedingungen für die Anerkennung eines souveränen Staates durch die internationale Gemeinschaft, dass dieser in der Lage sein musste, die innere Ordnung zu gewährleisten und Leben und Eigentum ausländischer Bürger zu schützen. Zwischen 1813 und 1927 setzten die Vereinigten Staaten in mindestens siebzig Fällen Militär ein, um US-amerikanischen Staatsbürgern im Ausland Schutz zu bieten. Zu den bekannten einschlägigen Beispielen zählen der Boxeraufstand in China (um 1900) und die Kongo-Krise (1964), in denen jeweils eine Koalition von Staaten zugunsten von Bürgern unterschiedlicher Länder intervenierte.

Die humanitäre Intervention ist eng verbunden mit dem Konzept der Souveränität als Verantwortung. Aus dieser Vorstellung heraus entstand bei den Vereinten Nationen das Prinzip der »Verantwortung zum Schutz«, das Interventionen in anderen Ländern legitimiert, um deren Bevölkerung beizustehen, wenn der Staat seine eigenen Bürger nicht beschützen kann oder will oder wenn er gar selbst durch systematische massive Gewaltakte gegen die Menschenrechte verstößt.

Bis hierhin scheint das alles ganz vernünftig. Doch wenn die Vereinten Nationen verpflichtet sind, international Frieden und

Sicherheit aufrechtzuerhalten, und insbesondere der UN-Sicherheitsrat darüber entscheidet, was in der Welt eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit darstellt, wie lässt sich das Prinzip der Schutzverantwortung dann objektiv umsetzen? Die größte Kritik an dieser Doktrin lautet dementsprechend, dass sie unzureichend entwickelt sei, wozu vielleicht auch der politische Wille fehlt. Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats mit ihrem Vetorecht entscheiden, wo und wie die Menschenrechte der Bevölkerung anderer Staaten zu verteidigen sind, und es ist unvermeidlich, dass diese Entscheidung direkt von ihren eigenen geopolitischen und ökonomischen Interessen abhängt.

Hier nun kommt die Strategie der *lawfare* ins Spiel. Durch ihre Anwendung dienen militärische Interventionen dem Gewinn und der Bewahrung von Einfluss und Macht, was zu heftigen Diskussionen führen kann. Von der eigentümlichen Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrats einmal abgesehen, bringt das Prinzip der Schutzverantwortung auch eine schwerwiegende Gefahr mit sich, ist doch die Intervention im Namen großer Prinzipien, aber zum Nachteil Dritter, eine der willkürlichsten Praktiken in der Geschichte.

Libyen war das erste Land, in dem die Schutzverantwortung umgesetzt wurde, nachdem die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats mit zehn Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen angenommen worden war (von den ständigen Mitgliedern enthielten sich Russland und China). Doch wurde die Resolution derart fehlinterpretiert, dass sie das gesamte Prinzip in Misskredit brachte. So offensichtlich war die Verdrehung, dass der marokkanische Jurist Mohamed Bennouna, einer von fünfzehn Richtern am Internationalen Gerichtshof, bei einer Konferenz, die Anfang Juni 2017 an der Spanischen Diplomatenakadamie in Madrid abgehalten wurde, zu dem Schluss kam: »Das

Konzept der Schutzverantwortung starb 2011, als wir unter dem Vorwand der Sicherheit der Bevölkerung nach Libyen zogen, um Gaddafi umzubringen.«[38]

Und was ist mit Syrien? Warum sollte die Verantwortung zum Schutz nicht auch dort greifen? Gewiss, es handelt sich um einen anderen Konflikt, aber die Wellen von Flüchtlingen, vor allem vor den Toren Europas, geben - als ob das noch erforderlich wäre - Zeugnis davon, dass die Zivilbevölkerung keineswegs in Sicherheit ist. Vielmehr sieht sie sich weiterhin systematischen Angriffen auf Städte, Krankenhäuser und Flüchtlingslager ausgesetzt. Doch in Syrien haben verschiedene Mächte gegensätzliche Interessen. In diesem Szenario wird deutlich, dass die Schutzverantwortung kein Instrument ist, das die Bevölkerung vor dem Bruch grundlegender Menschenrechte bewahren soll.

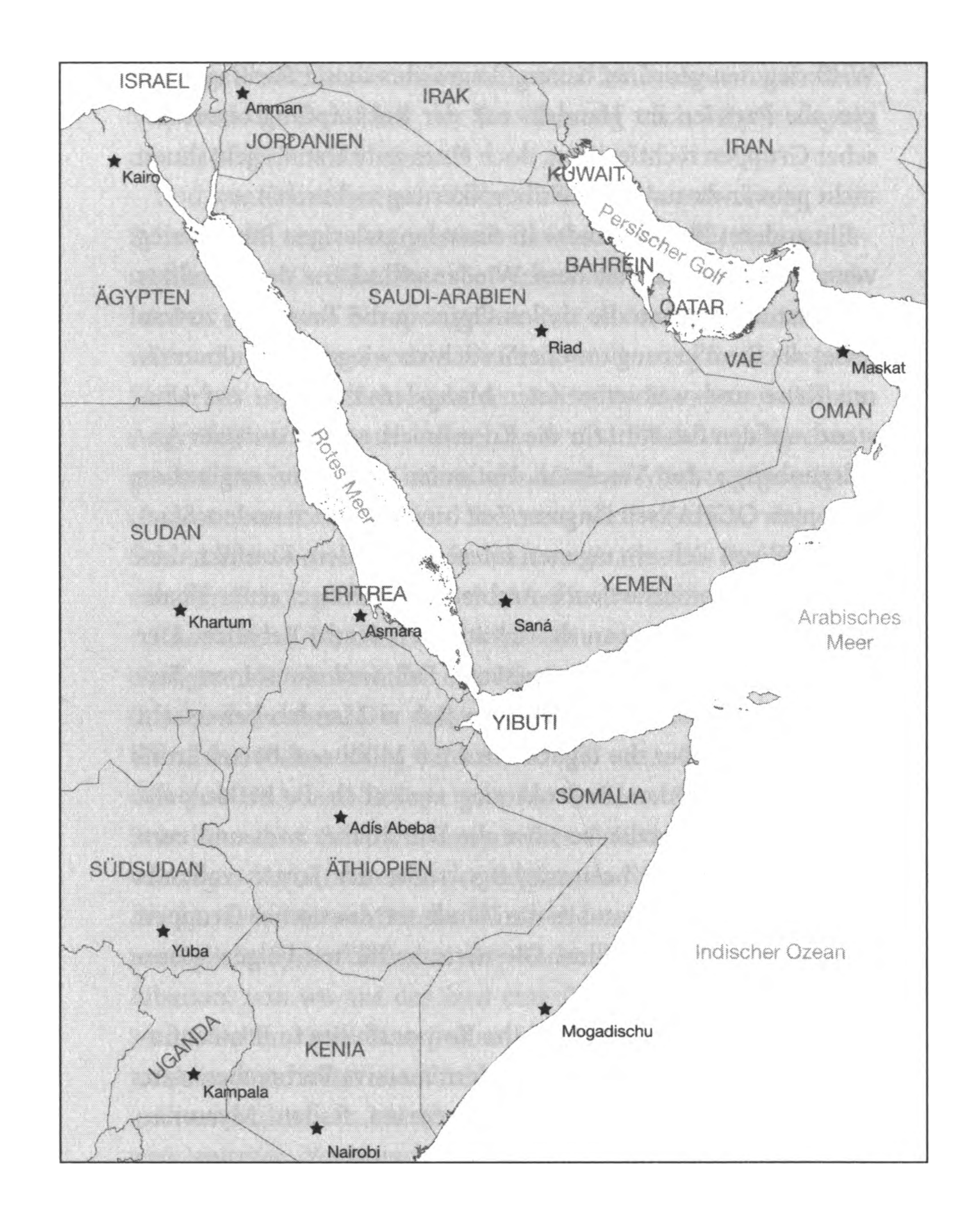
Russland hat im Land Wirtschaftsinteressen und in Tartus als einzigem Mittelmeerhafen eine Marinebasis, dazu starke geopolitische Interessen. Der russische Einfluss in der Region reicht bis in den Kalten Krieg zurück und soll unter keinen Umständen den USA und Europa geopfert werden. Auf der anderen Seite betrachtet der Iran den syrischen Präsidenten al-Assad als wichtigen Verbündeten in der Region, da die Regierungen beider Länder unter schiitischer Kontrolle stehen. Darüber hinaus ermöglicht Syrien Teheran eine Verbindung zur Hisbollah im Libanon, von wo aus der Iran eine Bedrohung für Israel aufrechterhalten kann. Dann wären da noch die Vereinigten Staaten, die, unterstützt von ihren traditionellen Verbündeten und anderen arabischen Ländern, angeblich angetreten sind, um einen weiteren Vormarsch des Islamischen Staats zu stoppen. Hinzufügen ließen sich die Interessen weiterer Akteure wie der Türkei und Israel, ganz zu schweigen von europäischen Mächten wie Frankreich und Großbritannien, die den Mittleren Osten nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten

Weltkrieg neu geordnet hatten. Angesichts dieser Sachlage mögen alle Parteien ihr Handeln mit der Bekämpfung terroristischer Gruppen rechtfertigen, doch eines steht fest: Es geht ihnen nicht primär darum, die Zivilbevölkerung zu beschützen.

Ein anderes Beispiel ist der in einen langwierigen Bürgerkrieg versunkene Jemen. Seit dem Wiederaufflackern des Konflikts im März 2015 gehen die zivilen Opfer in die Tausende, zudem leidet die Bevölkerung unter einer schwerwiegenden humanitären Krise und weitverbreiteter Mangelernährung - ein Umstand, auf den das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (mit dem englischen Akronym OCHA) seit längerer Zeit hinweist. Auch andere Staaten beteiligen sich mit eigenen Interessen an dem Konflikt, darunter das sunnitische Saudi-Arabien als Anführer einer Koalition von Ländern gegen die schiitischen Huthi-Rebellen. Der Jemen ist ein besonders interessanter Fall, weil von seinem Territorium aus die Meeresstraße von Bab al-Mandab beherrscht werden kann, über die täglich circa 3,8 Millionen Barrel Erdöl transportiert werden. Bedenkt man zusätzlich die heikle politische Lage in Somalia, so wäre die Durchfahrt vom und zum Suezkanal ernsthaft beeinträchtigt, sollte der Jemen vollends destabilisiert werden und in die Hände terroristischer Gruppen oder simpler Piraten fallen. Die wirtschaftlichen Folgen wären gravierend.

Laut dem Global Centre for the Responsibility to Protect finden zurzeit in den folgenden Ländern massive Verbrechen statt, die dringendes Handeln erfordern: Syrien, Sudan, Myanmar, Nordkorea, Irak, Jemen und Eritrea.

Das Global Centre beschreibt die Situation im Südsudan als kritisch und prognostiziert Massenmord und andere Gräueltaten, falls nicht rechtzeitig eingeschritten wird. Im Hinblick auf die Demokratische Republik Kongo, Israel und die besetzten



Gebiete in Palästina, Nigeria, die Zentralafrikanische Republik, Burundi und die Philippinen äußert sich die Organisation besorgt über das hohe Risiko von Verbrechen gegen die Zivil-

bevölkerung. Aber diese Szenarien dürften in den Medien kaum eine wesentliche Rolle spielen oder den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dazu veranlassen, die Schutzverantwortung geltend zu machen.

Nicht nur ist das Konzept also unzureichend definiert, nicht nur stellt seine gescheiterte Umsetzung in Libyen die weitere Anwendung infrage, sondern es hängt auch so sehr vom Willen einzelner Staaten ab, dass es ausschließlich dazu eingesetzt wird, partikulare Positionen in den jeweiligen Konflikten durchzusetzen. Prinzipien, die eigentlich eine unerschütterliche Säule sein sollten, um im Einvernehmen aller Länder den hohen Wert menschlicher Sicherheit zu wahren, unterliegen damit der willkürlichen Bewertung von Staaten, die sich nach Gutdünken darauf berufen, und verkommen so zu einer Strategie im Dienst nationaler Interessen.

Hat der Krieg erst begonnen, treten Gesetze in den Hintergrund

Sind die Feindseligkeiten erst einmal eröffnet, so haben die beteiligten Parteien nur ein Ziel: den Krieg zu gewinnen. Sie kennen die alte Lehre, nach der die Geschichte stets von den Siegern geschrieben wird, und immer zu deren Vorteil. Daher zögern sie nicht, jedes Mittel einzusetzen, das ihnen wirksam erscheint, auch wenn sie dafür gegen internationale Gesetze verstoßen müssen, die sie selbst unterzeichnet und ratifiziert haben - vom eigentlichen Kriegsrecht (den Haager Abkommen und den Genfer Konventionen) bis hin zu Normen aus dem wirtschaftlichen Bereich.

Die Heuchelei der Vereinten Nationen

Obwohl es zu den Zielen der am 26. Juni 1945 unterzeichneten Charta der Vereinten Nationen gehört, »freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln« (Artikel 1), und die internationale Organisation auf dem »Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder« beruht (Artikel 2), ist nur eines gewiss: Die UNO bietet nicht gerade ein Beispiel für Demokratie. Zwischen den Mitgliedsstaaten herrscht weder Gleichberechtigung noch ein vergleichbares Maß an Souveränität, da die ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat über ein enormes Privileg verfügen: ihr mächtiges Vetorecht, das sie nach Belieben einsetzen, sobald ihre nationalen Interessen oder auch die ihrer Verbündeten tangiert sein könnten, was im Grunde ebenfalls heißt, die eigenen Interessen zu verteidigen, da Bündnisse ja Vorteile bringen.

Wenn man dem belgischen Historiker Jacques de Launay glauben darf, ist der Grund für dieses Vetorecht, dass die Vereinigten Staaten auf der Konferenz von Jalta (1945) eine entsprechende Klausel durchsetzten, mit Churchills Einverständnis, da die Regelung ja auch die Interessen des Empires schützen würde. Die Sowjetunion bekam dadurch einen Trumpf in die Hand, den sie fortlaufend missbrauchen sollte.

Der Überdruss am Missbrauch internationalen Rechts

Ende Oktober 2016 verkündete Gambia seinen Rückzug aus dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH). Das Land war der dritte afrikanische Staat binnen einer Woche, der die

internationale Instanz mit Sitz in Den Haag (Niederlande) verließ. Vorausgegangen waren ihm Südafrika[39] und Burundi.

Die drei Länder begründeten ihre Entscheidung mit derselben Überlegung: Der IStGH verfolge - zumindest hauptsächlich - Afrikaner. Sie gingen in ihrer Kritik so weit, das Gericht als Internationalen Kaukasischen Gerichtshof zu bezeichnen und es einer neokolonialistischen Agenda zu bezichtigen. Der Informationsminister von Gambia, Sheriff Bojang, sagte wörtlich: »Seit der Gründung des IStGH haben viele westliche Länder, mindestens 30 von ihnen, abscheuliche Verbrechen gegen unabhängige Staaten und deren Bürger begangen, und kein einziger westlicher Kriegsverbrecher wurde je angeklagt.«

Tatsächlich ist der IStGH, seit er am 17. Juli 1998 auf Initiative der Vereinten Nationen durch Unterzeichnung des Römischen Statuts gegründet wurde, nicht unumstritten. Der unabhängige Gerichtshof, der nicht in die Strukturen der UNO eingebettet, mit dieser allerdings durch ein Abkommen vom 4. Oktober 2004 verbunden ist, bedeutet prinzipiell einen großen Fortschritt für den weltweiten Schutz der Menschenrechte. Schließlich erstreckt sich seine Zuständigkeit auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Völkermord.

Doch ist die Kritik derer nicht von der Hand zu weisen, die ein ausgeprägtes Interesse für afrikanische Angelegenheiten konstatieren, während andere Teile der Welt, in denen die gleichen, wenn nicht noch schlimmere Untaten begangen wurden, unbeachtet geblieben sind. Am 4. März 2009 erließ der IStGH Haftbefehl gegen den Präsidenten des Sudan, Umar al-Baschir, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in fünf und Kriegsverbrechen in zwei Fällen - mit Bezug auf das Vorgehen der sudanesischen Regierung gegen die Zivilbevölkerung in Darfur zwischen 2003 und 2008. Der nächste Staatschef, gegen den der IStGH einen Haftbefehl erließ, war der Libyer Gaddafi, also ein

weiterer Afrikaner; die Akte wurde durch seinen Tod im Jahr 2011 geschlossen. Thomas Lubanga Dyilo, der ehemalige Führer der Union des Patriotes Congolais, einer Rebellengruppe in der Demokratischen Republik Kongo, wurde am 10. Juli 2012 vom IStGH wegen Kriegsverbrechen und Rekrutierung von Kindersoldaten in der Region Ituri zwischen 2002 und 2003 zu vierzehn Jahren Haft verurteilt (die erste rechtskräftige Verurteilung durch den IStGH). Etwa zeitgleich mit Lubanga Dyilo wurde ein anderer Afrikaner in den Räumlichkeiten des IStGH vor Gericht gestellt: Charles Taylor, Präsident Liberias zwischen 1997 und 2003, der im Mai 2012 durch den Sondergerichtshof für Sierra Leone zu fünfzig Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Problematisch bleibt, dass das Römische Statut, das die Grundlage des IStGH darstellt, von zahlreichen Ländern nicht unterzeichnet oder ratifiziert wurde, darunter einige der mächtigsten und einflussreichsten der Welt, etwa die Vereinigten Staaten, China, Russland und Israel. Für nicht wenige Länder ist der Unwille der Großen, sich der internationalen Gerichtsbarkeit zu unterstellen, ein weiteres Beispiel dafür, dass Gesetze nur von den Schwachen einzuhalten sind und die Starken niemals akzeptieren werden, sich einer internationalen Instanz zu unterwerfen, nicht einmal dann, wenn sie deren Schaffung selbst betrieben haben oder zu ihren prestigereichsten Mitgliedern gehören.

Der Schlüssel zu alledem findet sich in Artikel 126 des Römischen Statuts, der bestimmt, dass das Abkommen nur in jenen Staaten in Kraft tritt, die es unterzeichnet und ratifiziert haben. Der Gerichtshof hat also keine Zuständigkeit für ein Land oder Bürger eines Landes, die ihm nicht beigetreten sind. Für Russland zum Beispiel erklärte Präsident Putin am 16. November 2016 seine Entscheidung, die Unterschrift unter das Römische Statut zurückzuziehen - die 2000 geleistet, aber nie ratifiziert worden war -, womit Russland den IStGH verließ. Anlass dafür

war, dass der IStGH in einer Pressemitteilung die Krim als von Moskau besetztes Territorium bezeichnet hatte.

An Gründen für eine Kritik an den Mächtigen fehlt es nicht. So verabschiedete der US-Kongress unter völliger Missachtung der internationalen Rechtslage am 2. August 2002 unter der Regierung Bush das Schutzgesetz für amerikanische Dienstangehörige (American Service-Members’ Protection Act), wodurch es US-amerikanischen Einrichtungen grundsätzlich untersagt wurde, mit dem IStGH zu kooperieren. Damit schloss sich die Tür für die Auslieferung von US-Amerikanern an den Internationalen Strafgerichtshof. Zugleich sind dessen Vertreter seither daran gehindert, Ermittlungen auf dem Staatsgebiet der USA durchzuführen; Mitgliedsstaaten des IStGH soll, mit Ausnahme der NATO-Staaten und anderer Verbündeter, keine US-amerikanische Militärhilfe mehr gewährt werden. Und als wäre das noch nicht genug, wird der US-Präsident ausdrücklich autorisiert, »alle notwendigen und geeigneten Mittel zur Befreiung US-amerikanischer Staatsangehöriger oder von Bürgern eines verbündeten Landes einzusetzen, die vom Internationalen Strafgerichtshof oder auf dessen Veranlassung festgenommen oder verhaftet wurden«.

Naheliegenderweise entstand außerhalb der Vereinigten Staaten der Eindruck, dass sich das Gesetz gegen die grundlegenden Prinzipien des IStGH richtet, ja, diesen geradezu vorführt und damit sämtliche Säulen des internationalen Rechts zum Einsturz bringt - sofern sie überhaupt noch vorhanden sind. Dem sei nur hinzugefügt, dass die Chefanklägerin des IStGH Mitte November 2016 äußerte, es gebe belastbare Gründe für die Annahme, dass in Afghanistan eingesetzte US-amerikanische Soldaten in Kriegsverbrechen verwickelt gewesen sein könnten. Konkret geht es um Folter und Misshandlungen von Gefangenen in geheimen Internierungslagern.

In der Demokratie im antiken Griechenland war die Redekunst von größter Bedeutung, um Mehrheiten zu bewegen. Schlichte Botschaften sollten die Bevölkerung erreichen, damit diese hinter ihrer Regierung stand. In jener Zeit hatten die Schauspieler in den Theatern mit ihren politischen Satiren dieselbe Rolle, die heute im Prinzip den Medien zukommt.

Während des Kalten Krieges unterstützte die Sowjetunion nationale Befreiungsbewegungen, die gegen kolonialistische Regime, Diktaturen und rechte Regierungen rebellierten. Ebenso förderte sie die Einrichtung von Volksdemokratien mit dem geopolitischen Ziel, ihre Ideologie auf dem Planeten zu verbreiten. Man könnte dieses Vorgehen auch als eine andere Form von Imperialismus beschreiben, nur unter der stützenden Rechtfertigung durch eine Ideologie. Die US-amerikanische Historikerin Barbara W. Tuchman zitiert in ihrem Buch *Die Torheit der Regierenden* den sowjetischen Staatspräsidenten Nikita Chruschtschow: »Nationale Befreiungskriege« seien ein Mittel zur Ausbreitung des Kommunismus. Diesen »gerechten Kriegen«, gleichgültig, ob in Kuba, Vietnam oder Algerien, werde die Sowjetunion ihre volle Unterstützung gewähren.

Man darf nicht vergessen, dass das Weiße Haus im Kalten Krieg zwischen linken Diktaturen, die »böse«, und rechten Diktaturen, die »gut« oder zumindest tolerabel waren, unterschied. Großen Einfluss hatte die Kirkpatrick-Doktrin, benannt nach Jeane Kirkpatrick, die als UN-Botschafterin der Vereinigten Staaten unter der Regierung Reagan eine entsprechende Haltung vertrat und im Weiteren leidenschaftlich verteidigte. Sie traf eine überaus bemerkenswerte Unterscheidung zwischen Regimes in prosowjetischen Ländern, die sie als »totalitär« ansah, und prowestlichen Diktaturen - wobei »prowestlich« ein

Euphemismus für proamerikanisch war die sie als »autoritär« definierte. Des Weiteren behauptete Kirkpatrick, die Ersteren hätten nicht nur eine größere Neigung, sich in die Angelegenheiten ihrer Nachbarländer einzumischen, sondern würden auch im Inneren durch Umerziehungsmaßnahmen, Propaganda, Spionage unter den eigenen Bürgern sowie politische Repression die Gedanken der Bevölkerung steuern. Autoritäre Diktaturen hingegen beschränkten sich darauf, das Verhalten der Menschen zu überwachen, anzuleiten und zu sanktionieren, ohne gegen traditionelle Werte wie die Religion oder die Familie vorzugehen.

Auch andere hohe US-amerikanische Amtsträger wie Vernon Walters oder Henry Kissinger haben diese geistige Linie vertreten und als wesentlichen Unterschied betrachtet, dass rechte Diktaturen ein Potenzial hätten, sich im Lauf der Zeit auf friedliche Weise zu Demokratien zu entwickeln, während eine linke Diktatur allein durch Gewalt zu beenden sei.

Auf Grundlage dieser eigentümlichen Differenzierung unterstützte die USA insbesondere während der Präsidentschaft Reagans Diktaturen und Bewegungen in der sogenannten Dritten Welt - im Wesentlichen in Afrika und Lateinamerika solange sie nur antikommunistisch waren und Washington daher im geopolitischen Spiel gegen seinen persönlichen Widersacher gelegen kamen: die Sowjets. Dafür finden sich zahlreiche Beispiele: Afghanistan, Angola, Argentinien, die Philippinen, Guatemala und Nicaragua sind nur einige davon.

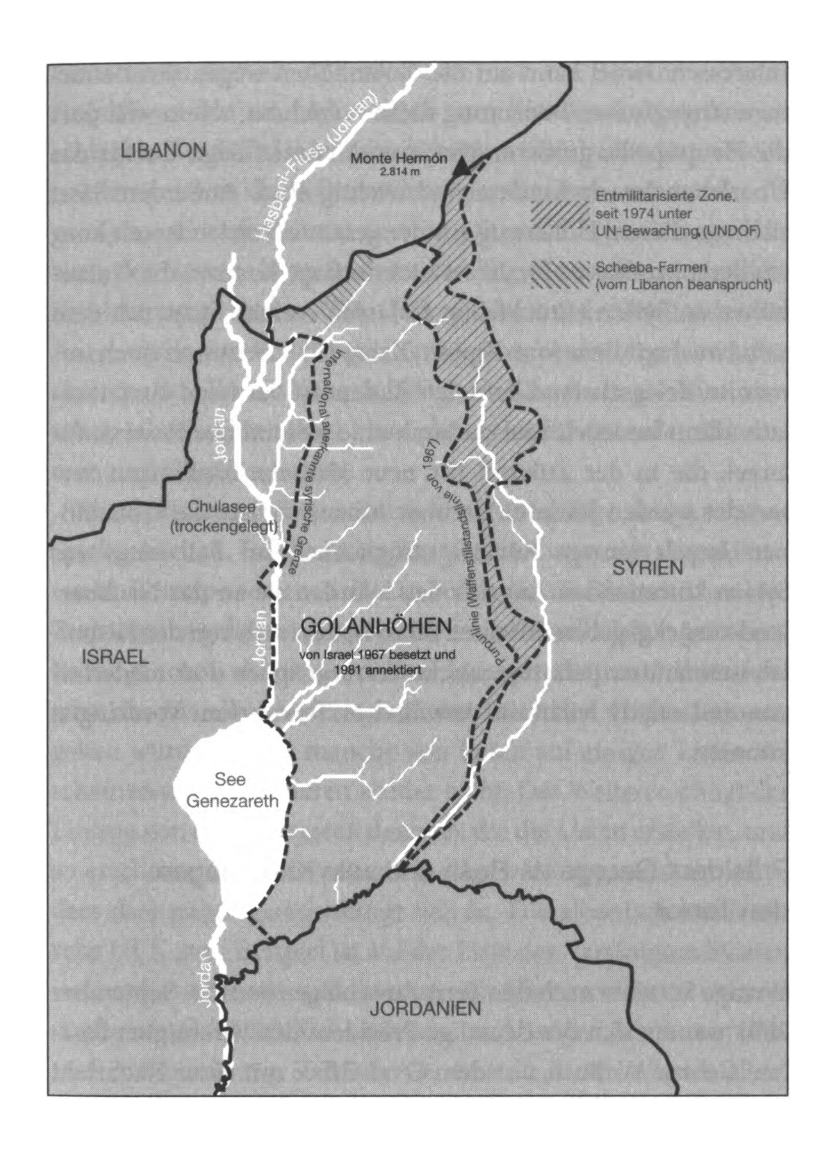
An dieser Situation hat sich wenig geändert. Trotz ständiger Beteuerungen der Führer westlicher Länder, die bedingungslose Unterstützung für demokratische Prozesse bekunden und jegliche Form von Diktatur oder Autoritarismus massiv ablehnen, wurden in den letzten Jahren diverse Regierungen unter mehr oder weniger aktiver Mitwirkung von außen abgesetzt, weil sie

offenbar nicht zu den Interessen der führenden demokratischen Länder passten. Und das selbst in Fällen, in denen sie durch korrekte und legitime Wahlen an die Macht gelangt waren. Mancher dieser antidemokratischen Regierungswechsel führte direkt in eine Militärdiktatur, so etwa in Thailand - wo eine Militärjunta die Amtszeit Thaksin Shinawatras beendete - und Ägypten, wo die Muslimbruderschaft, Sieger im demokratischen Spiel an den Urnen, durch die Militärdiktatur von General as-Sisi ersetzt wurde. Ein weiteres Land, in dem es zwar nicht zu einer Diktatur gekommen ist, das hier aber durchaus als Beispiel dienen kann, ist die Ukraine, wo der von einer Mehrheit des ukrainischen Volkes gewählte Präsident Janukowytsch aus dem Amt gejagt wurde, hauptsächlich aufgrund der speziellen geopolitischen Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und Russland in diesem Teil Zentraleuropas.

Ob Diktaturen unterstützt oder verteufelt werden, hängt mit anderen Worten von den Interessen ab, die jeweils auf dem Spiel stehen. Ein autoritäres und repressives System mag angegriffen werden; vielleicht wird aber auch einfach weggesehen, wenn eine solche Haltung Gewinn verspricht, etwa im Fall der Monarchien am Golf, die nicht im Geringsten demokratischen Parametern genügen und wegen ihrer im doppelten Sinne fürstlichen staatlichen Budgets doch so begehrte Geschäftspartner sind.

Warum Israel die Golanhöhen nicht zurückgibt

Im Sechstagekrieg (5. bis 10. Juni 1967) besetzte Israel die bis dato syrischen Golanhöhen. Die Vereinten Nationen haben die israelische Annexion nie anerkannt; im Gegenteil, der Sicherheitsrat verabschiedete 1981 seine Resolution Nr. 497, in der ein



entsprechendes israelisches Gesetz für null und nichtig erklärt wurde.

Dennoch ignoriert Tel Aviv seither systematisch die UNO und mithin das Völkerrecht zugunsten seiner nationalen

Interessen. Israel kann auf die Golanhöhen wegen ihrer enormen strategischen Bedeutung nicht verzichten, schon weil dort die Hauptquelle größerer Wasservorkommen liegt, die für das Überleben Israels fundamental wichtig sind. Außerdem lässt sich von diesem Höhenzug aus der gesamte Norden Israels kontrollieren, sodass es für Israel nicht infrage kommt, die Golanhöhen an Syrien zurückfallen zu lassen - einen Staat, mit dem sich Israel seit dem Jom-Kippur-Krieg 1973 technisch noch immer im Kriegszustand befindet. Zudem ist das Land zurzeit relativ dünn besiedelt und dadurch eine wesentliche Reserve für Israel, die in der Zukunft für neue jüdische Siedlungen verwendet werden könnte. Darüber hinaus stellen die Golanhöhen Israels einzige Rückzugsmöglichkeit im Fall eines aus Syrien kommenden Angriffs dar. Würden sie an das Nachbarland zurückgegeben, fürchtet Tel Aviv, dass sich von der Hisbollah unterstützte palästinensische Terrorgruppen dort niederlassen und relativ leicht auf israelisches Territorium vordringen könnten.

Präsident George W. Bush und sein Krieg gegen den Terror

Wenige Stunden nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wandte sich der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, George W. Bush, aus dem Oval Office mit einer Nachricht an die Nation und sprach bereits vom Gegenangriff sowohl gegen die Terroristen als auch gegen diejenigen, die ihnen geholfen hätten. Damit begann sein persönlicher Krieg gegen den Terror. Wie Richard A. Clarke in *Against All Enemies* schreibt, habe US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld den Präsidenten bei der Lagebesprechung darauf hingewiesen, dass der

Einsatz von Gewalt völkerrechtlich nur zur Abwehr weiterer Angriffe erlaubt sei, nicht jedoch zum Zweck von Vergeltungsschlägen. Doch Präsident Bush habe wütend erwidert: »Nein, mir ist egal, was die Völkerrechtsexperten sagen, wir werden irgendjemand in den Hintern treten.« Eine ähnliche Geringschätzung der Gesetze legte Bush an den Tag, als es darum ging, die Einrichtung geheimer CLA-Gefängnisse auf der Welt oder die Anwendung von Folter beim Verhör von Verdächtigen zu autorisieren. Wie Fareed Zakaria belegt, prahlte die Bush-Administration jahrelang mit ihrer Missachtung multinationaler Abkommen und Organisationen.

Mit dem Thema Terrorismus wird überhaupt ein exzessives Spiel getrieben. Die berüchtigten Terror-Listen mit Organisationen, Einzelpersonen und Ländern, die als Unterstützer des Terrorismus gelten, werden immer wieder willkürlich geändert. Es fängt schon damit an, dass es kein gemeinsames Kriterium gibt, das für alle Länder oder internationalen Organisationen gelten würde, sodass manche von ihnen auf einigen Listen erscheinen und auf anderen wieder nicht. Des Weiteren hängt der Eintrag von den Interessen derer ab, die die Listen erstellen, und so erscheinen darauf Positionen oder werden gestrichen, ohne dass dies näher gerechtfertigt würde. Die albanisch-kosovarische UQK zum Beispiel ist auf der Liste der Vereinigten Staaten zweimal erschienen und wieder gestrichen worden. Letzteres durfte kürzlich auch Kuba erleben, nach langen Jahren terroristischer Einordnung. Tatsache ist, dass die Listen oftmals allein dazu dienen, Sanktionen gegen Personen und Länder zu verhängen, aber zu anderen Zwecken als angegeben: Es handelt sich unmissverständlich um ein Druckmittel. Clarke zufolge entfernte die Regierung Reagan während des Ersten Golfkriegs (1980-1988) den Irak 1982 von der Liste der Staaten, die als Förderer des Terrorismus galten, damit Bagdad mit Billigung der

amerikanischen Regierung gewisse Exportförderungsdarlehen beantragen konnte.

Die französischen Analytiker Labeviere und Thual wiederum berichten, unter dem Vorwand der Terrorangriffe vom 11. September habe die Bush-Administration eine »globale Bedrohung« konstruiert, die auf einer unwahrscheinlichen Verbindung zwischen der nebulösen Al-Qaida, der Hamas, der Hisbollah und allen möglichen anderen bewaffneten Organisationen basierte. Diese vermeintliche Bedrohungslage brachte das Pentagon dazu, eine Doktrin mit »globalen Antworten« zu erarbeiten, die mehr dazu gedacht waren, US-amerikanische Interessen voranzubringen, als gemeinsam wirkungsvolle internationale Antiterrormaßnahmen zu erreichen. Indem die Regierung Bush im Namen nationaler Interessen gegen das Völkerrecht verstieß, hat sie nach Ansicht dieser Autoren das Konzept des »Präventivkriegs« banalisiert und eine Militarisierung der internationalen Beziehungen verursacht, die seit Ende des Kalten Krieges ohne Beispiel war.

Der Angriff der Vereinigten Staaten auf Syrien

Als US-Präsident Trump im April 2017 die Entscheidung traf, einen Stützpunkt der syrischen Luftwaffe anzugreifen, von wo aus am Vortag ein Flugzeug abgeflogen sei, das Sarin auf Zivilisten abgeworfen hatte,[40] stützte er sich auf den zweiten Artikel der amerikanischen Verfassung, der ihn als Oberbefehlshaber der Streitkräfte mit entsprechenden Befugnissen benennt. Obgleich die amerikanische Verfassung das Recht, eine Kriegserklärung auszusprechen, dem Kongress vorbehält, verfügt die Exekutive über ausreichende Befugnisse, um die Nation in Krisensituationen, unter extremen Umständen und in dringlichen Fällen zu verteidigen, etwa aus Gründen der nationalen

Sicherheit, im Verteidigungsfall oder zum Schutz von US-Staatsangehörigen im Ausland. In diesem Sinne war es nicht das erste Mal, dass die Verfassung in den Vereinigten Staaten entsprechend interpretiert wurde, um den Einsatz von Militärgewalt im Ausland ohne spezifisches Mandat des Kongresses zu rechtfertigen.

Unklarheit besteht bei der Frage, wann von einer schwerwiegenden und unmittelbaren Bedrohung der nationalen Sicherheit die Rede sein kann, sodass die Umstände eine gewaltsame Reaktion erfordern. In Wirklichkeit reichen die Befugnisse des Präsidenten daher viel weiter, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Er muss nur wissen, wie er die öffentliche Meinung mobilisieren kann, und ein beliebiges Ereignis so aufblasen, dass ein energisches und unmittelbares Handeln seitens des Weißen Hauses gefordert ist.

Dazu kommt das klassische Argument des jeweiligen Präsidenten, eine Autorisierung durch den Kongress sei nicht notwendig, da die fragliche militärische Operation räumlich und zeitlich beschränkt bleibe, selbst wenn es sich um einen umfangreichen Schlag handeln sollte. Die andere übliche Rechtfertigung für die direkte Anordnung einer solchen Operation durch den Präsidenten besteht darin, sich auf humanitäre Gründe zu berufen. Ebendies geschah im genannten Fall, in dem es angeblich darum ging zu vermeiden, dass die syrische Regierung weiterhin chemische Waffen gegen die eigene Bevölkerung einsetzte.

Einmal mehr war also festzustellen, dass bei Bedarf kein Mangel an geschickt herbeigeredeten Rechtfertigungen besteht, die USA in einen Einsatz zu verwickeln, dessen Ziele in der Regel nichts oder sehr wenig mit den öffentlich vorgebrachten gemein haben. Wollte man sich dagegen an die ohnehin schon umstrittene internationale Rechtslage halten, so wäre es um einiges

schwieriger, eine Militärintervention im Ausland zu rechtfertigen. Im Prinzip ist es - mit Ausnahme des Verteidigungsfalles - nur zulässig, militärische Operationen durchzuführen, wenn eine Resolution des UN-Sicherheitsrats dies vorsieht. Allerdings wird nicht selten unabhängig von der UNO vorgegangen. Man denke nur an die Bombardierung von Belgrad durch die NATO im Jahr 1999.

Was Syrien betrifft, so fehlte nicht nur eine derartige Resolution. Es wäre auch schwierig gewesen, halbwegs schlüssig zu erklären, inwiefern ein Tausende von Kilometern entfernter Gasangriff eine direkte und ernsthafte Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten bedeuten sollte. Somit blieb nur noch das vielbemühte humanitäre Argument. Aber es konnte nicht mehr sein als ein Beleg für die absolute Heuchelei, die in den internationalen Beziehungen herrscht:

Nachdem Syrien seit Beginn des Konflikts vor nunmehr sechs Jahren mindestens eine halbe Million Todesopfer zu verzeichnen gehabt hatte, abgesehen von den unter unmenschlichen Bedingungen lebenden Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen, schien nun auf einmal die Art des Todes wichtiger als die Anzahl der Toten. Letztlich kann man daraus nur den Schluss ziehen, dass eine Warnung an die großen geostrategischen Konkurrenten der Vereinigten Staaten, China und Russland, ergehen sollte, aber auch an ein Land, das seinen Einfluss in einem Gutteil des Mittleren Ostens gegen wichtige Verbündete Washingtons geltend macht: den Iran.

Andererseits ist darauf hinzuweisen, dass die Resolution Nr. 2249 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 20. November 2015, die eine koordinierte Antwort gegen den sogenannten Islamischen Staat sowie gegen Al-Qaida - und deren Ableger - in Syrien vorsieht, weil diese als Terrorgruppen und beispiellose weltweite Bedrohung für Frieden und Sicherheit

angesehen werden, keinesfalls ein Land oder eine internationale Organisation dazu autorisiert, Kräfte oder Einrichtungen eines souveränen Staats wie Syrien zu attackieren. Die Resolution bleibt ziemlich unklar, da sie keinerlei konkrete Aussagen zu den Aktionen trifft, die gegen die erwähnten Terrorgruppen durchzuführen sein könnten, geschweige denn bestimmt, welche Länder oder internationalen Organisationen für die Umsetzung infrage kommen.

Eine chinesische Sicht auf das Völkerrecht

Den chinesischen Offizieren Guangqian und Youzhi zufolge lässt sich das internationale Recht in zehn Grundsätzen zusammenfassen (in Klammern meine Kommentare):

- Gegenseitige Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität. (Die aktuelle Situation in Syrien weckt Zweifel an der tatsächlichen Anwendung dieses Prinzips.)
- Verzicht auf aggressive Akte gegen andere Staaten. (Wie man in den Konflikten der letzten Zeit sehen kann, wird dieser Grundsatz immer weniger respektiert.)
- Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer. (Das ist einer der Werte, die China aufgrund seines Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anderen Ländern in Verhandlungen offerieren kann.)
- Gleichheit und gegenseitiger Nutzen. (Schwächere Länder haben eine geringere Chance, respektiert zu werden, vor allem, wenn gegensätzliche Interessen vorliegen.)
- Friedliche Koexistenz. (Wirtschaftliche und geopolitische Interessen garantieren wenig Frieden und viel Wettbewerb.)

- Verzicht auf die Anwendung von und Drohung mit Gewalt. (Die Drohung mit Gewaltanwendung ist permanent, da Teil des geopolitischen Spiels. Sie ist auch eine der Säulen der Abschreckung.)
- Nationale Selbstbestimmung. (Hier wäre zunächst der Begriff »Nation« zu definieren, der nur zugestanden wird, wenn es im Interesse der Mächtigen liegt. Denken wir an die Kurden oder Paschtunen - jeweils etwa 40 Millionen Menschen -, an die Sunniten im Irak und in Syrien, an die Menschengruppen, die in diversen afrikanischen Ländern nach Unabhängigkeit streben, oder an die Anhänger Russlands in der Ukraine.)
- Respektierung der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten. (China ist das erste Land, das beschuldigt wird, sich nicht daran zu halten. Der Grundsatz wird häufig als geopolitischer Hebel angesetzt, um zu intervenieren, wo das geraten erscheint.)
- Internationale Zusammenarbeit und aufrichtiges Erfüllen internationaler Verpflichtungen. (Das wird stets von den aktuellen Interessen abhängen, da Wettbewerb mehr zählt als Kooperation.)
- Friedliche Lösung internationaler Konflikte. (Eine solche Option wird immer dann eingelöst werden, wenn nicht ein Krieg größeren Erfolg verspricht, der im Übrigen immer öfter über Dritte geführt wird.)

Die beiden Autoren führen weiter aus, es gebe nur drei Situationen, in denen Krieg eine legitime Option darstelle: Wenn ein Staat sein Recht auf Selbstverteidigung ausübt; wenn der Militäreinsatz unter einem Mandat des UN-Sicherheitsrats erfolgt; oder wenn Unabhängigkeitskämpfer oder eine nationale Befreiungsbewegung das Recht auf nationale Selbstbestimmung

geltend machen und gegen Kolonialismus oder Fremdherrschaft antreten. Letzteres entspricht in hohem Maße der chinesischen Mentalität und wurde von Beijing jahrelang in Drittstaaten unterstützt, darunter zahlreiche afrikanische Länder, die sich gegen die Kolonialmächte erhoben. China würde es. freilich kaum als ebenso »legitim« betrachten, wenn etwa bei den Tibetern oder Uiguren eine Unabhängigkeitsbewegung aufkäme.

Die Verletzung des Völkerrechts im Weltraum

Im Weltraumvertrag - auch: Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (1967) - ist festgehalten, dass der Weltraum der gesamten Menschheit gehört. Er kann deshalb nicht Gegenstand der Inbesitznahme seitens einzelner Länder werden, weder durch die Beanspruchung von Souveränität noch durch Gebrauch oder Besetzung oder auf andere Weise, unabhängig vom wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Mehr noch, der Weltraum muss der gesamten internationalen Gemeinschaft für Erforschung und Gebrauch zu friedlichen Zwecken zugänglich sein. Der Vertrag - der bis zum Oktober 2018 von 130 Ländern unterzeichnet wurde, von denen ihn 23 noch nicht ratifiziert haben - wurde später durch zusätzliche Vereinbarungen wie den Mondvertrag (1979) erweitert, der die Aktivitäten der Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern regelt. Unter anderem wird dort die künftige Erforschung und Nutzung im Weltraum befindlicher natürlicher Ressourcen reguliert. Dieser Vertrag wurde allerdings bis zum 1. Januar 2017 nur von 21 Staaten unterzeichnet, von 17 ratifiziert. Weder Deutschland noch die USA gehören zu den Unterzeichnerstaaten.

US-Präsident George W. Bush unterzeichnete vielmehr im Oktober 2007 eine Order, in der sich die Vereinigten Staaten einseitig das Recht zusprechen, etwaigen Gegnern, die den Weltraum in feindseliger Absicht benutzen könnten, den Zugang zu verwehren. Überdies verwahrt sich Washington gegen die Anbahnung jeglicher vertraglicher Vereinbarungen, die ihr Handeln im Weltraum einschränken könnten. Dass das ernst gemeint ist, bewiesen die USA auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 8. November 2016, also gegen Ende der Amtszeit von Barack Obama. Als im Verlauf dieser Sitzung über die Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum debattiert wurde, enthielten sich vier Länder der Stimme, darunter die Vereinigten Staaten. Zudem votierten die USA als einer von vier Mitgliedsstaaten gegen die Verpflichtung, eine Stationierung von Waffen im Weltraum zu unterlassen.

Am folgenreichsten ist aber wohl, dass Washington sich trotz internationaler Verträge, die das untersagen, im Wettlauf um die Ausbeutung des Reichtums von Asteroiden einen Vorsprung zu sichern versucht. Am 25. November 2015 unterzeichnete Präsident Obama einen Gesetzentwurf, der Bergbaumaßnahmen an Himmelskörpern gestattet und der anschließend im US-Kongress angenommen wurde. Damit haben die USA ein Gesetz, das es ihnen erlaubt, Asteroiden eigennützig auszubeuten. Diese als »Weltraumgesetz« bekannt gewordene Norm, deren offizieller Name »Gesetz zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in der Raumfahrt« lautet, erlaubt US-Bürgern, nach eigenem Ermessen und zu ihrem eigenen Nutzen Ressourcen aus dem Weltraum zu extrahieren, und räumt Unternehmen, die auf Asteroiden nach Rohstoffen schürfen wollen, entsprechende Rechte ein.

»Recht und Macht sind unzertrennlich verbunden«

Das Konzept eines Rechts zwischen den Völkern, wie es der Niederländer Hugo Grotius im 17. Jahrhundert vertrat (alle souveränen Staaten sind als Gleiche zu behandeln, und Krieg lässt sich allein zur Verteidigung der Souveränität rechtfertigen) ist im Wesentlichen eine Utopie. Meistens sind, so Robert D. Kaplan, die Grenzen zwischen Frieden und Krieg unscharf, und internationale Verträge kommen nur zum Tragen, wenn sie durch Stärke und Eigeninteresse gestützt werden. Albert Einstein stimmte mit diesem Gedanken überein, als er in einem Brief an Sigmund Freud vom 30. Juli 1932 beklagte, dass »Recht und Macht unzertrennlich verbunden« seien.

Die chinesischen Offiziere Liang und Xiangsui meinen, Anerkennung oder Ablehnung internationaler Regeln durch ein Land hingen häufig von dessen Eigeninteressen ab. Kleinere Länder hofften, die Regeln zu ihrem Schutz einsetzen zu können, während große Länder versuchten, mithilfe der Regeln die kleineren unter Kontrolle zu halten. Eine Gruppe von Staaten sähe also die internationalen Beziehungen gerne auf dem Respekt vor dem Völkerrecht begründet (die Schwachen), eine zweite Gruppe stützt die Beziehungen auf das geopolitische Gewicht jedes einzelnen Landes (die Starken). Infolgedessen wird das Völkerrecht weder von den Starken respektiert, noch lässt es sich von den Schwachen durchsetzen.

10. Tu nicht selbst, was andere für dich übernehmen können

Bei allen größeren Operationen, die Täuschungsmanöver beinhalten, ist es eine geschickte Strategie, das Handeln nach Möglichkeit anderen zu überlassen. Bei der sprichwörtlichen Drecksarbeit lautet die probate Maxime: Tu nicht selbst, was andere für dich übernehmen können - vor allem niederträchtige Handlungen oder solche, bei deren Entdeckung man selbst in Schwierigkeiten käme. Oft wird ein entsprechender Auftrag gegen Bezahlung erledigt. Doch deutlich wirkungsvoller ist die Methode, andere durch List und Betrug zu den gewünschten Handlungen zu veranlassen. Bei geschickter Handhabung fällt kein Verdacht auf den Auftraggeber, und die Betreffenden übernehmen ihre Aufgabe sogar freiwillig und mit Begeisterung.

Der Einsatz von Freibeutern

Spätestens seit dem 13. Jahrhundert setzen Staaten diese Strategie indirekter Kriegsführung auf dem Meer über sogenannte Freibeuter oder *privateers* um. Der englische Begriff bezeichnet sowohl die Personen als auch die Schiffe, die zu diesem Zweck eingesetzt wurden. Dabei erteilten staatliche Behörden gewissen Seeleuten mit »Kaperbriefen« die Erlaubnis, zugunsten des betreffenden Landes gegen Handelsschiffe verfeindeter Länder vorzugehen: sie zu drangsalieren, zu behindern, zu überfallen, zu entführen, sie auszurauben und sogar zu versenken.

Es ging also um nichts anderes als die Ausübung klassischer Piraterie - Überfälle auf Schiffe, um Passagiere zu entführen, die Ladung zu rauben oder sich der Schiffe selbst zu

bemächtigen, gelegentlich auch, um anschließend Lösegeld zu verlangen -, nur dass nunmehr eine vorgebliche Legitimation ins Spiel kam, die manchen Ländern in Kriegszeiten dazu diente, die Wirtschaft ihrer Feinde zu schwächen und die Schlagkraft der feindlichen Marine zu mindern, da ein Teil der Schiffe nun zum Schutz der Seewege abgestellt werden musste. So erweiterten die Staaten zeitweilig ihr nautisches Potenzial ohne zusätzliche Kosten: Die Freibeuter wurden durch die gemachte Beute entschädigt.

Im 17. und 18. Jahrhundert stellten die Schiffe der Freibeuter einen erheblichen Anteil der Flotte, die den wichtigsten Mächten der Zeit zur Verfügung stand. Ihre Aktivität war zu einem lukrativen Geschäft geworden, das zudem behördlich gebilligt wurde. In jedem Land gab es Normen zur Aufteilung der Beute. Üblicherweise kam der Gewinn aus dem Verkauf der aufgebrachten Schiffe und der erbeuteten Waren zu einem Teil den Piraten zugute - dem Kapitän und der Besatzung. Den Rest erhielten der Eigentümer des Piratenschiffs - sofern es nicht dem Kapitän gehörte - und die Regierung des Landes, das den Kaperbrief ausgestellt hatte.

Es lag in der Natur der Sache, dass die meisten Freibeuter einschlägige Erfahrung hatten. In vielen Fällen handelte es sich um ganz normale Piraten, wenn nicht um gesetzlose Kriminelle. Häufig wechselten diese schillernden Gestalten ständig zwischen legalen und illegalen Aktivitäten, je nach den Bedürfnissen der Länder, in deren Dienst sie gerade standen.

Wenngleich die Freibeuter sich einer gewissen Disziplin unterwerfen mussten, wenigstens insofern, als sie in einem allgemeinen Sinn weisungsgebunden waren, genossen sie bei der Ausführung ihrer Überfälle doch eine erhebliche Freiheit. In den Dokumenten, die ihre Position offiziell absicherten, wurde in der Regel festgesetzt, dass sich feindselige Akte gegen

ausländische Schiffe an die eingeführten Kriegsgebräuche zu halten hätten. Aber es war nicht üblich, dass die Behörden dies näher überwachten, solange die Raubzüge dem betreffenden Staat von Nutzen waren. Zudem hatten Freibeuter den nicht zu verachtenden Vorteil, als Teil der Streitkräfte ihres Landes zu gelten, wobei ihnen ihre Gegner dieses Privileg nicht immer zuerkannten - manchmal auch, weil noch gar keine offizielle Kriegserklärung seitens des Landes vorlag, in dessen Namen der Freibeuter seine Missetaten verübte.

Zu den Ländern, die dieses Mittel einsetzten, zählten vor allen Dingen Großbritannien (in herausgehobener Position - mehr als die Hälfte der berühmtesten Freibeuter handelte unter dem Schutz der englischen Krone), Spanien, Frankreich und Holland. Auch einige Länder in Lateinamerika machten von der Freibeuterei Gebrauch, allerdings in wesentlich geringerem Ausmaß.

Einer der hervorstechendsten Fälle ist der des englischen Korsaren Francis Drake (1540-1596), der es in seinem intensiven Leben vom Matrosen und Sklavenhändler zum berühmten Seefahrer brachte, der als Zweiter nach Juan Sebastian Elcano die Welt umsegelte, und schließlich zum Politiker und Admiral der englischen Flotte. Den Spaniern, die unter zahlreichen Überfällen Drakes zu leiden hatten, erschien er nie als etwas anderes denn als Pirat, sosehr er auch in englischen Diensten stehen mochte. Dem englischen Volk freilich galt er als Held, und Königin Elisabeth I. überschüttete ihn für seine Leistungen als Freibeuter mit höchsten Ehren. Dass er geadelt wurde, gründete unter anderem auf der Erbeutung zweier mit Gold und Silber beladener spanischer Schiffe in einem der einträglichsten Raubzüge aller Zeiten.

Obgleich die einschlägigen Aktivitäten ihren Höhepunkt vom 16. bis 18. Jahrhundert hatten, kam die Strategie bis ins 19. Jahrhundert hinein mit einer gewissen Häufigkeit zum Einsatz.

Während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges verstärkten die Nordamerikaner ihre regulären Marineeinheiten durch Piratenschiffe. Am Ende des 18. Jahrhunderts setzte das postrevolutionäre Frankreich auf dem Atlantik und im Karibischen Meer Freibeuter ein, um die Seewege der Nordamerikaner und Briten zu stören. Im amerikanischen Sezessionskrieg (1861—1865) waren Freibeuter sowohl im Dienst der Nord- als auch der Südstaaten tätig.

Mutatis mutandis unterscheidet sich das Modell nicht wesentlich von dem der privaten Militärfirmen, die sich seit dem Ende des Kalten Krieges an Konfliktorten auf der ganzen Welt ausgebreitet haben: Die Regierungen der Länder, die diese Söldnerfirmen beauftragen, übertragen dabei ihr Gewaltmonopol auf Privatunternehmen. Diese handeln dann unter dem Deckmantel einer durchaus zweifelhaften Rechtslage.

Moderne Söldner: die privaten Militärunternehmen

Private Militär- und Sicherheitsfirmen, deren Angestellte man als »Vertragskräfte« bezeichnet, werden bei der Umsetzung von Aktionen gebraucht, die ein Staat nicht direkt und mit eigenen Ressourcen ausführen kann oder will. Das erste derartige Privatunternehmen war die 1965 von David Stirling (dem Gründer des britischen SAS)[41] und John Woodhouse (ebenfalls Mitglied des SAS) gegründete Firma WatchGuard International, deren erster Einsatz im Bürgerkrieg im Nordjemen erfolgte.

Infolge des Abbaus von Militärkontingenten nach Ende des Kalten Krieges, wegen der Zunahme niederschwelliger und asymmetrischer Konflikte und auch aufgrund der Zurückhaltung westlicher Länder bei der Verwendung ihrer eigenen Streitkräfte - die sich aus den erheblichen Sorgen begründet,

welche Auswirkungen eigene Verluste in der Bevölkerung haben könnten hat die Beauftragung von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen in den vergangenen zwei Jahrzehnten zugenommen.

In der Gegenwart treten sie oft an Kriegsschauplätzen auf, und ihr Einsatzgebiet hat sich auf andere Felder ausgeweitet, etwa den Kampf gegen den Drogenhandel und die Piraterie, den Schutz humanitärer Helfer von Nichtregierungsorganisationen und der UNO oder die Terrorismusbekämpfung in Afghanistan, Pakistan und im Irak (wo beispielsweise 2007 mehr Vertragskräfte im Einsatz waren als reguläre Soldaten).

Die einschlägigen Unternehmen sind in der Regel im Besitz politisch und ökonomisch einflussreicher Gruppen oder mit ihnen verbunden. Meist liegt ihr Hauptsitz in Steueroasen, mit häufigen Wechseln, um dem Fiskus zu entrinnen. Private Militär- und Sicherheitsfirmen generieren jährlich einen Umsatz von Milliarden von Dollar und sind als Käufer fortschrittlicher Waffen und Militärtechnologie überaus interessante Kunden für multinationale Rüstungskonzerne. Die Vertragskräfte selbst sind normalerweise ehemalige Armeeangehörige, Geheimdienstagenten und Polizisten, obwohl sich unter ihnen auch vormalige Kriminelle finden. Ihr Durchschnittsalter liegt zwischen 35 und 40 Jahren.

Die Vorteile, die private Militär- und Sicherheitsfirmen den Staaten im Vergleich zu regulären Streitkräften bieten, sind zahlreich: Sie sind kostengünstiger, da sie nicht dauerhaft angestellt werden müssen und der Vertrag gekündigt werden kann, sobald sie nicht mehr benötigt werden; sie erhalten keine zusätzlichen Sozialleistungen (Krankenversicherung, Unterstützung für Verwandte, Pensionen usw.) und verursachen keine Ausbildungskosten; und sie gelten als hochgradig zuverlässig, weil es sich mehrheitlich um erfahrene Profis handelt. Darüber

hinaus bieten sie durch ihre Erfahrung, Ausbildung und Ausrüstung einen höheren Grad an Effektivität, setzen undurchsichtige Aktionen diskret um, verursachen bei Verlusten einen geringen öffentlichen Widerhall und zeichnen sich durch ein hohes Maß an Verfügbarkeit, Flexibilität und Spezialisierung aus. Nicht zuletzt kann man durch sie Vorbehalte und Verantwortlichkeiten umgehen.

Allerdings ist ihr Einsatz auch mit Nachteilen verbunden, etwa ihrem fragwürdigen Status im Hinblick auf das Völkerrecht, auf die Gesetze und Gebräuche, die bei bewaffneten Konflikten gelten. Trotz der zahlreichen Skandale, in die Vertreter von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen verwickelt waren, gibt es bisher keine internationale Einigung, die sie der nationalen oder internationalen Rechtsprechung unterordnen würde. In vielen Fällen bleiben Arbeitsbestimmungen unbeachtet, wird etwa Personal aus Entwicklungsländern zu niedrigen Löhnen und ohne Sozialleistungen unter Vertrag genommen. Überdies stellt der Einsatz von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen das staatliche Gewaltmonopol infrage. Vor allem aber unterliegen ihre Handlungen keiner demokratischen Kontrolle, insbesondere bei verdeckten Operationen.

Bemühungen, die privaten Militär- und Sicherheitsfirmen zu regulieren, sind bis jetzt vergeblich geblieben. Grund dafür sind Diskrepanzen zwischen den Ländern, die Globalisierung der Branche (samt den daraus folgenden Finanztricks, die ihre Verfolgung und Besteuerung erschweren) sowie die zahlreichen widerstreitenden Interessen. Die internationale Konvention über den Einsatz von Söldnern, Teil des Zusatzprotokolls der Genfer Konventionen von 1977, nimmt keinen Bezug auf private Militär- und Sicherheitsfirmen, hauptsächlich weil diese nicht durch die Definition von »Söldnern« erfasst sind. Selbiges gilt für die 1989 von den Vereinten Nationen verabschiedete Internationale

Konvention gegen die Rekrutierung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern. Der jüngste Anlauf ist das Montreux-Dokument von 2008, das den Umgang mit privaten Sicherheitsunternehmen reguliert. Obwohl es von siebzehn Ländern ratifiziert wurde, verpflichtet es diese nicht zur Einhaltung der darin festgehaltenen Grundsätze. Es handelt sich lediglich um eine Liste mit siebzig Empfehlungen zum Vorgehen in Konfliktgegenden, zur Verfolgung von Verstößen gegen das Völkerrecht und der Verifizierung von Handlungen solcher Unternehmen.

Kurzum, die privaten Militär- und Sicherheitsfirmen stehen in einer Zwischenposition, die ökonomischen und politischen Interessen von Staaten dient, ohne dass die öffentliche Meinung davon erfahren und die Regierung dafür Verantwortung übernehmen müsste. Zudem lassen sie sich verdeckt einsetzen, auch für Aktionen dubioser Natur.

Die »geringstmögliche Anstrengung« im Krieg

Zu allen Zeiten wurden auf Kriegszügen Dritte eingesetzt, die für die härtesten, mühsamsten und unangenehmsten Aufgaben zuständig waren, von taktischen Operationen bis hin zu Schandtaten wie willkürlichen Hinrichtungen.

Nach dem Ersten Weltkrieg erhob das kommunistische Russland Guerillakämpfe zu einem wichtigen Teil der Kriegsführung. 1928 wurde auf dem Parteikongress in Moskau die Forderung erhoben, Maßnahmen einzuleiten, um im Kriegsfall auf diese Art des Kampfes vorbereitet zu sein. Wenige Jahre später, 1933, erschien das Handbuch *Instruktionen für den Guerillakrieg,* das in den Lehrkanon der Roten Armee aufgenommen wurde. Als 1941 der Krieg zwischen dem Deutschen Reich und

der Sowjetunion begann, wurden zügig die ersten Guerillaeinheiten organisiert. Auch in Serbien bildeten sich während des Zweiten Weltkriegs durch russischen (und britischen) Einfluss Partisanengruppen. Sie sollten die Wehrmacht in einen Abnutzungskampf verwickeln und das Deutsche Reich dazu rtötigen, eine erhebliche Menge Truppen abzustellen, um auf dem Balkan die Kontrolle zu behalten. Zu diesem Zweck wurde Tito aus Moskau nach Serbien geschickt, mit dem Auftrag, die Leitung einer der wichtigsten Partisaneneinheiten zu übernehmen.

Auch die Alliierten kamen auf diese Strategie zurück. Max Hastings schildert, wie bei verdeckten Operationen in den durch die Achsenmächte besetzten Gebieten Terroranschläge und Guerillaaktionen verübt wurden.

Mit einer gewissen Häufigkeit werden Dritte eingesetzt, um Taten zu begehen, die selbst inmitten von Kriegswirren nur abscheulich genannt werden können. Dem amerikanischen Historiker und Arabisten Eugene Rogan zufolge ließen die Osmanen während des armenischen Genozids eine beträchtliche Zahl von verurteilten Mördern aus ihren Gefängnissen frei, um sie anschließend zu Banden zu organisieren, die als »Metzger« zum Einsatz kommen sollten.

In den 1980er- und 1990er-Jahren soll die CIA Söldnern, die im Kuba Fidel Castros Bomben legen sollten, zwischen 2000 und 5000 Dollar pro Bombe bezahlt haben, zuzüglich Reisekosten. Kubanischen Quellen zufolge legten sich einige dieser Glücksritter derart ins Zeug, dass sie es auf bis zu fünf Bomben pro Tag brachten.

Operationen unter falscher Flagge

Konflikte, Kriege und Auseinandersetzungen zwischen menschlichen Gruppen sind bekanntlich durch eine Vielzahl von Listen, Winkelzügen und Täuschungen gekennzeichnet. Wie Winston Churchill gesagt haben soll, ist die Wahrheit in Kriegszeiten so kostbar, dass sie durch einen Wall von Lügen geschützt werden muss.

Bei diesen Zwistigkeiten und Rivalitäten ist seit jeher eines der Mittel, worauf Staaten und andere mächtige Instanzen mit einer gewissen Häufigkeit zurückgreifen, die Durchführung verdeckter Operationen, die Dritten in die Schuhe geschoben werden. Das sind die sogenannten Operationen unter falscher Flagge.

Ziel dieser Strategie ist es, sich einen wesentlichen Vorteil gegenüber einem Dritten zu verschaffen, der für die Aktion verantwortlich gemacht werden soll. Das kann ein erklärter Feind sein; einer, mit dem eine Gegnerschaft aufgebaut werden soll; oder auch ein Land oder eine Organisation, gegen die man andere aufbringen will, in aller Regel, um diese als Verbündete zu gewinnen oder damit zwischen ihnen und dem bewussten Dritten ein Zwist entsteht, der auf Dauer beide Seiten schwächt. Aber ebenso denkbar ist, dass der vermeintliche Schuldige als Sündenbock herhalten muss und womöglich nur zufällig ausgewählt wird.

Auf dem weiten Feld, das von Operationen unter falscher Flagge betroffen ist, kann es sehr unterschiedliche Aktionen geben - von Terroranschlägen über militärische Angriffe bis hin zu Sabotageakten (Brandstiftung, Vandalismus usw.) und Subversion. Sie können sowohl auf der körperlichen Ebene ansetzen als auch - wie es aktuell immer öfter der Fall ist - bei nationalen und internationalen Kommunikationssystemen und im Cyberspace. Diesbezügliche Entscheidungen fallen auf politischer Ebene oder auch auf dem Schlachtfeld.

Die Ausführenden

Da es sich per definitionem um verdeckte Operationen handelt, ist zu ihrer Ausführung qualifiziertes Personal erforderlich. Für gewöhnlich werden solche Aktionen von den Geheimdiensten geplant und geleitet oder zumindest koordiniert, die dafür auf ihre eigenen Mitglieder zurückgreifen (Agenten und/oder operative Kräfte mit Unterstützung durch geschulte Techniker), auf Mitglieder von Sondereinheiten der Armee oder auf zum jeweiligen Zweck unter Vertrag genommenes Personal.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Spezialisierung der Geheimdienste auf undurchsichtige und lautlose, manchmal auch unsaubere Operationen sie für solche irregulären Aktionen besonders nützlich erscheinen lässt. Daher ist es üblich, dass sie dabei auf die eine oder andere Weise beteiligt sind, nicht selten als treibende Kraft, die im Hintergrund die Fäden zieht. Vor allem in Ländern, die sich nicht an demokratischen Maßstäben orientieren, gibt es immer wieder klare Hinweise darauf, dass die Geheimdienste hinter derartigen Operationen stehen, als richtiggehender Staat im Staat. Im Übrigen dienen Auftritte unter falscher Flagge in der stets wechselhaften Welt der Spionage häufig dazu, Agenten zu rekrutieren oder Dritte für Aktionen einzusetzen, deren Absichten ihnen verborgen bleiben.

Enthüllungen

Wenn Operationen unter falscher Flagge unter größter Geheimhaltung stattfinden, wie kann es dann sein, dass sie ans Licht kommen? Tatsache ist, dass sich viele dieser Aktionen, ob in der Geschichte oder in der Gegenwart, nur schwer nachweisen lassen oder ein Nachweis sogar unmöglich ist. Was bleibt, ist das nebelhafte Panorama von Verschwörungstheorien. Zudem ist es immer wieder schwierig, die genauen Absichten derartiger Aktionen zu erkennen, was deren Aufdeckung zusätzlich erschwert.

Dennoch sind manche Operationen unter falscher Flagge vollständig erforscht, sei es, weil sie durch Journalisten oder unabhängige Wissenschaftler detailgenau recherchiert wurden oder weil die Freigabe einschlägiger Dokumente erfolgte (gelegentlich werden diese allerdings nicht vollständig zugänglich gemacht, besonders kompromittierende Elemente erscheinen geschwärzt). In gewissen Fällen kommen Informationen an den Tag, weil ein reuiger Beteiligter auf dem Sterbebett davon spricht. Manchmal verspricht ein anderer Geheimdienst sich Nutzen davon, die Handlungen seiner Widersacher an die Öffentlichkeit zu bringen.

Das Thema ist allerdings differenziert zu sehen, da nicht alles, was wie eine Operation unter falscher Flagge aussieht, auch wirklich eine sein muss. Vor- oder Nachteile für eine bestimmte Seite sind kein direkter Beweis für einen Verursacher; es könnte sich auch um ein Zufallsereignis oder einen Unfall handeln, aus dem jemand Nutzen schlägt. Auch dass ein Ereignis erwartbar oder vorauszuahnen war, bedeutet nicht, dass sein Eintreten direkt verursacht oder begünstigt worden wäre. Manchmal beschränkt sich das Handeln der Beteiligten darauf, einfach zuzulassen, dass etwas geschieht, während sie an die Vorteile denken, die sich daraus ergeben, oder schlichtweg zu träge sind, um einzugreifen.

Anwendungsbereiche und Absichten, die damit verfolgt werden

Die genannten Operationen werden auf unterschiedlichen Ebenen geplant und ausgeführt, ob von der Politik - bis in die höchsten Sphären eines Staates - oder in der beschränkten Umgebung der Taktik auf dem Schlachtfeld. Auf der politischen Ebene hängen sie häufig mit dem Kriegseintritt eines Landes zusammen, mit Terrorakten oder dem Einsatz subversiver

Kräfte. Bezüglich des Zusammenhangs von Operationen unter falscher Flagge und Terrorismus ist an ein Zitat zu denken, das Stalin zugeschrieben wird: »Die leichteste Methode, die Kontrolle über ein Volk zu erlangen, besteht darin, Terroranschläge durchzuführen. Die Bevölkerung selbst fordert die Durchsetzung restriktiver Gesetze, sobald sie ihre persönliche Sicherheit bedroht sieht.«

Bei der Anwendung subversiver Methoden, die ein Land durch Untergraben der Moral, Loyalität und Zuversicht in der Bevölkerung schwächen sollen, bedient man sich etwa einer Tarnorganisation zur Verdeckung der wahren Absichten, rekrutiert Mitarbeiter, die - bewusst oder unbewusst - Aktionen zugunsten ihres Auftraggebers ausführen. Es werden falsche Gerüchte verbreitet und bestimmte gedankliche Strömungen gefördert. Freilich eignet sich dieselbe Strategie auch zur Gegensubversion, zum Beispiel bei der Inszenierung eines Staatsstreichs mit dem Ziel, die engagiertesten politischen Gegner aus der Deckung zu locken, um sie dann rasch und auf eine Weise unschädlich zu machen, die sich vor der nationalen und internationalen öffentlichen Meinung rechtfertigen lässt.

Operationen unter falscher Flagge werden auch gerne dazu eingesetzt, die Bevölkerung kriegswillig zu stimmen oder ihre Unterstützung oder zumindest passive Duldung von Maßnahmen zu erreichen, die bereits eingeleitet oder in Planung sind. Schon der preußische Stratege Carl von Clausewitz wies darauf hin, dass es für den Erfolg einer militärischen Operation unabdingbar sei, zwischen Regierenden, Armee und Volk eine solide und unverbrüchliche Gemeinschaft von Ideen und Interessen herzustellen.

Das häufigste Mittel, um die Bürger zu mobilisieren, ist die Dämonisierung des Feindes. Dieser wird als vollständiges Zerrbild dargestellt, bis er nicht einmal mehr als Mensch erscheint,

um ihn mit umso wilderer Entschlossenheit bekämpfen zu können. Hierbei ist die Verbreitung von Lügen zur Aufwiegelung der öffentlichen Meinung eine gängige Methode. Dafür werden systematisch Falschinformationen verbreitet, psychologische Kriegsführung und die Manipulation durch die Massenmedien betrieben, ist doch eines der Erfolgsgeheimnisse bei Operationen unter falscher Flagge, dass genug Bürger in den betroffenen Ländern, ja, auf der ganzen Welt davon erfahren - unter Verzerrung der Wirklichkeit, soweit das erforderlich ist.

Man darf nicht vergessen, dass sich der menschliche Geist aus mehreren Gründen leicht manipulieren lässt: Wir neigen dazu zu glauben, was wir glauben möchten oder was zu unseren vorgefassten Ideen passt (ob uns diese absichtlich eingeimpft wurden oder sich aus der Mentalität der Gemeinschaft ergeben, in der wir leben); wir sind empfänglich für schlichte, insistente Botschaften; und wir haben ein starkes Bedürfnis, Zweifel, die uns beunruhigen, aufgelöst zu sehen. Auf der operationellen Ebene erfolgen Aktionen unter falscher Flagge im Rahmen von Täuschungsmanövern, die den Gegner durch falsche Darstellung der Realität zu Reaktionen provozieren sollen, die den jeweiligen Interessen zugutekommen.

Aus taktischer Sicht lassen sich Operationen unter falscher Flagge mit Fällen vergleichen, bei denen Soldaten in der Uniform des Feindes auftreten. Diese Kriegslist dient in der Regel dazu, Informationen aus erster Hand über die Aktivitäten des Gegners zu erlangen oder gegnerische Anführer zu eliminieren. Denn wie Napoleon einmal sagte: »Ein Spion an der richtigen Stelle zählt mehr als zwanzigtausend Mann auf dem Schlachtfeld.«

Dokumentierte Fälle von Operationen unter falscher Flagge

Historisch gibt es zahlreiche Fälle von Operationen unter falscher Flagge, von denen nur eine kleine Minderheit an die Öffentlichkeit gelangt ist. Unter den bekanntesten in der Antike sticht die von Nero im Jahr 64 verursachte Feuersbrunst heraus, die den römischen Christen untergeschoben wurde. Im 20. Jahrhundert ist eine Vielzahl von Fällen mehr oder weniger genau dokumentiert, hinter denen Militärs oder Geheimdienste aus der Sowjetunion, Japan, Deutschland, Großbritannien, der Türkei, den USA, Algerien, Bosnien, Indonesien und Serbien stecken, neben vielen anderen Nationen. Wenige Länder können, unabhängig von der dort vorherrschenden Ideologie und der Frage, ob es sich um Diktaturen oder Demokratien handelt, von sich behaupten, auf dieses grundsätzlich heimtückische Mittel verzichtet zu haben. Man könnte sogar mutmaßen, dass in autokratischen Regimen vergleichsweise wenig Bedarf daran besteht. Diese können die Maßnahmen, die ihnen erforderlich scheinen, ja offen ausführen, ohne Einwände aus der Bevölkerung oder seitens einer - nicht existenten - Opposition berücksichtigen zu müssen.

In der Gegenwart wird davon ausgegangen, dass Cyberangriffe auf bestimmte Ziele häufig unter falscher Flagge stattfinden. Sie reichen vom Remotezugriff auf Computer und Handys bis zum Hacken von E-Mail-Accounts und Benutzerkonten in sozialen Netzwerken, deren Inhaber hinterher für illegale Aktivitäten geradestehen müssen. Beharrliche Gerüchte über die Durchführung von Operationen unter falscher Flagge gibt es auch bezüglich der kriegerischen Konflikte, die in den letzten Jahren in Libyen, im Irak und in Syrien stattgefunden haben.

Die indirekte Strategie der Vereinigten Staaten

In der letzten Zeit hat Washington, vielleicht unter dem Eindruck fehlgeschlagener früherer Abenteuer, seine Strategie direkter Interventionen zugunsten einer deutlich indirekteren revidiert und greift nun im Allgemeinen auf Dritte zurück, um seine Ziele zu erreichen.

Nach Darstellung von Richard A. Clarke gelang es den Vereinigten Staaten - im Unterschied zu ihren Erfahrungen in Korea und Vietnam - in Afghanistan, die schlagkräftige Rote Armee zu besiegen. Maßgeblich war hierfür die Vermittlung der Geheimdienste der pakistanischen Armee, die mit finanzieller Unterstützung der USA, der saudischen Regierung und diverser Hilfsorganisationen aus rückständigen afghanischen Kriegern und mehreren Tausend arabischen Freiwilligen eine fähige Streitmacht aufgebaut hatten. Insgesamt verbrauchten die Vereinigten Staaten auf dem Höhepunkt ihres Engagements in Afghanistan pro Jahr bis zu 600 Millionen Dollar.

Diese Richtungsänderung verstärkte sich im Jahr 2001, als die Vereinigten Staaten als Antwort auf und Vergeltung für die Terroranschläge vom 11. September in Afghanistan einmarschierten. Um die Taliban ihrer Macht zu berauben, griffen sie auf die Milizeinheiten der Nordallianz zurück, die von einer relativ kleinen Gruppe von US-Spezialeinsatzkräften geleitet wurden. Zehn Jahre später schoben die USA zur Absetzung Gaddafis verbündete und befreundete Länder vor. Und in den wirren Szenarien Syriens und des Irak haben sie es hauptsächlich den Kurden überlassen, den sogenannten Islamischen Staat zu bekämpfen.

George Friedman empfiehlt eine Fortführung dieser Haltung. Seiner Ansicht nach sollten die Vereinigten Staaten Bündnisse bilden, in denen andere Länder die Hauptlast der Auseinandersetzung tragen, während die USA sie wirtschaftlich, militär-

technologisch sowie mit der Zusage unterstützen, im Ernstfall ihre Armee zu entsenden.

Diese Politik ist in Präsident Barack Obamas Begriff des »leading from behind« zusammengefasst. Es geht, kurz gesagt, darum, weiter den Dirigentenstock zu schwingen, aber weniger aufzufallen, sodass der US-amerikanische Einfluss nicht ganz so offen zutage tritt.

Synergien

Bekanntlich entsteht, wenn verschiedene Beteiligte abgestimmt handeln, ein Mehrwert: Die Summe ihrer Anstrengungen zeitigt bessere Ergebnisse, als sie durch ein individuelles Vorgehen hätten erreicht werden können. Das bezeichnet man als »Synergie«. Strategisch gesehen werden Synergien auch in der Geopolitik eingesetzt, um ein Ergebnis zu erzielen, das dem isoliert handelnder Teile überlegen ist. Konkret schlägt sich das in Zusammenschlüssen, Bündnissen und Koalitionen zwischen Staaten nieder, seien diese nun dauerhaft oder nur vorübergehend für bestimmte Umstände geschaffen. Dazu gehören internationale Organisationen wie die UNO und die NATO und auch supranationale Gebilde, die durch eine gewisse Aufgabe von Souveränität zugunsten der Gemeinschaft geprägt sind, wie im Fall der EU. Die Zwecke sind unterschiedlich: Friede und Sicherheit, gegenseitige Verteidigung, ökonomische Vorteile, politische Kooperation, militärische Operationen und anderes.

Sogar die Supermächte sehen sich zu gewissen Partnerschaften genötigt, allerdings stets unter der Bedingung, dass sie dabei eine Führungsrolle übernehmen, etwa im Fall der Vereinigten Staaten. Tatsächlich wird die globale Vorherrschaft der USA, wie Brzezinski erklärt, »durch ein ausgetüfteltes System von Bündnissen und Koalitionen untermauert, das buchstäblich die ganze Welt umfasst«.

Manchmal erscheint eine Verbindung unterschiedlicher Kräfte auf den ersten Blick nicht plausibel. Sie ergibt sich zwischen Ländern oder Organisationen mit prinzipiellen Differenzen, wenn diese einen gemeinsamen Feind oder punktuell gemeinsame Interessen haben. Kissinger nennt in *Weltordnung* als Beispiel die mutmaßliche Kooperation - zumindest durch stillschweigende Übereinstimmung - zwischen dem Iran und dem Taliban-Regime und sogar Al-Qaida, als ein gemeinsamer Gegner ins Visier genommen wurde: die Vereinigten Staaten.

Die Regeln der islamischen Revolution in Teheran wurden so interpretiert, dass sie eine Kooperation jenseits der sunnitisch-schiitischen Gespaltenheit ermöglichten, um breitere antiwestliche Interessen zu betreiben, einschließlich Waffenlieferungen an die sunnitisch geprägte Hamas, deren Dschihad sich gegen Israel richtet, und manchen Analytikern zufolge auch an die Taliban in Afghanistan. Kissinger fügt hinzu, gewissen Berichten zufolge hätten die Anhänger von Al-Qaida ebenfalls die Erlaubnis, von iranischem Territorium aus zu operieren.

Zuweilen werden Bündnisse und Zusammenschlüsse durch starken äußeren Druck ausgelöst, der staatlich sein kann oder nicht (Terrorismus). In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ging Bismarck davon aus, dass ein potenziell dominanter Staat im Zentrum Europas fortwährend Gefahr laufe, dass sich alle anderen zu einer Koalition vereinigten, wie es im 18. Jahrhundert mit der Großen Allianz gegen Ludwig XIV. geschehen war und am Beginn des 19. Jahrhunderts in den Koalitionskriegen gegen Napoleon.

11. Die Erschaffung des Feindes

Hat man keinen Feind, so muss man ihn erfinden. Seit Urzeiten scheinen menschliche Gruppen das Bedürfnis nach einem Widersacher verspürt zu haben, der ihnen half, ihre Gemeinschaft innerlich zu einigen und sich ein klares Ziel zu setzen, auf das sie ihre Anstrengungen und ihren Ehrgeiz richten konnten.

Gelangt eine Gesellschaft zu der Überzeugung, dass ihre Existenz bedroht oder die geltende Ordnung in Gefahr ist, kommt ein Mechanismus in Gang, der die Solidarität zwischen den Mitgliedern und die Unterordnung unter die herrschende Klasse stärkt oder überhaupt erzeugt. Ebenso steigt die Akzeptanz außerordentlicher Maßnahmen - einschließlich der Einschränkung von Rechten und Freiheiten -, die andernfalls nie akzeptiert würden. Setzt die Führung diese Strategie geschickt ein, so lässt sich noch das friedfertigste Volk dazu bringen, frohgemut in den Krieg zu ziehen, zur Verteidigung des Vaterlands und seiner Lebensweise. Auch wenn die wirklichen Absichten derer, die diese Inszenierung vornehmen, ganz andere sind.

Ein weiterer gängiger Grund für die Erschaffung von Feindbildern besteht darin, von den inneren Problemen des Landes abzulenken. Besonders häufig, aber nicht ausschließlich, geschieht das unter autoritären Regimes, die das Volk zu dauerhafter Einigkeit gegen einen Feind aufrufen, der angeblich jederzeit zum Angriff übergehen kann. Die historischen Beispiele für dieses Vorgehen sind zahllos. Unter den Fällen jüngeren Datums lässt sich die Bereitwilligkeit der argentinischen Militärjunta nennen, sich im Falklandkonflikt 1982 auf einen Krieg gegen die Briten einzulassen. Andere Beispiele wären das Castro-Regime in Kuba oder die Diktatur in Nordkorea - beides Länder, deren Bewohner von Kindheit an darauf gedrillt werden, dass sie jederzeit attackiert werden könnten, in beiden

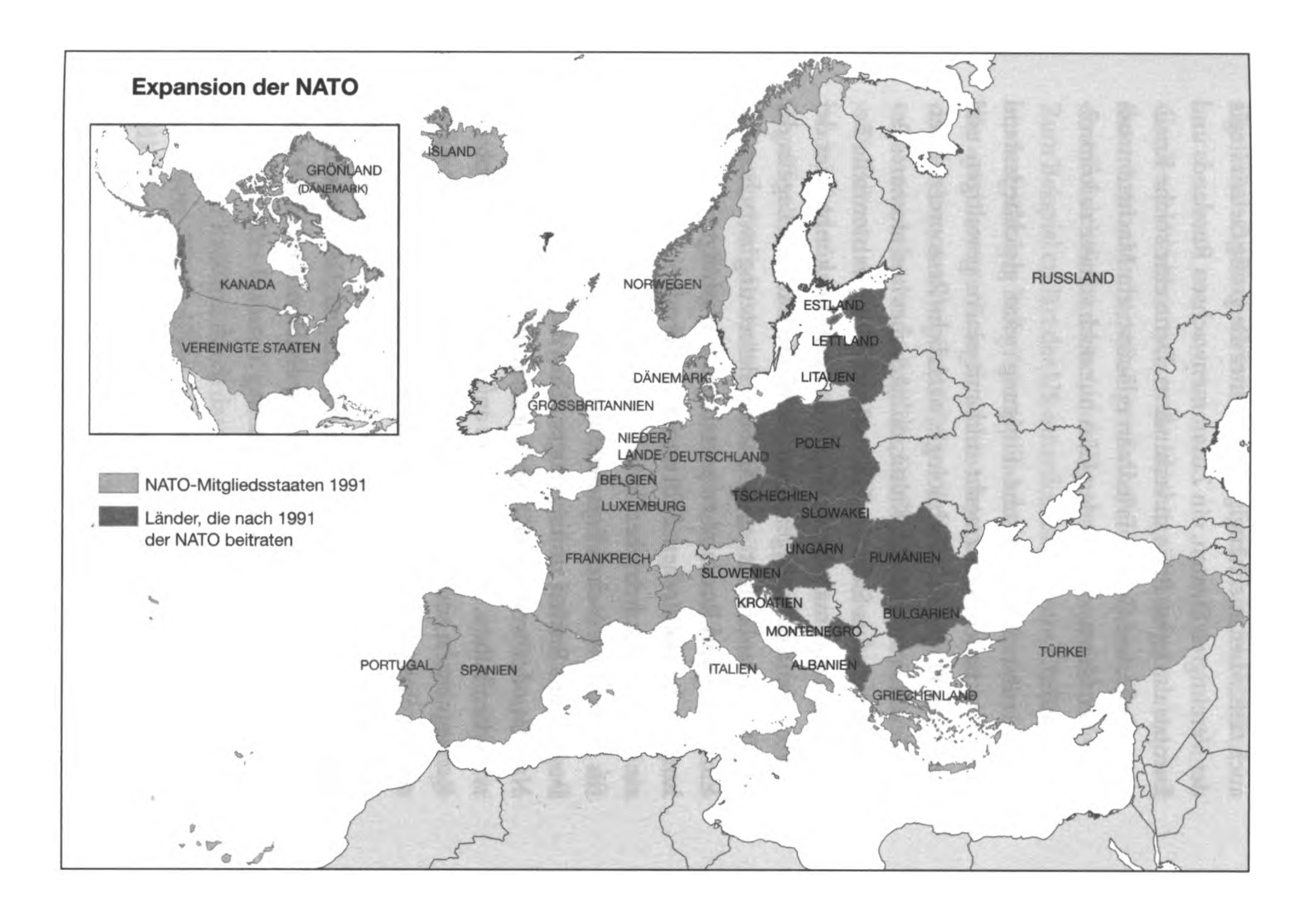
Fällen von den Vereinigten Staaten. Dieselbe Strategie dient den Regierenden auch dazu, Volk und Verbündete unter Kontrolle zu halten, eine Expansionspolitik zu betreiben, Armeen und Geheimdienste aufzurüsten oder die Rüstungsindustrie zu fördern.

Die NATO erfindet sich neu

Als 1991 der Warschauer Pakt seine Daseinsberechtigung verlor, begann das Atlantische Bündnis nach neuen Gründen zu suchen, die seine Existenz weiterhin rechtfertigten. Nach und nach erweiterte die NATO daher ihr Tätigkeitsfeld und verließ sogar den äußeren Rahmen, der bei ihrer Gründung gesetzt worden war (Artikel 6 des Nordatlantikvertrags von 1949).

Nun schien sie die Befugnis zu haben, in jedem beliebigen Teil der Welt tätig zu werden. So kam es nach den Einsätzen auf dem Balkan - in Bosnien, im Kosovo und in Serbien - zu Missionen in Afghanistan und Libyen. Vor allem aber fand die NATO wieder einen großen Feind, mit dem sich Truppenaufmärsche und Ausgaben für Menschen und Material rechtfertigen ließen: Russland, das von der NATO durch die Aufnahme postsowjetischer Länder nach und nach immer weiter eingeschnürt wurde.

Die aktuelle Feindschaft der militärisch durch die NATO vertretenen westlichen Länder mit Moskau wurde von Washington gefördert. Dahinter stand der doppelte Wunsch, einerseits die Russen als aufkommenden Rivalen einzuhegen und andererseits für die Verbündeten und Freunde - die europäischen Länder - einen Feind zu schaffen, damit sie sich den USA unterordneten, deren Schutz suchten und nebenbei auch Waffen kauften. Natürlich verfolgt der Kreml seine eigenen geopolitischen Ambitionen, wie es jede andere Nation von Russlands Zuschnitt


Expansion der NATO
GRÖNLAND
(DÄNEMARK)
KANADA
VEREINIGTE STAATEN
NATO-Mitgliedsstaaten 1991
Länder, die nach 1991
der NATO beitraten
ISLAND
NORWEGEN
ESTLAND
LETTLAND
LITAUEN
RUSSLAND
DÄNEMARK
GROSSBRITANNIEN
NIEDER-
LANDE
DEUTSCHLAND
POLEN
BELGIEN
TSCHECHIEN
LUXEMBURG
SLOWAKEI
UNGARN
FRANKREICH
RUMÄNIEN
SLOWENIEN
KROATIEN
BULGARIEN
MONTENEGRO
PORTUGAL
SPANIEN
ITALIEN
ALBANIEN
TÜRKEI
GRIECHENLAND

auch täte. Aber unabhängig davon lautet die große Geostrategie der Vereinigten Staaten, ein Zusammenwachsen Russlands und Europas um jeden Preis zu verhindern. Denn eine solche Koalition würde, wie George Friedman erläutert, ein Machtzentrum entstehen lassen, das von den USA nur noch schwer zu kontrollieren wäre.

Eine russisch-europäische Einigung wäre gleichbedeutend mit einer neuen Supermacht und mit einem gewaltigen und vielseitigen Potenzial (Technologie, natürliche Ressourcen, Energie, Bevölkerung, Markt, Kultur, militärisches und atomares Potenzial etc.). Aus Sicht der USA wäre das eine existenzielle Bedrohung. Folgt man diesem Gedankengang, so könnte hier der wahre Grund dafür liegen, dass das Weiße Haus die Lage in der Ukraine dazu benutzt, eine Auseinandersetzung zwischen den Europäern und Russland zu provozieren. Washington ist es gelungen, die politischen Führungen in Europa - die ihrerseits eine Kampagne betrieben haben, um die öffentliche Meinung für ihre antirussischen Entscheidungen einzunehmen - von der Bosheit der Russen zu überzeugen. Und die Europäer sind, aus Naivität oder weil sie sich der nordamerikanischen Sache verschrieben haben, in die geschickt aufgestellte Falle getappt. Die Konsequenzen sind noch unabsehbar. In Anbetracht der wachsenden Spannungen und des beiderseitigen Säbelrasselns bei erheblicher geografischer Nähe könnte ein einzelner Vorfall für den Ausbruch eines offenen Krieges genügen. Das Schlachtfeld eines solchen Konflikts läge auf europäischem Boden, mit katastrophalen Folgen für den Kontinent.

Die Rüstungsindustrie als Mutter von Feindschaften

Gerne wird kritisiert, dass die mächtige Rüstungsindustrie mit ihren Interessen zur ständigen Schaffung von Feinden beitrage - als offensichtliches Mittel, den eigenen Fortbestand zu sichern. Zum Beispiel erklärt der US-amerikanische Autor Chris Hedges, ein langjähriger Kriegskorrespondent und Pulitzer-Preisträger, die »permanente Kriegsmaschinerie« der USA stütze sich auf das Schüren von Ängsten. Was im Kalten Krieg die Kommunisten waren, seien heutzutage die Dschihadisten.[42]

Das könnte auch auf den Iran und Nordkorea zutreffen. Dass beide Länder wie tollwütige Hunde angesehen werden, die im Begriff seien, über ihre Rivalen in der Region herzufallen, führt dazu, dass sich die umliegenden Staaten in maßlose, zum Großteil unnötige Rüstungsausgaben stürzen, deren einziger Nutzen darin besteht, in der Region einen Rüstungswettlauf anzuheizen. Saudi-Arabien zum Beispiel hat sich aus Angst vor dem Iran zwischen 2012 und 2016 zum zweitgrößten Waffenkäufer der Welt entwickelt (übertroffen nur noch von Indien, einem Land mit einer vierzig Mal größeren Bevölkerung). 2014 und 2016 stand der Wüstenstaat sogar an erster Stelle. Ähnlich liegt der Fall bei den Vereinigten Arabischen Emiraten, deren geringe Größe und Bevölkerung von lediglich 9 Millionen Einwohnern sie nicht gehindert haben, zwischen 2012 und 2016 den dritten Platz in der Rangliste zu belegen. Am anderen Ende von Asien belegt Südkorea in der Regel den zehnten Platz unter den Waffenkäufern des Planeten, getrieben von der hypothetischen Drohung einer Invasion durch das nördliche Nachbarland (als wären nicht über 25000 US-amerikanische Soldaten permanent auf südkoreanischem Territorium stationiert, die von einem Angriff Nordkoreas ebenfalls betroffen wären, was den sofortigen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten auslösen würde).

Die USA schlagen reichlich Profit aus dieser Situation, sind sie doch der Hauptlieferant von Rüstungsgütern an die genannten Länder. Konkret befinden sich unter ihren vier größten Abnehmern Saudi-Arabien (an erster Stelle), die Vereinigten Arabischen Emirate (an zweiter) und Südkorea (auf Rang vier). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Waffenhandel nicht gerade ein Musterbeispiel für Transparenz darstellt, selbst in Ländern, die sich auf ihre demokratischen Verhältnisse besonders viel zugutehalten. Schließlich ist es relativ einfach, Rüstungsgüter als andere Produkte zu verschleiern, etwa als logistische Ausrüstung oder als Dual-Use-Technologie, und sie werden auch nicht durch eine weltweit gültige Norm reguliert.

Was Nordkorea betrifft, so rechtfertigen die Vereinigten Staaten wie Labeviere und Thual darlegen, ihren Stützpunkt in Thule (Grönland) mit der Bedrohung, die angeblich von dem Atomprogramm und den ballistischen Raketen des asiatischen Landes ausgehe. Tatsächlich ist die anhaltende US-Präsenz in Grönland jedoch nichts anderes als eine Fortsetzung des Kalten Krieges. Durch Bereithalten eines Antiraketenschilds und diverser Streitkräfte an Land und zur See (U-Boote und Oberflächenschiffe) wird eine hegemoniale Geostrategie reproduziert. Jedenfalls denkt man in Russland, dass die genannten Stellungen ausschließlich oder zumindest hauptsächlich gegen das eigene Land gerichtet seien.

Ein weiterer großer Feind ist gegenwärtig der radikale Islamismus, den manche als potenziellen Zerstörer des Westens ansehen. Seit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende der Bedrohung, die der Kommunismus aus ideologischen Gründen für die westliche Welt und aus religiösen Gründen für die muslimische Welt darstellte, scheinen sich der Westen und die muslimische Welt als neue Gegner gefunden zu haben. Dieser Kampf könnte noch lange dauern.

Dämonisierung des Feindes: Gaddafi 2011

Ein Beispiel dafür, wie man einen Gegner dämonisiert, um die Unterstützung der öffentlichen Meinung für einen bevorstehenden Feldzug zu gewinnen, findet sich in den Tagen vor der internationalen Offensive gegen Libyen, die am 19. März 2011 begann. Am 2. März veröffentlichte der englische Journalist Justin Marozzi in der *Daily Mail* - der britischen Zeitung mit der zweithöchsten Auflage - einen Artikel, in dem behauptet wurde, Gaddafi verfüge über chemische Waffen und sei bereit, diese einzusetzen. Marozzis These lautete, die libysche Opposition, die Gaddafi bekämpfe, weil sie die Demokratie einführen wolle, werde höchstwahrscheinlich mit chemischen und biologischen Waffen massakriert werden. Gaddafi werde nicht zögern, diese Waffen gegen sein eigenes Volk einzusetzen.

Um seine Ausführungen dramatischer zu gestalten, ließ sich Marozzi detailliert über die schrecklichen Wirkungen aus, die derartige Waffen beim Menschen hinterließen. Als Gewährsleute nannte er »eine wachsende Zahl von Militärangehörigen und westlichen Geheimdienstexperten« - ein verbreitetes Mittel in Artikeln dieser Art. Auch konkrete Zahlenangaben fehlten nicht: Obwohl Gaddafi 2003 versprochen habe, sein einschlägiges Waffenarsenal zu entsorgen, um sich in die internationale Staatengemeinschaft einzugliedern, verfüge er weiterhin über zehn Tonnen Chemieprodukte zur Herstellung von Senfgas und weitere 650 Tonnen Material zur Produktion eines breiten Sortiments an chemischen Waffen. Laut einem ehemaligen libyschen Justizminister, den Marozzi zitierte, war Gaddafi auch noch im Besitz von Anthrax, Nervengasen - wie Sarin - und möglicherweise genetisch veränderten Pockenviren. Ferner habe sich Gaddafi tausend Tonnen Uranstaub verschafft, die es ihm erlauben würden, eine Atombombe herzustellen.

Zu allem Überfluss unterhielt Gaddafi nach Darstellung des englischen Journalisten freundschaftliche Beziehungen zu Ländern wie Nordkorea, Iran und Irak, die allesamt zu George W. Bushs sogenannter »Achse des Bösen« zählten. Zweifel an seinen Abrüstungsversprechungen aus dem Jahr 2003 seien daher angebracht.

Zudem unterstrich der Artikel, wie unzureichend bewaffnet und ausgerüstet die Opposition sei - als wollte er dafür werben, den Gaddafi-Gegnern geeignete Mittel zur Bekämpfung des Diktators zur Verfügung zu stellen. Kurzum, Bürgern und Staatsführern im Westen sollte ein Angriff auf Gaddafis Regime schmackhaft gemacht werden. Dem ist nur noch hinzuzufügen, dass in Libyen keine der beschriebenen Waffen zum Einsatz kommen sollte.

Ein anderes Beispiel vom selben Schauplatz erwähnt Brad Hoff in seinem schon zitierten Artikel über Hillary Clintons E-Mails. Er legt dar, wie im Rahmen derselben Medienstrategie, Gaddafi zu dämonisieren und die Unterstützung der westlichen öffentlichen Meinung für einen Angriff auf Libyen zu gewinnen, Gerüchte in Umlauf gebracht wurden, wonach der libysche Staatschef Massenvergewaltigungen als Kriegswaffe einsetze (wofür angeblich sogar Viagra an die Truppen verteilt worden war). Obwohl mehrere internationale Organisationen, darunter Amnesty International, die Anschuldigungen dementierten, machten die Gerüchte in allen westlichen Medien die Runde und überzeugten so die Bürger von Gaddafis Brutalität und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, ihn zu stürzen.

Ähnlich verhält es sich anscheinend mit der Anschuldigung, Gaddafi habe Leichen an durch die NATO bombardierte Orte bringen lassen, um hinterher die westlichen Länder eines Massakers beschuldigen zu können. Auch dies erwies sich im Nachhinein als falsch.

12. Lügen und Propaganda

Schon immer war es von grundlegender Bedeutung, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, »Köpfe und Herzen« zu erobern, im Krieg der Ideen zu siegen, und diese Bedeutung scheint weiter zuzunehmen. Ein beliebtes Mittel, die Gesellschaft von etwas zu überzeugen, besteht darin, den Gedanken bis zum Überdruss zu wiederholen. So sah es auch Joseph Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda im nationalsozialistischen Deutschland der Jahre 1933 bis 1945, dem die Sentenz zugeschrieben wird: »Nur fleißig lügen, etwas bleibt immer hängen; je größer die Lüge, desto mehr Leute werden daran glauben.« Ähnlich äußerte sich auch Lenin: »Eine Lüge, die oft genug erzählt wird, wird irgendwann zur Wahrheit.« Die Medien sind der Kanal, über den die Lügen wiederholt werden, um eine Gesellschaft zu erreichen. Schließlich ist die vielbeschworene Pressefreiheit, wie bereits Lenin festgestellt hat, nicht mehr als die Freiheit des Eigentümers der Druckerpresse. Ein Popanz, in dessen Namen die Völker manipuliert werden können, und zwar mit der größten Dreistigkeit.

Propaganda im Sinn von Desinformation haben viele Regierungen unterschiedlicher Couleur eingesetzt, auch demokratische. Gallois zufolge wurde in der Sowjetunion Propaganda - und damit auch »Desinformation« - zu einer der wichtigsten Herrschaftstechniken. Und William J. Casey, dem CIA-Direktor von 1981 bis 1987, wird der zynische Ausspruch zugeschrieben: »Dass unser Desinformationsprogramm seinen Zweck komplett erfüllt hat, werden wir wissen, wenn alles, was die amerikanische Öffentlichkeit glaubt, falsch ist.« Besonders wichtig ist Propaganda in Kriegszeiten. Wie de Marenches darlegt, ist Desinformation eine der Geheimwaffen moderner Kriegsführung, während der Propagandakrieg laut J.F.C. Fuller ein »hervorragendes

Mittel der Demokratie« ist, um »die Meinung der Massen ... zu beeinflussen«. Propaganda soll die Stimmung an der eigenen inneren Front fördern, was durch »Erregung der in jedem Menschen schlummernden Stammesinstinkte« erreicht wird. Der Feind wird verteufelt, Neutrale sollen gewonnen, die öffentliche Meinung beim Gegner unterminiert werden.

Mit dem Auftreten neuer Technologien und der Unterordnung von Information unter das Diktat des »Hier und Jetzt« sehen sich unsere Gesellschaften einer »Gehirnwäsche« ausgesetzt: Sie werden mit Informationen überschüttet, denen es an analytischem Gehalt und kontextueller Einordnung fehlt, und so entsteht eine öffentliche Meinung, die falsch oder unzureichend informiert ist. Sie orientiert sich an dem, was in den Medien erscheint, auch an einer Vielzahl von Erhebungen, Statistiken und Meinungsumfragen. Doch deren Ergebnisse sind leicht zu manipulieren.

Und wenn doch die Wahrheit zufällig ans Licht kommt und eine Information, die dem eigenen Image schadet, nicht dementiert werden kann, so attackiert man eben die Quelle (als Person oder als Medium). Als beispielsweise WikiLeaks Hillary Clintons E-Mails veröffentlichte, wurde mehr Aufwand getrieben, um die für die Veröffentlichung Verantwortlichen zu finden, als für eine inhaltliche Auseinandersetzung.

Um wirklich zu verstehen, wie heutzutage die Massen manipuliert werden, sollte man den österreichischen Neffen Sigmund Freuds, Edward Louis Bernays, lesen, der als Vater der Propaganda und der Public Relations gilt, zumindest in ihrer modernen Version. Seine Theorien, die noch immer volle Gültigkeit besitzen, legte er in dem 1928 veröffentlichten Buch *Propaganda* dar, aus dem sich auch heute noch einiges lernen lässt. Bereits im ersten Absatz schreibt er: »Die bewusste und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen

der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die gesellschaftlichen Abläufe. Sie sind die eigentlichen Regierungen im Land.«

Demnach werden wir alle »von Personen regiert, deren Namen wir noch nie gehört haben. Sie beeinflussen unsere Meinungen, unseren Geschmack, unsere Gedanken.« Das sei eine »logische Folge der Struktur unserer Demokratie«. Die unsichtbaren Herrscher regierten uns »dank ihrer natürlichen Führungsqualitäten, ihrer Fähigkeit, der Gesellschaft dringend benötigte Impulse zu geben, und aufgrund der Schlüsselpositionen, die sie in der Gesellschaft einnehmen. Sie steuern die öffentliche Meinung, stärken alte gesellschaftliche Kräfte und bedenken neue Wege, um die Welt zusammenzuhalten und zu führen.«

Harold Dwight Lasswell, einer der Pioniere der Kommunikationstheorie, untersuchte die Techniken der Massenmanipulation während des Ersten Weltkriegs *(Propaganda Technique in the World War).* Demnach besteht die Quintessenz von Propaganda darin, der Bevölkerung über die Medien Ideen einzuimpfen, um ihre Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken und bestimmte politische Vorstellungen mehrheitsfähig zu machen, ohne dass man zu gewaltsamen Mitteln greifen müsste.

Bleibt nur hinzuzufügen, dass wir das ganze Ausmaß der Manipulation wohl nur dann nicht bemerken, wenn unsere Gehirnwäsche bereits abgeschlossen ist.

Die tausend Farben des Kaleidoskops

Die Welt lässt sich mit bloßem Auge betrachten, mit dem Fernglas, dem Tele- oder Mikroskop, und all diese Arten sind gleichermaßen gültig und komplementär. Da wir mit Informationen

überschwemmt werden, könnte der Eindruck entstehen, wir bekämen ein Mikroskop vor die Augen gehalten, um die Realität besser analysieren, oder ein Fernglas, um die Dinge aus größerem Abstand sehen zu können. Tatsächlich aber hat man uns mit einem Kaleidoskop ausgestattet, voller Spiegel und überaus attraktiver, abwechslungsreicher Glasscherben, die in ihrer Buntheit so auffällig, ja hypnotisierend sind, dass man sich ihrer Wirkung nur schwer entziehen kann. Eine bloße Zerstreuung, die daran hindert, ins Auge zu fassen, was in Wahrheit hinter den Kulissen geschieht, das, was hinter dem Rücken der Bürger ausgekartet wird - ein Bühnenspektakel, in dem wir nur als Claqueure gefragt sind, die je nach Weisung applaudieren oder buhen.

Wie der US-amerikanische Sprachwissenschaftler und Politaktivist Noam Chomsky schreibt, hat das Bild der Welt, das uns gezeigt wird, nicht den geringsten Bezug zur Wirklichkeit, da die Wahrheit zu jeglichem Thema unter einem Berg von Lügen begraben liege.[43] Wahrheit lasse sich nämlich durch das Vorenthalten von Informationen ebenso verhüllen wie durch ein Übermaß an Informationen.

Jeffersons Rat in Sachen Presse

Im Jahr 1807 schrieb der US-Amerikaner John Norvell einen Brief an den dritten Präsidenten der Vereinigten Staaten, Thomas Jefferson, der zu diesem Zeitpunkt bereits sechs Jahre im Amt war. Er bat ihn darin um Rat zu der Frage, wie man eine Zeitung leiten solle, es sei nämlich seine Absicht, eine solche herauszugeben: »Ihr würdet mir auch einen großen Dienst erweisen, wolltet Ihr mir Eure Meinung zu der Frage mitteilen, wie eine Zeitung zum größtmöglichen Nutzen zu führen ist. Ich

hoffe nämlich, in ein oder zwei Jahren eine solche verlegen zu können.« In seinem Antwortbrief vom 14. Juni 1807 nutzte Jefferson die Gelegenheit zu einer bissigen Kritik an der zeitgenössischen Presse:

Im Hinblick auf Eure Frage, wie eine Zeitung zu führen sei, sollte ich wohl antworten: »Indem sie sich auf die Fakten und auf gesunde Prinzipien beschränkt.« Doch fürchte ich, dass ein solches Blatt wenige Abonnenten finden würde. [...] Man kann heutzutage nichts mehr von dem glauben, was in der Zeitung steht. Die Wahrheit selbst macht sich verdächtig, wenn sie in diesem verseuchten Gefährt reist. Wie weit das Maß an Falschinformation bereits gediehen ist, wissen nur diejenigen, deren Lage es ihnen erlaubt, bekannte Fakten mit den tagesaktuellen Lügen zu vergleichen. Ich bedauere aufrichtig die Mehrheit meiner Mitbürger, die aufgrund ihrer Zeitungslektüre in dem Glauben leben und sterben, sie hätten zu ihrer Zeit gewusst, was auf der Welt vor sich ging. [...] Ich möchte noch hinzufügen, dass ein Mann, der nie einen Blick in die Zeitung wirft, wohl besser informiert ist als einer, der sie liest; wer nichts weiß, ist schließlich der Wahrheit näher als einer, dessen Geist mit Falschheiten und Irrtümern gefüllt ist.[44]

Diese Worte haben nichts an Gültigkeit eingebüßt, sie sind heute wohl wahrer denn je. Vor allem wenn man bedenkt, dass die Zeitungen inzwischen nicht mehr das einzige Massenmedium sind, es gibt ja auch noch Radio, Fernsehen und Kino sowie in jüngster Zeit das Internet und die sozialen Netzwerke. Bezogen damals einige wenige ihre Informationen aus der Presse, so werden heute fast alle Menschen - zumindest in den weiterentwickelten Ländern - an einem Tag mit mehr Informationen überschwemmt, als die große Mehrheit ihrer Vorfahren

in einem ganzen Leben aufnahm. Aber man sollte nicht ein Mehr an Information mit einem Mehr an Weisheit verwechseln, denn wahre Weisheit nährt sich aus Zweifeln und eigenem Nachdenken. Tatsächlich gilt: je größer die Informationsmenge, desto mehr Desinformation.

Prinzipien der Propaganda

Von Joseph Goebbels, einem der wichtigsten Mitstreiter Hitlers im Dritten Reich, sollen die folgenden Grundsätze propagandistischer Tätigkeit stammen:[45]

- Vereinfachung und Konzentration auf einen einzigen Feind: eine einzige Idee vertreten, ein einziges Symbol. Den Gegner als einen einzigen Feind individualisieren.
- Methode der Ansteckung: unterschiedliche Gegner in einer einzigen Kategorie oder einem einzelnen Menschen versammeln. Gegner sind als individualisierte Summe zu fassen.
- Übertragung: die eigenen Fehler oder Schwächen auf den Gegner abwälzen, Angriffe mit Gegenangriffen erwidern.
- Übertreibung und Verzerrung: noch aus der kleinsten Begebenheit eine schwerwiegende Bedrohung machen.
- Popularisierung: Propaganda muss volkstümlich sein und sich an den Dümmsten unter den Empfängern ausrichten. Je größer die Masse, die es zu überreden gilt, desto kleiner hat die geistige Anstrengung zu sein. Die Aufnahmefähigkeit der Massen ist beschränkt und ihr Verständnis gering; zudem neigen sie dazu, alles gleich wieder zu vergessen.
- Orchestrierung: Propaganda muss sich auf eine kleine Anzahl von Ideen beschränken, die es unermüdlich zu

wiederholen gilt. Dabei werden sie immer aus verschiedenen Perspektiven dargeboten, laufen aber stets auf dasselbe hinaus. Ohne Brüche oder Zweifel.

- Erneuerung: Man muss ständig neue Informationen und Argumente vorbringen, in einem solchen Tempo, dass sich die Öffentlichkeit schon wieder für anderes interessiert, wenn der Gegner Widerspruch erhebt. Die Antworten des Gegners dürfen der wachsenden Zahl von Anschuldigungen niemals Herr werden.
- Plausibilität: Argumente aus unterschiedlichen Quellen schöpfen, Versuchsballons starten, bruchstückhafte Informationen liefern.
- Verschweigen: Fragen übergehen, zu denen man nichts Schlagendes zu sagen hat, und alles unter den Teppich kehren, was dem Gegner nutzen könnte, auch durch Gegenprogrammierung in geneigten Medien.
- Transfusion: Propaganda gründet sich prinzipiell auf ein bereits vorhandenes Substrat, seien es nationale Mythen oder ein Komplex aus überkommenem Hass und Vorurteilen. Sie liefert Argumente, die an primitive Gefühle anschließen.
- Einstimmigkeit: Vielen einreden, dass sie so denken wie alle, und dadurch den Eindruck von Einstimmigkeit verbreiten.

Viele dieser Prinzipien werden noch heute angewandt, manche auch mit großem Nachdruck.

Die zehn Strategien der Medienmanipulation

Obwohl sie häufig Noam Chomsky zugeschrieben werden, stammen die zehn Strategien der Medienmanipulation von dem Franzosen Sylvain Timsit, der sie erstmals im Jahr 2002 veröffentlichte.[46] Gerade deren fälschliche Zuordnung zu Chomsky ist ein hervorragendes Beispiel für Manipulation. Anscheinend begann alles - ob durch Zufall oder Absicht - mit einer fehlerhaften Meldung der Nachrichtenagentur Pressenza. Zahlreiche Einzelpersonen und Medien, die über Timsits Manipulationsstrategien berichteten, übernahmen die Fehlinformation, ohne dass sich jemand die Mühe gemacht hätte, den wahren Urheber festzustellen. Das geschieht immer häufiger mit Nachrichten aller Art: Nicht nur fehlen den Medien Experten und Analytiker, es herrscht auch ein wilder Wettlauf darum, Neuigkeiten als Erste zu bringen. Die Folge ist, dass ein Großteil der Informationen den Verbraucher nur unvollständig erreicht, wenn nicht gleich verzerrt oder falsch.

Das Folgende ist eine Zusammenfassung von Timsits Strategien der Medienmanipulation:

- Ablenken von dem, was wirklich wichtig ist: Ablenkung wird zu einem wesentlichen Element der sozialen Kontrolle. Es gilt, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von gravierenden Problemen sowie von den Entscheidungen politischer und wirtschaftlicher Eliten abzuziehen. Dazu findet ein Dauerbeschuss mit zerstreuenden und irrelevanten Informationen statt, der zugleich verhindert, dass sich die Leute für das interessieren, was zählt. Im Westen zum Beispiel ist Sport mittlerweile die Hauptzerstreuung, die das öffentliche Interesse von dem ablenkt, was wirklich von Belang wäre.

- Probleme erfinden und dann die Lösung anbieten: Diese auch unter der Bezeichnung »Problem-Reaktion-Lösung« bekannte Strategie besteht darin, ein Problem zu erschaffen, um eine bestimmte öffentliche Reaktion auszulösen, woraufhin prompt die Maßnahmen gefordert werden, die die Führung durchzusetzen wünscht. Die Mittel reichen von der Provokation von Straßenschlachten über die Durchführung blutiger Attentate bis zum Schüren von Wirtschaftskrisen mit dem Ziel, dass das Volk größere Sicherheitsmaßnahmen verlangt, selbst auf Kosten der eigenen Freiheit, oder den Abbau von Sozialleistungen. Man könnte auch von einer »Strategie des konstruktiven Chaos« sprechen, die darin besteht, Unordnung, Gewalt und Zerstörung zu verbreiten oder wenigstens den Anschein davon. Hauptsache, die Leute glauben daran und sehen tatenlos zu, wie die Gesellschaft nach Belieben umgebaut wird - es ist ja das Volk selbst, das eine Rückkehr zur Normalität fordert.
- Schritt für Schritt vorgehen: Um zu erreichen, dass extreme Maßnahmen akzeptiert werden, genügt es, sie schrittweise einzuführen, als steten Tropfen über Jahre hinweg. So wird widerstandslos hingenommen, was andernfalls zu einer Revolution führen könnte.
- Zeitlichen Vorlauf schaffen: Unpopuläre Entscheidungen sind als »schmerzliche, aber notwendige Einschnitte« zu vermitteln, sodass die öffentliche Meinung im Jetzt etwas hinnimmt, das erst in Zukunft angewandt werden wird. Da die Öffentlichkeit Zeit bekommt, sich daran zu gewöhnen, nimmt sie den Wandel letztlich resigniert zur Kenntnis.
- Die Öffentlichkeit ansprechen wie ein kleines Kind: Je mehr es darum geht, den Zuhörer irrezuführen, desto mehr besteht die Neigung, in eine vermeintlich kind-

gerechte Sprache zu verfallen. Die Botschaften sind primitiv und selbst für Ungebildete verständlich.

- Mehr auf Emotionen als auf Reflexion setzen: Werden Emotionen ausgelöst, so legen sie die rationale Analyse lahm. Der kritische Sinn des Einzelnen wird beeinträchtigt, und er ist hilflos der Einflüsterung von Ideen, Wünschen, Ängsten, Befürchtungen und Zwangsvorstellungen ausgeliefert. Auch das Verhalten lässt sich dann leicht manipulieren.
- Die Öffentlichkeit dumm und gewöhnlich halten: Soll die Öffentlichkeit unfähig bleiben, die Techniken und Methoden zu verstehen, mit denen sie kontrolliert und geknechtet wird, so bietet es sich an, die unteren Schichten ungebildet zu halten, der Herrschaft der Eliten unterworfen.
- Das Gewöhnliche salonfähig machen: Es gilt, den Glauben zu verbreiten, dass dummes, vulgäres und ungebildetes Verhalten in Mode sei, wie man es aus Reality Shows kennt.
- Schuldgefühle fördern: Den Einzelnen ist einzureden, sie seien allein an ihrem Unglück schuld, weil sie nicht intelligent genug seien, über zu geringe Fähigkeiten verfügten oder sich nicht genug anstrengten. Auf diese Weise geraten sie in einen depressiven Zustand, der ihre Handlungsfähigkeit beeinträchtigt und eine Revolution in weite Ferne rücken lässt.
- Die Einzelnen besser kennen, als sie sich selbst kennen: Der technologische Fortschritt ermöglicht heutzutage, ein Wissen über die Menschen zu erlangen, das größer sein kann als ihre Selbstkenntnis. Umso besser können diejenigen, die die Zügel in der Hand halten, das Volk kontrollieren.

Propaganda in der Reagan-Ära

Einer Reihe von deklassifizierten Dokumenten zufolge wurde unter Präsident Reagan ein Programm für psychologische Operationen in Gang gesetzt, das der damals in westlichen Ländern sehr aktiven sowjetischen Propaganda entgegenwirken sollte. Die im Lauf der Jahre immer weiter ausgebaute und verfeinerte psychologische Kampagne verfolgte das Ziel, die öffentliche Meinung in bestimmten Zielländern sowie im eigenen Land zu beeinflussen (insbesondere zur Überwindung des »Vietnam-Traumas«), So sollte in der Bevölkerung der Rückhalt für die Interessen der Vereinigten Staaten gestärkt werden.[47]

Die Aufgabe, dieses ehrgeizige Programm zu entwickeln und in die Tat umzusetzen, wurde der CIA anvertraut, genauer, einem auf verdeckte Operationen spezialisierten Team unter Leitung von Walter Raymond Jr„ der zudem in den Nationalen Sicherheitsrat aufgenommen wurde, um die Wichtigkeit seiner Mission zu unterstreichen. Washington, das über den sowjetischen Einfluss in Süd- und Mittelamerika besorgt war, führte in Ländern wie Costa Rica, Kuba, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama und Peru diverse Propaganda- und Desinformationskampagnen durch. Auch in anderen Ländern, die für die Vereinigten Staaten von besonderem Interesse waren, wurden entsprechende Maßnahmen durchgeführt, etwa in Afghanistan und auf den Philippinen.

In manchen der freigegebenen Dokumente wird auf die Anstrengungen eingegangen, die unternommen wurden, um Einfluss auf die Sozialistische Internationale sowie auf die Anführer der politischen Parteien in Europa zu nehmen, die dem Sozialismus und der Sozialdemokratie ideologisch am nächsten standen und die man auf eine den US-amerikanischen Interessen genehme Linie einschwören wollte.

Einer der Schlüssel dazu lag in der Erforschung verletzlicher Punkte der Gesellschaften, in denen psychologische Operationen geplant waren, um diese möglichst effektiv durchzufuhren. Zur Erreichung der Ziele, die man sich gesetzt hatte, wurden Nachrichten manipuliert, überhaupt erst in die Welt gesetzt oder verboten, soweit sie als schädlich galten, und das alles möglichst unter tätiger Mitwirkung von Journalisten und Verlegern.

Das Verfahren erhielt seinen offiziellen Segen im Januar 1983, als Präsident Ronald Reagan die 77. Richtlinie zur Nationalen Sicherheit unterzeichnete, unter dem Titel *Management of Public Diplomacy Relative to National Security*. Darin wurde die Notwendigkeit formuliert, die öffentliche Diplomatie zu stärken. Später wurden diese Aktivitäten unter einen weiteren Begriff gefasst: strategische Kommunikation. Aber die Absicht ist noch immer dieselbe: die öffentliche Meinung national und international von den hehren Zielen, Errungenschaften und Vorteilen der Außenpolitik der Vereinigten Staaten zu überzeugen.

Auch die Russen setzen auf Verwirrung

In einem 2015 veröffentlichten Artikel machte der US-amerikanische Journalist Adrian Chen die Existenz eines russischen Unternehmens aus St. Petersburg publik, das sich Internet Research Agency nennt und offenbar im Auftrag des Kreml versucht, im Internet und in den sozialen Netzwerken durch die Verbreitung falscher oder verzerrter Informationen Einfluss auszuüben.[48] Chen zufolge soll dieses Unternehmen, in dem Hunderte gut bezahlter junger Leute als Trolle auftreten,[49] für einige der krassesten Fälle von in den Vereinigten Staaten verbreiteten Fake News verantwortlich sein.

Der erste von Chen geschilderte Fall ereignete sich am 11. September 2014 in der Kleinstadt St. Mary Parish im Bundestaat Louisiana. Am dreizehnten Jahrestag der Terrorangriffe vom 11. September begannen sich gut gemachte alarmistische Nachrichten zu verbreiten, die von einem schweren Unfall in einem ortsansässigen Chemieunternehmen berichteten und die Bürger dazu aufriefen, Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Binnen weniger Minuten erschienen Hunderte Twitter-Nachrichten von einer Vielzahl verschiedener Accounts, die scheinbar unwiderlegbare Informationen anführten, darunter auch Augenzeugenaussagen und Bilder, auf denen Flammen auf dem Fabrikgelände zu sehen waren. Es kursierte sogar ein Video von Überwachungskameras in einer nahen Tankstelle, die den Moment der Explosion zeigten. Auf einem anderen war in der Ferne eine dichte schwarze Rauchwolke zu sehen. In einem so perfekt produzierten, detailgenauen YouTube-Video, dass niemand auf den Gedanken gekommen wäre, es könnte sich um eine Fälschung handeln, sah man einen Mann, der die Nachricht im Fernsehen verfolgte. Das Ganze wurde abgerundet durch die Erstellung einer Wikipedia-Seite mitsamt den zusammengeschnittenen Videos. Um die Glaubwürdigkeit zu steigern, wurden tatsächliche Bewohner des Städtchens als Zeugen angegeben.

Einige der wichtigsten Medien, Journalisten und Politiker - auf regionaler wie auf nationaler Ebene - wurden mit Nachrichten über das Unglück überflutet. Um die Plausibilität der Meldung weiter zu erhöhen und zu beweisen, dass sie schon die landesweiten Medien erreicht hatte, wurde eine Montage erstellt, die den Anschein erweckte, der Vorfall sei auf der Hauptseite des Fernsehkanals CNN zu sehen. Auch die Websites von Fernsehsendern und Zeitungen in Louisiana wurden geklont. Wenig später bekannte sich in einem professionell wirkenden Video auf YouTube der Islamische Staat zu dem Attentat.

Allerdings war das nicht das erste derartige Ereignis: In der zweiten Jahreshälfte des Vorjahres hatten bereits mehrere kleinere Testläufe stattgefunden. Von diesen Experimenten hinterließ das vom 13. Dezember 2013 den größten Eindruck, als ebenfalls über Twitter die Nachricht von einer Ebola-Epidemie in Atlanta verbreitet wurde. Wie im Fall von St. Mary Parish kamen falsche Nachrichten und Videos zum Einsatz, und die einschlägigen Hashtags waren in der näheren Umgebung für mehrere Stunden Trend. Die Hintermänner der Desinformationskampagne unternahmen große Anstrengungen, wie auch ein YouTube-Video belegt, in dem Sanitäter in Schutzanzügen gezeigt wurden, die angeblich am internationalen Flughafen von Atlanta ein Opfer versorgten. Es war sogar ein Lkw auf einem Parkplatz zu sehen, der eindeutig das Logo des Flughafens trug.

Der CNN-Effekt

Die Vorstellung, dass die Medien die Außenpolitik wesentlich mitbestimmen, stammt aus den 1990er-Jahren. Der sogenannte »CNN-Effekt« ist nach dem US-Fernsehsender benannt, der vierundzwanzig Stunden am Tag Bilder vom Weltgeschehen zeigt. Die Unmittelbarkeit dieser Nachrichten schafft Realitäten, denn der Fernsehsender beschließt, was eine Nachricht ist und was nicht. Auf diese Weise wird er zum prägenden Einfluss auf die weltweite öffentliche Meinung, mit starker Wirkung auf die Innen- und Außenpolitik der Staaten.

Wie über bestimmte Ereignisse berichtet wird und wie Regierungen davon beeinflusst werden, dass CNN fortlaufend dieselben Bilder sendet, wurde bereits in zahlreichen Studien untersucht. Zum Beispiel im Fall der Proteste auf dem Tian’anmen-Platz

in Beijing im Jahr 1989, beim Zusammenbruch des Kommunismus, im Ersten Golfkrieg oder bei der Schlacht von Mogadischu im Oktober 1993. Tatsächlich hat es den Anschein, dass die Berichte über die Hungersnot in Somalia während des Bürgerkriegs Anfang der 1990er-Jahre Präsident George H. W. Bush dazu bewogen, 28 000 Soldaten dorthin zu entsenden, um die freiwilligen humanitären Helfer zu unterstützen. Andere Studien, etwa die von Steven Livingston und Todd Eachus, deuten darauf hin, dass die Medien die politische Agenda einer Regierung eher abbilden, statt selbst die Themen zu setzen.[50] Im Fall der Operation »Restore Hope« folgte die Berichterstattung über die Vorgänge in Somalia den Plänen der US-Regierung, die daran interessiert war, die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Krieg in diesem Land zu richten.

Wer beherrscht die Medien?

In einer komplexen Gesellschaft, in der alles sofort und ganz schnell gehen muss, wird es immer schwieriger, gewissenhafte, verlässliche, sorgfältig recherchierte und unparteiische Analysen durchzuführen. Unabhängige Nachforschungen und Studien werden immer seltener. Ein Großteil der Medien verlässt sich auf zweifelhafte Informationsquellen, die für gewöhnlich durch äußere Interessen beeinflusst sind. Von ein paar ehrenwerten Ausnahmen abgesehen, wird kein richtiger Journalismus mehr betrieben, man verwendet Informationen, ohne sie zu überprüfen, bringt sensationalistische Bilder ohne Analysen oder Sachinformationen und denkt sich, statt seriös zu arbeiten, reißerische Titelzeilen aus. Zudem gibt es überaus mächtige Kräfte, die die Medien in eine ganz bestimmte, exklusive gedankliche Richtung lenken, und zwar sehr wirkungsvoll.

In den letzten Jahren haben sich die einflussreichsten Medien der Welt in einigen wenigen Händen konzentriert, was ihnen gewaltige Macht verleiht. Sie sind in der Lage, Regierungen, Unternehmen und Einzelpersonen ins Wanken zu bringen oder gar zu stürzen. Manchen Untersuchungen zufolge besitzen heutzutage ganze sechs Unternehmen direkt oder über Beteiligungen 95 Prozent der wichtigsten Medien der Welt (Fernsehen, Radio, Presse, Filmproduktionsfirmen etc.). Sie vereinigen auf sich 1500 Zeitungen, 1100 Zeitschriften, 2400 Verlage, 1500 Fernsehkanäle und 9000 Radiosender. Nach anderen, detaillierteren Quellen sind die bedeutendsten Konzerne im Medienbereich, einschließlich Kinoindustrie (der mutmaßlichen Größe nach, da ihre wahre Wirtschaftskraft angesichts des dichten Geflechts von Unternehmen und Gesellschaften fast nicht zu bestimmen ist), folgende:

- Comcast: USA; weltweit auf Rang 1.
- The Walt Disney Company: USA; weltweit auf Rang 2. Präsident (seit 2000) und Vorstandsvorsitzender (seit 2005) ist Robert A. Iger.
- Warner Media (bis Juni 2018, vor dem Vollzug der Fusion mit AT&T: Time Warner): USA; weltweit auf Rang 3. Geleitet von John Stankey.
- Twenty-First Century Fox: USA; weltweit auf Rang 4. Der Hauptanteilseigner ist Rupert Murdoch.
- CBS Corporation: USA. Sumner Redstone ist Mehrheitseigentümer und Vorstandsvorsitzender des Unternehmens National Amüsements, über das er und seine Familie die CBS Corporation mehrheitlich beherrschen.
- Viacom: USA; einer der größten Konzerne der Vereinigten Staaten. Wie im Fall von CBS kontrolliert Redstone als Mehrheitseigner und Vorstandsvorsitzender von National Amüsements auch Viacom.

- Bertelsmann: Deutschland.
- Grupo Globo: Brasilien; Nummer 1 in Lateinamerika.
- Hearst Konzern: USA.
- Lagardere Group: Frankreich.
- News Corp: USA. Hauptanteilseigner ist Murdoch.
- Gruppe Televisa: Mexiko.
- Sony Konzern: Japan, wobei die Kommunikationssparte ihren Sitz in den Vereinigten Staaten hat, wo sie über die Tochterfirma Sony Concern of America ansässig ist, die Sony Pictures Entertainment einschließt.
- Vivendi: Frankreich.

Wir sehen auf der Liste also zehn Unternehmen aus Amerika (acht US-amerikanische - die größten -, ein brasilianisches und ein mexikanisches); drei europäische (zwei französische und ein deutsches); und nur eins aus Asien, wobei auch dessen Kommunikationssparte ihren Sitz in den Vereinigten Staaten hat.

Der Butzemann

Eine der Techniken, die eingesetzt werden, um das Volk zu kontrollieren und zu unterjochen, besteht im Verbreiten von Angst - einer irrationalen, lähmenden Angst, die sich nur im Schutz der Mächtigen überwinden lässt. Es ist die geopolitische Entsprechung zu Eltern, die ihren Kindern Angst vor dem Butzemann einflößen, der angeblich durchs nächtliche Dunkel zieht, um verirrte Kinder in einen Sack zu stecken und mitzunehmen. Heute nutzen mächtige Staaten vergleichbare Erzählungen dazu, schwächeren Ländern vor Augen zu führen, wie nachteilig es ist, allein durch die ach so gefährliche Welt zu gehen.

Eines der abgegriffensten Argumente im Rahmen dieser Strategie ist der »globale Terrorismus«, der in Wirklichkeit nur manche Länder betrifft. Wenn wir an Venezuela, Mexiko oder Honduras denken, so wird rasch klar, dass deren Sicherheitsprobleme ganz andere sind. Man könnte sogar sagen, dass der Terrorismus nicht einmal für die Hälfte der europäischen Länder eine ernstliche Bedrohung darstellt. Im ehemaligen Ostblock oder im Baltikum spielt er keine wesentliche Rolle.

Das gilt auch für die vielbeschworene »Verbreitung von Massenvernichtungswaffen«, deren ständige Erwähnung zu dem Irrtum verleiten könnte, ein Großteil der Länder befinde sich in einem Wettlauf um den Besitz von Atomwaffen. Doch das wäre eine grundfalsche Idee, denn außer den Staaten, die bereits über ein entsprechendes Arsenal verfügen, kommen nur noch Nordkorea oder der Iran dafür infrage. Die Vorstellung einer weitreichenden Verbreitung ist eindeutig übertrieben.

Ein weiteres Beispiel wäre das »organisierte Verbrechen«, das nur für schwache und korrupte Regierungen oder gescheiterte Staaten *(failed states)* ein gravierendes Problem darstellt, in entwickelten Ländern jedoch nur ein gesellschaftliches Problem unter vielen ist. Gäbe es diese existenzielle Bedrohung wirklich, müsste man juristische Schlupflöcher, die solche Kriminellen gegenwärtig ausnutzen, unverzüglich schließen. Dann wäre der organisierten Kriminalität in kurzer Zeit ein Ende bereitet.

Ein Zweck praktischer Politik, sagte der US-amerikanische Journalist und Verleger Henry Louis Mencken, sei es, die einfachen Leute in ständiger Alarmbereitschaft zu halten (weshalb sie auch ständig mehr Sicherheit fordern). Man müsse sie deshalb »mit einer endlosen Reihe von Bösewichtern beunruhigen, die allesamt nur eingebildet sind«.

13. Massenkommunikationswaffen

Die gegenwärtige Informationsflut schafft die Illusion, wir seien vollkommen frei und hätten daher eigene, unabhängige Meinungen. Oft führt der Dauerbeschuss mit Nachrichten jedoch nur dazu, unseren Geist derart zu überlasten, dass er kaum noch klar denken kann.

Der Desinformationskrieg

Noch die erfahrensten Analytiker gelangen zu Fehlurteilen, und zwar nicht aufgrund methodischer Mängel, sondern weil sie den Ursprung der Informationen nicht kennen, auf deren Grundlage sie ihre Analyse erstellt haben. Auf die eine oder andere Weise, manchmal auch ungewollt, erreichen uns Informationen immer unvollständig, sie werden verfälscht, sind nicht objektiv oder absichtlich verwässert. Informationen sind heute mehr denn je das perfekte Mittel, um die Masse zu kontrollieren und ihren Geschmack, ihre Neigungen, Gedanken, Lebensweisen und selbst Handlungen oder Unterlassungen zu prägen.

Sich dieser Dynamik zu entziehen, ist selbst für jene, die sich der Lage vollauf bewusst sind, eine komplizierte Aufgabe. Alternative Informationen zu finden und aus unterschiedlichen Quellen zu schöpfen, ist nicht nur schwierig, es verursacht auch Kosten und erfordert vor allen Dingen Zeit, was in dieser hektischen Welt ein Luxus ist, den sich nur wenige leisten können.

Als Beispiel für die Durchsetzung tonangebender Ideen über die Medien können die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien und im Irak dienen, die von den Fernsehsendern Al Jazeera (Katar), BBC (Großbritannien), CNN (USA), France24 (Frankreich) und Sky News (Großbritannien) medial

kontrolliert wurden. Diese wiederum verkauften ihre Reportagen an andere Fernsehsender auf der ganzen Welt. Ergänzt wurden ihre Berichte durch die Nachrichtenagentur Reuters (mit Sitz in London und ihrerseits Teil des mächtigen Konzerns Thomson Reuters, der seinen Sitz in New York hat). Mit anderen Worten, es handelte sich im Wesentlichen um Quellen aus der angelsächsischen Welt und aus Ländern wie Frankreich oder Katar - mit klaren eigenen Interessen in Syrien und im Irak.

Immer weniger Medien können sich noch eigene Korrespondenten und Reporter leisten; sie beschränken sich oft darauf, Meldungen bei den großen Agenturen einzukaufen und einen Aufguss aus den so erworbenen Informationen zu machen. Diesen passen sie dann an ihr Publikum an, in der Regel ohne Abgleich mit anderen Quellen - auch, weil die Forderung nach Schnelligkeit und Unmittelbarkeit im heutigen Journalismus keine tiefgreifenden Analysen mehr erlaubt. So erklärt sich die wachsende Medienmacht der Nachrichtenagenturen.

Die meisten Nachrichten über Nordkorea stammen zum Beispiel von der BBC und von Reuters, die gerne Informationen der südkoreanischen Geheimdienste verarbeiten. Von Unparteilichkeit kann deshalb kaum die Rede sein.

Medienmanipulation im Krieg

In modernen Zeiten müssen militärische Operationen mehr denn je von Propaganda und Informationskampagnen begleitet werden, wenn sie erfolgreich sein sollen. Obwohl solche Kampagnen die Militäraktionen theoretisch nur stützen und ergänzen sollen, können sie mindestens genauso wichtig werden wie die konventionelle Kriegsführung. Denn Kriege werden heutzutage in erster Linie zu Hause gewonnen, indem man sich

Rückhalt und Zustimmung oder wenigstens die Gleichgültigkeit der eigenen Bevölkerung sichert. Mit einer Reihe schlichter, aber beharrlich vorgebrachter Ideen wird das Volk von der Notwendigkeit einer Auseinandersetzung überzeugt und auf die eigenen Verluste vorbereitet, die irgendwann kommen werden - die Katastrophen auf dem Schlachtfeld und die zwangsläufig hohen Kosten.

Einer der ersten Schritte bei solchen Kampagnen ist die grundlegende Dämonisierung des Gegners. Wenn er einen zweifelhaften Ruf genießt, so wird er nun verteufelt. Ist seine Reputation schon denkbar schlecht, so holt man Schauergeschichten ans Licht, die das Volk in Rage bringen, und erfindet oder übertreibt dabei so viel wie nötig. Ziel der Übung ist, dass die Bürger am Ende glauben, sie selbst brächten die Regierung dazu, gegen diese Ungeheuer vorzugehen und deren abscheulichen Verbrechen gegen Zivilisten ein Ende zu setzen.

Wie wir schon gesehen haben, ist ein weiterer Schlüsselaspekt, zu verhindern, dass die wahren Beweggründe für den Feldzug an den Tag kommen. Üblicherweise werden diese Interessen - zumeist eine Mischung aus wirtschaftlichen und geopolitischen Motiven, teilweise auch persönliches Gewinnstreben - unter dem Deckmantel der Verteidigung der Menschenrechte verborgen.

Wagt es jemand, sich der Kriegstreiberei zu widersetzen, so ist er unverzüglich des Verrats zu beschuldigen und mit allen Mitteln zu bekämpfen. Während des Vietnamkriegs zum Beispiel war es die offizielle amerikanische Position, jeden, der sich nicht entschieden auf die Seite der eigenen Truppen stellte, als Kollaborateur der feindlichen Kommunisten anzusehen.

Hochinteressant ist, was Hermann Göring zu diesem Thema zu sagen hatte. Während der Nürnberger Prozesse führte Hitlers zweiter Mann ein ausführliches Gespräch mit dem US-Militärpsychologen Gustave M. Gilbert:

Göring: Natürlich, das *Volk* will keinen Krieg. Warum sollte irgendein armer Landarbeiter im Krieg sein Leben aufs Spiel setzen wollen, wenn es das Beste ist, was er dabei herausholen kann, dass er mit heilen Knochen zurückkommt? Natürlich, das einfache Volk will keinen Krieg; weder in Russland, noch in England, noch in Amerika und ebenso wenig in Deutschland. Das ist klar. Aber schließlich sind es die *Führer* eines Landes, die die Politik bestimmen, und es ist immer leicht, das Volk zum Mitmachen zu bringen, ob es sich nun um eine Demokratie, eine faschistische Diktatur, um ein Parlament oder eine kommunistische Diktatur handelt.

Gilbert: Nur mit einem Unterschied. In einer Demokratie hat das Volk durch seine gewählten Volksvertreter ein Wort mitzureden, und in den Vereinigten Staaten kann nur der Kongress einen Krieg erklären.

Göring: Oh, das ist alles gut und schön, aber das Volk kann mit oder ohne Stimmrecht immer dazu gebracht werden, den Befehlen der Führer zu folgen. Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land.[51]

Die Kubanischen Unabhängigkeitskriege und die Geburt der Yellow Press

Während des Spanisch-Amerikanischen Kriegs von 1898 spielte die Presse eine Schlüsselrolle dabei, die nordamerikanische Bevölkerung zu mobilisieren. In jenen Jahren kam in den Vereinigten Staaten das auf, was man bald als »Yellow Press« bezeichnen sollte. Diese neue Art von Journalismus, dem es ausschließlich

darum ging, Auflage zu machen, überzeichnete jeden einzelnen Zwischenfall, der sich auf Kuba abspielte, so unbedeutend er auch sein mochte. Wenn man nichts anderes hatte, um das Publikum zu fesseln, wurden auch mal Meldungen erfunden.

Damals herrschte zwischen den wichtigsten Zeitungen ein notorischer Wettbewerb darum, eine besonders aufsehenerregende oder skandalöse Nachricht als Erster zu veröffentlichen und dadurch die höchsten Auflagen zu verzeichnen. Dieser professionelle Wettstreit wurde bei den Verlegern Joseph Pulitzer und William Randolph Hearst zum persönlichen Schlagabtausch, was sich in den Ausgaben ihrer jeweiligen Zeitungen, der *New York World* und dem *New York Journal,* auch deutlich niederschlug. Letztlich war es der Kampf zwischen ihnen, der zur Geburt der Yellow Press führte. Hearsts angebliche Antwort an seinen damaligen Korrespondenten in Havanna wurde so berühmt, dass sie noch heute, nicht nur an Journalistenschulen, zitiert wird. Obwohl der Korrespondent Weisung hatte, von blutigen Ereignissen zu berichten, fand er eine ruhige Situation vor, die nichts dergleichen zu bieten hatte. Daraufhin befahl ihm Hearst: »Verschaffen Sie mir die Bilder, ich mache daraus einen Krieg.«

In der Folge stachelte die Yellow Press die amerikanische Öffentlichkeit unermüdlich dazu an, von ihrer Regierung eine Kriegserklärung an Spanien zu fordern. Es kam zu übertriebenen oder auch schlichtweg falschen Meldungen über die angeblichen Übergriffe der spanischen Behörden auf der Insel, sodass es den Leuten immer nötiger schien, gegen die Verletzung der Menschenrechte der Kubaner einzuschreiten.[52] Aber das Meisterstück der Sensationspresse war die aggressive und überzogene Kampagne, die auf den Untergang des Panzerkreuzers *USS Maine* am 15. Februar 1898 folgte.

Trotz detaillierter Nachforschungen konnte die Ursache der Explosion niemals geklärt werden, durch die das Schiff der



Karikatur mit politischer Propaganda aus der *Chicago Tribüne,* 1914[S3]

US-amerikanischen Marine auf Grund ging, das nach Kuba entsandt worden war, um nordamerikanische Interessen auf der Insel zu schützen. Hearsts und Pulitzers Zeitungen hinderte diese Ungewissheit freilich nicht daran, den Hass ihrer Landsleute auf die Spanier zu schüren, die in den schwärzesten Farben dargestellt wurden, als Wilde, Mörder und skrupellose Kriminelle. Unablässig wurde dem Volk die Parole »Remember the

Maine, to hell with Spain« eingebläut, bis sie zum Schlachtruf aller geworden war, die gegen Spanien in den Krieg ziehen wollten. Durch die Manipulation der US-amerikanischen Öffentlichkeit lieferte die Presse der politischen Führung der Vereinigten Staaten einen passenden Vorwand für den Konflikt, der aufgrund ökonomischer, kommerzieller und geopolitischer Interessen schon seit vielen Jahren geplant war.

Die Medien als Erfüllungsgehilfen der Geheimdienste

In journalistischen Kreisen kursieren zahlreiche Gerüchte über Medien und Journalisten, die angeblich für in- oder ausländische Geheimdienste tätig sind, gelegentlich auch für mehr als einen. Es heißt sogar, die brillantesten Enthüllungen im investigativen Journalismus seien gezielte Leaks aus Geheimdienstquellen gewesen oder seitens der Polizei. Dergleichen zu belegen, ist nahezu unmöglich, da es an glaubhaften Beweisen fehlt, und wer versucht, sie ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, setzt sein Leben aufs Spiel.

Diese Verhältnisse ergaben sich nicht aus der Spannungslage im Kalten Krieg. Bis auf den heutigen Tag wird gemunkelt, es gebe in Europa eine Vielzahl von Journalisten - mehr, als wir uns vorstellen könnten -, die mehr oder weniger direkt aus gewissen Ländern gesteuert werden, zu deren Vorteil sie berichten.

Speziell für den Fall der Vereinigten Staaten sind zahlreiche Ermittler und ehemalige CIA-Agenten (Carl Bernstein, Darrell Garwood, David Pope, Deborah Davis, Fred J. Cook, James DiEugenio, John D. Marks, Lisa Pease, Richard Helms, Servando Gonzalez, Russ Baker, Victor Marchetti und viele, viele mehr) zu dem Schluss gekommen, dass die CIA seit ihrer Gründung

und bis in unsere Tage einen erheblichen Einfluss auf US-amerikanische wie auch auf ausländische Medien ausübt. Sie greift in die Informationen ein, die an die Öffentlichkeit gelangen, wie es den nordamerikanischen Interessen dient.

»Operation Mockingbird«

Ein klassisches Beispiel für derartige Eingriffe war die »Operation Mockingbird«, ein 1948 begonnenes Programm der CIA als Nachfolgeorganisation des Office of Strategie Services (OSS), das schon während des Zweiten Weltkriegs in Europa ein Netz von Journalisten aufgebaut hatte. Nach Kriegsende rief das State Department das Office of Policy Coordination ins Leben. 1948 wurde es mit dem Office of Special Operations zusammengelegt und entwickelte sich sofort zu der am schnellsten wachsenden Abteilung der noch jungen CIA: Die Mitarbeiterzahl stieg ab dem Jahr 1949 binnen drei Jahren von 302 auf 2812, das Budget wuchs im selben Zeitraum von 4,7 Millionen auf 82 Millionen Dollar. Ihre Aktivitäten betrafen Nachforschungen zufolge mehr als achthundert verschiedene Nachrichten- und Informationsmedien, darunter Journalisten, Leitartikler, Schriftsteller, Verleger und ganze Organisationen. Darunter sollen sich auch so prestigereiche Häuser wie die *New York Times*, *Newsweek*, *CBS* oder *The Times* befunden haben.

Im Rahmen der Operation stellte die CIA regelmäßig den ersten Kontakt zu einem bekannten, einflussreichen Journalisten oder Verleger her, der sich anschließend darum kümmerte, einen zweiten Reporter mit ins Boot zu holen. Letzterer brauchte nicht unbedingt darüber auf dem Laufenden zu sein, für wen oder zu welchem Zweck er und sein Partner tätig waren. Manche dieser Journalisten genossen ein derartiges Ansehen, dass ihre Meinungsartikel in Hunderten von Presseerzeugnissen abgedruckt wurden.[54]

Damit die angeworbenen Journalisten Material für ihre Artikel hatten, stellte ihnen die CIA geheime Informationen zur Verfügung, die dann unter dem Namen des Journalisten publiziert wurden. Manchmal war die Information selbst der Lohn, und die Reporter konnten durch spektakuläre Nachrichten ihr Prestige steigern. Bei anderen Gelegenheiten wurden geheimdienstnahe Medien durch Werbeannoncen bezahlt, sowohl über staatliche wie über private Auftraggeber. So erlebten die Zeitungen oder Fernsehsender, deren Inhalte auf einer Linie mit den Interessen der Geheimdienste lagen, erhebliche Einnahmesteigerungen - ein starker Anreiz, es sich in Zukunft nicht anders zu überlegen, falls sie das überhaupt gekonnt hätten.

Eine derartige Beeinflussung der Medien, damit diese Nachrichten, Informationen und Analysen im Sinne der jeweiligen Regierung unters Volk bringen, ist also seit Langem geheimdienstliche Praxis. In der Tat wurden auf diese Weise nicht nur traditionelle Printmedien (Zeitungen und Zeitschriften) auf Linie gebracht, sondern auch Radio- und Fernsehsender, Kino und Literatur, und in jüngster Zeit dehnt sich der Einfluss auf das Internet und die sozialen Netzwerke aus.

Der Fall Udo Ulfkotte

Udo Ulfkotte war ein renommierter deutscher Journalist und Kommentator. Von 1986 bis 2003 arbeitete er als politischer Redakteur bei einer der wichtigsten deutschen Tageszeitungen, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ). Seine Meinungen waren überaus umstritten, da er sich politisch weit rechts und gegen den Islam positionierte und sich sehr kritisch über die westliche Politik äußerte.

Vor allem aber erregte er 2014 Aufsehen durch die Publikation des Buchs *Gekaufte Journalisten,* in dem er behauptete, deutsche und US-amerikanische Geheimdienste würden deut-

sehe Journalisten bestechen, damit diese positiv über die NATO und die Vereinigten Staaten berichteten. Zudem setzten sie sie mit der Drohung unter Druck, eine Weigerung, sich der prowestlichen Propagandakampagne anzuschließen, könnte sie ihren Arbeitsplatz kosten. Überdies beschuldigte er die CIA, Journalisten unter anderem aus Deutschland, Australien, Großbritannien, Frankreich, Israel, Jordanien, Neuseeland und Taiwan gekauft zu haben, damit sie Falschmeldungen verbreiteten, die Washington nützten. Ulfkotte zufolge wurde das Buch, obwohl ein Verkaufserfolg, in den großen Medien in Deutschland totgeschwiegen, weil die Drohung im Raum stand, ein Journalist, der darüber schreibe, wäre unverzüglich seine Stelle los.

Am 13. Januar 2017, eine Woche vor seinem 57. Geburtstag, starb Ulfkotte an einem Herzinfarkt. Kurze Zeit davor hatte er in einem Interview mit dem russischen Sender *Russia Today* erklärt: »Ich bin Journalist seit fünfundzwanzig Jahren, und ich wurde ausgebildet, zu lügen, zu betrügen und der Öffentlichkeit nicht die Wahrheit zu sagen.« In demselben Interview führte er aus:

Was wir in den letzten Monaten beobachten können, ist, wie die amerikanischen und deutschen Medien versuchen, Krieg zu den Menschen in Europa und nach Russland zu bringen. Dies ist der Punkt, an dem es keine Wiederkehr gibt, und ich stehe auf und sage: Es ist nicht rechtens, was ich in der Vergangenheit getan habe und was meine Kollegen taten und noch heute tun: Menschen zu manipulieren und Propaganda gegen Russland zu machen. Denn die Journalisten werden bestochen, um die Menschen zu verraten, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Des Weiteren hatte er bezüglich der Mehrzahl der Journalisten in den Vereinigten Staaten und Europa behauptet, »dass es eine

sehr enge Zusammenarbeit mit westlichen Geheimdiensten gibt«; insbesondere die Briten arbeiteten mit der CIA zusammen, da sie engere Beziehungen zu den US-Amerikanern unterhielten. Ulfkotte zeigte sich überaus besorgt über die wachsende Wahrscheinlichkeit eines Kriegs gegen Russland, der die Zerstörung Europas bedeuten könne:

Ich habe dieses Buch [Gekaufte Journalisten] *geschrieben, weil ich mir sehr große Sorgen um einen neuen Krieg in Europa mache und ihn nicht will. Denn Krieg kommt niemals von alleine, es sind immer Menschen dahinter, die darauf drängen - nicht nur Politiker, sondern auch Journalisten. Und im Buch habe ich beschrieben, wie wir in der Vergangenheit unsere Leser betrogen haben, nur um auf Krieg zu drängen. Ich möchte es nicht mehr, ich habe diese Propaganda satt. Wir leben in einer Bananenrepublik und nicht in einem demokratischen Staat mit Pressefreiheit und Menschenrechten.*

Aus Ulfkottes Sicht manipulierten die Vereinigten Staaten deutsche Journalisten - direkt oder indirekt - auf relativ einfache Weise. Die transatlantischen Organisationen träten an den journalistischen Nachwuchs heran, wenn er frisch von der Journalistenschule komme. So versuchten sie, künftige Starjournalisten für sich zu gewinnen, und würden deren Karriere in den deutschen Leitmedien verfolgen, ob im Printbereich oder in Funk und Fernsehen. Dazu würden Gastreisen in die Vereinigten Staaten organisiert, unter Übernahme aller Kosten. Vor Ort würden die Journalisten nach und nach Kontakte knüpfen, und sie würden dabei in gewisser Weise eingefangen. Diejenigen, die sich für die Ziele der USA besonders empfänglich zeigten, erhielten erste Aufträge, zu Beginn Kleinigkeiten ohne größere Bedeutung, zur Probe. Sobald ihre Loyalität gegenüber der

US-amerikanischen Sache feststehe, würden die Ansinnen immer deutlicher, unter Umständen auch durch Bestechungsgelder ergänzt.

Ulfkottes Tod wurde von vielen seiner treuesten Anhänger, die wie er selbst zu Verschwörungstheorien neigten, als von der CIA arrangierter Mord gesehen, ein »diskretes« Ausschalten einer lästigen Person, deren Haltung in einem Moment großer Spannung zwischen der westlichen Welt und Russland den Interessen der NATO und der Vereinigten Staaten zuwiderlief. Ulfkotte hatte wiederholt erklärt, dass sein Leben in Gefahr sei, weil er die Einflussnahme der Geheimdienste in der Welt des Journalismus aufgedeckt habe.

Saudi-Arabiens Beeinflussung der Medien durch Petrodollars

In den sogenannten »Saudi Cables«[55] belegt WikiLeaks klar die Strategie Saudi-Arabiens, Einfluss auf Medien in der arabischen Welt und an zahlreichen anderen Orten zu gewinnen. Um ein positives internationales Image des Landes zu erreichen und zu pflegen, wendet Riad erhebliche Mittel auf. Diese werden dazu benutzt, Medien zu überwachen, Loyalität zu erkaufen und gegen eine Berichterstattung vorzugehen, die saudischen Interessen zuwiderläuft.

Das geschieht auf zwei verschiedene, aber komplementäre Weisen: durch Neutralisierung und Eindämmung. Die erste Reaktion auf potenziell nachteilige Informationen besteht darin, sie zu neutralisieren. Journalisten und Medien werden dafür bezahlt, von der Veröffentlichung von Nachrichten abzusehen, die Saudi-Arabien und seiner Politik schaden könnten. Erweist sich die Neutralisierung als unzureichend, folgt die Eindämmungsphase,

für die ein größerer propagandistischer Aufwand getrieben wird. Nun genügt es nicht mehr, die Vorzüge Saudi-Arabiens zu preisen, es geht darum, jeden anzugreifen, der es wagt, den Golfstaat zu kritisieren.

Eine der Hauptmethoden zur Erreichung dieser Ziele besteht darin, Tausende von Abonnements der Zielpublikation abzuschließen. Auf diese Weise wird dieses Medium zu einer Marionette der Saudis, von denen zuweilen sein Überleben abhängt. Durch entsprechenden Druck gelingt es Riad, dass kritische Journalisten und Kommentatoren entweder nicht ernst genommen oder kurzerhand gekündigt werden.

Auch andere Druckmittel kommen zum Einsatz, etwa der Kauf von Werbeplätzen oder direkte Geldzahlungen; das reicht von wenigen Tausend Euro in Entwicklungsländern bis zu Millionen von Dollar, die Zeitungen und Fernsehkanälen mit größerer Reichweite zufließen.

Gegebenenfalls schreckt man nicht davor zurück, zu konfrontativen Methoden zu greifen, insbesondere im Kampf gegen die wichtigsten Gegner des Landes. Dem Iran zum Beispiel versucht man den Zugriff auf Satelliten zu verweigern oder zu beschränken, auf die er für die Verbreitung seiner Fernsehprogramme angewiesen ist.

Der Gebrauch der Medien durch extremistische Gruppen

Allgemein gesprochen, verfolgen alle extremistischen Gruppen - Terroristen eingeschlossen - das Ziel, durch Information und Desinformation diskreditierenden Kampagnen entgegenzuwirken, die feindlich gesinnte Regierungen und Organisationen gegen sie fahren.

Dementsprechend haben die Botschaften, die sie in ihren Kommuniques vermitteln, sei es in gedruckter Form (Texte und Bilder) oder als Audio- bzw. Videodateien, unterschiedliche Zwecke: 1) ihren Kampf zu rechtfertigen und eine moralische Überlegenheit zu konstruieren, um damit neue Anhänger zu finden; 2) die eigene Macht zur Schau zu stellen, um Gegner zu ängstigen; 3) den Feind lächerlich zu machen, ihn abzuwerten und ihm die Menschlichkeit abzusprechen; 4) Angst bei der Bevölkerung der Länder zu schüren, die sie bekämpfen, und diese mit schwerwiegenden Drohungen zu überziehen; 5) Kämpfer auszubilden, denen Erklärungen und Detailinformationen zum Umgang mit Waffen, der Umsetzung von Angriffen oder der Herstellung von Sprengsätzen angeboten werden.

Die schwierige Verwirklichung von Meinungsfreiheit

In der Welt der Gegenwart, in der technologische Neuerungen (Smartphones, das Internet, soziale Netzwerke, Kommunikation via Satellit etc.) eine größere Vielfalt der Meinungen erlauben sollten, überdies auch Alternativen zur herrschenden Macht und den geistigen Strömungen der Mehrheit, bekommt man stattdessen den Eindruck, dass der Weg in die entgegengesetzte Richtung führt - weg von wahrer Meinungsfreiheit, die ein wesentlicher Stützpfeiler demokratischer Systeme ist.

Dass ganz normale Menschen einem enormen medialen Druck ausgesetzt sind, erkannte schon Freud: »So bekommt man den Eindruck, dass die Kultur etwas ist, was einer widerstrebenden Mehrheit von einer Minderzahl auferlegt wurde, die es verstanden hat, sich in den Besitz von Macht- und Zwangsmitteln zu setzen.« Ähnlich äußerte sich Albert Einstein: »Die Minderheit der jeweils Herrschenden hat vor allem die Schule, die Presse

und meistens auch die religiösen Organisationen in ihrer Hand. Durch diese Mittel beherrscht und leitet sie die Gefühle der großen Masse und macht diese zu ihrem willenlosen Werkzeuge.«

Wir leben in einer Welt, in der trotz der Freiheit, die wir zu genießen glauben, Menschen kleingemacht werden, deren Meinung kein Gehör finden soll. In der man andere »mundtot« macht, sie aus allen gesellschaftlichen Bereichen ausschließt, nur weil sie Alternativen zu dem erwägen, was der Bevölkerung gedanklich aufgezwungen wird. Erfolg haben diejenigen, die unablässig dieselben Mantras Wiederkäuen, dieselben Klischees, über die sie niemals reflektieren. Wer es wagt, das Vorgegebene in Zweifel zu ziehen und als allgemeingültig Betrachtetes zu überdenken, dem droht ein Scheitern auf ganzer Linie.

Dieselbe Marginalisierung findet auch an Universitäten und auf Fachkonferenzen statt. Abweichende Meinungen zu vertreten oder die allgemein verbreiteten in Zweifel zu ziehen, führt unweigerlich zum Ausschluss aus der »Expertenmafia«, einem exklusiven Kreis, in dem dieselben Ideen immer wieder hin und her getragen werden. Niemand, der anders denkt, erhält Zugang zu diesem handverlesenen Club, der gelegentlich auch - so indirekt und unauffällig wie möglich - durch Geheimdienste finanziert wird. Diesen liegt natürlich daran, dass Ansichten zirkulieren, die für ihr Land günstig sind.

Die Schweigespirale

Bis auf den heutigen Tag ist die Theorie der Schweigespirale gültig, die 1977 von Elisabeth Noelle-Neumann formuliert wurde. Für diese deutsche Politikwissenschaftlerin ist die öffentliche Meinung (die manche lieber als »veröffentlichte Meinung«

bezeichnen) nicht mehr als die Durchsetzung einer ganz bestimmten, in der Regel interessengeleiteten Weitsicht gegenüber der Gesellschaft. Dem Einzelnen bleibt, selbst wenn er in eine andere Richtung denkt, keine andere Wahl, als seine Einstellungen den vorherrschenden Tendenzen anzupassen.

Noelle-Neumann geht davon aus, dass der gesellschaftliche Druck die Menschen rundum in seiner Gewalt hat. Sie wagen daher nicht, Meinungen auszudrücken, die gegen die herrschenden gedanklichen Strömungen verstoßen würden, weil sie befürchten, isoliert, an den Rand gedrängt oder gar gesellschaftlich vernichtet zu werden. Noelle-Neumanns Hauptthese ist, dass in einer Gesellschaft, in der politisch inkorrekte Meinungen durch die Medien systematisch totgeschwiegen werden, der Einzelne selbst - der seine Gedanken und Gefühle darin nicht wiederfindet - seine Ideen als nicht mehrheitsfähig einordnet und lieber darauf verzichtet, sie öffentlich zu äußern. Schließlich ist er überzeugt davon, dass die Mehrheit anderer Meinung ist als er, und erspart sich so wenigstens die soziale Ablehnung.

Auf dieses Phänomen wies, wie Noelle-Neumann darlegt, bereits der französische Denker Alexis de Tocqueville hin, einer der Väter der klassischen Soziologie, der über die Kirche im Frankreich der Mitte des 18. Jahrhunderts schrieb: »Leute, die noch am alten Glauben festhielten, fürchteten, die Einzigen zu sein, die ihm treu blieben, und da sie die Absonderung mehr als den Irrtum fürchteten, so gesellten sie sich zu der Menge, ohne wie diese zu denken.«

Für den chilenischen Journalisten Ruben Dittus erklärt sich die Theorie der Schweigespirale aus vier Grundannahmen: Die Menschen haben von Natur aus Angst davor, allein dazustehen; die Gesellschaft droht Einzelnen, die vom Mainstream abweichen, mit Marginalisierung; als Folge dieser Angst versucht der Einzelne, Meinungstendenzen zu erspüren; das Ergebnis dieser

Versuche wirkt sich darauf aus, ob er seine eigene Meinung zum Ausdruck bringt oder verbirgt.[56]

Das geht so weit, dass viele Menschen gegenwärtig versuchen, das, was sie wirklich denken, indirekt auszudrücken. Eine der Methoden besteht darin, die Meldungen in digitalen Zeitungen zu kommentieren. Es ist deshalb soziologisch aufschlussreich, diese Kommentare zu analysieren und zu erfahren, was die Bürger tatsächlich meinen - unabhängig davon, was sie sich in der Öffentlichkeit zu sagen trauen oder an Orten, wo sie glauben, sie könnten gehört oder aufgezeichnet werden. Das greift immer weiter um sich. Ebenso hochinteressant ist es, die Reaktionen anderer Personen auf die geäußerten Meinungen zu sehen.

Aus alldem lässt sich der Schluss ziehen, dass sich die Vorstellungen der Leute in hohem Maß von dem unterscheiden, was als die Mehrheitsmeinung gilt, die von den Leitmedien gebetsmühlenartig wiederholt wird. Eine weitere Schlussfolgerung ist, dass diese Kommentare und deren Bewertung durch Dritte aufrichtig sind, denn da sie anonym erfolgen, besteht kein Risiko, stigmatisiert zu werden. Es handelt sich deshalb um einen klaren Indikator dafür, dass sogar in Gesellschaften, die sich auf ihre demokratischen Werte und gelebten Freiheiten viel zugutehalten, die Angst herrscht, offen auszusprechen, was man denkt: Man fürchtet, die Gedanken könnten dem zuwiderlaufen, was als politisch korrekt etabliert wurde.

Die praktische Folge ist das Ergebnis der letzten Wahlen in verschiedenen Ländern der Welt, von Präsidentschaftswahlen bis zu Volksabstimmungen über bestimmte Fragen. Während die Medien gewisse Resultate vorhersagten und sich dabei auf stets zweifelhafte Umfragen stützten - auch die Teilnehmer an solchen Umfragen antworten nicht völlig freimütig, da sie Bedenken haben, man könnte sie identifizieren -, fiel das Ergebnis in einem Großteil der Fälle überraschend aus. Ein erheblicher

Anteil der Wahlberechtigten stimmte in geheimer Abstimmung nach seiner wirklichen Meinung ab, und die wich von den Erwartungen der Prognostiker ab.

Totem und Tabu

Die Theorien, die Sigmund Freud in *Totem und Tabu* niederlegte, besitzen weiterhin Gültigkeit, selbst in den am weitesten entwickelten Gesellschaften, die wenigstens in der Theorie umfassende Freiheitsrechte garantieren. Freud erklärt in seiner Abhandlung, »dass der Totemismus eine regelmäßige Phase aller Kulturen gebildet habe«. Das Totem stehe für die heiligen Aspekte, mit denen sich die Gemeinschaft symbolisch identifiziere, und sei als Ursprung der späteren Religionen anzusehen. Ebenso hatte jede Kultur ihre Tabus, also Dinge, die als verboten galten, weil sie als schädlich für die Allgemeinheit betrachtet wurden oder gegen deren Traditionen und Kultur verstießen. Das wiederum ist nach Freud der Ursprung der Gesetze und Normen, die das Verhalten und die Moral regulieren.

Obwohl diese Begriffe längst vergangene Zeiten zu betreffen scheinen, wirken sie in der gegenwärtigen Welt fort, und zwar mit mehr Kraft, als man vermuten sollte. So kennt noch immer jede Gesellschaft »Heiliges« und »Verbotenes«, wiewohl sich die Inhalte im Lauf der Zeit verändern und nur noch wenig mit den früheren zu tun haben mögen. In manchen Fällen ist die Transformation ungewöhnlich schnell erfolgt, gewiss viel schneller als in vorangegangenen Jahrhunderten, in denen sich Veränderungen über viele Generationen hinweg erstreckten. Daher gibt es Themen, bei denen es praktisch unmöglich ist, eine alternative Sichtweise zu vertreten, selbst wenn sich diese auf unbestreitbare wissenschaftliche Erkenntnisse stützen kann, weil

man sonst riskieren würde, aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden - vom Shitstorm in den sozialen Netzwerken ganz zu schweigen: In technologisch fortgeschrittenen Gesellschaften ist die körperliche Gewaltausübung einer digitalen oder elektronischen Gewalt gewichen, deren Auswirkungen auf die Betroffenen allerdings noch schädlicher und geradezu unauslöschlich sein können.

Meinungsfreiheit für alle

Der Triumph des Einheitsdenkens beweist, dass es leichter ist, den Geist mit Ideen zu füllen, die aus eigensüchtigen Motiven geschaffen wurden, als zuzulassen, dass er ans Licht der Erkenntnis vordringt, selbstständig denkt und Ideen entwickelt, die sich gegen die Interessen der herrschenden Klasse richten.

Man muss auch sehen, dass oft ausgerechnet diejenigen, die am lautesten nach Freiheit rufen und dafür einzutreten behaupten, andere in ihrer Freiheit einzuschränken versuchen. Um es mit Noam Chomsky zu sagen: »Wenn man wirklich für Meinungsfreiheit ist, dann muss man auch für die Freiheit von Standpunkten eintreten, die man verachtet. Sonst ist man nicht für Meinungsfreiheit.«

14. Der Missbrauch der Armen

Wie oft rechtfertigen Regierungen ihre Handlungen in die eine oder auch in die gegenteilige Richtung damit, dass sie zum Nutzen der Armen handelten, der Schutzlosen, Marginalisierten und aus der Gesellschaft Ausgeschlossenen. Gewiss ist die gesellschaftliche, ökonomische und politische Entwicklung der Menschen und Länder, die nicht vom Glück begünstigt sind, aus Sicht der höchsten internationalen Institutionen und der im Reichtum schwimmenden Mächte ein wünschenswertes Gut. Doch zugleich setzen diese ihre Wohltätigkeit immer wieder dazu ein, um weniger selbstlose geopolitische Ziele zu erreichen. Viele Revolutionen werden im Namen der Armen ausgerufen, und dann übernimmt die revolutionäre Elite ungehindert die Macht, und es folgt ein weiteres, noch repressiveres Regime. Momente der Ungewissheit, wirtschaftliche Krisen und gesellschaftliche Unordnung werden von Extremisten ausgenutzt, sowohl von solchen, die eine »Revolution des Volkes« fordern, als auch von fremdenfeindlichen und nationalistischen Kreisen, denen die Unterscheidung zwischen einem »Wir« und einem »Sie« einzig dazu dient, an die Macht zu gelangen.

Ideologien und Religionen benutzen und missbrauchen die Armen, Ausgeschlossenen, Hungernden und Gedemütigten, oft unter dem Vorwand, deren materielle und spirituelle »Rettung« zu betreiben. Sie zu mobilisieren ist denkbar einfach. Man braucht ihnen nur eine attraktive Idee anzubieten, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, etwa die Aussicht, zu erreichen und zu genießen, was andere bereits haben. Sie könnten eine greifbar nahe Veränderung erleben, die sie zu Privilegierten machen oder wenigstens die herrschende Ungleichheit beseitigen könnte. Wer würde derart vielversprechenden Reden nicht blind folgen? Zumal heutzutage, da die Medien einen mühelosen Zugang zu den Ereignissen

auf der Welt bieten, sodass die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit verbreiteter ist denn je. Selbst wenn man an den versprochenen Verbesserungen zweifelt - wer mittellos oder in einer prekären Situation lebt, greift nach jedem Strohhalm. Da er wenig oder nichts zu verlieren hat, bleibt ihm wenigstens die Hoffnung auf Besseres, sei es in diesem Leben oder im Jenseits. Mit diesem primitiven, aber verständlichen Gefühl wird hier gespielt.

Die Manipulation der Sklaverei

Eine der Theorien zu den wahren Gründen des Sezessionskriegs in den USA (1861-1865) besagt, dass die Frage der Sklaverei hauptsächlich als strategisches Argument diente, um die Unterstützung eines Teils der Bevölkerung zu gewinnen - und damit eine größere Zahl Freiwilliger für die Armee der Nordstaaten. Abraham Lincolns Idealismus soll keine so große Rolle gespielt haben. Aus manchen Aussagen des Präsidenten geht angeblich hervor, dass er daran zweifelte, kurzfristig ein Ende der Sklaverei erreichen zu können. Sogar Zweifel an der Gleichheit von Schwarz und Weiß wurden ihm nachgesagt. Der wesentliche Streitpunkt zwischen Nord- und Südstaaten könnten also Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Zölle gewesen sein, da Lincoln eine protektionistische Politik vertrat, gegen eine Politik des Freihandels - für die der Süden stand -, die nach seiner Auffassung nur britischen Interessen diente.

Man muss dabei bedenken, dass sich die Sklaverei im Lauf ihrer langen Existenz als Teil eines ökonomischen Prozesses etabliert hatte, der ohne sie nicht funktionieren konnte. Erste Hinweise auf eine gesellschaftliche Ordnung, die eine Schicht von Sklaven einschloss, finden sich schon in sumerischen Schriften aus der Zeit um 3500 v. Chr., und die Praxis sollte sich bis zum

Ende des 19. Jahrhunderts halten. Tatsächlich ist sie manchenorts noch heute üblich.

Als die primitiven Gesellschaften anfingen, einen Überschuss an Gütern zu erwirtschaften und Wohlstand zu akkumulieren, kam es zu einer gesellschaftlichen Differenzierung und zur Übertragung weniger attraktiver Aufgaben an einen bestimmten Personenkreis. Die im Überfluss lebenden Gesellschaften begriffen, dass es lukrativer war, gefangene Feinde zu versklaven, als sie systematisch umzubringen, wie man es bis dahin gehandhabt hatte. Dieser Kontext veränderte sich mit der Industriellen Revolution, da die Mechanisierung von Produktion und Feldarbeit einen sinkenden Bedarf an menschlicher Arbeitskraft mit sich brachte. Unter Umständen mochte es sogar aufwendiger sein, Sklaven einzusetzen als Maschinen.

Der strategische Hintergrund des nordamerikanischen Sezessionskriegs wäre demnach ein ökonomischer Machtkampf gewesen, zwischen den Südstaaten, deren Landwirtschaft auf Sklaven angewiesen war, um rentabel zu bleiben, und dem industrialisierten Norden, für den die Sklaverei nicht nur unnötig, sondern eine übermäßige Last für die aufkommende neue Gesellschaft war.

Ideologien als Hindernis für die Armutsbekämpfung

Gewisse Ideologien profitieren von Ungleichheit und Armut; diese sind geradezu ihr Lebenselixier. Ohne Exklusion und Armut wären auch sie bald verschwunden. Obwohl sie vorgeben, für Gleichheit, gesellschaftlichen Fortschritt und allgemeinen Wohlstand zu kämpfen, sollten wir daher bezweifeln, dass dies ihr wahres Ziel ist.

Wenn Überfluss herrscht und alles rundläuft, wenn der Wohlstand die Mehrheit der Bevölkerung erreicht, greifen extreme

Ideologien zur Strategie der Ratten. Wie diese bleiben sie unter der Erde, in der Kanalisation, und harren in lethargischem Abwarten der mageren Jahre, der zyklisch auftretenden, unvermeidlichen Krisen. Wenn es so weit ist, nutzen sie die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Missstimmung und kommen an die Oberfläche, um sich als Stimme des Wandels zu gerieren, als Fürsprecher und Retter des Volkes. Doch ihr einziger Zweck ist, an die Macht zu gelangen. Obwohl sie das hinter einem Dickicht aus populistischen Reden verstecken, verfolgen sie in Wirklichkeit nur ihre eigenen Interessen.

Gelingt es ihnen schließlich, die Zügel in die Hand zu bekommen, so sorgen sie dafür, dass möglichst viele Menschen direkt oder indirekt von staatlicher Unterstützung leben, in einem aufgeblähten Staatswesen, das sich um alles kümmert. Darüber hinaus setzen sie eine ideologisierte und entfremdende Bildungspolitik durch, die ihnen permanenten Einfluss auf die Bürger sichert und dadurch Kontinuität erzeugt. Unzufriedene Stimmen werden zum Schweigen gebracht. Ein Volk, das zu seinem Unglück einer derartigen Ideologie anheimfällt, hat große Schwierigkeiten, sich weiterzuentwickeln.

Kriege und Revolutionen im Namen der Armen

Der Acker von Krieg und Revolution wird reichlich gedüngt, damit die Manipulation der Benachteiligten blüht und gedeiht. Lenin zufolge waren es die Armen, die Arbeiter oder Arbeitslosen, die den Partisanenkampf aufrechterhielten. Und ebendieser Revolutionsführer bediente sich strategisch der Armen, um einen Regimewechsel zu bewirken, vom Zarenreich zum Kommunismus. Die Ungleichheit zwischen den Klassen, die Armut, die gesellschaftliche und politische Unzufriedenheit, all das

bildete zusammen mit der unfähigen Regierung des Zaren und harten repressiven Maßnahmen - wie beim Petersburger Blutsonntag, als die russische Kaiserliche Garde am 22. Januar 1905 auf demonstrierende Arbeiter schoss und 200 Menschen starben, darunter auch Frauen und Kinder - den Nährboden für die Russische Revolution. Aber man darf nicht vergessen, dass diese Revolution von Deutschland aus befördert wurde, um Russland zu destabilisieren, mit dem sich das Deutsche Reich noch im Krieg befand, und dass Berlin Lenins Rückkehr aus dem erzwungenen Exil auf russisches Territorium organisierte. Das Letzte, was die Reichsregierung interessierte, war die Situation der russischen Arbeiter und Bauern.

Und wenn kommunistische Revolutionen sich stets auf die Theorie der Volkssouveränität stützen, um an die Macht zu gelangen, so gilt dasselbe für Rechtsextremisten. Auch diese benutzen das Volk und die Krisen, allerdings auf andere Weise. Während für die Kommunisten der Feind, den es zu besiegen gilt, die Reichen und Privilegierten sind, geben rechtsextreme Bewegungen alle Schuld den Auswärtigen, den Fremden, den Anderen. So stellten die Nazis die Juden als Schuldige an der Armut Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg hin und stigmatisierten letztlich jeden, der nicht der arischen Rasse angehörte. Im Europa der Gegenwart, vor dem Hintergrund wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen, zögern einige nicht, den Schwarzen Peter Einwanderern und Flüchtlingen zuzuschieben. Die Verbindung zwischen den Themen Migration und Sicherheit wird von verschiedenen politischen Parteien dazu eingesetzt, Wähler zu gewinnen.

Der Missbrauch der Armen durch Staaten

Nicht nur innerhalb einzelner Länder wird Armut strategisch eingesetzt. Staaten können sie auch benutzen, um ihre Interessen in anderen Ländern zu verteidigen, und das geschieht auch wirklich. Es gibt Staaten, die sich zu Vorkämpfern der universellen Gerechtigkeit aufschwingen, etwa indem sie eine imaginäre Linie zwischen Gut und Böse ziehen - selbstverständlich stets nach ihren eigenen Maßstäben definiert - und militärische Operationen damit zu rechtfertigen suchen, dass sie ja für Frieden, Demokratie, die Verteidigung der Menschenrechte und die Abschaffung menschlichen Elends eintreten. Und obwohl das manchmal tatsächlich das Ziel ist - wenigstens zum Teil, in sehr seltenen Fällen sogar primär -, muss man immer auch bedenken, welche geopolitischen Interessen ein Staat in einem bestimmten Szenario verfolgt.

Im Mai 1798 schickte die französische Revolutionsregierung Napoleon Bonaparte mit einer großen Armee aus, um Ägypten zu erobern. Das Interesse der französischen Politik an dem Land am Nil war nicht neu. Schon im vorangegangenen Jahrhundert hatte der deutsche Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz König Ludwig XIV. vorgeschlagen, die Herrschaft dort an sich zu reißen, um die geostrategische Führungsposition der Holländer zu unterminieren. Doch in diesem Moment hieß der Feind England, und der Plan war, Großbritannien in Ägypten und Indien zu attackieren. Obwohl das geopolitische Ziel der Mission darin bestand, den britischen Einfluss zu schwächen, griff man zur Strategie, die Armen zu instrumentalisieren, um die Intervention rechtfertigen zu können. Ein Jahr zuvor, 1797, hatte der französische Konsul in Ägypten erklärt, der Augenblick zum Einmarsch sei gekommen: Das ägyptische Volk leide unter einer unterdrückerischen und korrupten Regierung. Zudem wurde

mit den Idealen der Französischen Revolution argumentiert, die angeblich dazu nötigten, zu Unrecht unterdrückte Völker von ihren rückständigen und unzivilisierten Regierungen zu befreien.

Eine andere Äußerungsform der genannten Strategie ist die Gewährung humanitärer Hilfe. Als paradigmatisches Beispiel kann Frankreichs Vorgehen in afrikanischen Ländern, hauptsächlich ehemaligen Kolonien, dienen, zu denen es weiterhin enge ökonomische und politische Verbindungen unterhält: über die humanitäre Hilfe, über Dependancen französischer Unternehmen und über militärische Zusammenarbeit. Wie der politische Geograf Jacques Levy darlegt, nützt Frankreichs Präsenz in der postkolonialen Epoche seinen Unternehmen beim Erwerb landwirtschaftlicher Produkte und Bodenschätze, in einem geschlossenen Finanzkreislauf, an dem der französische Fiskus, französische Privatunternehmen und afrikanische Regierungen beteiligt sind.[57] Letzteres hängt mit den Missionen zusammen, die Frankreich in Afrika wahrgenommen hat, teilweise parallel zu Engagements der EU oder der UNO, und die es Paris erlauben, seine Interessen in der Region zu wahren. Von den Missionen in der Zentralafrikanischen Republik, wo Paris mit der »Operation Sangaris«[58] und seit April 2014 im Rahmen der EU-Mission EUFOR RCA präsent war, bis zu Missionen in Mali - bei den Operationen »Serval« und »Barkhane« - und in angrenzenden Ländern. Über die Bekämpfung des Dschihadismus und die Entwicklung und Förderung von Wirtschaft und Demokratie in den betreffenden Ländern hinaus verfolgt Frankreich prioritär die Verteidigung seiner geopolitischen Interessen, damit sein erheblicher Einfluss in der Region nicht verloren geht, und seiner Handelsinteressen, angefangen mit dem Uran-Abbau in Nigeria.

Ein Nebeneffekt, der jedoch auf mittlere Sicht folgenreich sein dürfte, besteht darin, dass durch humanitäre Hilfe die

Ernährungs- und Konsumgewohnheiten der Bevölkerungen verändert werden, damit diese künftig als potenzielle Verbraucher zur Verfügung stehen. Dazu ist anzumerken, dass die großen Vermögen in der Geschichte aus Situationen des Chaos und Unglücks entstanden sind, in Krieg und Elend und dort, wo die Not am größten war. Es fehlt niemals an Leuten, die aus der Armut Profit schlagen, sogar in den Flüchtlingslagern Afrikas, im Mittleren Osten und selbst in Europa, wo die Armen, die dort Zuflucht suchen, bisweilen von mafiosen Gruppen erpresst und ausgebeutet werden. Die Kriminellen eignen sich schlankerhand die Hilfsgüter an und verkaufen sie an diejenigen weiter, denen sie gratis zustehen würden. Oder sie integrieren die Flüchtlinge in lukrative Geschäfte wie Prostitution oder Drogenhandel. Wie der französische Philosoph und Menschenrechtsaktivist Jean-Paul Sartre schrieb in *Der Teufel und der liebe Gott*-, »Unordnung ist der beste Diener der etablierten Ordnung. [...] Jede wirre Zerstörung schwächt die Schwachen noch weiter, bereichert die Reichen, vergrößert die Macht der Mächtigen.«

Die Organisation »The Sentry« - von zwei US-Amerikanern, dem Schauspieler George Clooney und dem Aktivisten und Schriftsteller John Prendergast zu dem Zweck gegründet, Geldflüsse in bewaffneten Konflikten zu überwachen - veröffentlichte im Juni 2017 einen Bericht, in dem einige Generäle und hohe Beamte aus dem Südsudan beschuldigt wurden, sich in ihrem von Gewalt geschüttelten Land persönlich bereichert zu haben, unter dramatischen humanitären Umständen. Konkret hieß es, Malek Reuben Riak, Generalleutnant der Volksbefreiungsarmee (der offiziellen Streitkräfte) mit einem Jahressold von wenig mehr als 40 000 Dollar, habe auf seinem Konto bei der Kenia Commercial Bank Bewegungen von über 3 Millionen Dollar zu verzeichnen gehabt, darunter einzelne Eingänge in

einem Wert von über 700 000 Dollar. Das Geld stammt angeblich aus undurchsichtigen Geschäften mit diversen ausländischen Unternehmen, die Niederlassungen im Südsudan unterhalten.[59] Ein echter Skandal für ein junges Land, in dem der Krieg zweieinhalb Millionen Menschen aus ihrem Zuhause vertrieben hat, von denen mehr als hunderttausend buchstäblich hungers sterben.

Wenn man die beiden Konzepte »Intervention« und »humanitäre Hilfe« zusammenführt, erhält man die »humanitäre Intervention«, die der Westen, um es mit den Worten des britischen Soziologen Martin Shaw zu sagen, seit einiger Zeit als Vorwand für militärische Operationen verwendet. Diese können tatsächlich mehr oder weniger dadurch gerechtfertigt sein, dass es gilt, die Armen und Hilflosen zu unterstützen und zu retten, möglicherweise geht es dabei sogar wirklich um die Förderung von Entwicklung und die Gewährleistung menschlicher Sicherheit. Die große Frage lautet dann allerdings: Warum in bestimmten Ländern und in anderen nicht? Eine Frage, die eng mit der Doktrin der Schutzverantwortung zusammenhängt, die in Libyen zur Anwendung kam, nicht aber in Syrien oder im Südsudan, wie wir bereits gesehen haben.

Humanitäre Hilfe, Hilfe für die Bedürftigen, wurde auch bei den Militärinterventionen in Bosnien, im Kosovo, in Afghanistan und im Irak vorgebracht, um militärische und geopolitische Ziele zu erreichen. Das geht aus den Worten des damaligen US-Außenministers Colin Powell hervor, als er 2001 bestimmte Nichtregierungsorganisationen dafür zu gewinnen suchte, nach Afghanistan zu gehen und dort als »Multiplikatoren« für das Weiße Haus zu wirken.[60]

Die Beziehung zwischen militärischer Gewalt und humanitärer Hilfe ist komplex, und Gewalt lässt sich unter dem Gesichtspunkt humanitären Handelns nicht leicht rechtfertigen. Denn

ein solches Handeln setzt grundsätzlich Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit voraus. Diese Prinzipien verletzt jedoch, wer sie militärischen Zielen unterordnet. Humanitäre Hilfsorganisationen benötigen zwar, um ihre Ziele erreichen zu können, manchmal militärischen Schutz; doch auch diese partnerschaftliche Kombination kann missbraucht werden. Wenn das Militär etwa dabei hilft, ein ärztliches Impfprogramm durchzufuhren, könnte es im Rahmen dieser Mission auch - manchmal sogar im direkten Auftrag von Geheimdiensten - Informationen aus erster Hand sammeln.

Revolution und die sozialen Netzwerke

Unter Revolution versteht man einen Prozess gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen, kulturellen, religiösen und/oder moralischen Wandels, der abrupt, radikal, heftig und manchmal auch gewaltsam verläuft. Heutzutage hätte eine neue revolutionäre Bewegung dank allgemeiner Vernetzung wohl mehr denn je die Möglichkeit, sich mit unverhoffter Schnelligkeit auf dem Planeten auszubreiten.

Die Marxschen Theorien vom Klassenkampf besitzen weiter Gültigkeit, soweit es die Konfrontation zwischen reichen und armen Ländern betrifft. Dieser Umstand wird durch eine beachtliche demografische Kluft verstärkt: Während die Bevölkerung der Länder, die unter den ungünstigsten Bedingungen leiden, rasant wächst, steht die demografische Entwicklung in den wohlhabenderen Nationen im Zeichen niedriger Geburtenzahlen und einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung. Hinzu kommt das hohe Maß an Ungleichheit, das in weniger entwickelten Ländern üblich ist, selbst wenn der Staat über erhebliche Einnahmen verfügt.

Die heutigen Möglichkeiten globaler Kommunikation fuhren zu einer verschärften Wahrnehmung von Ungerechtigkeit unter den Benachteiligten, die beim Blick auf die Wirklichkeit anderer Orte den Eindruck bekommen, deren Bewohner lebten bei minimaler Anstrengung im Überfluss. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisten die sozialen Netzwerke wie Facebook oder Instagram. Bei denen, die fernab dieser Realitäten leben, entsteht so die Illusion, ein derartiger Wohlstand sei allgemein verbreitet und leicht zu erreichen.

Diese Wahrnehmung mündet bisweilen in einen unwiderstehlichen Drang, all das ebenfalls haben zu wollen. Daraus ergeben sich widerstreitende Emotionen. Auf der einen Seite üben die fortgeschritteneren Gesellschaften eine starke Anziehung aus. Auf der anderen Seite entsteht ein Gefühl von Unterdrückung und Frustration, von Ausgeschlossensein durch die Mächtigen.

Zurzeit entladen sich solche Gefühle in umfangreichen Migrationsbewegungen, doch es könnte auch zu größeren gewaltsamen Konfrontationen kommen, zu einem erneuerten Klassenkampf mit weltweiter Reichweite. Dieser internationale Aufruhr könnte sich besonders auf die Metropolen richten, in denen sich ein Großteil der weltweiten Bevölkerung konzentriert. Das Konzept einer »internationalen urbanen Subversion« bietet eine so interessante wie beunruhigende Aussicht.

Der postmoderne Tiger

Robert D. Kaplan verwendet in *The Revenge of Geography* das Bild vom »neuen postmodernen Tiger« für Menschenmengen, die wütend reale und vermeintliche Ungerechtigkeiten anprangern. Die Wut dieses Tigers zeigt sich angesichts von Risiko-

transferkriegen - um einen Begriff von Martin Shaw zu verwenden - auch in innerstaatlichen Konflikten, bei denen die Zivilbevölkerung zur Zielscheibe wird. Ebenso verhält es sich bei sozialen und politischen Krisen, wenn unter den Regierenden Korruption herrscht, während im Staat die Ungleichheiten zunehmen. Und auch bei Wirtschaftskrisen, die zu einem Mangel an Chancen und Arbeitsplätzen führen. Der Tiger formt sich aus den Bürgern, die in weniger entwickelten Ländern auf Wandel hoffen, und den frustrierten Jugendlichen in fortgeschrittenen Staaten. Gerade in den weiter entwickelten Ländern, in denen ein Großteil der Jugend Zugang zu höherer Bildung hat, entsteht eine erhebliche Frustration - ein wichtiger destabilisierender Faktor -, wenn die Jugendlichen mit wachsender Sorge erkennen, dass sie niemals eine Arbeit finden werden, die zu ihrer Ausbildung passt. Sie haben viel Zeit und Anstrengung investiert und sehen nun den Weg in die Mittelschicht immer weiter verstellt oder fürchten gar, trotz ihrer höheren Bildung einem Leben in Armut entgegenblicken zu müssen. Aber der Tiger besteht auch aus älteren Menschen, die sich Sorgen um ihre Zukunft und die ihrer Nachkommen machen.

Der Tiger kann stets aufs Neue instrumentalisiert werden - durch populistische Bewegungen, Religionen oder radikale Gruppen jeglicher Couleur, die das Volk in die Revolution stürmen lassen.

15. Zwietracht säen

Wer seinen Feind nicht mit militärischer Gewalt bezwingen kann, dem bleibt immer noch die Möglichkeit, in dessen Land Zwietracht zu säen. Irgendwann brechen dann die so mächtig und undurchdringlich wirkenden Mauern ein, als wären sie aus Sand. Diese Strategie, die mit der Förderung spalterischer Tendenzen und der Suche nach der Achillesferse des Gegners verwandt ist, hat sich im Lauf der Geschichte schon oft als höchst wirkungsvoll erwiesen: Die Manipulation von Minderheiten ist ein altes Rezept zum Beherrschen einer Gesellschaft, so wie sich auch die Unzufriedenheit von politischen Dissidenten oder separatistischen Bewegungen anheizen lässt. In jeder Gesellschaft, so vollkommen sie auf den ersten Blick aussehen mag, gibt es Menschen und Gruppen, die sich gekränkt, schlecht behandelt oder an den Rand gedrängt fühlen. Manchmal sind es auch schlichtweg »toxische Charaktere«, die aufgrund geistiger Störungen oder persönlicher Bitterkeit darauf abzielen, der Gemeinschaft zu schaden. Das eröffnet die Möglichkeit, Missstimmungen zu schüren, die an den Grundlagen der Gesellschaft nagen.

Wer also ein Land erobern will, der sollte nicht nur dessen Topografie studieren und sich zunutze machen, sondern auch die inneren Spannungen, die ideologischen oder zukunftsgerichteten Leerstellen. Im Übrigen handelt es sich dabei um eine uralte Methode: Bereits Machiavelli schrieb, eine gute Strategie bei einer Invasion beginne bei der Unterstützung der Schwächeren im Land, damit sich diese gegen die Mächtigen wenden.

Eine weitverbreitete Strategie

Dieses effektive Vorgehen haben alle möglichen politischen Regimes eingesetzt, von Diktaturen bis hin zu demokratischen Staaten. Beispielsweise förderten im 19. und frühen 20. Jahrhundert Großbritannien und andere europäische Regierungen die arabischen Aufstände im Nahen und Mittleren Osten, um das Osmanische Reich unter Druck zu setzen. Dabei unterstützten sie die ethnischen Minderheiten, die sich gegen die türkische Herrschaft erhoben, mit Waffen und Geld.

Zur selben Zeit spielte Frankreich beim Versuch, diesen Teil der Welt zu kontrollieren, die traditionelle Rivalität zwischen den beiden syrischen Großstädten Aleppo und Damaskus aus. Gleichzeitig stachelte es die Feindseligkeit muslimischer Minderheiten, etwa der Aleviten oder Drusen, gegen die Sunniten an. Indem Paris die religiösen und ethnischen Minderheiten in der Region instrumentalisierte, betrieb es eine Politik territorialer Kontrolle über sein neues Herrschaftsgebiet.

Walter Görlitz zeigt in *Geldgeber der Macht*, wie verschiedene New Yorker Bankiers deutsch-jüdischer Abstammung die Russische Revolution aus einer Aversion gegen das Zarentum heraus finanzierten. Seit dem Tod Alexanders II. 1881 war die Judenverfolgung in Russland an der Tagesordnung gewesen. Auch Deutschland förderte die Russische Revolution aus dem Bewusstsein heraus, den Ersten Weltkrieg ohne eine solche Revolution nicht gewinnen zu können. Der Kaiser vertraute auf Lenins Ankündigung, er werde, an die Macht gelangt, Frieden mit dem Deutschen Reich schließen und den britischen Imperialismus angreifen; Lenin hatte sogar zugesagt, mit der russischen Armee in Indien einzumarschieren. So kam es, dass Deutschland während des Ersten Weltkriegs den Agenten, die gegen den Zaren arbeiteten, zwischen 40 und 80 Millionen Mark lieh.

Zudem stellte Berlin den Eisenbahnwaggon zur Verfügung, in dem Lenin aus der Schweiz nach Russland reiste, um den revolutionären Kampf anzuführen.

Während des Ersten Weltkriegs schmiedete Deutschland eine Intrige, die einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko anstiften sollte. In einem geheimen Telegramm, das der deutsche Staatssekretär im Auswärtigen Amt am 16. Januar 1917 an seinen Botschafter in Mexiko schickte (»Zimmermann-Depesche«), wurde für den Fall, dass die USA in den Krieg einträten, ein deutsch-mexikanisches Bündnis angeregt. Als Lohn für die bewaffnete Intervention in den Vereinigten Staaten sollte Mexiko Texas, New Mexiko und Arizona erhalten. Aber das Telegramm wurde durch den Geheimdienst der englischen Marine abgefangen und dechiffriert.

In den 1930er-Jahren entwickelte Stalin ein besonderes Interesse daran, dass sich der Spanische Bürgerkrieg in die Länge zog, da er annahm, dass die sowjetischen Grenzen nicht in Gefahr seien, solange der Konflikt in Spanien anhielt. Seiner Vorstellung nach würde sich Frankreich - zu dem Zeitpunkt Moskaus Verbündeter -, wenn Francos Truppen siegten, seiner Südflanke zuwenden müssen und damit weniger Aufmerksamkeit auf Deutschland richten können. Berlin würde sich dann in aller Ruhe gegen die UdSSR wenden, die bereits über Hitlers Invasionspläne im Bilde war. Deshalb lag Stalin daran, in Spanien die republikanische Seite zu unterstützen. Er forderte die Demokratien auf, seinem Beispiel zu folgen und die Republikaner nicht im Stich zu lassen, sondern ihnen weiter Kriegsmaterial zur Verfügung zu stellen.

Zwietracht zu säen gehörte auch zu den Aufgaben japanischer Geheimdienstagenten, die 1941 Kontakt zu nationalistischen Gruppierungen in Indien, Malaysia und Birma aufnahmen, um ihnen für ihre separatistischen Pläne verdeckte Unterstützung

anzubieten. So schickte die Regierung in Tokio im Januar 1941 ein Telegramm an den japanischen Generalkonsul in Singapur, in dem dieser Order erhielt, Agitation, politische Verschwörungen, Propaganda und Spionage zu fördern. Mit demselben Ziel hatten sich die Japaner seit 1939 bemüht, die Unzufriedenheit unter den Soldaten des britischen Raj anzuheizen.

Während des Kalten Krieges hatte die DDR 16000 Geheimagenten in der Bundesrepublik Deutschland. Die Sowjetunion unterstützte in westlichen und neutralen Ländern dreiundsechzig kommunistische Parteien, eine aktive Fünfte Kolonne, ergänzt durch Hunderte von Aktionsgruppen unter der Leitung von fünfzehn weltweit tätigen prokommunistischen Organisationen. Während dieser Jahre der harten weltanschaulichen Auseinandersetzungen zeigten sich die Sowjets als große Meister in der Kunst, innere Konflikte zu streuen. Eine der gängigen Vorgehensweisen bestand darin, Themen wie Pazifismus, Abrüstung, Kolonialismus, Rassentrennung, Anti-Atomkraft, Selbstbestimmung oder soziale Gerechtigkeit subversiv zu fördern und dadurch psychologisch gegen den Westen vorzugehen. Die westlichen Staaten wiederum führten gegen die Kommunisten Themen wie die Menschenrechte, die Meinungsfreiheit oder die Pressefreiheit ins Feld.

Auch in Demokratien herrscht traditionell wenig Zurückhaltung bei der Anwendung dieser Strategie. Hinter dem Sturz des sozialistischen Präsidenten von Chile, Salvador Allende, im Jahr 1973 stand US-amerikanisches Geld. Und wenn in den USA die Demokraten regieren, halten sie es nicht anders als die Republikaner; sie sind höchstens geschickter dabei, ihre wahren Interessen zu verbergen. Unter Präsident Clinton bewilligte der US-Kongress Ende 1995 geheime Gelder zur Finanzierung verdeckter Operationen der CIA gegen das iranische Regime. Als Antwort genehmigte das iranische Parlament in öffentlicher

Abstimmung Mittel für verdeckte Aktionen gegen die Vereinigten Staaten.

Einer der Gründe für Saddam Husseins Angriff auf den Iran im Jahr 1980 war, dass Ajatollah Chomeini, im Vorjahr selbst im Iran an die Macht gekommen, im Anschluss an seine eigene Revolution die schiitische Mehrheit im Irak zur Rebellion aufgerufen hatte. Etwas Vergleichbares könnte sich in der Gegenwart wiederholen: Teheran könnte sich der schiitischen Minderheit in Saudi-Arabien bedienen, die denselben Teil des Landes bewohnt, in dem sich die wichtigsten Erdölquellen befinden, am Ufer des Persischen Golfs. Das gibt Riad zweifellos Anlass zu großer Sorge, insbesondere in einem Moment, in dem die Beziehungen zum Iran unter starker Anspannung stehen. Denselben Trumpf haben die Iraner in Bahrain in der Hand, wo es relativ einfach wäre, die überwiegend schiitische Bevölkerung gegen ihre sunnitischen Führer zu mobilisieren. Kurzum, Teheran hat ein paar Asse im Ärmel, um die genannten Länder durch Schüren interner Zwistigkeiten zu destabilisieren, und die werden möglicherweise auch ausgespielt, wenn sich das Regime entsprechend bedroht fühlt. Der Iran selbst wird durch physische Grenzen beschützt, die eine konventionelle Invasion unmöglich machen - das Land ist praktisch vollständig von hohen und schwer zugänglichen Bergen umgeben, bis auf den Osten, in den unmittelbaren Nachbarregionen zu Afghanistan und Pakistan. Darum hätten die Nordamerikaner, so George Friedman, mehrfach versucht, eine Revolution anzuzetteln, wie sie erfolgreich zum Sturz von Regierungen in der ehemaligen Sowjetunion geführt hätten, aber es sei ihnen niemals gelungen.

Auch Russland, das mächtige europäisch-asiatische Land, könne nicht durch Waffengewalt, sondern nur durch innere Zwistigkeiten zu Fall gebracht werden, steht schon bei Clausewitz zu lesen. Das ist weiterhin von so umfassender Gültigkeit,

dass der Kreml von seinen Gegnern unter Führung der Vereinigten Staaten den Versuch geradezu erwartet, Zwietracht im Land zu säen. Über Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Gruppen wie die feministische Punkband Pussy Riot und selbstverständlich die Medien und die sozialen Netzwerke würden angeblich Themen wie der Mangel an politischen Freiheiten oder die Missachtung der Rechte von Homosexuellen dazu eingesetzt, das von Putin errichtete System in Schwierigkeiten zu bringen.

Wie Thual bemerkt, hegt Russland den Verdacht, dass gewisse westliche Länder die islamistischen Rebellen im Nordkaukasus, in Dagestan oder Tschetschenien indirekt unterstützen, so wie auch Georgien die Aufständischen in Tschetschenien fördere. Die Feinde Russlands haben den georgischen Nationalismus schon immer dazu benutzt, den russischen Einfluss im Kaukasus zu schwächen, ob während des Zarenreichs, in der sowjetischen oder postsowjetischen Ära. Sooft Georgien Unabhängigkeit erlangte, war es versucht, seine Minderheiten zu unterdrücken, was Moskau damit beantwortete, dass es diese seinerseits verwendete, um das unbotmäßige Georgien zu schwächen. Der offensichtlichste Fall ist der bereits erwähnte aus dem Sommer 2008.

Ähnliche Befürchtungen hegt China in Bezug auf Tibet. Nach Ansicht des asiatischen Riesen befördern sowohl Indien - wo etwa 200 000 Tibeter leben, unter ihnen der Dalai Lama - wie auch die Vereinigten Staaten, Chinas großer geopolitischer und geoökonomischer Rivale, die separatistischen Bewegungen in dieser wichtigen Region.

Die Verletzlichkeit junger Bevölkerungen

Wie Kaplan in *The Revenge of Geography* darlegt, neigen junge Bevölkerungen besonders dazu, Umsturz und Wandel zu forcieren, ein Drang, der dazu genutzt werden kann, aufrührerische Tendenzen in den betroffenen Ländern anzuheizen, wie es ja auch tatsächlich geschieht. Das war im Arabischen Frühling ab 2011 deutlich zu sehen, für dessen Entstehung zwar gewiss keine hausgemachten Gründe fehlten, der aber von außen angefacht wurde, um Absichten zu verfolgen, die mit dem Wohl der aufständischen Bevölkerung nichts zu tun hatten. In Syrien findet man den besten Beweis dafür.

Ansätze zum Regimewechsel kamen überall dort nicht weiter, wo andere geopolitische Interessen im Spiel waren. In Bahrain etwa lag, obwohl eine breite schiitische Mehrheit unter den 1,3 Millionen Einwohnern des Landes von einer sunnitischen Minderheit beherrscht wird, weder Saudi-Arabien noch vor allem den Vereinigten Staaten daran, es zu einer Revolution kommen zu lassen. Unter anderem deshalb, weil der wichtige US-amerikanische Marinestützpunkt Juffair im Fall eines erfolgreichen schiitischen Volksaufstands dem Iran in die Hände gefallen wäre, was Teheran im Kampf um die Vorherrschaft im Persischen Golf einen gewaltigen Vorteil verschafft hätte.[61]

Die Vereinigten Staaten säen Zwietracht im spanischen Kuba

Schon ein gutes Jahrhundert bevor die Vereinigten Staaten 1898 Spanien den Krieg erklärten, unterstützten verschiedene US-amerikanische Regierungen Abweichler und Rebellen auf Kuba. 1809 förderte Präsident Thomas Jefferson eine Volkserhebung,

die sich die französische Invasion in Spanien zunutze machen wollte. Sein Nachfolger, James Madison, initiierte 1814 ein Komplott gegen die spanischen Behörden, das unter den US-Amerikanern, die Besitz auf der Insel hatten, nur Anhänger fand. James Knox Polk (1845-1849), ein glühender Spanienfeind, initiierte einen erneuten Aufstand seitens US-amerikanischer Landeigner, der daran scheiterte, dass er von den Kubanern nicht mitgetragen wurde. Ulysses S. Grant stellte sich offen auf die Seite der kubanischen Aufständischen im Zehnjährigen Krieg (1868-1878), dem ersten in einer Reihe bewaffneter Konflikte um die Unabhängigkeit der Insel. Grover Cleveland (1885-1889 und 1893-1897) wahrte zwar dem Anschein nach eine neutrale Haltung, unternahm jedoch nichts, um zu verhindern, dass die Aufständischen von US-amerikanischem Territorium aus versorgt wurden. Und schließlich unterstützte Präsident William McKinley (1897-1901) entschieden die kubanische Unabhängigkeit.

Im November 1895 erkannten die Vereinigten Staaten die Regierung der Aufständischen als legitim an, um Spaniens Position auf Kuba zu schwächen. Seit Jahrzehnten strebten sie schon danach, die Spanier aus dem Land zu jagen, um ihre eigenen geopolitischen und kommerziellen Interessen zu begünstigen. Eine US-amerikanische Gewerkschaft gewährte den kubanischen Rebellen über deren Vertretung in New York ein sofortiges Darlehen in Höhe von 3 Millionen Dollar. Zudem stellte Washington den Aufständischen Militärberater zur Verfügung, um sie im Gebrauch von Artilleriewaffen ausbilden zu lassen. So kam eines zum anderen, bis die Feindseligkeiten zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten 1898 offen ausbrachen.

Zuvor hatten Dutzende von Versorgungsschiffen von US-amerikanischen Häfen aus die kubanische Küste angesteuert. Die Anstrengungen der spanischen Diplomatie, dies zu verhindern,

waren angesichts der Tatenlosigkeit der nordamerikanischen Behörden fruchtlos geblieben. Schätzungen zufolge wurden von etwa achtzig Schiffen, die von der US-amerikanischen Küste aus Kurs auf den aufständischen Ostteil Kubas nahmen, weniger als die Hälfte in den Häfen der USA aufgebracht und lediglich vier von der spanischen Flotte abgefangen, bevor sie das Land erreichten.

Zwietracht unter denen, die Zwietracht säen

Die Tscheka, der erste politische und militärische Nachrichtendienst Sowjetrusslands, zeichnet für die Durchführung einer der brillantesten Infiltrationen in eine dissidentische Organisation verantwortlich, die jemals ans Licht kamen: die »Operation Trust«.

Ende 1917 von Felix Dserschinski, einem polnischen Kommunisten und Revolutionär, als »Allrussisches Außerordentliches Komitee zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage« gegründet, verfügte die Tscheka (Abkürzung des russischen Namens) über nahezu unbegrenzte Macht. Ihre Mission bestand darin, konterrevolutionäre Kräfte oder solche, die von der offiziellen Doktrin abwichen, zu bekämpfen. Anfang der 1920er-Jahre gründete dann eine Gruppe russischer Dissidenten die Monarchistische Union Zentralrusslands (MUZR) mit dem Ziel, in die Ränge der neuen bolschewistischen Regierung vorzudringen, um von innen heraus deren Sturz zu betreiben und die Dynastie der Romanows wiedereinzusetzen. Um 1925 war die Gruppierung zu einem Magneten geworden, der einen Großteil der russischen Dissidenz anzog und auf die Unterstützung zaristischer Exilanten und europäischer Regierungen zählen konnte, die gegen das in Moskau installierte neue Regime eingestellt waren.

Tatsächlich aber war die MUZR eine Erfindung der Tscheka, die eine möglichst große Zahl von Gegnern der bolschewistischen Regierung zusammenfuhren und deren Überwachung ermöglichen sollte. Ausgelöst hatte ihre Gründung die Feststellung des Obersten Sowjets unter Lenins Führung im Jahr 1921, dass es nicht gelingen könne, die Macht zu konsolidieren, solange mehr als eine halbe Million Verfechter des alten Regimes darauf hinarbeiteten, den revolutionären Prozess umzukehren - teils mit dem stillschweigenden Einverständnis ausländischer Geheimdienste.

Durch die sukzessive Infiltration der MUZR durch sowjetische Agenten und den Einsatz von Druckmitteln und Zwang, um die wichtigsten Köpfe zum Übertritt auf die bolschewistische Seite zu bewegen, geriet die Dissidentengruppe in kurzer Zeit unter die Kontrolle der Tscheka, was Moskau die Möglichkeit gab, nach und nach die kämpferischsten Oppositionsführer aus dem Verkehr zu ziehen, dazu einige Agenten der ausländischen Geheimdienste, die mit den Monarchisten zusammenarbeiteten.

Als manche zu argwöhnen begannen, dass die MUZR infiltriert sein könnte - etwa die Polen, die einen Teil der Informationen ihrer Mitglieder als falsch erkannt hatten -, war der bolschewistische Geheimdienst schon im Besitz entscheidender Daten über die Organisation, die Mitglieder der Dissidenz und diverse Agenten gegnerischer Geheimdienste.

Die »Operation Trust« erwies sich als durchschlagender Erfolg: Es gelang damit, die Feinde der eben erst gegründeten Sowjetunion aus dem Weg zu räumen. So trug sie in hohem Maß dazu bei, die Fortdauer des kommunistischen Regimes zu garantieren.

Zwietracht auf dem Postweg

In den Jahren 1944 und 1945, in der Endphase des Zweiten Weltkriegs, führte das Office of Strategie Services (OSS) der Vereinigten Staaten, die Vorgängerorganisation der CIA, die Operation »Cornflakes« durch, um die deutsche Bevölkerung zu demoralisieren. Zu diesem Zweck sollten den Deutschen gefälschte Briefe zugestellt werden, die Propaganda gegen Hitlers Regime enthielten. Der Name der Operation bezog sich darauf, dass die Post im Deutschen Reich zur Frühstückszeit ausgetragen wurde. In Umlauf gebracht wurden die Briefe während Fliegerangriffen auf Züge, die Postwaggons mitführten, indem andere Flugzeuge in unmittelbarer Umgebung des Wracks säckeweise gefälschte Briefe abwarfen. Man setzte darauf, dass diese anschließend geborgen und als echte Post verteilt werden würden.

Zur Vorbereitung der Operation hatte der OSS gefangene Nazis ausgefragt, die sich mit der Funktionsweise der Reichspost auskannten. Es gelang den US-Agenten, auf verschiedenen Wegen an 2 Millionen reale Adressen in Deutschland zu gelangen. Die Umschläge wurden mit subversivem Material gefüllt, und es wurden falsche Briefmarken beigelegt, die gegenüber den offiziellen verfremdet worden waren: Hitlers Konterfei war als Totenschädel dargestellt, der Schriftzug »Deutsches Reich« durch »Futsches Reich« ersetzt.

Das Ergebnis ließ allerdings zu wünschen übrig, denn zu diesem Zeitpunkt funktionierte die Reichspost kriegsbedingt in einigen Landesteilen nur unregelmäßig. Zudem waren zahlreiche Deutsche evakuiert worden, eine aktuelle Anschrift war nicht bekannt, und die Mehrheit derer, die Propagandabriefe bekamen, zerstörten sie, ohne sie zu öffnen, da kein Absender angegeben war.

Das Vorgehen der CIA in Syrien

Laut einem geheimen CIA-Dokument mit Datum vom 14. September 1983“ versuchte der US-amerikanische Nachrichtendienst während des Iran-Irak-Kriegs, gegen das syrische Assad-Regime vorzugehen, weil Syrien für die Interessen der Vereinigten Staaten sowohl im Libanon als auch am Golf eine Bedrohung darstellte - insbesondere weil es die irakische Pipeline nach Syrien blockieren konnte,[63] die notwendig war, um den wirtschaftlichen Druck auf Bagdad zu reduzieren. Indirekt sollte so der Iran zum Ende der Kampfhandlungen motiviert werden. Um den Druck auf al-Assad zu verstärken, wurde simultan eine verdeckte militärische Drohkulisse aus drei angrenzenden Staaten aufgebaut: Irak, Israel und Türkei.

Aus demselben Dokument geht hervor, dass der Unmut ausgenutzt werden sollte, den Damaskus bei den Türken wegen seiner Unterstützung des armenischen Terrorismus, der irakischen Kurden an der Grenze zum türkischen Kurdistan und der in Nordsyrien aktiven türkischen Terroristen hatte aufkommen lassen. In Ankara war deswegen schon häufig erwogen worden, einseitige militärische Schritte gegen die Terrorcamps in Nordsyrien einzuleiten.

Wir werden noch darauf zu sprechen kommen, dass Syrien auch direkt gegen die Interessen der Vereinigten Staaten im Nahen Osten verstieß. Die Weigerung, seine Kräfte aus dem Libanon abzuziehen, hatte dazu geführt, dass Israel den Süden des Nachbarlands besetzte. Und die Blockade der irakisch-syrischen Pipeline hatte maßgeblich zur Finanzkrise im Irak beigetragen. So kam es zu einer gefährlichen Internationalisierung des Ersten Golfkriegs.

Da diplomatische Initiativen bei al-Assad nichts bewirkt hätten, fügte der Bericht hinzu, müssten die Vereinigten Staaten,

wenn sie in Syrien eine wesentliche Rolle spielen wollten, eine glaubhafte und schwerwiegende Bedrohung für die Machtposition des syrischen Staatschefs erzeugen, und diese müsse in erster Linie militärischer Natur sein.

In einem weiteren geheimen CIA-Dokument mit dem Titel *Syrien. Szenarien für einen dramatischen politischen Umschwung,* datiert vom 30. Juli 1986 und erarbeitet vom Foreign Subversion and Instability Center, wurden verschiedene Szenarien vorgestellt, um Präsident Assad von seinem Posten zu entfernen und andere radikale Veränderungen im Land zu erreichen.[64] Darin wurde bereits vorausgesehen, dass eine exzessive Reaktion der Regierung auf geringfügige Provokationen durch die sunnitische Protestbewegung zu erheblichen Unruhen führen und sogar in einen Bürgerkrieg münden könnte. Weiter wurde prognostiziert, dass die anhaltende Dominanz der Aleviten in Syrien, einer Schlüsselregion für Moskaus Einfluss im Nahen und Mittleren Osten, den sowjetischen Interessen dienlich sein dürfte. Sollte jedoch die sunnitische Mehrheit die Macht übernehmen, werde das die Position der UdSSR empfindlich treffen, die ja die alevitische Regierung unterstützt habe.

Besondere Aufmerksamkeit verdient, dass das Dokument warnte, eine schwache Regierung in Damaskus könne Syrien zu einer Basis des Terrorismus werden lassen. Im Hinblick auf die Interessen der Vereinigten Staaten in Syrien wurde dargelegt, dass aus Washingtons Sicht eine sunnitisch geführte Regierung zu bevorzugen sei, die ein Interesse an westlicher Hilfe und Investitionen haben und wahrscheinlich weniger geneigt sein würde, die Spannungen im Verhältnis zu Israel zu verstärken.

Der Bericht von 1986 schloss mit dem Hinweis auf das mögliche Risiko, dass sunnitische Fundamentalisten an die Macht gelangen und vielleicht sogar eine islamische Republik etablieren könnten. Diese würde Israel mit wachsender Feindseligkeit

gegenüberstehen und terroristischen Gruppen Unterstützung und Zuflucht gewähren. Wir wissen heute, dass sich diese Prognose als richtig herausgestellt hat.

Die jahrelangen Bemühungen der USA um einen Regimewechsel in Syrien

In einer von WikiLeaks veröffentlichten Depesche aus der Abteilung 1 der US-Botschaft in Damaskus, die unter anderem an das Außenministerium und den Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten gerichtet war (datiert auf den 13. Dezember 2006 mit dem Identifikationscode 06DAMASCUS5399_a und der Klassifikation »Geheim«)[65] wird Syrien als wirtschaftlich stabiles Land mit einer schwachen Opposition bezeichnet. Allerdings werden einige wunde Punkte erwähnt, die sich möglicherweise ausnutzen ließen, darunter die Angst der Sunniten vor dem Einfluss des Iran im Land. Man ging davon aus, dass sich die Iraner überaus aktiv um die schiitische Bevölkerung bemühten und auch die Konversion ärmerer Sunniten betrieben. Ausweiten würden sie ihren Einfluss unter anderem durch den Bau von Moscheen und in der Geschäftswelt. Als weitere Schwachstelle wurde die Situation der Kurden erwähnt, die hauptsächlich im Nordosten Syriens sowie in Damaskus und Aleppo lebten.

Schließlich kam noch ein anderer Punkt zur Sprache: der Zuwachs an Extremisten, die Syrien als Operationsbasis benutzten - trotz der Maßnahmen der syrischen Regierung gegen mit Al-Qaida verbundene Gruppen. Merkwürdigerweise wurde jedoch auf das Problem regimefeindlicher Islamisten nicht näher eingegangen: Es sei unklar, welche konkrete Gefahr von solchen Gruppen für Syrien ausgehe, obwohl kein Zweifel bestehe, dass

sie sich langfristig zu einer erheblichen Bedrohung entwickeln könnten. Die Depesche endete mit der Empfehlung, die genannten Schwachpunkte zu nutzen, um die syrische Regierung in ihren Entscheidungsprozessen zu stören, Irritationen zu schaffen und aus Fehlern Kapital zu schlagen.

Freilich war das noch längst nicht der letzte Versuch der USA, al-Assad zu stürzen. In den 2016 von WikiLeaks veröffentlichten »Clinton-Mails« findet sich eine E-Mail des State Department aus der Zeit, als Hillary Clinton Außenministerin war (datiert auf den 31. Dezember 2012 und ohne Nennung des Verfassers). Darin werden einige Aspekte der amerikanischen Strategie aufgeführt, mit der al-Assad von der Macht vertrieben werden sollte. Das unmittelbare Ziel bestand darin, die Sicherheit Israels zu erhöhen, da die enge Beziehung zwischen dem Regime in Syrien und dem Iran als wesentliche Bedrohung für Tel Aviv angesehen wurde. Entsprechend beginnt das Dokument mit den Worten: »Israel ist gegen das wachsende nukleare Potenzial des Iran am besten beizustehen, indem man das syrische Volk beim Sturz des Assad-Regimes unterstützt.«

Das State Department war über die Aussicht in Sorge, dass der Iran sich Atomwaffen verschaffen könnte, was nicht nur dem nuklearen Monopol Israels im Nahen Osten ein Ende gesetzt hätte, »sondern auch andere Gegner des Iran wie Saudi-Arabien und Ägypten dazu treiben könnte, sich ihrerseits um Kernwaffen zu bemühen«. Gleichzeitig könnte sich Teheran dann versucht sehen, »seine Verbündeten in Syrien und bei der Hisbollah zu Angriffen auf Israel aufzurufen«: Der Iran wisse, dass sein nukleares Arsenal Israel von einem Gegenschlag abhalten würde. Deshalb, hieß es, werde »der Sturz Assads nicht nur die Sicherheitslage Israels beträchtlich verbessern, sondern auch die verständlichen Bedenken ausräumen, dass Israel sein nukleares Monopol einbüßen könnte«.

In derselben E-Mail heißt es dann zusammenfassend: »Das Weiße Haus kann die Spannungen reduzieren, die zwischen Israel und dem Iran aufgekommen sind, wenn es in Syrien die richtigen Schritte unternimmt.« Da das syrische Regime eine von außen auferlegte diplomatische Lösung nicht annehmen werde, würden »nur Drohungen oder der Einsatz von Gewalt den syrischen Diktator Baschar al-Assad zu einer Änderung seiner Haltung bewegen, eine unmittelbare Gefährdung seines Lebens und seiner Familie«. Dazu empfehle sich kein »direkter Angriff«, sondern durch Dritte - sogenannte »Stellvertreter« - ausgeführte Aktionen. Man solle »zusammen mit Verbündeten in der Region wie der Türkei, Saudi-Arabien und Katar Maßnahmen ergreifen, um die aufständischen Kräfte in Syrien zu organisieren, zu trainieren und zu bewaffnen«.

Vor diesem Hintergrund sind Berichte zu sehen, die darauf hinweisen, dass die CIA und der MI6 unter anderem von Libyen aus Waffen und Munition nach Syrien schickten, mit türkischer, saudischer und katarischer Finanzierung. Des Weiteren wird in der Depesche angeregt, eine internationale Koalition zu bilden, um Luftschläge durchzuführen. Um einem Veto Russlands aus dem Weg zu gehen, solle das außerhalb der Vereinten Nationen erfolgen.

Wie die Vereinigten Staaten in unbotmäßigen Ländern Zwietracht säen

Der Ende 2017 verstorbene brasilianische Historiker Luiz Alberto Moniz Bandeira, ein renommierter Forscher auf dem Gebiet der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen, analysierte die Mittel, mit denen Washington versuchte - und weiterhin versucht -, Länder, die gegen ihre Interessen verstoßen, auf Linie zu

bringen.[66] Der unwiderstehliche Drang nach Weltherrschaft lässt es den Vereinigten Staaten als notwendig erscheinen, das Aufkommen rivalisierender Kräfte mit allen Mitteln zu verhindern. Das führt dazu, dass jedem Land, das sich den nationalen Interessen der USA entgegenstellt - unabhängig von den politischen Einstellungen seiner Regierung die Flügel gestutzt werden müssen, sei es in Europa, Amerika oder an irgendeinem anderen Ort des Planeten, bis es sich wieder US-amerikanischen Vorstellungen unterordnet.

Die politischen Eingriffe gegenüber Regierungen, die von der durch das Weiße Haus vorgegebenen Linie abzuweichen wagen, dürften heute energischer ausfallen denn je: Denn wie Moniz Bandeira schreibt, sind Hegemonialmächte, wenn ihre Macht schwindet, gefährlicher als in der Phase der Ausdehnung.

Zur Destabilisierung und zum Sturz unbotmäßiger Regierungen bedient sich Washington seiner Geheimdienste, der psychologischen Kriegsführung sowie diverser Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen. Innere Unzufriedenheiten, wie es sie in allen Ländern gibt, werden ausgenutzt und geschürt, um Instabilität und Chaos zu verbreiten. Und das möglichst so, dass es wie eine Reihe von spontanen und wohlmeinenden Handlungen wirkt, damit nicht der Gedanke einer Manipulation von außen aufkommt, die stets Ablehnung nach sich zieht. Wird am Ende ein Regierungswechsel erreicht und geschieht dies außerdem nicht durch einen klassischen Putsch, sondern so, dass dabei der Eindruck einer auf demokratische Prinzipien gestützten Umsetzung des Volkswillens entsteht, so ist der Erfolg komplett. Um die herrschende Ordnung zu unterminieren, wird ausgiebig Einfluss auf die Medien, das Internet und die sozialen Netzwerke genommen und die öffentliche Meinung manipuliert. Revanchistische Gefühle oder auch nur der Wunsch nach Verbesserungen werden in Umlauf gebracht und kanalisiert,

Demonstrationen gegen die Regierung, die man aus dem Amt entfernen will, gefördert.

Moniz Bandeira legt dar, dass die Vereinigten Staaten offiziell den Begriff der »politischen Herausforderung« verwenden, wenn es darum geht, eine missliebige Regierung zu stürzen und die Kontrolle über die staatlichen Institutionen zu übernehmen. Diese Strategie, die auf den Ideen des Politologen Gene Sharp und des Obersten Robert Helvey von der Joint Military Attache School basiert, besteht in der Planung von Operationen und der Mobilisierung der Bevölkerung gegen die herrschende Macht in verfeindeten Ländern oder solchen, die Washingtons Interessen entgegenstehen. So gesehen dürfte zurzeit mehr als ein Land »politischen Herausforderungen« ausgesetzt sein.

Zwietracht im Cyberspace

Zu den Formen des Missbrauchs im Cyberspace gehört die psychologische Einflussnahme auf Gegner - theoretisch sogar auch auf Verbündete - durch das Ausstreuen von Gefühlen, Verbreiten von Erzählungen und Stiften von Verwirrung. Letztlich geht es darum, ein Volk zu unterjochen und sich seiner Loyalität zu versichern, damit es seine Regierung selbst in die gewünschte Richtung zwingt, stellenweise auch unter Verrat an Prinzipien und Werten.

Oberst Angel Gomez de Ägreda, einer der führenden europäischer Analytiker auf dem Gebiet der Geopolitik, spricht in diesem Zusammenhang von »Operationen auf affektiver Grundlage«. Solche Operationen streben nicht mehr nur militärische oder sonstige äußere Wirkungen an wie bisher üblich, sondern richten sich in erster Linie auf den Geist. Eine realistische Betrachtung führt heute zu dem Schluss, dass die geistige

Einstellung der Bevölkerung zum Dreh- und Angelpunkt geworden ist, dem Ort, an dem die Entscheidungsfähigkeit, der Siegeswille und die Moral einer Nation sitzen - und diese lassen sich durch Informationskampagnen und psychologische Kriegsführung verstärken oder brechen. Kurzum, es werden heutzutage mehr psychische als physische Wirkungen angestrebt, denn die Macht eines Bildes ist stärker als die machtvollste Panzerdivision. Vor diesem Hintergrund ist der Cyberspace zum modernen Schlachtfeld geworden, dem privilegierten Schauplatz von Operationen.

Geheimdienste als Meister der Desinformation

Am 30. März 2017 stellte Thomas Rid dem Geheimdienstausschuss des US-Senats einen Bericht über Russlands informationelle Operationen im Land vor (aktive Maßnahmen zur Desinformation und Einflussnahme).[67] Nach Darstellung des Professors für Sicherheitsstudien am Londoner Kings College sind »aktive Maßnahmen« halbverdeckte oder verdeckte Geheimdienstoperationen, die darauf abzielen, die politischen Entscheidungen des Gegners zu formen. Wie Rid feststellt, wird die Quelle so gut wie immer verdeckt oder falsch angegeben, egal ob sich die Agenten in der Anonymität verstecken oder unter falscher Flagge auftreten. Auch die verbreiteten Inhalte sind ganz oder teilweise falsch.

Oberst Rolf Wagenbreth, der zu DDR-Zeiten mehr als zwanzig Jahre lang die für Desinformation zuständige Hauptabteilung X der Stasi leitete und als einer der großen Experten für derartige Methoden gilt, liefert eine Zielbeschreibung für Desinformation als Teilbereich der geheimdienstlichen Tätigkeit, die zu den oben angeführten Aussagen passt: Um einen mächtigen Gegner zu besiegen, so Wagenbreth, bedürfe es raffinierter,

methodischer, umsichtiger und kluger Anstrengungen. Noch die kleinste Schwäche, die der Gegner und seine Eliten zeigten, müsse ausgenutzt werden. In ähnlicher Weise erklärt Rid, es sei erwiesen, dass die wirkungsvollste Anwendung aktiver Maßnahmen darin bestehe, sich Schwächen des Gegners zunutze zu machen und vorhandene Schwachstellen zu vergrößern. Je stärker eine Gesellschaft polarisiert sei, desto einfacher sei sie zu treffen.

Die russischen Geheimdienste gelten als Pioniere der Desinformation, die sie seit Anfang des 20. Jahrhunderts betrieben; besonders aktiv waren sie auf diesem Gebiet seit Mitte der 1960er-Jahre, als aktive Maßnahmen den Status einer standardmäßigen Vorgehensweise erreichten, für die erhebliche Ressourcen bereitgestellt wurden. Während des Kalten Krieges vollzogen die Sowjets mehr als zehntausend Operationen mit dem Zweck der Desinformation.

Rid zufolge begann die erste umfangreiche Cyberspionage-Kampagne zwischen Staaten Ende 1998 mit dem von der US-Regierung »Moonlight Maze« genannten russischen Hackerangriff. In den letzten Jahren hat sich die Situation weiter verschärft, russische Kampagnen zur digitalen Spionage sind mittlerweile die Norm. Seit 2015 haben sich die Methoden mit anhaltender Tendenz an das neue technologische Szenario angepasst: Russische Geheimdienstagenten kombinieren nun digitale Spionage mit aktiven Maßnahmen, also Hackerangriffe mit dem Durchsickernlassen von Fehlinformationen. Im Mai und Juni 2015 fand die erste derartige Desinformationsoperation statt, die öffentlich bekannt wurde: die sogenannten »Saudi Cables«. Sie dienten dazu, eine innovative Taktik zu erproben: ein Ziel per Hackerangriff zu attackieren, dadurch kompromittierendes Material zu gewinnen, die Daten unter falscher Flagge auf einer Website zu leaken und am Ende die Dokumente WikiLeaks zur Verfügung

zu stellen, um den Ursprung zu verwischen und für eine breite Verteilung zu sorgen.

Den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen

Man kann also den Schluss ziehen, dass alle Großmächte und selbst mittlere Mächte fortlaufend versuchen, uns mehr oder weniger verdeckt zu manipulieren. Wir können keiner Information trauen, auch wenn wir versuchen, sie mit anderen Quellen abzugleichen: Die Kontamination, der Informationen ausgesetzt sind, wird immer breiter angelegt, besser getarnt und allgemeiner üblich.

Zudem werden wir durch die Debatte geblendet, wer eine Information gehackt und durchgestochen hat, damit wir nicht zu genau auf den Inhalt der geleakten Dokumente achten. Der sollte freilich das Wichtigste bleiben und gibt immer wieder Anlass zur Sorge: Die einschlägigen Dokumente bieten im Allgemeinen geradezu widerwärtige Einblicke in die realen Interessen und die weitreichenden Manipulationen, die von politischen Führern zu verantworten sind, sogar von jenen, die sich als besonders weltoffen, transparent, progressiv, liberal und um das Wohl der Menschheit besorgt geben.

16. Religiöser Eifer

Der Mensch besitzt von Natur aus metaphysische Neigungen, die im Lauf der Jahrhunderte immer wieder bösartigen Manipulationen ausgesetzt waren. Goebbels, ein Unmensch, aber wirkungsvoller Kenner der Geheimnisse der Manipulation, war sich der Bedeutung bewusst, die der metaphysische Aspekt als Faktor politischer Einflussnahme spielt. So soll er gesagt haben: »Man muss zugestehen, dass es eine vegetative Tendenz zum Mystischen gibt. Wir wären töricht, sie uns nicht zunutze zu machen.«

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stellte der französische Soziologe Gustave Le Bon bei seinen bedeutenden Studien über das Verhalten menschlicher Massen fest, dass der Einzelne in der Gruppe seine Fähigkeiten zum vernunftgemäßen Handeln verliere, während seine emotionalen oder affektiven Anteile in den Vordergrund träten. So neige die Gemeinschaftsseele zur Verallgemeinerung oder zum Denken in rein symbolischen Begriffen. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn Menschen, die aus Eigeninteresse, wahrer Überzeugung oder einer Mischung daraus in der Lage sind, die Grundgefühle des Menschen - Leidenschaft, Liebe, Hass, Verbundenheit, Ehrfurcht, Angst, Neugier usw. - zu erregen, zu verstärken oder zu befeuern, von alters her einen gewaltigen Einfluss auf die Bevölkerung haben. Eine dieser Gefühlsregungen ist, wie man sich denken kann, der religiöse Eifer.

Hinter Religionskriegen stehen seit frühester geschichtlicher Zeit Kämpfe um politische oder wirtschaftliche Macht, und Anführer aller Art haben immer wieder die Strategie des religiösen Eifers eingesetzt, um diejenigen anzustacheln, die sie zur Erreichung oder Begünstigung ihrer Ziele brauchen. Religion war also niemals der Hauptgrund, sondern eher ein Vorwand. Wie

Kissinger schreibt, wird die Religion leicht zu einer Waffe im Dienst geopolitischer Ziele.

Die Manipulation von Religionen aus geopolitischen Interessenlagen heraus ist nichts Neues. Von der Römerzeit über die Kreuzzüge bis hin zum aktuellen Kontext des Dschihadismus wurde Religion benutzt, um gegen andere Staaten oder Gruppen vorzugehen, die für politische und/oder ökonomische Interessen ein Hindernis darstellten. Das schließt den Krieg ein, der sich als spirituelle Aufgabe tarnt, worauf die großen Religionen ohne Ausnahme zurückgegriffen haben. Man denke nur an die Gralslegende, die erstmals um 1180 in einer unvollendeten Verserzählung von Chretien de Troyes auftaucht und später als propagandistisches Instrument eingesetzt wurde, um die europäischen Christen zur Rückeroberung des Heiligen Landes zu bewegen, das von den muslimischen Ungläubigen besetzt war.

Zudem bot die Religion auch Zuflucht für allerlei Zynismus, Missbrauch und Heuchelei (um es mit einem spanischen Sprichwort zu sagen: »Hörst du von Geld und Frömmelei, glaub davon halb geteilt durch zwei«). So konvertierten in der Reformationszeit im 16. Jahrhundert zahlreiche Feudaladelige allein deshalb zum Protestantismus, weil sie hofften, auf diese Weise den Landbesitz der katholischen Kirche übernehmen zu können.

Während des Ersten Weltkriegs rief der höchste religiöse Führer im Osmanischen Reich den Heiligen Krieg gegen Russland, Frankreich und Großbritannien aus, denen er vorwarf, Angriffe gegen das Kalifat zu unternehmen, um den Islam auszulöschen. Daher erklärte er es zur religiösen Pflicht der Muslime aller Länder - einschließlich derer, die unter britischer, französischer oder russischer Herrschaft lebten -, sich unverzüglich mit Leib und Besitz dem Dschihad zu widmen. Und das im Namen eines Osmanischen Reichs, das einst als Anführer einer vereinigten

muslimischen Welt aufgetreten war und durch vorgeblich heilige Kriege in alle Richtungen expandiert hatte.

Gelegentlich verschmelzen Religion und Geopolitik zu einer sakralen Dimension, etwa wenn ein Volk sich als auserwählt betrachtet. Heute gilt das für die Vereinigten Staaten mit ihrer messianischen Weitsicht. In den ersten Jahren des neuen Jahrtausends verbreitete sich die Nachricht, der 43. Präsident der Vereinigten Staaten, George W. Bush, berufe sich bei seiner Entscheidung, in Afghanistan und später im Irak militärisch in großem Maßstab zu intervenieren, auf göttliche Weisung - wie der spätere palästinensische Minister für Internationale Kooperation Nabil Shaath erklärte. Wobei Bushs Haltung nicht allzu sehr überraschen sollte, wenn man bei Pierre M. Gallois liest, dass General Dwight D. Eisenhower 1953 sagte, die Vereinigten Staaten seien durch höhere Bestimmung dazu ausersehen, die Welt zu führen.

Anführer verwenden religiös-politische Codes, um die Bevölkerung zu mobilisieren, und dieser Winkelzug erweist sich immer wieder als recht effektiv. Machiavelli unterstreicht, wie wichtig es sei, bei den Truppen die Furcht und den Respekt vor der Religion zu wahren. So zeigten sich die Soldaten gehorsamer, da ihnen nicht nur von Menschen auferlegte Strafen drohten, sondern auch jene der Götter. De Marenches vertritt die Meinung, motivierte Einzelkämpfer seien das beste Waffensystem, und nichts schaffe stärkere Motivation als religiöser Fanatismus. Der Grundgedanke verheißt, dass eine ewige Macht dem beisteht, der keine Angst hat zu sterben.

So sehen es auch die aktuellen salafistisch-dschihadistischen Gruppierungen, die ihre Anhänger immer wieder zum Krieg gegen die Ungläubigen und Gottlosen auffordern, wobei sich ihre geopolitischen Ambitionen auf vage und kaum zu realisierende Ziele beschränken. Man darf dabei nicht aus dem Blick verlieren, dass der Diskurs der Dschihadisten derselbe ist, den

zur Zeit der Kreuzzüge die christlichen Templer im Mund führten. Man müsse die Ungläubigen töten, »weil es Gottes Wille ist«, man werde das Paradies und die Vergebung der Sünden erlangen, wenn man im Kampf mit den Ungläubigen sterbe, die heiligen Orte zurückerobere und so weiter.

Im Übrigen ist der Streit zwischen unterschiedlichen Glaubensrichtungen, auch wenn er in den letzten Jahren stark zugenommen hat, nicht der Hauptgrund für die Gespaltenheit des Nahen und Mittleren Ostens - und er war es auch nie. Im Jemen beispielsweise herrscht kein religiöser Konflikt im eigentlichen Sinn, wenngleich die Differenzen zwischen Sunniten und Schiiten dazu benutzt werden, Unterstützung von außen und Interventionen zu rechtfertigen. Tatsächlich stoßen dort nämlich die geopolitischen Interessen und Führungsansprüche zweier Regionalmächte aufeinander: Saudi-Arabien und Iran.

Der Dschihad als Anstoß zum Kampf

Ein dem Propheten Mohammed zugeschriebener Hadith, den er bei seiner Rückkehr nach Medina im Gefolge der Schlacht von Badr (624 n. Chr.) ausgesprochen haben soll, lautet: »Nun sind wir vom kleinen Dschihad zum großen Dschihad zurückgekehrt.« Er bezieht sich dabei auf den inneren Kampf um die Reinigung des Ichs. Das arabische Wort Dschihad bedeutet wörtlich »Anstrengung« und hat in der islamischen Tradition eine doppelte Bedeutung, eine religiöse und eine militärische: den Kampf gegen die niederen Leidenschaften wie Jähzorn oder Hochmut und die Verteidigung gegen äußere Angriffe. Diese doppelte Bedeutung wurde im Mittelalter überwunden, als verschiedene Arten von Heiligem Krieg benannt wurden, die unterschiedlichen Interpretationen von Mohammeds Aussagen

folgen: der des Herzens, das von jeder Emotion gereinigt werden soll, die nicht den Lehren Allahs folgt; jener der Zunge, die gerechte Gesetze und Meinungen vertreten und leeres Gerede unterlassen soll, um unnötige Konflikte zu vermeiden; der der Hand, die Zwang ausübt, wenn es darum geht, Verbrechen zu verhindern; der des Geldes, das einen ökonomischen Beitrag für die Gemeinschaft und die Unterstützung Bedürftiger leistet; der der Predigt, die auf friedliche Weise die Lehren des Islams verbreitet; und der des Schwerts, unter den alle bewaffneten Aktionen subsumiert sind, die die Existenz des Islam garantieren und islamische Länder vor Angriffen schützen sollen.

Dieses letzte Konzept ist das umstrittenste von allen, da es aufgrund interessengeleiteter Auslegungen Anreiz zu politischen Eroberungszügen bietet. Es hat dafür gesorgt, dass der Dschihad ähnliche Konnotationen wie der Begriff des »Heiligen Kriegs« wachruft, der im Westen die Kreuzzüge und ihren Zweck rechtfertigen sollte: das Heilige Land zurückzugewinnen und in Spanien die Rückeroberung der Gebiete, die der Christenheit von den Sarazenen entrissen worden waren.

Als Mohammed im Jahr 632 starb, beriefen sich die ihm nachfolgenden Kalifen auf den Dschihad als einheitsstiftenden Faktor zwischen den verschiedenen Stammesgruppen. Sie fanden in dieser auf religiöse Gefühle gestützten Praxis eine Möglichkeit, die Aggressivität der Stämme zu kanalisieren, deren Truppen als Teilnehmer in einem Heiligen Krieg zu Mudschaheddin wurden, zu Kämpfern des Dschihad. Zudem hatte der religiöse Eifer auch eine praktische Komponente, da es bei der Expansion des Glaubens erlaubt war, durch Verteilung der auf den Feldzügen gemachten Beute wirtschaftlich zu prosperieren. Zusammen mit einer Zurückhaltung gegenüber dem Grundbesitz der Eroberten und einer Toleranz gegenüber anderen monotheistischen Religionen, die lediglich einer Tributpflicht unterworfen wurden,

trug das dazu bei, dass die neue Doktrin an unterschiedlichen Orten rasch Fuß fassen konnte.

Im Lauf der Geschichte wurde der Dschihad bei einer Vielzahl von Gelegenheiten ausgerufen. Als Russland Ende des 19. Jahrhunderts die gemeinsame christliche Identität mit dem armenischen Volk zu instrumentalisieren suchte, um dieses gegen die Türken aufzubringen, benutzten die Osmanen die Solidaritätsempfindungen der Muslime, um zum Dschihad gegen Russland aufzurufen. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs erklärte der osmanische Sultan den Alliierten den Dschihad, um einen Aufstand der muslimischen Bevölkerung in den französischen Kolonien in Nordafrika, den britischen in Indien und Ägypten sowie den russischen im Kaukasus und in Zentralasien zu bewirken.

In Afrika ist es immer wieder vorgekommen, dass die jeweiligen Machthaber den Dschihad mit dem materialistischen Ziel ausriefen, die wichtigsten Durchgangsorte in der Wüste und beim Warenverkehr in die Hand zu bekommen, womit sie eine außerordentliche Motivation bei ihren Kämpfern erreichten, die sich ja nun für den Glauben einsetzten. Ein Beispiel dafür ist das Kalifat von Sokoto, das 1809 während des fulbischen Dschihad gegründet wurde.

Auch während der ersten Tuareg-Rebellion (1916/17) wurde ein Dschihad gegen die Franzosen ausgerufen, dessen wahres Motiv darin bestand, die ausländischen Invasoren aus dem Land zu jagen. Im Bosnienkrieg kam es ebenfalls zum Versuch, einen Dschihad zu erklären. Der Zulauf blieb allerdings weit hinter den Erwartungen zurück und hatte keineswegs globale Reichweite. Für den bislang letzten Aufruf zum weltweiten Dschihad zeichnet der selbst ernannte Islamische Staat (IS) in Syrien und im Irak verantwortlich. Obwohl es dessen Vertretern gelang, Tausende von Kämpfern anzuziehen, hatten auch sie nicht den erwarteten Erfolg.

Seit Mohammed seine Hidschra aufnahm, den Marsch von Mekka nach Medina im Jahr 622, stützt sich der kämpferische Dschihad zur Verteidigung des Islam auf eine Struktur, in der sechs unterschiedliche menschliche Gruppen im Einklang handeln: die politische Führung, die Priesterschaft, die Gebildeten, das fromme Bürgertum, die Benachteiligten und die Fanatiker.

Wollte man den Ablauf mit der Errichtung eines Gebäudes vergleichen, so sind die Anführer diejenigen, die den Gedanken gefasst haben, und die Antreiber des Werks. Innerhalb der Gruppe der Religiösen sind die Imame dafür zuständig, Ideen zu verbreiten, und werden damit zum Mörtel, zum Bindeglied zwischen den Mächtigen und den Arbeitern. Sie machen das Bauvorhaben publik. Den Ulemas kommt die Entscheidung zu, was von der Religion her angemessen ist, sozusagen als Verantwortliche für Qualitätskontrolle. Die Gebildeten geben den Ideen Form und Konsistenz, erweitern sie und machen sie für die einfachen Leute verständlich. Sie sind die Architekten am Bau. Damit das Vorhaben umgesetzt werden kann, steuert das Bürgertum Geld bei und ist somit das Äquivalent des Bauherrn. Die Benachteiligten wiederum errichten den Dschihad wie Hilfsarbeiter und Maurer. Schließlich sind die Fanatiker als Wachsoldaten am Bau für Ordnungsmaßnahmen zuständig, gegebenenfalls auch unter Einsatz von Gewalt.

Der Dschihad verfolgt eine gesellschaftliche und politische Revolution, einen Umsturz der sozialen Verhältnisse, der Politik und Religion zu einem Ganzen verschmelzen will. Dieser Prozess der Islamisierung und Radikalisierung der Gesellschaft ist seit jeher ein gängiger Mechanismus, wenn es in der muslimischen Welt darum geht, sich Macht zu verschaffen oder sie zu erhalten. Dabei wird, ohne zu zögern, zu militärischen Mitteln

gegriffen, ob im Inneren des Landes oder nach außen, sobald dies als notwendig angesehen wird. Die Idee ist keineswegs neu, findet sich doch die erste Darstellung des Dschihad als Krieg gegen die Ungläubigen, definiert als all jene, die sich dem fundamentalistisch-integristischen Projekt widersetzen, schon im 8. Jahrhundert bei asch-Schaibani. Später wurde sie von Averroes in seiner Abhandlung *Dschihad* von 1168 weiterentwickelt.

Genauer gesagt, setzt der beschriebene Prozess dort ein, wo die führenden Klassen aus religiösen und historischen Gründen, die sich mit politisch-nationalistischen, geopolitischen und ökonomischen Zielsetzungen verbinden, zu der Entscheidung gelangen, die übrigen sozialen Schichten zur Erreichung ihrer Ziele einzusetzen, indem sie den Dschihad ausrufen. Manchmal werden die politischen Anführer dabei auch durch andere Mächte oder Organisationen von außen beeinflusst und manipuliert.

Bei diesem Prozess spielen die Imame und Ulemas eine grundlegende Rolle. Wenn sie einen rigoristischen Islam predigen, sei es aus Überzeugung oder um der herrschenden Klasse zu Willen zu sein, verbreiten sie im Volk radikale Ideen. Speziell die Imame als Anleiter des Gebets sind hier die wichtigsten Verantwortlichen. Die Ulemas wiederum sind aufgrund ihrer Entscheidungsgewalt darüber, was als mit dem Islam vereinbar gelten darf und was nicht, die Hüter der spirituellen Reinheit.

Die gebildete Schicht wiederum setzt sich aus Menschen zusammen, die häufig studiert haben, aber trotz ihrer Ausbildung und ihrer breiten Kompetenz in der Gesellschaft - vor allem in der Arbeitswelt - nicht den Grad an Anerkennung erreicht haben, den ihre Qualifikationen und ihr Prestige erwarten ließen. Das schlägt sich in Frustration nieder, und der Dschihad wird für sie angesichts der Unmöglichkeit sozialen Aufstiegs zu einem klassenkämpferischen Projekt. Auch das ist nichts Neues:

Schon Mohammed bediente sich der Gebildeten, denen er die Aufgabe erteilte, die Botschaften auswendig zu lernen, die er von Allah durch den Erzengel Gabriel erhielt - die ersten im Jahr 610 im Alter von vierzig Jahren und weitere bis zu seinem Tod im Jahr 632. Anschließend ließ er die Botschaften aufschreiben, denn er selbst war Analphabet.

Im Nahen und Mittleren Osten sowie im Maghreb fehlt es nicht an jungen Leuten, die zur Erfüllung einer solchen Aufgabe bereit sind. In Tunesien, einem Land mit 10 Millionen Einwohnern, aus dem sich etwa siebentausend Menschen in Syrien und im Irak dem Islamischen Staat anschlossen, haben nach Schätzungen 40 Prozent der mutmaßlichen Dschihadisten eine Universität besucht. Die Frustration unter der tunesischen Jugend ist ausgesprochen hoch, da den jungen Leuten keine Zukunft in Aussicht steht, die sie für ihre Bildungsanstrengungen entschädigen würde. Die verfügbaren Arbeitsplätze sind bereits von existierenden Eliten besetzt, weitere sind schlichtweg nicht vorhanden. (Die Arbeitslosenquote in den betreffenden Ländern ist eine der weltweit höchsten, sie erreicht unter Jugendlichen bis zu 60 Prozent.) Auch die Verdienstmöglichkeiten fallen denkbar gering aus. Vieles davon traf auf Mohamed Bouazizi zu, den jungen Mann, der sich im Dezember 2010 in Tunesien öffentlich verbrannte und damit die Revolutionen in der arabischen Welt auslöste. Er hatte sich als Obstverkäufer auf der Straße durchschlagen müssen.

Die Mittel für das Bauwerk und die Arbeiterunterkünfte kommen von den Angehörigen des frommen Bürgertums. Als gut ausgebildete, ideologisch stark motivierte Vertreter der konservativen Mittelschicht - zum Teil auch als echte Fanatiker - schließen sie sich islamistischen Bewegungen aus religiösen Gründen an, getrieben von der Sorge, die ihnen das Eindringen westlicher Werte in ihre Gesellschaft bereitet. Es sei daran

erinnert, dass sich der Prophet zu Beginn auf reiche Gefolgsleute stützte, die ihm Schutz boten und seine Botschaft zu verbreiten halfen.

Die militante Basis bilden die Benachteiligten. Sie stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung, als Maurer und andere Handwerker, die dem Gebäude seine endgültige Form geben. Menschen ohne Besitz und ohne Zukunft, die keinerlei staatliche Hilfe erhalten und sich daher an wohltätige islamische Organisationen wenden. (Die Hamas oder die Hisbollah zum Beispiel bieten denen, die sich ihnen anschließen, ein besseres soziales Auffangnetz als der Staat.) Sie sind die leicht zu manipulierenden Bauern auf dem Schachbrett, stets bereit zur Revolution. Eingefangen werden sie durch Aufrufe zum Kampf gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung, für den gesellschaftlichen Wandel, eine neue Ordnung, die ihnen günstigere Bedingungen bietet, einen Ausweg aus einem Leben im Elend. Ihre tatsächliche oder gefühlte Marginalisierung bringt sie dazu, nach anderen Wegen zu suchen, die ihrem Leben, das oft völlig aus dem Ruder gelaufen ist, einen Sinn verleiht. Die Mischung aus Klassenkampf, politisch-gesellschaftlicher Revolution und religiösem Eifer macht sie empfänglich für einen Aufruf zum Handeln. Mohammed wandte sich in seiner Frühzeit in Mekka an die Armen und Versklavten, indem er ihnen eine neue soziale Ordnung und eine rosige Zukunft versprach.

Eine solche Situation findet man nicht nur in Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung vor. Auch in den Vororten einiger europäischer Großstädte, in denen sich Tausende von Jugendlichen trotz großzügiger sozialer Unterstützung an den Rand gedrängt fühlen, frustriert, abgehängt von einer Gesellschaft, von der sie, ihre Eltern oder Großeltern aufgenommen wurden, mit der sie sich aber nicht identifizieren. Das macht sie zu leichten Opfern all jener, die sie für vorgeblich

religiöse Ziele einspannen wollen, hinter denen sich andere, weit weniger hehre Zwecke verbergen. Manchmal lassen sie sich für den Salafismus einfangen und radikalisieren sich unter dem Einfluss von Rattenfängern aus Deckorganisationen, die von den Golfstaaten finanziert werden - darunter die Islamische Weltliga, die Wohltätigkeitsstiftung Shaykh Eid und die Gesellschaft zur Wiederbelebung des Islamischen Erbes.

Bleiben noch die Fanatiker. Reizbare, exaltierte Gestalten aus den unterschiedlichen sozialen Schichten, wie es sie in jeder Religion gibt - von der Richtigkeit ihrer Sache zutiefst überzeugt und von reinem religiösem Eifer getrieben. Im Glauben, ihre Religion um jeden Preis verteidigen zu müssen, sei es auch unter Einsatz ihres Lebens, zögern sie nicht, sich in jedwede Abenteuer zu stürzen, bis hin zum Selbstmord. Ihr Glaube ist für sie das Wichtigste überhaupt. Die sozioökonomischen Bedingungen in Ländern mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit mögen sich noch so sehr verbessern (was nicht notwendigerweise das Aufpfropfen einer Demokratie westlichen Zuschnitts bedeutet), es wird immer Fanatiker geben, die rein religiöse Ziele verfolgen, in eine glorreiche Vergangenheit zurückstreben oder die Anwendung einer extremen, rigoristischen Sicht des Islam auf alle Bereiche des menschlichen Lebens im Auge haben.

Die Kreuzzüge als christlicher Dschihad

Die vier Kreuzzüge von Ende des 11. bis ins 13. Jahrhundert folgten einer Reihe von Motiven, darunter - zweifellos an erster Stelle - religiöse, aber auch politische, gesellschaftliche und ökonomische Faktoren. Religiöser Eifer trieb Tausende Menschen dazu, sich den Kreuzzügen anzuschließen, und die Feudalherren

nutzten das, um die Ungläubigen und andere Gruppen zu bekämpfen, die den Interessen des Papsttums entgegenstanden. So sollten sich neue Handelsrouten öffnen, die den Warenaustausch mit dem Orient ermöglichen würden (darunter ein Landweg nach Indien, der sogar bis nach China führen konnte). Solange die Handelswege unter muslimischer Kontrolle standen, war das ausgeschlossen. Dass die einzelnen Kreuzfahrer dem Ruf zu den Waffen Folge leisteten, hatte neben dem Glauben und der Gier nach Ruhm auch wirtschaftliche Ursachen. Die Aussicht auf sozialen Aufstieg spielte für sie eine wichtige Rolle, kamen die meisten doch aus der Unterschicht - auch wenn sich in der kollektiven Vorstellung das Bild eines großen Ritters mit Rüstung hält - und hofften, Reichtümer und Land zu erringen, wie die Anwerber es ihnen versprachen.

Die Geschichte dieses mystisch-militärischen Abenteuers hängt auch mit der unablässigen Ausdehnung des Islam in seiner Frühzeit zusammen. Schon im Jahr 638 hatten die Muslime Jerusalem erobert. Mitte des 11. Jahrhunderts entwarf dann Papst Gregor VI. eine Kampagne zum Beistand für christliche Pilger ins Heilige Land. Weiterentwickelt wurde der Gedanke von seinem Nachfolger Urban II., der allerdings den religiösen Motiven geopolitische Erwägungen hinzufügte: Er konzipierte den Kreuzzug nicht etwa als Unterstützung für den Kaiser in Konstantinopel, sondern behielt sich die alleinige spirituelle Leitung des Unternehmens vor.

Urban II., der die Rückgewinnung Jerusalems durch die Kreuzfahrer nicht mehr erleben sollte - er starb zwei Wochen vor Abschluss des Unternehmens -, legte eine gelungene Mischung aus religiösem Eifer und militärischen Taktiken an den Tag, die hervorragende Ergebnisse zeitigte. Das fiel auch einem alten muslimischen Geistlichen in Damaskus auf, der angesichts der Eroberung Antiochias durch die Kreuzfahrer vorhersagte, keine

Stadt in Syrien werde stark genug sein, um dem Ansturm der Christen zu widerstehen. Das Einzige, was sie seines Erachtens aufhalten könnte, war eine entgegengerichtete Kraft, die einem ähnlichen Impuls folgte: der Kampf, zu dem jeder Muslim verpflichtet war, der Kampf zur Verteidigung der islamischen Länder und Gläubigen, der Dschihad.

Im Lauf der folgenden Jahre und Jahrhunderte sollte das Heilige Land noch häufig zum Schauplatz für Konflikte im Namen der Religion werden, der christlichen wie der muslimischen. Unter der Fahne des Glaubens verbanden sich, auch wenn die religiösen Gefühle der Beteiligten aufrichtig sein mochten, spirituelle wie materielle Interessen zum islamischen Dschihad oder zum christlichen Heiligen Krieg.

Aus der Verbindung von religiösem Eifer und bewaffnetem Kampf entstanden religiöse Orden, sozusagen christliche Mudschaheddin. Ein exemplarisches Beispiel für diese aktive und spirituelle Militanz sind die Templer (mit lateinischem Namen Pauperes commilitones Christi Templique Salomonici). Dieser neue Orden, der sich gleichermaßen militärischen wie religiösen Zielen verschrieben hatte, benötigte einen ideologischen Überbau, um etwaige Zweifel derer zu entkräften, die im Namen der Religion des Kreuzes das Schwert nehmen sollten. Immerhin hatte die Frühkirche eine pazifistische Lehre vertreten. Um dieses Hindernis aus dem Weg zu schaffen, griff man das Konzept des gerechten Krieges wieder auf.

Im Jahr 1128 erteilte der König von Jerusalem, Balduin II., dem bewusst war, welche Vorteile der Einsatz asketischer Kriegermönche im Kampf bedeuten konnte, Hugo von Payens den Auftrag, in ganz Europa Männer anzuwerben, die die Reihen des Templerordens füllen sollten, und Nachschub für das Heilige Land zu organisieren. Payens, der erste Großmeister der Templer, vertrat die Ansicht, Sünde und Schuld lägen nicht in

der eigentlichen Tat, sondern in der Absicht, mit der sie vollbracht würden; wer einem Feind das Leben nehme, sündige also, sofern Hass seine Tat befeuere, nicht aber, wenn er dabei reinen Geistes sei. Auf Payens' Anregung hin verfasste der heilige Bernhard von Clairvaux, Abt eines Zisterzienserklosters, zwischen 1126 und 1129 ein Werk, das zum Rückgrat des Templerideals werden sollte, *De laude novae militiae* (Vom Lob des neuen Rittertums). Der heilige Bernhard gab darin die Gründe für einen heiligen Krieg an und rechtfertigte Gewalt gegen Ungläubige:

Ein Ritter Christi, sage ich, tötet mit gutem Gewissen, noch ruhiger stirbt er. Wenn er stirbt, nützt er sich selber, wenn er tötet, nützt er Christus. Denn der Tod, den man für Christus erleidet oder verursacht, trägt keine Schuld an sich und verdient größten Ruhm. Nun aber ist es besser, dass [die Heiden] beseitigt werden, als dass das Zepter des Frevels auf dem Erbland der Gerechten lasten soll; alle sollen aus der Stadt des Herrn ausgerottet werden, die Unrecht tun. Sie arbeiten daran, die in Jerusalem niedergelegten unschätzbaren Reichtümer des christlichen Volkes zu rauben, das Heiligtum zu schänden und den heiligen Tempel Gottes in Besitz zu nehmen.

Im Lauf der Jahrhunderte mussten die Kriegermönche dem Gegendruck der Muslime weichen. In deren Reihen waren einige Anführer aufgekommen, die mit enormem religiösem Eifer die Truppen dazu anspornten, die christlichen »Ungläubigen« aus den Ländern zu vertreiben, welche sie in einer Neuinterpretation des Kreuzfahrerideals als dem Islam zugehörig sahen. Unter ihnen stach ein Kurde namens Salah ad-Din Yusuf hervor, dessen Ruf sich im Orient wie im Westen verbreitete, wo er unter dem Namen Saladin bekannt wurde. Die wichtigsten

spirituellen Einflüsse dieses muslimischen Anführers stammten von Nur al-Din, der Syrien mehr als drei Jahrzehnte lang regiert hatte und dessen Lehren die Grundlage für seinen tiefen religiösen Eifer bildeten. Nur al-Din hatte seine Religiosität auf die Spitze getrieben und die Meinung geäußert, die Nachfolge des Propheten solle bis in die kleinsten Einzelheiten reichen. Das strikte Befolgen der Glaubenssätze hatte ihm als wirkungsvolles politisches Mittel gedient: Seine übertriebene Frömmigkeit machte ihn beliebt beim einfachen Volk. Ironischerweise unterschied sich die von Nur al-Din verwendete Methode nicht übermäßig von dem, was Urban II. 1095 propagiert hatte, um zur Rückeroberung des Heiligen Lands aufzurufen. Die weiteren Ereignisse deuten darauf hin, dass beide mit diesem Konzept Erfolg hatten.

Die Religion als Auslöser des Krimkriegs

Der Krimkrieg (1853-1856) entzündete sich an einer geopolitischen Frage - der Kontrolle der Route vom Schwarzen Meer ins Mittelmeer die sich als religiöses Problem tarnte: die Verteidigung der christlichen Gemeinden im unter osmanischer Herrschaft stehenden Jerusalem. Um diese Ziele zu erreichen, schwang sich Zar Nikolaus I. zum Verteidiger der orthodoxen Christen in den strategisch wichtigen Territorien auf, die von den Osmanen beherrscht wurden. Diese wiederum sahen ihre Souveränität direkt betroffen und widersetzten sich entschieden, was dazu führte, dass Russland auf dem Balkan einmarschierte. So nahmen die Auseinandersetzungen am Schwarzen Meer ihren Lauf.

Gleich mehrfach wurden in der jüngeren Geschichte die nordkaukasischen Muslime für geopolitische Interessen eingespannt. Der Kaukasus, im Südosten des europäischen Kontinents zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer gelegen, ist als Tor zwischen Europa und Asien von geostrategischer Bedeutung. Russlands Kampf um diese Region geht bis auf die Zeit des Zaren Peter des Großen zurück, der im 18. Jahrhundert im Kaukasus einmarschierte, um das Gebiet dem Zugriff des Osmanischen Reichs zu entziehen. Seither ist es ein Quell ewiger Konflikte, geschürt von Mächten, die religiöse Differenzen ausschlachten, um ihre Interessen in der Region zu verfolgen.

So nährten im 19. Jahrhundert sowohl das Osmanische als auch das Britische Reich den Konflikt zwischen den orthodoxen Christen und dem Islam. Londons Hauptinteresse bestand darin, zu verhindern oder wenigstens zu erschweren, dass sich Russland bis ans Mittelmeer und an den Indischen Ozean ausdehnte oder ins strategisch wichtige Persien: Hätten die Russen ihr Ziel erreicht, so wäre die damals lebenswichtige Arterie zwischen Indien und Europa ernsthaft gefährdet gewesen. Für Istanbul hingegen stellte die vollständige Islamisierung des Kaukasus ein Schlüsselelement in dem Traum dar - der bis in die letzten Tage des Reichs verfolgt wurde -, seinen Einfluss nach Zentralasien auszudehnen, bis nach Xinjiang, also nach China.

Während des Zweiten Weltkriegs hatte auch Deutschland Interessen in der Region. Eine Vormachtstellung im Kaukasus bedeutete den unmittelbaren Zugang zu den Ölquellen von Baku und die Möglichkeit, weiter in den Iran zu expandieren, der ob seiner strategischen geografischen Lage und seiner Energiereserven immer ein lohnendes Ziel darstellte. Berlin versuchte sogar, die Türkei dazu zu bewegen, sich an der Eroberung der Region

zu beteiligen. Hitler entwarf einen Plan, der die Unabhängigkeit der kaukasischen Nationen herbeiführen und ermöglichen sollte, dass die kampferprobten Männer, die seit jeher diese Weltgegend bevölkerten, an Deutschlands Seite gegen die Alliierten und die Sowjetunion kämpften. Das hätte ihm den Zugriff auf die Erdölreserven des Kaukasus verschafft und die strategische Umklammerung Britisch-Indiens abgeschlossen (den anderen Teil der Klammer sollte Japan herstellen). Vor diesem Hintergrund verzeichneten die deutschen Geheimdienste gewisse Erfolge durch die Unterstützung muslimischer Gruppen im Nordkaukasus, die mit Moskau verfeindet waren. Es gelang ihnen sogar, einige Mitglieder für die Wehrmacht zu rekrutieren.

Stalin, der einen von Berlin geförderten allgemeinen Aufstand fürchtete, ließ zwischen November 1943 und März 1944 ganze Völker - insgesamt über anderthalb Millionen nordkaukasische Muslime - nach Zentralasien deportieren, und zwar ohne Ausnahmen. Selbst die große Mehrheit, die in der Roten Armee kämpfte, blieb nicht verschont. Mindestens die Hälfte der Männer, Frauen und Kinder starb unterwegs an Typhus. Obwohl Chruschtschow den Deportierten 1956 erlaubte, nach Hause zurückzukehren, entstand ein tief verwurzelter Hass auf alles Russische, der sich seitdem in der Seele der nordkaukasischen Muslime gehalten hat.

Bis auf den heutigen Tag ist dieser Teil der Welt ein Pulverfass, das sowohl Russland als auch die Vereinigten Staaten aus ökonomischen und geostrategischen Gründen für ihre Interessen als wesentlich ansehen. Nicht nur wegen der geografischen Position zwischen Europa und Asien, sondern auch weil es sich um eine Region handelt, die reich an fossilen Brennstoffen und Uranvorkommen ist.

Da die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs lange nachwirkte, hat der Kreml immer gefürchtet, dass Washington die Insta-

bilität dieser konfliktreichen Region ausnutzen könnte, um sein strategisches Ziel zu erreichen: Moskau an der ersehnten Expansion nach Süden zu hindern, in Gegenden, die es als seine eigenen betrachtet. Die Kontrolle über diese Gegend zu verlieren, würde Russland außerdem anfällig für Versuche machen, seine wichtigsten Energieversorgungslinien abzuschneiden. Sicherlich ist das der Grund dafür, dass die Russen das verwestlichte Georgien verdächtigen, gewisse muslimische Gruppen im Nordkaukasus zu unterstützen, die mit Moskau im Clinch liegen.

Sogar die Bedingungslosigkeit, mit der Russland den Iran bei der Entwicklung seines nuklearen Potenzials unterstützt hat, lässt sich möglicherweise aus der Angst erklären, Teheran könnte eine Abwendung seines Verbündeten durch Unterstützung der Mudschaheddin im Nordkaukasus beantworten, wovon bisher jedoch abgesehen wurde.

Der Bagdad-Pakt

Am 24. Februar 1955 wurde die Gründung der Central Organization (CENTO) vollzogen, die als Bagdad-Pakt besser bekannt ist. Den Gründungsländern Irak und Türkei schlossen sich wenig später der Iran, Großbritannien und Pakistan an. Vom ersten Augenblick an konnte die CENTO auf die militärische und ökonomische Unterstützung des Weißen Hauses zählen und über die Türkei als Bindeglied zwischen beiden Organisationen auch auf die Hilfe des Atlantischen Bündnisses.

Washington und London hatten das Verteidigungsbündnis initiiert, wobei die Vereinigten Staaten im Hintergrund geblieben waren und sich nicht aktiv beteiligt hatten, um Animositäten in einigen arabischen Ländern zu vermeiden, zu denen die

Beziehungen noch von Misstrauen geprägt waren. Also traten die USA 1958 lediglich dem Militärkomitee der CENTO bei.

Das wahre Ziel der Vereinigten Staaten und der NATO bestand darin, über die CENTO ein Militärbündnis aufzubauen, das die Expansion der Sowjetunion in diesem Teil der Welt aufhalten könnte. Die USA, Großbritannien und der Atlantikpakt bedienten sich des religiösen Eifers in den muslimischen Mitgliedsstaaten des Bagdad-Pakts, um die aggressive Einmischungspolitik der »gottlosen« Sowjets einzudämmen. Die Sowjets hatten in den betreffenden Ländern vor allem die wenig ausgeprägte soziale Gerechtigkeit angesprochen.[68]

Obwohl man versucht hatte, eine Art Religionskrieg zwischen den Muslimen und den ungläubigen Kommunisten anzuzetteln, ließ sich die russische Präsenz in der Region nicht eindämmen. Vielmehr vergrößerten die Sowjets ihren Einfluss in Ägypten, im Irak, in Libyen, Syrien, Somalia und Jemen, richteten Marinebasen ein und stationierten Tausende von Soldaten.

Merkwürdigerweise herrscht gerade in diesen Ländern gegenwärtig wieder höchste Instabilität. Vielleicht durchleben sie ja ein weiteres Mal jene Jahre des Kalten Krieges, und diejenigen, die damals das Spiel verloren, rächen sich für die erlittene Niederlage und trachten danach, die Länder zurückzuholen, die ihnen die Sowjets abspenstig gemacht hatten. Sollte es sich so verhalten, wäre es ein erneutes Spiel mit dem religiösen Eifer - speziell dem der sunnitischen Muslime unter Führung Saudi-Arabiens und der Türkei -, das darauf abzielte, die letzten Spuren jener Epoche der Anspannung aus der Region und besonders aus Syrien zu tilgen, den Einfluss des heutigen Russlands. Gleichzeitig würde auf diese Weise verhindert, dass die wieder erstarkte Großmacht in Libyen oder Ägypten Fuß fassen kann. Schließlich ist das Spiel der Mächte dasselbe geblieben: sich in diesem wichtigen Teil der Welt möglichst großen Einfluss zu verschaffen.

Doch die Strategie des religiösen Eifers ist sehr problematisch: Wer dieses Monster von der Kette lässt, riskiert, dass es sich am Ende gegen seinen Schöpfer wendet, wie man es schon manches Mal erlebt hat.

Afghanistan: der Aufruf zum weltweiten Dschihad

Die Breschnew-Doktrin, die militärische Interventionen vorsah, falls verbündete sozialistische Regime in Schwierigkeiten gerieten, diente als offizielle Begründung dafür, dass die Sowjetunion 1979 zur Verteidigung des afghanischen Volks im Land einmarschierte: Es galt in Anwendung des Vertrags mit Afghanistan für Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit, der im Vorjahr unterzeichnet worden war, die imperialistische Aggression zu stoppen.

Die Entscheidung der Sowjets war gewiss auch durch den Ausbruch der Islamischen Revolution im Iran unter Führung Ajatollah Chomeinis bestimmt worden: Sie sahen die Gefahr, dass der islamische Eifer des iranischen Anführers die südlichen Republiken der UdSSR mitbetreffen könnte, in denen eine Bevölkerungsmehrheit muslimischen Glaubens ist. Die Intervention in Afghanistan hatte daher auch den Zweck, am Hindukusch eine Barriere gegen die Ausbreitung des Islamismus in Richtung Sowjetunion zu errichten.

Die afghanische Gesellschaft war von tiefen Unterschieden zwischen den großen Städten und den ländlichen Regionen geprägt. In ersteren lebte eine fortschrittliche Gesellschaft, während letztere als rückständig galten. Dieser Unterschied wurde durch die sowjetische Bildungspolitik und die größere Teilhabe von Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen noch vertieft. 1988 waren um die 50 Prozent der Studenten und

18 Prozent der Staatsangestellten weiblichen Geschlechts. Diese Entwicklung wurde von den Mudschaheddin als sündhaft eingestuft, und sie nutzten sie, um die eigenen radikalen Vorstellungen zu verbreiten und zu stärken.

So kam es in weiten Landesteilen zu einem Guerillakrieg, der durch die schwierige Topografie Afghanistans begünstigt wurde. Gegenüber anderen Bewegungen, die an verschiedenen Orten der Welt auf eine militärische Besatzung reagierten, zeichneten sich die Mudschaheddin durch gewisse Eigenheiten aus. Ihnen fehlte eine eindeutige Führung, und sie zielten auch nicht auf die Errichtung eines neuen Gesellschaftsmodells ab, das ihren Kampf gestützt hätte. Der Hauptmotor war ihr Wunsch, die alten Traditionen und ihre Vorstellung von Ehre aufrechtzuerhalten. Zwischen den unterschiedlichen Gruppen bestanden keine starken ideologischen Verbindungen, die Loyalität galt in erster Linie den regionalen Stammesführern. Der Faktor, der diese heterogenen Gruppen verband, war ihre glühende Verteidigung des islamischen Glaubens.

Die US-Regierung setzte ihre Eindämmungspolitik fort, die sie seit Beginn des Kalten Krieges betrieben hatte, um die Entwicklung der Sowjetunion zu hemmen und eine Ausdehnung ihrer Einflusssphäre zu verhindern. Nun also wurde mithilfe Saudi-Arabiens und Pakistans ein globaler Dschihad in Gang gesetzt, dem sich Zehntausende fanatische Kämpfer von überall auf der Welt anschlossen. Das Ergebnis war die wohlbekannte sowjetische Niederlage. Aber noch heute leiden wir an den Folgen der damaligen Aufstachelung des radikalen Islamismus, die höchstwahrscheinlich weiter andauern wird.

17. Einen Ausweg lassen

In seinem Werk *Die Kriegskunst* warnte Machiavelli davor, den Feind »zur äußersten Verzweiflung zu treiben«, da er sonst unberechenbar und gefährlich werde. Schließlich gebe es keinen schlimmeren Gegner als einen in die Enge getriebenen Bären. Hoffnungslosigkeit verleiht zusätzliche Kräfte. Machiavelli empfiehlt deshalb auch: »Wenn Hunger, oder ein anderes menschliches Bedürfnis, oder menschliche Not euren Feind zur äußersten Verzweiflung gebracht hat und er dadurch getrieben mit euch kämpfen will, bleibet in eurem Lager und vermeidet, so viel in eurer Macht steht, die Schlacht.«

Auch Länder und Völker, die sich von Auslöschung bedroht sehen und keinen Ausweg finden, verdoppeln ihre Entschlossenheit und ihren Einsatz. Die Maxime lässt sich also ebenso gut auf die internationalen Beziehungen und die Geopolitik anwenden: Lass dem Gegner immer eine Tür offen, damit er nicht in völlige Verzweiflung stürzt.

Der Fehler von Norba

Was es bedeutet, keinen Ausweg zu haben, lässt sich aus lange zurückliegenden Ereignissen in der Stadt Norba erkennen, einer Ortschaft, die von einem Felsen aus die Pontinische Küstenebene in Latium, südöstlich von Rom, beherrschte. Die strategische Lage des Ortes an der Grenze zum Gebiet der Volsker hatte dazu geführt, dass Rom dort 492 v. Chr. eine Kolonie gründete. Nach der Niederlage der Volsker und jahrelangen Auseinandersetzungen mit der Hauptstadt des Imperiums hatte Norba auch während der sogenannten »Latinerkriege« eine ganze Reihe von Kämpfen durchzustehen. Das Ende von Norba,

das als Beispiel für die genannte Strategie dienen soll, kam allerdings erst während des Bürgerkriegs, der im ersten Jahrhundert vor Christus die römische Republik erschütterte.

83 v. Chr. marschierte der römische General Sulla, der eine Diktatur errichten wollte, mit einer mehr als 40 000 Mann starken Armee auf der italienischen Halbinsel ein. Bald verbreitete sich in der Bevölkerung die Nachricht vom Schicksal bereits eroberter Städte: Deren Bewohner waren entwaffnet und bestialisch ermordet, die Orte geplündert worden. Angesichts dieser düsteren Aussichten leisteten die Städte, die noch nicht gefallen waren, erbitterten Widerstand.

Das Besondere an Norba war sein Ende. Da den Bürgern beim Einmarsch von Sullas Truppen kein Ausweg blieb, wählten sie den Freitod und töteten sich gegenseitig, um wenigstens nicht dem Feind in die Hände zu fallen. Zudem legten sie die Stadt durch ein Feuer in Schutt und Asche, damit der Gegner weder Beute noch Rache bekam. Nichts blieb den Siegern von der großen Menge an Schätzen, die man in Norba angesammelt hatte. Am Ende verlor die Stadt - trotz Sullas Bemühungen um einen Wiederaufbau - ihren geostrategischen Nutzen; Plinius der Ältere bezeichnet sie als verlassen. Hätte sich den Bürgern ein Ausweg geboten, so hätte sich die Stadt vielleicht ergeben, und ihr strategischer Wert wäre erhalten geblieben. Gewiss wäre es wesentlich gewinnbringender gewesen, ihren Bewohnern eine würdige Niederlage zu ermöglichen. So wie es Rom bei der Eroberung anderer Städte getan hatte, denen, sofern sie kapitulierten, Rechte zugesprochen und ihr Land gelassen wurde, gegen Tributzahlungen, Soldaten und das Versprechen von Bündnishilfe.

Numantia, das historische Beispiel par excellence

Hätten führende römische Politiker im zweiten Buch der *Kriegskunst* von Sun Bin, einem chinesischen Strategen aus dem 4. Jahrhundert v. Chr., die Passage gelesen, in der er empfiehlt, Verzweifelte nicht anzugreifen, sondern zu warten, bis sie einen Weg zum Überleben finden, sie hätten den Widerstand der iberischen Stadt Numantia gewiss nicht unnötig herausgefordert. So aber wurde »numantinischer Widerstand« im Spanischen sprichwörtlich. Er steht für die beharrliche Gegenwehr eines Menschen, der selbst unter prekären Bedingungen auf seiner Position beharrt.

Die Reste dieser keltiberischen Stadt liegen heute in der Nähe der nordspanischen Stadt Soria. Als im Sommer des Jahres 133 v. Chr. römische Truppen unter Publius Cornelius Scipio Aemilianus, dem »jüngeren Scipio«, Numantia belagerten, gingen die Bewohner der Stadt lieber in den Tod, als sich zu ergeben. Der Konflikt zwischen den mutigen Keltiberern und den Römern hatte eine lange Vorgeschichte: Angriffe Roms waren von den Einheimischen etwa zwanzig Jahre lang zurückgeschlagen worden. Um der Demütigung ihres Imperiums ein Ende zu setzen, beschloss der römische Senat, dieses unverschämte Volk aus dem Weg zu räumen. Also errichteten die Truppen einen Belagerungsring um Numantia, Gräben, Türme, Palisaden und Dämme, vervollständigt durch eine hohe, dicke, nahezu zehn Kilometer lange Mauer. Die in Abständen von etwa dreißig Metern aufgestellten Wachtürme waren mit Armbrüsten und Katapulten ausgestattet und wurden von Bogenschützen und Steinschleuderern bewacht. In sieben um die Stadt herum errichteten Lagern, die nicht zuletzt Hilfe durch benachbarte Stämme unterbinden sollten, warteten die Römer geduldig, wie sie es schon bei zahllosen Gelegenheiten getan hatten, bis die von Hunger

und Krankheiten geplagten Einwohner um Gnade bitten würden.

Die Belagerer, mehr als 60 000 Mann gegenüber 2500 Belagerten, wussten die Logik der militärischen Taktik auf ihrer Seite. Aber zu ihrer großen Überraschung mussten sie mit ansehen, wie die übergroße Mehrheit der Numantiner kollektiv Selbstmord beging, um sich dem Feind nicht ausliefern zu müssen. Ihre Verzweiflungstat wurde dadurch vollendet, dass die Bewohner Feuer legten, woraufhin die Stadt bis auf die Grundmauern niederbrannte.

Scipio blieb nur, seinen fruchtlosen Sieg mit einem Triumph auf den Straßen Roms zu feiern, bei dem er nur fünfzig gefangene Numantiner vorführen konnte. Die Besiegten aber wurden zur Legende.

Stellvertreterkriege als geopolitische Ventile

Auf der von immer größerer Komplexität bestimmten internationalen Bühne benötigt man »Ventile«, um die stets vorhandenen Unstimmigkeiten zwischen den Akteuren zu reduzieren und das Aufkommen einer Anspannung zu verhindern, die zu offenem Krieg führen könnte. Ein klassisches Beispiel für Ventile zur Lösung internationaler Spannungen sind die Stellvertreterkriege, die während des Kalten Krieges geführt wurden. Solche Auseinandersetzungen bestehen darin, dass zwei oder mehr Mächte ihren Konflikt über Dritte austragen, um eine unmittelbare Konfrontation zu vermeiden. Meistens sind nur private Militärunternehmen, Söldner oder Spione beteiligt, aber im Kalten Krieg kamen ganze Länder zum Einsatz. Beispiele sind der Korea- und der Vietnamkrieg, in denen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion für unterschiedliche Seiten Partei

ergriffen, denen sie Ressourcen zur Verfügung stellten, mit denen sie einen Krieg im nationalen Kontext gewinnen sollten. Tatsächlich steckte jedoch die geopolitische Agenda der beiden Supermächte dahinter, die so ihren Wettlauf um weltweite Vorherrschaft austrugen.

Korea und Vietnam boten Ventile, um eine direkte Auseinandersetzung zwischen zwei Atommächten zu vermeiden, die zur sicheren gegenseitigen Zerstörung geführt hätte. Im Zusammenspiel mit Bemühungen der Diplomatie, weiteren internationalen Entwicklungen und der Eigendynamik der Ereignisse im Inneren der Sowjetunion erlaubten diese Auswege sowohl Washington als auch Moskau, einem Endspiel zu entgehen, in dem eine Seite auf den roten Knopf gedrückt hätte.

Im gegenwärtigen politischen Kontext ist es nicht undenkbar, dass Nordkorea, im Würgegriff der internationalen Sanktionen und von allen Seiten unter Druck gesetzt, sich mit unerwarteten Aktionen Luft verschaffen will, wenn man dem Land einen gesichtswahrenden Ausweg verwehrt.

18. Die Macht der edlen Gesinnung

Die Strategie, edle Gesinnung zu instrumentalisieren, besteht darin, ganz nach den eigenen Wünschen zu handeln, ohne Misstrauen zu erregen, indem man sich auf ein gemeinsames Gutes oder auf gesellschaftlich akzeptierte Ideale beruft. Angemessen eingesetzt, erweist sich diese Strategie als subtilste und tyrannischste Form von Machtausübung: Sie unterwirft, ohne negative Reaktionen auszulösen, und unterjocht, ohne dass es zu Spannungen käme. Ihr Wesen ist, nie zu provozieren. Sollen andere schreien und klagen, die der Herrschaft unterliegen. Sie selbst legt weder Ärger noch Aggressivität an den Tag. Geschickte Strippenzieher verwenden diese Strategie, um ihre eigenen Zwecke zu verfolgen, da fremde Vorstellungen sie in Wirklichkeit nicht kümmern.

Die Macht der edlen Gesinnung stützt sich auf scheinbare Passivität und Toleranz und auf das maßlose Interesse, keine Konflikte aufkommen zu lassen, sondern alles für einen friedlichen Ablauf zu tun. Gut angewandt, ist die Strategie äußerst wirkungsvoll, denn sie unterläuft die Verteidigung von Freund und Feind, indem sie unter dem zynisch eingesetzten Deckmantel des guten Willens für eine angebliche Win-win-Situation sorgt. So wird suggeriert, gemeinsame Ziele ließen sich nur erreichen, wenn alle sich guten Taten widmeten. Und dabei werden mit der größten Schläue die eigenen Interessen durchgedrückt.

Die edle Gesinnung hat etwas von einem Chamäleon: Sie weiß Handlungen durch Haltungen zu vernebeln. Das geht so weit, dass man sie geradezu als asymmetrische Strategie des Intellekts oder der Haltung ansehen könnte. Passivität im Angesicht der Kraft. Der äußeren Stärke, der Gewalt, der Selbstherrlichkeit oder Durchsetzungsfähigkeit wird damit begegnet, dass man

nicht reagiert. Aber es handelt sich um ein aktives Nichtreagieren: Wer so verfährt, folgt weiter nach Herzenslust seinen Plänen. Auf diese Weise werden mächtigere Gegner moralisch und intellektuell entwaffnet, indem man auf deren Beleidigungen, Beschimpfungen, Angriffe, Drohungen oder Druckmittel gar nicht erst eingeht. Entscheidend ist, sich von alldem nicht betroffen zu fühlen und ohne Zunahme der Spannung abzuwarten, bis der Gegner ermüdet und sich schließlich geschlagen gibt, erschöpft vom Ausbleiben einer Antwort.

Soft Power

Auf dem Gebiet der Geopolitik übersetzt sich die Strategie der edlen Gesinnung in Soft Power (weiche Macht), die der harten Macht gegenübergestellt wird. Dieses von Joseph Nye Ende der 1980er-Jahre aufgebrachte Konzept beschreibt die Fähigkeit eines Landes, andere dazu zu bewegen, seinen Wünschen zu folgen, ohne dafür Gewalt oder Zwang einsetzen zu müssen. 2004 griff der US-amerikanische Geopolitologe diesen Gedanken noch einmal auf, um ihn auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten nach dem 11. September 2001 anzuwenden. Nye vertritt die These, Staaten müssten Strategien der Soft Power und der Hard Power kombinieren, wenn sie andere langfristig dazu bringen wollten, ihre Neigungen und Einstellungen zu modifizieren. Wenn es eine Macht gibt, die sich mit der Ausübung von Soft Power auskennt, dann sind es die Vereinigten Staaten.

Mithilfe von Unternehmen, Stiftungen, Universitäten und anderen Institutionen der Zivilgesellschaft haben die USA ihre Werte und Überzeugungen in alle Welt exportiert und viele andere Gesellschaften damit angezogen. Auf allen Kontinenten werden die Produkte der US-Kinoindustrie konsumiert, sodass

die Geschichten und die Weitsicht der USA auch auf andere Länder übertragen werden. Wie Nye schreibt, richtet sich die Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten ebenso sehr darauf aus, Köpfe und Herzen zu erobern, wie Kriege zu gewinnen - ein Ansatz, den auch Henry Kissinger teilte, als er feststellte, dass keine Außenpolitik, so einfallsreich sie auch sei, Erfolg haben könne, wenn sie in den Köpfen weniger entstehe und niemand sie im Herzen trage.[69]

Soft Power, die Fähigkeit, andere auf seine Seite zu ziehen, ohne Gewalt einzusetzen, kleidet sich in edle Gesinnung, wenn ein Land Werte oder Ideale vor sich herträgt, um andere Staaten oder Menschen zu überzeugen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass es dabei um Eigeninteressen geht und Soft Power am Ende nichts anderes ist als eine alternative Methode der Machtausübung - eine, die unbemerkt bleibt. Kurzum, es handelt sich um den klassischen Versuch, andere wollen und tun zu lassen, was man selbst will - nur schlauer als üblich.

Im immer komplexeren internationalen Panorama unserer Zeit gewinnt Soft Power zunehmend an Bedeutung. Der allgemein gestiegene Zugang zu Informationen hat die Staaten dazu gezwungen, von militärischen Mitteln abzusehen und sich mehr auf öffentliche Diplomatie und kulturelle Propaganda zu verlegen, um außenpolitische Ziele zu erreichen. Diese werden nach Möglichkeit mit überzeugenden Argumenten gerechtfertigt und legitimiert, die häufig auf angebliche »Gemeinsamkeiten« Bezug nehmen.

Die edelsinnigen Ambitionen der Vereinigten Staaten

Laut Moniz Bandeira haben seit dem Fall der Berliner Mauer und der Auflösung der Sowjetunion alle US-Präsidenten, unabhängig davon, welcher politischen Partei sie angehörten, ein einziges geopolitisches Projekt im Sinn: die umfassende Weltherrschaft.[70] Sie stützen sich dabei auf die Überzeugung, dass die USA das auserwählte Volk seien, eine überlegene Nation und moralisch verpflichtet, die Demokratie, die bürgerlichen Freiheiten und die Menschenrechte auf dem ganzen Planeten zu verbreiten, auch gegen den Willen der Empfänger und nötigenfalls mit Feuer und Schwert.

Die messianische Sicht einer solchen »Bestimmung« des amerikanischen Volkes (Manifest Destiny) verleitet die Amtsinhaber im Weißen Haus dazu, die Vereinigten Staaten ohne jeden Zweifel für eine Nation zu halten, ohne die es unmöglich wäre, die Welt von Übeln zu befreien und ihren Bewohnern Frieden und Sicherheit zu garantieren. Das wiederum hat die Vereinigten Staaten zur unbestreitbaren Vormacht der Welt gemacht - in Erfüllung der heiligen Mission, die das Schicksal den Amerikanern auferlegt habe. Was unter anderem, wie Moniz Bandeira schreibt, im bekannten Ausspruch Henry Kissingers formuliert ist, Amerikas Mission sei es, die Demokratie in die Welt zu bringen, notfalls mit Gewalt. Ganz falsch liegt er damit nicht: Seit Gründung der Vereinigten Staaten im Jahr 1776 hat es nur einundzwanzig Jahre gegeben, in denen die USA nicht in irgendeinen Krieg verwickelt waren.

Doch hinter dieser scheinbar altruistischen Fassade, mit der so habgierig wie dreist geprahlt wird, verstecken sich ökonomische Interessen und geopolitische Ambitionen. Hinter dem freundlichen Lächeln mancher Präsidenten oder den mürrischen, wenn nicht gar unsympathischen Gesichtern anderer

gibt es eine bleibende Instanz, die aus den Kulissen die Außenpolitik bestimmt: die herrschende Wirtschaftselite. Ihr unterwerfen sich selbst jene, die im Oval Office sitzen. Diese Elite, so Moniz Bandeira, präge die großen globalen Entscheidungen, die am Ende von der jeweiligen Regierung getroffen werden. Sie mache von dem Einfluss Gebrauch, den ihr die Mitgliedschaft im auserlesenen Club der Hochfinanz verschafft: im militärisch-industriellen Komplex ebenso wie in der gespenstischen Welt der Geheimdienstinformationen, in den großen Familienvermögen, den mächtigen Religionen oder multinationalen Konzernen, zumal bei den Energieversorgern.

Moniz Bandeira zögert nicht zu bekräftigen, dass überall, wo Washington interveniert, eingehüllt in die Fahne von Demokratie und Freiheit, aber mit dem klaren Ziel, seine dominante Stellung auf dem Planeten zu behalten, das Ergebnis dasselbe ist: Chaos, Gewalt, Zerstörung und eine humanitäre Katastrophe.

Diese Politik der *full Spectrum dominance* - einer Überlegenheit zu Wasser, in der Luft, im Weltraum und im Cyberspace - begann, als zur Zeit der Clinton-Regierung das »Project for the New American Century« lanciert wurde, zu dessen wichtigsten Zielen die Expansion der NATO zählte. Weitere Förderung erlebte das Programm unter George W. Bush im Rahmen des globalen Kriegs gegen den Terror. Fortgesetzt wurde es schließlich auch durch Barack Obama bei seinem Engagement für den sogenannten »Arabischen Frühling« - korrekter wäre es, von »Aufständen« zu reden - und beim Angriff auf Libyen.

Die acht Jahre der Präsidentschaft Barack Obamas sind ein perfekter Beweis dafür, wie hinter einer tadellosen weltweiten Medienkampagne, mit der das Prestige der Vereinigten Staaten reingewaschen wurde - das unter seinem Vorgänger im Amt, George W. Bush, stark gelitten hatte -, und hinter dem Image des freundlichen, verbindlichen und toleranten ersten

Afroamerikaners im Weißen Haus letztlich derselbe Drang nach Vorherrschaft steckte wie bei früheren US-Präsidenten. Der Unterschied bestand lediglich darin, dass diese Ambitionen jetzt weithin übergangen, wenn nicht direkt entschuldigt wurden. So blieben Skandale wie die massive Spionage der National Security Agency (NSA) bei den wichtigsten europäischen Staatsoberhäuptern für die Presse eine bloße Anekdote, obwohl man allen Grund gehabt hätte, die Straßen der Hauptstädte Europas mit antiamerikanischen Demonstranten zu füllen.

Moniz Bandeira erinnert daran, dass Obama aus dem Konzept eines dauerhaften Kriegszustands *(»perpetual war«)* sogenannte *»overseas contingency operations«* machte, bloße Notfalleinsätze im Ausland - nur um in Wirklichkeit in anderen Ländern genauso vorzugehen wie zuvor, wenn nicht gar härter denn je. In vielen Fällen geschah das über undurchsichtige oder verdeckte Operationen, bei denen Spezialkräfte zum Einsatz kamen und eine Vielzahl von Drohnenangriffen erfolgte, ganz zu schweigen von den Zehntausenden von Bomben, die auf Afghanistan, Irak oder Syrien abgeworfen wurden, oder dem sprunghaften Anstieg der Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien. 2015 zum Beispiel schätzte ein Bericht des Bureau of Investigative Journalism, seit dem Vorjahr hätten allein auf pakistanischem Territorium etwa 414 Angriffe mit Drohnen stattgefunden; die Zahl der »getroffenen Ziele« liege zwischen 2445 und 3945. Darunter hätten sich zwischen 421 und 960 zivilistische »Ziele« befunden, 172 bis 207 davon minderjährig. Manche Quellen gaben an, die US-amerikanische Regierung zähle sämtliche Männer im wehrfähigen Alter, die von Drohnen getroffen würden, als »Kämpfer«.[71]

19. Bedürfnisse schaffen

Wenn ein Staat etwas reichlich hat oder haben könnte, so ist das Schaffen von Bedürfnissen wohl die beste Form, daraus Profit zu schlagen oder es als Machtmittel zu benutzen. Die dazugehörige Strategie besteht darin, andere glauben zu machen, dass ebendieses Etwas für sie wichtig sei.

Im Marketing werden die Verhaltensweisen von Märkten und Verbrauchern analysiert, ihre Bedürfnisse festgestellt und Strategien zu deren Befriedigung entworfen, mit denen man Kunden gewinnt und bindet. Fehlt es an Bedürfnissen, so muss man sie eben schaffen. Tatsächlich erlangen Marketingexperten den Status von Gurus, wenn sie in der Lage sind, Produkte zu entwickeln, bevor die potenziellen Kunden ihr Bedürfnis überhaupt kennen. Ebenso verhält es sich in der Geopolitik.

Die bekannte Maslow-Pyramide beschreibt eine fünfstufige Bedürfnishierarchie: Sind die elementaren körperlichen Bedürfnisse befriedigt, so folgen Sicherheitsbedürfnisse, soziale Bedürfnisse, das Bedürfnis nach Anerkennung und schließlich das nach Selbstverwirklichung. Nach dieser Theorie entwickelt der Mensch, je mehr es ihm gelingt, seine Grundbedürfnisse zu befriedigen, andere, höhere Bedürfnisse. Das lässt sich auf die internationalen Beziehungen übertragen. Staaten haben mehr oder weniger dringliche Bedürfnisse, und wenn ein anderes Land diese identifiziert, kann es sie zu seinem eigenen Nutzen einsetzen. Es kann sie sogar fördern oder wecken, als Strategie zur Durchsetzung seiner Interessen.

Beispielsweise kommt kein Staat, so gutartig und friedlich er sein mag, umhin, sich vor möglichen Feinden zu schützen - staatlichen oder anderen -, und so wird es immer gewiefte Länder geben, die als edler Samariter ihre große Rüstungsindustrie ins Spiel bringen und für Selbstverteidigungszwecke ein wahres

Arsenal an Erfindungen anbieten, die wahrscheinlich nie zum Einsatz kommen werden. Sollte der Empfängerstaat trotz dieser großzügigen Hilfsangebote von dem Bedarf nicht überzeugt sein, so liegt für den Anbieter der Gedanke nahe, ihm ein Schreckensbild von Bedrohungen und Feinden zu malen, die seiner »aufrichtigen« Meinung nach jederzeit losschlagen könnten. Und schon wird der Selbstschutz zur existenziellen Priorität.

Das Bedürfnis, Waffen zu kaufen, um sich gegen Nachbarn oder Feinde aus der weiteren Region zu verteidigen, stützt sich heutzutage gerne auf Konzepte wie den »Krieg gegen den Terror«, die »Vorwärtsverteidigung«, eine »Präventivstrategie« oder »gemeinsame Feinde«, das Ergebnis sind jedenfalls fabelhafte Geschäfte im Rüstungsbereich. Sieht man sich die genannten Konzepte jedoch näher an, so sind sie derart dehnbar, dass ein Staat, der Bedürfnisse schaffen will, sie nach Belieben aufrufen kann. Man denke nur an die Beispiele, die im Zusammenhang mit der eng verwandten Strategie genannt wurden, Feinde zu erschaffen: Südkoreas Angst vor Nordkorea; die Vorbehalte Saudi-Arabiens und anderer Golfstaaten gegenüber dem Iran; Kolumbiens Rivalität mit Venezuela; Polens Befürchtungen gegenüber den Ländern im Baltikum und die Probleme der Ukraine mit Russland; oder auch Indiens Skepsis gegenüber China.

Eliot Weinberger führt auf, wie die USA 2003, um die öffentliche Meinung von der dringlichen Notwendigkeit eines Einmarschs in den Irak zu überzeugen, eine Reihe von Daten ins Feld führte, die der US-amerikanische Schriftsteller und Journalist in Zweifel zieht. Weinberger schreibt: »Ich hörte, das >Yellowcake<-Uran aus dem Niger sei ein Trick gewesen, die Aluminiumrohre könnten nicht für Nuklearwaffen verwendet werden, die mobilen biologischen Labors stellten Helium für Wetterballone her, die Flotte unbemannter >Drohnen< sei ein einziges kaputtes übergroßes Modellflugzeug, Saddam habe

keine ausgeklügelten Bunker unter der Erde gehabt. [...] Ich hörte, von den 400000 Leichen, die in Massengräbern verscharrt gewesen sein sollen, seien nur 5000 gefunden worden.« Geradezu tragikomisch wird es, wenn, wie es bei Weinberger weiter heißt, als Hauptquelle der »fundierten Informationen« Colin Powells (US-Verteidigungsminister von 2001 bis 2005) ein Aufsatz herhalten musste, der zehn Jahre zuvor von einem Studenten geschrieben worden war.

An diesem Punkt sei daran erinnert, welche Bedeutung die Rüstungsindustrie in den Vereinigten Staaten besitzt. Nach einer Studie des Congressional Research Service hat Washington allein im Jahr 2015 Waffen im Wert von 46 Milliarden Dollar verkauft, und das Pentagon bestätigt, dass sich die Verkäufe 2016 auf einem ähnlichen Niveau bewegten. (Die genannte Summe beläuft sich auf circa 34 Milliarden, schließt aber nicht einen Deal in Höhe von 7 Milliarden mit Kuwait, Katar und Bahrain ein, der aus budgetären Gründen erst 2017 verbucht werden sollte.) Allein während der acht Jahre der Regierung Obama wurden Waffenexporte in Höhe von mehr als 278 Milliarden Dollar genehmigt, mehr als das Doppelte gegenüber Präsident George W. Bushs Amtszeit.

Ein Großteil dieser Waffen ging in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens, im Rahmen der (theoretischen) Bekämpfung des Terrorismus oder des Schutzes vor möglichen Angriffen aus dem Iran. Tatsächlich waren laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) die wichtigsten Käufer der Jahre 2012-2016 Saudi-Arabien - manchen Schätzungen zufolge soll Washington in den acht Jahren unter Obama Waffen im Wert von bis zu 120 Milliarden Dollar dorthin verkauft haben -, die Vereinigten Arabischen Emirate und die Türkei. Ganz im Fahrwasser seiner Amtsvorgänger schloss Präsident Trump im Mai 2017 mit den Saudis Rüstungsverträge in Höhe von 110

Milliarden Dollar ab. Und einen Monat später verkaufte er inmitten einer Krise am Golf 36 F-15-Kampfflugzeuge im Wert von 12 Milliarden Dollar nach Katar. Nicht umsonst vertritt das Weiße Haus, während es seine Verbündeten in dieser Region mit Waffen versorgt, ein Embargo gegen mögliche Kriegsgegner dieser Staaten und fordert deren internationale Isolation - unter Ausnutzung des Ringens zwischen Iran und Saudi-Arabien um den Status einer Regionalmacht. Oder man führt Kampagnen gegen terroristische Gruppen an, um Ängste zu schüren.

Es liegt auf der Hand, dass Sicherheit zwar ein naheliegendes Bedürfnis ist, aber auch von anderen zum eigenen Vorteil ausgenutzt werden kann. Hinzu kommen politische Reden, die für Frieden und progressive Abrüstung eintreten, jedoch wenig glaubwürdig wirken, wenn man weiß, dass die Rüstungsindustrie der Vereinigten Staaten Jahr für Jahr zig Milliarden Dollar umsetzt. Während die Staatschefs auf Foren wie der UNO über Frieden schwadronieren, werden die Verteidigungsetats erhöht. Und wie ließen sich die Vorzüge und Qualitäten militärischer Ausrüstung besser anpreisen als durch ihren Einsatz in laufenden Konflikten, etwa in Syrien, das zum Experimentierfeld für neues Kriegsmaterial geworden ist?

So konzentriert sich die Strategie des Schaffens von Bedürfnissen, obwohl auch auf andere Gebiete anwendbar, vor allem auf militärische und geopolitische Fragen. Es tritt damit deutlich zutage, wie ökonomische Interessen Staaten dazu veranlassen können, bestimmte Situationen zu befördern, um davon zu profitieren, ihre Macht zu festigen und Abstand zu Konkurrenten zu gewinnen. Schließlich haben die Großmächte mit ihrer nahezu unbegrenzten Produktionskapazität nur begriffen, dass eine Massenproduktion auch Massenkonsum braucht und dass nie so viel konsumiert wird wie in Zeiten organisierter Zerstörung. So traurig es ist, Krieg war schon immer ein gutes Geschäft.

20. Den Verrückten spielen

Viele klassische Gestalten, von König David und Odysseus bis zu dem arabischen Mathematiker und Astronomen Alhazen, haben zu der weisen List gegriffen, den Verrückten zu spielen, um aus einer schwierigen Lage zu entkommen oder ihre Ziele zu erreichen.

Gegenwärtig verwenden viele diesen Trick in ihrem Leben routinemäßig, wenn auch zum Teil nicht völlig bewusst, vielleicht weil sie sich an die Vorteile gewöhnt haben, die er ihnen einträgt. Die Vorgehensweise besteht darin, seine Umgebung mit der Aussicht auf eine brutale und maßlose Reaktion einzuschüchtern, sollte sie einen in Rage versetzen. Man macht sich einen Ruf als geistig instabil und erreicht dadurch seinen Zweck, zuweilen so schlichte Absichten wie die, sich in der Familie oder im Beruf durchzusetzen. Doch ebenso wird dieser Kniff von politischen Führern, Mandatsträgern und hohen Verantwortlichen aus der Wirtschaft verwendet, um Untergebene und Angestellte zu manipulieren und gleichzeitig Widersacher und Konkurrenten zu täuschen, gewissermaßen als Wettbewerbsvorteil.

Die Strategie des Verrückten wird auch eingesetzt, um unter widrigen Umständen durch eine vorgetäuschte Beeinträchtigung der geistigen Fähigkeiten zu obsiegen. Sie entspricht in gewisser Weise dem taoistischen Prinzip, wonach ein Wesen oder Gegenstand, dem es an Wert und Nutzen gebricht, von niemandem begehrt wird. Das zeigen auch zahlreiche soziologische Experimente. So wurde ein und derselbe Gegenstand auf die Straße gelegt, einmal mit Preisschild und einmal ohne. Die meisten Leute eigneten sich das Fundstück nur an, wenn es einen ökonomischen Wert darstellte. Auch diese Strategie lässt sich auf das Gebiet der Geopolitik übertragen.

Nixon als «Verrückter«

Die Strategie des Verrückten *(madman)*, wie Nixon und Kissinger sie nannten, war für die Außenpolitik dieses Präsidenten der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg charakteristisch und verfolgte das Ziel, den Vietnamkrieg zu beenden. Aber wie genau funktioniert sie? Nun, es gilt, den Gegner von einem Angriff abzubringen, weil er die Reaktion des scheinbar Wahnsinnigen als unvorhersehbar, irrational und ohne Maß betrachtet. Damit die Strategie Erfolg hat, muss der Eindruck entstehen, man habe nichts zu verlieren und sei bereit, bis zum Äußersten zu gehen, ohne die Folgen und mögliche Nachteile abzuwägen. Es entsteht so eine Atmosphäre höchster Ungewissheit, in der Reaktionen und damit Konsequenzen unmöglich abzuschätzen sind.

In Nixons Fall basierte das Verhalten auf dem Besitz eines massiven nuklearen Arsenals und auf einem ausreichend unberechenbaren und gestört wirkenden Verhalten, damit die Leute ihn irgendwann für verrückt genug hielten, die Kernwaffen unter Umständen auch einzusetzen. Mit anderen Worten: Die übrigen Anführer weltweit mussten so erschrecken, dass ihnen nichts anderes übrig blieb, als dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu geben, was er wollte. Im Präsidentschaftswahlkampf 1968 hatte Nixon versprochen, den Vietnamkrieg zu beenden. Nach einem Jahr im Amt dauerte der Krieg weiter an, und nichts deutete darauf hin, dass es zwischen dem Nordteil des Landes, der von der Sowjetunion unterstützt wurde, und dem Südteil, der die Unterstützung der Vereinigten Staaten genoss, zu einem Friedensvertrag kommen würde. Nixon beschloss daher, zu seiner Geheimwaffe zu greifen - dieser Strategie -, gestützt auf Gerüchte, er sei ein radikaler, gewaltbereiter Antikommunist ohne Bedenken, auf den roten Knopf zu drücken. Tatsächlich war dieser Ruf von Nixon und seinem Nationalen Sicherheitsberater,

Henry Kissinger, sorgfältig kultiviert worden, und die Gerüchte, die sich über seine Unzurechnungsfähigkeit verbreitet hatten, waren das Werk der beiden.

In Kissingers akademischem Umfeld zirkulierte eine entsprechende Theorie schon seit Mitte der 1950er-Jahre, angestoßen durch den Rüstungswettlauf. Die List ergab sich aus der Spieltheorie, einer mathematischen Disziplin, die sich in Wettbewerbssituationen dazu verwenden ließ, Entscheidungen auf der Grundlage vorausgegangener Handlungen der Beteiligten vorherzusagen.

So teilte Nixon am 19. April 1972 Kissinger die Botschaft mit, die er seinem Amtskollegen in Moskau übermitteln wollte. Dokumente des Pentagon und Tonbandaufnahmen aus dem Weißen Haus belegen, dass der Außenminister am Abend desselben Tages nach Moskau flog, nicht zufällig begleitet vom russischen Botschafter in den Vereinigten Staaten. Während des Fluges kam es zu einem Telefonat zwischen Kissinger und Nixon, das die Russen durch ihren Botschafter und die allfälligen Spione mithören konnten. Darin drohte der Präsident der Vereinigten Staaten, nötigenfalls Nordvietnam zu bombardieren. Nixon wollte den Sowjets weismachen, dass er zu allem fähig sei, und genau das übermittelte Kissinger seinen kommunistischen Gesprächspartnern, an deren gesunden Menschenverstand appellierend: An ihnen sei es nun, den »irren« Nixon aufzuhalten.

Dessen damaliger Stabschef im Weißen Haus, Harry Robbins Haldeman, hat beschrieben, wie stolz Nixon auf diese Strategie war, die er ebenfalls als die des Verrückten bezeichnete. Er erklärt, wie Nixon die Nordvietnamesen glauben machen wollte, an einen Punkt gelangt zu sein, an dem er wer weiß was tun könnte, um den Krieg zu beenden. Ho Chi Minh, so sein Kalkül, würde sich den Wünschen der Nordamerikaner beugen und letztlich um Frieden bitten. Ganz so leicht war es dann nicht, da

sich die Nordvietnamesen als schlauer erwiesen und in ihrer Bereitschaft zum Einsatz bis zur Erschöpfung nicht in die Falle tappten.

Zwischendurch kam es zu kostspieligen und für beide Seiten zerstörerischen militärischen Operationen wie dem Bombenangriff an Weihnachten 1972. Damals warfen die Vereinigten Staaten während der »Operation Linebacker II« mindestens 20000 Tonnen Sprengstoff über Nordvietnam ab, hauptsächlich über Hanoi (18.-29. Dezember, mit Ausnahme des 1. Weihnachtsfeiertags). Die offiziellen Zahlen sprechen von 1600 getöteten Nordvietnamesen, andere Einschätzungen gehen von höheren Opferzahlen aus. Am 8. Januar 1973 fanden sich beide Seiten am Verhandlungstisch wieder und unterzeichneten schließlich den Frieden von Paris.

Verwendet auch Trump diese Strategie?

Als am 7. April 2017 zwei Zerstörer der US-Navy die syrische Luftwaffenbasis Shayrat mit 59 Tomahawk-Raketen angriffen - als Antwort auf den angeblichen Einsatz chemischer Waffen, die das Regime von Baschar al-Assad am Vortag gegen syrische Zivilisten eingesetzt habe -, vollzog sich in der jahrelangen politischen Haltung Donald Trumps zu Syrien eine Kehrtwende. Der gegenwärtige US-Präsident hatte sich bei zahlreichen Gelegenheiten gegen eine Militärintervention in diesem Land ausgesprochen und war überhaupt strikt dagegen, die USA in kriegerische Abenteuer von zweifelhaftem Ausgang zu verwickeln, solange die nationale Sicherheit nicht direkt betroffen wäre.

Aber jetzt überraschte Trump auf einmal die Welt, angefangen mit seinen eigenen Verbündeten und der UNO, die er nicht vorab konsultiert hatte, indem er einen überhasteten Angriff auf

ein souveränes Land befahl, ohne eine unabhängige objektive Untersuchung der Fakten abzuwarten. Jenseits von geopolitischen Erwägungen (Rivalität mit Russland; Wunsch, die iranische Expansion in der Region zu bremsen; Bedrohung Israels durch erstarkte schiitische Gruppierungen), jenseits auch von innenpolitischen Interessen (Debatte über die Beziehungen zu Putin während des Wahlkampfs 2016; Druck aus der eigenen Republikanischen Partei und seitens anderer Lobbys) könnte es durchaus sein, dass Präsident Trump bewusst die Strategie des Verrückten einsetzte: die Zurschaustellung einer strategischen Unberechenbarkeit mit dem Ziel, seine möglichen Gegner - von Nordkorea über China bis Moskau - in ständige Sorge zu versetzen, wie er sich ihnen gegenüber verhalten könnte, ob als Antwort auf ihre Schritte oder auch aus eigenem Antrieb.

Gegenwärtig lässt sich nicht sicher sagen, ob Trump an der Ankündigung festhalten wird, sein Land wieder in den Isolationismus zu führen, oder ob nun eine neue Etappe beginnt, die von einem entschlossenen Interventionismus geprägt ist. Aber die Strategie des Verrückten versetzt Trump unzweifelhaft in die Lage, Überraschungen zu erzielen - eine Fähigkeit, die jede geopolitische und militärische Aktion braucht, die Erfolg haben will. Was wiederum dazu führt, dass seine realen oder potenziellen Feinde ihre Möglichkeiten vorsichtig abwägen, bevor sie handeln, aus Furcht vor Reaktionen, die unverhältnismäßig ausfallen und auf unerwarteten Wegen erfolgen könnten.

Nordkoreas undurchsichtiges Spiel

Im aktuellen Kontext bietet Nordkorea ein Beispiel für die Strategie des Verrückten. Das asiatische Land veranstaltet einigen Wirbel um seine Atom- und Raketentests, damit potenzielle

Gegner erfahren, wozu es imstande wäre, und niemand sich mit ihm anlegt.[72] Aber was würde passieren, wenn sich jemand auf das Spiel des »Verrückten« einließe und seinem Druck standhielte? Würde er einlenken? Was, wenn er tatsächlich verrückt ist und sein Spiel bis zum Ende durchzieht? Auch die Kollision der Strategien zweier Verrückter - Kim Jong-un und Trump - ist nicht auszuschließen. Wenn jeder der beiden den Wetteinsatz immer weiter erhöht, um den anderen zu einem Rückzieher zu verleiten, da er sein Gegenüber für noch verrückter hält als sich selbst, könnte es zu einer offenen Auseinandersetzung kommen.

Vertrauen ist gut, Abschreckung ist besser

Dem Gegner Angst einzuflößen, damit er die eigenen Interessen respektiert oder schlicht das tut, was man von ihm verlangt, ist eine so alte wie gebräuchliche Strategie. In der Geopolitik hat sie mit Anbruch des Atomzeitalters an Bedeutung gewonnen, wegen der unmittelbaren Gefahr, die Massenvernichtungswaffen für alle Beteiligten bedeuten, einschließlich derer, die Kollateralschäden erleiden könnten.

Die Strategie kann kurzfristig gewinnbringend ausfallen, doch in der Regel gelingt es den Gegnern nach und nach - gelegentlich auch durch Finten, die entsprechende Reaktionen provozieren -, vorhersehbare Antworten abzuschätzen. Zudem kann die Gegenseite ja genauso vorgehen, sogar mit durchschlagenderer Wirkung, besonders wenn es sich um Gruppen oder Länder handelt, die keine Rücksicht auf ein Parlament, die öffentliche Meinung oder eine Opposition zu nehmen brauchen.

Letztlich führt diese Art von Strategie, die wohl vielfach aus der Verzweiflung geboren wird und bei der Diplomatie und

Verhandeln auf ein Minimum reduziert sind, zur Zerstörung ihres Urhebers. So wird eine vermeintliche Abschreckungsmethode, eine Botschaft, die den Gegner über die tatsächliche Möglichkeit einer unerwarteten, vielleicht sogar selbstmörderischen Reaktion informieren sollte, am Ende kontraproduktiv. Vor allem verliert die Strategie an Wert, wenn die hingeworfene Antwort sich als weniger schädlich erweist oder die entstandene Wirkung deutlich geringer ausfällt, als es die Drohung vorsah.

Auf lange Sicht verursacht die Strategie des Verrückten mehr Abneigung als Nähe, sogar unter jenen, die eigentlich ein Interesse daran haben, sich in den Schutz der betreffenden Macht zu stellen: Nicht einmal dessen engste Partner und Verbündete können sicher sein, dass sich der Wahn nicht eines Tages gegen sie wendet.

21. Volle Champagnergläser für alle

Man stelle sich eine große Pyramide aus Champagnergläsern vor, eines Empfangs beim großen Gatsby würdig, in einer Umgebung voller Glamour und Stil, wo der Champagner erst in den obersten Kelch gefüllt wird und dann bis ganz nach unten durchfließt. Solange dabei alle Gäste ihr volles Glas bekommen, wird sich keiner beschweren. In der Politik und in den internationalen Beziehungen verhält es sich ebenso. Die an diese Beobachtung angelehnte Strategie besteht darin, Macht, Ideen, Kultur und Ressourcen zu teilen oder dies zumindest vorzuspiegeln. Sie alle sollen in die unteren Ebenen durchsickern, damit es nicht zu Protesten und Aufruhr kommt.

In einer Gesellschaft kann die imaginäre Pyramide aus Gläsern nur dann stabil bleiben, wenn auch diejenigen, die unten stehen, ihren Anteil an der goldenen Flüssigkeit erhalten, wiewohl in geringerer Menge und nicht mehr so optimal gekühlt, wie sie an der Spitze serviert wird. Es genügt, dafür zu sorgen, dass Gewinne an alle Mitglieder der Gesellschaft verteilt werden, sodass die allgemeine Zufriedenheit so hoch wie möglich ausfällt und ein gewisser sozialer Friede erreicht wird. So kann auch die Hand beruhigt sein, die von oben Wohltaten die Pyramide hinabrinnen lässt.

Natürlich handelt es sich hierbei um eine klassische geopolitische Strategie. Die Supermächte, die immer befürchten, von einem oder mehreren ihrer »Vasallenstaaten« einen Dolch in den Rücken zu bekommen, sobald sie auch nur die geringste Schwäche zeigen, bemühen sich darum, die Brosamen ihrer Macht anderen Regierungen zufallen zu lassen. Wenn diese befriedigt werden, mäßigen sie antiimperialistische Strömungen in ihrem Inneren von selbst und gewährleisten so eine gewisse Stabilität.

Brot und Zirkusspiele

Das strategische Prinzip »panem et circenses« (Brot und Spiele), ein Grundbestandteil der Theorie der Massengesellschaft, geht bis ins antike Griechenland zurück, wo die Ungleichheit zwischen den Klassen nur deshalb toleriert wurde, weil die reichsten Bürger einer Stadt für alle anderen Festspiele und Bankette ausrichteten. Später wurden politische Rechte nur jenen Bürgern zuteil, die durch wohltätige Handlungen das Überleben der Gemeinschaft zu sichern wussten.

In Rom sah die Anwendung des Prinzips »panem et circenses« anders aus, da die Gesellschaft ihr Überleben nicht auf den Reichtum herausgehobener Bürger stützte, sondern auf einträgliche Eroberungszüge. Letztlich war der liberale Umgang des römischen Reichs mit unterworfenen Völkern dafür verantwortlich, dass diese sich nicht auflehnten. Und die Figur des Kaisers zentralisierte den Wunsch, Köpfe und Herzen des Volkes zu gewinnen. Man schuf einen Begegnungsort zwischen dem Souverän und seinen Untertanen: den Zirkus. Dem Volk wurde so das Gefühl vermittelt, Teil eines größeren Ganzen zu sein und Geschmack, Schauspiel, Reichtum und Triumphe teilen zu dürfen. Das Herrschaftssystem, die Ungleichheit der Klassen, die Kriege oder andere Themen der Innen- und Außenpolitik des Imperiums wurden auf diese Weise vor kritischen Fragen geschützt.

Der römische Dichter Juvenal prägte die Formel »panem et circenses«, um die politische Strategie der Kaiser zu beschreiben, die Massen zu unterhalten und dadurch ihre Unzufriedenheit abzumildern. Die tägliche Getreideration und häufig veranstaltete Spiele - überwiegend Gladiatorenkämpfe - hielten das Volk bei Laune. Tatsächlich dienten die aufwendige Versorgung Roms mit Getreide ebenso wie die Wagenrennen, Musik- und

Theateraufführungen, die Darstellungen von Seeschlachten und die öffentlichen Hinrichtungen der Ablenkung des Volkes.

Auch heute finden sich immer wieder Beispiele für solche Strukturen und Verfahren. Manche Autoren vergleichen das Römische Reich mit der Gesellschaft der Vereinigten Staaten: Fast Food, tägliche Gewalt - im Fernsehen, im Kino, in den Medien und in der Realität - und eine an Vergötterung grenzende Verehrung kämpferischer Heldengestalten. So stellt auch die Mehrheit der US-Amerikaner die Rationalität militärischer Interventionen und Drohneneinsätze zur Tötung von Menschen nicht infrage - als könnte es die Gesellschaft schwächen, wenn man sich über solche Fragen Gedanken machte.

Wenn schon kein Champagner, dann wenigstens Erdöl

Das Bild vom Champagner, der die Gläserpyramide hinabfließt, sodass alle etwas davon haben, ruft das flüssige Gold unserer Tage ins Gedächtnis: Erdöl. Länder mit großen Rohölreserven, die ihren Monarchen und Staatsführern ein überaus angenehmes Dasein ermöglichen, versuchen die Gewinne mit dem Volk zu teilen, dem dafür die Freiheiten und Grundrechte vorenthalten werden, die in anderen Gesellschaften üblich sind.

Saudi-Arabien zum Beispiel rief 2005 ein Programm ins Leben, durch das jedes Jahr 200 000 saudische Staatsangehörige im Ausland studieren konnten. Sämtliche Kosten wurden dank der Erdölprofite vom Staat übernommen. Das Programm blieb über zehn Jahre lang gültig, steht jetzt allerdings aufgrund des Rückgangs der Rohölpreise vor Finanzierungsproblemen. Kuwait zahlte 2011 einen Betrag von 3500 Dollar an seine Bürger aus, was den Unterschied zwischen den reichen Ländern am Golf und dem Rest des Nahen und Mittleren Ostens deutlich

herausstrich. Dennoch fragen sich viele, ob es hier darum geht, den durch die Ölförderung erlangten Reichtum zu teilen, oder um Imagegewinne der Regierung. Vielleicht trifft ja beides gleichzeitig zu. Doch in Saudi-Arabien wie in Kuwait hat der Preisverfall beim Erdöl zusammen mit aus dem Ruder laufenden Staatsausgaben dazu geführt, dass die Bevölkerung nicht mehr so leicht zu kaufen ist wie in den letzten Jahren.

Jeder kuwaitische Bürger hat das Recht auf eine von der Regierung gestellte Wohnung oder ein Darlehen, damit er nach der Heirat eine Immobilie erwerben kann; derzeit stehen auf der Warteliste Hunderttausende von Namen. Da der vorgegebene Rhythmus nicht einzuhalten ist, darf man vermuten, dass das flüssige Gold sich bereits weiter oben verflüchtigt. Fließt es nicht bald wieder in die unteren Kelche, werden diese austrocknen. Dann könnten die durstigen Trinker die Pyramide aus Kristall zerschlagen.

Korruption teilen

Eine ähnliche Strategie wird auch von korrupten Regierungen eingesetzt, in Kleptokratien. Dort ist neben der Vetternwirtschaft und der Veruntreuung öffentlicher Gelder ein politisches Klientelwesen institutionalisiert. Über die sprichwörtliche Pyramide aus Champagnerkelchen lässt man das Volk an der Korruption teilhaben, das sich in kleine Alltagsbetrügereien verstrickt und dadurch moralisch wehrlos wird. Unterdessen bedienen sich diejenigen, die an der Spitze der politischen, juristischen und ökonomischen Macht stehen, ohne jedes Maß aus der Staatskasse. Aus demselben Grund gelingt es auch regierenden Parteien, die diese Strategie anwenden, sich im Amt zu halten - dank jener, die zwar von ihren Schandtaten wissen,

aber doch weiter für dieselben Politiker stimmen, damit der Champagner sie ebenfalls erreicht.

22. Der Esel und die Satteltaschen

Im Leben gibt es Maultiere, die austreten, beißen und bocken, damit ihnen ja niemand Satteltaschen über den Buckel legt. Man kann versuchen, sie durch Stockhiebe oder mit Karotten auf Linie zu bringen, aber nach einiger Zeit gelten sie als hoffnungslose Fälle, einfach weil sie so stur und hartnäckig sind. Ihre rebellische Art bewahrt sie davor, den Rest ihrer Tage als Lasttiere zu fristen. Vielleicht ist ihr Besitzer dann versucht, sie zu schlachten, denn sie bringen ja keinen Nutzen mehr. Dieses Risiko muss ein aufsässiger Esel auf sich nehmen.

Andere hingegen beugen sofort den Nacken und lassen sich die Satteltaschen umhängen. Manche geben sich falschen Versprechungen hin, einer bequemeren Bettstatt und Futter von höherer Qualität oder der Aussicht darauf, etwas von der Welt zu sehen. Andere überzeugt man durch Streicheleinheiten und gute Worte: Sie seien die Besten, etwas ganz Besonderes, die Stärksten, die Mutigsten, die Glücklichen. So ein armer Teufel wird die Last nie wieder los. Und wenn er eines Tages müde, von Schmerzen oder vom Alter geplagt, den Versuch macht, die schweren Taschen abzuschütteln, wird er vom überraschten Maultiertreiber als undankbarer Verräter beschimpft und grün und blau geprügelt, damit er zur gewohnten Haltung zurückkehrt. Tut er das nicht, verdammt ihn seine neuartige, unverstandene Nutzlosigkeit zum Weg auf den Schlachthof.

Militärische Satteltaschen

Der perfekte Esel ist derjenige, der nicht nur nie klagt, sondern von seinem Leben auch noch begeistert ist. So geht es zum Beispiel allen professionellen Soldaten, denen eingebläut wurde,

was für eine unendlich wichtige Tätigkeit sie verrichten - eine heilige Mission, für die sie im Notfall auch ihr Leben zu geben hätten. Ich sage das mit allem Respekt und Mitgefühl für die Frauen und Männer, die das Waffenhandwerk erlernt haben, um ihre Mitbürger zu beschützen. Kritik müsste sich, wenn überhaupt, an die Befehlshaber richten, deren Weisungen häufig voller Willkürlichkeiten, Fehler und Eigeninteressen sind.

Allerdings übersehen viele Armeeangehörige die versteckten Realitäten im Krieg, angefangen bei den geopolitischen und ökonomischen Interessen. Diese haben wenig oder nichts mit der Botschaft zu tun, die man ihnen vermittelt, damit sie bereitwillig in den Kampf ziehen und noch ihren letzten Tropfen Blut einsetzen. Ihnen ist nicht bewusst, dass sie die schweren Satteltaschen, die ihnen auferlegt wurden, nie wieder loswerden können.

Schon immer haben Armeen - nicht viel anders als religiöse Kriegerorden oder die heutigen salafistisch-dschihadistischen Terrorgruppen - Mittel gefunden, um ihre Kämpfer davon zu überzeugen, dass sie eine Aufgabe von höchster Wichtigkeit zu erfüllen haben, für die sie alles geben müssen. Von hohen Funktionsträgern einmal abgesehen, wurden in der Geschichte Soldaten gesucht, die gerade intelligent genug waren, um funktionieren zu können. Denken sollten sie nicht.

Geopolitische Satteltaschen

Auf der Ebene der Geopolitik geht es manchen Staaten ebenso, wenn sie sich in kriegerische Abenteuer stürzen, die von den realen Notwendigkeiten und Interessen ihres Landes und Volkes weit entfernt sind, nur um einem Großmächtigen zu gefallen, der sie um ihre - in manchen Fällen eher symbolische als effektive - Mithilfe ersucht hat. Dass sie sich diese unnötigen

Satteltaschen umhängen, kann für sie eine schreckliche Last bedeuten, machen sie sich doch gewiss Feinde, auf die sie gut hätten verzichten können. Speziell was den Terrorismus angeht, können ein Mangel an Weitsicht und die Bereitschaft, sich von den Motiven anderer mitziehen zu lassen, Anschläge auf dem eigenen Staatsgebiet nach sich ziehen.

Heutzutage lassen sich zahlreiche Beispiele dafür in Friedensmissionen oder diversen niederschwelligen Konflikten finden, die in weiten Teilen der Welt ablaufen. Dabei bekommt man den Eindruck, dass manche Länder nicht ernsthaft darüber nachgedacht haben, worum es bei der jeweiligen Mission geht - außer dem erwähnten Wunsch, dem Initiator der Operation nicht zu missfallen. Der wiederum verfolgt durchaus klare Ziele, nur eben zu seinem eigenen Nutzen.

Wie man die Völker anheizt, in den Krieg zu ziehen

In seinem weitgehend autobiografischen Roman *Heldenangst* (1930) berichtet der französische Schriftsteller Gabriel Chevallier überaus realistisch und schonungslos von dem Elend, das er und seine Mitsoldaten im Ersten Weltkrieg durchzustehen hatten - als bloße Überlebende in der Enge der Schützengräben, von Angst geschüttelt, während sie auf den Befehl zum Angriff warteten, der für sie den sicheren Tod bedeuten würde. Diejenigen, die dank ihrer Kontakte vermeiden konnten, an die Front zu müssen, und die Nutznießer des Konflikts predigten unterdessen kriegerische Werte und feuerten die Kämpfenden an, mit wildem Mut weiterzumachen. Chevallier bemerkt dazu in seinem Vorwort:

In meiner Jugend - als es an die Front ging - lehrte man uns, der Krieg sei moralisch erhebend, reinigend und erlösend. Wir haben ja gesehen, was auf diese alte Leier folgte: Geschäftemacherei, Schiebung, Schwarzmarkt, Denunziation, Verrat, Erschießungen, Folter - und Hunger, Tuberkulose, Typhus, Terror, Sadismus. Und Heldenhaftigkeit, ja. Aber dieses kleine, nur ausnahmsweise aufscheinende Stück Heldentum macht das unendliche Ausmaß des Schrecklichen nicht wett. Übrigens sind nur wenige Menschen für wirkliches Heldentum geschaffen.

Die Strategie der Satteltaschen scheint durch, wenn Chevallier seiner Hauptfigur Jean Dartemont die bitteren Worte in den Mund legt:

Die Menschen sind dumm und unwissend. Das ist der Ursprung ihres Elends. Statt nachzudenken, glauben sie, was man ihnen erzählt und beibringt. Sie wählen sich ihre Herren und Meister, ohne sie zu beurteilen, und das mit einer unheilvollen Vorliebe für die Sklaverei. Die Menschen sind Schafe, was Armeen und Kriege erst möglich macht. Die Menschen sterben als Opfer ihrer dummen Fügsamkeit.

Krieg ist organisierter Betrug

Chris Hedges, langjähriger Kriegsberichterstatter, kommentiert in einem Artikel mit dem Titel »Der wahre Feind ist im Inneren«:[73]

Militaristen und Kriegsgewinnler sind unsere größten Feinde. Sie benutzen mit Rassismus unterlegte Angst, um die bürgerlichen Freiheiten abzuschaffen, Widerspruch im Keim zu ersticken und

letztlich die Demokratie zu zerstören. [...] Sie benutzen das Militär, um sinnlose, Jahrzehnte andauernde Kriege zu führen, damit Konzerne wie Lockheed Martin, General Dynamics, Raytheon und Northrop Grumman sich dumm und dusselig verdienen können. Krieg ist Business. Und wenn die Generale in Pension gehen, für wen arbeiten sie dann wohl? Die Gewinne erreichen schwindelerregende Höhen. Der Krieg endet nie. Weite Teile der Welt leben in Angst und Schrecken. [...] Das Militär lässt seine Muskeln spielen, damit sich globale Unternehmen neue Märkte sichern und Öl, Mineralien und andere natürliche Ressourcen ausbeuten können. Dazu halten sie verarmte Völker unter dem Joch korrupter und brutaler Marionettenregimes.

Wenn solche Worte von einem Menschen kommen, der eindeutig links-progressiv und pazifistisch auftritt, braucht man sich nicht zu wundern. Stößt man jedoch auf praktisch identische Worte bei einem Generalmajor des United States Marine Corps, dann sieht die Sache schon anders aus. Wer wäre besser geeignet als Smedley Darlington Butler, um zu erzählen, was sich in Wahrheit hinter den Kriegen verbirgt, in die skrupellose Politiker ihre Soldaten treiben - dem alten Ausspruch gemäß: »Männer von Ehre, geopfert von Männern ohne Ehre.«

General Butler war kein gewöhnlicher Soldat. Als Angehöriger des Marine Corps war er der bis auf den heutigen Tag jüngste Captain der US Navy und zum Zeitpunkt seines Todes der meistausgezeichnete Soldat in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Unter anderem ist er einer der wenigen Marines, denen die Medal of Honor für herausragende Leistungen im Kampf zweimal verliehen wurde - die höchste militärische Auszeichnung des Landes.

Nach seinem Rückzug aus dem aktiven Dienst hielt Butler 1935 eine Rede, die er später als Buch veröffentlichte: *War Is A*

Racket, auf Deutsch etwa: »Krieg ist organisierter Betrug«.[74] Darin prangert er den Einsatz US-amerikanischer Streitkräfte im Dienst der Wall Street an, und führt Einzelheiten darüber auf, wie Washington in Lateinamerika intervenierte, um die Interessen der wichtigsten nordamerikanischen Unternehmen zu wahren. Diese hätten sich einer durch Steuergelder finanzierten Armee bedient und in ihren Privatschlachten das Blut amerikanischer Soldaten vergossen. Die Rede General Butlers beginnt mit den Worten:

Krieg ist organisierter Betrug. Das war schon immer so.

Er ist möglicherweise die älteste Form davon, mit Abstand die einträglichste, gewiss die niederträchtigste. Im internationalen Maßstab ist er der Betrug schlechthin. Der einzige, bei dem die Gewinne in Dollars kalkuliert werden und die Verluste in Menschenleben.

Organisierter Betrug lässt sich meiner Ansicht nach am besten als etwas beschreiben, das nicht so ist, wie es sich den meisten Leuten darstellt. Nur eine kleine Gruppe von >Insidern< weiß, worum es wirklich geht. Er wird zum Nutzen sehr weniger geführt, auf Kosten der übergroßen Mehrheit. Krieg verhilft einigen wenigen Leuten zu gewaltigen Vermögen.

Im Ersten Weltkrieg strich ein kleiner Personenkreis die Gewinne aus dem Konflikt ein. In den USA gingen mindestens 21000 neue Millionäre oder gar Milliardäre aus dem Weltkrieg hervor. So viele standen zumindest auf ihren Steuererklärungen zu dem gewaltigen Blutgeld, das sie sich gesichert hatten. Wie viele weitere Kriegsmillionäre eine falsche Steuererklärung abgaben, weiß kein Mensch.

Wie viele dieser Kriegsgewinnler haben ein Gewehr geschultert? Wie viele einen Schützengraben ausgehoben? Wie viele von ihnen wissen, was es bedeutet, in einem von Ratten befallenen Loch

hungern zu müssen? Wie viele haben schlaflose Nächte voller Angst durchgestanden, in denen sie sich vor Granaten-, Schrapnell- und Maschinengewehrbeschuss zusammenduckten? Wie viele von ihnen haben den Bajonettstoß eines Feindes pariert? Wie viele wurden in der Schlacht verwundet oder getötet?
Durch Krieg erweitern die siegreichen Nationen ihr Territorium. Sie greifen einfach zu. Das neu erworbene Territorium wird prompt von den wenigen ausgebeutet - jenen wenigen, die aus dem vergossenen Blut Dollars geschöpft haben. Die Kosten trägt die Allgemeinheit.

In dem Buch, das gegenüber der Rede einige Ergänzungen enthält, resümiert General Butler sein Leben als Militär und welche Satteltaschen er zu tragen hatte:

Ich war dreiunddreißig Jahre und vier Monate lang im aktiven Dienst und habe einen Großteil dieser Zeit als besserer Haudrauf für Großunternehmen fungiert, für die Wall Street und die Banken. Kurz gesagt, war ich ein Gauner, ein Gangster in Diensten des Kapitalismus. 1914 habe ich dazu beigetragen, die Interessen der Ölindustrie in Mexiko zu sichern, vor allem in Tampico. Ich habe dazu beigetragen, Haiti und Kuba zu Orten zu machen, wo die Jungs von der National City Bank in Ruhe ihre Gewinne einfahren konnten. [...] 1902-1912 habe ich zur Säuberung Nicaraguas beigetragen, zu Nutz und Frommen der international tätigen Privatbank Brown Brothers. 1916 brachte ich im Interesse der nordamerikanischen Zuckerindustrie die »Zivilisation« in die Dominikanische Republik. 1923 sorgte ich in Honduras im Sinne nordamerikanischer Obstunternehmen für Ordnung. 1927 räumte ich in China für Standard Oil Hindernisse aus dem Weg. Rückblickend kommt mir in den Sinn, dass ich noch Al Capone etwas hätte beibringen können. Der betrieb seine Gaunereien in drei

Stadtvierteln. Ich war auf drei Kontinenten aktiv. Das Problem mit Amerika ist, dass die Leute ungeduldig werden, wenn der Dollar hier nur 6 Prozent Zinsen abwirft, und dann gehen sie eben ins Ausland, um eine Marge von 100 Prozent zu erzielen. Die Fahne folgt dem Dollar, und die Soldaten folgen der Fahne.

Zweifellos bittere, ironische Worte eines Helden, der frustriert feststellen musste, dass er manipuliert worden war. Er hatte für Ziele gekämpft, die mit der Vorstellung von Ehre und Vaterland, die man ihm beigebracht und die er selbst seinen Truppen vermittelt hatte, nichts mehr gemein hatten. Die Worte sind das Zeugnis eines Mannes, der im Frieden so viel Mut aufbrachte wie im Krieg. General Butler ist ein fast einzigartiger Fall. Die wenigsten Militärs bringen nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst den Mut auf, sich so zu äußern, obwohl sie in ihrem tiefsten Inneren sehr wohl über die wahren Gründe von Kriegen Bescheid wissen. Dasselbe ließe sich auch über viele Friedensmissionen sagen.

4. TEIL

Menschliche Fehler und Schwächen in der Geopolitik

Mit guten Gründen zieht der Militärhistoriker Victor Davis Hanson das Fazit, dass sich Krieg und Kriegsführung durch die technologische Entwicklung verändert hätten, dass Motive, Themen, Gefühle und Rhetorik jedoch im Lauf der Jahrhunderte konstant geblieben seien. Arroganz, Fehleinschätzungen, Habgier, falsch verstandene Ehre und die ganze Bandbreite der Emotionen hätten Generäle häufig dazu verführt, ihr Glück zu versuchen und selbst dann in den Kampf zu ziehen, wenn der gesunde Menschenverstand eigentlich davon abgeraten hätte. Zorn, Stolz, Ehrgefühle, Angst und Eigennutz erklärten den Wunsch, große oder kleine Kriege zu führen, in der Regel besser als irgendwelche anderen Gründe. Kurz, die ewigen Leidenschaften und menschlichen Fehler haben großen Einfluss auf Ausbruch, Entwicklung und Resultat kriegerischer Konflikte.

Dasselbe lässt sich über die enge Beziehung zwischen Geopolitik und menschlichen Schwächen sagen. Denn am Ende sind es Menschen, die Entscheidungen fällen und dabei nicht nur von rationalen Argumenten geleitet werden. Sie mögen noch so ausgeglichen, unparteiisch, intelligent und nachdenklich sein, niemand ist immer frei von Vorurteilen, Ignoranz und

fehlendem Verständnis. Hanson verweist darauf, dass schon die alten Griechen den Krieg für irrational hielten: oft mehr das Ergebnis heftiger Emotionen als einer materiellen Notwendigkeit.

Auch Barbara Tuchman kommt zu ähnlichen Resultaten: Regierende wie Kriegführende würden häufig von »nicht-rationalen menschlichen Schwächen« beherrscht, von »Ehrgeiz, Ängstlichkeit, Statusstreben, Wahrung des Gesichts, Illusionen, Selbsttäuschungen, Vorurteilen. Obwohl die Struktur des menschlichen Denkens auf dem logischen Fortschreiten von der Prämisse zur Schlussfolgerung beruht, ist es gegen die Schwächen und Leidenschaften nicht gefeit.«

Obwohl seit Jahrhunderten wiederholt wird, dass man aus der Vergangenheit lernen müsse, um nicht in dieselben Fehler zu verfallen, stolpern die Staaten bei ihren geopolitischen Entscheidungen immer wieder über dieselben Steine.

Missachtung nationaler Eigenheiten

Die Eigenheiten der Völker zu kennen, ist grundlegend für die Planung von Operationen, die andere Kulturen, Traditionen, Religionen und Weltanschauungen berühren. Gilt das schon für kommerzielle Beziehungen, so wird dieses Wissen vollends zur Priorität, sobald die Möglichkeit des Kriegs gegen eine andere Zivilisation ins Spiel kommt. Es ist absolut unvernünftig, wenn auch nicht selten, gegen ein Volk ins Feld zu ziehen, von dem man nicht weiß, welchen Wert es dem menschlichen Leben zumisst, wie kriegerisch es in der Geschichte gewesen ist, wie sehr es nach Revanche dürstet, welchen Hass es auf Invasoren entwickelt, wie genügsam, entschlossen und stolz es sein kann oder wie sehr es dazu neigt, Gewalt als primäres Mittel zur Lösung von Konflikten anzusehen - um nur einige Faktoren zu erwähnen, die in einer tiefgreifenden, detaillierten Analyse zu berücksichtigen sind.

Häufig ergeben sich Probleme aus einem Mangel an Interesse, den »anderen« zu verstehen, ihn kennenzulernen und seine Mentalität, seine Sorgen und Zielsetzungen zu begreifen. Dieses Unverständnis mischt sich mit einer großzügigen Dosis Geringschätzung für andere und ist überaus typisch für Kulturen, die für sich in Anspruch nehmen, besonders fortschrittlich und weit entwickelt zu sein, zurzeit also die westliche Welt. Wie Barbara Tuchman zeigt, mag die Menschheit zwar einige gemeinsame Grundüberzeugungen haben, doch die konkreten Bedürfnisse und Zielsetzungen der Menschen unterscheiden sich je nach den Umständen deutlich. Die Vorstellung, »dass die gesamte Menschheit die demokratische Freiheitsvorstellung des Westens teile«, sei zum Beispiel ein »amerikanischer Wahn«.

Dies zeigte sich im irrtümlich so bezeichneten »Arabischen Frühling«, als die westlichen Medien, angetrieben durch politische Reden, die jeder Grundlage entbehrten oder bei denen

zumindest der Wunsch Vater des Gedankens war, schlankerhand behaupteten, der Großteil der Bevölkerung in den betreffenden Ländern kämpfe für die unmittelbare Einführung einer Demokratie. Tatsächlich wollte die Mehrheit die - im Wesentlichen säkular orientierten - Autokraten stürzen, um einen politischen Islam durchzusetzen, das heißt, eine von Islamisten geführte neue Regierung. Das zeigte sich schon bald in Ägypten und Libyen, und es droht auch in Syrien.

Michael Howard stellt als Idealfall den Wunsch und das Bemühen dar, die Probleme gegnerischer Parteien zu verstehen, selbst wenn man nicht mit ihnen sympathisiert. Dieser Standpunkt ließe sich als distanzierte Empathie charakterisieren: verstehen, ohne sich beeinflussen zu lassen; sich in die Lage des anderen versetzen, ohne jedoch gezwungen zu sein, dessen Vorstellungen zu teilen oder zu rechtfertigen, geschweige denn sie sich zu eigen zu machen. Vielmehr versucht man zu verstehen, um aus einer Situation das Beste machen zu können. Das ist leichter gesagt als getan, da der Mensch im Allgemeinen offenbar nicht dazu neigt, sich in seine Mitmenschen hineinzuversetzen.

Unverständnis ist weit verbreitet

Trotz der Lektionen, die uns die Geschichte bereithält, werden immer wieder dieselben Fehler begangen, ob in Afghanistan und Pakistan, im Irak oder im Jemen, wo es in letzter Zeit zunehmend zum Einsatz von Drohnen und zu systematischen Bombardements gekommen ist. Da das Prinzip der Vergeltung in diesen Teilen der Welt stark verwurzelt ist, hat man damit nur erreicht, die Konflikte auf viele Jahrzehnte hinaus fortzuschreiben.

In westlichen Ländern herrscht weitgehende Ignoranz, wenn es um Asien ganz allgemein und speziell wenn es um muslimische

Länder geht. Pedro Herranz stellt in *Status belli* fest, dass bei einem Großteil der Fragen die Sichtweise anderer Völker nicht zu westlichen Standpunkten passt. Speziell die Chinesen, erläuterte Zbigniew Brzezinski, haben als Folge der Ausbeutung durch ausländische Mächte - vom Opiumkrieg mit Großbritannien (1839-1842) bis zur japanischen Invasion ein Jahrhundert später - ein »tiefes Gefühl kultureller Demütigung« entwickelt.

Wie wichtig es ist, die Völker zu verstehen, die man beherrschen will, haben unter anderen bereits Machiavelli und Xenophon dargelegt. Machiavelli schrieb in *Der Fürst:* »Auch wenn man über das mächtigste Heer gebietet, bedarf man der Gunst der Einwohner, um in ein Land einzudringen.« Als Beispiel führte er den französischen König Ludwig XII. an, der Mailand so rasch verloren wie erobert habe, da just das Volk, das ihm die Tore geöffnet hatte, »den Verdruss über den neuen Herrscher, der seine Erwartungen betrogen hatte, nicht länger ertragen mochte«. Denn gegen niemanden, das wusste schon Xenophon, erheben sich die Menschen so schnell wie gegen jene, die offenkundig beabsichtigen, sie zu beherrschen.

Afghanistan oder: Aus fremden Fehlern lernt man nicht

Die Sowjets zogen weder ihre Lehren aus der Geschichte, noch schätzten sie die Eigenheiten des afghanischen Volkes angemessen ein. Dieser Fehler kostete sie im Krieg in Afghanistan (1979-1989), dem »Vietnam der UdSSR«, mindestens 15000 Gefallene. (Die genaue Zahl behandelt Moskau weiterhin als Staatsgeheimnis.) Obwohl sie nie in einer großen Schlacht besiegt wurden, die allerdings auf derart zerklüftetem Gelände auch fast unmöglich wäre, verloren die Sowjets am Ende den Krieg gegen schlecht

ausgerüstete und desorganisierte Milizen, die von außen finanziell und materiell unterstützt wurden.

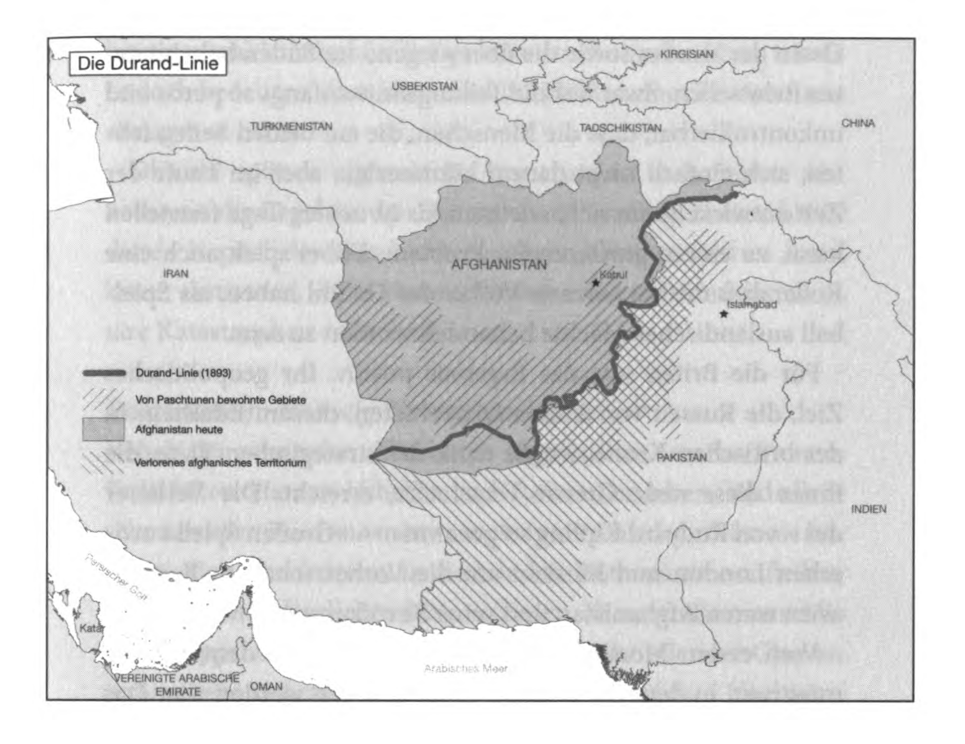
Noch schlimmer, wenn das überhaupt möglich ist, war Washingtons Mangel an Vorausschau, als die USA 2001 als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September beschlossen, in Afghanistan einzumarschieren.

Die Paschtunen, eine Nation ohne Staat, die aktuell aus über 40 Millionen Menschen besteht (13,8 Millionen auf afghanischem Boden und 26,6 Millionen in Pakistan), wurden von ausländischen Mächten schon oft missverstanden. Sie wurden auf zwei Länder verteilt, als die Briten 1893 beschlossen, die Durand-Linie als Grenze zwischen den Einflusssphären Afghanistans und Britisch-Indiens zu etablieren.

Die Durand-Linie

Ende des 19. Jahrhunderts lag den Briten - die 1858 Britischindien gegründet hatten - daran, eine möglichst große Pufferzone zwischen sich und Russland einzurichten, das ebenfalls expandierte und im Begriff war, auf Indien vorzurücken. Die beste Lösung aus britischer Sicht schien ein »Pufferstaat« zu sein: Afghanistan. Zugleich hofften sie so zu verhindern, dass das Zarenreich seinen ewigen Traum realisierte, sich Zugang zu eisfreien Gewässern zu verschaffen - in diesem Fall über das Arabische Meer und den Indischen Ozean. So kam die britische Regierung 1893 zu dem Entschluss, eine offizielle Grenze zwischen dem britischen Raj und seinem westlichen Nachbarn Afghanistan zu ziehen.

Diese Aufgabe wurde Sir Henry Mortimer Durand übertragen, dem Außenminister von Britisch-Indien. Am 11. November 1893 unterzeichneten Durand und der afghanische Emir Abdur Rahman Khan, den seine eigenen Untertanen beschuldigten, eine Marionette Londons zu sein, ein vorbereitendes Abkommen,



worin dem Emir garantiert wurde, dass Britisch-Indien seine Person und sein Reich beschützen werde, falls es von äußeren Feinden angegriffen würde. Am Tag darauf, am 12. November, wurde der Vertrag über die Durand-Linie unterschrieben, in dem der Emir zusätzlich eine jährliche Pension zugesprochen bekam. Doch schon im Augenblick der Unterzeichnung war die Durand-Linie, was sie auch weiterhin sein sollte, eine unerschöpfliche Quelle des Streits. Denn Afghanistan büßte über die Hälfte seines Territoriums ein (den gesamten Ostteil, der heute die westliche Hälfte Pakistans bildet) und damit auch seinen Zugang zum Meer. Seither ist Afghanistan vollständig von Festland umgeben.

Auch ein menschliches Drama nahm seinen Anfang, da die Demarkationslinie als künstliche Grenze Kulturen und Stämme zerteilte, insbesondere die der Paschtunen im Zentrum und

Osten des Landes sowie die überwiegend im Süden beheimateten Belutschen. Zwar war die Teilungslinie anfangs so porös und unkontrollierbar, dass die Menschen, die auf beiden Seiten lebten, sich einfach nicht darum kümmerten, aber im Laufe der Zeit entwickelte sie sich, wie man bis in unsere Tage feststellen kann, zu einem gravierenden Problem. Dabei spielt auch eine Rolle, dass die betroffenen Völker das Gefühl haben, als Spielball ausländischer Mächte behandelt worden zu sein.

Für die Briten war das Ergebnis positiv. Ihr geopolitisches Ziel, die Russen von Indien fernzuhalten, diesem Edelstein in der britischen Krone, wurde dank der strategischen Tiefe, die ihnen diese neue Grenze verschaffte, erreicht. Die Verlierer des - von Rudyard Kipling so genannten - »Großen Spiels« zwischen London und Moskau um die Vorherrschaft in Zentralasien waren Afghanistan und seine Bevölkerung.

Vom ersten Moment an hatten die Afghanen dem Vertrag misstraut, in dem die Durand-Linie gezogen worden war. Das Dokument, das aus nur einer Seite mit sieben kurzen Artikeln bestand, war auf Englisch verfasst, obwohl der Unterzeichner auf afghanischer Seite, Emir Abdur Rahman Khan, der englischen Sprache vollkommen unkundig war. Angeblich wurden zwei Kopien der Abmachung auf Paschtu und auf Dari ausgefertigt, den beiden Mehrheitssprachen Afghanistans, doch sie sind verschollen, und es ist bis heute unbekannt, ob diese Versionen jemals existiert haben. Mehr noch, diejenigen, die diese Abschriften in den zwei örtlichen Sprachen für Wirklichkeit halten, glauben auch, dass sie ein paar Abweichungen zur englischen Fassung aufwiesen.

Unter anderem soll darin eine zeitliche Begrenzung des Vertrags auf hundert Jahre gestanden haben, nach deren Ablauf das Land, das von Afghanistan abgespalten wurde, in die Hand seiner rechtmäßigen Besitzer zurückkehren sollte. Aus der

heutigen pakistanischen Perspektive ist das undenkbar, würde es doch bedeuten, dass Islamabad die Hälfte seines Territoriums abzugeben hätte.

Obwohl spätere afghanische Regierungen in weiteren Abkommen die Legalität der Durand-Linie bestätigt haben, bleibt dieses Kapitel der Geschichte unabgeschlossen, und es kann kaum erstaunen, wenn daraus weiterhin Gewalt und humanitäre Katastrophen entstehen.

Paschtunen: die ewig Unverstandenen

Neben der ethnischen Vielfalt in Afghanistan, wo Paschtunen, Tadschiken, Hazara, Usbeken und Turkmenen leben, sind allein schon bei den Paschtunen etwa sechzig verschiedene Stämme bekannt, die sich wiederum in vierhundert Unterstämme aufteilen, auch diese mit deutlichen Unterschieden. Diese große menschliche Gruppe, in deren Gesellschaft die Familie oder der Clan an erster Stelle stehen, war schon immer stolz auf ihre Unabhängigkeit und hat daher die Kabuler Regierungen nie akzeptiert, die in den letzten hundertfünfzig Jahren ohnehin meist von fremden Mächten eingesetzt waren.

Die einzigen Gesetze, die dieses legendäre Volk achtet - seine Geschichte geht mehr als fünf Jahrhunderte zurück, manchen zufolge sogar zweieinhalb Jahrtausende, da bereits der griechische Historiker Herodot das Volk in diesem Landstrich verortet -, ergeben sich aus seinem ungeschriebenen Kodex, dem *Paschtunwali*. Dieser umfasst die Prinzipien, die als Grundpfeiler der paschtunischen Gesellschaft anzusehen sind: *Melmastia* bezeichnet die Pflicht, Fremden Gastfreundschaft und Schutz zu gewähren; *Nanawatai* spricht Flüchtigen Asyl und Zuflucht zu; und *Badal* schließlich fordert Rache für Beleidigungen, Diebstahl, Kränkung der persönlichen Ehre oder jene der unmittelbaren Familie sowie bei Verletzung oder Tötung eines Angehörigen.

Der Aspekt der Rache wird im Westen regelmäßig nicht verstanden, insbesondere in jenen Ländern, wo diese Praxis unüblich ist. Gerade die katholische Tradition macht es nahezu unmöglich, die Bedeutung von Rache zu verstehen. Wird in katholisch geprägten Gesellschaften jemand Opfer eines Affronts, so hat er traditionsgemäß zu verzeihen, so schwerwiegend das Vergehen auch sein mag, und nicht etwa seine persönlichen Gelüste nach Vergeltung zu befriedigen.

Betrachtet sich hingegen ein Paschtune als Opfer einer Untat, vor allem wenn es um den Tod einer ihm nahestehenden Person geht, dann ist er gezwungen, die Schmach zu tilgen, egal wie viel Zeit bis dahin vergeht. Das Phänomen unterscheidet sich nicht wesentlich von den Abläufen in anderen Kulturen, auch wenn manche es mit der Religion assoziieren wollen, in diesem Fall mit dem Islam: Rache ist eher in der kulturellen als in der religiösen Tradition verwurzelt, was allzu häufig vergessen wird. Sooft also ein paschtunisches Lager angegriffen oder eine Gruppe von Paschtunen durch Flugzeuge oder Drohnen bombardiert wird, sehen deren Angehörige sich genötigt, Rache an den Verantwortlichen oder auch an irgendwelchen anderen Bürgern des angreifenden Landes zu nehmen. Anstatt die Probleme zu lösen, die in diesem Teil der Welt ohnehin schon extrem komplex sind, werden diese also noch weiter verschärft.

Man denke nur an die Worte des britischen Schriftstellers Aldous Huxley: »Der moderne Krieg vernichtet alles äußerst wirksam und ohne Unterschied und zieht daher weitaus schlimmere Ungerechtigkeiten nach sich, als er beheben soll. [...] Kriege bereiten dem Krieg kein Ende; meist ist das Ergebnis ein ungerechter Friede, der den Ausbruch eines Rachefeldzugs unvermeidlich macht.«[75] Wenn es ein Szenario gibt, auf das diese Aussage absolut zutrifft, so ist es Afghanistan.

Zudem hätte schon die Lektüre von Geschichtsbüchern die Sowjets wie die US-Amerikaner davon abhalten müssen, die Fehler zu wiederholen, die bei vergangenen Versuchen began-gen wurden, diese Stämme zu beherrschen. Winston Churchill beschrieb nach seinem Aufenthalt in Afghanistan im Jahr 1897 seine Eindrücke von den Paschtunen mit Worten, die auch heute noch Gültigkeit haben dürften:

Ausgenommen zur Erntezeit, wenn das Gebot der Selbsterhaltung zu zeitweiligem Waffenstillstand zwingt, leben die [Paschtunen] Stämme ständig im Krieg von Mann zu Mann oder von Gemein-schaft zu Gemeinschaft. Jeder einzelne ist Krieger, Politiker und Theologe. Jedes größere Haus ist eine Festung für sich [...] Jedes Dorf hat seine Verschanzung. Jede Familie unterhält ihre Ven-detta, jeder Clan seine Fehde. All die zahlreichen Stämme und Gruppen von Stämmen haben Rechnungen miteinander zu be-gleichen. Nichts wird vergessen, und höchst selten bleibt einmal eine Schuld unbezahlt.[76]

Dennoch wird es weiter Leute geben, die partout versuchen, ein unbeugsames Volk zu unterwerfen, das man nur durch die Aus-löschung sämtlicher Mitglieder niederringen könnte. Da dies logischerweise unmöglich und inakzeptabel wäre, werden dieje-nigen, die sich halsstarrig weiter daran versuchen, nur ein ums andere Mal gegen die menschliche Wand fahren, die das unge-zähmte afghanische Volk bildet.

Die Lektion, die Petraeus (nicht) lernte

Als der Befehlshaber der 101. US-Luftlandedivision, General David Howell Petraeus, Absolvent der US-Militärakademie in West Point und später an der Universität Princeton mit einer Doktorarbeit über die Lehren des Vietnamkriegs promoviert,

im Jahr 2003 im Irak eintraf, schien er keine Bedenken zu haben angesichts eines Landes, in dem das Chaos und der Tod regierten. Er begriff vielmehr, dass sich ihm die Gelegenheit bot, in Mossul alles anzuwenden, was er über irregulären Krieg gelernt hatte. Seine Inspirationsquelle war das 1964 von dem französischen Oberstleutnant David Galula verfasste Buch *Contre-insurrection: Theorie et pratique* (Aufstandsbekämpfung: Theorie und Praxis). Galula studierte zehn Jahre lang die subversiven Taktiken, die in China, Griechenland und Indochina zum Einsatz gekommen waren, wurde dann ins koloniale Algerien beordert, wo er innovative Konzepte umsetzte, die er anschließend in seinem genialen Traktat erläutern sollte. Das neue Handbuch der US Army zur Aufstandsbekämpfung *(counterinsurgency),* das im Dezember 2006 vorgestellt wurde, basiert nahezu vollständig auf dieser Arbeit.

Als General Petraeus im Juni 2004 das Kommando über das *Multi-National Security Transition Command* übernahm, gelang es ihm, sämtliche Hinweise des französischen Offiziers mit den gebotenen Anpassungen in die Praxis umzusetzen, und die Ergebnisse ließen nichts zu wünschen übrig. Im Vorwort zu der in diesen Jahren wieder aufgelegten französischen Ausgabe von Galulas Buch erinnerte Petraeus daran, dass militärische Interventionen in einem fremden Land bis vor kurzer Zeit nur Extreme kannten: entweder die Vernichtung der Aufständischen oder das eilige Verlassen des betreffenden Territoriums. Galula hingegen lehrte, dass nichts ohne die rückhaltlose Unterstützung einer großen Mehrheit der Bevölkerung erreicht werden könne, die eine eigene, als legitim und integer angesehene Regierung stützt.

Wenig später bot sich Petraeus eine nahezu unmögliche Herausforderung, aus der er als großer Feldherr des 21. Jahrhunderts und wahrscheinlicher Kandidat für das Weiße Haus hätte

hervorgehen können. Er riskierte aber auch, zugeben zu müssen, dass seine Triumphe im Irak eine Täuschung gewesen waren - die bloße Folge einer Reihe nicht wiederholbarer Umstände.

Afghanistan, das Invasionen seit den Zeiten Alexanders des Großen widerstanden hatte, schien sich über eine solche Frage lustig zu machen, verschanzt in einem Labyrinth aus Armut, Unbildung und religiösem Fanatismus. Zu viele Afghanen verspürten bei Petraeus' Ankunft den Drang, einen weiteren Eindringling aus dem Land zu werfen, voll vom Stolz eines Volkes, das noch sehr gut wusste, wie es vor anderthalb Jahrhunderten 12000 Briten erledigt und lange Zeit später 300000 Sowjets gedemütigt hatte.

Als Petraeus am 31. Oktober 2008 Oberbefehlshaber des unter anderem für Afghanistan zuständigen *Central Command* der Vereinigten Staaten wurde, das seinen Sitz in Tampa hat, sah sich die afghanische Welt gerade einer wachsenden Guerillaoffensive gegenüber. Der Terrorismus operierte von der durchlässigen und schutzbietenden Grenze zu Pakistan aus, und die Taliban setzten den allzu knapp bemessenen internationalen Truppen immer wieder zu. Eines von Petraeus' Zielen war der Versuch, die Köpfe und Herzen des afghanischen Volkes zu gewinnen. Im Irak war ihm das gelungen, indem er über 11 Milliarden Dollar investiert, die Sicherheitskräfte auf 100000 Mitglieder aufgestockt, die ursprünglich aufgelöste Armee neu belebt und zahllose Wiederaufbauprojekte initiiert hatte. Nun würde es wesentlich sein, dass die Afghanen selbst Verantwortung für ihre Sicherheit übernähmen und die multinationalen Kräfte allmählich von dieser schweren Aufgabe entlasteten.

Aber dafür musste Petraeus erst eine spürbare Verbesserung der Lebensqualität erreichen und die Grundbedürfnisse der Bevölkerung erfüllen. Ein komplexes Problem, da in der

kulturellen Prägung der Mehrheit der Afghanen Demokratie, Liberalismus oder die Menschenrechte gar nicht erst vorkommen. Das Projekt würde sich über einen längeren Zeitraum etablieren müssen und Investitionen in ein Erziehungssystem erfordern, das sich mit den traditionellen Koranschulen, den Madrasas, messen könnte. Eine schwierige Aufgabe, zumal Kabul als das Nest politischer Korruption galt.

Petraeus war sich der Tatsache bewusst, dass er in Afghanistan auf ein noch ungezähmteres Volk treffen würde als im Irak. Dort hatte es der General mit einer Bevölkerung zu tun gehabt, die mehrheitlich gebildet war, eine gewisse Vorstellung von Modernität hatte, wusste, was ein stabiler Staat ist, und sich weiterhin als Nation verstand, während das Erdöl üppiger floss als die Wasser von Euphrat und Tigris. Hier jedoch musste er den Wechselfällen eines Volkes begegnen, das überwiegend noch wie im Mittelalter lebte, mit einer Lebenserwartung von siebenundvierzig Jahren, höherer Treue zum Clan und zum Stamm als zu einer Nation, die es nicht anerkannte, und internationalen Grenzen, die es sich nicht einmal vorstellen konnte.

Eine titanische Aufgabe - nicht zuletzt, weil das afghanische Territorium um 50 Prozent größer und erheblich schroffer und unwirtlicher ist als der Irak und weil seine Bevölkerung, obwohl von ähnlicher Größe, weiter verstreut und zersplittert ist. Ganz zu schweigen davon, dass eine Kommunikationsinfrastruktur nahezu völlig fehlt.

Das alles kam Petraeus vollends zu Bewusstsein, als er im Juli 2010 von Präsident Obama als Kommandeur der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) und der US-amerikanischen Truppen in Afghanistan nominiert wurde. Er blieb lediglich ein Jahr auf diesem Posten, ohne den Erfolg wiederholen zu können, den er im Irak erzielt hatte. Zurück ließ er ein noch weiter im Chaos versunkenes Land - trotz der gewaltigen

menschlichen und ökonomischen Anstrengungen, die eine Vielzahl von Ländern dort inzwischen unternommen hat.

Doch wenn man die Eigenheiten eines Volkes nicht versteht, fuhrt das unweigerlich zu solchen Fehlschlägen. Rezepte, die in einem bestimmten Umfeld funktioniert haben, müssen nicht auch anderswo erfolgreich sein, und Afghanistan ist einer der rebellischsten Orte überhaupt.

Die unverstandene arabische Welt

Der britische Offizier und Schriftsteller T. E. Lawrence - dessen Beteiligung am arabischen Aufstand während des Ersten Weltkriegs in dem Film *Lawrence von Arabien* (David Lean, 1962) dargestellt wurde - reflektiert in seinem 1926 geschriebenen Buch *Die sieben Säulen der Weisheit* das gegenseitige Unverständnis zweier Welten, die notgedrungen eine Zeit lang Zusammenleben: die westliche und die arabische. Lawrence beschreibt die Araber wie folgt: »Sie sind dogmengläubig und verabscheuen den Zweifel, die Dornenkrone unserer Zeit. Sie haben kein Verständnis für unsere metaphysischen Bedenken oder unsere grüblerischen Fragestellungen.«

Ebenso kritisiert er seine britischen Landsleute und die Westler im Allgemeinen für ihren Mangel an Interesse, die Araber zu verstehen. So bemerkt er in *Aufstand in der Wüste*, der ein Jahr später geschriebenen Kurzfassung des genannten Buchs: »Die Art, wie sie als Araber handelten und dachten, [war] genauso klar und folgerichtig wie die unsere und im Grunde in keiner Weise unverständig oder fremdartig; und wenn sie manchmal undurchsichtig oder allzu >orientalisch< erschienen oder wir sie missverstanden, so lag die Schuld immer nur an unserer eigenen Schwerfälligkeit oder Unwissenheit.«

In der arabischen Welt neigen sich die Leute den Starken zu, den dominanten Persönlichkeiten, ob Stammeshäuptling, Familienpatriarch, spiritueller oder religiöser Führer, mächtiger Geschäftsmann oder Angehöriger der herrschenden Klasse. Ihnen werden die höchsten Ehren zuteil, und sie können blinden Gehorsam erwarten. Sobald jedoch eine andere Figur erscheint, die den bisherigen Anführer an Größe übertrifft, oder dieser in Ungnade fällt und sein Ansehen einbüßt, gilt er als entehrt und zählt künftig nicht mehr viel. Das betrifft in gewisser Weise auch die Anführer salafistisch-dschihadistischer Gruppen, denen es gelingt, ein Gefolge um sich zu scharen, solange sie dominant und medienwirksam auftreten. Deutlich wurde das etwa beim Übergang der Loyalitäten von Al-Qaida an den Islamischen Staat - ein Wechsel, den terroristische Organisationen überall auf der Welt vollzogen.

Während im Westen niemand mehr bereit zu sein scheint, für Prinzipien oder Grundwerte zu kämpfen, spielen in der arabischen Kultur Ehre und Schmach eine zentrale Rolle. Die Ehre ist dort ein Grundpfeiler im Leben der Menschen und um jeden Preis zu bewahren. Um seine eigene Ehre und die der Familie zu schützen, wird gelogen, gekämpft und nötigenfalls auch getötet. Und wenn ein Mann nicht in der Lage ist, seine Ehre zu wahren, befällt ihn eine quälende Scham, die ihn treibt, sich an dem zu rächen, der ihn beleidigt hat. Dazu setzt er alle erforderlichen Mittel ein, bis hin zu extremer Gewalt. Die Beleidigung kann auch von einem Verwandten ausgehen, etwa einer Tochter, die sich unehrenhaft verhalten hat; mancherorts werden Ehrenmorde an den eigenen Angehörigen begangen. Das führt dazu, dass sich Araber an die Normen der Gesellschaft, in der sie leben, und an die Gesetze ihrer Religion halten.

Die arabische Welt ist schwierig zu verstehen, wenn man aus einer offeneren und nachsichtigeren Gesellschaft und Kultur

kommt, wo auf wenige Dinge Wert gelegt wird, wo die Prinzipien des Umgangs sich auflösen, wo alles infrage gestellt werden darf und viele Traditionen banalisiert wurden, wenn sie nicht ganz verloren sind. Diese westliche Welt, in der jede Lebenseinstellung erlaubt ist und toleriert wird, während schief angesehen wird, wer es wagt, Grenzen zu ziehen oder selbst gegen schlimmste Übergriffe Schranken zu errichten, ist unfähig zu verstehen, dass es so unterschiedliche Gesellschaften geben kann, die auf radikal anderen Prinzipien beruhen.

General Lyautey - Sieger durch Schulen und Krankenhäuser

Ein positives Beispiel für den Umgang mit diversen Völkern gab der französische General Hubert Lyautey. Dieser brillante Offizier, der seine Karriere in Indochina begann, war der Vorreiter einer innovativen Art des Auftretens von Armeen gegenüber den Bewohnern der Kolonien, die die europäischen Mächte des 19. Jahrhunderts in weiten Teilen der Welt errichtet hatten.

Lyauteys in Nordafrika mit Erfolg angewandte Strategie gründete darauf, militärische Operationen mit politischen und sozialen Maßnahmen zu verbinden. Dieses Vorgehen, das auch soziale und wirtschaftliche Entwicklungen in den Blick nahm, machte es erforderlich, sich primär auf leichte und bewegliche Kräfte zu stützen, die den Kontakt mit dem Volk erlaubten. So wurde versucht, ein Höchstmaß an Akzeptanz seitens der Kolonisierten zu erreichen und das Aufkommen oppositioneller Bewegungen zu unterbinden.

Besonders zur Geltung kam diese Herangehensweise, als Lyautey in die Region Oran geschickt wurde, um einen Aufstand zu ersticken. Nachdem er von seinen Vorgesetzten freie Hand

und die politische Kontrolle erhalten hatte, beschloss der französische General, seine Truppen nicht gegen die Rebellen einzusetzen. Nur bei wenigen Gelegenheiten entschied er sich für den beschränkten Einsatz von Gewalt, ansonsten gewann er die Stämme für sich, indem er ihnen Schutz bot und versprach, Krankenhäuser und Schulen errichten zu lassen und sich für weitere Gemeinschaftsgüter einzusetzen (Brunnen, Straßen, Verbesserung der landwirtschaftlichen Methoden usw.).

Die Unterschätzung des vietnamesischen Volkes

Dass die US-Amerikaner im Vietnamkrieg scheiterten, lag nicht zuletzt daran, dass sie von einem Volk überrascht wurden, das lieber in Massen sterben als sich unterjochen lassen wollte. Eigentlich hätten sie gewarnt sein müssen. Als die Vereinigten Staaten 1963 ihr Engagement in Vietnam intensivierten, bemerkte der sowjetische KP- und Regierungschef Nikita Chruschtschow gegenüber einem hohen US-amerikanischen Beamten: »Wenn Sie wollen, dann gehen Sie nur, kämpfen Sie in den vietnamesischen Wäldern. Die Franzosen haben sieben Jahre lang dort gekämpft und mussten am Ende abziehen. Vielleicht haltet ihr Nordamerikaner ein bisschen länger aus, aber am Ende werdet auch ihr wieder abziehen.«

Am besten fasste wohl General Vo Nguyen Giap, während des gesamten Kriegs Oberbefehlshaber der nordvietnamesischen Armee, die Ereignisse zusammen:

In tausend Jahren Fremdherrschaft haben wir uns nicht assimilieren lassen. Das vietnamesische Volk hat einen unbeugsamen patriotischen Geist. In Dien Bien Phu sagten die Franzosen, wir hätten keine Chance, und wir haben doch gesiegt. Als die Vereinigten

Staaten einmarschierten, sagten viele Leute, wir könnten nicht gewinnen. Am Schluss war der Faktor Mensch für den Sieg entscheidend.

Zu diesem mit so ungleichen Mitteln ausgefochtenen Krieg merkt Barbara Tuchman kritisch an, Washington habe die Entschlossenheit unterschätzt, mit der sich die Nordvietnamesen für ihr Ziel einsetzten. Mit einer solchen Motivation des Feindes hätten die Nordamerikaner nicht gerechnet, und so habe das Weiße Haus sämtliche Hinweise auf den glühenden Nationalismus und das leidenschaftliche Unabhängigkeitsstreben der Nordvietnamesen ignoriert. Ebenso ignorierten die Vereinigten Staaten die Vorhersage des französischen Generals Ledere - des Anführers der Streitkräfte für ein Freies Frankreich während des Zweiten Weltkriegs -, der prognostiziert hatte, die Rückeroberung Indochinas würde eine halbe Million Mann erfordern, und selbst dann wäre sie nicht zu schaffen. Tuchman fügt hinzu, die USA hätten den asiatischen Stoizismus und Fatalismus nicht angemessen zu deuten gewusst.

Kurzum, man beging den Fehler, die Geschichte Vietnams, seine Traditionen und seinen Nationalcharakter außer Acht zu lassen. Als Washington dann versuchte, mit der Regierung in Hanoi zu verhandeln, traf es, so Kissinger, auf eingefleischte Leninisten, die sich als unerbittliche Fürsprecher einer unvermeidlichen Zukunft ansahen, im Besitz einer absoluten Wahrheit und einer überlegenen moralischen Urteilskraft, sodass sie nicht bereit waren, Konzessionen zu machen oder etwas anderes anzunehmen als den unmittelbaren und vollständigen Rückzug der Amerikaner und die Absetzung der Regierung in Saigon.

Machtdemonstrationen als Zeichen von Schwäche

Der chinesische Stratege Sun Bin (2.-1. Jahrhundert v. Chr.) versicherte, selbst ein zehnfach überlegener Gegner könne besiegt werden, aber man müsse dafür einen Moment abwarten, in dem er nicht vorbereitet sei, und handeln, wenn er am wenigsten damit rechne. Die Lehre, die er damit vermittelt, ist eine zweifache. Einerseits sind bloße Macht und Gewalt keine Garantie für Sieg und Erfolg, da ihr Besitz an Wert verliert, wenn man sie nicht intelligent und umsichtig einzusetzen weiß. Andererseits wird ein Widersacher, so unbedeutend er auf den ersten Blick scheinen mag, doch versuchen, seine knappen Ressourcen möglichst effektiv einzusetzen und den mächtigen Gegner zu überraschen. Er wird dessen Schwachstellen ausnutzen - die jeder hat -, um ihm möglichst viel Schaden zuzufügen und eine demütigende Niederlage zu bereiten. Schließlich bedient sich der Schwache, wie schon Machiavelli schrieb, der Geschicklichkeit und Beharrlichkeit als Waffe.

Wer mit seiner Macht protzt, zeigt damit zugleich Schwäche. Man denke nur an die Geschichte von David und Goliath. Goliaths Körpergröße - etwa zweieinhalb Meter - und die zentnerschwere Rüstung machten ihn unbeholfen und langsam. David, klein und in Alltagskleidung, gestaltete den Kampf zu seinen Gunsten, indem er gerade so nahe an Goliath herankam, dass er seine tödliche Schleuder einsetzen konnte und dabei außerhalb der Reichweite des Riesen blieb.

Wer die Muskeln spielen lässt, verfügt über ein enormes Abschreckungspotenzial; die Mehrzahl der potenziellen Gegner sieht von Angriffen ab. Aber jene, die sich unmittelbar und unausweichlich bedroht fühlen und daher dem Kampf entgegen-

sehen, finden alternative Formen der Auseinandersetzung, um den mächtigen Gegner zu besiegen. Einer direkten Konfrontation gehen sie aus dem Weg. Die überlegene Macht einer Armee ist daher ein zweischneidiges Schwert. Sich unbesiegbar zu fühlen und das anderen zu vermitteln, kann zu gegebener Zeit ein Nachteil werden.

Der mächtigste Staat ist oft auch derjenige, der die meisten Feinde hat und den stärksten Bedrohungen ausgesetzt ist, wie die chinesischen Obersten Liang und Xiangsui schreiben. Auf die Vereinigten Staaten trifft das zu. De Marenches zufolge steht die Militärmacht der USA und ihrer wichtigsten Verbündeten - deren Länder vom Laizismus geprägt sind, vom Mangel an Disziplin, von fehlendem Respekt vor traditionellen Tugenden und der Suche nach künstlichen Paradiesen - »politischen Kämpfern« gegenüber, die durch einen Glauben, eine Philosophie oder eine Religion motiviert werden, egal ob man diese nun gut oder schlecht nennt. Einst waren das die Streiter für Christus, die Jerusalem zurückerobern wollten, die Reiter Allahs, die bis Budapest vorrückten oder quer durch Spanien zogen, die Angehörigen der Wehrmacht oder die russischen Soldaten in Stalingrad, die vietnamesischen Guerillakrieger oder die afghanischen Mudschaheddin. Jetzt erleben wir dasselbe mit dem wachsenden Islamismus, der andernorts längst vergessene Werte aufbietet und damit Kämpfer heranzüchtet, die zu höchsten Opfern bereit sind, ja sich geradezu danach sehnen, sie zu erbringen.

Asymmetrische Kriegsführung - ein kurzer historischer Abriss

Es mag erstaunen, wenn die Ausführungen zur asymmetrischen Kriegsführung mit einer Fabel beginnen, doch lässt sich die Quintessenz dieser Strategie nicht besser und kürzer illustrieren, als es Äsop in *Der Löwe und die Mücke* tut.

Eine Mücke forderte mit den übermütigsten Worten einen Löwen zum Zweikampf heraus: »Ich fürchte dich nicht, du großes Ungeheuer«, rief sie ihm zu, »weil du gar keine Vorzüge vor mir hast; oder nenne sie mir, wenn du solche zu haben glaubst; etwa die, dass du deinen Raub mit Krallen zerreißt und mit Zähnen zermalmst? Jedes andere feige Tier tut, wenn es mit einem Tapferen kämpft, dasselbe, es beißt und kratzt. Du sollst aber spüren, dass ich stärker bin als du!« Mit diesen Worten flog sie in eines seiner Nasenlöcher und stach ihn so sehr, dass er sich vor Schmerz selbst zerfleischte und sich für überwunden erklärte.

Diese griechische Fabel aus dem 6. Jahrhundert v. Chr. lehrt uns einiges über Terrorstrategien und Terroristen, ihre Ziele und Methoden: Es geht vor allem darum, überzogene Reaktionen zu provozieren, die mehr Schaden anrichten als der ursprüngliche Angriff.

Wer aus einer schwächeren Ausgangsposition in eine Auseinandersetzung geht, muss seine eigenen Stärken und Vorteile kennen und einsetzen, seien sie zeitlich oder räumlich auch noch so begrenzt. Er vermeidet die Stärken des Feindes und richtet sein Augenmerk auf dessen neuralgische Punkte (etwa die öffentliche Meinung). Er hält sich nicht an Regeln und Gesetze, Kosten und Verluste sind zweitrangig, auch das eigene Leben wird notfalls aufs Spiel gesetzt. Zudem wird versucht, die

Auseinandersetzung in die Länge zu ziehen, um den Gegner materiell und psychologisch zu ermüden.

Asymmetrie im Kampf hat es schon immer gegeben. Eine treffende Definition von Oberst Capaz Montes hält fest, dass in irregulären Kriegen, die man heute asymmetrisch nennt, einer der Gegner Kampftechniken, taktische Methoden und Waffen einsetzt, die sich von denen der anderen Seite markant unterscheiden. Solche Konflikte waren im Lauf der Geschichte völlig normal. Große Entscheidungsschlachten bilden eher die Ausnahme.

Während der siebenundzwanzig Jahre, die der Peloponnesische Krieg andauerte (431-404 v. Chr.), kam es nur zu zwei großen Feldschlachten: in Mantinea (418 v. Chr.) und Delion (424 v. Chr.). Wie Thukydides in seiner Darstellung dieses Krieges berichtet, führte die Asymmetrie zwischen der athenischen Seemacht und der mächtigen spartanischen Infanterie dazu, dass die häufigsten Aktionen Überraschungsangriffe waren, Nadelstiche gegen feindliche Truppen, terroristische Aktionen - wie man sie heute nennen würde -, Belagerungen, die systematische Zerstörung von Ackerland (Sabotage) und die Vergiftung von Brunnen.

Alexander der Große wurde durch zahlreiche Schlachten berühmt: die Schlacht am Granikos, in der er 334 v. Chr. auf dem Gebiet der heutigen Türkei die Perser besiegte; die Schlacht bei Issos, als er 333 v. Chr. das 600 000 Mann starke persische Heer Dareios' III. schlug, von denen über ein Viertel ums Leben kam, während er selbst lediglich 150000 Mann zur Verfügung hatte und nur den Verlust von 300 Griechen verzeichnen musste; und besonders die Schlacht von Gaugamela im Jahr 331 v. Chr., seine Glanztat par excellence, ein Meisterwerk der Militärtaktik. (Indem er Dareios III. besiegte, setzte Alexander dem persischen Reich ein Ende - und das, obwohl sein Gegner über 1 Million

Fußsoldaten, 40000 Reiter, 200 Kriegswagen und 15 Elefanten verfügte. Er selbst hatte nur 40 000 Fußsoldaten und 7000 Reiter zur Verfügung.) Auch die Schlacht gegen König Poros, die 326 v. Chr. am Hydaspes im heute pakistanischen Teil des Punjab stattfand, gehört in diese Reihe.

Viel weniger bekannt ist, dass Alexander einen Großteil seiner Feldzüge damit verbrachte, Aufstände auf dem Balkan, am Hindukusch und in Baktrien zu bekämpfen, und dass sein Heer dabei erhebliche Verluste erlitt. Im heutigen Afghanistan musste sich Alexander der Große mit kriegerischen Banden unter der Führung der lokalen Oberschicht herumschlagen, die leidenschaftlich auf ihre Unabhängigkeit bedacht war. Das dem Eindringling feindselige Gelände ermöglichte eine Zermürbungsstrategie, bei der mehr oder weniger zahlreiche Reitergruppen isolierte Teile von Alexanders Armee attackierten und dann in die Steppe oder Wüste flohen, um Stunden oder Tage später woanders wieder aufzutauchen.

Vielleicht eines der treffendsten Beispiele für einen ungleichen Kampf, in dem die theoretisch schwächere Seite obsiegte, ist der Spanische Unabhängigkeitskrieg (1808-1814), als sich das spanische Volk gegen die französische Besatzungsmacht erhob. Etwa 200 Partisanengruppen töteten im Durchschnitt 40 Franzosen pro Tag - unter Einsatz irregulärer Taktiken, die von Schüssen auf die Nachhut bis zu Hinterhalten gegen kleine Patrouillen reichten. Mit Geduld und Beharrlichkeit und ohne sich jemals auf eine Schlacht einzulassen, bescherten sie den napoleonischen Truppen 80 000 Tote im Jahr, sodass im Verlauf der sieben Kriegsjahre insgesamt über eine halbe Million Franzosen ihr Leben verlor. Um zu ermessen, was die Aktionen dieser Guerilla bedeuteten, bedenke man, dass zur selben Zeit nur 350000 Franzosen in Feldschlachten zu Tode kamen.

In seinem Buch *Wüsten-Guerilla* schlüsselt T. E. Lawrence auf, wie der Schwache gegenüber dem Starken vorzugehen hat. Aus seinen Erfahrungen im Kampf der Araber gegen die Türken im Ersten Weltkrieg leitet er folgende Prinzipien ab:

1. sich in einem speziellen Zweig die Überlegenheit zu sichern;
2. mit dem Feind überhaupt nicht mehr ins Gefecht zu gehen;
3. den feindlichen Soldaten niemals ein Ziel zu bieten;
4. perfekte Aufklärung zu betreiben;
5. ausgiebig auf psychologische Kriegsführung zurückzugreifen;
6. eine außerordentlich bewegliche, hervorragend ausgerüstete Art von Armee in minimaler Größe zu formen;
7. das schwächste Glied des Feindes aufzuspüren und ausschließlich auf dieses einzuwirken;
8. moralische statt physischer Schlachten zu schlagen;
9. überfallartig anzugreifen und zu fliehen, nicht Druck auszuüben, sondern zuzuschlagen;
10. hochexplosive Sprengstoffe zu verwenden;
11. ein Maximum an Irregularität und Gliederung zu erreichen;
12. eine nicht zu erstürmende Basis zu besitzen;
13. sich auf eine freundlich gesinnte Bevölkerung zu stützen;
14. über ein Maximum an Mobilität zu verfügen.

Maos langer Marsch ist ein hervorragendes Beispiel für die erfolgreiche Anwendung von Lawrences Ratschlägen. Die Rote Armee war klein, schwach, schlecht bewaffnet, und sie hatte logistische Schwierigkeiten. Aber durch einen in die Länge gezogenen Krieg, in dem von Mao Zedong geschickt geführte

Guerillaeinheiten eine erhebliche Rolle spielten, und durch Konzentration ihrer Anstrengungen gelang es der Roten Armee der Kommunisten, die Armee von Chiang Kai-sheks Kuomintang (Nationale Volkspartei Chinas) zu besiegen. Diese führte einen konventionellen Krieg und hatte letztlich wenig davon, dass sie von den wichtigsten Ländern unterstützt wurde, mit Waffen und Material gut ausgerüstet und zahlenmäßig überlegen war.

Wer heute asymmetrische Kriege führt, ob in Afghanistan oder im Irak, der versucht mit seiner Strategie, den Konflikt in die Länge zu ziehen, eine größtmögliche Zahl an Opfern zu treffen, das Gefühl ständiger Unsicherheit zu schaffen, durch das Schüren von Angst den nationalen Zusammenhalt zu schwächen, demokratische Regierungen dazu zu bringen, dass sie gegen ihre eigenen Werte verstoßen, einen Keil zwischen internationale Bündnisse zu treiben und das Volk verfeindeter Länder dahingehend zu beeinflussen, dass es die Regierenden zu Entscheidungen drängt, die im Sinne der Guerillakämpfer sind.

Als Meister der psychologischen Kriegsführung und der Medienmanipulation versuchen sie, gegenüber einem Feind, der militärisch drückend überlegen wäre, Stimmungsvorteile zu erzielen. Dabei haben sie freie Hand, da sie ja keiner öffentlichen Meinung verpflichtet sind und von keinem zögerlichen und leicht zu beeinflussenden Parlament in ihren Initiativen gebremst werden. Die neuralgischen Punkte, die sie immer wieder ins Visier nehmen, sind die Öffentlichkeit und die politischen Entscheidungsträger, denn Worte und Ideen sind, um die französische Autorin und Politikerin Suzanne Labin zu zitieren, die Stoßtruppen des Revolutionskriegs.

Gegenwärtig übersetzt sich ein Zuwachs an Stärke nicht unbedingt in einen Zuwachs an Macht. Zudem ist der Starke daran gehindert, sein kriegerisches Potenzial voll zu entfalten - aus

Respekt vor seinen Prinzipien und demokratischen Werten und wegen der Einschränkungen, die ihm die öffentliche Meinung auferlegt, was früher so nicht der Fall war. Der Schwache hat daher Chancen auf den Sieg und wird sich dessen immer mehr bewusst.

Die perfide Strategie des Terrorismus

Wenn es eine asymmetrische Situation par excellence gibt, dann ist es der Terrorismus - ein abscheuliches Werkzeug, das in den Gesellschaften, die davon heimgesucht werden, Schmerz, Leid und psychotische Zustände verursacht. Für bewaffnete Gruppen, die durch extremistische - politische und/oder religiöse - Ideologien geprägt wurden, sind ihre terroristischen Anschläge unabhängig von den Zielen, die sie damit verfolgen (Aufstand, Revolution, Separatismus, Kampf gegen Invasoren oder zwischen unterschiedlichen Glaubensrichtungen usw.), zumeist ein standardmäßiges Verfahren. Dabei kann es sich um ihre Hauptaktivität handeln oder um eine flankierende Maßnahme für andere, konventionellere Vorgehensweisen.

Durch den Einsatz asymmetrischer Schritte versuchen Terroristen, einen Gegner zu überwinden, den sie als haushoch überlegen einschätzen, nicht nur auf militärischem Gebiet; zugleich hoffen sie ihr Anliegen in rechtfertigender und legitimierender Weise publik zu machen und dadurch auch Geld, Anhänger und Mitstreiter anzuwerben.

Im Bewusstsein, dass Terrorismus den Charakter eines Spektakels hat, verwenden terroristische Gruppen eigene, hochprofessionalisierte Kommunikationsagenturen. Über diese verbreiten sie sorgfältig inszenierte Botschaften, die auf eine größtmögliche Medienresonanz abzielen, um die Öffentlichkeit und die

politischen Entscheidungsträger auf nationaler und internationaler Ebene einzuschüchtern.

Extremistische Gruppen, die mehr oder weniger häufig Terrorakte begehen, verstehen genau, dass nichts in der heutigen Welt ein so starkes Medienecho verursacht wie Bilder. Da sie wissen, dass moderne Konflikte sich im Kampf um die öffentliche Meinung entscheiden, genügt es ihnen nicht, Schmerz und Leid zu verursachen. Sie müssen die Allgegenwart ihrer schreckenerregenden Bedrohung in die Welt hinaustragen. Aufmerksamkeit zu erhalten, ist für sie gleichbedeutend damit zu existieren. Da ihnen klar ist, dass Kommunikation ebenso viel zählt wie Handeln, bemisst sich der wahre Erfolg ihrer Aktionen an der Reaktion des Publikums. Kurzum, sie streben nach Publicity, dem Sauerstoff, den Terroristen atmen, wie Margaret Thatcher einmal sagte.

Um ihre Ziele zu erreichen, agieren Terroristen in der Infosphäre. Etwa im Cyberspace als neuem Ort der Auseinandersetzung, der ihnen zu minimalen Kosten Unmittelbarkeit und eine weltweite Reichweite garantiert, in gewissem Maß auch die Straflosigkeit eines grenzenlosen Systems, das keinerlei Einschränkungen unterliegt und, wenn nicht unmöglich, so doch schwer zu kontrollieren ist.

Dieses Bild der Lage wirft grundlegende Zweifel auf. Wenn das Ziel extremistisch-terroristischer Gruppen darin besteht, durch das Publikmachen ihrer Aktionen Furcht zu säen, ihre Zwecke zu fördern und durch Verbreitung ihrer Botschaften Mittel und Gefolgsleute anzuwerben, tragen dann nicht die westlichen Medien in großem Maß zu ihrem Erfolg bei, wenn sie von ihren audiovisuellen Kommuniques berichten und sie immer wieder unter die Leute bringen? Wo beginnen in einer demokratischen Gesellschaft die Pflicht der Presse zu informieren und das Recht der Bürger, informiert zu werden, und wo hören sie auf?

Der Einsatz von Selbstmördern

Die Gründe für Selbstmordattentate sind so vielfältig wie die Schauplätze, an denen sie verübt werden. In der Mehrzahl der Fälle schwingt eine stark nationalistische Komponente mit, die sich als Hass auf Fremde äußert, auf illegitime Machthaber, Invasoren, eine Besatzungsmacht, Feinde der Religion und der örtlichen Kultur. In diesem Sinne geht es meist darum, den Gegner zum Rückzug vom vaterländischen Boden zu zwingen, die Souveränität wiederzuerlangen und zu sichern und verlorene Rechte zurückzugewinnen. Auch andere Motive können eine Rolle spielen, zuweilen mit den nationalistischen Gründen vermischt, etwa religionsinterne Grabenkämpfe oder das Streben nach Gleichheit und Gerechtigkeit.

Das erste gut belegte Beispiel findet sich im Bericht des Flavius Josephus über den Jüdischen Krieg. Der römische Autor schildert, wie die Zeloten im 1. Jahrhundert n. Chr. ihren persönlichen Kampf gegen die römische Herrschaft in Form von Selbstmordattentaten führten. Die aggressivsten Mitglieder der Gemeinschaft, die sogenannten Sikarier (wörtlich >Dolchträger<), zögerten nicht, sich umzubringen, um ihre Ziele zu erreichen oder nicht in feindliche Hände zu fallen.

Ein zweites, weithin bekanntes Beispiel ist das der ismaelitischen Assassinen, deren ursprünglicher Name *hashshashin* lautete (manchen Historikern zufolge soll der Name von ihrer Gewohnheit kommen, Haschisch zu rauchen, was durchaus in Zusammenhang mit den von ihnen verübten Anschlägen stehen könnte). Im 12. und 13. Jahrhundert stand die schiitische Untergruppierung der Ismaeliten auf dem heutigen Staatsgebiet des Iran einer sunnitischen Mehrheit gegenüber, die geschworen hatte, sie zu vertreiben und zu vernichten, weil sie als Ungläubige und Usurpatoren betrachtet wurden. Um ihre Gegner

in Furcht zu versetzen, zielten die Assassinen mit ihren Mordanschlägen auf maximale öffentliche Wirkung ab und verübten die Angriffe daher an öffentlichen Orten und zu Zeiten, zu denen möglichst viele Menschen unterwegs waren, beispielsweise während eines religiösen Fests. Ob sie dabei entdeckt oder festgenommen wurden, war ihnen gleichgültig.

Die japanischen Kamikazepiloten sind ein hervorragendes Beispiel für Versuche, einen materiell stark überlegenen Feind zu besiegen. Im Oktober 1944, ein Jahr vor Ende des Zweiten Weltkriegs, beschloss die japanische Führung angesichts der militärischen Rückschläge in der Pazifikregion, Kampfpiloten zu Selbstmordangriffen auf US-amerikanische Kriegsschiffe einzusetzen. Insgesamt wurden etwa fünftausend Piloten aus der Marine und Luftwaffe dazu ausgebildet, von denen 3912 bei ihren Extremeinsätzen ihr Leben verloren.

Im Vietnamkrieg soll der Vietcong mehr als zwanzigtausend Kämpfer bei Selbstmordaktionen eingesetzt haben, in manchen Fällen ganze Einheiten. Das Vorgehen galt angesichts der erdrückenden materiellen Überlegenheit der feindlichen Truppen, die von den USA militärisch unterstützt wurden, am Ende als übliche Kampftaktik.

In den letzten Jahren ist die Verwendung dieser verabscheuungswürdigen Taktik durch diverse Terrorgruppen prominent geworden, insbesondere - aber nicht nur - durch solche salafistisch-dschihadistischer Provenienz.

Kenne deinen Feind und kenne dich selbst

Politiker, die sich wegen unlauterer Interessen oder aus reiner Unwissenheit in unvernünftige Abenteuer stürzen, tun sich leicht, die Geheimdienste oder den Generalstab ihrer Armeen

zu beschuldigen und zu behaupten, sie seien falsch informiert worden, als sie ihre Entscheidungen trafen. Aber in den meisten Fällen liest und hört die Führung dann nur, was ihr in den Kram passt. Jeder, der vor den riskanten Planungen warnt oder auf Hindernisse verweist, wird ignoriert.

Andererseits bedeutet ein Mehr an Informationen nicht unbedingt größere Erfolgsaussichten. Im Gegenteil, ein Übermaß an Informationen wird schnell zu einer Last, die Entscheidungsprozesse nicht nur hemmen, sondern sogar zum Erliegen bringen kann. Zudem kann Überinformiertheit auch ein überzogenes Selbstvertrauen erzeugen, ein Gefühl falscher Sicherheit, welches gegenteilige Meinungen ausschließt. Bekanntlich ist ein Zuviel an Optionen für die meisten Menschen eine intellektuelle Überforderung. Darum können Gegner eine Informationslawine auch als mächtige Waffe nutzen, um eine Kommandokette zu überlasten.

Der Fehler, sich für stärker und fähiger zu halten, als man in Wirklichkeit ist, wird in Kriegssituationen häufig gemacht. Tatsächlich ist es nur allzu menschlich, sich anderen überlegen zu fühlen, ohne diese subjektive Vorstellung mit der Wirklichkeit abzugleichen. Trotzdem ist Selbstüberschätzung für gut ausgerüstete Streitkräfte ein unverzeihlicher Fehler, zumal dies dazu führen kann, dass eine tatsächlich überlegene Streitmacht ihren Vorteil verliert, indem sie ungenügend vorbereitet und fast schon arrogant in die Schlacht zieht. Schwächere Truppen sind sich ihrer Grenzen und Schwächen unweigerlich stärker bewusst. Sie neigen von Natur aus zur Vorausschau und Umsicht und versuchen, direkte Auseinandersetzungen zu vermeiden. Sie wollen schwierige Situationen auf andere, vorteilhaftere Weise überstehen, auf Schlachtfeldern ihrer eigenen Wahl.

Truppen, die sich selbst überschätzen, stürzen sich wagemutig in den Kampf, einen Kampf, den sie womöglich selbst

provoziert oder auf den sie sich aufgrund geringfügiger Provokationen eingelassen haben - in der Überzeugung, dass ihnen der Sieg nicht nur sicher sei, sondern dass er auch schnell und ohne negative Auswirkungen für sie zustande kommen werde. Das ist oft der Anfang vom Ende

Mangelnde Vorbereitung auf das Unerwartete

Das Beispiel asymmetrischer Kriegsführung lehrt, dass so gut wie jeder einen Schlag landen kann, der verheerende Wirkung entfaltet. In der Geopolitik ist es wie in den Kampfkünsten: Der Judo- oder Jiu-Jitsu-Experte kann gegenüber einem Muskelprotz, den seine Kraft langsam und unbeholfen macht, Stärke und Gewicht des Gegners nutzen, um ihn außer Gefecht zu setzen.

Kommt ein Krieg erst einmal in Gang, ist das Ergebnis stets ungewiss, so ungleich die Kräfte zu Anfang auch verteilt scheinen mögen. Großmächte mögen das Bedürfnis verspüren, ihre ökonomischen und militärischen Muskeln spielen zu lassen, aber sie sollten sich nicht verpflichtet fühlen, auf jede Provokation zu reagieren. Mäßigung ist gefragt, sowohl bei den Kräften, die zum Einsatz kommen, als auch bei der Häufigkeit ihres Einsatzes. Von der eigenen Stärke zur Überheblichkeit verleitet zu werden führt oft zu Ärger und Leid.

Schon die großen Strategen, die ihre Gedanken vor Jahrhunderten niederlegten, waren sich darüber im Klaren, dass Konflikte - besonders in ihrer massivsten Ausprägung, dem Krieg - ins Reich der unerwarteten Dinge fallen, und dieses besteht, mit Napoleon gesprochen, aus nichts als Überraschung. Das gilt auch für jede andere Form der Auseinandersetzung, so komplex sie auch sein mag, ob in der Geopolitik oder der Ökonomie.

Oftmals verdankt sich Überraschung einer unzureichenden Wahrnehmung der gegenwärtigen Ereignisse und der absehbaren Zukunft, weil sich die Beteiligten mehr auf subjektive Ansichten stützen als auf eine ausgewogene Analyse. Hinter einer solchen subjektiven Wahrnehmung stehen in der Regel

kulturelle und sogar moralische Faktoren, die tendenziell die Wirklichkeit verzerren. Es überlebt derjenige, dem das bewusst ist und der sich daher dem Rhythmus dieser Bewegung überlassen kann.

Man muss stets mit dem Unerwarteten rechnen. In der von immer schnelleren Veränderungen geprägten Welt der Gegenwart gilt das mehr denn je, weil sich nichts ausschließen lässt, noch nicht einmal das Undenkbare. Während noch Otto von Bismarck sagte, der Lauf der Ereignisse lasse sich allenfalls auf vier oder fünf Jahre hinaus absehen, müssen wir heute mit immer kürzeren Zyklen rechnen, die sich eher in Tagen bemessen.

Eine überaus brauchbare Methode ist das Verwenden ungünstiger Szenarien als Handlungsgrundlage. Zu den klassischen Prinzipien der Militärstrategie zählt, seine Schritte daran zu orientieren, was am wahrscheinlichsten ist, aber ein Sicherheitsnetz einzuziehen, das sich am gefährlichsten Szenario ausrichtet. Man führt seine Pläne aus, ohne sie durch allzu große Zurückhaltung zu verlangsamen, einzuschränken oder gar unmöglich zu machen. Aber man wird auch nicht übermütig und verantwortungslos.

Stets sollte man Murphys Gesetz im Sinn behalten, demzufolge »alles, was schiefgehen kann, auch schiefgehen wird«. Man darf also nicht der Versuchung nachgeben zu denken, dass alles so bleibt, wie es ist, oder dass die Lösungen, die man in der Vergangenheit anwenden konnte, auch in Zukunft noch gültig sein werden. Grundlegend ist vielmehr die emotionale Intelligenz. Es gilt, sich in die Lage des anderen zu versetzen, empathisch zu sein und aktiv zuzuhören, seine Umgebung und die Menschen zu verstehen, Überheblichkeit zu vermeiden und sich auf fremde Ideen und Lösungen einzulassen.

Kurzum, Erfolg wird haben, wer sich Rat weiß, wenn sonst niemandem etwas einfällt. So verstand es schon Machiavelli, als

er in *Der Fürst* bemerkte, »dass der Glück hat, dessen Handlungsweise dem Charakter der Zeit entspricht, während der Unglück hat, der mit seiner Zeit in Widerspruch steht«. Um auf Unvorhergesehenes zu reagieren, ist es essenziell, einen offenen, geübten Geist zu haben, Flexibilität im Denken, die es ermöglicht, sich an das Unerwartete anzupassen.

Krieg erfordert Flexibilität

So überraschend es scheinen mag: Wie der Sieg bedarf auch die Niederlage der Planung. Das heißt nicht, dass man seine Pläne auf ein Scheitern ausrichten sollte, aber man muss diese Möglichkeit in Betracht ziehen. Krieg ist permanente Anpassung. Daher ist geistige Flexibilität so wichtig. Wie Liang und Xiangsui schreiben, benötigt Krieg

technologische Unterstützung, aber die Technik kann nicht Moral und List ersetzen. Krieg folgt keiner allgemeinen Formel. Noch nie war es möglich, alle Kriege mit einer einzigen Methode zu gewinnen. Krieg erfordert mathematische Präzision, aber Präzision kann ihn manchmal mechanisch und starr werden lassen. [Als Kunst] erfordert er philosophische Abstraktion, aber reines Denken hilft nicht, wenn es darum geht, auf dem Schlachtfeld kurzlebige Chancen zu ergreifen.

Noch immer läuft die voraussichtlich ewige Debatte zwischen denjenigen, die sich an die klassischen Theorien von Clausewitz halten, und den Anhängern des Schweizer Generals Antoine-Henri Jomini. Aus Jominis Sicht lässt sich der Krieg auf bloße Analysen reduzieren, in denen die Anwendung geeigneter Vorgehensweisen systematisch den Sieg sichert. Seiner Meinung

nach sind Strategien symmetrisch und gründen sich auf mathematische und wissenschaftliche Prinzipien.

Carl von Clausewitz wiederum war ein entschiedener Gegner einer solchen »Algebra des Handelns«, die seines Erachtens die körperlichen und psychologischen Auswirkungen der Schlacht ebenso übergeht wie die moralischen Faktoren und die Persönlichkeit der Feldherren. Auch der Zufall und die Unmöglichkeit von Vorhersagen spielen eine große Rolle: »Der Krieg ist das Gebiet der Ungewissheit; drei Vierteile derjenigen Dinge, worauf das Handeln im Kriege gebaut wird, liegen im Nebel einer mehr oder weniger großen Ungewissheit.« Von Clausewitz fasst diese Vorstellung von Unordnung mit dem Begriff der »Friktion« zusammen. »Wir sehen also, wie von Hause aus das Absolute, das sogenannte Mathematische, in den Berechnungen der Kriegskunst nirgends einen festen Grund findet.« Die Friktion führt dazu, dass kein Plan den ersten Kontakt mit dem Feind überdauert, wenn sich die Ereignisse völlig unvorhergesehen abspielen, sosehr man auch darüber nachgedacht hat. Der Faktor Überraschung wird durch Technik niemals vollständig auszuräumen sein.

Liddell Hart weist bei der Darlegung seiner »indirekten Strategie« darauf hin, dass es primär darum gehe, den Weg einzuschlagen, den der Feind am wenigsten voraussehe. Einen solchen gebe es immer. Im Willenskampf zweier Seiten, komplex und unterschiedlich, wie die Menschen sind, kann nie alles vorhersehbar sein. Das Talent, das nötig ist, um die gesamte Situation zu erfassen und mit nur einem Blick das Schlachtfeld zu überschauen, charakterisiert die großen Generäle; es ist wenigen Privilegierten vorbehalten. Was aber nicht davon abhalten sollte, die Befehlsträger einer Armee auf dieses Erfordernis einzustellen.

Die Ungewissheit der gegenwärtigen Welt

Viele geschichtliche Ereignisse haben die Menschen überrascht, sogar hochgebildete Zeitgenossen. Man denke nur an Vorfälle der jüngsten Vergangenheit wie den Fall der Berliner Mauer, das Verschwinden der Sowjetunion, die Terroranschläge vom 11. September und die Bankenkrise 2008. Aber noch nie war die Unvorhersehbarkeit so groß wie heute.

Das Kürzel VUCA, gebildet aus den Initialen der englischen Wörter für Unbeständigkeit (Volatilität), Unsicherheit, Komplexität und Mehrdeutigkeit, beschreibt die Welt der Gegenwart und der absehbaren Zukunft denkbar treffend. Das Konzept entstand in den 1990er-Jahren am United States Army War College (Pennsylvania) aus der Analyse dessen, was nach dem Kalten Krieg geblieben war. Man befand sich am Übergang von einer Welt, die gefährlich, aber stabil war, zu einer anderen, die von erheblicher Instabilität geprägt ist, von Ungewissheit und Wandel. Ein neues Panorama, in dem die Schwierigkeit zu planen, Entscheidungen zu treffen, Probleme zu lösen und Risiken und Veränderungen abzufedern, denkbar hoch war.

Den genannten vier Wörtern müsste man heutzutage weitere drei hinzufügen - Beschleunigung, Unmittelbarkeit und die Simultaneität ungleicher Dinge -, um das komplexe Bild zu vervollständigen. Das neue Akronym würde dann VUCA^{2}IS lauten und bezeichnen, welcher Situation sich Analytiker und Staatsmänner stellen müssen, wenn sie ergründen wollen, wohin die Welt sich entwickelt.[77] Eine vielgestaltige und sich schnell verändernde Wirklichkeit, die sie so genau wie möglich kennenlernen müssen, um schlüssige und für die eigenen Bürger wie für den Rest des Planeten nutzbringende Entscheidungen zu treffen.

Die Unmittelbarkeit nötigt zu beinahe sofortigen Antworten. Die Ereignisse überschlagen sich, ohne dass man erst einmal

durchatmen könnte, um seine Entscheidungen reifen zu lassen und Schlüsse zu ziehen, sodass der Kreislauf des Entscheidens vollzogen werden kann. Das liegt zu einem Gutteil an der Entwicklung der Kommunikationsmöglichkeiten, die von den Teilnehmern eine immer schnellere Antwort erfordern, etwa bei Mitteilungsdiensten auf Smartphones.

Die Beschleunigung hängt mit der Geschwindigkeit des Wandels zusammen, die exponentiell gestiegen ist. Seit dem 1. Jahrhundert unserer Zeitrechnung und bis 1900 - dem Höhepunkt der Industriellen Revolution - lebten die Menschen praktisch so, wie es ihre Vorfahren getan hatten. Zumindest wechselten die Moden und Sitten in einem Rhythmus, der sich in Jahrzehnten und Jahrhunderten bemaß. In der Jetztzeit fließt alles rasant dahin, was es unmöglich macht, vorauszusehen, welche Ideologien oder Gebräuche in wenigen Jahren herrschen werden, unter anderem auch, weil die Massenmedien (wie das Internet und die sozialen Netzwerke) in einem ungekannten Maß die Verbreitung - und Manipulation - von Ideen erlauben.

Aber das ist nicht alles, hinzu kommt die Simultaneität des Ungleichen. Trotz der Globalisierung - oder vielleicht gerade ihretwegen und wegen der Ablehnung, die sie unter jenen erzeugt hat, die ihre althergebrachten Lebensweisen, ihre Denkgewohnheiten und Organisationsformen nicht verlieren wollen -, gibt es auf der Welt versteckte Unterschiede und Ungleichheiten. Eine dieser Disparitäten betrifft die Demografie: Während in den weiter entwickelten Ländern die Bevölkerung abnimmt, wächst sie in den weniger fortgeschrittenen exponentiell. Dazu tritt eine enorme Zunahme der Bevölkerung in den Städten zu Ungunsten der ländlichen Welt, während die wachsende Mittelschicht größere Konsummöglichkeiten aller Art fordert (angefangen bei Wasser, Lebensmitteln und Energie). Aber es gibt auch das merkwürdige Nebeneinander von Welten, die sich

gegenseitig nicht verstehen und teilweise auch nicht verstehen wollen. Oder schlimmer noch, sie halten die anderen - ein unverzeihliches Beispiel von Überheblichkeit und Hochmut - für unwissend und dumm, weil sie nicht *ihren* Lebensstil und *ihr* politisches System annehmen, die doch allen anderen auf dem Planeten weit überlegen zu sein scheinen. Daraus erwächst nicht selten der Drang, diese Tugenden an Orte zu exportieren, wo niemand darum gebeten hat und noch nicht einmal die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Eine Schwäche, die den fortgeschrittenen Gesellschaften in den westlichen Demokratien (mit nur 13 Prozent der weltweiten Gesamtbevölkerung) nicht fremd ist.

Um in der Welt von heute, der VUCA^{2}IS-Welt, zu überleben, sind Agilität und Flexibilität die großen Schlüssel. Agilität, um rasch zu reagieren, und Flexibilität, um Veränderungen umzusetzen, da nicht der Stärkste oder Klügste gewinnt, sondern derjenige, der sich am besten und schnellsten an die Umstände anzupassen weiß.

Der Trugschluss vom schnellen Sieg ohne eigene Verluste

Ein beliebter Fehler ist der Gedanke, ein Krieg werde kurz und leicht zu gewinnen sein, sodass große Vorteile bei minimaler Mühe und geringem Leid zu erreichen seien. Neu ist das nicht, da Armeen, wenn sie in den Kampf ziehen, vom Sieg meist überzeugt sind, und zwar von einem schnellen Sieg ohne eigene Verluste. Die Fähigkeit des Feindes, etwas entgegenzusetzen, wird gerne unterschätzt.

Oft wird der Krieg als intensives, aber kurzes Abenteuer gesehen, in dem man Ruhm und Anerkennung ernten kann, ohne dass es etwas kostet. Ebenso führt übermäßiges Vertrauen in die eigene Stärke dazu, sich auf Unternehmungen einzulassen, die den Angreifern langfristig zum Nachteil ausschlagen. Diese Selbstgewissheit gründet darauf, dass die Position des Gegners außer Acht gelassen wird. Tatsächlich pflegt man diesen ins Lächerliche zu ziehen, hält ihn für minderwertig, geistig schwach und unfähig, einen brauchbaren Aktionsplan zu entwickeln. Oft führt dieses Denken den Überheblichen in ein Fiasko.

Die Geschichte ist voller solcher Fälle. Sparta war im Peloponnesischen Krieg felsenfest davon überzeugt, einen leichten Sieg über Athen zu erringen und mit minimalem Aufwand seine Macht und sein Prestige steigern zu können. Im amerikanischen Sezessionskrieg hatte der Süden nicht den geringsten Zweifel an seinem bevorstehenden Triumph: Er war militärisch überlegen, die Mehrheit der Offiziere in der US-Armee stammten aus den Südstaaten, man konnte sich auf eine Defensivtaktik beschränken, darauf, eine Eroberung durch die Nordstaaten zu vermeiden, zumal man darauf vertraute, dass sich Europa wegen der begehrten Baumwollimporte auf die Seite der Südstaaten stellen würde.

Hitler glaubte, dass der *Blitzkrieg*, der ebenso eine Taktik war wie eine Strategie, seinen Sieg schnell und rentabel machen würde. Japan zweifelte im Zweiten Weltkrieg nicht an seiner Fähigkeit, einen kontrollierten Krieg fuhren zu können, der sich zu einem gewünschten Zeitpunkt auf dem Verhandlungswege würde beenden lassen. Ähnlich ging es wohl Washington, als die US-Regierung erwog, in den Vietnamkrieg einzutreten: Niemand dort stellte infrage, dass die Vereinigten Staaten kraft ihrer militärischen Überlegenheit ihr Ziel erreichen würden. 1982 ließ sich Argentinien auf den Falklandkrieg ein, weil es dachte, ein schneller und kostengünstiger Sieg werde die Missstimmung im Land besänftigen. Und im Mittleren Osten des Jahres 2003 stand für die US-amerikanischen Neocons fest, dass die »Befreiung« des Irak ein Spaziergang werden würde. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld ging so weit, eine Kriegsdauer von sechs Tagen vorauszusagen.

Auch die Völker irren

Für John G. Stoessinger sind die wichtigsten kriegsauslösenden Faktoren irrtümliche Wahrnehmungen, die sich hauptsächlich in vier Aspekten konkretisieren: dem Selbstbild der politischen Führung; der Sicht der politischen Führung auf den Charakter ihrer Gegner; der Sicht der politischen Führung auf die Absichten der Gegner; und dem Bild, das die politische Führung von den Fähigkeiten und der Macht des Feindes habe. Die politische Führung spielt eine zentrale Rolle für den Beginn eines Kriegs, hauptsächlich durch ihre verzerrte Sicht auf Macht und Charakter des Gegners.

Aber sie trägt die Schuld nicht allein. Manchmal geraten die Bürger selbst in übergroße kriegerische Erregung und halten

den Krieg dann anfangs für kaum mehr als eine Landpartie, bei der man Medaillen und Ehrungen nur aufzusammeln brauche, ohne dafür Opfer zu bringen. Der Erste Weltkrieg zum Beispiel wurde von den Völkern begeistert aufgenommen, die sich vor einer kurzen und glorreichen kriegerischen Auseinandersetzung wähnten; den Schrecken des Krieges hatten sie vergessen, weil seit fast einem halben Jahrhundert Frieden herrschte, seit dem Ende des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870.

Der ungleiche Zweite Burenkrieg

Als Großbritannien am 11. Oktober 1899 in einen Krieg gegen die südafrikanischen Buren eintrat, war es völlig überzeugt, einem leichten Sieg entgegenzusehen. Gründe für diese Ansicht fehlten offenkundig nicht. Erst am 2. September des Vorjahrs hatten die englischen Truppen in der Schlacht von Omdurman im Sudan den Derwischen eine schreckliche Niederlage zugefügt. Die angloägyptische Armee unter dem Befehl des britischen Generals Kitchener, die der Streitmacht von Abdallahi ibn Muhammad zahlenmäßig erheblich unterlegen war, hatte in nur fünf Stunden nahezu 50000 Derwische getötet und dabei auf der eigenen Seite nur 48 Soldaten verloren. Dabei war die Disziplin einer regulären Armee ein wichtiger Faktor gewesen, doch den Ausschlag hatte die technologische Überlegenheit gegeben: Gegen einen Feind, der mehrheitlich mit Lanzen und Vorderladergewehren bewaffnet war, hatten die Europäer Repetiergewehre und vor allem Maschinengewehre und Artillerie eingesetzt.

Als London sah, dass seine Armee in Südafrika auf anfangs weniger als 50000 Buren stoßen würde, die zudem in puncto Waffen und Organisation deutlich unterlegen waren, galt die

Schlacht als schnell gewonnen. Doch die Afrikaaner wussten zu reagieren und wendeten, statt sich in offenen Feldschlachten zu stellen, Guerillataktiken an. Die Briten trieb das dazu, massive Gewalt gegen Zivilisten anzuwenden, die die Partisanenkämpfer unterstützten - die Mehrheit der weißen Bevölkerung -, und diese in den ersten Konzentrationslagern der Geschichte zu internieren. Nach drei Jahre anhaltenden Kämpfen setzte sich das British Empire schließlich durch und löste die von den Buren gegründeten unabhängigen Republiken Oranje und Transvaal auf. Der Preis dafür war allerdings sehr hoch: Auf dem Weg zum Sieg starben beinahe 50000 Soldaten, und die Aufwendungen betrugen Hunderte von Millionen Pfund.

Der sowjetisch-finnische Winterkrieg

Am 30. November 1939 marschierte das sowjetische Russland unter dem Vorwand eines wenige Tage zuvor geschehenen Grenzvorfalls in das benachbarte Finnland ein, das 1917, nach über einem Jahrhundert als Anhängsel des Zarenreichs, die Unabhängigkeit von Russland erreicht hatte. Inmitten einer Expansionsbewegung bestand Russlands strategisches Ziel darin, die Sicherheit von Leningrad zu garantieren, das so nahe an Finnland lag, dass es erforderlich schien, die Kontrolle über dieses Territorium zu übernehmen.

Der Winterkrieg begann mit einem erheblichen Ungleichgewicht der Kräfte. Während Russland - mit einem Staatsgebiet, das fünfzig Mal größer war als Finnland, und einer sechsundzwanzig Mal größeren Bevölkerung - circa 6500 gepanzerte Fahrzeuge und über 3800 Flugzeuge einsetzte, verfügte Helsinki nur über etwa 30 gepanzerte Fahrzeuge und wenig mehr als 100 Flugzeuge.

Bei dieser Ausgangslage zweifelte niemand daran, wem der Sieg zufallen würde, die Sowjets am allerwenigsten. Zuvorderst Stalin, der - wie seine für die Operation zuständigen Minister - absolut sicher war, dass Finnland noch vor dem Jahresende fallen würde.

Nur sehr wenige sahen den Guerillakrieg der Finnen voraus, die mit aller Kraft versuchten, die Russen so lange zu zermürben, bis sie erschöpft den Rückzug antraten. Kleine, leichte, sehr bewegliche Einheiten, die bestens an die Umgebung angepasst waren, konnten auf eine Bevölkerung zählen, die sie bedingungslos unterstützte und ihnen alles verschaffte, was sie zum Überleben brauchten. In einem perfekten Schachzug konzentrierten sie ihre Aktivitäten auf den schmalen Streifen der Karelischen Landenge, um den Russen den Zugang ins Land zu verwehren.

Im Verlauf des kurzen, aber intensiven Konflikts verwendeten die Finnen improvisierte Brandsätze mit einer leicht entflammbaren Flüssigkeit, denen sie mit makabrem Humor den Namen »Molotowcocktails« verliehen, als Seitenhieb auf den damaligen sowjetischen Außenminister. Molotow behauptete in seinen propagandistischen Radioansprachen regelmäßig, die russischen Streitkräfte würden nicht etwa Bomben, sondern Lebensmittel auf die finnische Bevölkerung abwerfen, um deren Hunger zu lindern. In einer ironischen Form von Gegenpropaganda nannten die Finnen - die keineswegs hungern mussten - die russischen Bomben »Molotows Brotkörbe« und sagten, sie hätten dazu auch ein »Getränk«, eine klare Anspielung auf die Flaschen, die sie für ihre »Cocktails« verwendeten.

Anders als bei Hitlers späterem Einmarsch in die Sowjetunion im Juni 1941 stellte sich in diesem Szenario »General Winter« auf die Seite der Finnen und spielte den Russen übel mit. Ein wirkungsvoller Einsatz von Panzern war unmöglich, auch die

erwünschte Luftunterstützung für die Infanterie wurde durch die Witterungsbedingungen verhindert. Finnische Angriffe auf die Logistik der Sowjets sorgten dafür, dass den russischen Truppen der Nachschub ausging.

So konnten die Finnen dem starken Druck der Sowjets bis zum März des Folgejahres standhaften, wenn auch um einen hohen Preis: Ihre Verluste betrugen etwa 26000 Soldaten, fast alle Panzer und nahezu die Hälfte ihrer Flugzeuge. Aber die Sowjets mussten für ihre Kühnheit einen viel höheren Preis bezahlen: Sie verloren im Winterkrieg etwa 150000 Mann und ließen auf finnischem Boden über 3500 Panzer und 500 Flugzeuge zurück.

Auch strategisch betrachtet fiel das Resultat zweifelhaft aus. Zwar musste Helsinki ein Zehntel seines Territoriums an die Russen abtreten, darunter den Großteil von Karelien. Das Ziel war jedoch die Eroberung ganz Finnlands gewesen.

Saudi-Arabien verschätzt sich

Als Saudi-Arabien am 25. März 2015 mit den Luftangriffen gegen die Huthi-Rebellen begann, weil es fürchtete, dass Aden - die Bastion des jemenitischen Präsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi - in die Hände der Rebellen fallen könnte und der Iran dies nutzen würde, um seinen Einfluss im Land zu stärken, erklärte der junge saudische Verteidigungsminister Mohammed bin Salman al-Saud, der Krieg werde schnell, leicht, verlustfrei und rundum erfolgreich verlaufen.

Für den Sohn von Salman ibn Abd al-Aziz, der selbst erst seit zwei Monaten König von Saudi-Arabien und damit Oberhaupt des Hauses Saud sowie Wächter über die heiligen Orte des Islam war, bestand da nicht der geringste Zweifel. Am darauffolgenden

Tag, dem 26. März, setzte der Kronprinz eine Koalition von zehn Ländern in Gang, die mit Mitteln seiner Regierung finanziert wurde und so schlagkräftig war, dass sie seiner Ansicht nach die jemenitischen Rebellen in wenigen Tagen niederwerfen konnte. Wer hätte daran zweifeln sollen, wenn man bedenkt, dass in dem Bündnis so reiche oder mit so großen Armeen ausgestattete Länder wie Bahrain, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien, Kuwait, Marokko, Katar[78] und der Sudan aktiv waren, die zudem auf logistische Unterstützung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zählen durften. Undenkbar, dass die »Operation Entscheidungssturm«, wie die Koalition genannt wurde, nicht zu einem unmittelbaren und abschließenden Erfolg führen sollte.

Doch aus dem schnellen Sieg wurde nichts. Obwohl Saudi-Arabien in großem Umfang Rüstungsgüter erwirbt - hauptsächlich von US-amerikanischen Firmen - und Tausende von Söldnern aus dem Sudan oder Lateinamerika beschäftigt, ganz zu schweigen von der eisernen Seeblockade, die im Jemen eine allgemeine Hungersnot auslöste, hat es sich dort verrannt, und es besteht keinerlei Aussicht auf die Bildung einer stabilen Regierung, die im derzeitigen schrankenlosen Chaos wieder für einen gewissen Frieden sorgen könnte.

Gewiss wäre es für Mohammed bin Salman - den jüngsten Verteidigungsminister der Welt, geboren 1985 und seit Juni 2017 saudischer Kronprinz - von Nutzen gewesen, die Geschichte des Bürgerkriegs im Nordjemen zu studieren, bevor er voreilig einen Triumph verkündete. In jenen internen Kämpfen, die sich zwischen 1962 und 1970 abspielten, stellte sich Ägypten - als Helfer der Sowjetunion - auf die Seite der Republikaner unter Führung von Abdullah as-Sallal, der gegen König Muhammad al-Badr geputscht hatte, woraufhin dieser nach Saudi-Arabien geflohen war. Um die neu ausgerufene Republik

zu unterstützen, beschloss damals der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser, 70000 Soldaten zu entsenden. Doch diese trafen auf eine brüske und feindselige Atmosphäre: Sie sahen sich einem kampferprobten, entschlossenen und anspruchslosen Feind gegenüber, den seine Willenskraft nahezu unbesiegbar machte. Als ein Sieg in weite Ferne rückte, zog Nasser seine Truppen ab. Aber der Schaden war schon geschehen: Die Verluste beeinträchtigten die ägyptische Armee 1967 im Sechstagekrieg gegen Israel, und der Jemen wurde für Ägypten zu einer Art Vietnam.

Mangelnder Respekt vor religiösen Gefühlen

Kluge Führer bemühen sich, Religionen Respekt zu erweisen und Gläubige nicht vor den Kopf zu stoßen. Denn sie wissen, dass es zu den schlimmsten Fehlern gehört, die man als Herrscher begehen kann, sich auf eine Konfrontation mit einer Religionsgemeinschaft einzulassen. Intelligente Führer zeigen darum ausdrücklich ihren Respekt vor religiösen Gefühlen und sind manchmal sogar darauf aus, sich dieser Gefühle zu bedienen.

Der persische König Kyros II. etwa, auch der Große genannt, besaß genug diplomatisches Geschick und Intelligenz, um die nationalen und religiösen Gefühle der Völker zu respektieren, deren Länder im Mittleren Osten er erobert hatte. Zu seinen meistgelobten Entscheidungen zählt die Freilassung der Nachfahren von rund 40 000 Juden im Jahr 539 v. Chr., die ein halbes Jahrhundert zuvor als Gefangene Nebukadnezars II. nach Babylonien verschleppt worden waren. Kyros II. erlaubte ihnen die Rückkehr nach Palästina und die Wiederherstellung ihrer religiösen Gemeinschaft. Darüber hinaus dekretierte er, dass in B abylonien alle Religionen zu dulden seien. Kyros’ Nachfolger, der persische König Dareios I., teilte das Achämenidenreich in Satrapien ein, wobei er jeder Provinz erlaubte, die Religion frei auszuüben, die vor der Eroberung dort praktiziert worden war. Alexander der Große wiederum, dem wohl bewusst war, welche politische Bedeutung die ägyptische Priesterschaft besaß, suchte während der Besetzung Ägyptens in den Städten, durch die er kam, die Tempel auf und brachte den Göttern Opfer dar.

Der Sepoy-Aufstand in Indien

1857 kam es aus religiös-kulturellen Gründen zu einer Meuterei indischer Truppen in den Diensten des British Empire. Dieser Aufstand der sogenannten Sepoy hatte zahlreiche sehr unterschiedliche und komplexe Ursachen, aber es besteht kein Zweifel, dass kulturelles und religiöses Unverständnis dabei eine wesentliche Rolle spielten.

Zum einen war die enge Beziehung zwischen den Offizieren der Britischen Ostindien-Kompanie und den örtlichen Truppen im Lauf der Zeit verloren gegangen - doch hatte gerade dieser enge Kontakt dafür gesorgt, dass die Briten die Kultur vor Ort gut kannten. Zur Entfremdung hatte nicht zuletzt die Ankunft der Familien der britischen Führungselite beigetragen; fortan verkehrte die britische Führungsschicht vorzugsweise in internen Zirkeln. Es entstand eine Kluft zwischen der Kolonialmacht und den Sprachen und Traditionen der Einheimischen.

Zum anderen sahen die Inder in der Einführung moderner Technologien durch die Engländer (darunter die Eisenbahn, die ihnen als Teufelswerk galt) eine Bedrohung für ihre eigene Lebensweise und ihr sozioökonomisches Gefüge. Das alles vertiefte ihre Sorgen über die schleichende Ausbreitung europäischer Sitten und die Christianisierung in den Gegenden, die sich die Ostindien-Kompanie nach und nach angeeignet hatte. Ein Weiteres taten die Verbote uralter Praktiken, etwa der Ermordung von Mädchen unmittelbar nach der Geburt, der Kinderehe oder der Witwenverbrennung auf demselben Scheiterhaufen wie ihr verstorbener Mann. Zudem wurde das von den Briten oktroyierte Rechtssystem von den Einheimischen als einseitig betrachtet.

Doch der Hauptgrund, den die Aufständischen für ihren Aufstand ins Feld führten - auch wenn es vielleicht nicht der

entscheidende Faktor war lag in der Einführung des neuen Vorderladers Enfield Modell 1853. Dessen Papierpatronen waren nämlich angeblich mit tierischem Fett behandelt. Und da die Soldaten üblicherweise die Spitze abbissen, um das Nachladen zu erleichtern, verbreitete sich unter den einheimischen Truppen erheblicher Unwille. Der Gebrauch von Schweinefett wäre für die Muslime, bei denen dieses Tier als unrein gilt, ein Affront gewesen, während die Hindus, für die Kühe bekanntlich heilige Tiere sind, Rinderfett als extreme Provokation angesehen hätten. Die Gerüchte breiteten sich in der ganzen Armee aus, obwohl die Briten ihr Möglichstes taten, um die Truppen davon zu überzeugen, dass es sich nicht um tierisches Fett handle. Sie legten den Sepoys sogar nahe, die Patronen mit einer Substanz ihrer Wahl einzufetten oder sie mit den Händen statt mit den Zähnen aufzureißen, selbst wenn das mit gewissen praktischen Nachteilen verbunden gewesen wäre.

Aber inzwischen waren Hindus wie Muslime (von denen fast 200 000 in der britischen Armee dienten) zu der Überzeugung gelangt, mit einer absichtlichen Täuschung der Engländer konfrontiert zu sein, denen daran liege, ihre sozioreligiösen Werte zu untergraben und die europäische Kultur durchzusetzen. Nun gab es keinen Weg mehr zurück, und die Rebellion brach aus.

In Delhi und Meerut führte diese Vorstellung - die in vielerlei Hinsicht mit der Realität übereinstimmte, weil die Briten durch ihren kulturellen Einfluss eine christliche Missionierung des Landes zu betreiben schienen - dazu, dass die Rebellen alle »Brüder, Hindus und Muslime« aufforderten, sich ihnen schnellstens anzuschließen. Man ziehe in einen Krieg um die Religion. Die Ungläubigen (kafires) hätten beschlossen, die Kaste aller Muslime und Hindus auszulöschen.

Bald verbreiteten sich in der britischen Hauptstadt blutrünstige Berichte von Grausamkeiten, die von den »verräterischen«

Rebellen gegen Männer und Frauen begangen wurden. Und die britisch-anglikanische Missionsbewegung erlebte den Aufstand als Schlag ins Gesicht: Ihr Angebot, die christliche Zivilisation nach Indien zu bringen, war nicht nur zurückgewiesen worden, man hatte es mit Gewalt beantwortet.

Schockiert rief Königin Victoria - die sich bis dahin in den Angelegenheiten des Reiches vornehm zurückgehalten hatte - zu einem nationalen Tag der Buße und des Gebets auf. Im Crystal Palace hörte die Queen zusammen mit einem Publikum von 25 000 Personen die aufwieglerischen Worte des Baptistenpredigers Charles Sturgeon: »Die Religion der Hindus rührt den ranzigsten Schmutz zusammen, den die Vorstellungskraft ersinnen konnte. Die Götter, die sie anbeten, verdienen keinerlei Respekt. [...] Einer solchen Menge aufsässiger Untertanen begegnet man am besten mit gezogenem Schwert.«

Die Worte des Predigers enthielten alle Elemente, die man von einem Aufruf zum Heiligen Krieg erwarten darf. Entsprechend grausam fielen die Gegenmaßnahmen der Briten aus. In den Augen der Missionare war die Rebellion keineswegs von der Durchsetzung fremder Riten verursacht worden. Vielmehr habe man die Modernisierung nicht schnell genug umgesetzt.

Die Missachtung der Prinzipien, auf denen die indische Gesellschaft gründete, hatte unvorhersehbare, deshalb aber nicht weniger einschneidende Folgen. Im Jahr darauf löste sich die British East India Company auf, London reorganisierte seine Armee und reformierte die Verwaltung und Wirtschaft Indiens, das fortan Britisch-Indien hieß und der Krone direkt unterstellt blieb.

Die gleichzeitigen Bemühungen des Westens um Universalisierung seiner Werte und Institutionen, um Aufrechterhaltung seiner militärischen und wirtschaftlichen Überlegenheit und um Einflussnahme auf Konflikte in der muslimischen Welt erzeugten, wie Samuel P. Huntington schreibt, unter den Muslimen enorme Erbitterung. Während des Kolonisierungs- und Entkolonisierungsprozesses im Mittleren Osten, dem Maghreb und der Sahelzone war es insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg zu zahlreichen Willkürakten gekommen.

Ein weiterer krasser Fehler war die äußere Einmischung in Wahlprozesse in muslimischen Ländern aus eigensüchtigen Interessen. So in den 1990er-Jahren, als in Algerien die erste islamistische Partei Afrikas, die Islamische Heilsfront (FIS), von der Macht vertrieben wurde. Die 1989 gegründete FIS hatte im Juni 1990 die Kommunalwahlen mit 54 Prozent der Stimmen gewonnen und in der Folge ein Programm entwickelt, um einen islamischen Staat zu errichten. Als sie im Dezember 1991 in der ersten Wahlrunde der Parlamentswahlen 47 Prozent der Stimmen erzielte, beschloss die Armee, die Wahlen abzubrechen und die FIS zu verbieten. Etwa 10000 angebliche Islamisten wurden in Gefangenenlagern interniert, was letztlich in einen Bürgerkrieg mündete, der bis 1997 anhalten sollte.

Die Lektion, die sich für die muslimische Welt daraus ergab, lautete, dass diejenigen, die sich an demokratische Spielregeln hielten und zu Wahlen antraten, keineswegs den Zugang zur Macht oder gar deren Erhalt sicher hatten. Die lokalen Eliten würden niemals ein islamistisches Regime erlauben, zumal wenn sie auf die entschiedene Unterstützung westlicher Länder zählten, die im betreffenden Land Interessen hätten. Als einzige Option blieb somit der gewaltsame Griff nach der Macht.

Dieselbe Lektion sollte sich 2012 in Ägypten wiederholen, wo die Muslimbruderschaft durch einen Putsch aus der Regierung entfernt wurde, obwohl sie in demokratischen Wahlen rechtmäßig gesiegt hatte.

US-amerikanische Soldaten verbrennen den Koran

Einer der krasseren Fälle aus der jüngsten Vergangenheit, in denen geringes oder nicht vorhandenes Wissen über die Eigenheiten, Prinzipien und Werte einer Gesellschaft schreckliche Folgen hatte, ereignete sich in Afghanistan im Jahr 2012. Die zu diesem Zeitpunkt elf Jahre anhaltende internationale Intervention mochte ihr Ziel verfehlt haben, das Land zu befrieden und dem islamistischen Terror ein Ende zu setzen, aber sie hätte wenigstens dazu dienen können, Kultur, Religion, Bräuche und Reaktionen des afghanischen Volkes kennenzulernen.

Mitte Februar sammelten einige US-amerikanische Soldaten sämtliche Exemplare des Korans und anderer islamischer Texte ein, die sich in der Bibliothek des Parwan-Gefängnisses in unmittelbarer Nähe des Luftwaffenstützpunkts Bagram befanden, der wichtigsten Basis der Vereinigten Staaten in Afghanistan. Man hegte nämlich den Verdacht, die Häftlinge könnten damit islamistische Werbung betreiben oder extremistische Nachrichten austauschen. Jedenfalls entschied das US-Militär, die Bücher zu vernichten.

Frühmorgens am 21. Februar sahen ein paar afghanische Arbeiter, die auf dem Stützpunkt tätig waren, wie ein von einem Militärfahrzeug eskortierter Lkw zur Müllkippe der Kaserne fuhr. Zwei US-amerikanische Soldaten - eine Frau und ein Mann - begannen sodann, säckeweise Bücher abzuladen und sie in eine Verbrennungsanlage zu werfen, offenbar ganz routinemäßig und ohne den Inhalt der Säcke auch nur ansatzweise zu verbergen.

Als die Arbeiter merkten, dass die Soldaten Bücher ins Feuer warfen, traten sie neugierig näher und stellten zu ihrer Verblüffung fest, dass es sich um Koran-Exemplare handelte. Erregt und wütend stürmten die Afghanen auf die Soldaten zu, um zu verhindern, dass diese ihre Arbeit fortsetzten. Was ihnen denn einfiele, sie könnten doch nicht ihr heiliges Buch verbrennen.

Angesichts der unerwarteten Reaktion entfernten sich die beiden Soldaten. Aber sie hatten bereits zwei Säcke mit Koran-Exemplaren ins Feuer geworfen, die nun anfingen zu brennen. Die afghanischen Zeugen versuchten, das Feuer zu löschen und die Säcke zu bergen, was ihnen zum Teil gelang. Etwa zehn Exemplare jedoch waren bereits ganz oder teilweise zerstört.

Mit den versengten Büchern in der Hand, die sie aus den Flammen hatten retten können, zogen die Arbeiter ab und informierten die anderen Afghanen auf dem Stützpunkt. Ein paar von ihnen gelang es, den Ort mit halb verbrannten Exemplaren zu verlassen, die sie unter der Kleidung versteckt hatten, um sie Landsleuten außerhalb des Stützpunkts zu zeigen.

Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Wenige Stunden nach dem Vorfall hatten sich schon über zweitausend Menschen vor den Toren des Stützpunkts versammelt und protestierten in heftigem Zorn gegen die schwere Beleidigung des Glaubens, dem die überwiegende Mehrheit der Afghanen anhängt. Die Nachricht von der Untat verbreitete sich im ganzen Land. Die Missfallenskundgebungen griffen weiter um sich und fanden in manchen Fällen auch in gewaltsamen Angriffen auf ausländische, insbesondere US-amerikanische Gebäude ihren Ausdruck.

Und nicht nur die Massen reagierten auf die Kränkung. Ein Mitglied der afghanischen Polizei im Dienst des Innenministeriums in Kabul, einem der bestgeschützten Orte im Land, ermordete einen US-amerikanischen Oberstleutnant und einen Major, die dort als Berater tätig waren, mit Schüssen ins Genick.

Die Wellen in Afghanistan schlugen so hoch, dass die öffentliche Verwaltung praktisch zum Erliegen kam, da nach dem Rückzug ausländischer Berater zahlreiche offizielle Stellen schließen mussten. Daran zeigte sich die starke Abhängigkeit des Landes nicht nur von der Wirtschaftshilfe, sondern auch von den vielen internationalen Mitarbeitern in staatlichen Einrichtungen. Am Ende forderte der schwerwiegende Zwischenfall ein halbes Hundert Menschenleben und mehr als zweihundert unterschiedlich schwer Verletzte.

Und die Proteste blieben nicht auf Afghanistan beschränkt, sie dehnten sich auch auf das benachbarte Pakistan aus, insbesondere in die Grenzregionen, wo Zehntausende, wegen der häufigen Drohnenangriffe ohnehin schon aufgebracht, gegen die Vereinigten Staaten demonstrierten.

Die Taliban wiederum nutzten die Gelegenheit, die ihre Feinde ihnen auf dem Silbertablett serviert hatten, und forderten die Afghanen auf, den Rückzug aller ausländischen Truppen zu fordern - die sie nicht ohne Grund beschuldigten, ihre Religion, ihre Traditionen und ihre Kultur nicht zu respektieren. Darüber hinaus riefen sie speziell afghanische Soldaten und Polizisten dazu auf, sich gegen die Truppen der NATO zu wenden.

Ende August 2012 informierte die US-Armee nach eingehenden Untersuchungen die Öffentlichkeit, sechs Soldaten seien wegen der Verbrennung der heiligen Bücher mit administrativen Sanktionen belegt worden - Einzelheiten wurden nicht genannt. Ergänzend wurde mitgeteilt, es habe keine böse Absicht oder mangelnder Respekt vor dem Islam vorgelegen.

Zweifellos war es ein enormes Versagen der »kulturellen Intelligenz«, zu übersehen, dass der Koran für jeden Muslim, nicht nur für Fanatiker, ein heiliger und äußerst wichtiger Gegenstand ist. Die Anhänger des Islam sind der Ansicht, in diesem Buch sei das Wort Gottes niedergelegt, das dem Propheten Mohammed

durch den Schöpfer direkt mitgeteilt wurde, damit dieser es an die Menschen weitergebe. Das geht so weit, dass kein anderer Gegenstand über den Koran gestellt werden darf, der stets in überragender Position zu platzieren ist. Noch das kleinste Stück dieses von den Muslimen verehrten Buchs muss mit größter Achtung behandelt werden.

Der Glaube ist eine mächtige Waffe

Wenn es etwas gibt, was Menschen auf absolut irrationale Weise bereit macht, zu sterben und andere umzubringen, so ist es ihr Glaube, ihre religiöse Überzeugung. Weder ein hoher Intelligenzquotient noch eine breite Bildung können daran etwas ändern, da Intelligenz Fanatismus nicht ausschließt und dieser keineswegs den Dummen vorbehalten bleibt.

In allen Religionen findet man Extremisten, die, wenn sie geschickt manipuliert werden, zur Verteidigung ihrer Dogmen wahre Untaten begehen können. Sind fanatische Ideen erst einmal internalisiert, so lassen sie sich praktisch nicht mehr ausrotten und überleben auch hinter Gefängnismauern. Deshalb gilt es in Fragen der Religion äußerst feinfühlig vorzugehen. Andernfalls kann der Konflikt einer Gesellschaft, die die Gläubigen gegen sich hat, zum Verhängnis werden.

Epilog

Der Gesamtzustand der heutigen Welt ist unübersichtlich. Ein neuer Weltkrieg, der die Mehrheit der Länder direkt betreffen würde, ist unwahrscheinlich, wenn auch nicht unmöglich. In einem immer komplexeren weltweiten Szenario, in dem Veränderungen mit unerhörter Schnelligkeit erfolgen, begünstigt von der technologischen Entwicklung, vor allem auf dem Gebiet der Kommunikation, sind Momente enormer Ungewissheit und Unbeständigkeit unvermeidlich. Man kann daher nicht völlig ausschließen, dass sich die permanente Spannung in einem großen militärischen Zusammenstoß von hoher Intensität entlädt, so unwahrscheinlich das im Augenblick auch scheinen mag.

Momentan wird der Kampf der Großmächte um die Vorherrschaft nur über Stellvertreter und in sogenannten »hybriden Kriegen« ausgetragen, in denen ökonomische Zwangsmittel, Desinformation, Terrorismus, kriminelle Aktivitäten und Subversion dazu verwendet werden, zivile Unordnung und örtlich beschränkte Konfrontationen zu stiften. In diesem Zusammenhang ist die weltweit laufende ökonomische Auseinandersetzung besonders zu bedenken, ein Wirtschaftskrieg, der aus ökonomischen Interessen und durch Einsatz von Finanzinstrumenten geführt wird. Alle Länder beteiligen sich daran aktiv und/oder passiv.

Auch ein zweiter geopolitischer Streit ist fortlaufend im Gang, in dem hauptsächlich die Großmächte Einfluss auf die

Entscheidungen und Handlungen anderer Staaten nehmen und zugleich versuchen, selbst nicht oder so wenig wie möglich beeinflusst zu werden. Dieser Kampf spielt sich über die Geheimdienste ab, über die Diplomatie, Operationen von Spezialeinheiten und psychologische Operationen auf dem gesamten Planeten (Medienmanipulation, Propaganda, Fake News usw.). Merkwürdigerweise laufen diese Auseinandersetzungen nicht nur zwischen Antagonisten ab, sondern auch zwischen Ländern, die eigentlich verbündet oder sogar befreundet sind. Immer wieder kommen Fälle von Spionage an den Tag, wobei die Mehrheit der Anlässe nicht bekannt wird.

Diese geoökonomischen und geopolitischen Kriege - zwischen regionalen und weltweiten Rivalen - sind innig miteinander verknüpft. Sie erstrecken sich auch auf den Cyberspace, der zu einer bevorzugten Bühne der Auseinandersetzung geworden ist. Es geht vor allem um betrügerische Aneignung von Daten, Zerstörung oder Manipulation von Computersystemen und Servern, um »Doxing«, das Durchsickernlassen von Dokumenten, Technologiediebstahl und anderes mehr.

Hinzu kommt eine Reihe von Faktoren und Elementen, die in der Welt erhebliche Instabilität verursachen und deren Folgen unabsehbar sind. Gemeint sind unkontrollierte Massenmigrationsbewegungen, die Erderwärmung, das demografische Ungleichgewicht, die wachsenden sozialen und ökonomischen Unterschiede, aber auch die erneuerte Gier mancher Länder nach Macht und Expansion, gesundheitliche Risiken und unvorhersehbare Naturkatastrophen. Terrorismus und politische Instabilität herrschen in weiten Teilen der Welt: in Regionen wie dem Mittleren Osten, dem Maghreb und der Sahelzone, aber auch in Ländern wie der Türkei, der Ukraine oder Nigeria. Zu allem Überfluss ist die Entstehung einer stabilen, weniger chaotischen neuen Weltordnung seit dem Amtsantritt von Donald Trump

als Präsident der Vereinigten Staaten noch ungewisser geworden.

Die grundlegende Lösung liegt in der friedlichen Koexistenz. In diesem Rahmen sollte sich jeder Akteur unabhängig von seiner Größe oder Macht so entwickeln können, wie es seinem politisch-ideologischen System und seinen Umständen entspricht (Entwicklungsstand, Geschichte, Kultur, Religion, Traditionen etc.) - allerdings ohne diese Eigenarten auch anderen aufnötigen zu wollen.

In dieser utopischen Welt des Zusammenlebens verschiedener Kulturen, Religionen, Ideologien und Mentalitäten, in der ein gegenseitiger Respekt größere Auseinandersetzungen wirksam verhindert, besteht für Bündnisse keine Notwendigkeit mehr. Um friedlich und harmonisch Zusammenleben zu können, sind die verschiedenen Gesellschaften nicht auf die volle Integration aller Gruppen und Einzelnen angewiesen, aus denen sie sich zusammensetzen, geschweige denn auf eine Assimilation an die Lebensweise der Mehrheit. Es reicht aus, wenn alle Menschen Teil der Gesellschaft sind, sich zugehörig fühlen und Rechte und Pflichten teilen - ohne Zwang und mit umfassender Toleranz für Unterschiede, wobei als gemeinsame Grenze stets der Respekt vor dem Gesetz gewahrt bleiben muss.

Ebenso erforderlich wäre, dass tatsächlich Gerechtigkeit herrscht, die allgemeinen sozialen Frieden garantiert, und dass die vorhandenen Ressourcen im Inneren von Staaten wie zwischen ihnen fair aufgeteilt werden. Tiefgreifende Instabilität hätte andernfalls immer wieder Gewaltausbrüche zur Folge.

Leider ist die Welt anders geartet, und man muss erhebliche Zweifel haben, ob der Zustand friedlicher Koexistenz eines Tages tatsächlich flächendeckend erreicht wird. Ich habe versucht zu zeigen, wie menschliche Ambitionen, der Wunsch nach Herrschaft und Dominanz, die Gier nach Reichtum und Ehre,

Bosheit, Überheblichkeit und Geringschätzung der Mitmenschen einen ewigen Teufelskreis erzeugen, dem die Menschheit anscheinend nicht entrinnen kann.

Um diese moralisch fragwürdigen Ziele zu erreichen, werden seit jeher die beschriebenen Geostrategien eingesetzt, auch wenn sie oft mit humanitären Gründen kaschiert werden. Viele aktuelle Beispiele zeigen, dass es noch immer so ist. Sowohl Kim Jong-un als auch Donald Trump, die Anführer der beiden Atommächte Nordkorea und USA, setzten lange auf die Strategie des Verrückten und zugleich auf Einschüchterung. Inzwischen laufen Verhandlungen zwischen beiden Ländern.

»Massenkommunikationswaffen« werden von den Mächten, die in den aktuellen Konflikten in Syrien und im Irak ihre Interessen geltend machen, systematisch eingesetzt, und es gestaltet sich immer schwieriger, zur Wahrheit über die Ereignisse vorzudringen.

Schauerliche Szenen in den Flüchtlingslagern Europas stehen für den »Missbrauch der Armen«.

Der »Tritt gegen die Leiter« bleibt ein Grundprinzip der Mächtigen, die andere Länder von den lichten Höhen fernhalten wollen, von denen aus sie die Welt beherrschen, und daher verhindern, dass diese Länder sich Kernwaffen verschaffen oder für ihre kommerziellen Transaktionen alternative Währungen verwenden.

Die vielbeschworene internationale Gerechtigkeit ist nicht mehr als ein Werkzeug in Händen der Großmächte, das sie im Rahmen der *lawfare* nach Belieben einsetzen, wie man aktuell an Konfliktherden in Afrika oder im Mittleren Osten sehen kann.

In ihrem Drang, die Ansammlung von Macht möglichst gut zu vertuschen, greifen die Großen auf die Strategie der »vollen Champagnergläser« zurück. Und sie »erschaffen« weiterhin

Feinde und Bedürfnisse, um andere unter ihrer Fuchtel zu halten und ihnen nebenbei große Mengen von Waffen zu verkaufen.

Der »religiöse Eifer« wird benutzt, um Menschen und Gefühle zu mobilisieren, deren eigentliche Zwecke den Gläubigen meist verborgen bleiben. Doch wenn ihr Fanatismus entflammt ist, schrecken sie auch vor den barbarischsten Taten nicht zurück, um ihren Glauben zu verteidigen.

Das »Säen von Zwietracht« dient als wohlkalkulierte Strategie zur Balkanisierung des Planeten. Dieser Trend betrifft alle Kontinente - angefangen mit Europa -, und wer weiß, ob nicht eine Großmacht dahintersteckt, die das Ziel verfolgt, die Welt besser in den Griff zu bekommen.

Die »indirekte Herrschaft« lässt sich auch durch Kontrolle über grundlegende Energiequellen ausüben, die in Zukunft noch gefragter sein werden, von fossilen Brennstoffen bis zur Elektrizität. Dasselbe gilt vermutlich für das Wasser, dessen direkter oder latenter Verbrauch weiter zunimmt, während in den Städten die Bevölkerung wächst und der Lebensstandard immer höher wird.

Die Maxime »Platz da, jetzt komme ich« wird sich im Weltraum bemerkbar machen, im Ringen um die strategisch wichtigen und knappen geostationären Umlaufbahnen und Librationspunkte wie auch bei der künftigen Erschließung von Planeten.

Eines dürfte aus dem Gesagten deutlich geworden sein: Es gibt hier keine Guten und Bösen oder Besseren und Schlechteren, da alle Nationen dieselben Ziele verfolgen, jede auf ihre Weise und mit den verfügbaren Mitteln. Letztlich bestimmen sich Gut und Böse immer subjektiv und in Abhängigkeit davon, auf welcher Seite man steht. Wir dürfen nicht vergessen, dass alles von

Interessen geprägt ist, die mehr oder weniger transparent und legitim sind. Alle Geheimdienste und Armeen tun im Grunde dasselbe: Jeder verteidigt, was sein ist.

Wachsam machen sollte uns das Risiko, dass wir uns immer mehr der Gesellschaft nähern, die George Orwell in *1984* beschrieben hat. Darin ist die Manipulation von Informationen zur Norm geworden, die Menschen werden einer andauernden Überwachung unterzogen, und die individuellen Freiheiten sind im Begriff zu verschwinden. In diesem Szenario haben die Leute Angst zu denken, obwohl ihnen gesagt wird, dass sie das ruhig dürften: Sie fürchten, ins Visier der unbarmherzigen »Gedankenpolizei« und der vielen Kollaborateure dieser intellektuellen Repression zu geraten, die sich auf ein Regime politischer Korrektheit stützt.

Bewegen wir uns auf diesem Weg weiter, könnten wir uns eines Tages aber auch in der vollkommenen Diktatur mit demokratischem Anstrich wiederfinden, vor der Aldous Huxley in *Schöne neue Welt* warnte und die einem Gefängnis ohne Mauern gleichkommt, aus dem die Insassen nicht einmal im Traum fliehen wollen. Im Grunde ein System der Sklaverei, in dem die Sklaven dank Konsum und Unterhaltung ihre Knechtschaft lieben.

Dieses Buch wird sein Ziel erreicht haben, wenn insbesondere den einfachen Menschen, denjenigen, die aus unterschiedlichen Gründen leiden, den Ausgebeuteten und vielfach Unterjochten bewusst wird, wie sie manipuliert werden, und wenn sie gemeinsam dafür eintreten, eine bessere, wahrhaft entwickelte Gesellschaft zu schaffen, in der die verschiedenen individuellen Vorstellungen friedlich und harmonisch Zusammenleben können. Eine Welt, deren wahre Sorge und Absicht die Sicherheit der Menschen ist - das Einzige, was bei geopolitischen oder

geoökonomischen Entscheidungen im Mittelpunkt stehen sollte, anders als es, dem äußeren Anschein zum Trotz, heute üblich ist. Ich weiß, das ist eine Utopie, aber es lohnt sich, weiterhin darauf hinzuarbeiten.

Dank

Mein Dank gilt zuallererst dem Verlagsleiter von Ariel, Francisco Martinez Soria, für seinen Vorschlag, dieses Buch zu schreiben, und für sein uneingeschränktes Vertrauen in meine Fähigkeit, diesen Vorschlag in die Tat umzusetzen. Ohne seinen Rat und seine stete Unterstützung wäre mir das nicht möglich gewesen.

Ein ebenso großes Dankeschön verdient meine Familie. Meine Kinder haben mich die ganze Zeit beharrlich angespornt. Mehrmals hinderten sie mich daran, unter Zeitdruck das Handtuch zu werfen. Darüber hinaus erwies sich meine Tochter Irene, eine hervorragende Journalistin, als unnachsichtige Korrekturleserin. Meine Frau ertrug zahlreiche Momente von Anspannung mit charakteristischem Gleichmut. Ohne sie alle hätte ich dieses Werk bestimmt niemals abgeschlossen.

Zudem hatte ich das große Glück, auf die Unterstützung guter Freunde zählen zu dürfen, darunter einige ehemalige Schüler, die mir, als ich das Projekt erwähnte, sofort ihre Mithilfe anboten. Sie steuerten Ideen bei, korrigierten Entwürfe oder standen mir bei Recherchen und Nachforschungen zur Seite.

Leidenschaftlich engagierten sich Angel Gomez de Ägreda, Oberst der spanischen Luftwaffe, Absolvent der Stabsakademie und einer der fähigsten und bestausgebildeten Militärs, die ich kenne, sowie Delfin Marino Espineira, Oberstleutnant vom Technischen Ingenieurskorps, ehemaliger technischer Berater

des Präsidialministeriums der Regierung und ein brillanter Kopf, der sich auf die Fehlersuche machte. Luis Antonio Gonzalez Francisco von der Guardia Civil, ein großartiger Forscher und Analytiker, war stets da, um mich zu beraten und mir den Weg zu weisen. Daniel Martin Menjon, ein begeisterter Kenner der Militärgeschichte und Strategie, leistete mir mit erheblichem Aufwand unschätzbare Hilfe. Der Sozialaktivist Mario Sänchez Grasa war die Stimme des Gewissens. Clara Palacios Fernandez bewies ihre exzellente Ausbildung, Initiative und Leistungsfähigkeit. Nuria Hernandez Garcia war eine hervorragende Mitarbeiterin und von entscheidender Bedeutung für die Abfassung des Buches.

Mein herzlicher Dank gilt selbstverständlich Ihnen allen, die Sie dieses Buch in Händen halten. Ich hoffe, dass es Ihnen von Nutzen ist und Sie bei der Lektüre auch Vergnügen finden.

Bibliografie

Andelman, David A. und Marenches, Alexandre de. *The Fourth World War,* Morrow, New York 1992.

Bernays, Edward Louis. *Propaganda. Die Kunst der Public Relations,* Übers. Patrick Schnur, Orange Press, Freiburg 2007.

Bernier, Francois. *Voyage dans les Etats du Grand Mogol,* Fayard, Paris 1981.

Bin, Sun. *Sunzi über die Kriegskunst - Sun Bin über die Kriegskunst,* Übers. Wu Sun und Yingjie Zhong, Waiwen Chubanshe (Verlag für fremdsprachige Literatur), Beijing 1994.

Bouthoul, Gaston. *Traite de polemologie. Sociologie des guerres,* Payot, Lausanne 1970.

Brzezinski, Zbigniew. *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft,* Kopp Verlag, Rottenburg 2015.

Bullitt, William C. *The Great Globe Itself. A Preface to World Affairs.* Scribner, New York u.a. 1946.

Bülow, Bernhard von. *Denkwürdigkeiten.* Hg. Franz von Stockhammern. Ullstein, Berlin 1930/31.

Butler, Smedley Darlington. *War is a Racket,* Feral House, Los Angeles 2003 [1935].

Capaz Montes, Fernando Oswaldo. *Modalidades de la guerra de montana en Marruecos. Asuntos indigenas,* Alta Comisaria de la Repüblica Espanola en Marruecos, Inspeccion de Intervention y Fuerzas Jalifianas, Ceuta 1931.

Celerier, Pierre. *Geopolitique et geostrategie,* Paris 1955.

Chang, Ha-Joon. *Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective,* Anthem, London 2002.

Chevallier, Gabriel. *Heldenangst,* Übers. Stefan Glock, Nagel & Kimche, München 2010.

Chomsky, Noam und Herman, Edward S. *Massaker im Namen der Freiheit. Greueltaten und Greuelpropaganda des USA-Imperialismus,* Übersetzerkollektiv, Oberbaumverlag, Berlin 1975.

Clarke, Richard A. *Against All Enemies. Der Insiderbericht über Amerikas Krieg gegen den Terror,* Übers. Norbert Juraschitz, Werner Roller und Heike Schlatterer, Hoffmann und Campe, Hamburg 2013.

Clausewitz, Carl von. *Vom Kriege. Das populäre Werk des Militärwissenschaftlers Carl von Clausewitz zur Kriegstheorie,* Bearbeiteter Nachdruck der Originalausgabe, Severus Verlag, Hamburg 2016; alternative Online-Ausgabe: http://www.clausewitz.eom/readings/VomKriegel832/TOC.htm#TOC.

Coffey, Michael. *Days of Infamy. Military Blunders of the 20th Century*, Hyperion, New York 1999.

Daoren, Huanchu [Hong, Yingming]. *Zum Anfang zurück. Gedanken über das Tao,* Übers. Thomas Cleary, Aurum, Braunschweig 1992.

Eltchaninoff, Michel. *In Putins Kopf. Die Philosophie eines lupenreinen Demokraten*, Übers. Till Bardoux, Tropen, Stuttgart 2016.

Entraygues, *Olivier. La pensee politique de J. F. C. Fuller,* Le Polemarque, Nancy 2015.

Esparza, Jose Javier. *Historia de la yihad,* La esfera de los libros, Madrid 2015.

Fraga Iribarne, Manuel. *La guerra y la teoria del conflicto social.* Instituto de Estudios Politicos, Madrid 1962.

Frattini, Eric. *Manipulando la historia. Operaciones de falsa bandera*, Temas de Hoy, Barcelona 2017.

Freud, Sigmund. *Zeitgemäßes über Krieg und Tod. - Warum Krieg? Der Briefwechsel mit Albert Einstein. Zwei Schriften,* Hg. Hans-Martin Lohmann, Reclam, Stuttgart 2012.

Friedman, George. *Die nächsten hundert Jahre. Die Weltordnung der Zukunft,* Übers. Jürgen Neubauer, Campus, Frankfurt am Main 2009.

Fukuyama, Francis. *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?,* Übers. Helmut Dierlamm, Ute Mihr und Karlheinz Dürr, Kindler, München 1992.

Fuller, J. F. C. *Die entartete Kunst Krieg zu führen. 1789-1961,* Übers. Rolf Schmitz und Olev Ruuben, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1964. (Original *The Conduct ofWar 1789-1961,* London 1961).

Gallois, Pierre M. *Geopolitique, les voies de la puissance,* Pion, Paris 1990.

Gilbert, Gustave M. *Nürnberger Tagebuch. Gespräche der Angeklagten mit dem Gerichtspsychologen,* Übers. Margaret Carroux, Karin Krausskopf und Lis Leonard. S. Fischer, Frankfurt am Main 1962.

Görlitz, Walter. *Geldgeber der Macht. Wie Hitler, Lenin, Mao Tsetung, Mussolini, Stalin, Tito ihren Aufstieg zur Macht finanzierten,* Econ, Düsseldorf und Wien 1976.

Greene, Robert. *Power - die 48 Gesetze der Macht,* Übers. Hartmut Schickert und Birgit Brandau, Hanser, München 1999.

Greene, Robert. *33 Gesetze der Strategie,* Übers. Ingrid Proß-Gill, Hanser, München 2015.

Guangqian, Peng und Youzhi, Yao. *The Science of Military Strategy.* Military Science Publishing House. Academy of Military Science of the Chinese People's Liberation Army, Beijing 2005.

Haldeman, H. R. und DiMona, Joseph. *The Ends of Power,* W. H. Allen, London 1978.

Hanson, Victor Davis. *The Father of Us All. War and History, Ancient and Modern,* Bloomsbury, London 2010.

Hastings, Max. *The Secret War. Spies, Codes and Guerillas, 1939-45,* William Collins, London 2015.

Herranz, Pedro. *Status belli,* Las Antorchas, Madrid 1953.

Heuser, Beatrice. *Den Krieg denken. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike,* Schöningh, Paderborn u.a. 2010.

Howard, Michael. *The Causes of War,* Harvard University Press 1983.

Huntington, Samuel P. *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert,* Übers. Holger Fliessbach, Europa Verlag, München und Wien 1996.

Kaplan, Robert D. *Warrior Politics. Why Leadership Demands a Pagan Ethos,* Vintage, New York 2001.

Kaplan, Robert D. *The Revenge of Geography. What the Map Teils Us About Coming Conflicts and the Battle Against Fate.* Random House, New York 2012.

Kennedy, Paul. *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000,* Übers. Catharina Jurisch, S. Fischer, Frankfurt am Main 1989.

Kissinger, Henry. *Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik,* Übers. Matthias Vogel, unter Mitarbeit von Wolfgang Asteibauer, Siedler, Berlin 1994.

Kissinger, Henry. *China. Zwischen Tradition und Herausforderung,* Übers. Helmut Dierlamm u.a., Bertelsmann, München 2011.

Kissinger, Henry. *Weltordnung,* Übers. Karlheinz Dürr und Enrico Heinemann, Bertelsmann, München 2014.

Labeviere, Richard und Thual, Francois. *La bataille du grand Nord a commence,* Perrin, Paris 2008.

Lang, Anthony F. *Agency and Ethics. The Politics of Military Intervention,* State University of New York Press, Albany 2002.

Lasswell, Harold, Dwight, *Propaganda Technique in World War I*, New York 1927, Repr. MIT Press, Cambridge, MA 1971.

Launay, Jacques de. *Geheimdiplomatie 1939-1945*, Übers. Fritz Hoess, Neff, Wien, Berlin und Stuttgart 1963.

Lawrence, T. E. *Die sieben Säulen der Weisheit*, Übers. Dagobert von Mikusch, dtv, München 2013 [1936].

Lawrence, T. E. *Aufstand in der Wüste.* Übers. Dagobert von Mikusch, Books on Demand, Norderstedt 2018 [1927].

Lawrence, T. E. *Wüsten-Guerilla*, Übers. Florian Tremba, Blauwerke, Berlin 2015.

Lenin. »Der Partisanenkrieg« [1906], *Werke*, Dietz Verlag, Berlin, 1958, Band 11, S. 202-213. http://www.mlwerke.de/le/lei 1/lel l_202.htm

Liang, Qiao und Xiangsui, Wang. *La guerre hors limites*, Rivages, Paris 1999. - *Unrestricted Warfare*, PLA Literature and Arts Publishing House, Beijing 1999; <https://ia800201.us.archive.org/0/items/Unrestricted_Warfare_Qiao_Liang_and_Wang_Xiangsui/Unrestricted_Warfare_Qiao_Liang_and_Wang_Xiangsui.pdf>

Liddell Hart, B. H. *Jetzt dürfen sie reden. Hitlers Generale berichten*, Übers. Kurt Dittmar, Stuttgarter Verlag, Stuttgart und Hamburg 1950.

Liddell Hart, B. H. *Strategie*, Übers. Horst Jordan, Rheinische Verlags-Anstalt, Wiesbaden 1955.

List, Friedrich, *Das nationale System der politischen Ökonomie* [1841], Hg. Eugen Wendler, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2008.

Lorot, Pascal und Thual, Francois. *La geopolitique*, Montchrestien, Paris 2002.

Maalouf, Amin. *Mörderische Identitäten*, Übers. Christian Hansen, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000.

Maalouf, Amin. *Die Auflösung der Weltordnungen,* Übers. Andrea Spingier, Suhrkamp, Berlin 2010.

Macias Fernandez, Daniel. *El islam y los islamismos.* Fundacion Investigation en Seguridad y Politia, Madrid 2015.

Mackinder, Halford, »The geographical pivot of history«, *Geographical Journal* 23 (4), 1904, S. 421-437; <https://www.iwp.edu/docLib/20131016_MackinderTheGeographicalJournal.pdf> - dt. »Der geographische Drehpunkt der Geschichte«, *Lettre International* 120, 2018, S. 124-129.

Marenches, Alexandre de und Ockrent, Christine. *Dans le secret des princes,* Stock, Paris 1986.

Milne, Seumas. *The Revenge of History. The Battle for the Twenty First Century,* Verso, London 2012.

Moniz Bandeira, Luiz Alberto. *A desordem mundial,* Civiliza^äo Brasileira, Rio de Janeiro 2016.

Moniz Bandeira, Luiz Alberto. *Der Zweite Kalte Krieg. Zur Geopolitik und strategischen Dimension der USA,* Springer Verlag, Berlin 2016.

Noelle-Neumann, Elisabeth. *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung, unsere soziale Haut,* Piper, München und Zürich 1980.

Nye, Joseph S. Jr. *Soft Power. The Means to Success in World Politics,* Public Affairs, New York 2004.

Ober, Eduardo. *Los ejes del poder econömico,* Pearson, Madrid 2016.

Ratzel, Friedrich. »Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten«, *Petermanns Geographische Mitteilungen,* 42 (1896), S. 97-107.

Renouvin, Pierre. *Histoire des relations internationales,* 4 Bände, Hachette, Paris 1994 [1954],

Ritzer, George. *Die McDonaldisierung der Gesellschaft,* Übers. Sebastian Vogel, S. Fischer, Frankfurt am Main 1995.

Rogan, Eugene. *The Fall of the Ottomans. The Great War in the Middle East, 1914-1920,* Allen Lane, London 2015.

Sänchez Ferlosio, Rafael. *Sobre la guerra,* Destino, Barcelona 2008.

Servent, Pierre. *Les guerres modernes,* Buchet Chastel, Paris 2009.

Shaw, Martin. »Risk-Transfer Militarism and the Legitimacy of War After Iraq«, *in: Paul Eden und Therese O'Donnell (Hg.), September 11, 2001: A Turning Point in International and Domestic Law?* Transnational Publishers, Ardsley, NY 2005, S. 127-148. - »>Risikotransfer-Militarismus< und die Relegitimierung des Krieges in der Weltgesellschaft«, Übers. Kai Hebel, in: Thorsten Bonacker und Christoph Weller (Hg.), *Konflikte der Weltgesellschaft: Akteure - Strukturen - Dynamiken,* Campus Verlag, Frankfurt am Main 2007, S. 151-174.

Sorel, George. Über die Gewalt, Übers. Ludwig Oppenheimer, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1969.

Stoessinger, John G. *Why Nations Go to War,* St. Martins, New York 1993 [1974].

Sunzi [Sun Tsu], *Die Kunst des Krieges,* Übers. Volker Klöpsch, Insel, Frankfurt am Main und Leipzig 2009. Andere Ausgabe: Sun Tsu, *Wahrhaft siegt, wer nicht kämpft. Die Kunst der richtigen Strategie,* Übers. Ingrid Fischer-Schreiber, Bauer Verlag, Freiburg 1990.

Thual, Francois. *Controler et contrer. Strategies geopolitiques,* Ellipses, Paris 2000.

Thual, Francois. *La planete emiettee,* Arlea, Paris 2002.

Thual, Francois. *Geopolitique des Caucases,* Ellipses, Paris 2004.

Tuchman, Barbara W. *Die Torheit der Regierenden. Von Troja bis Vietnam,* Übers. Reinhard Kaiser, S. Fischer, Frankfurt am Main 2001.

Ulfkotte, Udo. *Gekaufte Journalisten.* Kopp Verlag, Rottenburg 2014.

Thukydides. *Der Peloponnesische Krieg*, Griechisch-deutsch, Übers. Michael Weißenberger, De Gruyter, Berlin und Boston 2017.

Verstrynge, Jorge. *Frente al imperio*, Foca, Madrid 2007.

Vicens Vives, J. *Geopolttica*, Vicens Vives, Barcelona 1950.

Weinberger, Eliot. *What I Heard About Iraq*, Verso, London 2005; Übers. Eike Schönfeld, http://www.worldwide-reading.com/archiv/20.-maerz-2006-weltweite-lesung-von-eliot-weinbergers-was-ich-hoerte-vom-irak/lesetexte/eliot-weinberger-was-ich-hoerte-vom-irak-deutsch/view

Zakaria, Fareed. *Der Aufstieg der Anderen. Das postamerikanische Zeitalter*, Übers. Thorsten Schmidt, Siedler, München 2009.

Zedong, Mao. *Theorie des Guerillakrieges*, Übers. Gerda von Uslar, Rowohlt, Reinbek 1966.

Zimbardo, Philip. *Der Luzifer-Effekt. Die Macht der Umstände und die Psychologie des Bösen*, Übers. Karsten Petersen, Spektrum, Heidelberg 2008.

Anmerkungen

1 Nach traditioneller Auffassung lassen sich politische Geschehnisse verstehen und deuten, sogar rechtfertigen, indem man sie zu geografischen Gegebenheiten sowie zu den historischen Ereignissen in Verbindung setzt, die ihnen vorausgegangen sind. So kommt man zu einer Reihe geopolitischer Konstanten, die einen nahezu unveränderlichen, ja unvergänglichen Entwicklungsrahmen darstellen, in dem sich die Ereignisse von alters her bis in die Gegenwart wiederholen. Dieser Definition fehlt jedoch eine dynamische Ausrichtung auf die Zukunft. Trotzdem bleibt Geopolitik auch weiterhin eng an geografische Umstände gebunden (die sich selbst wenig ändern), an äußere Zufälligkeiten wie eine Bergkette oder eine Meerenge, an die dort ansässige Bevölkerung und an die diversen natürlichen Ressourcen (Energiequellen, Bodenschätze, Wasser, Landwirtschaft, Fischerei etc.).

2 Brief vom 30. Mai 1857, eingebettet in seine Gedanken zur Rolle Preußens im Deutschen Bund vor 1866 und zitiert im ersten Band seiner *Gedanken und Erinnerungen.*

3 Dieser Vorwand unterscheidet sich nicht wesentlich von der Rechtfertigung für den US-Angriff auf den Irak im Jahr 2003 (Massenvernichtungswaffen) oder für gegenwärtige US-Luftschläge in Syrien (chemische Waffen).

4 J. F. C. Fuller, *Die entartete Kunst Krieg zu führen. 1789-1961*, Köln 1964, S. 258f.

5 Viele Jahre später sollten Muammar al-Gaddafi, Saddam Hussein, Hugo Chavez und andere Staatschefs bei ihren Versuchen, die herrschenden Wirtschaftsmodelle, angefangen bei der Vormachtstellung des Dollars, zu verändern, für ihren Wagemut teuer bezahlen.

6 Dabei sollte allerdings bedacht werden, dass viele deutsche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dem personellen Aufbau der Wehrmacht und der Wiederaufrüstung dienten. [A.d.Ü.]

7 Zurzeit wiederholt sich diese Situation. Die Expansionsbestrebungen des Iran haben Syrien, den Irak, den Libanon und den Jemen erreicht und werden nun in Richtung Afghanistan ausgedehnt. Deshalb versucht die neue Regierung Trump, das Gleichgewicht wiederherzustellen, indem sie dem Iran entgegentritt.

8 Brad Hoff, »New Hillary Emails Reveal Propaganda, Executions, Coveting Libyan Oil and Gold«, *Levant Report*, 4. Januar 2016, <https://levantreport.com/2016/01/04/new-hillary-emails-reveal-propaganda-executions-coveting-libyan-oil-and-gold>.

9 Weitere Informationen unter <http://www.publico.es/internacional/francia-asegura-35-del-petroleo.html>, <http://www.ambassadefrance-tn.org/Soutien-au-peuple-libyen> und <http://www.liberation.fr/monde/2011/ 09 /01/petrole-l-accord-secret-entre-le-cnt-et-la-france_758320>.

10 Der CFA-Franc (Franc der *Communaute Financiere Africaine)* ist die gemeinsame Währung von vierzehn afrikanischen Ländern, fast ausschließlich ehemalige französische Kolonien.

11 Siehe <http://umoya.org/2017/02/02/escandalo-segun-un-periodico-aleman-africa-desembolsa-400-000-millones-de-euros-cada-ano-a-francia>.

12 Wie manche mit erheblichem Zynismus anmerken, werden internationale Kredite nicht etwa vergeben, um später zurückgezahlt zu werden, sondern just, damit sie es nicht werden, da man sich so die Abhängigkeit und Unterordnung des Schuldners sichert.

13 <http://www.investopedia.com/articles/insights/05 2416/top-10-wealthiest-families-world.asp?ad=dirN&qo=investopediaSiteSear ch&qsrc=0&o=40186>.

14 Fillon, Francois, *Action de l'Etat en mattere d'intelligence economique.* Circulaire du Premier Ministre n° 5554/SG, 2011.

15 Die 1997 in Paris gegründete Ecole de Guerre Economique (Schule für Wirtschaftskrieg) ist ein weltweiter Vorreiter auf dem Gebiet der Competitive Intelligence.

16 1975, sechzig Jahre nach dem Massaker, bildeten sich in Armenien zwei Gruppen, die nach Revanche strebten: die Armenische Geheimarmee zur Befreiung Armeniens und die Gerechtigkeitskommandos des armenischen Völkermords. Obwohl diese beiden Organisationen ideologische Rivalen waren, stimmten sie darin überein, dass die Türkei die Verantwortung für den Genozid übernehmen und die Überlebenden und deren Nachkommen ökonomisch entschädigen müsse. Zwischen 1975 und 1985 ermordeten die beiden Gruppen über vierzig türkische Diplomaten und deren Familienangehörige.

17 Das gescheiterte Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ist ein Beispiel für Frankreichs ambivalenten Beitrag zum Aufbau der Europäischen Union. Die Gründung der EVG war 1950 vom französischen Premierminister Rene Pleven vorgeschlagen worden und zielte darauf ab, Europa auf dem eingeschlagenen Weg zur Einigung mit gemeinsamen Streitkräften auszustatten. Gäbe es -

außer in Sonderfällen - keine einzelstaatlichen Armeen mehr, wäre ein neuerlicher innereuropäischer Krieg unmöglich. Die Initiative konnte auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten zählen, die eine EVG als Stärkung des Potenzials der NATO ansahen, der Sowjetunion die Stirn zu bieten. Am 27. Mai 1952 unterschrieben die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande einen entsprechenden Vertrag. Unerwarteterweise weigerte sich jedoch im August 1954 die französische Nationalversammlung, den Vertrag zu ratifizieren, und verhinderte so die Geburt einer europäischen Armee.

18 Original in französischer Sprache, Wortlaut der deutschen Übersetzung von Wilhelm Oncken.

19 Französischer Ausdruck für Einschränkungen der menschlichen Mobilität, um die Verbreitung von Seuchen zu vermeiden. Metaphorisch für Maßnahmen, die die Verbreitung als gefährlich betrachteter Ideologien verhindern sollen.

20 Schätzungen zufolge wurden 6000 weitere Sprengköpfe abgezogen und warten darauf, verschrottet zu werden, was ausgesprochen arbeitsintensiv und kostspielig ist. Von den noch operativen sollen circa 4000 Sprengköpfe betriebsbereit sein, weitere 1800 in erhöhter Alarmbereitschaft für ihren raschen Einsatz. Viele wurden nicht aus humanitären, sondern aus ökonomischen Gründen beseitigt, da es zu hohe Kosten verursachen würde, sie ständig operativ zu halten. In jedem Fall ist es unmöglich, die genaue Zahl der Atomwaffen zu erfahren, die vollständig einsatzfähig sind, da es sich hierbei um ein sorgsam gehütetes Staatsgeheimnis handelt, das kein Land preiszugeben bereit wäre.

21 Manche Experten gehen von bis zu sechzig aus, ohne jedoch schlüssige Beweise vorzulegen.

22 Die Zahlenangaben verschiedener Experten und Forschungseinrichtungen schwanken zwischen 50 und 300 Kilotonnen, basieren aber ausschließlich auf dem von der Explosion verursachten Erdstoß. Mehrheitlich wird angenommen, dass sie unter 100 Kilotonnen lag, höchstwahrscheinlich näher an den erwähnten 60. Es besteht auch keine Gewissheit, dass es sich, wie in der offiziellen Verlautbarung des Regimes in Pjöngjang behauptet, um eine thermonukleare Explosion (also um eine Wasserstoffbombe) handelte.

23 In den größten Glanzzeiten bezog ein Großteil der Athener ein öffentliches Salär für diverse Leistungen im Dienst der Bürgerschaft.

24 Gemeint sind die aktuell von der UNO anerkannten Staaten, also deren 193 Mitgliedsstaaten und weitere zwei mit Beobachterstatus (der Vatikanstaat und Palästina). Daneben gibt es zahlreiche weitere nicht oder lediglich durch eine Handvoll Staaten anerkannte Nationen, zu denen man auch die sogenannten Zwergstaaten und sogar virtuelle Staatsgebilde zählen könnte.

25 1928 in Ägypten von Hasan al-Banna ins Leben gerufen, ist die Muslimbruderschaft dort weiterhin sehr präsent, obwohl sie im Juli 2013 durch einen Putsch aus der Regierung entfernt wurde, die sie durch legitime Wahlen erreicht hatte. Ein weiteres Land, in dem die Bewegung wachsenden Einfluss hat, ist die Türkei.

26 Wie in der Grafik zu sehen, betrugen laut International Institute for Strategie Studies (IISS), *Military Balance 2017* die Ausgaben der USA im Jahr 2016 604,452 Milliarden Dollar, während die Chinas bei nur 145,039 Milliarden Dollar lagen. Zu diesem in absoluten Zahlen riesigen Unterschied ist anzumerken, dass China seit 2014 keine offiziellen Daten mehr an die UNO übermittelt und die Angaben deshalb nur

Schätzungen sind, die auf Äußerungen der chinesischen Regierung basieren.

27 Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) ist eine zwischenstaatliche Einrichtung, die eine enge Kooperation in Fragen der Sicherheit, Wirtschaft und Kultur anstrebt. Zu den Mitgliedstaaten zählen China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan, Indien und Pakistan.

28 Das Akronym BRICS steht für die Wirtschafts- und Handelsvereinigung der fünf wichtigsten aufstrebenden Wirtschaftsnationen: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (in jüngster Zeit überholt von Nigeria).

29 Die Analogie des chinesischen Staatspräsidenten bezog sich vermutlich auf ein Napoleon Bonaparte zugeschriebenes Zitat: »China ist ein schlafender Löwe. Wenn er aufwacht, wird die Welt erzittern.«

30 Das am 16. Mai 1916 unterzeichnete Sykes-Picot-Abkommen war eine Geheimabsprache zwischen Großbritannien und Frankreich, die mit Duldung Russlands die Einflusssphären und Herrschaftsgrenzen im Nahen Osten definierte, in Voraussicht einer Niederlage des Osmanischen Reichs. Paris sicherte sich damit die Kontrolle über den Libanon, Syrien und den Nordirak; London sollte Transjordanien und den Südirak beherrschen; das unter internationale Verwaltung zu stellende Palästina wurde von den arabischen Gebieten ausgenommen, die unabhängig werden sollten. Russland, dem weitere Territorien zugesprochen worden waren, kündigte das Abkommen nach der Oktoberrevolution auf. Die Absprachen des Sykes-Picot-Abkommens wurden nach dem Krieg durch Völkerbundmandate ratifiziert.

31 Vgl. Anm. 8.

32 Nähere Informationen unter <http://www.lefigaro.fr/international/2011/06/28/01003-20110628ARTFIG00704-la-france-a-parachute-des-armes-aux-rebelles-libyens.php> sowie <http://www.rtve.es/noticias/20110629/francia-envi-ado-armas-rebeldes-libios-montanas-del-sur-tripoli-se-gun-figaro/444407.shtml>.

33 Unter dem Titel *Documents Expose How Hollywood Promotes War on Behalf of the Pentagon, CIA and NSA* verfügbar auf: <https://medium.com/insurge-intelligence/exclusive-documents-expose-direct-us-military-intelligence-influ-ence-on-l-800-movies-and-tv-shows-36433107c307>

34 Fleurart, A.; Wezeman, P.; Wezeman, S. und Tian, N., »Trends in International Arms Transfers 2017«, März 2018. Siehe <www.sipri.org>.

35 Vgl. <https://www.heise.de/tp/features/Dear-Hillary-Poli-tik-und-Philanthropie-in-den-Soros-Leaks-3338632.html?seite=all?>.

36 So wie Obama sich offen zugunsten von Macron ausgesprochen hatte. In den europäischen Medien war die Rede von einem ermutigenden Anruf des ehemaligen US-Präsidenten an den französischen Politiker.

37 Carlson, John, und Yeomans, Neville, »Whither Goeth the Law - Humanity or Barbarity?«, in: Margaret Smith und David John Crossley (Hg.)> *The Way Out. Radical Alternatives in Australia*, Melbourne 1975; Dunlap, Charles J. Jr., »Law and Military Interventions. Preserving Humanitarian Values in 2Ist Century Conflicts«, Washington, DC 2001, <https://people.duke.edu/~pfeaver/dunlap.pdf>.

38 <http://www.eldiario.es/theguardian/Vida-muerte-inter-vencion-es-humanitarias-Occidente_0_65128563 l.html>.

39 Am 22. Februar 2017 erklärte ein südafrikanisches Gericht diese Entscheidung der Regierung für verfassungswidrig, da

sie ohne Konsultation des Parlaments erfolgt war, was dazu führte, dass Südafrika wenige Tage später, am 8. März, die Ankündigung seines Austritts aus dem IStGH widerrief.

40 Ende Juni 2017 gab ein Forschungsteam der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen einen Bericht heraus, in dem der Einsatz von Sarin gegen Zivilisten am 4. April 2017 in der Region von Chan Sheikhun in der syrischen Provinz Idlib bestätigt wurde. Allerdings konnte der Bericht keinen Urheber der Giftgasangriffe feststellen.

41 Der Special Air Service (SAS) bildet zusammen mit dem Special Boat Service (SBS), dem Special Reconnaissance Regiment (SRR) und der Special Forces Support Group (SFSG) die britischen Spezialeinheiten für besondere Operationen, die für ihre Kampfeinsätze berühmt sind und auch bei zahllosen schmutzigen Operationen eingesetzt wurden, einschließlich Antiterror-Aktionen.

42 Hedges, Chris, »The real enemy is within«, *Truthdig*, 6. September 2015, <https://www.truthdig.com/articles/the-real-enemy-is-within/>.

43 Chomsky, Noam, »El control de los medios masivos de comunicacion«, *Red Voltaire*, 7. März 2007, <http://www.voltairenet.org/articlel45977.html>.

44 <http://press-pubs.uchicago.edu/founders/documents/amendl_speechs29.html>.

45 Eine mögliche Quelle ist ein Aufsatz von Leonard W. Doob, »Goebbels's Principles of Propaganda« (1950), vgl. <http://media.leeds.ac.uk/papers/vp01b7c7.html> oder dessen vorangegangenes Buch *Propaganda and Public Opinion.* [A.d.Ü.]

46 Sylvain Timsit, »Strategies de manipulation«, <http://www.syti.net/Manipulations.html>.

47 Parry, Robert, »How US Flooded the World with PsyOps«, *Consortium News*, 25. März 2017. <https:// consortium-

news.com/2017/03/25/how-us-flooded-the-world-with-psyops>.

48 Chen, Adrian, »The Agency«, *New York Times Magazine, 2.* Juni 2015. <https://www.nytimes.com/2015/06/07/magazine/the-agency.Html?_r=O>.

49 Bezeichnung aus der digitalen Welt für Personen oder Organisationen, die provokante, belanglose, aus dem Zusammenhang gerissene oder schlicht falsche Botschaften veröffentlichen, um andere User zu nerven und irritierte Antworten zu provozieren.

50 Livingston, Steven und Eachus, Todd, »Humanitarian crises and U.S. Foreign policy: Somalia and the CNN effect reconsidered«, *Political Communication,* 12 (4), 1995, <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/10584609.1995.9963087>.

51 Gilbert, Hauptmann der US-Army und Offizier des Nachrichtendienstes, sprach Deutsch und war als Psychologe in dem Gefängnis tätig, in dem der Gründer der Gestapo und Oberkommandant der Luftwaffe interniert war. Das Gespräch fand am 18. April 1946 in Görings Zelle statt, ohne Zeugen und nicht im Rahmen des eigentlichen Prozesses. Gilbert hielt die Unterredung in seinem Tagebuch fest, in dem er Beobachtungen von den Prozessen und seinen Unterhaltungen mit Gefangenen notierte und das er 1947 in New York als *Nürnberger Tagebuch* veröffentlichte [Zitat auf S. 270 der deutschen Übersetzung],

52 Dieses erfolgreiche Vorgehen sollte zu einem häufig verwendeten Scheinargument der US-Außenpolitik werden, das immer wieder eingesetzt wurde, wenn die nationalen Interessen der USA auf dem Spiel standen. Es ist insofern ein Vorläufer der oben besprochenen Geostrategie des *lawfare.*

53 Übersetzung des englischen Textes: Wofür die Vereinigten Staaten gekämpft haben / Spanische Unterdrückung (Philippinen), Industrielle Sklaverei (Hawaii), Spanisches Joch (Puerto Rico, Kuba), Panamakanalzone / Vor der US-Intervention zugunsten dieser unterdrückten Völker / Nachdem die Vereinigten Staaten sie von ihrer Unterdrückung errettet hatten.

54 Einer der relevantesten Artikel hierzu ist »The CIA and the Media«, den Carl Bernstein in der Zeitschrift *Rolling Stone* am 20. Oktober 1977 veröffentlichte. Vgl. auch chttp://www.rollingstone.com/music/pictures/rolling-stones-biggest-scoops-exposes-and-controversies-2-aa-624/journalists-exposed-as-secret-cia-operatives-81185346> und chttp://www.informationclearinghouse.info/article28610.htm>.

55 <https://wikileaks.org/saudi-cables/buying-silence>.

56 Dittus, Ruben, »La opiniön publica y los imaginarios sociales: hacia una redefiniciön de la espiral del silencio«, *Athenea Digital*, 7,2005,61-76. <http://www.raco.cat/index.php/Athenea/article/viewFile/34168/34007>.

57 Levy, Jacques, »Geopolitics After Geopolitics: a French Experience«, *Geopolitics* 5 (3), 2007, 99-113.

58 Vom 5. Dezember 2013 bis zum 31. Oktober 2016 verfolgte diese Mission das Ziel, ein Blutvergießen zwischen muslimischen und christlichen Milizen im Land zu verhindern.

59 Vgl. <https://thesentry.org> und <https://cdn.thesentry.org/wp-content/uploads/2017/05/MakingAFortune_May2017_Sentry_Final.pdf>.

60 *Remarks to the National Foreign Policy Conference for Leaders of Nongovernmental Organisations*, Loy Henderson Conference Room, State Department of the United States, Washington, DC, 26. Oktober 2001. <https://2001-2009.state.gov/ secretary/former/powell/remarks/200 l/5762.htm>.

61 Die US-Militärpräsenz in Bahrain begann 1950, als die US-Flotte von den Briten einen Teil des 1935 geschaffenen Marinestützpunkts HMS Juffair mietete. Der Golfstaat erlangte seine volle Unabhängigkeit, als die Briten 1971 offiziell das Land verließen. In der Folge schloss Washington ein Abkommen mit Bahrain, um den Stützpunkt zu übernehmen. Gegenwärtig sind dort ca. 4.400 Soldaten und Zivilangestellte stationiert, die im Dienst der Marinekräfte des Central Command (CENTCOM) und der Fünften Flotte stehen. Großbritannien wiederum eröffnete im November 2016 einen neuen Marinestützpunkt in Manama, der Hauptstadt von Bahrain, die von seinen Spezialkräften genutzt wird und als Hafen für Zerstörer und Minensuchboote dient.

62 Freigegeben am 27. Mai 2008 mit dem Code CIA-RDP88B00443R001404090133-0. Vgl. <https://es.scribd.com/document/344768700/CIA- Syria- Pipelines#from_embed>.

63 Die von den Sowjets gebaute und im April 1952 eingeweihte 800 km lange Pipeline hat ihren Anfang bei den irakischen Ölfeldern von Kirkuk und endet an der syrischen Küste, in Baniyas. Sie war eines der ersten Ziele, die die Vereinigten Staaten beim Einmarsch in den Irak im Jahr 2003 bombardierten, um Saddam eine wichtige Einnahmequelle zu nehmen.

64 Teilweise freigegeben und in modifizierter Form am 8. Dezember 2011 publiziert, Vgl. <https://www.cia.gov/library/readingroom/docs/CIA-RDP86T01017R000100770001-5.pdf>.

65 <https://wikileaks.org/plusd/cables/06DAMASCUS5399_a.html>.

66 In seinem 2016 veröffentlichten Buch *A desordem mundial* sowie in Interviews, die in verschiedenen Medien erschienen sind, etwa auf <http://www.amersur.org/politica-inter-

nacional/moniz-bandeira-estados-unidos> und chttp://operamundi.uol.com.br/dialogosdosul/moniz-bandeira-o-estado-brasileiro-parece-desintegrar-se/12112016>.

67 Unter dem Titel *Disinformation. A Primer in Russian Active Measures and Influence Campaigns* zugänglich unter <https://www.intelligence.senate.gov/sites/default/files/documents/os-trid-033017.pdf>. Am selben Tag wurde dem Ausschuss ein weiterer Bericht vorgelegt, *Russian Active Measures and Influence Campaigns*, verfasst von Eugene B. Rumer, dem Leiter des Programms für Russland- und Eurasienstudien am Carnegie Endowment for International Peace, der darin zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangt wie Rid. Rumers Bericht ist verfügbar unter <http://carnegieendowment.org/2017/03/30/russian-active-measures-and-influence-campaigns-pub-68438>.

68 Manchen Historikern zufolge sollen die USA, Großbritannien und Frankreich in den 1960er- und 1970er-Jahren auch die Muslimbruderschaft unterstützt und finanziert haben, von der sie sich ein Gegengewicht zu den durch die Sowjetunion unterstützten linken arabischen Parteien erhofften. Angeblich versuchten sie auf diesem Weg sogar ein Attentat gegen den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser zu inszenieren.

69 Rede vom 2.8.73, <https://www.nytimes.com/1973/08/03/archives/kissinger-urges-bipartisan-policy-asks-that-watergate-not-cut-unity.html>.

70 Vgl. <http://www.amersur.org/politica-international/moniz-bandeira-estados-unidos> und <http://old.operamundi.com.br/dialogosdosul/moniz-bandeira-o-estado-brasileiro-parece-desintegrar-se/12112016/>.

71 Vgl. <https://www.thebureauinvestigates.com/stories/2015-04-01 / monthly-drone-report-march-2015-us-drone-strikes-drop-50-as-chaos-envelops-yemen> und <http://www.theat

lantic.com/in ternational/archive/2014/12/the-us-stopped-torturing-terror-suspects-and-started-droning-them/383 590>.

72 Es fällt auf, dass weder die Vereinigten Staaten mit ihren Stützpunkten auf der koreanischen Halbinsel und ihren in der Region stationierten Schiffen noch Südkorea oder auch Japan ihre Möglichkeiten zur Raketenabwehr - das Terminal High Altitude Area Defense (THAAD), das Aegis-Kampfsystem und die Patriot-Raketen - gegen die von Nordkorea abgefeuerten Testraketen eingesetzt haben. Höchstwahrscheinlich verfolgen sie damit die Strategie, ihre wahren Fähigkeiten, ballistische Raketen im Flug zu zerstören, vor den Nordkoreanern wie auch vor China und Russland so lange zu verbergen, wie sie keine reale Gefahr direkter Treffer auf ihrem Territorium erkennen.

Zweifellos wüssten China und Russland nur zu gerne, wie Washington auf einen Atomangriff reagieren würde, wie die USA die genannten präventiven Waffensysteme anwenden und welche konventionellen und informationstechnischen Aktionen sie gegen einen Gegner einsetzen würden, der über Nuklearwaffen verfügt, um diesen zu neutralisieren und am Gebrauch seines Potenzials zu hindern; wie auch die Haltung des amerikanischen Volkes und des Rests der Welt zu einem neuerlichen Einsatz von Atomwaffen.

Andererseits darf nicht vergessen werden, dass das Abfeuern von Raketen und die Atomtests dem Regime in Pjöngjang einen Trumpf verschaffen, wenn es darum geht, Wirtschaftshilfe auszuhandeln, wie sich schon bei früheren Gelegenheiten gezeigt hat.

73 Hedges, Chris, »The Real Enemy is Within«, *Truthdig,* 6. September 2015. <https://www.truthdig.com/articles/the-real-enemy-is-within/>.

74 Die Rede ist vollständig verfügbar unter <https://archive.org/stream/WarIsARacket/WarIsARacket_djvu.txt> und <https://www.ratical.Org/ratville/CAH/warisaracket.html>.

75 *Ziele und Wege. Eine Untersuchung des Wesens der Ideale und der Mittel zu ihrer Verwirklichung,* Deutsch von Elisabeth Fischer, Cornelsen, Berlin und Bielefeld, 1949, S. 108 und 110.

76 Aus Churchills Memoirenband *Meine frühen Jahre,* übersetzt von Dagobert von Mikusch; zitiert nach Kissinger, *Weltordnung,* S. 363.

77 Volatility, uncertainty, complexity, ambiguity, acceleration, immediacy, simultaneity.

78 Katar wurde am 5. Juni 2017 aus der Koalition entfernt, als Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Ägypten und der Jemen die Beziehungen zu dem Land abbrachen, dem sie vorwarfen, verschiedene terroristische und abweichlerische Gruppen zu unterstützen, deren Ziel es sei, die Region zu destabilisieren, darunter etwa Al-Qaida, der Islamische Staat und die Muslimbruderschaft. Wenige Wochen später, am 11. Juli, unterzeichnete Katar - das von der Türkei und dem Iran unterstützt wurde - ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten zur Bekämpfung der Terrorismus-Finanzierung.

Bildnachweis

Karten und Grafiken:
© 2017 by El Orden Mundial/Abel Gil Lobo (Leiter), Joaquin Dominguez und Daniel Aparicio

Seite 272: © John T. McCutcheon/Wikimedia/gemeinfrei: Politischer Cartoon aus: Chicago Tribüne 1914. Nachdruck in »What's to Be Done With 'Em?: Images of Mexican Cultural Backwardsness, Racial Limitations and Moral Decrepitude in the United States Press 1913-1915«, Mexican Studies, Winter Vol. 14, No. 1: 23-70, von Mark C. Anderson

Wo auch immer wir hin schauen auf der Welt - Europa, Russland, China, Korea, Syrien, der Nahe Osten wir leben einmal mehr in einer Zeit weltweiter geopolitischer Machtspiele. Was sich früher stärker in militärischen Auseinandersetzungen und Kriegen zeigte, wird heute verstärkt auf den Schlachtfeldern der Wirtschaft, der Medien, der Religion etc. ausgetragen. Aber was steckt dahinter?

Es geht um Macht, um Vorherrschaft, um die Sicherung und den Ausbau der wirtschaftlichen Interessen, doch wer oder was hinter welchen Konflikten steckt, warum sie entstehen und wer davon profitiert, wird immer undurchsichtiger.

Licht ins Dunkel bringt nun ein Insider und absoluter Experte auf diesem Gebiet: Pedro Banos. Er führt uns in die geheime Welt der internationalen Machtspiele und erklärt die wichtigsten Regeln, die diesen Machtspielen zugrunde liegen. Banos zeigt anhand zahlreicher Beispiele, wie Staaten, aber auch Organisationen, Verbände oder politische und multinationale Eliten handeln, um an Macht, Geld oder Territorium zu gewinnen - und das um jeden Preis. Denn wenn wir von der Vorherrschaft der Welt sprechen, sind nicht nur alle Mittel erlaubt, sie werden auch genutzt.



Pedro Banos ist Oberst der spanischen Armee und Reservist des Verteidigungsstabs. Er war nominiert als Chef der nationalen Sicherheit unter der neuen spanischen Regierung und arbeitete lange als Chef der Spionageabwehr und Sicherheit für die europäischen Streitkräfte. Heute ist er einer der wichtigsten Spezialisten Europas für Verteidigung und internationale Beziehungen und gefragter Experte für Geopolitik, Strategie und Terrorismus. Sein Buch »So beherrscht man die Welt« war lange an der Spitze der spanischen Bestsellerliste.


ISBN 978-3-453-20711-0

WWW.HEYNE.DE

Umschlaggestaltung und Motiv:
Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich

OIE GEHEIMEN REGELN DER WELT - EIN BERICHT AUS DEM ZENTRUM DER MACHT

Als ehemaliger Chef für Spionageabwehr und Sicherheit der europäischen Streitkräfte ist Pedro Banos ein international gefragter Experte zu Verteidigungsthemen, Geopolitik und Terrorismus. Erstmals führt der Insider jetzt ein in die undurchsichtige Welt der Machtspiele zwischen den politischen Eliten und deckt die Regeln auf, die diesen Machtspielen zugrunde liegen. Informativ und fesselnd wie in einem Thriller beschreibt Banos die Bildung strategischer Allianzen, Manipulation, Rivalität und psychologische Kriegsführung und enthüllt, was sich im Kampf um die Vorherrschaft der Welt hinter den Kulissen abspielt.

Sunzis »Die Kunst des Krieges« für das geopolitische Zeitalter - ein Augenöffner für alle, die wissen wollen, nach welchen geheimen Regeln die Welt gesteuert wird.